# Wertpapierprospekt

**für die Zulassung zum Regulierten Markt**

**an der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard)**

von

3.076.924 auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) aus der von der ordentlichen Hauptversammlung am 2. Oktober 2007 beschlossenen und am 6. Oktober 2008 in das Handelsregister eingetragenen Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen jeweils mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilsberechtigung ("Zulassungsaktien").

Zulassungsaktien:

International Securities Identification Number (ISIN): DE000A0XYKY9
Wertpapierkennnummer (WKN): A0XYKY
Börsenkürzel: DTDN

Bereits zugelassene Aktien:

International Securities Identification Number (ISIN): DE0001262152
Wertpapierkennnummer (WKN): 126215
Börsenkürzel: DTD2

der

## B+S Banksysteme Aktiengesellschaft

München

vom 11. November 2011

Diese Seite wurde absichtlich freigelassen.

## INHALTSVERZEICHNIS


1. ZUSAMMENFASSUNG DES WERTPAPIERPROSPEKTS ..... 6
   1.1 Zusammenfassung der Geschäftstätigkeit ..... 6
   1.2 Zusammenfassung von allgemeinen Informationen zur Gesellschaft ..... 9
   1.3 Zusammenfassung der Börsenzulassung und Notierungsaufnahme ..... 10
   1.4 Ausgewählte Finanzinformationen ..... 11
   1.5 Zusammenfassung der Risikofaktoren ..... 15
2. RISIKOFAKTOREN ..... 20
   2.1 Marktbezogene Risiken ..... 20
   2.2 Unternehmensbezogene Risiken ..... 23
   2.3 Risiken der Wertpapiere ..... 32
3. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ..... 35
   3.1 Verantwortung für den Inhalt des Prospekts ..... 35
   3.2 Gegenstand des Prospekts ..... 35
   3.3 Börsenzulassung und Notierungsaufnahme ..... 35
   3.4 Zeitplan für die Börsenzulassung ..... 35
   3.5 Designated Sponsor ..... 36
   3.6 Kosten der Zulassung ..... 36
   3.7 Interessen an der Zulassung ..... 36
   3.8 ISIN/WKN ..... 36
   3.9 Zukunftsgerichtete Aussagen ..... 37
   3.10 Informationen von Seiten Dritter und Angaben von Quellen ..... 37
   3.11 Einsichtnahme in Dokumente ..... 38
   3.12 Hinweis zu Währungs- und Finanzangaben ..... 38
4. ANGABEN ÜBER DIE AKTIEN ..... 40
   4.1 Form und Verbriefung der Aktien ..... 40
   4.2 Stimmrecht ..... 40
   4.3 Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös ..... 40
   4.4 Zahl- und Hinterlegungsstelle ..... 40
   4.5 Übertragbarkeit der Aktien ..... 40
   4.6 Einschränkung der Handelbarkeit der Zulassungsaktien (Lock-up-Vereinbarungen) ..... 40
5. ANTEILIGES ERGEBNIS UND DIVIDENDENPOLITIK ..... 42
   5.1 Allgemeine Regelungen zur Gewinnverwendung und zu Dividendenzahlungen ..... 42
   5.2 Überblick über die Dividendenentwicklung in den letzten Jahren ..... 42
6. AUSGEWÄHLTE FINANZINFORMATIONEN ..... 44
7. KAPITALISIERUNG, VERSCHULDUNG UND LIQUIDITÄT ..... 49
8. DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE ..... 51
   8.1 Überblick über die Geschäftstätigkeit ..... 52
   8.2 Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren ..... 52
   8.3 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ..... 52
   8.4 Darstellung und Analyse der Konzernabschlüsse der Gesellschaft (IFRS) ..... 61
   8.5 Erläuterungen zum Konzernjahresabschluss (IFRS) der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr ..... 80
   8.6 Erläuterungen zum Jahresabschluss (HGB) der Gesellschaft für das am 30. Juni 2011 endende Geschäftsjahr ..... 84
9. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT ..... 90
   9.1 Überblick ..... 90

9.2 Wichtige Ereignisse in der Entwicklung der Gesellschaft und der B+S Salzburg... ....92
9.3 Produktbereiche und Produkte....93
9.4 Markt ....97
9.5 Wettbewerb ....98
9.6 Strategie ....99
9.7 Marketing, Vertrieb und Kunden ....99
9.8 Einkauf und Lieferanten ....100
9.9 Investitionen ....100
9.10 Forschung und Entwicklung ....100
9.11 Gewerbliche Schutzrechte/Lizenzen ....101
9.12 Grundbesitz und Sachanlagen ....102
9.13 Qualitätsmanagement....102
9.14 Versicherungen ....103
9.15 Wesentliche Verträge und Vereinbarungen....103
9.16 Rechtsstreitigkeiten/behördliche Verfahren....106
10. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE GESELLSCHAFT....108
10.1 Gründung, Handelsregistereintragung, Firma und Sitz ....108
10.2 Gegenstand des Unternehmens ....108
10.3 Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft....108
10.4 Konzernstruktur und Beteiligungen ....109
10.5 Bekanntmachungen....110
10.6 Aktionärsstruktur....111
10.7 Abschlussprüfer....111
11. ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER GESELLSCHAFT ....112
11.1 Grundkapital und Aktien....112
11.2 Genehmigtes Kapital ....112
11.3 Allgemeine Bestimmungen zur Erhöhung des Grundkapitals....113
11.4 Bedingtes Kapital....114
11.5 Management- und Mitarbeiterbeteiligungen....114
11.6 Erwerb eigener Aktien ....115
11.7 Ausschluss von Minderheitsaktionären....116
11.8 Anzeigepflichten für Anteilsbesitz ....117
12. ANGABEN ÜBER DIE ORGANE DER GESELLSCHAFT....119
12.1 Überblick ....119
12.2 Vorstand....120
12.3 Aufsichtsrat....124
12.4 Hauptversammlung....129
12.5 Corporate Governance Kodex und Auditausschuss....130
13. GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN PERSONEN ....135
14. BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND....136
14.1 Besteuerung der Gesellschaft....136
14.2 Besteuerung der Aktionäre ....138
14.3 Erbschaft- und Schenkungsteuer....146
14.4 Sonstige Steuern....147
15. JÜNGSTE GESCHÄFTSENTWICKLUNG UND GESCHÄFTSAUSSICHTEN ....148
16. GLOSSAR ....G-1
17. FINANZINFORMATIONEN .... F-1
Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft) .... F-3
Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft).... F-46
Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft).... F-94

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)..... F-132
Jahresabschluss der Gesellschaft (HGB) zum 30.06.2011 (geprüft)..... F-166
18. UNTERSCHRIFTEN ..... U-1

## 1. ZUSAMMENFASSUNG DES WERTPAPIERPROSPEKTS

***Die Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Wertpapierprospekt ("Prospekt") zu verstehen. Anleger sollten ihre Anlageentscheidung auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen.***

***Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Rüdesheimer Straße 7, 80686 München (im Folgenden auch "Gesellschaft", "B+S AG" oder "Emittentin" und gemeinsam mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften "B+S" oder "B+S Gruppe") und die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main (im Folgenden "Helaba") übernehmen die Verantwortung für den Inhalt dieser Zusammenfassung. Sie können gemäß § 5 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 Wertpapierprospektgesetz ("WpPG") für den Inhalt der Zusammenfassung haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Prospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.***

### 1.1 Zusammenfassung der Geschäftstätigkeit

***Geschäftstätigkeit***

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft ist zusammen mit ihren Tochtergesellschaften ein langjähriger Anbieter und Hersteller von Software für Finanzdienstleister. Die B+S Gruppe entwickelt und vertreibt Software für die Produktbereiche Electronic Banking, Commercial Banking, Treasury/Trading sowie Risikomanagement. Ihre Produkte zeichnen sich durch eine skalierbare leistungsfähige Standardsoftware für den europäischen Raum aus. Sie sind plattformunabhängig und bilden die kompletten Geschäftsprozesse ab und sind gezielt auf die Bedürfnisse des Finanzsektors ausgerichtet. Die auf modularer Architektur basierende Software kann in komplexe Handelssysteme integriert werden und unterstützt in Echtzeit unmittelbar und online über Kommunikationskanäle (Multikanalfähigkeit) die Geschäftsprozesse der Kunden mit allen erforderlichen Zwischenschritten von der Auftragserteilung bis hin zur Endverarbeitung. Daneben bietet die B+S Gruppe ihren Kunden Softwareangebote nach individuellem Bedarf ("On-Demand-Service") an, indem sie ein leistungsfähiges Rechenzentrum mit hoher Verfügbarkeit und nutzungsorientierter Abrechnung ("Application Service Providing, ASP") betreibt. Im Einzelnen umfasst die B+S Gruppe folgende vier Produktbereiche:

- Der Produktbereich **Electronic Banking** umfasst Software für die unmittelbare Kommunikation zwischen der Bank und ihren jeweiligen Kunden, insbesondere zur Erteilung von Überweisungsaufträgen oder Aufträgen im Zusammenhang mit Wertpapierdepots von Kunden;
- Der Produktbereich **Commercial Banking** umfasst bankeninterne Software zur Umsetzung von Kundenaufträgen (Zahlungsverkehr) und zur Unterstützung von anderem klassischen Bankgeschäft, namentlich das Kontokorrent- und Kreditgeschäft;
- Der Produktbereich **Treasury/Trading** umfasst Software für den Handel mit Derivaten (einschließlich des Bankeneigenhandels) und den Devisen- und Geldhandel sowie Software für die Messung von Risiken für die interne Bankensteuerung und zur Erfüllung von Eigenmittel- und Meldeanforderungen;

- Der Produktbereich **Risikomanagement** umfasst Module des Risikomanagements, mit welchen die B+S Gruppe ihren Kunden ein Instrument für die Risikomessung und –darstellung im Eigenhandel und auf Gesamtbankebene zur Verfügung stellt.

Typische Kunden der B+S Gruppe sind Banken, Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken sowie im Bereich Treasury/Trading und Risikomanagement auch zunehmend Industrieunternehmen mit großen Handelsvolumen in diesem Bereich.

Die B+S Gruppe ist durch Sacheinlage aller Anteile an der B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg (damals firmierend als B+S Banksysteme Aktiengesellschaft) und deren Tochterunternehmen ("**Teilkonzern Salzburg**") in die Gesellschaft im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung zum Stichtag am 30. September 2008 entstanden. Die Eintragung der Durchführung der Sachkapitalerhöhung erfolgte am 6. Oktober 2008. Zwar ist somit die Gesellschaft rechtlicher Erwerber des Teilkonzerns Salzburg, allerdings ist nach IFRS die B+S Banksysteme Salzburg GmbH als wirtschaftlicher Erwerber anzusehen ("**Reverse Acquisition**"). Die Aussagen im Prospekt, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen der Risikofaktoren, der Erläuterungen der ausgewählten Finanzinformationen, der Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und der Geschäftstätigkeit ist daher auf die B+S Gruppe als Gesamtkonzern abzustellen.

Die B+S Gruppe erwirtschaftete zum 30. Juni 2011 einen Umsatz in Höhe von TEUR 7.577 (Vorjahr TEUR 9.068) und davon TEUR 3.082 im Bereich Softwareerlöse, TEUR 4.276 durch Wartungserlöse und TEUR 219 durch Schulungen und Beratungen. Das operative Ergebnis (EBIT) betrug zum 30. Juni 2011 TEUR -5.970 (vorher TEUR +1.485).

Die Tochtergesellschaften B+S Banksysteme Deutschland GmbH, München und die B+S Banksysteme Schweiz AG, Thun sind reine Vertriebsgesellschaften. Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München ist im Bereich Electronic Banking tätig. Am Standort Salzburg entwickelt die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg Software für die Bereiche Commercial Banking, Treasury/Trading und Risikomanagement.

***Jüngste Geschäftsentwicklung und Geschäftsaussichten***

Nach dem Bilanzstichtag 30. Juni 2011 konnten Verträge mit einigen Neukunden unterzeichnet werden. Auch haben Bestandskunden ihre Verträge verlängert.

REGIS-TR, das Europäische Zentralregister für derivative Finanzinstrumente (OTC), und die B+S Gruppe haben eine partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der Umsetzung der anstehenden EU-Richtlinie für eine Verordnung zu OTC-Derivaten, zentralen Kontrahenten und Transaktionsregistern vereinbart. Ende 2010 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine Verordnung zu OTC-Derivaten, zentralen Kontrahenten und Transaktionsregistern veröffentlicht. Die B+S Gruppe hat rasch darauf reagiert und gemeinsam mit dem führenden europäischen Transaktionsregister REGIS-TR eine langfristig angelegte Partnerschaft vereinbart. B+S wird im Rahmen einer Weiterentwicklung der Produkte ab sofort eine Standardschnittstelle für die automatisierte und regulationskonforme Meldung zu dem Transaktionsregister REGIS-TR anbieten. Durch die mit REGIS-TR getroffene Vereinbarung können die Kunden der B+S Gruppe die Umsetzung der neuen EU-Verordnung vollständig aus einer Hand beziehen. Die neue Schnittstelle ist künftig integraler Bestandteil der B+S Treasury-Solutions, und bietet Banken die Möglichkeit, die neue EU-Verordnung zu erfüllen.

Die Privatbank DONNER & REUSCHEL AG, mit Sitz in Hamburg und München, wird künftig die moderne und innovative Treasury-Solutions für die vollständige Abwicklung des Geld-, Devisen- und Derivatehandels der B+S Gruppe einsetzen und die bisher im Einsatz befindliche Anwendung ablösen. Die vollintegrierte Gesamtlösung der B+S Trading-Solutions bildet die komplette Prozess- und Wertschöpfungskette des Zins- und Wäh-

rungsmanagements ab. Im Rahmen eines umfangreichen Auswahlprozesses fiel die Wahl auch deshalb auf die Lösungen der B+S Gruppe, da die umfangreichen Schnittstellen für das Buchungssystem der Bank "bank21" bei der GAD eG, Münster, Spezialist für Banken-IT ("**GAD**") bereits als Standard vorhanden sind und B+S über eine nachweislich langjährige Erfahrung in der Integration solcher komplexer Lösungen verfügt.

Die GAD hat sich für den flächendeckenden Einsatz der mehrsprachigen Online Banking-Anwendung von B+S Banksysteme bei rund 430 Volks- und Raiffeisenbanken entschieden. Die B+S Online Banking-Anwendung (FinanceBrowser4) wird im Rechenzentrum der GAD betrieben und alle an die GAD angeschlossenen Banken können diese Anwendung optional einsetzen. Die im "look-and-feel" (Oberfläche und Handhabung) der bank21-Online-Filiale gestaltete Anwendung ist in den Sprachen Englisch, Niederländisch, Türkisch und Polnisch verfügbar. Die Anwendung unterstützt alle von der GAD angebotenen Sicherheitsverfahren und ist über die Standardschnittstelle FinTS an den bestehenden Banking-Server angebunden.

Die schweizerische Basler Kantonalbank wird auch künftig die Produkte "Treasury Solutions" der B+S Gruppe für die Abwicklung des Devisen- und Derivatehandels von B+S Banksysteme einsetzen. Die dort seit vielen Jahren erfolgreich im Einsatz befindlichen B+S-Softwaremodule sind über die B+S-Standardschnittstellen mit dem Kernbanksystem Avaloq verbunden. Auch in diesem Fall ergänzt B+S mit seinen Modulen bestehende Corebanking Lösungen (EDV-Lösungen für Kernprozesse einer Bank).

***Wettbewerbsstärken***

B+S sieht ihre Stärken im Wettbewerb vor allem in folgenden Faktoren:

- Trotz des intensiven Wettbewerbs auf den von der Emittentin bedienten Märkten decken nur wenige Wettbewerber alle vier Produktbereiche in denen die B+S Gruppe tätig ist, (i) Electronic Banking, (ii) Commercial Banking und (iii) Treasury/Trading und (iv) Risikomanagement insgesamt ab.

- Obwohl der Wettbewerb um Kunden nach Einschätzung der Gesellschaft über eine Vielzahl von Merkmalen wie Preis, Leistungsumfang, Modernität und Zukunftsfähigkeit der eingesetzten Technologie, Sicherheit der eingesetzten Technologie sowie Seriosität und Nachhaltigkeit stattfindet, haben letztere Faktoren, in welchen die Emittentin eine starke Kernkompetenz hat, auf dem Markt, auf dem die B+S Gruppe tätig ist, eine größere Bedeutung als auf anderen Märkten. Dies ist darin begründet, dass Kunden typischerweise die Erbringung von IT-Dienstleistungen nur solchen Personen und Gesellschaften anvertrauen, denen sie ein besonderes Vertrauen entgegenbringen.

Wettbewerbsvorteile hat die Emittentin aufgrund ihrer Unternehmensgröße, flacher Hierarchiestufen und hochqualifizierten Mitarbeitern. Die B+S Gruppe kann, im Gegensatz zu vielen Wettbewerbern, die kompletten Bankanwendungen bis hin zum Electronic Banking und dem Rechenzentrumsbetrieb aus einer Hand anbieten. Durch die Modularität und Skalierbarkeit der Produkte ist es möglich, die Software ohne Schwierigkeiten auf die Kundenwünsche anzupassen.

***Unternehmensstrategie***

Die B+S hat folgende strategische Ziele:

- Die B+S Gruppe beabsichtigt, das Kerngeschäft in der Finanzbranche zu stärken und in anderen Branchen eine neue Geschäftsbasis aufzubauen. Die Unternehmen

der B+S Gruppe werden im Markt als ein zuverlässiger, neutraler Partner in allen Segmenten der deutschsprachigen Bankorganisation wahrgenommen. So erfolgt die Zusammenarbeit sowohl mit den Gemeinschaftsrechenzentren der Volks- und Raiffeisenbanken sowie der Sparkassenorganisation als auch mit Privatbanken. Die Anbieter von Kernbanksystemen benötigen die Produkte der B+S Gruppe zur Komplettierung ihrer Angebote.

- Die Gesellschaft wird auch künftig einen Fokus auf die Produktpflege legen. Dies gewährleistet auf der einen Seite, die bestehenden, vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen und auf der anderen Seite, den bestehenden Kunden weitere Funktionalitäten anzubieten, um die Zufriedenheit mit dem eingesetzten Produkten der B+S Banksysteme zu erhöhen und Neukunden zu gewinnen.
- Das Produktportfolio wird in allen Bereichen laufend erweitert. Somit wird sichergestellt, dass die Produkte der B+S Gruppe technologisch und fachlich den Marktanforderungen gerecht werden.

## 1.2 Zusammenfassung von allgemeinen Informationen zur Gesellschaft

| | |
|---|---|
| **Vorstand** | Wilhelm Berger, Peter Bauch |
| **Aufsichtsrat** | Prof. Dr. Herbert Kofler (Vorsitzender des Aufsichtsrats), Hon. Prof. Dr. Bertl, Dr. Werner Steinwender, Dr. Manfred Seyfried (Amt niedergelegt am 24.02.2011) |
| **Grundkapital** | EUR 6.209.933,00, eingeteilt in 6.209.933 auf den Inhaber lautende Aktien ohne Nennbetrag |
| **Großaktionäre** | Wilhelm Berger hält 1.562.462 Aktien (25,16 %)<br>Peter Bauch hält 1.464.615 Aktien (23,59 %)<br>COR&FJA AG hält 1.352.665 Aktien (21,78 %) |
| **Abschlussprüfer** | Für die Konzernabschlüsse nach IFRS zum 30. Juni 2010 und 2009 sowie zum 31. Dezember 2008 und für den Jahresabschluss nach HGB zum 30. Juni 2010 die AWI Treuhand & Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Ernst-Reuter-Platz 4, 86150 Augsburg.<br><br>Für die Konzernabschlüsse nach IFRS zum 30. Juni 2011 sowie des Jahresabschlusses nach HGB zum 30. Juni 2011 die Moore Stephens Treuhand Kurpfalz GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Rennershofstraße 8, 68163 Mannheim. |
| **Sitz und Geschäftsjahr der Gesellschaft** | Rüdesheimer Straße 7, 80686 München. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Juli eines Kalenderjahres bis zum 30. Juni des Folgejahres |
| **Mitarbeiter** | Im Geschäftsjahr 2010/11 waren durchschnittlich 68 Mitarbeiter in Vollzeit, drei Mitarbeiter in Elternzeit bzw. Rehabilitationsmaßnahmen und zwei Vorstände in drei Standorten in Deutschland, Österreich und Schweiz beschäftigt. |

## 1.3 Zusammenfassung der Börsenzulassung und Notierungsaufnahme

| | |
|---|---|
| **Gegenstand des Prospekts** | Zulassung von 3.076.924 auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie ("Zulassungsaktien") zum Börsenhandel im Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard) aus der am 2. Oktober 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen, eingetragen in das Handelsregister am 6. Oktober 2008. |
| **Börsenzulassung und Notierungsaufnahme** | Zulassungsbeschluss voraussichtlich am 15. November 2011<br><br>Notierungsaufnahme voraussichtlich am 16. November 2011 |
| **Designated Sponsor** | Landesbank Hessen Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Str. 52-58, 60331 Frankfurt, übertragen auf Lang & Schwarz GmbH, Breite Straße 34, 40213 Düsseldorf |
| **Marktschutzvereinbarungen/Veräußerungsbeschränkungen** | Lock-up-Vereinbarung zwischen Herr Wilhelm Berger und der Gesellschaft vom 6. Oktober 2009 (erfasst 1.498.462 von Herrn Berger gehaltene Aktien) mit unbestimmter Laufzeit und einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Monatsende, erstmals kündbar am 31. Dezember 2010. |
| **Stimmrecht** | Die Zulassungsaktien gewähren volles Stimmrecht in der Hauptversammlung. Beschränkungen bestehen nicht. |
| **Zulassungsaktien** | |
| **International Securities Identification Number (ISIN)** | DE000A0XYKY9 |
| **Wertpapierkennnummer (WKN)** | A0XYKY |
| **Börsenkürzel** | DTDN |
| **Bereits zugelassene Aktien der Gesellschaft** | |
| **International Securities Identification Number (ISIN)** | DE0001262152 |
| **Wertpapierkennnummer (WKN)** | 126215 |
| **Börsenkürzel** | DTD2 |

## 1.4 Ausgewählte Finanzinformationen

Die nachstehenden ausgewählten und zusammengefassten Finanzdaten sind den geprüften Konzernabschlüssen der Gesellschaft für die am 30. Juni 2011, 2010 und 2009 (Rumpfgeschäftsjahr) endenden Geschäftsjahre sowie dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 entnommen, die unter Anwendung des Umsatzkostenverfahrens auf der Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt wurden und im Zusammenhang damit gelesen werden sollten. Die Konzernabschlüsse der Gesellschaft für die am 30. Juni 2011, 2010 und 2009 (Rumpfgeschäftsjahr) endenden Geschäftsjahre sowie der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 sind geprüft und jeweils mit einem Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bestätigungsvermerk enthält jeweils leicht variierend einen Zusatz dahingehend, dass die weitere Werthaltigkeit des ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung gemäß den vorgelegten Planungsrechnungen, sowie von der Erreichung der Planzahlen im Teilkonzern Österreich abhängig ist.

Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) hat den Konzernabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 2009 einer Stichprobenprüfung unterzogen. Das Ergebnis wurde der Gesellschaft am 3. September 2010 mitgeteilt. Dabei wurde festgestellt, dass der Unternehmenszusammenschluss als Erwerb der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft München durch die B+S Banksysteme Salzburg GmbH (Österreich) im Konzernabschluss abgebildet werden muss ("Reverse Acquisition"). Die Berichtigung hierzu hat die Gesellschaft im Jahresabschluss 2009/10 berücksichtigt und die angepassten, im Rahmen der Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2009/2010 mit geprüften Zahlen für das Rumpfgeschäftsjahr 2009 im Konzernabschluss zum 30. Juni 2010 als "2009 adjusted" bei den Werten des Vorjahres angegeben. Ein geprüfter und testierter Konzernabschluss zum 30. Juni 2009, der die in der mittleren Spalte ausgewiesenen Werte "2009 angepasst" enthält existiert nicht. Die im Rahmen der Konzernabschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2009/2010 mit geprüften angepassten Zahlen für das Rumpfgeschäftsjahr sind als "angepasst geprüft" unten in der mittleren Spalte angegeben. Sofern die Abbildung des Unternehmenszusammenschlusses als umgekehrter Unternehmenserwerb ("Reverse Acquisition") keine Auswirkungen auf die in Spalte "1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst und geprüft)" der in den nachfolgenden Tabellen aufgeführten Zahlen haben, stimmen die Zahlen mit den Daten "1. Januar 2009 – 30. Juni 2009 (geprüft)" überein.

**Gesamtergebnisrechnung IFRS**

| | 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 (geprüft) | 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 (geprüft) | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) (geprüft) | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (geprüft) | 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (geprüft) |
|---|---|---|---|---|---|
| | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR |
| Umsatzerlöse | 7.577 | 9.068 | 3.843 | 3.843 | 2.488 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 306 | 521 | 101 | 101 | 27 |
| Waren- und Materialeinsatz | -206 | -126 | -26 | -26 | -5 |
| Personalaufwand | -4.955 | -4.823 | -2.087 | -2.087 | -1.821 |
| Abschreibungen | -6.402 | -829 | -469 | -433 | -210 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | -2.290 | -2.326 | -934 | -934 | -850 |
| Operatives Ergebnis (EBIT) | -5.970 | 1.485 | 428 | 464 | -371 |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Finanzergebnis[1] | -647 | -666 | -353 | -353 | -256 |
| Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) | -6.617 | 819 | 75 | 111 | -627 |
| Ertragssteuern | 197 | -293 | 61 | 49 | 19 |
| Periodenergebnis | -6.420 | 526 | 136 | 160 | -608 |
| Sonstiges Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung von ausländischen Geschäftsbetrieben | 19 | 26 | 0 | 1 | 11 |
| Gesamtergebnis nach Steuern | -6.401 | 552 | 136 | 161 | -597 |

[1] Das Finanzergebnis entspricht dem Saldo aus Finanzaufwendungen und Finanzerträgen.

**Bilanz (IRFS)**

| | 30. Juni 2011 (geprüft) | 30. Juni 2010 (geprüft) | 30. Juni 2009 (angepasst) (geprüft) | 30. Juni 2009 (geprüft) | 31. Dezember 2008 (geprüft) |
|---|---|---|---|---|---|
| | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR |
| **Aktiva** | | | | | |
| Immaterielle Vermögenswerte | 796 | 1.155 | 1.538 | 872 | 1.121 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 11.166 | 16.866 | 16.866 | 14.847 | 14.847 |
| Sachanlagen | 5.886 | 6.152 | 7.277 | 7.277 | 7.386 |
| Als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 1.142 | 1.153 | 0 | 0 | 0 |
| Aktive latente Steuern | 0 | 0 | 0 | 49 | 0 |
| Summe langfristige Vermögenswerte | 18.990 | 25.326 | 25.681 | 23.045 | 23.354 |
| Forderungen und sonstige Vermögenswerte | 501 | 944 | 939 | 938 | 696 |
| Forderungen aus Ertragssteuern | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 |
| Liquide Mittel | 1.989 | 1.400 | 596 | 595 | 184 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 249 | 233 | 204 | 204 | 126 |
| Summe kurzfristige Vermögenswerte | 2.739 | 2.577 | 1.740 | 1.738 | 1.006 |
| **Bilanzsumme Aktiva** | 21.729 | 27.903 | 27.421 | 24.783 | 24.360 |
| **Passiva** | | | | | |
| Gezeichnetes Kapital | 6.210 | 6.210 | 6.210 | 6.210 | 6.210 |
| Kapitalrücklage | 438 | 438 | 439[1] | 1.156 | 1.183 |
| Gewinnrücklagen | 114 | 114 | 114 | 0 | 0 |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Eigene Anteile | -104 | -104 | -104 | -76 | -76 |
| Rücklage Währungsdifferenzen | 47 | 28 | 2 | 12 | 11 |
| Bilanzgewinn/-verlust | -5.156 | 1.265 | 738 | -2.368 | -2.528 |
| Summe Eigenkapital | 1.549 | 7.951 | 7.400 | 4.934 | 4.800 |
| Verpflichtungen für Abfertigungen | 873 | 886 | 997 | 997 | 959 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.054 | 6.200 | 6.301 | 6.301 | 6.379 |
| Passive latente Steuern | 8 | 337 | 236 | 65 | 99 |
| Summe langfristige Verbindlichkeiten | 6.935 | 7.423 | 7.534 | 7.363 | 7.437 |
| Erhaltene Anzahlungen | 76 | 230 | 297 | 297 | 31 |
| Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1.470 | 976 | 1.295 | 1.295 | 1.966 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 94 | 264 | 217 | 217 | 263 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 303 | 292 | 194 | 194 | 262 |
| Kurzfristige sonstige Rückstellungen | 953 | 476 | 657 | 657 | 1.016 |
| Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 2.349 | 2.291 | 1.826 | 1.826 | 585 |
| Summe kurzfristige Verbindlichkeiten und RAP | 13.245 | 12.529 | 12.486 | 12.486 | 12.123 |
| **Bilanzsumme Passiva** | 21.729 | 27.903 | 27.421 | 24.783 | 24.360 |

[1] Es wird der im testierten Konzernabschluss zum 30. Juni 2010 für das angepasste Vorjahr ausgewiesene Wert für die Kapitalrücklage angegeben. Die Höhe der Kapitalrücklage ist im Rumpfgeschäftsjahr 2009 (angepasst) sowie in den Geschäftsjahren 2009/2010 und 2010/2011 unverändert. Bei der Abweichung i.H.v. TEUR 1 in der Spalte 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst und geprüft) zu den nachfolgenden Geschäftsjahren handelt es sich um eine Rundungsdifferenz.

**Kapitalflussrechnung (IFRS)**

| | 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 (geprüft) | 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 (geprüft) | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) (geprüft) | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (geprüft) | 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (geprüft) |
|---|---|---|---|---|---|
| | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR |
| **Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit** | | | | | |
| Periodenergebnis | -6.420 | 526 | 136 | 160 | -608 |
| Währungsumrechnungsdifferenz | 19 | 26 | 0 | 0 | 0 |
| Abschreibungen | 6.402 | 830[1] | 469 | 433 | 210 |
| Veränderungen langfristige Rückstellungen | -14 | -111 | 38 | 38 | 54 |
| Veränderungen latente Steuern[2] | -329 | 101 | -46 | -34 | -21 |
| Veränderungen Forderungen | 443 | -6 | -370 | -370 | 203 |
| Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposten | -15 | -29 | 0 | 0 | 194 |
| Veränderungen erhaltene Anzahlungen | -154 | -67 | 266 | 266 | 11 |
| Veränderungen Verbind. aus Lief. u. Leistungen | -170 | 47 | -46 | -46 | -180 |
| Veränderungen sonstige Rückstellungen | 659 | -72 | -359 | -359 | -191 |
| Sonstige Verbindlichkeiten und RAP | -524 | 355 | 1.240 | 1.240 | -325 |
| | -103 | 1.600[3] | 1.328 | 1.328 | -653 |
| **Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit** | | | | | |
| Investitionen ins Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) | -67 | -474 | -73 | -73 | -3 |
| | -67 | -474 | -73 | -73 | -3 |
| **Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit** | | | | | |
| Tilgung Finanzverbindlichkeiten | -135 | -322 | -817 | -817 | -1.205 |
| Einzahlung aus Erhöhung Finanzverbindlichkeiten | 494 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zuführung Kapitalrücklage | 0 | 0 | -27 | -27 | 451 |
| Barkapitalerhöhung | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.502 |
| | 359 | -322 | -844 | -844 | 748 |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands** | 189 | 804 | 411 | 411 | 92 |
| Finanzmittelbestand (= frei verfügbare Liquide Mittel) zu Beginn des Geschäftsjahres | 1.400 | 595 | 184 | 184 | 92 |
| Finanzmittelbestand (= frei verfügbare Liquide Mittel) am Ende des Geschäftsjahres | 1.589 | 1.400 | 595 | 595 | 184 |
| **Nachrichtlich** | | | | | |
| Nicht frei verfügbare Liquide Mittel | 400 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres laut Konzernbilanz | 1.989 | 1.400 | 595 | 595 | 184 |
| bezahlte Ertragsteuern | -132 | -142 | -34 | -34 | -2 |
| erhaltene Zinsen | 5 | 5 | 3 | 3 | 14 |
| bezahlte Zinsen | -652 | -671 | -356 | -356 | -269 |

[1] Abweichung in Höhe von TEUR 1 von der Gesamtergebnisrechnung aufgrund Rundungsdifferenzen im Konzernabschluss

[2] Die Veränderungen der aktiven und passiven latenten Steuern sind saldiert ausgewiesen.

[3] Die Differenz aus Währungsumrechnung i.H.v. TEUR 26 wurden im testierten Konzernabschluss zum 30.06.2010 gesondert in der Kapitalflussrechnung ausgewiesen. Im Konzernabschluss 2010/2011 erfolgte eine Umgliederung der Währungsumrechnungsdifferenzen in den Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit.

## 1.5 Zusammenfassung der Risikofaktoren

Vor einer Entscheidung über den Erwerb von Aktien der Gesellschaft sollten Anleger folgende Risikohinweise sorgfältig lesen und berücksichtigen:

### *1.5.1 Marktbezogene Risiken*

*Risiken der Bankenkrise und der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung:* Risiken können sich aus der nach Einschätzung von Marktbeobachtern noch nicht abgeschlossenen Bankenkrise dahingehend ergeben, dass die eventuelle Verschlechterung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage von Unternehmen aus der Banken und Finanzbranche sich negativ auf die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der B+S Gruppe auswirken könnte. Zudem könnte es bei Vertragsabschlüssen mit solchen Unternehmen zu Zahlungsschwierigkeiten, bis hin zu Zahlungsausfällen kommen.

*Risiken aus einer Verschärfung des Wettbewerbs:* Es besteht das Risiko, dass der intensive Wettbewerb, in dem sich die B+S Gruppe befindet, zu einem Preisrückgang und zum Verlust von Marktanteilen der Emittentin führt. Die Wettbewerbsverschärfung kann aufgrund verschiedener Faktoren, wie beispielsweise neuer Wettbewerber auf dem Markt oder ansteigende Nachfragemacht von Großkunden eintreten, was sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe auswirken könnte.

*Risiken nachlassender Investitionstätigkeit der Kunden der B+S Gruppe:* Risiken können sich aus einer sinkenden Nachfrage auf Grundlage einer zurückgehenden Investitionsbereitschaft oder –fähigkeit der Kunden der B+S Gruppe ergeben.

*Risiken aus einer zunehmenden Konsolidierung im Bankensektor und in anderen Wirtschaftssektoren:* Risiken können sich aus einer zunehmenden Konsolidierung des Banken- und Finanzsektors ergeben. Zudem könnten sich Unternehmen aus dem Banken- und Finanzsektor für andere Softwareanbieter als die Emittentin entscheiden. Diese Entwicklung könnte eine erhöhte Nachfragemacht der Kunden der B+S Gruppe, somit einen steigenden Preisdruck und ein Sinken der Gewinnmargen zur Folge haben.

*Risiken aus einer zunehmenden Eigenentwicklung von Software durch Banken:* Bei der B+S Gruppe könnten Absatzrückgänge durch sogenannte Rückwärtsintegration, also die Entscheidung von Kunden bislang erworbene Produkte intern zu entwickeln und herzustellen, eintreten.

*Risiken aus erfolgsloser Vertriebstätigkeit:* Risiken können sich aus einem Unterliegen in Ausschreibungen bzgl. einzelner Softwareprojekte zwischen mehrere Anbieter ergeben. Der resultierende Umsatzverlust aufgrund Nichterhalts von Aufträgen sowie aufgrund der im Rahmen der Bewerbung angefallenen Kosten für die Angebotserstellung könnte sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe auswirken.

*Abhängigkeit von künftigen Innovationen und Vertriebsleistungen:* Risiken bestehen darin, dass es der B+S Gruppe nicht, nicht schnell genug oder nicht so gut wie Wettbewerbern gelingt, allgemeine Entwicklungen sowie aktuelle und zukünftige Kundenwünsche und Bedürfnisse rechtzeitig zu erkennen und in neue Produkte umzusetzen. Dies könnte sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

*Abhängigkeit von qualifizierten Mitarbeitern:* Ein Verlust von Mitarbeitern und Führungskräften, insbesondere in Schlüsselpositionen könnte sich aufgrund des Abflusses von Know-how und des eventuellen Verlustes von Kundenbeziehungen negativ auf die Geschäftstätigkeit der B+S Gruppe auswirken.

### *1.5.2 Unternehmensbezogene Risiken*

*Risiken aus Fremdfinanzierungen*: Risiken können sich aus der Finanzierungsstruktur der Emittentin und deren Tochterunternehmen ergeben. Probleme bei der Rückzahlung der in Anspruch genommenen Darlehen, insbesondere der von der *Raiffeisen Landesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft mit Sitz in Linz, Österreich* am 24. Januar 2002 gewährten Barvorlage (Vorschussdarlehen) in Höhe von EUR 8.000.000,00, oder andere Zahlungsschwierigkeiten der Unternehmen der B+S Gruppe, hätten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin.

*Risiken aus zurückhaltender Inanspruchnahme von Wartungs- und Weiterentwicklungsverträgen durch Kunden:* Die B+S Gruppe generiert einen erheblichen Teil ihrer Umsatzerlöse durch langfristige laufende Wartungs- und Weiterentwicklungsverträge mit Kunden. Sollte es der B+S Gruppe künftig nicht gelingen entsprechende Zusatzverträge abzuschließen oder sollten eventuelle bereits bestehende Verträge gekündigt werden, so hätte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin.

*Risiken aus Qualitätsmängeln von Produkten oder Dienstleistungen*: Risiken können aus Fehlern oder Qualitätsmängeln der Produkte sowie aus mangelhaft erbrachten Dienstleistungen der B+S Gruppe und damit einhergehenden Schadensersatzforderungen von Kunden oder Dritten resultieren.

*Offenlegung des Quellcodes von Computerprogrammen der B+S Gruppe*: Risiken entstehen im Zusammenhang mit der Hinterlegung des Quellcodes von Programmen der B+S Gruppe bei unabhängigen Dritten. Kunden der B+S Gruppe könnten die herausgegebenen Quellcodes über die vereinbarten Grenzen hinaus verwerten.

*Risiken aus der Verletzung geistigen Eigentums Dritter durch die B+S Gruppe:* Risiken können aus der Verletzung geistiger Eigentumsrechte und eventuell daraus resultierender Ansprüche gegen die Emittentin auf Lizenzgebühren oder Schadensersatz entstehen. Dies gilt für die Verletzung geistiger Eigentumsrechte von Kunden, Mitarbeitern oder ehemaligen Mitarbeitern, Führungspersonen oder Dritten.

*Risiken aus mangelnder Verfügbarkeit und Kompatibilität zu Soft- und Hardwaresystemen anderer Hersteller*: Die B+S Gruppe entwickelt und vertreibt betriebssystemunabhängige und hardwareplattformunabhängige Standardsoftwarelösungen, welche über Schnittstellenlösungen an branchenübliche Peripheriegeräte und Software angebunden sind. Risiken können aus Neueinführungen oder Weiterentwicklungen bestehender Software- und Hardwarekomponenten entstehen, welche die B+S Gruppe zu zeit- und kostenintensiven Weiterentwicklungen ihrer Schnittstellenlösungen zwingen würde.

*Risiken aus einem nicht hinreichenden Schutz der von der B+S Gruppe erstellten Software vor dem Zugriff Unbefugter*: Trotz entsprechender Bemühungen der B+S Gruppe kann ein 100 %-iger Schutz gegen den Zugriff unbefugter Dritter (z.B. sogenannter Hacker) im Rahmen der Entwicklung von Softwarelösungen nie garantiert werden. Entsprechende Missbrauchsfälle oder vorsätzliche Manipulationen von Mitarbeitern könnten zu Haftungsansprüchen gegen Unternehmen der B+S Gruppe führen.

*Risiken aus der begrenzten Schutzfähigkeit des geistigen Eigentums der B+S Gruppe an den von ihr erstellten Computerprogrammen*: Risiken können aus der eventuellen Wirkungslosigkeit des gesetzlichen Schutzes von geistigem Eigentum an Softwareentwicklungen der B+S Gruppe resultieren. Der entstehende Abfluss von Know-how und die einhergehende Schwächung der Wettbewerbsposition sowie die entstehenden Umsatzeinbußen könnten sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

*Störungen oder Ausfall zentraler IT-Einrichtungen*: Risiken ergeben sich aus der unbedingten Erfordernis für die Geschäftstätigkeit der B+S Gruppe von funktionierenden EDV und Kommunikationssystemen. Störungen, Beeinträchtigungen oder Defekte dieser Systeme können trotz fortlaufender Investitionen nicht 100 %-ig ausgeschlossen werden. Dies könnte sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

*Notwendiger entgeltlicher Lizenzerwerb für Softwarekomponenten die unentgeltlich genutzt wurden*: Die B+S Gruppe nutzt für von ihr angebotene Softwareprodukte und Lösungen zum Teil lizenzgebührenfreie (sogenannter open source) Softwarekomponenten. Risiken können daraus entstehen, dass für diese Komponenten künftig Lizenzen zu erwerben sind,

mit der Folge einhergehender höherer Kosten und eventuell weiterem Entwicklungsaufwand für die Unternehmen der B+S Gruppe.

*Risiken durch Veränderungen von aufsichtsrechtlichen oder anderen Rechtsvorschriften*: Risiken können aus sich ändernden bankaufsichtsrechtlichen und anderen rechtlichen Vorgaben ergeben. Die unzureichende oder fehlerhafte Anpassung der Software auf geänderte Vorgaben aus Kapazitäts-, Planungs- oder anderen Gründen könnte zum Verlust bestehender Kunden, zu einer geringeren Zahl von Neukunden und eventuellen Schadensersatzansprüchen führen. Zudem besteht das Risiko, dass die B+S Gruppe Investitionen in Erwartung bestimmter rechtlicher Veränderungen vornimmt, welche nicht oder anders als erwartet eintreffen.

*Die B+S Gruppe könnte einen oder mehrere Großkunden verlieren:* Die B+S Gruppe erzielt kumuliert mit ihren fünf größten Kunden ca. 47 % ihrer Gesamtumsätze. Der Verlust schon einer dieser oder eines zukünftigen Großkunden könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

*Forderungsausfallrisiken*: Die B+S Gruppe entwickelt und vertreibt Software für Banken und Unternehmen im Finanzsektor und schließt entsprechende privatrechtliche Verträge, welche abhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage stets dem Risiko eines Forderungsausfalls mit nachteiligen Folgen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe unterliegen.

*Währungsrisiken*: Risiken können sich aus auftretenden Kursschwankungen und eventuellen Wechselkursverlusten zwischen den innerhalb der B+S Gruppe hauptsächlich vertretenen Währungen EUR und CHF ergeben.

*Erleichterter Kundenzugang für Wettbewerber der B+S Gruppe durch die Verwendung offener Schnittstellen*: Die Verwendung sogenannter offener Schnittstellen beinhaltet das Risiko, dass Wettbewerbern der Zugang zu Kunden der B+S Gruppe erleichtert wird. Dies könnte zum Verlust von Kunden und folglich von Umsätzen führen, was sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe auswirken würde.

*Ausübung der Kontrolle der Gesellschaft durch Großaktionäre*: Risiken können sich aus dem dominierenden Einfluss der Großaktionäre Herr Peter Bauch, Herr Wilhelm Berger und COR &FJA AG hinsichtlich des eventuellen Einflusses auf Hauptversammlungsbeschlüsse bzw. bezüglich des Eintretens einer Situation eines übernahmerechtlichen und aktienrechtlichen Squeeze-outs ergeben.

*Risiken bezüglich der Kapitalgarantie der Großaktionäre:* Die Gesellschaft könnte nicht in der Lage sein, die ihnen von dem Großaktionär Herr Wilhelm Berger und dem ehemaligen Großaktionär Herr Heinz Schier im Zusammenhang mit dem Erwerb des Teilkonzerns Salzburg im November 2001 gewährte Kapitalgarantie im Fall des Absinkens der Eigenkapitalquote des Teilkonzerns Salzburg unter 50 %, durchzusetzen.

*Risiken aus zukünftigen Akquisitionen:* Risiken können im Zusammenhang mit zukünftigen Akquisitionen der B+S Gruppe entstehen, sofern es nicht gelingt die erworbenen Unternehmen oder Unternehmensteile einzugliedern, zu integrieren sowie positive Synergieeffekte zu erzielen.

*Nicht ausreichende Versicherungen der Gesellschaften der B+S Gruppe:* Die Gesellschaften der B+S Gruppe entscheiden über Art und Umfang des Versicherungsschutzes auf Grundlage einer kaufmännischen Kosten-Nutzen-Analyse, um die nach ihrer Einschätzung relevanten Risiken abzudecken. Die B+S Gruppe könnte solche relevanten Risiken falsch eingeschätzt haben, so dass Ansprüche von Kunden, Wettbewerbern oder Dritten bestehen die über den Leistungsumfang der abgeschlossenen Versicherungen hinausgehen oder von diesen nicht erfasst sind.

*Steuerliches Risiko:* Steuernachforderungen auf Grundlage zukünftiger Betriebsprüfungen können nicht ausgeschlossen werden, da die letzte Außenprüfung bzgl. Körperschaft-, Gewerbe- und Lohnsteuer lediglich die Geschäftsjahre bis einschließlich 2005 erfasste. Die seither erstellten Steuerbescheide unterliegen mangels weiterer Prüfungen bisher dem Vorbehalt der Nachprüfung. Entsprechende Nachzahlungsrisiken bestehen auch für die ausländischen Gesellschaften der B+S Gruppe in Österreich und der Schweiz.

*Risiko weiterer Firmenwertabschreibung*: Die B+S Gruppe hat einen Geschäfts- und Firmenwert in der Bilanz zum 30. Juni 2010 von TEUR 16.866. Im Geschäftsjahr 2010 und 2011 wurde der Firmenwert in Höhe von TEUR 5.700 abgeschrieben. Abhängig von der konjunkturellen Entwicklung können weitere Abschreibungen auf den Firmenwert mit einhergehenden nachteiligen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nicht ausgeschlossen werden.

### *1.5.3 Risiken im Zusammenhang mit der Börsennotierung*

*Ungewissheit über Kursentwicklung:* Es besteht keine Gewähr, dass sich nach erfolgter Börsenzulassung ein ausreichend liquider Handel in Aktien der Gesellschaft entwickeln wird.

*Risiko aus der Volatilität der Aktienkurse und fehlende Liquidität:* Nach der Notierungsaufnahme der zuzulassenden Aktien kann der Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft erheblichen Schwankungen unterworfen sein.

*Verwässerungsrisiko bei künftigen Kapitalerhöhungen:* Die Ausgabe neuer Aktien könnte zu einer Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre führen.

*Risiko aus künftigen Verkäufen von Aktien:* Zukünftige Verkäufe von Aktien durch die Altaktionäre der Gesellschaft können den Börsenkurs der Aktie der B+S AG belasten.

*Insolvenzrisiko:* Das Investment von Anlegern in Aktien birgt das Risiko, dass es im Falle der Insolvenz der Gesellschaft zu einem Totalverlust des eingesetzten Kapitals kommen kann.

## 2. RISIKOFAKTOREN

***Potenzielle Anleger sollten vor der Entscheidung über den Kauf von Aktien der Gesellschaft die nachfolgenden Risikofaktoren und die übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen sorgfältig lesen und bei ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen. Der Eintritt eines oder mehrerer dieser Risiken kann, einzeln oder zusammen mit anderen Umständen, die Geschäftstätigkeit der B+S Gruppe wesentlich beeinträchtigen, den Bestand der Gesellschaft gefährden und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben. Die nachfolgend aufgeführten Risiken könnten sich rückwirkend als nicht vollständig herausstellen und daher nicht die einzigen Risiken sein, denen die Gesellschaft und die B+S Gruppe ausgesetzt sind. Die gewählte Reihenfolge der Risikofaktoren enthält weder eine Aussage über die Eintrittswahrscheinlichkeit noch über die Schwere bzw. die Bedeutung der einzelnen Risiken. Darüber hinaus können weitere Risiken und Aspekte von Bedeutung sein, die der Gesellschaft gegenwärtig nicht bekannt sind. Der Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft könnte aufgrund des Eintritts jedes dieser Risiken fallen, und Anleger könnten ihr eingesetztes Kapital teilweise oder ganz verlieren (Totalverlustrisiko).***

### 2.1 Marktbezogene Risiken

#### *2.1.1 Risiken der Bankenkrise und der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung*

Der gesamte Banken- und Finanzsektor, aus dem die überwiegende Zahl der Kunden der B+S Gruppe stammt, hat in der jüngeren Vergangenheit eine negative Entwicklung durchlaufen (sog. Bankenkrise). Diese Bankenkrise ist nach Einschätzung mancher Marktbeobachter noch nicht abgeschlossen, sondern dauert zumindest teilweise noch an. Manche Marktbeobachter halten es auch für möglich, dass sich die Bankenkrise oder deren Auswirkungen in Zukunft verschärfen oder es zu einer neuen Bankenkrise kommen könnte.

Die Bankenkrise und deren mögliche weitere Auswirkungen könnten zu einer Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage von Unternehmen aus der Banken- und Finanzbranche führen, was sich negativ auf die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der B+S Gruppe auswirken könnte. Zudem könnte es bei Verträgen dieser Unternehmen mit Unternehmen der B+S Gruppe zu Zahlungsschwierigkeiten oder –ausfällen kommen. Dies gilt entsprechend für Unternehmen aus anderen Branchen, die auch zum Kundenkreis der B+S Gruppe gehören, und die ebenfalls einer krisenhaften Entwicklung ausgesetzt sein können.

Die Realisierung der genannten Risiken könnte die Geschäftstätigkeit der B+S Gruppe beeinträchtigen und sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

#### *2.1.2 Risiken aus einer Verschärfung des Wettbewerbs*

Der Markt für Produkte und Dienstleistungen für Kredit- und Finanzinstitute, Versicherungen und Industrieunternehmen mit Finanztätigkeiten ist von einem starken Wettbewerb geprägt. Dieser Wettbewerb und die hohe Preissensitivität der Kunden könnten zu einem Preisrückgang und zum Verlust von Marktanteilen der B+S Gruppe führen.

Auf der einen Seite kann sich der Wettbewerb dadurch verschärfen, dass neue Wettbewerber auf den Markt der B+S Gruppe drängen. Auf der anderen Seite könnten bereits bestehende, insbesondere finanzstärkere Wettbewerber der B+S Gruppe verstärkte

Anstrengungen unternehmen, um neue Kunden zu gewinnen oder verlorene Marktanteile zurückzugewinnen. Der B+S Gruppe ist es in der Vergangenheit gelungen, neue Kunden zu gewinnen und bestehende Kundenbeziehungen zu Lasten der Wettbewerber auszubauen. Es ist nicht auszuschließen, dass die betroffenen Wettbewerber mit verstärkten Anstrengungen, einschließlich einer aggressiven Preispolitik versuchen werden, verlorene Marktanteile zurückzugewinnen.

Es ist auch möglich, dass Wettbewerber Geschäftstätigkeiten in Länder auslagern, in denen das Lohnniveau deutlich unterhalb der Löhne liegt, die die Gesellschaften der B+S Gruppe ihren Mitarbeitern zahlen, so dass jene Wettbewerber einen Preisvorteil erzielen könnten.

Schließlich ergibt sich der Preisdruck nicht nur aus den allgemeinen Marktbedingungen, sondern spiegelt bis zu einem gewissen Grad auch die Nachfragemacht der Großkunden gegenüber den Gesellschaften der B+S Gruppe wieder.

Ein sich verschärfender Wettbewerb mit zunehmendem Preisdruck oder/und sinkenden Gewinnmargen der B+S Gruppe könnte sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe auswirken.

### *2.1.3 Risiken nachlassender Investitionstätigkeit der Kunden der B+S Gruppe*

Der Umsatz der B+S Gruppe hängt von der Nachfrage und diese wiederum von der Investitionsbereitschaft ihrer Kunden ab. Diese wird durch eine Reihe von äußeren Faktoren und internen Entscheidungen beeinflusst. Eine nachlassende Konjunktur etwa oder negative Prognosen für die betroffenen Branchen oder Einzelunternehmen können dazu führen, dass die Investitionstätigkeit der Kunden und damit die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der B+S Gruppe abnehmen. Dies würde wiederum nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften der B+S Gruppe haben.

### *2.1.4 Risiken aus einer zunehmenden Konsolidierung im Bankensektor und in anderen Wirtschaftssektoren*

Die überwiegende Zahl der Kunden der B+S kommt aus dem Banken- und Finanzsektor. Im Banken und Finanzsektor ist seit einigen Jahren ein Trend zur Konsolidierung feststellbar. Sollte sich dieser Trend fortsetzen und zur Entstehung größerer Einheiten auf der Kundenseite der B+S Gruppe führen, könnte dies eine erhöhte Nachfragemacht dieser Kunden zur Folge haben. Dadurch könnte sich der Preisdruck im Hinblick auf die von der B+S Gruppe angebotenen Produkte und Dienstleistungen verstärken und die Gewinnmargen schmälern. Zudem könnten die neu entstandenen größeren Einheiten sich für einen anderen Anbieter als die B+S Gruppe entscheiden.

Solche Konsolidierungs- und Konzentrationsprozesse können auch in der Weise stattfinden, dass sich Unternehmen nicht als solche zusammenschließen, aber ihren IT-Bereich auf einen Anbieter oder ein Rechenzentrum auslagern, was in der Vergangenheit bereits bei Volks- und Raiffeisenbanken, Sparkassen oder Kantonal- und Regionalbanken geschehen ist. Für die Nachfragesituation der B+S Gruppe führt dies zu ähnlichen Ergebnissen wie ein vollständiger Zusammenschluss von Kunden.

Die genannten Entwicklungen könnten sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe auswirken.

### *2.1.5 Risiken aus einer zunehmenden Eigenentwicklung von Software durch Banken*

Es ist möglich, dass sich Kunden der B+S Gruppe dazu entscheiden, bisher bei Gesellschaften der B+S Gruppe eingekaufte Produkte oder Dienstleistungen fortan intern herzustellen oder zu erbringen (sog. Rückwärtsintegration). Dies könnte zu Absatzrückgängen bei der B+S Gruppe führen, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften der B+S Gruppe auswirken würden.

### *2.1.6 Risiken aus erfolgloser Vertriebstätigkeit*

Bevor sich Kunden oder potenzielle Kunden für eine Investition in Software entscheiden, schreiben sie die Softwareprojekte in der Regel zwischen mehreren Anbietern aus. Es hängt auch von der Vertriebsaktivität der Anbieter ab, ob und mit welchem Erfolg sie an einem solchen Prozess beteiligt werden.

Im Rahmen der Ausschreibungen und der nachfolgenden internen Entscheidungsprozesse sollen die Gesellschaften der B+S Gruppe den potenziellen Kunden ausführlich über die Einsatzmöglichkeiten, Funktionen und Vorteile der Softwarelösungen für ihn informieren. Abhängig von den Vorkenntnissen des Kunden, seinen Bedürfnissen und der vorhandenen Systeminfrastruktur kann dies ein unter Umständen aufwendiger Prozess sein, der bereits umfangreiche Beratungs- und Entwicklungsleistungen seitens der B+S Gruppe oder ihren Vertriebspartnern verlangt. In der Regel stellen diese Leistungen aber noch keine von potenziellen Kunden zu vergütende Beratungsleistungen dar. Entscheiden sich potenzielle Kunden schließlich gegen das Produkt der B+S Gruppe erfolgen Investitionen bis zu diesem Zeitpunkt ohne Gegenleistung und stellen Kosten für die B+S Gruppe dar. Dies kann erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

### 2.1.7 *Abhängigkeit von künftigen Innovationen und Vertriebsleistungen*

Der Erfolg der B+S Gruppe hängt maßgeblich von ihrer Fähigkeit ab, rechtzeitig und kontinuierlich innovative Produkte zu entwickeln und erfolgreich am Markt zu platzieren. Hierfür müssen allgemeine Entwicklungen sowie aktuelle und zukünftige Kundenwünsche und -bedürfnisse rechtzeitig erkannt und in neue Produkte, einschließlich Dienstleistungen umgesetzt werden. Es besteht das Risiko, dass dies der B+S Gruppe nicht, nicht schnell genug oder nicht so gut wie Wettbewerbern gelingt. Gelingt es Wettbewerbern, Innovationen vor der B+S Gruppe rechtlich schützen zu lassen, könnte der B+S Gruppe die Nutzung dieser Innovationen verwehrt bleiben. Zudem kann es bei der Produktentwicklung innerhalb der B+S Gruppe zu Fehleinschätzungen kommen oder Produkte nicht die vom Markt gewünschten Funktionalitäten aufweisen oder aus anderen Gründen nicht vom Markt akzeptiert werden.

Dies alles könnte sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe auswirken.

### *2.1.8 Abhängigkeit von qualifizierten Mitarbeitern*

Die B+S Gruppe ist von qualifizierten Mitarbeitern und Führungskräften abhängig. Ein Verlust von Mitarbeitern und Führungskräften, insbesondere in Schlüsselpositionen, könnte die Geschäftstätigkeit der B+S beeinträchtigen. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für die Entwicklungsabteilungen sowie für die Organe der Gesellschaften der B+S Gruppe.

Aufgrund des starken Wettbewerbs im Geschäftsfeld der B+S Gruppe eröffnen sich für qualifizierte Führungskräfte und Mitarbeiter Möglichkeiten, zu Wettbewerbern zu wechseln. Dies hätte einen Abfluss von Know-how und ggf. Kundenbeziehungen zur Folge. Es kann nicht gewährleistet werden, dass es der B+S Gruppe in jedem Fall gelingen wird, entsprechenden Ersatz zu rekrutieren. Setzen Führungskräfte und Mitarbeiter, welche die B+S Gruppe verlassen haben, ihr Know-how bei Wettbewerbern ein oder nutzen sie Kundenbeziehungen zum Vorteil der Wettbewerber, kann dies die Wettbewerbsposition der B+S Gruppe schwächen. Dies alles kann sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von B+S auswirken.

## 2.2 Unternehmensbezogene Risiken

### *2.2.1 Risiken aus Fremdfinanzierung*

Die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich ("**B+S Salzburg**"), deren sämtliche Geschäftsanteile zum Datum des Prospekts von der Emittentin gehalten werden, hat von der Raiffeisen Landesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft mit Sitz in Linz, Österreich ("**Raiffeisen Landesbank**"), am 24. Januar 2002 eine Barvorlage (als Vorschuss gewährtes Darlehen auf künftige Geldeingänge) erhalten (nachfolgend "**Darlehen**"). Dieses Darlehen valutiert zum Datum des Prospekts in Höhe von EUR 8.000.000,00. Die B+S Salzburg plant derzeit, diese Barvorlage in Abhängigkeit von der Ertragslage in den nächsten fünf bis zehn Jahren zurückzuführen. Inwieweit dies gelingt, hängt allerdings von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Salzburg ab.

Die Forderungen aus dem Darlehen sind durch Sicherheiten, die Herr Wilhelm Berger, Vorstand und Großaktionär der Gesellschaft, sowie Herr Heinz Schier**,** ein ehemaliger Vorstand und ehemaliger Großaktionär der Gesellschaft, gestellt haben, besichert. Die Herren Berger und Schier haben jeweils Wertpapierdepots mit festverzinslichen Wertpapieren, teilweise mündelsicher, bei der Raiffeisen Landesbank und bei der Salzburger Landes-Hypothekenbank AG an die Raiffeisen Landesbank in entsprechender Höhe verpfändet. Die Werthaltigkeit des Depots wird jährlich im Rahmen der Abschlussprüfung durch den WP geprüft.

Die Raiffeisen Landesbank ist berechtigt, das Darlehen fällig zu stellen, wenn bestimmte kredittypische Voraussetzungen vorliegen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Darlehen aus anderen Gründen, z. B. wegen einer außerordentlichen Kündigung, vorzeitig zur Rückzahlung fällig wird. Eine sofortige Fälligstellung des Darlehens könnte zu Zahlungsschwierigkeiten oder Überschuldung bis hin zur Insolvenz der B+S Salzburg führen.

Statt auf die B+S Salzburg könnte die Raiffeisen Landesbank im Fall einer Fälligstellung des Darlehens ganz oder teilweise auf die von den Herren Berger und Schier gewährten Sicherheiten zurückgreifen. In diesem Fall könnten die Herren Berger und Schier bei der B+S Salzburg Rückgriff nehmen. Auch diese Rückgriffsansprüche könnten Zahlungsschwierigkeiten oder eine Überschuldung bis hin zur Insolvenz der B+S Salzburg zur Folge haben.

Zahlungsschwierigkeiten, eine Überschuldung oder Insolvenz der B+S Salzburg würden sich aufgrund der großen Bedeutung der B+S Salzburg und ihrer Tochtergesellschaften für die B+S Gruppe erheblich nachteilig auf deren Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

### *2.2.2 Risiken aus zurückhaltender Inanspruchnahme von Wartungs- und Weiterentwicklungsverträgen durch Kunden*

Neben dem Verkauf von Software bzw. entsprechenden Lizenzen generiert die B+S Gruppe einen erheblichen Teil ihrer Umsatzerlöse durch langfristig laufende Wartungs- und Weiterentwicklungsverträge mit Kunden. Diese Leistungen werden zusammen mit dem Verkauf der Lizenzen für Software angeboten. Die Planungen der Emittentin gehen davon aus, dass der Abschluss von solchen Wartungs- und Weiterentwicklungsverträgen mit jedem weiteren Verkauf von Lizenzen zunehmen wird und zukünftig einen noch größeren Teil des Umsatzes der B+S Gruppe ausmachen könnte.

Sollte es der B+S Gruppe nicht gelingen, neben dem einmaligen Verkauf von Softwarelizenzen zusätzlich Wartungs- und Weiterentwicklungsverträge erfolgreich zu vermarkten, hätte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe.

### *2.2.3 Risiken aus Qualitätsmängeln von Produkten oder Dienstleistungen*

Ein wesentlicher Teil der Geschäftstätigkeit der Unternehmen der B+S Gruppe besteht in der Entwicklung und dem Vertrieb von Software sowie dem Bereitstellen angeschlossener Dienstleistungen wie der Wartung und Weiterentwicklung. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Software Fehler aufweist oder Dienstleistungen mangelhaft erbracht werden. Solche Fehler können bei Kunden hohe Schadenssummen verursachen, zum Beispiel durch den Verlust oder die Verfälschung von Daten. Da es sich bei den Kunden der B+S Gruppe typischerweise um Banken und Unternehmen aus dem Finanzsektor handelt, geht es hier meist um sensible Daten und/oder hohe Geldbeträge, so dass den Kunden der B+S Gruppe entsprechend große Schäden entstehen können. Es kann im Vorhinein kaum abgeschätzt werden, inwieweit Versicherungen der Kunden oder der B+S Gruppe für solche Schäden aufkommen. Die B+S Gruppe wäre für den Fall, dass Schäden durch Versicherungsleistungen nicht oder nicht vollständig abgedeckt sind, dem Risiko ausgesetzt, die entsprechenden Schadenssummen selbst regulieren zu müssen. Dies könnte nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften der B+S Gruppe haben. Das gleiche gilt für den möglicherweise dann eintretenden Verlust wichtiger Kunden und Folgeaufträge sowie für einen möglichen Reputationsschaden.

### *2.2.4 Offenlegung des Quellcodes von Computerprogrammen der B+S Gruppe*

Die B+S Gruppe geht teilweise im Zusammenhang mit dem Abschluss von Lizenzverträgen oder von Wartungs- und Weiterentwicklungsverträgen auch sogenannte Hinterlegungsvereinbarungen mit ihren Kunden ein. Sie ist hiernach verpflichtet, den Quellcode ihrer Programme bei verschiedenen, in der Regel unabhängigen Dritten zu hinterlegen. Gemäß den Hinterlegungsvereinbarungen sind die Kunden der B+S Gruppe berechtigt, den Quellcode im Falle der Insolvenz oder Geschäftsaufgabe der B+S Gruppe herauszuverlangen und ausschließlich für interne Zwecke zu nutzen. Das Eigentum an dieser Software verbleibt bei der B+S Gruppe. Darüber hinaus sieht die Mehrheit der Verträge vor, dass der Kunde die Herausgabe des Quellcodes (ebenfalls nur für interne Zwecke) auch unter bestimmten weiteren Voraussetzungen verlangen kann. Insbesondere können die Kunden ein Herausgabeverlangen geltend machen, wenn die B+S Gruppe Wartungs- oder Weiterentwicklungsleistungen oder andere wesentliche Leistungen ohne Grund nicht in der vereinbarten Form erbringt. Als weitere Offenlegungsgründe nennen die Verträge, dass die B+S Gruppe ihre Wartungs- oder Weiterentwicklungsleistungen nicht mehr zu zumutbaren Bedingungen fortführen kann oder Wartungs- oder Weiterentwicklungsarbeiten nicht durchführt. Erfolgt vertragsgemäß eine Offenlegung des Quellcodes, so besteht das Risiko,

dass Kunden der B+S Gruppe diese Kenntnis über die vertraglich vereinbarten Grenzen hinaus verwerten. Die Offenlegung des Quellcodes hat bei Missbrauch durch Kunden erhebliche nachteilige Folgen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe.

### *2.2.5 Risiken aus der Verletzung geistigen Eigentums Dritter durch die B+S Gruppe*

Der Softwaremarkt unterliegt ständigen Neuentwicklungen, die zum Teil rechtlich geschützt sind. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die B+S Gruppe durch Weiter- und Neuentwicklungen ihrer Software geistige Eigentumsrechte Dritter verletzt und Dritte infolge dessen Ansprüche aus Verletzung dieser Rechte gegenüber den Gesellschaften der B+S Gruppe geltend machen können.

Nach deutschem Recht ist der Inhaber eines Urheberrechts an einem Computerprogramm oder einem anderen urheberrechtlich geschützten Werk zunächst der jeweilige Programmierer oder Autor selbst. Die B+S Gruppe ist daher darauf angewiesen, dass ihr die jeweiligen Programmierer ihre Rechte an den Programmen rechtssicher und in dem Umfang einräumen oder eingeräumt haben, der für die Geschäftstätigkeit jeweils erforderlich ist, und dass der jeweilige Programmierer insoweit verfügungsbefugt ist bzw. war. Bei Arbeitnehmern gilt die gesetzliche Regelung, dass alle vermögensrechtlichen Befugnisse an einem Computerprogramm, das im Rahmen der abhängigen Beschäftigung entwickelt wurde, grundsätzlich dem Arbeitgeber zustehen. Dies gilt nicht für freie Mitarbeiter, Geschäftsführer und Vorstände. Bei der B+S Gruppe wurden Teile der Software auch durch Vorstände oder Geschäftsführer entwickelt bzw. weiterentwickelt.

Ferner unterliegt die Übertragbarkeit von geistigen Eigentumsrechten bestimmten Beschränkungen. So können Persönlichkeitsrechte nicht übertragen werden, die Einräumung von Nutzungsrechten für noch nicht bekannte Nutzungsarten ist unwirksam und die jeweiligen Nutzungsarten sind bei der Einräumung eines Nutzungsrechts ausdrücklich einzeln zu bezeichnen. Erfolgt diese Bezeichnung nicht, bestimmt sich der Umfang des Nutzungsrechts nach dem jeweiligen gemeinsamen Vertragszweck. Der damalige Vertragszweck muss aber nicht mit der aktuellen Nutzung übereinstimmen. Ferner kann Programmierern ein im Voraus unverzichtbares Recht auf Erhöhung ihrer Vergütung zustehen, wenn ein auffälliges Missverhältnis zwischen den Vorteilen des Programms für die B+S Gruppe und der an den Programmierer geleisteten Vergütung besteht. Daraus könnten erhebliche Nachforderungen auf die B+S Gruppe zukommen.

Sollte ein Kunde, ein Mitarbeiter oder ehemalige Mitarbeiter, eine Führungsperson oder ein Dritter einen Anspruch aufgrund einer Verletzung geistigen Eigentums gegen die B+S Gruppe durchsetzen können, könnte die B+S Gruppe bestimmte Software oder Technologien nicht oder nicht mehr unbeschränkt einsetzen dürfen, was zur Folge hätte, dass die B+S Gruppe gezwungen wäre, entsprechende Lizenzen von Dritten zu erwerben oder möglicherweise in sehr kurzer Zeit die Entwicklung neuer Technologien voranzutreiben, die keine Schutzrechte Dritter verletzen. Sofern diese Lösungen überhaupt möglich sind, wären sie mit erheblichem Zeit- und Kostenaufwand verbunden. Zudem könnte die B+S Gruppe zu erheblichen Schadensersatzleistungen verpflichtet und vorübergehend oder auf Dauer an dem Vertrieb eigener Produkte gehindert sein. Weitere Folgen einer Verletzung von Schutzrechten Dritter könnten unter anderem auch Auskunfts-, Beseitigungs-, Freistellungs- und Vernichtungsansprüche sein. Darüber hinaus könnte die B+S Gruppe Rechtsstreitigkeiten ausgesetzt werden, die, auch wenn sie unbegründet sein sollten, erhebliche Managementressourcen binden und Kosten produzieren würden.

Die genannten, möglichen Verletzungen geschützter Rechte durch die B+S Gruppe könnten zu Umsatzrückgängen und Kosten führen und erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

### *2.2.6 Risiken aus mangelnder Verfügbarkeit und Kompatibilität zu Soft- und Hardwaresystemen anderer Hersteller*

Die B+S Gruppe entwickelt und vertreibt Standardsoftwarelösungen, die aufgrund der Programmierung betriebssystemunabhängig und nicht an bestimmte Hardwareplattformen gebunden sind. Die B+S Gruppe bietet für ihre Produkte verschiedene Schnittstellenlösungen an, die die Einbindung des überwiegenden Teils der branchenüblichen Peripheriegeräte und Software ermöglichen soll. Sollte es zukünftig zu Neueinführungen oder Weiterentwicklungen bestehender Soft- und Hardware-Komponenten kommen, wäre auch die B+S Gruppe gezwungen, ihre Produkte entsprechend anzupassen bzw. neue Schnittstellen zu entwickeln. Dies könnte im Einzelfall zu einem hohen Entwicklungsaufwand führen und mit erheblichen Kosten verbunden sein. Sollte es der B+S Gruppe nicht oder nicht rechzeitig gelingen, ihre Produkte an die veränderten Bedingungen anzupassen, könnte dies die Akzeptanz der Software-Produkte der B+S Gruppe nachhaltig negativ beeinflussen und zum Verlust von Marktanteilen führen. Dies hätte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe.

### *2.2.7 Risiken aus einem nicht hinreichenden Schutz der von der B+S Gruppe erstellten Software vor dem Zugriff Unbefugter*

Die Software der B+S Gruppe ist prinzipiell - wie jede Software - durch nicht autorisierte Zugriffe angreifbar, indem die verwendeten verschiedenartigen Sicherheitsmechanismen (z.B. Verschlüsselungen, Authentifizierung) umgangen werden. Die B+S Gruppe ist stets bemüht, die aktuellsten Sicherheitsanforderungen mit ihrer Software zu erfüllen. Ein hundertprozentiger Schutz der durch die Software verarbeiteten und gespeicherten Daten kann allerdings nicht gewährleistet werden. Insbesondere sind die in der Software eingefügten Sicherheitsmechanismen abhängig von dem vom Kunden gewählten Sicherheitsstandard, von der korrekten Konfiguration und von dem korrekten Einsatz der Sicherheitsmechanismen.

Sollten unbefugte Dritte (z. B. sogenannte Hacker) die Sicherheitsmechanismen umgehen oder Sicherheitslücken in Produkten der B+S Gruppe entdecken und ausnutzen und so Zugriff auf bei Kunden gespeicherte Daten bekommen, diese missbrauchen oder den Betrieb der Software stören, könnte dies zu Haftungsansprüchen gegen Unternehmen der B+S Gruppe führen. Dies gilt auch für den Fall, dass Mitarbeiter vorsätzlich Computerprogramme manipulieren und es hierdurch zu Schäden bei Kunden oder der B+S Gruppe kommt. Darüber hinaus könnte die Behebung von durch Dritte bzw. Mitarbeiter verursachten Schäden oder Fehlfunktionen der Produkte der B+S Gruppe einen erheblichen finanziellen und personellen Aufwand erfordern. Zudem besteht das Risiko eines Reputationsschadens.

Sollten sich einzelne oder mehrere der vorgenannten Risiken verwirklichen, könnte das erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

### *2.2.8 Risiken aus der begrenzten Schutzfähigkeit des geistigen Eigentums der B+S Gruppe an den von ihr erstellten Computerprogrammen*

Der künftige geschäftliche Erfolg der B+S Gruppe hängt wesentlich von der Fähigkeit ab, ihre entwickelte Software effektiv zu schützen. Ein Schutz geistigen Eigentums an Computerprogrammen ist rechtlich nur sehr eingeschränkt möglich. Gesetzlicher Schutz besteht daher im Wesentlichen nur aufgrund urheberrechtlicher Bestimmungen. Dieser Schutz ist in seinem Umfang jedoch beschränkt. Die B+S Gruppe versucht daher, einen zusätzlichen Schutz ihrer Technologie durch Geheimhaltungsvereinbarungen mit ihren Mitarbeitern und Dritten sowie entsprechenden Vereinbarungen in ihren Lizenz- und sonstigen Verträgen zu erreichen. Dieser Schutz wird zusätzlich durch technische Sicherheitsvorkehrungen ergänzt.

Es besteht das Risiko, dass sich gesetzlicher Schutz geistigen Eigentums der B+S Gruppe als wirkungslos erweist, dass vertragliche Schutzvereinbarungen gebrochen werden oder/und technische Sicherheitsvorkehrungen umgangen, insbesondere Quellcodes der Software kopiert werden und Know-how von der B+S Gruppe abfließt. Dadurch würde die Wettbewerbsposition der B+S Gruppe geschwächt und es entstünden ihr hohe Kosten oder/und Umsatzeinbußen. In einem solchen Fall kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass entstandene Nachteile ersetzt werden, da Schutzrechtsverletzungen häufig nur schwer feststellbar und nachweisbar sind. Zur Durchsetzung ihrer Schutzrechte und zur Erlangung von Schadenersatz könnte die B+S Gruppe zudem gezwungen sein, Gerichts- und/oder Schiedsgerichtsverfahren einzuleiten. Derartige Verfahren bergen nicht nur das Risiko des Unterliegens, sondern können auch erhebliche Kosten verursachen und Kapazitäten von Management und wichtigen Mitarbeitern in erheblichem Umfang binden.

Dies alles könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

### *2.2.9 Störungen oder Ausfall zentraler IT-Einrichtungen*

Die B+S Gruppe ist im Rahmen der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit auf funktionierende EDV- und Kommunikationssysteme angewiesen. Störungen, Beeinträchtigungen oder Defekte an einzelnen oder mehreren Komponenten dieser Systeme könnten die Zuverlässigkeit und Sicherheit einzelner Teilsysteme oder auch der gesamten EDV- und Kommunikationssysteme der B+S Gruppe beeinträchtigen. Dies gilt auch für das von der B+S Gruppe am Standort Salzburg betriebene Rechenzentrum, das die B+S Gruppe sowohl für ihren eigenen operativen Geschäftsbetrieb als auch für ihre Kunden betreibt. Solche Vorfälle könnten z. B. zu Unterbrechungen der Geschäftstätigkeit, fehlerhaften Leistungserstellungen, Datenverlust oder ähnlichem führen, was ggf. mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre. Es ist ferner nicht auszuschließen, dass die fortschreitende Entwicklung der Informations- und Telekommunikationstechnologie sowie andere technologische oder sonstige Entwicklungen in Zusammenhang mit deren Anwendung zu einer Gefährdung, Störung oder Beeinträchtigung der von der B+S Gruppe verwendeten Technologien für Datenschutz und Datensicherheitsmaßnahmen führen können. Um ihre Geschäftstätigkeit mit modernen Kommunikations- und Datenverarbeitungsmitteln effektiv und effizient betreiben zu können und um eine hohe Wahrscheinlichkeit sicherer und zuverlässiger EDV- und Kommunikationssysteme zu erreichen, muss die B+S Gruppe fortlaufende Investitionen in dieser Hinsicht tätigen. Die B+S Gruppe kann jedoch nicht garantieren, dass Störungen der Sicherheit der EDV- und Kommunikationssysteme in jedem Fall durch Präventivmaßnahmen verhindert werden können. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass bestehende oder neu eingeführte EDV- und Kommunikationssysteme fehlerhaft eingesetzt oder benutzt werden oder dass bei der Einführung solcher

Systeme Datenverluste auftreten. In diesem Fall müsste die B+S Gruppe in Zukunft erhebliche finanzielle Mittel im Zusammenhang mit ihren EDV- oder Kommunikationssystemen aufwenden.

Sollte eine der vorgenannten oder ähnliche Entwicklungen eintreten, könnte dies nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften der B+S Gruppe haben.

### *2.2.10 Notwendiger entgeltlicher Lizenzerwerb für Softwarekomponenten, die bisher unentgeltlich genutzt wurden*

Für die Ausführung der von der B+S Gruppe angebotenen Softwareprodukte und Lösungen werden zum Teil sowohl lizenzierte als auch lizenzgebührenfreie (sog. Open-Source-) Softwarekomponenten eingesetzt.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die B+S Gruppe künftig für bestimmte, bislang unentgeltliche Open-Source-Software entgeltliche Lizenzen erwerben muss. Sollte dies der Fall sein, würde dies zu höheren Kosten führen. Gegebenenfalls wäre die B+S Gruppe zudem gezwungen, diese Software durch eigene Software zu ersetzen, was mit einem erheblichen Entwicklungsaufwand verbunden sein könnte. Dies könnte außerdem die Durchführung von laufenden Entwicklungsprojekten erschweren und bereits erbrachten Entwicklungsaufwand teilweise entwerten. Zudem könnte die B+S Gruppe gezwungen sein, ihre Kunden von zusätzlichen Kosten aufgrund von Lizenzgebühren für ursprünglich unentgeltliche Open-Source-Software-Komponenten freizustellen. Der Erwerb entsprechender Lizenzen und die eventuelle Freistellung der Kunden von solchen Kosten könnten daher nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

### *2.2.11 Risiken durch Veränderungen von aufsichtsrechtlichen oder anderen Rechtsvorschriften*

Die B+S Gruppe, insbesondere die B+S Salzburg, entwickelt im Rahmen des Produktbereichs Treasury/Trading und Risikomanagement unter anderem Software, die Kunden, insbesondere Banken und Finanzdienstleister, dabei unterstützt, bankaufsichts- und andere rechtliche Vorgaben zu erfüllen. Der Erfolg dieser Software hängt daher wesentlich davon ab, dass die aktuellen bankaufsichts- und anderen rechtlichen Vorgaben bei der Erstellung dieser Software genau berücksichtigt werden.

Das Bankaufsichtsrecht und andere Rechtsgebiete, die für Kunden der B+S Gruppe relevant sind und für deren Einhaltung diese Kunden die Software der B+S Gruppe nutzen, ist ständigen Veränderungen unterworfen. Diese Veränderungen sind sowohl auf die Gesetzgebung auf nationaler als auch auf supranationaler Ebene, wie zum Beispiel im Bereich des Europarechts, zurückzuführen. Die Rechtssetzung auf den verschiedenen Ebenen bringt es mit sich, dass Verlauf und Ergebnisse der Gesetzgebungsverfahren für Außenstehende wie die B+S Gruppe oft schwer durchschaubar oder planbar sind.

Es besteht das Risiko, dass die B+S Gruppe ihre Software aus Kapazitäts-, Planungs- oder anderen Gründen nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig an geänderte bankaufsichtsrechtliche oder andere Vorgaben anpasst oder anpassen kann. Dies könnte dazu führen, dass die B+S Gruppe bestehende Kunden verliert oder keine oder weniger Neukunden akquirieren kann. Eine weitere Folge könnten eventuelle Schadensersatzansprüche gegen Gesellschaften der B+S Gruppe sein. Dies gilt um so mehr, als die B+S Gruppe sich typischerweise in Wartungs- und Weiterentwicklungsverträgen gegenüber Kunden verpflich-

tet bzw. verpflichtet hat, die von der B+S Gruppe entwickelte Software sich ändernden Standards entsprechend weiter zu entwickeln.

Es besteht weiterhin das Risiko, dass die B+S Gruppe Investitionen im Hinblick auf bestimmte erwartete rechtliche Veränderungen vornimmt und diese Veränderungen nicht oder anders als erwartet eintreffen. Solche Investitionen können sich dann als wertlos erweisen.

Sollte eine der vorgenannten oder ähnliche Entwicklungen eintreten, könnte dies nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften der B+S Gruppe haben.

### *2.2.12 Die B+S Gruppe könnte einen oder mehrere Großkunden verlieren*

Die Kunden der B+S Gruppe tragen in unterschiedlichem Umfang zu den Umsätzen und damit zu den Einnahmen der Gesellschaften der B+S Gruppe bei. Die B+S Gruppe erzielt mit ihren fünf größten Kunden ca. 47 % ihrer Umsätze. Es ist nicht auszuschließen, dass die B+S Gruppe künftig aufgrund verschiedenster Umstände Kunden verliert. Der Verlust von Kunden würde dazu führen, dass die Einnahmen der B+S Gruppe – auch kurzfristig – sinken. Dies gilt insbesondere für den Verlust eines oder mehrerer Großkunden.

Es ist nicht auszuschließen, dass die B+S Gruppe auch in Zukunft mit einem oder mehreren Kunden einen wesentlichen Teil ihrer Umsätze erzielt. Der Verlust eines oder mehrerer solcher Kunden würde die Einnahmen der B+S Gruppe entsprechend schmälern.

Sollte eine der vorgenannten oder ähnliche Entwicklungen eintreten, könnte dies nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften der B+S Gruppe haben.

### **2.2.13** ***Forderungsausfallrisiken***

Die B+S Gruppe entwickelt und vertreibt Software für Banken und Unternehmen im Finanzsektor. Die beim Vertrieb ihrer Produkte geschlossenen privatrechtlichen Verträge unterliegen dem im privatrechtlichen Geschäftsverkehr stets existierenden Risiko eines Forderungsausfalls. Abhängig von der wirtschaftlichen Lage im Inland und Europa, die dem Einfluss der B+S Gruppe entzogen ist, besteht zu jeder Zeit das Risiko das einzelne Forderungen der B+S Gruppe nicht oder nicht vollständig realisiert werden können. Dies kann sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe auswirken.

### *2.2.14 Währungsrisiken*

Der Konzernabschluss der B+S Gruppe wird in Euro erstellt. Den überwiegenden Teil ihres Umsatzes erlöst die B+S Gruppe innerhalb des Euro-Raumes in Euro. Lediglich die Konzerntochter B+S Banksysteme Schweiz AG mit Sitz in Thun (CH) fakturiert Ihre Umsätze in Schweizer Franken. Die zum Teil erheblichen Kursschwankungen zwischen dem Schweizer Franken und dem Euro können zu Wechselkursverlusten führen. Dies könnte abhängig vom Umsatz der B+S Banksysteme Schweiz AG nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

### *2.2.15 Erleichterter Kundenzugang für Wettbewerber der B+S Gruppe durch die Verwendung offener Schnittstellen*

Die B+S Gruppe verwendet in ihrer Standardsoftware sog. offene Schnittstellen. Dadurch lassen sich die Softwareprodukte der B+S Gruppe ohne zusätzliche Modifikationen mit Produkten anderer Anbieter, insbesondere Kernbanksystemen kombinieren. Dies kann jedoch dazu führen, dass Wettbewerbern der Zugang zu den Kunden der B+S Gruppe erleichtert wird, da auch deren Softwarelösungen umgekehrt ohne zusätzliche Modifikationen mit den Softwareprodukten der B+S Gruppe, die bei deren Kunden installiert sind, kompatibel sind. Sollte es der B+S Gruppe vor diesem Hintergrund nicht gelingen, die Kunden durch die Qualität ihrer Produkte sowie Beratungs- oder andere Leistungen weiter an sich zu binden, könnte dies zu Umsatzrückgängen und Verlusten von Marktanteilen führen und nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

### *2.2.16 Ausübung der Kontrolle über die Gesellschaft durch Großaktionäre*

Die Aktionäre Peter Bauch, Wilhelm Berger und die COR&FJA ("**Großaktionäre**") halten jeweils rund ein Viertel der Aktien der Gesellschaft. Addiert man diese Beteiligungen, halten die Großaktionäre knapp drei Viertel der Aktien der Gesellschaft.

Wenn jeder der Großaktionäre für sich entscheidet, in einer Hauptversammlung der Gesellschaft für denselben Beschlussvorschlag zu stimmen, wird dieser Beschlussvorschlag zustande kommen, wenn sein Zustandekommen nach den anwendbaren Vorschriften die einfache Mehrheit voraussetzt. Sofern in einer Hauptversammlung aufgrund der geringen Präsenz der Aktionäre die von den Großaktionären gehaltenen Aktien eine größere Mehrheit darstellen, gilt dies entsprechend für Beschlüsse, die eine größere Mehrheit erfordern. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Präsenz von Aktionären auf Hauptversammlungen deutscher Aktiengesellschaften typischerweise gering ist.

Wenn jeder der Aktionäre Bauch, Berger und COR&FJA für sich entscheidet, in einer Hauptversammlung der Gesellschaft gegen einen bestimmten Beschlussvorschlag zu stimmen, wird dieser Beschlussvorschlag nicht zustande kommen.

Sollten die Großaktionäre (oder zwei dieser Großaktionäre) künftig ihr Verhalten in Bezug auf die Gesellschaft aufgrund einer Vereinbarung oder in sonstiger Weise abstimmen (ausgenommen Vereinbarungen in Einzelfällen), müssten sie ein Pflichtangebot zum Kauf oder zum Tausch von Aktien der Gesellschaft nach den Vorschriften der Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) abgeben. Wenn sich die Beteiligungsquote der Großaktionäre an der Gesellschaft in Zusammenhang mit diesem Pflichtangebot auf über 95% der Aktien der Gesellschaft erhöht, können ihnen unter bestimmten weiteren Voraussetzungen die übrigen Aktien der Gesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung durch Gerichtsbeschluss übertragen werden (übernahmerechtlicher Squeeze-Out, §§ 39a ff. WpÜG).

Es ist möglich, dass sich die Beteiligungsquote der Großaktionäre auch auf andere Weise, d.h. außerhalb eines Pflichtangebotes, künftig erhöht.

Wenn sich die Beteiligungsquote der Großaktionäre auf über 95% der Aktien der Gesellschaft erhöht, hätten sie – neben der oben dargestellten Übertragung nach dem WpÜG – bei Vorliegen bestimmter weiterer Voraussetzungen die Möglichkeit, in einer Hauptversammlung der Gesellschaft zu beschließen, dass ihnen die Aktien der übrigen Aktionäre gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung übertragen werden (aktienrechtlicher Squeeze-Out, §§ 327a ff. AktG).

### *2.2.17 Risiken bezüglich der Kapitalgarantie der Großaktionäre*

Im November 2001 haben der Großaktionär und Vorstand der Gesellschaft, Herr Wilhelm Berger und ein ehemaliger Großaktionär und ehemaliges Vorstandsmitglied, Herr Heinz Schier im Zusammenhang mit dem Erwerb des Teilkonzerns Salzburg eine Kapitalgarantie gegenüber der Gesellschaft abgegeben. Darin haben sich die beiden Großaktionäre gegenüber der Gesellschaft verpflichtet, dieser Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, wenn die Eigenkapitalquote des Teilkonzerns Salzburg unter 50 % fällt. Die Verpflichtung aus dieser Kapitalgarantie wird allerdings von Herrn Heinz Schier bestritten. In diesem Zusammenhang ist es daher ungewiss, ob die Gesellschaft im Falle des Absinkens der Eigenkapitalquote des Teilkonzerns Salzburg unter 50 % die Kapitalgarantie gegenüber Herrn Heinz Schier oder auch gegenüber Herrn Wilhelm Berger ganz oder teilweise durchsetzen wird. Sollte die Gesellschaft die Kapitalgarantie nicht ganz oder nur teilweise durchsetzen, könnte dies nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

### *2.2.18 Risiken aus zukünftigen Akquisitionen*

Es ist nicht auszuschließen, dass die B+S Gruppe in der Zukunft Akquisitionen tätigt. Es kann hierbei jedoch nicht gewährleistet werden, dass in der Zukunft eventuelle stattfindende Akquisitionen von Unternehmen oder Unternehmensteilen erfolgreich verlaufen, weil Akquisitionen – auch bei Anwendung üblicher Sorgfalt – stets ein nicht unerhebliches unternehmerisches Risiko mit sich bringen. Insbesondere kann es sein, dass es bei solchen Transaktionen nicht gelingt, die erworbenen Unternehmen oder Unternehmensteile erfolgreich in den Geschäftsbetrieb der B+S Gruppe einzugliedern, zu integrieren sowie positive Synergieeffekte zu erzielen. Zusätzlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Zukunft durchgeführte Akquisitionen zu einem Preis erfolgen, der über dem realen Wert des übernommenen Unternehmens bzw. Unternehmensteils liegt. Zudem birgt ein im Rahmen von Akquisitionen eventuell neu entstehender Firmenwert ein potenzielles Abschreibungsrisiko bei nachhaltigen Wertverlusten. Bei dem akquirierten Unternehmen selbst kann die Akquisition negative Effekte haben, zum Beispiel die Abwanderung von Kunden oder Mitarbeitern.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Akquisitionen typischerweise in erheblichem Umfang Managementressourcen binden. Darüber hinaus bringen Akquisitionen oft finanzielle Belastungen mit sich, die z. B. zu einer größeren Verschuldung der B+S Gruppe führen und eine Zinsbelastung nach sich ziehen können.

Sollte eine der vorgenannten oder ähnliche Entwicklungen eintreten, könnte dies nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften der B+S Gruppe haben.

### *2.2.19 Nicht ausreichende Versicherungen der Gesellschaften der B+S Gruppe.*

Die Gesellschaften der B+S Gruppe entscheiden über Art und Umfang des Versicherungsschutzes auf der Grundlage einer kaufmännischen Kosten-Nutzen-Analyse, um so die aus ihrer Sicht wesentlichen Risiken abzudecken. Aus diesem Grund verfügen die Gesellschaften der B+S Gruppe derzeit über verschiedene Versicherungen. Die B+S Gruppe kann nicht gewährleisten, dass den Gesellschaften der B+S Gruppe keine Verluste entstehen oder dass keine Ansprüche gegen sie erhoben werden, die über den Umfang des bestehenden Versicherungsschutzes hinausgehen. Sollten den Gesellschaften der B+S Gruppe Schäden entstehen, gegen die kein oder nur ein unzureichender Versicherungsschutz besteht,

könnte dies die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe wesentlich nachteilig beeinträchtigen.

### *2.2.20 Steuerliches Risiko*

Die Gesellschaft unterliegt regelmäßig körperschafts-, gewerbesteuerlichen oder lohnsteuerlichen Außenprüfungen ("**Betriebsprüfungen**"). Die letzte Betriebsprüfung der Gesellschaft umfasste die Geschäftsjahre bis einschließlich 2005. Für die darauf folgenden Geschäftsjahre bis zum Datum des Prospekts sind bisher keine Betriebsprüfungen durchgeführt worden. Die Steuerbescheide für diese Geschäftsjahre unterliegen daher dem Vorbehalt der Nachprüfung.

Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass zukünftige Betriebsprüfungen bei der Gesellschaft zu Steuernachforderungen und/oder Nachforderungen von steuerlichen Nebenleistungen führen können. Wenn dies eintritt, dann besteht das Risiko, dass es aufgrund abweichender Anwendung, Auslegung und/oder Bewertung im Rahmen der Schlussbesteuerung zu einer Nachbesteuerung und damit zu Steuernachzahlungen kommen kann.

Darüber hinaus können auch bei den ausländischen Gesellschaften in Österreich und der Schweiz Nachzahlungsrisiken nach Steuerprüfungen vergangener Zeiträume ergeben.

Sollten die hierfür gebildeten Steuerrückstellungen nicht ausreichend bzw. noch nicht gebildet worden sein, könnten diese Steuernachzahlungen die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachteilig beeinträchtigen.

### *2.2.21 Risiko weiterer Firmenwertabschreibung*

Die B+S Gruppe hat einen Geschäfts- und Firmenwert in der Bilanz zum 30. Juni 2010 von TEUR 16.866. Der Firmenwert resultiert hauptsächlich aus der Übernahme der B+S Salzburg und deren Tochtergesellschaften. Der Firmenwert wird jährlich einem Impairment-Test unterzogen. Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurde der Firmenwert in Höhe von TEUR 5.700 abgeschrieben. Im Bestätigungsvermerk des Konzernabschlusses zum 30. Juni 2011 liegt ein Zusatz vor, dass die weitere Werthaltigkeit des ausgewiesenen Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung und der Erreichung der Planzahlen im Teilkonzern Österreich abhängig ist. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass zukünftig weitere außerordentliche Abschreibungen auf den Firmenwert vorgenommen werden. Dies könnte abhängig vom Umfang der Abschreibungen nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe haben.

## 2.3 Risiken der Wertpapiere

### *2.3.1 Ungewissheit über Kursentwicklung*

Gegenstand des Wertpapierprospekts ist die Zulassung von 3.076.924 auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) aus der von der ordentlichen Hauptversammlung vom 2. Oktober 2008 beschlossenen und am 6. Oktober 2008 in das Handelsregister eingetragene Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse. Damit steigt die Anzahl der am Markt angebotenen Aktien. Durch das erhöhte Angebot von weiteren Aktien in nicht unerheblichem Umfang könnten sich die Aktienkurse der Gesellschaft am Regulierten Markt (General Standard) der

Frankfurter Wertpapierbörse verändern. Die historische Kursentwicklung gibt daher keinen Aufschluss über die zukünftige Kursentwicklung. Die Gesellschaft kann nicht voraussagen, inwieweit die hohe Anzahl an neuen Aktien die Liquidität des Handels in der Aktie und den Aktienkurs beeinflussen wird. Unter Umständen werden Erwerber der Aktie nicht in der Lage sein, ihre Aktien zu dem Erwerbspreis oder einem höheren Preis als dem Erwerbspreis wieder zu verkaufen.

### *2.3.2 Risiko aus der Volatilität der Aktienkurse und fehlende Liquidität*

Der Aktienkurs der Gesellschaft unterliegt Schwankungen, die zum einen auf die hohe Volatilität an den Wertpapiermärkten im allgemeinen und zum anderen auf Entwicklungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe zurückzuführen sind. Darüber hinaus gibt es noch weitere Faktoren, wie z. B. die Erwartungen des Marktes über die Wertentwicklung und Kapitalausstattung der B+S Gruppe, die Erwartungen von Anlegern über die tatsächliche Wertentwicklung anderer Unternehmen, Einschätzungen der Anleger über die Strategie der B+S Gruppe, die Änderung von Gewinnprognosen, die Nichterfüllung von Gewinnerwartungen von Wertpapieranalysten oder eine andere Einschätzung der Geschäfts- und Ertragsaussichten der B+S Gruppe. In der Vergangenheit war der Handel mit Aktien der Gesellschaft an der Börse durch geringe Liquidität gekennzeichnet, was die Aktien der Gesellschaft besonders anfällig für größere Kursausschläge macht. Die Volatilität des Aktienkurses kann insbesondere deshalb hoch sein, weil einzelne Aktionäre der Gesellschaft einen maßgeblichen Anteil am Grundkapital halten. Aufgrund der geringen Liquidität des Marktes ist nicht gewährleistet, dass Anleger in dem von ihnen gewünschten Umfang Aktien der Gesellschaft an der Börse handeln können. Dies kann zu einem Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft führen, der unterhalb des Ausgabepreises der neuen Aktien liegt.

### *2.3.3 Risiko aus künftigen Verkäufen von Aktien*

Bei einem Verkauf von größeren Aktienpaketen an der Gesellschaft über die Börse durch einige Aktionäre, die in erheblichem Umfang an der Gesellschaft beteiligt sind, könnte sich das Angebot von Aktien der Gesellschaft auf dem Markt erhöhen und den Börsenkurs erheblich negativ beeinflussen, wenn nicht zum Zeitpunkt einer solchen Veräußerung dem erhöhten Angebot an Aktien der Gesellschaft eine entsprechende Nachfrage gegenübersteht. Durch solche Verkäufe könnte es für die Gesellschaft zudem schwieriger werden, in Zukunft neue Aktien im Rahmen von Kapitalerhöhungen zu einem angemessenen Ausgabepreis auszugeben.

### *2.3.4 Verwässerungsrisiko bei künftigen Kapitalerhöhungen*

Bei der Gesellschaft könnte auch mittel- oder langfristig ein erheblicher Investitions- und Kapitalbedarf entstehen. Die Beschaffung weiteren Eigenkapitals durch künftige Kapitalerhöhungen, möglicherweise noch auszugebender Stock Options, der Erwerb anderer Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen durch noch auszugebende Aktien der Gesellschaft sowie sonstige Kapitalmaßnahmen können zu einer erheblichen Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre an der Gesellschaft führen und sich nachteilig auf den Kurs der Aktie der Gesellschaft auswirken.

### *2.3.5 Insolvenzrisiko*

Das Investment von Anlegern in Aktien birgt das Risiko, dass es im Falle der Insolvenz der Gesellschaft zu einem Totalverlust des eingesetzten Kapitals kommen kann. Bei einer

Insolvenz werden vorrangig die Forderungen von Fremdkapitalgebern einschließlich der Inhaber von möglichen Wandelschuldverschreibungen abgegolten, bevor Rückzahlungen auf die Aktien erfolgen.

## 3. ALLGEMEINE INFORMATIONEN

### 3.1 Verantwortung für den Inhalt des Prospekts

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München im Folgenden auch "**Gesellschaft**", "**B+S AG**" oder "**Emittentin**" und gemeinsam mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften "**B+S**" oder "**B+S Gruppe**" und die Helaba Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main (im Folgenden "**Helaba**"), übernehmen gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt dieses Prospekts und erklären, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind. Die Emittentin und die Helaba erklären ferner, dass sie die erforderliche Sorgfalt haben walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussagen des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

### 3.2 Gegenstand des Prospekts

Gegenstand dieses Prospekts ist die Zulassung von 3.076.924 auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie ("**Zulassungsaktien**") zum Börsenhandel im Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard). Die Zulassungsaktien stammen aus der von der ordentlichen Hauptversammlung am 2. Oktober 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen, deren Durchführung am 6. Oktober 2008 in das Handelsregister eingetragen wurde. Gegenstand des Prospekts ist ausschließlich die Zulassung von Wertpapieren. Ein öffentliches Angebot von Aktien oder anderen Wertpapieren ist hiermit nicht verbunden.

### 3.3 Börsenzulassung und Notierungsaufnahme

Die Zulassung der Zulassungsaktien zum Börsenhandel im Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard) wurde am 24. Oktober 2011 beantragt. Der Zulassungsbeschluss wird voraussichtlich am 15. November 2011 erteilt und die Notierungsaufnahme an der Frankfurter Wertpapierbörse voraussichtlich am 16. November 2011 erfolgen.

### 3.4 Zeitplan für die Börsenzulassung

Für die Börsenzulassung ist folgender Zeitplan vorgesehen:

| | |
|---|---|
| 24. Oktober 2011 | Antrag auf Börsenzulassung bei der Frankfurter Wertpapierbörse |
| 14. November 2011 | Prospektbilligung; Veröffentlichung des Prospekts unter der Internetadresse der Gesellschaft: www.bs-ag.com |
| 15. November 2011 | Zulassungsbeschluss der Frankfurter Wertpapierbörse |
| 16. November 2011 | Notierungsaufnahme; erster Handelstag der Zulassungsaktien |

Dieser Prospekt sowie eventuelle Nachträge werden auf der Internetseite der Gesellschaft unter http://www.bs-ag.com veröffentlicht werden. Der Prospekt sowie die Nachträge werden außerdem während der üblichen Geschäftszeiten bei der Gesellschaft, Rüdesheimer Straße 7, 80686 München sowie der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Str. 52-58, 60331 Frankfurt am Main kostenlos erhältlich sein.

### 3.5 Designated Sponsor

Die Helaba übernimmt die Funktion des Designated Sponsors der an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelten Aktien der Gesellschaft, wobei die Helaba berechtigt ist, einen entsprechend zugelassenen Dritten mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben zu betrauen. Die Tätigkeit des Designated Sponsor hat die Helaba auf die Lang & Schwarz GmbH, Düsseldorf, übertragen. Nach dem Designated Sponsor Vertrag wird der Designated Sponsor unter anderem während der täglichen Handelszeiten limitierte Kauf- und Verkaufsorder für Aktien der Gesellschaft in das elektronische Handelssystem der Frankfurter Wertpapierbörse einstellen. Dadurch soll insbesondere eine höhere Liquidität des Handels in den Aktien erreicht werden.

### 3.6 Kosten der Zulassung

Die von der Gesellschaft zu tragenden Kosten der Zulassung zum Börsenhandel im Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse einschließlich der Bankenprovisionen werden voraussichtlich TEUR 195 betragen.

### 3.7 Interessen an der Zulassung

Die Zulassung der zuzulassenden Aktien liegt im Interesse der Aktionäre der zuzulassenden Aktien, weil diese Börsenzulassung dazu führen wird, dass die von ihnen gehaltenen zuzulassenden Aktien leichter gehandelt werden können. Die Aktionäre der zuzulassenden Aktien sind Herr Wilhelm Berger und die COR&FJA AG mit Sitz in Leinfelden-Echterdingen ("**COR&FJA**") und die Gesellschaft selbst (siehe Abschnitt 11.1 und 11.6).

### 3.8 ISIN/WKN

Die Aktien der Gesellschaft haben, bis auf die Zulassungsaktien die folgenden ISIN- und WKN-Nummern und Börsenkürzel:

| | |
|---|---|
| International Securities Identification Number (ISIN) | DE0001262152 |
| Wertpapierkennnummer (WKN) | 126215 |
| Börsenkürzel | DTD2 |

Die ISIN und WKN der Zulassungsaktien lauten wie folgt:

| | |
|---|---|
| International Securities Identification Number (ISIN) | DE000A0XYKY9. |
| Wertpapierkennnummer (WKN) | A0X YKY |
| Börsenkürzel | DTDN |

## 3.9 Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Prospekt enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen betreffen zukünftige Tatsachen, Ereignisse sowie sonstige Umstände, die keine historischen Tatsachen oder Ereignisse sind. Dies gilt insbesondere für Aussagen in diesem Prospekt über die zukünftige finanzielle Ertragsfähigkeit der B+S Gruppe, Pläne und Erwartungen in Bezug auf das Geschäft der B+S Gruppe, über Wachstum und Profitabilität sowie über wirtschaftliche Rahmenbedingungen, denen die B+S Gruppe ausgesetzt ist, sowie in Bezug auf allgemeine und branchenspezifische Marktentwicklungen, technologische Entwicklungen und sonstige für die Geschäftstätigkeit relevante Rahmenbedingungen. Solche Aussagen basieren auf der gegenwärtigen, nach bestem Wissen vorgenommenen Einschätzung der B+S Gruppe hinsichtlich zukünftiger Ereignisse zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Sie unterliegen daher Risiken und Unsicherheiten, deren Eintritt bzw. Ausbleiben dazu führen kann, dass tatsächliche Ergebnisse, die Finanzlage und die Profitabilität der B+S Gruppe wesentlich von denjenigen abweichen oder negativer ausfallen als diejenigen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden. Deshalb sollten die Abschnitte *"Risikofaktoren", "Geschäftstätigkeit", "Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage"* und *"Angaben über den jüngsten Geschäftsgang und die Geschäftsaussichten der B+S Gruppe"* gelesen werden, die eine ausführlichere Darstellung derjenigen Faktoren enthalten, die Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft, B+S Gruppe und auf die Branche, in der die B+S Gruppe tätig ist, haben können.

Entsprechendes gilt für die in diesem Prospekt wiedergegebenen zukunftsgerichteten Aussagen und Prognosen aus Studien Dritter (siehe auch *"Informationen von Seiten Dritter und Angaben von Quellen").*

Die Gesellschaft beabsichtigt nicht, über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus derartige zukunftsgerichtete Aussagen zu aktualisieren und künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen. Die Gesellschaft ist gem. § 16 Abs. 1 WpPG verpflichtet, einen Nachtrag zum Prospekt zu erstellen und zu veröffentlichen, soweit wichtige neue Umstände auftreten oder eine wesentliche Unrichtigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben bekannt wird, welche die Beurteilung der Aktien der Gesellschaft beeinflussen könnten und die nach der Billigung dieses Prospekts und vor der Einbeziehung der Aktien der Gesellschaft in den Handel im regulierten Markt auftreten oder festgestellt werden.

## 3.10 Informationen von Seiten Dritter und Angaben von Quellen

Dieser Prospekt enthält Branchen-, Markt- und Kundendaten sowie Berechnungen, die aus Branchenberichten, Marktforschungsberichten, öffentlich erhältlichen Informationen, kommerziellen Veröffentlichungen und sonstigen Studien Dritter entnommen sind ("**externe Daten**"). Kommerzielle Veröffentlichungen geben allgemein an, dass die Information, die sie enthalten, aus Quellen stammen, von denen man annimmt, dass sie verlässlich sind, jedoch die Richtigkeit und Vollständigkeit solcher Veröffentlichungen nicht garantiert werden kann und die darin enthaltenen Berechnungen auf einer Reihe von Annahmen beruhen. Diese Einschränkungen gelten auch für diesen Prospekt. Informationen von Seiten Dritter wurden weder von der Gesellschaft noch von der Helaba auf die Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft. Die Gesellschaft bestätigt aber, dass sie diese Angaben korrekt wiedergegeben hat und dass, soweit es der Gesellschaft bekannt ist und sie es aus den von Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte, darin keine Tatsachen unterschlagen worden sind, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Bei der Erstellung dieses Prospekts wurde auf die im Folgenden genannten Quellen zurückgegriffen:

- T. Kearney GmbH: Kernbanksysteme für Banken kein Allheilmittel (2010)
- Computerwoche : Zehn Core-Banking-Systeme im Vergleich (2011)
- Hochschule Karlsruhe: Marktstudie Core Banking Systeme (2009)

Des Weiteren basieren Angaben zu Branchen-, Markt- und Kundendaten, Wachstumsraten, Markttrends und zu Wettbewerbssituationen in den Bereichen, in denen die B+S Gruppe tätig ist, auf Einschätzungen der Gesellschaft. Anleger sollten berücksichtigen, dass Einschätzungen der Gesellschaft auf externen Daten Dritter beruhen. Die Gesellschaft hat die Zahlenangaben, Marktdaten und sonstigen Informationen, die Dritte ihren Studien zu Grunde gelegt haben, nicht überprüft.

Darüber hinaus gibt es Einschätzungen der Gesellschaft, die nicht auf externen Daten beruhen, sondern auf langjähriger Erfahrung ihrer Know-how-Träger, Auswertungen von Informationen oder innerbetrieblichen Auswertungen und daher von den Einschätzungen der Wettbewerber der Gesellschaft oder anderen Quellen abweichen können.

### 3.11 Einsichtnahme in Dokumente

Für die Gültigkeitsdauer dieses Prospekts können während der üblichen Geschäftszeiten bei der B+S Bankensysteme Aktiengesellschaft, Rüdesheimer Straße 7, 80686 München, sowie auf der Website der Gesellschaft unter www.bs-ag.com die folgenden Dokumente eingesehen werden:

- Satzung der Gesellschaft;
- Konzernabschlüsse der Gesellschaft (IFRS) für die am 30. Juni 2011 und 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahre;
- Konzernabschluss (IFRS) für das am 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2009 abgeschlossene Rumpfgeschäftsjahr;
- Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) für das am 31. Dezember 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr;
- der Jahresabschluss der Gesellschaft (HGB) für das am 30. Juni 2011 abgeschlossene Geschäftsjahr.

Künftige Geschäfts- und Zwischenberichte der Gesellschaft werden bei der Gesellschaft in Papierform erhältlich sein sowie auf ihrer Website www.bs-ag.com eingesehen werden können.

### 3.12 Hinweis zu Währungs- und Finanzangaben

Die in diesem Prospekt enthaltenen Finanzangaben entstammen dem HGB-Jahresabschluss der Gesellschaft zum 30. Juni 2011 sowie den IFRS-Konzernabschlüssen der Gesellschaft. Sofern in diesem Prospekt Finanzdaten als "ungeprüft" bezeichnet werden, bedeutet dies, dass sie keiner Prüfung und keiner prüferischen Durchsicht unterzogen wurden.

Alle Währungsangaben in diesem Prospekt beziehen sich auf Euro. Sofern Zahlenangaben in einer anderen Währung aufgeführt sind, ist dies ausdrücklich bei der betreffenden Zahl durch die Bezeichnung der entsprechenden Währung oder das Währungssymbol vermerkt. Währungsangaben in Euro wurden mit "EUR", Zahlenangaben in Tausend Euro wurden mit "TEUR" vor dem Betrag kenntlich gemacht und abgekürzt.

Zahlenangaben in diesem Prospekt (darunter auch Prozentangaben) wurden kaufmännisch gerundet. In Tabellen addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht genau zu den in der Tabelle ggf. gleichfalls enthaltenen Gesamtsummen.

## 4. ANGABEN ÜBER DIE AKTIEN

### 4.1 Form und Verbriefung der Aktien

Alle Aktien der Gesellschaft wurden und werden nach der derzeit gültigen Satzung der Gesellschaft als auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00 ausgegeben. Das Grundkapital der Gesellschaft wird in einer oder mehreren Globalurkunden ohne Gewinnanteilsscheine verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt werden. Der Anspruch eines Aktionärs auf Einzelverbriefung seines Anteils ist gem. § 7 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen. Alle Aktien der Gesellschaft sind mit gleichen Rechten ausgestattet.

### 4.2 Stimmrecht

Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte für Aktionäre der Gesellschaft.

### 4.3 Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös

Die Aktien der Gesellschaft sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ausgestattet.

An einem etwaigen Liquidationserlös der Gesellschaft nehmen alle Zulassungsaktien gleichberechtigt mit allen anderen Aktien der Gesellschaft entsprechend ihrem rechnerischen Anteil am Grundkapital teil.

### 4.4 Zahl- und Hinterlegungsstelle

Bis zum 31. Dezember 2011 ist das Bankhaus Donner & Reuschel AG, Maximiliansplatz 13, 80333 München die Zahl- und Hinterlegungsstelle. Ab dem 1. Januar 2012 ist VEM Aktienbank AG, Prannenstraße 8, 80333 München, die neue Zahl- und Hinterlegungsstelle der Gesellschaft.

### 4.5 Übertragbarkeit der Aktien

Die Aktien können nach den für auf den Inhaber lautende Aktien geltenden rechtlichen Vorschriften frei übertragen werden. Mit Ausnahme der in dem Abschnitt "*Einschränkungen der Handelbarkeit der Zulassungsaktien (Lock-up-Vereinbarungen)*" dargestellten Einschränkungen bestehen keine Veräußerungsverbote oder Einschränkungen im Hinblick auf die Übertragbarkeit der Aktien der Gesellschaft.

### 4.6 Einschränkung der Handelbarkeit der Zulassungsaktien (Lock-up-Vereinbarungen)

Die Altaktionäre der Zulassungsaktien, die Herren Wilhelm Berger und Heinz Schier haben sich in getrennten Erklärungen jeweils vom 6. Oktober 2009 gegenüber der Gesellschaft unwiderruflich verpflichtet, vom Tag der Unterzeichnung der Lock-up-Vereinbarung an folgende Handlungen, ob direkt oder indirekt, ob börslich oder außerbörslich, zu unterlassen: (i) Eine oder mehrere der im Rahmen der Sachkapitalerhöhung übernommenen neuen Aktien zum Verkauf oder zu einer anderen Art der Veräußerung anzubieten, (ii) eine oder

mehrere der neuen Aktien zu verkaufen oder auf andere Art zu veräußern, (iii) über die neuen Aktien in irgendeiner Weise zu verfügen oder eine solche Verfügung anzukündigen oder (iv) sonstige Maßnahmen zu ergreifen, die einer Veräußerung einer oder mehrerer der neuen Aktien wirtschaftlich entsprechen.

Die Lock-up-Vereinbarungen hatten bzw. haben eine unbestimmte Laufzeit und können durch jede Partei mit einer Frist von 6 Monaten zum Monatsende gekündigt werden, erstmals zum 31. Dezember 2010.

Die COR&FJA AG teilte der Gesellschaft am 23. Juni 2010 mit, dass sie am 22. Juni 2010 die Schwelle eines Aktienbesitzes von 10 % bzw. eine höhere Schwelle erreicht bzw. überschritten habe. Diese Aktien wurden der COR &FJA AG von Herrn Schier nach Kündigung seiner Lock-up-Vereinbarung mit Schreiben vom 20. Juni 2010, jedoch vor Ablauf der Kündigungsfrist zum 31. Dezember 2010 verkauft.

Die COR &FJA AG ist ihrerseits nicht in die Lock-up-Vereinbarung eingetreten. Die Lock-up-Vereinbarung von Herrn Wilhelm Berger besteht unverändert fort.

## 5. ANTEILIGES ERGEBNIS UND DIVIDENDENPOLITIK

### 5.1 Allgemeine Regelungen zur Gewinnverwendung und zu Dividendenzahlungen

Die Anteile der Aktionäre am Gewinn bestimmen sich nach ihren Anteilen am Grundkapital der Gesellschaft. Bei Ausgabe neuer Aktien kann für diese eine andere Gewinnanteilsberechtigung festgesetzt werden.

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien der Gesellschaft für ein Geschäftsjahr obliegt der ordentlichen Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet. An den Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat ist die Hauptversammlung nicht gebunden. Nach deutschem Recht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur aufgrund eines in dem Einzelabschluss der Gesellschaft ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist das Periodenergebnis um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahres sowie um Entnahmen bzw. Einstellung in Rücklagen zu korrigieren.

Der Vorstand der Gesellschaft stellt den Jahresabschluss auf und stellt zusammen mit dem Aufsichtsrat diesen grundsätzlich gemeinsam fest. Sie sind ermächtigt, bei der Feststellung des Jahresüberschusses, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und eines Verlustvortrages verbleibt, diesen zum Teil oder ganz in andere Gewinnrücklagen einzustellen. Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind befugt, über die Hälfte des Jahresüberschusses hinaus weitere Beträge bis zu einem Viertel des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen, solange die anderen Gewinnrücklagen die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigen oder soweit sie nach der Einstellung die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigen würden. Wenn sich Vorstand und Aufsichtsrat nicht auf die Feststellung des Jahresabschlusses einigen oder wenn Vorstand und Aufsichtsrat beschließen, die Feststellung der Hauptversammlung zu überlassen, stellt die Hauptversammlung den Jahresabschluss fest.

Von der Hauptversammlung beschlossene Dividenden werden jährlich unmittelbar nach der Hauptversammlung in Übereinstimmung mit den Regeln des jeweiligen Clearing-Systems ausgezahlt. Mit Hinterlegung der Globalurkunden bei Clearstream, wird Clearstream zukünftig die auf die Aktien entfallende Dividenden den jeweiligen Depotbanken automatisch gutschreiben. Die inländischen Depotbanken trifft eine entsprechende Verpflichtung gegenüber ihren Kunden. Aktionäre, deren Aktien bei ausländischen Depotbanken verwahrt sind, sollten sich bei diesen Depotbanken über das geltende Verfahren informieren. Dividendenansprüche unterliegen einer Verjährung zugunsten der Gesellschaft von drei Jahren nach deren Ablauf die Gesellschaft die Auszahlungen verweigern kann. Im Falle eines Verfalls des Dividendenanspruchs ist die Gesellschaft Begünstigte. Einzelheiten über etwaige von der Hauptversammlung beschlossene Dividenden und die von der Gesellschaft jeweils benannten Zahlstellen werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht**.**

### 5.2 Überblick über die Dividendenentwicklung in den letzten Jahren

In den Geschäftsjahren 2008, 2009 (Rumpfgeschäftsjahr), 2009/2010 und 2010/2011 hat die Gesellschaft keine Dividenden an ihre Aktionäre ausgeschüttet, weil die Gesellschaft in diesen Jahren keinen Bilanzgewinn erzielt hat.

Die Fähigkeit der Gesellschaft, in zukünftigen Jahren eine Dividende zu zahlen, hängt vom Betrag des ausschüttungsfähigen Bilanzgewinns ab. Die Gesellschaft kann keine Aussage zur Höhe künftiger Bilanzgewinne bzw. dazu treffen, ob überhaupt künftig Bilanzgewinne

erzielt werden, und demzufolge nicht gewährleisten, dass in künftigen Jahren Dividenden gezahlt werden.

Zudem beabsichtigt die Unternehmensführung der B+S AG, etwaige künftige Gewinne zur Rückführung der Barvorlage der B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich ("**B+S Salzburg**") gegenüber der Raiffeisen Landesbank zu nutzen (siehe hierzu Abschnitt 9.15.2). In diesem Zusammenhang ist es denkbar, dass die Gesellschaft Zahlungen an die B+S Salzburg leistet, damit die B+S Salzburg diese Darlehensverbindlichkeit zurückführen kann.

Die Höhe eines zukünftigen Gewinns und damit die Möglichkeit von Dividendenzahlungen hängt von einer Reihe von Faktoren ab, insbesondere der Entwicklung des operativen Geschäfts, das wiederum vom Markt- und Wettbewerb und dem konjunkturellen Umfeld wesentlich beeinflusst wird sowie dem Finanzierungsbedarf der Gesellschaft.

Die derzeitigen Planungen der Gesellschaft sehen vor, auch in den nächsten Geschäftsjahren einen etwaigen Gewinn, nach Dotierung der gesetzlichen Rücklage zur Rückführung der seitens der Raiffeisen Landesbank gewährten Barvorlage und zur Finanzierung weiteren Unternehmenswachstums zu verwenden und keine Dividenden zu zahlen.

## 6. AUSGEWÄHLTE FINANZINFORMATIONEN

Die nachstehenden ausgewählten und zusammengefassten Finanzdaten sind den geprüften Konzernabschlüssen der Gesellschaft für die am 30. Juni 2011, 2010 und 2009 (Rumpfgeschäftsjahr) endenden Geschäftsjahre sowie dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 entnommen, die unter Anwendung des Umsatzkostenverfahrens auf der Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt wurden und im Zusammenhang mit diesen Konzernabschlüssen und den dazu gehörigen Erläuterungen sowie dem Abschnitt 8 *"Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage"* gelesen werden sollten. Die Konzernabschlüsse der Gesellschaft für die am 30. Juni 2011, 2010 und 2009 (Rumpfgeschäftsjahr) endenden Geschäftsjahre sowie der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 sind geprüft und jeweils mit einem Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Bestätigungsvermerke enthalten im Einzelnen folgende Hinweise:

*Konzernabschluss zum 30. Juni 2011*: "Ohne diese Beurteilung einzuschränken weisen wir auf die Ausführungen des Vorstandes der Gesellschaft im Konzernlagebericht hin. Dort wird unter dem Punkt "Chancen und Risiken" ausgeführt, dass die weitere Werthaltigkeit des ausgewiesenen Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung und der Erreichung der Planzahlen im Teilkonzern Österreich abhängig ist."

*Konzernabschluss zum 30. Juni 2010:* "Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen des Vorstands der Gesellschaft im Lagebericht hin. Dort ist unter 'Chancen und Risiken' aufgeführt, dass die Werthaltigkeit des ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung und der Erreichung der Planzahlen abhängig ist."

*Konzernabschluss zum 30. Juni 2009 (Rumpfgeschäftsjahr):* "Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass die Werthaltigkeit des ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung gemäß den uns vorgelegten Planungsrechnungen abhängig ist."

*Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008:* "Ohne diese Beurteilung einzuschränken weisen wir darauf hin, dass die Werthaltigkeit des ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung gemäß den uns vorgelegten Planungsrechnungen abhängig ist."

Zudem enthält der Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss zum 30. Juni 2011 (HGB) folgenden Hinweis: "Ohne diese Beurteilung einzuschränken weisen wir auf die Ausführungen des Vorstandes der Gesellschaft im Lagebericht hin. Dort wird unter dem Punkt "Chancen und Risiken" ausgeführt, dass die Werthaltigkeit des Beteiligungsansatzes von dem Erreichen der Planzahlen in der B + S Gruppe Salzburg, Österreich abhängig ist."

Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) hat den Konzernabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 2009 einer Stichprobenprüfung unterzogen. Das Ergebnis wurde der Gesellschaft am 3. September 2010 mitgeteilt. Dabei wurde festgestellt, dass der Unternehmenszusammenschluss als Erwerb der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft München durch die B+S Banksysteme Salzburg GmbH (Österreich) im Konzernabschluss abgebildet werden muss ("Reverse Acquisition"). Die Berichtigung hierzu hat die Gesellschaft im Jahresabschluss 2009/10 berücksichtigt und die angepassten, im Rahmen der Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2009/2010 mit geprüften Zahlen für das Rumpfgeschäftsjahr 2009 im Konzernabschluss zum 30. Juni 2010 als "2009 adjusted" bei den Werten des Vorjahres angegeben. Ein geprüfter und testierter Konzernabschluss zum 30. Juni 2009, der die in der mittleren Spalte ausgewiesen Werte "2009 angepasst" enthält existiert nicht. Die im Rahmen der Konzernabschlussprüfung für das Geschäftsjahr

2009/2010 mit geprüften angepassten Zahlen für das Rumpfgeschäftsjahr sind als "angepasst geprüft" unten in der mittleren Spalte angegeben. Sofern die Abbildung des Unternehmenszusammenschlusses als umgekehrter Unternehmenserwerb ("Reverse Acquisition") keine Auswirkungen auf die in Spalte "1. Januar bis 30. Juni 2009 (geprüft und angepasst)" der in den nachfolgenden Tabellen aufgeführten Zahlen haben, stimmen die Zahlen mit den Daten "1. Januar 2009 – 30. Juni 2009 (geprüft)" überein.

**Gesamtergebnisrechnung IFRS**

| | 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 (geprüft) TEUR | 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 (geprüft) TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) (geprüft) TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (geprüft) TEUR | 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (geprüft) TEUR |
|---|---|---|---|---|---|
| Umsatzerlöse | 7.577 | 9.068 | 3.843 | 3.843 | 2.488 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 306 | 521 | 101 | 101 | 27 |
| Waren- und Materialeinsatz | -206 | -126 | -26 | -26 | -5 |
| Personalaufwand | -4.955 | -4.823 | -2.087 | -2.087 | -1.821 |
| Abschreibungen | -6.402 | -829 | -469 | -433 | -210 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | -2.290 | -2.326 | -934 | -934 | -850 |
| Operatives Ergebnis (EBIT) | -5.970 | 1.485 | 428 | 464 | -371 |
| Finanzergebnis[1] | -647 | -666 | -353 | -353 | -256 |
| Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) | -6.617 | 819 | 75 | 111 | -627 |
| Ertragssteuern | 197 | -293 | 61 | 49 | 19 |
| Periodenergebnis | -6.420 | 526 | 136 | 160 | -608 |
| Sonstiges Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung von ausländischen Geschäftsbetrieben | 19 | 26 | 0 | 1 | 11 |
| Gesamtergebnis nach Steuern | -6.401 | 552 | 136 | 161 | -597 |

[1] Das Finanzergebnis entspricht dem Saldo aus Finanzaufwendungen und Finanzerträge.

**Bilanz (IRFS)**

| | 30. Juni 2011 (geprüft) TEUR | 30. Juni 2010 (geprüft) TEUR | 30. Juni 2009 (angepasst) (geprüft) TEUR | 30. Juni 2009 (geprüft) TEUR | 31. Dezember 2008 (geprüft) TEUR |
|---|---|---|---|---|---|
| **Aktiva** | | | | | |
| Immaterielle Vermögenswerte | 796 | 1.155 | 1.538 | 872 | 1.121 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 11.166 | 16.866 | 16.866 | 14.847 | 14.847 |
| Sachanlagen | 5.886 | 6.152 | 7.277 | 7.277 | 7.386 |
| Als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 1.142 | 1.153 | 0 | 0 | 0 |
| Aktive latente Steuern | 0 | 0 | 0 | 49 | 0 |
| Summe langfristige Vermögenswerte | 18.990 | 25.326 | 25.681 | 23.045 | 23.354 |
| Forderungen und sonstige Vermögenswerte | 501 | 944 | 939 | 938 | 696 |
| Forderungen aus Ertragssteuern | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 |
| Liquide Mittel | 1.989 | 1.400 | 596 | 595 | 184 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 249 | 233 | 204 | 204 | 126 |
| Summe kurzfristige Vermögenswerte | 2.739 | 2.577 | 1.740 | 1.738 | 1.006 |
| **Bilanzsumme Aktiva** | 21.729 | 27.903 | 27.421 | 24.783 | 24.360 |
| **Passiva** | | | | | |
| Gezeichnetes Kapital | 6.210 | 6.210 | 6.210 | 6.210 | 6.210 |
| Kapitalrücklage | 438 | 438 | 439[1] | 1.156 | 1.183 |
| Gewinnrücklagen | 114 | 114 | 114 | 0 | 0 |
| Eigene Anteile | -104 | -104 | -104 | -76 | -76 |
| Rücklage Währungsdifferenzen | 47 | 28 | 2 | 12 | 11 |
| Bilanzgewinn/-verlust | -5.156 | 1.265 | 738 | -2.368 | -2.528 |
| Summe Eigenkapital | 1.549 | 7.951 | 7.400 | 4.934 | 4.800 |
| Verpflichtungen für Abfertigungen | 873 | 886 | 997 | 997 | 959 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.054 | 6.200 | 6.301 | 6.301 | 6.379 |
| Passive latente Steuern | 8 | 337 | 236 | 65 | 99 |
| Summe langfristige Verbindlichkeiten | 6.935 | 7.423 | 7.534 | 7.363 | 7.437 |
| Erhaltene Anzahlungen | 76 | 230 | 297 | 297 | 31 |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1.470 | 976 | 1.295 | 1.295 | 1.966 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 94 | 264 | 217 | 217 | 263 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 303 | 292 | 194 | 194 | 262 |
| Kurzfristige sonstige Rückstellungen | 953 | 476 | 657 | 657 | 1.016 |
| Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzugsposten | 2.349 | 2.291 | 1.826 | 1.826 | 585 |
| Summe kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 13.245 | 12.529 | 12.486 | 12.486 | 12.123 |
| **Bilanzsumme Passiva** | 21.729 | 27.903 | 27.421 | 24.783 | 24.360 |

[1] Es wird der im testierten Konzernabschluss zum 30. Juni 2010 für das angepasste Vorjahr ausgewiesene Wert für die Kapitalrücklage angegeben. Die Höhe der Kapitalrücklage ist im Rumpfgeschäftsjahr 2009 (angepasst) sowie in den Geschäftsjahren 2009/2010 und 2010/2011 unverändert. Bei der Abweichung i.H.v. TEUR 1 in der Spalte 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst und geprüft) zu den nachfolgenden Geschäftsjahren handelt es sich um eine Rundungsdifferenz.

**Kapitalflussrechnung (IFRS)**

| | 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 (geprüft) TEUR | 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 (geprüft) TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) (geprüft) TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (geprüft) TEUR | 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (geprüft) TEUR |
|---|---|---|---|---|---|
| **Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit** | | | | | |
| Periodenergebnis | -6.420 | 526 | 136 | 160 | -608 |
| Währungsumrechnungsdifferenz | 19 | 26 | 0 | 0 | 0 |
| Abschreibungen | 6.402 | 830[1] | 469 | 433 | 210 |
| Veränderungen langfristige Rückstellungen | -14 | -111 | 38 | 38 | 54 |
| Veränderungen latente Steuern[2] | -329 | 101 | -46 | -34 | -21 |
| Veränderungen Forderungen | 443 | -6 | -370 | -370 | 203 |
| Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposten | -15 | -29 | 0 | 0 | 194 |
| Veränderungen erhaltene Anzahlungen | -154 | -67 | 266 | 266 | 11 |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Veränderungen Verbind. aus Lief. u. Leistungen | -170 | 47 | -46 | -46 | -180 |
| Veränderungen sonstige Rückstellungen | 659 | -72 | -359 | -359 | -191 |
| Sonstige Verbindlichkeiten und RAP | -524 | 355 | 1.240 | 1.240 | -325 |
| | -103 | 1.600[3] | 1.328 | 1.328 | -653 |
| **Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit** | | | | | |
| Investitionen ins Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) | -67 | -474 | -73 | -73 | -3 |
| | -67 | -474 | -73 | -73 | -3 |
| **Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit** | | | | | |
| Tilgung Finanzverbindlichkeiten | -135 | -322 | -817 | -817 | -1.205 |
| Einzahlung aus Erhöhung Finanzverbindlichkeiten | 494 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zuführung Kapitalrücklage | 0 | 0 | -27 | -27 | 451 |
| Barkapitalerhöhung | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.502 |
| | 359 | -322 | -844 | -844 | 748 |
| Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands | 189 | 804 | 411 | 411 | 92 |
| Finanzmittelbestand (= frei verfügbare Liquide Mittel) zu Beginn des Geschäftsjahres | 1.400 | 595 | 184 | 184 | 92 |
| Finanzmittelbestand (= frei verfügbare Liquide Mittel) am Ende des Geschäftsjahres | 1.589 | 1.400 | 595 | 595 | 184 |
| **Nachrichtlich** | | | | | |
| nicht frei verfügbare Liquide Mittel | 400 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres laut Konzernbilanz | 1.989 | 1.400 | 595 | 595 | 184 |
| bezahlte Ertragsteuern | -132 | -142 | -34 | -34 | -2 |
| erhaltene Zinsen | 5 | 5 | 3 | 3 | 14 |
| bezahlte Zinsen | -652 | -671 | -356 | -356 | -269 |

[1] Abweichung in Höhe von TEUR 1 von der Gesamtergebnisrechnung aufgrund Rundungsdifferenzen im Konzernabschluss

[2] Die Veränderungen der aktiven und passiven latenten Steuern sind saldiert ausgewiesen.

[3] Die Differenz aus Währungsumrechnung i.H.v. TEUR 26 wurden im testierten Konzernabschluss zum 30.06.2010 gesondert in der Kapitalflussrechnung ausgewiesen. Im Konzernabschluss 2010/2011 erfolgte eine Umgliederung der Währungsumrechnungsdifferenzen in den Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit.

## 7. KAPITALISIERUNG, VERSCHULDUNG UND LIQUIDITÄT

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Kapitalisierung und Verschuldung sowie die Liquidität und Nettofinanzverbindlichkeiten der B+S Gruppe nach IFRS zum 31. August 2011. Die nachfolgenden Zahlenangaben stammen aus dem internen Rechnungswesen der Emittentin und sind ungeprüft.

*Kapitalisierung und Verschuldung*

| | Zum 31.08.2011 in TEUR (ungeprüft) |
|---|---|
| Kurzfristige Schulden | 13.151 |
| davon garantiert | 0 |
| davon besichert[1] | 9.300 |
| davon nicht garantiert/besichert | 3.851 |
| Langfristige Schulden | 6.987 |
| davon garantiert | 0 |
| davon besichert | 0 |
| davon Summe der Schulden nicht garantiert/besichert | 6.987 |
| Eigenkapital | 1.468 |
| davon gezeichnetes Kapital | 6.210 |
| davon Kapitalrücklage | 438 |
| davon eigene Anteile | -104 |
| davon Rücklagen Währungsdifferenzen | 36 |
| davon Gewinnrücklagen | 114 |
| davon Bilanzverlust | -5.227 |
| Gesamtkapitalisierung | 21.606 |

[1] Persönliche Sicherheiten von dem Großaktionär und Vorstandsmitglied Wilhelm Berger sowie vom ehemaligen Vorstandsmitglied und ehemaligen Großaktionär Heinz Schier in Höhe von TEUR 8.900 und Besicherung durch Festgeld in Höhe von TEUR 400

*Liquidität und Nettofinanzverbindlichkeiten*

| | Zum 31.08.2011 in TEUR (ungeprüft) |
|---|---|
| Liquidität | 1.916 |
| davon Kassenbestand | 1 |
| davon Guthaben bei Kreditinstituten | 1.915 |
| davon Wertpapiere anderer Zahlungsmitteläquivalente | 0 |
| Kurzfristige Finanzforderungen | 0 |
| Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 9.599 |
| davon kurzfristige Bankverbindlichkeiten | 9.384 |
| davon kurzfristiger Teil langfristiger Verbindlichkeiten | 215 |
| davon andere kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 0 |
| Kurzfristige Nettofinanzverbindlichkeiten | 7.683 |
| Langfristige Finanzverbindlichkeiten | 6.987 |
| davon langfristige Bankverbindlichkeiten | 0 |
| davon verbriefte Verbindlichkeiten | 0 |
| davon andere Verbindlichkeiten | 6.987 |
| Nettofinanzverbindlichkeiten | 14.670 |

Zum 31. August 2011 bestanden folgende Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen sowie Eventualverbindlichkeiten von B+S:

| | Zum 31.08.2011 in TEUR (ungeprüft) |
|---|---|
| Persönliche Sicherheiten der Herren Wilhelm Berger und Heinz Schier | 8.900 |
| Besicherungen durch Festgeld | 400 |
| Kapitalgarantie der Herren Wilhelm Berger und Heinz Schier | 0 |
| Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten | 1.286 |
| davon aus Grundstückspacht (Baurecht) Salzburg | 783 |
| davon aus KFZ Leasing | 377 |
| davon aus Mietverträge (Immobilien) | 101 |
| davon aus Miet- und Leasingverträge (Mobilien) | 25 |

Zur Absicherung von Verbindlichkeiten gegenüber der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich und der Salzburger Landes- und Hypothekenbank haben die Herren Heinz Schier und Wilhelm Berger (beide Herren waren bzw. sind Vorstände der damaligen B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Herr Berger ist zugleich Aktionär der Gesellschaft), in Höhe von insgesamt TEUR 8.900 Sicherheiten gestellt.

Die Vorauszahlung eines Kunden, die unter den kurzfristigen Schulden ausgewiesen ist, ist durch eine Festgeldanlage besichert.

Herr Wilhelm Berger, Großaktionär und Vorstand der Gesellschaft, sowie Herr Heinz Schier, ehemaliger Großaktionär und ehemaliger Vorstand der Gesellschaft haben im November 2001 gegenüber der Gesellschaft eine Kapitalgarantie abgegeben. Zu den Einzelheiten siehe Abschnitt 13.

Eventualverbindlichkeiten der B+S Gruppe liegen nicht vor.

*Keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition*

In der Zeit vom 1. Juli 2011 bis zum Datum dieses Prospekts gab es keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition der B+S Gruppe.

*Erklärung zum Geschäftskapital*

Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass die B+S Gruppe aus heutiger Sicht über ausreichend Geschäftskapital verfügt, um ihren Zahlungsverpflichtungen mindestens in den nächsten zwölf Monaten nachkommen zu können.

## 8. DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

*Anleger sollten die nachfolgende Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Verbindung mit den Abschnitten 9 "Geschäftstätigkeit", Abschnitt 2 "Risikofaktoren", den entsprechenden Abschlüssen und den Erläuterungen hierzu für die zum 30. Juni endenden Geschäftsjahre 2011, 2010 und 2009 und für das am 31 Dezember 2008 endende Geschäftsjahr, sowie den übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Finanzangaben lesen. Die in diesem Abschnitt und in diesem Prospekt enthaltenen Finanzinformationen sind den geprüften Konzernabschlüssen der Gesellschaft (IFRS) für die zum 30. Juni endenden Geschäftsjahre 2011, 2010 sowie für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 und für das am 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr entnommen ("**IFRS-Abschlüsse**"). Die IFRS-Abschlüsse wurden auf Grundlage der International Financial Reporting Standards so wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind (IFRS), erstellt. Die IFRS weichen in einigen wesentlichen Aspekten von den deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen ab. Der geprüfte Jahresabschluss der Gesellschaft für das zum 30. Juni 2011 endende Geschäftsjahr wurde nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen und dem deutschen Grundsatz der ordnungsgemäßen Buchführung erstellt. Die IFRS-Abschlüsse und der Jahresabschluss (HGB) der Gesellschaft zum 30. Juni 2011 sind auf den Seiten F-1 ff. abgedruckt.*

*Zum 1. Oktober 2008 erfolgte die Einbeziehung der B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich und deren Tochtergesellschaften ("**Teilkonzern Salzburg**") die aufgrund ihrer Größe den wesentlichen Teil der Geschäftstätigkeit des Gesamtkonzern darstellt. In der Konzernbilanz zum 30. Juni 2009 (Rumpfgeschäftsjahr) ist demzufolge die Einbeziehung des Teilskonzern Salzburg enthalten. Bezüglich der Ertrags- und Liquiditätslage spiegelt der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 in den ersten neun Monaten des Geschäftjahres 2008 nur einen erheblich geringeren Teil der B+S Gruppe wider und nicht den wesentlichen größeren Teilkonzern Salzburg. Dementsprechend sind die Finanzangaben zur Ertrags- und Finanzlage zum 31. Dezember 2008 nicht unbedingt mit den nachfolgenden Konzernabschlüssen zum 30. Juni 2009 (Rumpfgeschäftsjahr), 2010 und 2011 vergleichbar. Die Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe des am 31. Dezember 2008 endenden Geschäftsjahres erfolgt deshalb in einem gesonderten Absatz. Die vergleichende Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Gruppe bezieht sich daher nur auf den Zeitraum ab dem 1. Januar 2009 mit Beginn des Rumpfgeschäftsjahres zum 30. Juni 2009.*

*Alle in diesem Kapitel im Text dargestellten Zahlen wurden in TEUR angegeben und sind auf eine Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung auf ganze Zahlen können sich Zahlenangaben unter Umständen nicht zu den genannten Summen aufaddieren.*

*Sofern die Abbildung des Unternehmenszusammenschlusses als umgekehrter Unternehmenserwerb ("Reverse Acquisition") keine Auswirkungen auf die in Spalte "1. Januar bis 30. Juni 2009 (geprüft und angepasst)" der in den nachfolgenden Tabellen aufgeführten Zahlen haben, stimmen die Zahlen mit den Daten "1. Januar 2009 – 30. Juni 2009 (geprüft)" überein.*

*Eine Investition in Aktien birgt grundsätzlich Risiken. Dies gilt auch für die Aktien der Gesellschaft. Die Darstellung bestimmter Risiken ist in Abschnitt. 2 "Risikofaktoren" zu finden.*

## 8.1 Überblick über die Geschäftstätigkeit

Die B+S Gruppe erstellt und betreibt seit 1982 mit derzeit 75 Mitarbeitern Softwarelösungen zur Abwicklung von Finanzgeschäften bei Banken, Sparkassen und Industrieunternehmen. Die B+S Gruppe verfügt am Standort Salzburg über ein eigenes Rechenzentrum und bietet dort, neben dem Lizenzgeschäft, den Betrieb von Lösungen für den Zahlungsverkehr, Treasury und Trading, Risikosteuerung und Kontoführung, als ASP im "Service on Demand" an. Neu aufgenommen in das Leistungsportfolio des "Service on Demand" ist der Betrieb von Online-Banking Lösungen. Der Standort München ist auf den Bereich Electronic Banking mit sicherer Authentifizierung und Transaktionsverarbeitung über das Internet spezialisiert.

## 8.2 Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren

Zu den bedeutendsten Faktoren, die die Ertragslage von B+S beeinflussen können, zählen unter anderem:

*Insolvenzen von Kunden*

Bedeutende Kunden der B+S Gruppe sind u. a. Kreditinstitute bzw. deren Rechenzentren. Eine Insolvenz eines Kunden aus dem Bankengewerbe, welche in der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Lage nicht zur Gänze auszuschließen ist, würde erheblichen negativen Einfluss auf die zukünftige Ertragslage der B+S Gruppe haben.

*Fusionen von Kunden*

Eine Fusion eines Kunden mit einem Unternehmen, welches nicht zu den Kunden der B+S Gruppe zählt, kann sowohl wesentlichen positiven wie auch negativen Einfluss auf die zukünftige Ertragslage der B+S Gruppe haben. In den Kundenverträgen ist geregelt, dass im Falle von Fusionen von Kunden, die Vertragsbeziehungen zunächst auf das aus der Fusion hervorgehende Unternehmen übergehen. Hierdurch kann sich aufgrund der in der Regel bedeutenderen Größe des Kunden eine verstärkte Nachfrage nach den Produkten B+S Gruppe ergeben. Resultat ist ein wesentlicher positiver Effekt auf die Ertragslage der B+S Gruppe. In der Vergangenheit war dies z. B. bei den Kunden Fiducia IT AG und FinanzInformatik GmbH & Co. KG der Fall. Andererseits besteht das Risiko, dass das aus Fusion hervorgegangene Unternehmen nach Ablauf der vertraglichen Kündigungsfrist die Geschäftsbeziehung mit der B+S Gruppe beendet; mit der Folge eines unter Umständen wesentlichen negativen Effekts auf die Ertragslage.

## 8.3 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Am 2. Oktober 2007 beschloss die Hauptversammlung der Gesellschaft (damals firmierend als DataDesign AG) eine Sachkapitalerhöhung mit Einbringung aller Anteile der B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg (damals firmierend als B+S Banksysteme Aktiengesellschaft) welche mit Stichtag 30. September 2008 umgesetzt wurde. Die Eintragung der Durchführung der Bar- und Sachkapitalerhöhung erfolgte am 6. Oktober 2008. Einhergehend mit den Kapitalerhöhungen wurde der Firmenname der Gesellschaft von DataDesign AG in B+S Banksysteme Aktiengesellschaft umbenannt und das Rumpfgeschäftsjahr auf den 1. Januar 2009 bis 30. Juni 2009 eingetragen. Die Gesellschaften wurden mit Wirkung zum 1. Oktober 2008 erstmals konsolidiert. Im Geschäftsjahr 2009/10 wurden gemäß IAS 8.42 folgende Sachverhalte angepasst:

- Ursprünglich wurde die Gesellschaft (vormals: DataDesign AG, München) als rechtlicher und als wirtschaftlicher Erwerber identifiziert. Entsprechend IFRS 3.21 ist allerdings die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich als wirtschaftlicher Erwerber anzusehen (Reverse Acquisition). Es wurde daher nicht wie in den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2008 und 30. Juni 2009 dargestellt, der Jahresabschluss des rechtlichen Erwerbers weitergeführt und die Kaufpreisallokation für den rechtlichen Erwerber durchgeführt, sondern der Jahresabschluss des wirtschaftlichen Erwerbers fortgeführt und die Kaufpreisallokation für den wirtschaftlich Erworbenen durchgeführt. Dadurch kommt es zu einem um TEUR 2.019 erhöhten Firmenwert, dem Ansatz einer Marke in Höhe von TEUR 168 und dem Ansatz eines Kundenstamms in Höhe von TEUR 553 und darauf entfallende latente Steuern in Höhe von TEUR 237.

- Eigene Anteile wurden mit einem Wert von TEUR 104 eingebracht und zu den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2008 sowie zum 30. Juni 2009 ergebnisneutral neubewertet. Dies wurde entsprechend IAS 32.36 retrospektiv angepasst und somit die eigenen Anteile mit dem Wert von TEUR 104 in den Jahresabschlüssen im Eigenkapital fortgeschrieben und nicht neubewertet.

***Konsolidierungsgrundsätze***

*Konsolidierungskreis und Stichtag*

In den Konzernjahresabschluss sind neben der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München als Mutterunternehmen nachfolgend aufgeführte Tochterunternehmen, an denen die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft eine direkte bzw. indirekte Stimmenmehrheit hält, durch Vollkonsolidierung einbezogen ("**Tochterunternehmen**"). Der daraus resultierende Konzernanteilsbesitz nach § 313 Abs. 2, Abs. 4 HGB stellt sich zum 30. Juni 2011 wie folgt dar:

| Beteiligungsunternehmen | Anteil in % | Währung | Eigenkapital | Ergebnis |
|---|---|---|---|---|
| B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich[1] | 100 | TEUR | -2.446 | -1.931 |
| B+S Banksysteme Deutschland GmbH, München, Deutschland[1] | 100 | TEUR | 229 | 95 |
| B+S Banksysteme Schweiz AG Thun, Schweiz[1,2] | 100 | TCHF | 251 | 89 |

[1] Die Angaben beziehen sich jeweils auf den letzten, nach landesrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschluss in der angegebenen Landeswährung

[2] Indirekte Beteiligung über die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich

Die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich sowie deren Tochterunternehmen, die B+S Banksysteme Deutschland GmbH, München, und die B+S Banksysteme Schweiz AG, Thun, bilden den Teilkonzern Salzburg ("**Teilkonzern Salzburg**").

Tochterunternehmen, die im Laufe eines Berichtsjahres erworben werden, sind ab dem Zeitpunkt des Übergangs der Beherrschung über die Finanz- und Geschäftspolitik einbezogen. Die Einbeziehung in den Konzernabschluss endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht.

Seit dem 1. Januar 2010 hat sich der Konsolidierungskreis der vollkonsolidierten Tochtergesellschaften nicht verändert.

Das Geschäftsjahr ist konzerneinheitlich der Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres.

Mit Wirkung zum 30. September 2008 sind die Tochterunternehmen erstmals einbezogen worden. Die Tochterunternehmen haben jeweils zum 30. September 2008 Zwischenabschlüsse nach einheitlichen Konzernrechnungslegungsgrundsätzen erstellt.

*Konsolidierungsmethoden*

Die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Abschlüsse der Tochterunternehmen werden gemäß IAS 27 nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Unternehmenszusammenschlüsse werden nach der Erwerbsmethode des IFRS 3 (Unternehmenszusammenschlüsse) bilanziert. Bei der Erstkonsolidierung werden die identifizierbaren Posten des erworbenen Unternehmens mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Ein danach verbleibender positiver Unterschiedsbetrag zwischen der übertragenen Gegenleistung für das erworbene Unternehmen und dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital wird als Geschäfts- und Firmenwert gesondert bilanziert. Ein danach verbleibender negativer Unterschiedsbetrag wird nach nochmaliger kritischer Würdigung der Ansetzbarkeit und Bewertung der übernommenen Posten erfolgswirksam in der Gesamtergebnisrechnung erfasst. Der Geschäfts- und Firmenwert wird mindestens einmal jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft, gegebenenfalls wird eine Wertminderung auf den erzielbaren Betrag vorgenommen.

Konzerninterne Transaktionen, Salden sowie unrealisierte Gewinne und Verluste aus Transaktionen zwischen Konzernunternehmen werden eliminiert. Bei Vorhandensein unrealisierter Verluste wird dies jedoch als Indikator zur Notwendigkeit der Durchführung eines Wertminderungstests für den übertragenen Vermögenswert genommen.

Auf Konsolidierungsvorgänge werden latente Steuern gemäß IAS 12 (Ertragsteuern) abgegrenzt.

***Währungsumrechnung***

*Geschäftstransaktionen in ausländischer Währung*

Die Konzerngesellschaften erfassen Geschäftsfälle in fremder Währung mit den relevanten Fremdwährungskursen zum Transaktionszeitpunkt. In den Folgeperioden werden die monetären Vermögenswerte und Schulden zum Stichtagskurs bewertet, die Umrechnungsdifferenzen werden im Geschäftsjahr erfolgswirksam erfasst.

*Umrechnung von Einzelabschlüssen in ausländischer Währung*

Die Jahresabschlüsse ausländischer Tochterunternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, werden gemäß IAS 21 (Wechselkursänderungen) in Euro umgerechnet. Als funktionale Währung gilt die Währung des primären Wirtschaftsumfelds, in dem das Tochterunternehmen tätig ist. Da sämtliche einbezogene Tochterunternehmen ihre Geschäfte in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht selbstständig betreiben, ist die jeweilige Landeswährung grundsätzlich die funktionale Währung. Die Vermögensgegenstände und Schulden ausländischer Geschäftsbetriebe (inklusive Firmenwert und Anpassungen an den beizulegenden Zeitwert, die aus der Konsolidierung

entstehen) werden mit dem Wechselkurs zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Erträge und Aufwendungen ausländischer Geschäftsbetriebe werden zu Durchschnittskursen in Euro umgerechnet, die annähernd den Wechselkursen zu den Transaktionszeitpunkten entsprechen. Differenzen aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen werden erfolgsneutral behandelt und im Eigenkapital unter den Währungsumrechnungsdifferenzen ausgewiesen. Im Jahr der Endkonsolidierung ausländischer Tochterunternehmen werden diese Währungsdifferenzen ergebniswirksam aufgelöst.

***Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden***

*Immaterielle Vermögensgegenstände*

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Haben immaterielle Vermögenswerte eine bestimmte Nutzungsdauer, werden sie über den Zeitraum ihrer Nutzung linear abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer beträgt für Software und Softwarenutzungsrechte drei bis fünf Jahre. Wertminderungen und Wertaufholungen werden in der Gesamtergebnisrechnung in der Position "Abschreibungen" ergebniswirksam erfasst.

Die Gesellschaft verfügt über keine immateriellen Vermögenswerte (mit Ausnahme des Geschäfts- und Firmenwertes) mit unbestimmter Nutzungsdauer.

*Entwicklungskosten*

Ab 1. Oktober 2008 werden in der B+S Gruppe keine Entwicklungskosten mehr aktiviert, weil die Voraussetzungen für die Aktivierung nach IAS 38 nicht mehr in ausreichendem Ausmaß dokumentiert und damit nachgewiesen werden können. Die Entwicklungskosten wurden zu Herstellkosten bewertet. Basis für die Herstellkosten waren die Personalkosten. Fremdkapitalkosten wurden nur für qualifizierte Vermögenswerte aktiviert. Entwicklungskosten wurden erstmals im Geschäftsjahr 1990/91 aktiviert. Der per 01.10.2008 verbliebene Vermögenswert wird linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

*Geschäfts- und Firmenwert*

Geschäfts- und Firmenwerte aus einem Unternehmenszusammenschluss werden bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses über den Anteil des Konzerns an den beizulegenden Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden bemessen. Der bilanzierte Geschäfts- und Firmenwert wird einem jährlichen Werthaltigkeitstest unterzogen und mit ursprünglichen Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Wertminderungsaufwendungen werden in der Gesamtergebnisrechnung in der Position "Abschreibungen" erfasst.

*Sachanlagen*

Gegenstände des Sachanlagevermögens, die im Geschäftsbetrieb länger als ein Jahr genutzt werden, werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen und gegebenenfalls Wertminderungen bewertet. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten umfassen alle Kosten, die angefallen sind, um den Vermögenswert in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Die Herstellungskosten enthalten neben Einzelkosten angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten. Aufwendungen der allgemeinen Verwaltung und des Vertriebs werden nicht aktiviert. Fremdkapitalzinsen werden nur insoweit aktiviert, als sie für die Herstellung von qualifizierten Vermögens-

werten anfallen. Wertminderungen und Wertaufholungen werden in der Position "Abschreibungen" ergebniswirksam erfasst.

Die Abschreibung abnutzbarer Sachanlagen erfolgt linear über die erwartete Nutzungsdauer. Die Restwerte, die jeweilige Nutzungsdauer und die Abschreibungsmethode werden periodisch geprüft um sicherzustellen, dass diese dem erwarteten wirtschaftlichen Nutzenverlauf des Sachanlagegegenstandes entsprechen. Übersteigt der Buchwert einer Sachanlage deren geschätzten bei Veräußerung erzielbaren Ertrag, so wird er auf seinen geschätzten erzielbaren Betrag abgeschrieben. Bei der Ermittlung der Abschreibungssätze wurde unverändert gegenüber dem Vorjahr die folgende konzerneinheitliche Nutzungsdauer angenommen:

| | Nutzungsdauer in Jahren | Abschreibungssatz in % |
|---|---|---|
| Investitionen in fremden Gebäuden | 4 - 10 | 10 – 25 |
| Bauten auf fremdem Grund | 50 | 2 |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 3 - 10 | 33 –10 |

Gewinne und Verluste aus Abgängen von Sachanlagen werden als Unterschiedsbetrag zwischen den Veräußerungserlösen und den Buchwerten der Sachanlagen ermittelt und unter der Position "sonstige betriebliche Erträge" in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

*Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien*

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien umfassen nach IAS 40 (Investment Property) Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und / oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden. Sie werden analog zu den Sachanlagen gemäß dem Anschaffungskostenmodell mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger und gegebenenfalls notwendiger Wertminderungen bilanziert. Die planmäßige Abschreibung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren. Ein externes und unabhängiges Bewertungsunternehmen, das über adäquate, anerkannte professionelle Qualifikationen und aktuelle Erfahrungen am Standort und in der Kategorie der bewerteten Immobilien verfügt, hat die als Finanzinvestition gehaltene Immobilie im Februar 2006 bewertet. Der Fair Value entspricht in etwa dem Buchwert. Jeweils zum Bilanzstichtag wird überprüft, ob Anzeichen einer Wertbeeinträchtigung vorliegen. Seit der letzten Bewertung sind keine wesentlichen Änderungen eingetreten.

*Leasing*

Bei Leasingtransaktionen über Sachanlagen (Investitionsleasing) treten Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auf. Tragen Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Gegenstand verbunden sind, wird der Leasingvertrag gemäß IAS 17 (Leasingverhältnisse) als Finanzierungsleasing behandelt. In diesen Fällen aktiviert der Leasingnehmer das Leasingobjekt zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses in Höhe des Barwertes der Mindestleasingzahlungen oder in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Leasingobjekts, sofern dieser Wert niedriger ist. In der Folge wird der Leasinggegenstand über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Vertragslaufzeit abgeschrieben. Zugleich wird eine entsprechende Finanzverbindlichkeit angesetzt, die in der Folgezeit nach der Effektivzinsmethode fortgeschrieben wird. Der Zinsanteil der Leasingrate wird aufwandswirksam in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

Alle übrigen Leasingverträge, bei denen die Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auftreten, werden als Operating-Leasing behandelt. Die Leasingraten werden als Aufwand erfasst.

*Wertminderung*

Bei Sachanlagevermögen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Firmenwerten wird jeweils zum Bilanzstichtag überprüft, ob Anzeichen einer Wertminderung vorliegen. Geschäfts- und Firmenwerte werden mindestens einmal jährlich oder dann auf Wertminderung getestet, wenn Sachverhalte oder Änderungen der Umstände darauf hindeuten, dass der Buchwert gemindert sein könnte.

Ein späterer Wegfall der Wertminderung führt – mit Ausnahme bei Geschäfts- und Firmenwerten – zu einer erfolgswirksamen Wertaufholung bis zum geringeren Wert aus fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und erzielbarem Betrag. Nachdem eine Wertaufholung vorgenommen wurde, ist der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden anzupassen, um den berichtigten Buchwert des Vermögenswerts, abzüglich eines etwaigen Restbuchwerts, systematisch auf seine Restnutzungsdauer zu verteilen.

*Forderungen und sonstige Vermögenswerte*

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche Beträge bilanziert.

Wertminderungen und Wertaufholungen werden ergebniswirksam im Posten "Sonstige betriebliche Aufwendungen" erfasst.

Die Bewertung sonstiger Vermögenswerte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten.

*Liquide Mittel*

Liquide Mittel umfassen Bargeld (Kassenbestände), erhaltene Schecks und jederzeit verfügbare Guthaben bei Kreditinstituten.

*Finanzinstrumente*

Zu den im Konzern bestehenden originären Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und bestimmte sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten.

Derivative Finanzinstrumente, wie Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps, werden von der B+S Gruppe nicht gehalten.

Kredite und Forderungen im Sinne von IAS 39 werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode, angesetzt. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige originäre finanzielle Verpflichtungen werden als finanzielle Schulden im Sinne von IAS 39 mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode, angesetzt. Der Buchwert entspricht näherungsweise dem Zeitwert (Fair Value). Sämtliche verzinste Finanzinstrumente sind variabel verzinst und haben überwiegend kurze Laufzeiten. In den sonstigen Forderungen sind als finanzielle Vermögenswerte Mitarbeiterdarlehen ausgewiesen.

Die Zeitwerte der finanziellen Vermögenswerte und Schulden entsprechen in der Regel den Marktpreisen zum Bilanzstichtag. Sofern Preise aktiver Märkte nicht unmittelbar verfügbar sind, werden sie – wenn sie nicht nur von untergeordneter Bedeutung sind – unter Anwendung anerkannter finanzmathematischer Bewertungsmodelle und aktueller Marktparameter (insbesondere Zinssätze, Wechselkurse und Bonitäten der Vertragspartner) berechnet. Dazu werden die Cashflows der Finanzinstrumente auf den Bilanzstichtag abdiskontiert.

Der erstmalige Ansatz von Finanzinstrumenten erfolgt zum Erfüllungstag. Finanzinstrumente werden dann ausgebucht, wenn die Chancen und Risiken aus dem Finanzinstrument erloschen sind bzw. das Finanzinstrument getilgt wurde.

*Verpflichtungen für Abfertigungen und Pensionen*

Auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen ist die B+S Gruppe verpflichtet, an Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die vor dem 1. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, im Kündigungsfall durch den Dienstgeber oder zum Pensionsantrittszeitpunkt eine einmalige Abfertigung zu leisten. Diese ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt zwischen zwei und zwölf Monatsbezügen. Für diese Verpflichtung wird eine Rückstellung gebildet.

Die Ermittlung dieser Rückstellung erfolgt nach der in IAS 19 (Leistungen an Arbeitnehmer) vorgeschriebenen Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Methode, Anwartschaftsbarwertverfahren). Im Rahmen dieses Anwartschaftsbarwertverfahrens werden sowohl die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften als auch die künftig zu erwartende Steigerung der Gehälter und Renten berücksichtigt. Dabei wird der Barwert der künftigen Zahlungen nach einem versicherungsmathematischen Verfahren über die Beschäftigungszeit der Mitarbeiter angesammelt. Die Berechnung erfolgt für den jeweiligen Bilanzstichtag durch Gutachten eines Versicherungsmathematikers. Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Rückstellungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert ("versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust") wird sofort im Ergebnis erfasst. Die Korridormethode wird nicht angewandt.

Den Berechnungen liegen für die Geschäftsjahre 2010/2011 und 2009/2010 folgende Annahmen zu Grunde:

| | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Zinssatz | 4,80 % | 4,40 % |
| Pensions- und Gehaltssteigerungen | 3 % | 3 % |
| Fluktuation | 4,5 – 7,5 % | 4,5 – 7,5 % |
| Pensionsalter Frauen | 56,5 - 62 Jahre | 56,5 - 62 Jahre |
| Pensionsalter Männer | 61,5 - 62 Jahre | 61,5 - 62 Jahre |
| Lebenserwartung | AVÖ-2008-P | AVÖ-2008-P |

Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung der sehr langen durchschnittlichen Laufzeiten und hohen durchschnittlichen Restlebenserwartungen auf Basis von Marktzinssätzen festgesetzt. Die Mitarbeiterfluktuation ist betriebsspezifisch ermittelt und alters-/dienstzeitabhängig berücksichtigt. Die gesetzlichen Übergangsbestimmungen bezüglich des Pensionsalters wurden berücksichtigt.

Für Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die seit dem 1. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, sind laufend Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse zum Zwecke der Alterssicherung zu leisten. Eine darüber hinausgehende gesetzliche Verpflichtung zur Leistung von Abfertigungszahlungen bei Ausscheiden des Arbeitnehmers besteht nicht. Für dieses beitragsorientierte Versorgungsmodell ist daher keine Rückstellung zu bilden.

Weitere beitragsorientierte Verpflichtungen resultieren aus Dienstgeberbeiträgen (Arbeitgeberanteile) zur Rentenversicherung und aus den Beiträgen zur Mitarbeitervorsorgekasse.

Mitarbeiter der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München haben ab dem ersten Arbeitstag die Möglichkeit eine betriebliche Altersvorsorge (BAV) abzuschließen.

Bei der Pensionskasse des BVV Versicherungsvereins besteht eine Vollmitgliedschaft. Dabei ist der Beitrag 3,5 % des Bruttoarbeitsentgelts, der von Arbeitnehmer (Entgeltumwandlung) und Arbeitgeber je zu 50 % geleistet wird. Der Arbeitnehmer hat ferner die Möglichkeit, seinen Anteil bis zum gesamten Maximalbeitrag von derzeit 220 EUR pro Monat aufzustocken. Die Beiträge sind bis zu 4 % der BBG (West), 2.640 EUR im Jahr 2011, lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei und können beim Arbeitgeber als Betriebsausgaben abgezogen werden. Eine Verpflichtung zur Rückstellungsbildung besteht nicht.

*Sonstige Rückstellungen (langfristige, kurzfristige)*

Sonstige Rückstellungen werden entsprechend IAS 37 (Rückstellungen) gebildet, wenn für die Gesellschaft eine rechtliche oder faktische Verpflichtung gegenüber einem Dritten auf Grund eines vergangenen Ereignisses vorliegt und es wahrscheinlich ist, dass diese Verpflichtung zu einem Mittelabfluss führen wird.

Rückstellungen werden mit jenem Betrag angesetzt, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses nach bester Schätzung ermittelt werden kann. Sie werden unter Berücksichtigung aller daraus erkennbaren Risiken zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit Rückgriffsansprüchen verrechnet. Dabei wird vom Erfüllungsbetrag mit der höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit ausgegangen. Ist eine vernünftige Schätzung des Betrages nicht möglich, wird keine Rückstellung gebildet.

*Steuern*

Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Ertragssteueraufwand umfasst die laufenden Steuern und die ergebniswirksame Veränderung der latenten Steuern. Die laufenden Steuern ergeben sich aus der Ermittlung der für das abgelaufene Geschäftsjahr bestehenden Steuerbelastung aus dem errechneten steuerpflichtigen Einkommen und dem anwendbaren Steuersatz.

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12 nach der Balance Sheet Liability Method für alle temporären Unterschiede zwischen den Wertansätzen im Konzernabschluss und den bestehenden Steuerwerten. Des Weiteren wird der wahrscheinlich realisierbare Steuervorteil aus bestehenden Verlustvorträgen in die Ermittlung einbezogen. Ausnahmen bilden Unterschiedsbeträge aus steuerlich nicht absetzbaren Geschäfts- und Firmenwerten und mit Beteiligungen zusammenhängende, temporäre Unterschiede. Aktive latente Steuern werden nicht angesetzt, wenn es nicht wahrscheinlich ist, dass der enthaltene Steuervorteil realisierbar ist.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden saldiert, sofern diese ertragsteuerlichen Ansprüche und Schulden gegenüber der gleichen Steuerbehörde

bestehen und sich auf dasselbe Steuersubjekt oder eine Gruppe unterschiedlicher Steuersubjekte beziehen, die ertragsteuerlich gemeinsam veranlagt werden.

*Umsatzrealisierung*

Umsätze werden zu dem Zeitpunkt realisiert, zu dem die Lieferung oder Leistung erbracht wurde und ein verlässlich bestimmbarer Anspruch auf Gegenleistung entstanden ist. Erträge aus Dienstleistungen werden nach Maßgabe der bis zum Bilanzstichtag erbrachten Leistungen erfasst. Bei Dauerschuldverhältnissen erfolgt die Umsatzrealisierung nach Maßgabe der jeweils im Vertrag festgelegten Leistungserbringung.

*Finanzergebnis*

Das Finanzergebnis umfasst die für die aufgenommenen Fremdfinanzierungen zu leistenden Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen sowie die für Veranlagungen von Finanzmitteln erhaltenen Zinsen und ähnliche Erträge. Zinsen werden auf Basis des Zeitablaufes abgegrenzt.

*Stock Options*

Für die Verpflichtungen aus dem Stock Option Plan des Jahres 2001 findet IFRS 2 – Aktienbasierte Vergütungen – in Bezug auf Ansatz und Bewertung keine Anwendung.

*Schätzungen und Unsicherheiten bei Ermessensentscheidungen und Annahmen*

Bei Aufstellung des Konzernabschlusses müssen zu einem gewissen Grad Einschätzungen und Ermessensentscheidungen vorgenommen und Annahmen getroffen werden, die die bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Angaben von sonstigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten und den Ausweis von Aufwendungen und Erträgen im Geschäftsjahr beeinflussen.

Die sich in Zukunft tatsächlich ergebenden Beträge können von den Schätzungen abweichen. Der Grundsatz des "true and fair view" wurde auch bei der Verwendung von Schätzungen uneingeschränkt gewahrt.

Schätzungsunsicherheiten bestehen insbesondere bei der Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sowie bei der Beurteilung der Realisierbarkeit von aktiven latenten Steuern.

Die Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen ist zum einen mit Schätzungen zur erwarteten Nutzungsdauer der Vermögenswerte verbunden, zum anderen basiert sie auf Beurteilungen des Managements hinsichtlich der Werthaltigkeit der Vermögenswerte bzw. dem Vorliegen von Wertminderungen. Faktoren, wie geringere als geplante Nettozahlungsströme, können zu einer Wertminderung führen.

Der Konzern überprüft einmal jährlich, ob die immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer oder ein Geschäfts- und Firmenwert wertgemindert sind. Dies erfordert eine Schätzung des erzielbaren Betrages, dem dieser Vermögenswert zugeordnet ist. Zur Schätzung des erzielbaren Betrages muss der Konzern die voraussichtlichen zukünftigen Cashflows aus diesem Vermögenswert schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln.

Aktive latente Steuern werden in dem Maße angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass sie genutzt werden können. Zur Beurteilung der Wahrscheinlichkeit der zukünftigen Nutzbarkeit werden Faktoren, wie zum Beispiel operative Planungen und Verlustvortragspe-

rioden herangezogen. Weichen die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Schätzungen negativ ab, könnte dies zu erfolgswirksamen Abwertungen der angesetzten aktiven latenten Steuern führen.

Die Verpflichtung der B+S Gruppe, Zahlungen von Abfertigungen zu erbringen, wird anhand von versicherungsmathematischen Berechnungen ermittelt. Die versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage von Annahmen in Bezug auf die Abzinsungssätze, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, die Sterblichkeit und die künftigen Rentensteigerungen. Alle Annahmen werden zu jedem Abschlussstichtag überprüft. Bei der Ermittlung des angemessenen Diskontierungssatzes orientiert sich das Management an langfristigen Marktzinssätzen. Die Sterberaten basieren auf öffentlich zugänglichen Sterbetafeln. Entsprechend der langfristigen Ausrichtung dieser Pläne unterliegen solche Schätzungen wesentlichen Unsicherheiten.

Die Bewertung von sonstigen Rückstellungen und vergleichbaren Verpflichtungen ist in Abhängigkeit vom jeweils zugrunde liegenden Geschäftsvorfall teilweise komplex und in erheblichem Maß mit Schätzungen verbunden. Die vom Management getroffenen Annahmen bezüglich des Eintritts sowie der möglichen Höhe der Inanspruchnahme basieren unter anderem auf Erfahrungswerten, verfügbaren technischen Daten, Einschätzungen von Kostenentwicklungen. Die tatsächlich eintretenden Belastungen können von den angesetzten Rückstellungsbeträgen abweichen.

*Eigene Anteile*

Erwirbt die B+S Gruppe eigene Anteile, so werden diese gemäß IAS 32 vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird nicht erfolgswirksam erfasst. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren eigenen Anteile erworben.

## 8.4 Darstellung und Analyse der Konzernabschlüsse der Gesellschaft (IFRS)

### *8.4.1 Ertragslage*

*Überblick*

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ertragslage der B+S Gruppe auf Basis der geprüften Konzernabschlüsse zum 30. Juni 2011, 2010 und 2009 nach IFRS in TEUR:

| | 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 (geprüft) TEUR | 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 (geprüft) TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (geprüft) (angepasst) TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (geprüft) TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Umsatzerlöse | 7.577 | 9.068 | 3.843 | 3.843 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 306 | 521 | 101 | 101 |
| Waren- und Materialeinsatz | -206 | -126 | -26 | -26 |
| Personalaufwand | -4.955 | -4.823 | -2.087 | -2087 |
| Abschreibungen | -6.402 | -829 | -469 | -433 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | -2.290 | -2.326 | -934 | -934 |
| Operatives Ergebnis (EBIT) | -5.970 | 1.485 | 428 | 464 |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Finanzergebnis[1] | -647 | -666 | -353 | -353 |

[1] Das Finanzergebnis entspricht dem Saldo aus Finanzaufwendungen und Finanzerträgen.

Die wesentlichen Positionen werden im Folgenden erläutert:

*Umsatzerlöse*

| | 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011 TEUR | 1. Juli 2009 - 30. Juni 2010 TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 1. Januar 2009 - 30. Juni 2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Softwareerlöse | 3.082 | 4.563 | 1.563 | 1.563 |
| Wartungserlöse | 4.276 | 4.247 | 2.118 | 2.118 |
| Erlöse aus Schulungen und Beratungen | 219 | 259 | 101 | 101 |
| Erlöse aus Personalbereitstellung | 0 | 0 | 61 | 61 |
| | 7.577 | 9.068 | 3.843 | 3.843 |

Im Gegensatz zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage wurden für die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft im Geschäftsjahr 2009/2010 die Auswirkungen der Synergien aus der Fusion deutlich sichtbar. Dies betrifft sowohl Zuwächse im Neukundengeschäft wie auch die weitere Durchdringung der bestehenden langfristigen Kundenbeziehungen. Im Geschäftsjahr 2009/2010 ist ein operativer Umsatz in Höhe von TEUR 9.068 erzielt worden. Dies entspricht einer deutlichen Umsatzsteigerung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Diese Entwicklung war im Geschäftsjahr 2009/2010 sowohl auf das Neukundengeschäft als auch auf Cross-Selling Effekte mit den Kunden des Teilkonzerns Salzburg. Im Projektgeschäft Solutions & Lizenzen konnte im Geschäftsjahr 2009/2010 ein deutlicher Anstieg auf TEUR 3.334 verzeichnet werden. Die Wartungserlöse sind mit TEUR 4.247 im Geschäftsjahr 2009/2010 ebenfalls leicht angestiegen. Die Umsätze im Bereich ASP konnten mit TEUR 1.356 im Geschäftsjahr 2009/2010 ebenfalls deutlich gesteigert werden. Im Gegensatz zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage konnte die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft im Geschäftsjahr 2010/2011 nur geringfügig vom Aufschwung profitieren. Erfreulich ist jedoch die Gewinnung einiger Neukunden wie auch die Ausweitung von einigen langfristigen Kundenbeziehungen vor allem am Ende des Geschäftsjahres 2010/2011. Daher wurde aus den Neuverträgen erst ein geringer Teil im Geschäftsjahr 2010/2011 erlöswirksam. Im Geschäftsjahr 2010/2011 konnte ein operativer Umsatz von TEUR 7.577 erzielt werden. Dies entspricht einem Umsatzrückgang von TEUR 1.491 bzw. 16 %. Bei den Softwareerlösen musste im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Rückgang von TEUR 1.481 (das entspricht 32 %) auf TEUR 3.082 verzeichnet werden, wobei in den Softwareerlösen des Vorjahres einmalige Lizenzerlöse in Höhe von TEUR 1.381 enthalten waren. Die Wartungserlöse sind im Vergleich zum Vorjahresumsatz im Geschäftsjahr 2010/2011 leicht (+ 1 % bzw. TEUR 29) gestiegen. Die Umsätze im Bereich Schulung und Beratung gingen um TEUR 40 bzw. 15 % zurück.

*Sonstige betriebliche Erträge*

| | 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011 TEUR | 1. Juli 2009 - 30. Juni 2010 TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 1. Januar 2009 - 30. Juni 2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| sonstige Erträge | 306 | 521 | 101 | 101 |

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Rumpfgeschäftsjahr 2009 entfielen mit TEUR 63 im Wesentlichen auf Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen. Weitere sonstige betriebliche Erträge in Höhe von TEUR 38 wurden im Rumpfgeschäftsjahr 2009 aus Währungsumrechnungen, verrechneten Sachbezügen, Versicherungsentschädigungen und periodenfremden Erträgen erzielt. Die sonstigen betrieblichen Erträge des Geschäftsjahres 2009/2010 beinhalteten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 323 und betrafen in der Hauptsache Auflösungen für Umsatzsteuer in Bezug auf das PKW-Auslandsleasing der Tochtergesellschaft B+S Banksysteme Salzburg, da der österreichische Verwaltungsgerichtshof die entsprechende Grundlage als EU-widrig erkannt hat. Weitere sonstige betriebliche Erträge im Jahr 2009/2010 wurden durch Erträge aus Sachbezügen und durch Sale and lease back Vereinbarungen in Höhe von TEUR 198 erzielt. Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen im Geschäftsjahr 2010/2011 mit TEUR 306 deutlich unter dem Vorjahresniveau und betrafen im Wesentlichen Auflösungen von Rückstellungen und periodenfremde Erträge.

*Waren- und Materialeinsatz*

| | 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011 TEUR | 1. Juli 2009 - 30. Juni 2010 TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 1. Januar 2009 - 30. Juni 2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| bezogene Leistungen | 206 | 126 | 26 | 26 |

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen des Rumpfgeschäftsjahres 2009 betreffen Fremdleistungen. Im Geschäftsjahr 2009/2010 wurden Leistungen in Höhe von TEUR 126 bezogen. Davon entfielen TEUR 96 auf eine Software-Lizenz, die an den Kunden weiterberechnet werden konnte. Die bezogenen Leistungen des Geschäftsjahres 2010/2011 betreffen Software-Lizenzen und Leistungen, die ebenfalls an die Kunden weiterberechnet werden konnten.

*Personalaufwand*

| | 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011 TEUR | 1. Juli 2009 - 30. Juni 2010 TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 1. Januar 2009 - 30. Juni 2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Gehälter / Löhne | 3.776 | 3.768 | 1.648 | 1.648 |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge | 847 | 828 | 377 | 377 |
| Aufwendungen für Abfertigungen | 275 | 171 | 39 | 39 |
| Sonstige Sozialaufwendungen | 57 | 55 | 23 | 23 |
| | 4.955 | 4.823 | 2.087 | 2.087 |

In den "Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge" und "Aufwendungen für Abfertigungen" sind Aufwendungen für beitragsorientierte Altersversorgungspläne in Höhe von TEUR 8 im Rumpfgeschäftsjahr 2009, in Höhe von TEUR 18 im Geschäftsjahr 2009/2010 und in Höhe von TEUR 21 im Geschäftsjahr 2010/2011 enthalten.

Der durchschnittliche Personalstand entwickelte sich wie folgt:

| | 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011 TEUR | 1. Juli 2009 - 30. Juni 2010 TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 1. Januar 2009 - 30. Juni 2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Angestellte (aktive Mitarbeiter) | 71(68) | 66(62) | 69(63) | 69(63) |
| Vorstände | 2 | 3 | 3 | 3 |
| | 73 | 69 | 72 | 72 |

Im Geschäftsjahr 2010/2011 waren neben 68 aktiven Mitarbeitern (2009/2010: 62, 2009: 63) drei Mitarbeiter (2009/2010: vier, 2009: sechs) als passiv, d.h. in Elternzeit bzw. in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befindlich, einzustufen. Von diesen drei Mitarbeitern waren drei in Elternzeit (2009/2010: vier, 2009: fünf). Im Rumpfgeschäftsjahr 2009 war ein Mitarbeiter in Altersteilzeit.

*Abschreibungen*

| | 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011 TEUR | 1. Juli 2009 - 30. Juni 2010 TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 1. Januar 2009 - 30. Juni 2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögenswerte | | | | |
| - Geschäfts- und Firmenwert | 5.700 | 0 | 0 | 0 |
| - Software | 50 | 54 | 21 | 21 |
| - Softwarenutzungsrechte | 0 | 0 | 266 | 266 |
| - Entwicklungskosten | 252 | 376 | 0 | 0 |
| - Kundenstamm | 55 | 56 | 28 | 0 |
| - Marke | 17 | 16 | 8 | 0 |
| | 6.074 | 502 | 323 | 287 |
| Sachanlagen | | | | |
| - Gebäude | 162 | 162 | 81 | 81 |
| - andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 166 | 165 | 65 | 64 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| 328 | 327 | 146 | 145 |
| 6.402 | 829 | 469 | 432[1] |

[1] Die Rundungsdifferenzen in Höhe von TEUR 1 im Vergleich zur Darstellung der Ertragslage entsprechen den Rundungsdifferenzen in den testierten Konzernabschlüssen.

Bei der Kaufpreisallokation unter Berücksichtigung der Tatsache des umgekehrten Unternehmenserwerbs (reverse acqusition) wurden ein Kundenstamm in Höhe von TEUR 553 und die Marke ‚ddbac' in Höhe von TEUR 168 identifiziert. Kundenstamm und Marke werden über die geschätzte Nutzungsdauer von 10 Jahren abgeschrieben. Hieraus resultiert für das Rumpfgeschäftsjahr 2009 (angepasst) eine zusätzliche Abschreibung auf den Kundenstamm in Höhe von TEUR 28 und auf die Marke in Höhe von TEUR 8.

Die Abschreibungen stammen überwiegend aus dem Teilkonzern Salzburg. Die Abschreibungen sind in 2010/11 von TEUR 829 im Vorjahr auf TEUR 6.402 gestiegen. Gemäß IAS 36 wurde zum 30. Juni 2011 der ausgewiesene Geschäfts- und Firmenwert einem Impairment Test unterzogen. Der Werthaltigkeitstest basiert auf dem Nutzungswert, der durch Abzinsung der im Rahmen der Weiterführung der jeweiligen Einheiten entstehenden Cashflows ermittelt wird. Die Cashflow-Planung erfolgt auf Basis der aktuellen operativen Ergebnisse sowie einer Unternehmensplanung über einen Zeitraum von drei Jahren. Bei der Unternehmensplanung werden sowohl aktuelle Erkenntnisse als auch historische Entwicklungen berücksichtigt Daraus resultierend bestand zum 30. Juni 2011 ein Abwertungsbedarf in Höhe von TEUR 5.700.

*Sonstige betriebliche Aufwendungen*

| | 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011 TEUR | 1. Juli 2009 - 30. Juni 2010 TEUR | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 1. Januar 2009 - 30. Juni 2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Miet- und Raumkosten, Grundstückspacht | 253 | 261 | 129 | 129 |
| Beratungs- und Prüfungskosten | 368 | 330 | 141 | 141 |
| KFZ-Aufwand | 456 | 404 | 214 | 214 |
| Post und Kommunikation | 136 | 131 | 58 | 58 |
| Reinigung, Wartung und Instandhaltung | 229 | 220 | 72 | 72 |
| Fahrt- und Reisekosten | 174 | 173 | 59 | 59 |
| Marketing- und Werbeaufwand | 188 | 181 | 117 | 117 |
| Aus- und Weiterbildungskosten | 14 | 22 | 2 | 2 |
| Büromaterial | 19 | 29 | 7 | 7 |
| Übrige Steuern, Beiträge und Gebühren | 21 | 16 | 8 | 8 |
| Sonstiges | 432 | 559 | 128 | 128 |
| | 2.290 | 2.326 | 935[1] | 935[1] |

[1] Die Rundungsdifferenzen in Höhe von TEUR 1 im Vergleich zur Darstellung der Ertragslage entsprechen den Rundungsdifferenzen in den testierten Konzernabschlüssen.

Im Posten "Sonstiges" sind vor allem Versicherungsaufwendungen, Aufwendungen für Personalsuche, Aufsichtsratsvergütungen, Einzelwertberichtigungen zu Kundenforderungen sowie Kosten für die Aktienbetreuung enthalten. Im Rumpfgeschäftsjahr 2009 beinhaltet der Posten "sonstige" im Wesentlichen einmalige Aufwendungen aufgrund der Fusion mit der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, in Höhe von TEUR 33, Aufwendungen für Versicherungen, Beiträge und Gebühren in Höhe von TEUR 32, Aufsichtsratsvergütungen

in Höhe von TEUR 20, sowie Kosten für die Aktienbetreuung in Höhe von TEUR 19. Die Kosten für Versicherungen, Beiträge und Gebühren sind im Geschäftsjahr 2010/2011 gegenüber dem Geschäftsjahr 2009/2010 von TEUR 92 auf TEUR 108 gestiegen. Leicht um TEUR 2 gestiegen sind im Geschäftsjahr 2010/2011 auch die Kosten für die Aktienbetreuung. Die Kosten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind im Geschäftsjahr 2010/2011 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 3 auf TEUR 139 gesunken: Die Position "Sonstiges" beinhaltet im Geschäftsjahr 2009/2010 auch Aufwendungen für "Sale and lease back"-Geschäfte in Höhe von TEUR 117.

*Finanzergebnis*

| | 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011 TEUR | 1. Juli 2009 - 30. Juni 2010 TEUR | 1. Januar 2009 - 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 1. Januar 2009 - 30. Juni 2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Finanzerträge | 5 | 5 | 3 | 3 |
| Finanzaufwendungen | -652 | -671 | -356 | -356 |
| | -647 | -666 | -353 | -353 |

Die Finanzerträge enthalten im Wesentlichen Zinseinnahmen aus kurzfristigen Anlagen. Die Finanzaufwendungen enthalten im Geschäftsjahr 2010/1011 Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 280 (2009/2010: TEUR 316) aus Kontokorrentkrediten und Zinsaufwendungen für Leasingverträge in Höhe von TEUR 342 (2009/2010: TEUR 355).

### *8.4.2 Vermögenslage*

*Vermögenswerte*

| | 30. Juni 2011 (geprüft) TEUR | 30. Juni 2010 (geprüft) TEUR | 30. Juni 2009 (geprüft) (angepasst) TEUR | 30. Juni 2009 (geprüft) TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögenswerte | 796 | 1.155 | 1.538 | 872 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 11.166 | 16.866 | 16.866 | 14.847 |
| Sachanlagen | 5.886 | 6.152 | 7.277 | 7.277 |
| Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien | 1.142 | 1.153 | 0 | 0 |
| Aktive latente Steuern | 0 | 0 | 0 | 49 |
| Summe langfristige Vermögenswerte | 18.990 | 25.326 | 25.681 | 23.045 |
| Forderungen und sonstige Vermögenswerte | 501 | 944 | 939 | 938 |
| Forderungen aus Ertragssteuern | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Liquide Mittel | 1.989 | 1.400 | 596 | 595 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 249 | 233 | 204 | 204 |
| Summe kurzfristige Vermögenswerte | 2.739 | 2.577 | 1.740 | 1.738 |
| Bilanzsumme Aktiva | 21.729 | 27.903 | 27.421 | 24.783 |

Durch die Abbildung des Unternehmenszusammenschlusses als umgekehrter Unternehmenserwerb (Spalte: 30. Juni 2009 (geprüft und angepasst)) ergibt sich infolge der im Rahmen der Kaufpreisallokation identifizierten Vermögenswerte Kundenstamm, Marke und Goodwill eine leichte Verschiebung der Vermögensstruktur vom kurzfristigen Vermögenswert hin zum langfristigen Vermögenswert im Vergleich zur Abbildung der Unternehmenszusammenschlusses ohne Berücksichtigung der Tatsache eines umgekehrten Unternehmenserwerbs (Spalte: 30. Juni 2009 (geprüft und angepasst)).

Im Geschäftsjahr 2009/10 gab es leichte Veränderungen in der Vermögensstruktur; eine Verschiebung von den langfristigen Vermögenswerten hin zu den kurzfristigen Vermögenswerten. Die Summe der langfristigen Vermögenswerte betrug im Geschäftsjahr 2009/2010 90 %, im Rumpfgeschäftsjahr 2009 93 % der Bilanzsumme. Bei der Summe der kurzfristigen Vermögenswerte war zum 30. Juni 2010 eine um TEUR 5 höhere Bindung in Forderungen und sonstige Vermögenswerte zum Bilanzstichtag festzustellen. Die Forderungen und sonstigen Vermögenswerte setzen sich zusammen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 846 (Vorjahr TEUR 759) sowie Sonstige Vermögenswerte in Höhe von TEUR 98 (Vorjahr TEUR 180). Forderungen aus Lieferung und Leistung beinhalteten im Wesentlichen Lizenzabrechnungen zum 30. Juni 2010. Die Summe kurzfristiger Vermögenswerte erhöhte sich zum 30. Juni 2010 auf 10 % der Bilanzsumme (2009: 7 % der Bilanzsumme). Dabei konnte der prozentuale Anteil an liquiden Mitteln von 2 % zum 30. Juni 2009 auf 5 % zum 30. Juni 2010 gesteigert werden. Aufgrund des guten Geschäftsergebnisses 2009/2010 konnten die im Vorjahr mit TEUR 49 aktivierten latenten Steuern zum 30. Juni 2010 wieder aufgelöst werden. Insgesamt ist die Bilanzsumme um ca. 12 % zum 30. Juni 2010 angestiegen, was unter anderem auch auf die durchgeführte Reverse Acquisition zurückzuführen ist.

Im Geschäftsjahr 2010/11 gab es leichte Veränderungen in der Vermögensstruktur; eine Verschiebung von den langfristigen Vermögenswerten hin zu den kurzfristigen Vermögenswerten. Die Summe der langfristigen Vermögenswerte betrug im Geschäftsjahr 2010/2011 87 %, im Geschäftsjahr 2009/10 90 % der Bilanzsumme. Bei den kurzfristigen Vermögenswerten war zum 30. Juni 2011 eine um TEUR 443 niedrigere Bindung in Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände festzustellen. Die Forderungen und sonstigen Vermögenswerte setzen sich zusammen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 364 (Vorjahr TEUR 846) sowie Sonstige Vermögenswerte in Höhe von TEUR 137 (Vorjahr TEUR 98). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalteten im Wesentlichen Lizenzabrechnungen zum 30. Juni 2011. Die Summe der kurzfristigen Vermögenswerte ist von ca. 10 % der Bilanzsumme zum 30. Juni 2010 auf 13 % zum 30. Juni 2011 angestiegen. Dabei konnte der prozentuale Anteil an liquiden Mitteln von 5 % zum 30. Juni 2010 auf 9 % gesteigert werden. Insgesamt ist die Bilanzsumme aufgrund einer Firmenwertabschreibung von TEUR 27.903 auf TEUR 21.729 zum 30. Juni 2011 gesunken.

*Immaterielle Vermögenswerte*

Die Immateriellen Vermögenswerte setzen sich zum 30. Juni 2011 aus Software in Höhe von TEUR 111 (30. Juni 2010: TEUR 146, 30. Juni 2009: TEUR 82), Entwicklungskosten in Höhe von TEUR 162 (30. Juni 2010: TEUR 414, 30. Juni 2009: TEUR 790), Kundenstamm in Höhe von TEUR 401 (30. Juni 2010: TEUR 455) sowie aus der Marke ‚ddbac' in Höhe von TEUR 122 (30. Juni 2010 TEUR 140) zusammen. Zum 30. Juni 2009 erfolgte kein Ausweis des Kundenstamms und der Marke. Unter Berücksichtigung der Tatsache des umgekehrten Unternehmenserwerbs ergibt sicht zum 30. Juni 2009 der Ansatz eines Kundenstamms in Höhe von TEUR 511 und der Marke ‚ddbac' in Höhe von TEUR 156 (1. Januar bis 30. Juni 2009 (geprüft und angepasst)). Die Immateriellen Vermögenswerte betragen in den in den Jahren 2009-2011 zwischen 3,5% und 4% der Bilanzsumme.

Zugänge waren lediglich bei der Software zu verzeichnen und zwar im Rumpfgeschäftsjahr 2009 in Höhe von TEUR 37, im Geschäftsjahr 2009/2010 in Höhe von TEUR 118 und im Geschäftsjahr 2010/2011 in Höhe von TEUR 15.

*Geschäfts- und Firmenwert*

Die Erhöhung des Geschäfts- und Firmenwerts im Rumpfgeschäftsjahr 2009 (angepasst) auf TEUR 16.866 im Vergleich zum Rumpfgeschäftsjahr 2009 in Höhe von TEUR 14.847 ist auf die Abbildung des Unternehmenszusammenschlusses als umgekehrter Unternehmenserwerb (Reverse Acquisition) zurückzuführen.

Der zum 30. Juni 2011 ausgewiesene Geschäfts- und Firmenwert in Höhe von TEUR 11.166 entspricht 51 % der Bilanzsumme. Zum 30. Juni 2010 und zum 30. Juni 2009 betrug der Anteil des Geschäfts- und Firmenwerts 60 % (TEUR 16.866 bzw. TEUR 14.847) der Bilanzsumme.

Gemäß IAS 36 wurde zum 30. Juni 2011 der ausgewiesene Geschäfts- und Firmenwert einem Impairment Test unterzogen. Zum 30. Juni 2011 bestand ein Abwertungsbedarf in Höhe von TEUR 5.700. Der Berechnung wurde ein Nachsteuerzinssatz von 9,5 % p.a. mit einer Wachstumsrate in der Ewigen Rente von 1,5 % zu Grunde gelegt. Die Prognose der Zahlungsströme basiert auf den unternehmensinternen Finanzbudgets bzw. Vorschaurechnungen, welche einen Zeitraum von drei Jahren umfassen. Auf Grund von Planungsunsicherheiten wurde ein Abschlag auf die Zahlungsströme vorgenommen. Die geschätzten Zahlungsströme jenseits dieser Periode werden durch Extrapolation der angepassten Budget- bzw. Vorschauwerte ermittelt.

Der Buchwert der Einheit liegt aus gegenwärtiger Sicht über ihrem erzielbaren Wert, eine Abwertung in Höhe von TEUR 5.700 wurde vorgenommen.

*Sachanlagen sowie als Finanzinvestition gehaltene Immobilie*

Die Sachanlagen bestehen im Wesentlichen aus dem Gebäude Bichlfeldstraße 11 in Salzburg (30. Juni 2011: TEUR 5.536, 30. Juni 2010: TEUR 5.687, 30. Juni 2009 TEUR 7.002) sowie aus anderen Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (30. Juni 2011: TEUR 350, 30. Juni 2010 TEUR 465, 30. Juni 2009: TEUR 275). Zum 30. Juni 2010 wurde ein bisher selbst genutztes Stockwerk des Gebäudes Bichlfeldstraße 11, Salzburg, in den Posten "Als Finanzanlage gehaltene Immobilie" umgegliedert, da beabsichtigt wurde, dieses Stockwerk zu vermieten. Der an Hand von anerkannten Bewertungsmethoden ermittelte Fair Value betrug zum 30. Juni 2010 TEUR 1.153 (30. Juni 2011: TEUR 1.142). Zugänge waren bei den anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rumpfgeschäftsjahr 2009 in Höhe von TEUR 7, im Geschäftsjahr 2009/2010 in Höhe von TEUR 355 und im Geschäftsjahr 2010/2011 in Höhe von TEUR 51 zu verzeichnen.

*Forderungen und sonstige Vermögenswerte*

| | 30.06.2011 TEUR | 30.06.2010 TEUR | 30.06.2009 (angepasst) TEUR | 30.06.2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 363 | 846 | 759 | 758 |
| Sonstige Forderungen und Vermögenswerte | 137 | 98 | 180 | 180 |
| | 501 | 944 | 939 | 938 |

Bei den Forderungen zu Lieferungen und Leistungen wurden folgende Wertberichtigungen vorgenommen:

| | 30.06.2011 TEUR | 30.06.2010 TEUR | 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 30.06.2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Bruttoforderungen | 363 | 881 | 762 | 762 |
| Pauschalierte Einzelwertberichtigungen | 0 | -35 | -4 | -4 |
| | 363 | 846 | 758[1] | 758 |

[1] Rundungsdifferenzen in Höhe von TEUR 1 im Vergleich zur Darstellung des Bilanzpostens entsprechen den Rundungsdifferenzen im testierten Konzernabschluss.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

| | 30.06.2011 TEUR | 30.06.2010 TEUR | 30. Juni 2009 (angepasst) TEUR | 30.06.2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Stand Wertberichtigungen zum Periodenbeginn | 35 | 4 | 4 | 4 |
| Zuführungen (Aufwendungen für Wertberichtigungen) | 0 | 35 | 0 | 0 |
| Verbrauch | 35 | 4 | 0 | 0 |
| Stand Wertberichtigungen zum Periodenende | 0 | 35 | 4 | 4 |

Einzelwertberichtigungen von finanziellen Vermögenswerten werden dann vorgenommen, wenn der Buchwert des finanziellen Vermögenswertes höher als der Barwert der zukünftigen, abgezinsten Cashflows ist. Als Indikatoren für Einzelwertberichtigungen gelten finanzielle Schwierigkeiten, Insolvenz, Vertragsbruch und erheblicher Zahlungsverzug der Kunden. Die Einzelwertberichtigungen setzen sich aus zahlreichen Einzelpositionen zusammen, von denen keine alleine betrachtet wesentlich ist. Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird entsprechend ihrer Altersstruktur mit einem Prozentsatz der offenen Nettoforderungen gebildet.

| | 30.06.2011 TEUR | 30.06.2010 TEUR | 30.06.2009 (angepasst) TEUR | 30.06.2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Buchwert | 363 | 846 | 758 | 758 |
| Davon zum Abschlussstichtag weder wertgemindert noch überfällig | 283 | 846 | 556 | 556 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 60 Tage | 19 | 0 | 202 | 202 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 90 Tage | 61 | 0 | 0 | 0 |
| Nicht wertgemindert und überfällig > 120 Tage | 0 | 0 | 0 | 0 |

Hinsichtlich des weder wertgeminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestands der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen deuteten zum jeweiligen Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

In den sonstigen Forderungen und Vermögenswerte sind enthalten:

In den sonstigen Forderungen und Vermögenswerten sind Mitarbeiterdarlehen zum 30. Juni 2011 in Höhe von TEUR 18, zum 30. Juni 2010 von TEUR 19 und zum 30. Juni 2009 in Höhe von TEUR 23 enthalten. Bei den anderen Forderungen in Höhe von TEUR 119 zum 30. Juni 2011 und in Höhe von TEUR 79 zum 30. Juni 2010 und in Höhe von TEUR 157 zum 30. Juni 2009 handelt es sich um eine Forderung gegenüber in- und ausländischen Finanzbehörden.

*Liquide Mittel*

Der Kassenbestand betrug jeweils zum 30. Juni 2011, 2010 und 2009 TEUR 1 während das Guthaben bei Kreditinstituten TEUR 1.988 zum 30. Juni 2011, TEUR 1.399 zum 30. Juni 2010 und TEUR 595 zum 30. Juni 2009 betrug.

*Rechnungsabgrenzungsposten*

Die Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 249 im Geschäftsjahr 2010/2011, in Höhe von TEUR 233 im Geschäftsjahr 2009/2010 und in Höhe von TEUR 204 im Rumpfgeschäftsjahr 2009 betreffen Versicherungsprämien und sonstige vorausbezahlte Ausgaben.

*Eigenkapital und Schulden*

| | 30. Juni 2011 (geprüft) TEUR | 30. Juni 2010 (geprüft) TEUR | 30. Juni 2009 (geprüft) (angepasst) TEUR | 30. Juni 2009 (geprüft) TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Gezeichnetes Kapital | 6.210 | 6.210 | 6.210 | 6.210 |
| Kapitalrücklage | 438 | 438 | 439[1] | 1.156 |
| Gewinnrücklagen | 114 | 114 | 114 | 0 |
| Eigene Anteile | -104 | -104 | -104 | -76 |
| Rücklage Währungsdifferenzen | 47 | 28 | 2 | 12 |
| Bilanzgewinn/ -verlust | -5.156 | 1.265 | 738 | -2.368 |
| Summe Eigenkapital | 1.549 | 7.951 | 7.400 | 4.934 |
| Verpflichtung für Abfertigungen | 873 | 886 | 997 | 997 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.054 | 6.200 | 6.301 | 6.301 |
| Passive latente Steuern | 8 | 337 | 236 | 65 |
| Summe langfristige Verbindlichkeiten | 6.935 | 7.423 | 7.534 | 7.363 |
| Erhaltene Anzahlungen | 76 | 230 | 297 | 297 |
| Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1.470 | 976 | 1.295 | 1.295 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 94 | 264 | 217 | 217 |
| Verbindlichkeiten aus Finazierungsleasing | 303 | 292 | 194 | 194 |
| Kurzfristige sonstige Rückstellungen | 953 | 476 | 657 | 657 |
| Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzugsposten | 2.349 | 2.291 | 1.826 | 1.826 |
| Summe kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 13.245 | 12.529 | 12.486 | 12.486 |
| | 21.729 | 27.903 | 27.421 | 24.783 |

[1] Es wird der im testierten Konzernabschluss zum 30. Juni 2010 für das angepasste Vorjahr ausgewiesene Wert für die Kapitalrücklage angegeben. Die Höhe der Kapitalrücklage ist im Rumpfgeschäftsjahr 2009 (angepasst) sowie in den Geschäftsjahren 2009/2010 und 2010/2011 unverändert. Bei der Abweichung i.H.v. TEUR 1 in der Spalte 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst und geprüft) zu den nachfolgenden Geschäftsjahren handelt es sich um eine Rundungsdifferenz.

Die in der Spalte "30. Juni 2009 (geprüft und angepasst)" ersichtlichen Veränderungen innerhalb der Posten "Eigenkapital" und "langfristige Verbindlichkeiten" im Vergleich zu den entsprechend in der Spalte "30. Juni 2009 (geprüft)" aufgeführten Werten sind ausschließlich durch die Abbildung des Unternehmenszusammenschlusses als umgekehrter Unternehmenserwerb in der Spalte "30. Juni 2009 (geprüft und angepasst)" bedingt.

Die Summe Eigenkapital hat sich im Geschäftsjahr 2009/2010 durch das im Geschäftsjahr erwirtschaftete Jahresergebnis verändert. Zum 30. Juni 2010 betrug das Eigenkapital TEUR 7.951 (+ TEUR 551). Die Eigenkapitalquote stieg zum 30. Juni 2010 von 27% auf 28 %.

Die Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten nahm im Geschäftsjahr 2009/2010 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 43 zu und beträgt ca. 50% (Vorjahr: 50%) der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen im Geschäftsjahr 2009/10 leicht an (von TEUR 217 im Vorjahr auf TEUR 264). Der Anteil der erhaltenen Anzahlungen ist im Geschäftsjahr 2009/2010 um TEUR 67 auf TEUR 230 gesunken (0,01% der Bilanzsumme).

Die Summe des Eigenkapitals hat sich durch das im Geschäftsjahr 2010/2011 negative Jahresergebnis verändert. Zum 30. Juni 2011 betrug das Eigenkapital TEUR 1.549 (Vorjahr: TEUR 7.951). Die Eigenkapitalquote sank zum 30. Juni 2011 von 28 % auf 7 %.

Die Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten nahm im Geschäftsjahr 2010/2011 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 716 zu und beträgt ca. 61% (Vorjahr: 45 %) der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind im Geschäftsjahr 2010/11 um TEUR 170 geringer als im Vorjahr. Der Anteil der erhaltenen Anzahlungen ist im Geschäftsjahr 2010/2011 um TEUR 154 auf TEUR 76 gesunken (0,3 % der Bilanzsumme).

*Summe Eigenkapital*

Als gezeichnetes Kapital wird das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 6.209.933,00 ausgewiesen. Es ist eingeteilt in 6.209.933 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00. Die Anzahl der in Umlauf befindlichen Aktien hat sich während des Geschäftsjahres nicht verändert.

Die Rücklage Währungsdifferenzen umfasst alle Kursdifferenzen, die aus der Umrechnung der in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse von konsolidierten Tochterunternehmen entstanden sind.

Als eigene Anteile werden eingelegte Anteile ausgewiesen. Die eigenen Anteile enthalten 80.000 Stück (Vorjahr: 80.000 Stück) eigene Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,30 gesamt somit EUR 104.000. Die Aktien wurden am 1. Dezember 2008 eingelegt. Diese wurden im Einlagezeitpunkt mit dem Ausgabebetrag der im Wege der Sachkapitalerhöhung ausgegebenen neuen Aktien von EUR 1,30 je Aktie bewertet. Gemäß IAS 32 Abs. 36 werden eigene Anteile nicht zum Stichtagskurs bewertet.

Der Bilanzgewinn/ -verlust enthält das Ergebnis der Periode zuzüglich der Ergebnisvorträge aus Vorperioden.

*Verpflichtungen für Abfertigungen*

Auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen ist die B+S Gruppe verpflichtet, an Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die vor dem 01. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind,

im Kündigungsfall durch den Dienstgeber oder zum Pensionsantrittszeitpunkt eine einmalige Abfertigung zu leisten. Diese ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt zwischen zwei und zwölf Monatsbezügen. Für diese Verpflichtung wird eine Rückstellung gebildet.

Den Berechnungen liegen folgende Annahmen zu Grunde:

| | 30.06.2011<br>TEUR | 30.06.2010<br>TEUR | 30.06.2009<br>TEUR |
|---|---|---|---|
| Zinssatz | 4,80% | 4,40% | 6,27% |
| Pensions- und Gehaltssteigerungen | 3% | 3% | 3% |
| Fluktuation | 4,5% - 7,5% | 4,5% - 7,5% | 4,5% - 7,5% |
| Pensionsalter Frauen | 56,5 - 62 Jahre | 56,5 - 62 Jahre | 56,5 - 62 Jahre |
| Pensionsalter Männer | 61,5 - 62 Jahre | 61,5 - 62 Jahre | 61,5 - 62 Jahre |
| Lebenserwartung | AVÖ-2008-P | AVÖ-2008-P | AVÖ-2008-P |

In der Berechnung wurde bei der Lebenserwartung die österreichische Rententafel der Aktuarvereinigung Österreichs (AVÖ) aus dem Jahr 2008 zugrunde gelegt (AVÖ-2008-P).

Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung der sehr langen durchschnittlichen Laufzeiten und hohen durchschnittlichen Restlebenserwartungen auf Basis von Marktzinssätzen festgesetzt. Die Mitarbeiterfluktuation ist betriebsspezifisch ermittelt und alters-/dienstzeitabhängig berücksichtigt. Die gesetzlichen Übergangsbestimmungen bezüglich des Pensionsalters wurden berücksichtigt.

Für Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die seit dem 1. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, sind laufend Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse zum Zwecke der Alterssicherung zu leisten. Eine darüber hinausgehende gesetzliche Verpflichtung zur Leistung von Abfertigungszahlungen bei Ausscheiden des Arbeitnehmers besteht nicht. Für dieses beitragsorientierte Versorgungsmodell ist daher keine Rückstellung zu bilden.

Weitere beitragsorientierte Verpflichtungen resultieren aus Dienstgeberbeiträgen (Arbeitgeberanteile) zur Rentenversicherung und aus den Beiträgen zur Mitarbeitervorsorgekasse.

Mitarbeiter der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München haben ab dem ersten Arbeitstag die Möglichkeit eine betriebliche Altersvorsorge (BAV) abzuschließen.

Die Verpflichtungen für Abfertigungen valutierten zum 30. Juni 2011 mit TEUR 873, zum 30. Juni 2010 mit TEUR 886 und zum 30. Juni 2009 mit TEUR 997.

Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Verpflichtungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert (versicherungsmathematischer Gewinn bzw. Verlust) wird sofort im Ergebnis erfasst. Der Anwartschaftsbarwert ist nicht fondsfinanziert.

Die erfahrungsbedingten Anpassungen der Schulden des Plans betragen im Geschäftsjahr 2010/2011 TEUR 163, im Geschäftsjahr 2009/2010 TEUR 27 und im Rumpfgeschäftsjahr 2009 TEUR 39.

*Kurzfristige sonstige Rückstellungen*

Die sonstigen Rückstellungen betragen zum 30. Juni 2011 TEUR 953, zum 30. Juni 2010 TEUR 476 und zum 30. Juni 2009 TEUR 657.

Die kurzfristigen sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, die nach bestem Ermessen angesetzt wurden.

*Passive latente Steuern*

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte unter Anwendung eines Steuersatzes von 25 % (Österreich) bzw. 33 % (Deutschland)und betrifft vor allem die aktivierten Entwicklungskosten, die Rückstellung für Abfertigungen und die steuerlichen Verlustvorträge, die zu folgenden aktiven und passiven latenten Steuern führen:

| | 30.06.2011 TEUR | 30.06.2010 TEUR | 30.06.2009 (angepasst) TEUR | 30.06.2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Passive latente Steuern (nach Saldierung) | 8 | 337 | 236 | 16 |

Bei der Abbildung des Unternehmenszusammenschlusses als umgekehrter Unternehmenserwerb (reverse aquisition) ergaben sich bei der Erstkonsolidierung durch die Aktivierung des Kundenstamms und der Marke "ddbac" unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 33 % passive latente Steuern in Höhe von TEUR 238. Zum 30. Juni 2009 betrugen diese passiven latenten Steuern aus dem umgekehrten Unternehmenserwerb TEUR 220, so dass für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 30. Juni 2009 angepasst passive latente Steuern in Höhe von insgesamt TEUR 236 auszuweisen sind.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn sie gegenüber demselben Finanzamt bestehen.

Steuerliche Verlustvorträge bei den einzelnen Gesellschaften wurden zur Gänze aktiviert; die Verluste sind unbegrenzt vortragsfähig.

Latente Steuerschulden werden als langfristige Verbindlichkeit und latente Steueransprüche als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen

Die im Konzern vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge betragen zum 30. Juni 2011 TEUR 949, zum 30. Juni 2010 TEUR 271 und zum 30. Juni 2009 TEUR 934. Zum 30. Juni 2011 und zum 30. Juni 2010 entfallen die Verlustvorträge in voller Höhe auf die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, zum 30. Juni 2009 entfiel auf die Gesellschaft ein Verlustvortrag in Höhe von TEUR 147.

*Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten*

| | 30.06.2011 TEUR | 30.06.2010 TEUR | 30.06.2009 (angepasst) TEUR | 30.06.2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten[1] | 9.470 | 8.976 | 9.295 | 9.295 |

[1] Die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten bestehen ebenfalls gegenüber Kreditinstituten und werden daher in obiger Tabelle zusammen mit den „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ ausgewiesen.

Die Kontokorrentkreditrahmen betragen per 30. Juni 2011, 30. Juni 2010 und 30. Juni 2009 TEUR 1.000.

Sämtliche Finanzierungsvereinbarungen wurden mit unbestimmter Laufzeit abgeschlossen. Die Finanzierungsvereinbarungen des Teilkonzerns Salzburg sind durch Verpfändung von Wertpapierdepots in Höhe von TEUR 8.900 von Aktionären bzw. ehemaligen Aktionären besichert.

*Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (langfristig)*

Die Verbindlichkeit Immorent resultiert aus dem Finanzierungsleasingvertrag für das Bürogebäude Bichlfeldstrasse 11, 5020 Salzburg, Österreich. Der Vertrag für das über Leasing finanzierte Bürogebäude samt Rechenzentrum wurde am 29. Juni bzw. 20. Juli 2000 zwischen der damaligen B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, jetzt B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich, und der Sparkasse Immorent Grundstücksverwertungsgesellschaft m.b.H., Salzburg, Österreich, abgeschlossen. Der Leasingvertrag begann mit der Übernahme des Objektes (4. Quartal 2003) und läuft 15 Jahre. Die Gesamtinvestitionskosten betrugen rund TEUR 7.800, die jährliche Tilgung zurzeit rund TEUR 200 der Restwert im Jahr 2019 rund TEUR 4.000. Der Zinssatz der Leasingvereinbarung ist variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

Die Verbindlichkeit gegenüber HYPO Impuls Mobilien Leasing betrifft zur Gänze Hardware. Die zugrunde liegenden Leasingverträge enden 2013. Die Zinssätze, die den Verträgen zu Grunde liegen, sind variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

| | 30.06.2011 TEUR | 30.06.2010 TEUR | 30.06.2009 (angepasst) TEUR | 30.06.2009 TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 6.028 | 6.096 | 6.301 | 6.301 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien Leasing | 26 | 103 | 0 | 0 |
| | 6.054 | 6.199 | 6.301 | 6.301 |

Zum 30. Juni 2004 wurde das Bürogebäude Bichlfeldstraße, Salzburg, Österreich, aktiviert. Im Rahmen der Erstkonsolidierung wurde der Finanzierungsleasingvertrag auf Grund der aktuellen Zinssatzentwicklung zum 30. September 2008 neu bewertet. Für die Bewertung wurde ein langfristiger Zinssatz von 5,5 % zu Grunde gelegt.

In den Jahren 2008 und 2009 wurden Finanzierungsleasingverträge über Hard- und Software mit einer Laufzeit bis 2010 und 2012 abgeschlossen. Die Zinssätze, die den Verträgen zu Grunde liegen, sind variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (Mindestleasingzahlungen) weisen folgende Zusammensetzung und Laufzeiten auf:

| | 30.06.2011 in TEUR | bis 1 Jahr in TEUR | 1 bis 5 Jahre in TEUR | über 5 Jahre in TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 8.483 | 632 | 2.532 | 5.319 |
| Zinsanteil | 2.126 | 329 | 1.182 | 615 |
| Barwert | **6.357** | **303** | **1.350** | **4.704** |

| | 30.06.2010 in TEUR | bis 1 Jahr in TEUR | 1 bis 5 Jahre in TEUR | über 5 Jahre in TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 8.830 | 634 | 2.602 | 5.594 |
| Zinsanteil | 2.339 | 342 | 1.237 | 760 |
| Barwert | **6.491** | **292** | **1.365** | **4.834** |

| | 30.06.2009 in TEUR | bis 1 Jahr in TEUR | 1 bis 5 Jahre in TEUR | über 5 Jahre in TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 9.296 | 650 | 2.218 | 6.428 |
| Zinsanteil | 2.821 | 354 | 1.289 | 1.178 |
| Barwert | **6.475** | **296** | **929** | **5.250** |

*Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (kurzfristig)*

| | 30.06.2011 in TEUR | 30.06.2010 in TEUR | 30.06.2009 (angepasst) in TEUR | 30.06.2009 in TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 225 | 224 | 100 | 100 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien Leasing | 78 | 68 | 94 | 94 |
| | 303 | 292 | 194 | 194 |

Die Buchwerte der im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen aktivierten Vermögenswerte setzen sich wie folgt zusammen:

| | 30.06.2011 in TEUR | 30.06.2010 in TEUR | 30.06.2009 (angepasst) in TEUR | 30.06.2009 in TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Bauten auf fremdem Grund | 6.647 | 6.804 | 6.960 | 6.960 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 225 | 331 | 223[1] | 233 |
| Softwarelizenzen | 41 | 54 | 0 | 0 |
| | 6.913 | 7.189 | 7.183[1] | 7.193 |

[1] Im Rahmen der Fehlerkorrektur nach IAS8 im Geschäftsjahr 2009/2010 wurde der fehlerhafte Betrag des Vorjahrs angepasst.

Die Mindestlaufzeit der Finanzierungsleasingverträge entspricht im Wesentlichen der Nutzungsdauer dieser Sachanlagen. Die Nutzungsdauer der Bauten auf fremdem Grund beträgt 50 Jahre, die Nutzungsdauer der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt je nach Vermögensgegenstand drei bis zehn Jahren, die Nutzungsdauer von Software und Softwarenutzungsrechte drei bis fünf Jahre.

*Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten*

Die sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern zum 30. Juni 2010 in Höhe von TEUR 356 und zum 30. Juni 2009 in Höhe TEUR 278.

Zum 30. Juni 2011 werden innerhalb der sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 438 (30. Juni 2010: TEUR 624 und 30. Juni 2009 TEUR 297) ausgewiesen.

Die im Rumpfgeschäftsjahr 2009 und im Geschäftsjahr 2009/2010 ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern betrafen im Wesentlichen Urlaubsansprüche, Ansprüche aus Überstunden und sonstige quasi sichere Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern. Im Geschäftsjahr 2010/2011 sind diese Verpflichtungen unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Gehaltsnebenkosten (Krankenkasse, Finanzamt, Gebietskörperschaften).

Die Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 1.911 zum 30. Juni 2011, in Höhe von TEUR 1.312 zum 30. Juni 2010 und in Höhe von TEUR 1.251 zum 30. Juni 2009 betreffen ausschließlich transitorische Einnahmen von Wartungserlösen, die in den jeweiligen Berichtszeiträumen vereinnahmt wurden.

### *8.4.3 Finanzlage*

Die Kapitalflussrechnung wurde nach den IFRS erstellt und nach Zahlungsströmen aus laufender Geschäfts-, Investitions- sowie Finanzierungstätigkeit gegliedert. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Kapitalflussrechnung der B+S AG für die angegebenen Zeiträume:

| **Kapitalflussrechnung (IFRS)** | 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 | 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 | 1. Januar bis 30. Juni 2009 (angepasst) | 1. Januar bis 30. Juni 2009 | 1. Januar bis 31. Dezember 2008 |
|---|---|---|---|---|---|
| | | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR |
| **Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit** | | | | | |
| Periodenergebnis | -6.420 | 526 | 136 | 160 | -608 |
| Währungsumrechnungsdifferenz | 19 | 26 | 0 | 0 | 0 |
| Abschreibungen | 6.402 | 830[1] | 469 | 433 | 210 |
| Veränderungen langfristige Rückstellungen | -14 | -111 | 38 | 38 | 54 |
| Veränderungen latente Steuern[2] | -329 | 101 | -46 | -34 | -21 |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Veränderungen Forderungen | 443 | -6 | -370 | -370 | 203 |
| Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposten | -15 | -29 | 0 | 0 | 194 |
| Veränderungen erhaltene Anzahlungen | -154 | -67 | 266 | 266 | 11 |
| Veränderungen Verbind. aus Lief. u. Leistungen | -170 | 47 | -46 | -46 | -180 |
| Veränderungen sonstige Rückstellungen | 659 | -72 | -359 | -359 | -191 |
| Sonstige Verbindlichkeiten und RAP | -524 | 355 | 1.240 | 1.240 | -325 |
| | -103 | 1.600[3] | 1.328 | 1.328 | -653 |
| **Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit** | | | | | |
| Investitionen ins Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) | -67 | -474 | -73 | -73 | -3 |
| | -67 | -474 | -73 | -73 | -3 |
| **Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit** | | | | | |
| Tilgung Finanzverbindlichkeiten | -135 | -322 | -817 | -817 | -1.205 |
| Einzahlung aus Erhöhung Finanzverbindlichkeiten | 494 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zuführung Kapitalrücklage | 0 | 0 | -27 | -27 | 451 |
| Barkapitalerhöhung | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.502 |
| | 359 | -322 | -844 | -844 | 748 |
| **Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes** | 189 | 804 | 411 | 411 | 92 |
| Finanzmittelbestand (= frei verfügbare Liquide Mittel) zu Beginn des Geschäftsjahres | 1.400 | 595 | 184 | 184 | 92 |
| Finanzmittelbestand (= frei verfügbare Liquide Mittel) am Ende des Geschäftsjahres | 1.589 | 1.400 | 595 | 595 | 184 |
| **Nachrichtlich** | | | | | |
| Nicht frei verfügbare Liquide Mittel | 400 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres laut Konzernbilanz | 1.989 | 1.400 | 595 | 595 | 184 |
| bezahlte Ertragsteuern | -132 | -142 | -34 | -34 | -2 |
| erhaltene Zinsen | 5 | 5 | 3 | 3 | 14 |
| bezahlte Zinsen | -652 | -671 | -356 | -356 | -269 |

[1] Abweichung in Höhe von TEUR 1 von der Gesamtergebnisrechnung aufgrund Rundungsdifferenzen im Konzernabschluss
[2] Die Veränderungen der aktiven und passiven latenten Steuern sind saldiert ausgewiesen.
[3] Die Differenz aus Währungsumrechnung i.H.v. TEUR 26 wurden im testierten Konzernabschluss zum 30.06.2010 gesondert in der Kapitalflussrechnung ausgewiesen. Im Konzernabschluss 2010/2011 erfolgte eine Umgliederung der Währungsumrechnungsdifferenzen in den Mittelfluss aus laufenden Geschäftstätigkeiten

Die Gesellschaft definiert die liquiden Mittel am Ende des Geschäftsjahres als Bestand an Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten abzüglich der Zahlungsmittel mit eingeschränkter Verfügbarkeit. Die liquiden Mittel entwickelten sich von TEUR 184 zum 31. Dezember 2008 über TEUR 595 zum 30. Juni 2009 und TEUR 1.400 zum 30. Juni 2010 auf TEUR 1.989 zum 30. Juni 2011, Die liquiden Mittel umfassten vom 31. Dezember 2008 bis zum 30. Juni 2010 ausschließlich sofort verfügbare Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks sowie Kassenbestände. Zum 30. Juni 2011 sind in den liquiden Mittel nicht frei verfügbare liquide Mittel in Höhe von TEUR 400 enthalten, so dass die frei verfügbaren liquiden Mittel zum 30. Juni 2011 TEUR 1.589 betrugen.

Entsprechend IAS 7 werden die Zahlungsströme nach dem Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit gegliedert.

Der Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit entwickelte sich von TEUR -653 im Geschäftsjahr 2008, über TEUR 1.328 im Rumpfgeschäftsjahr 2009 und TEUR 1.600 im Geschäftsjahr 2009/2010 auf TEUR -103 für das Geschäftsjahr 2010/2011. Die Erhöhung des Mittelflusses aus laufender Geschäftstätigkeit vom Geschäftsjahr 2008 in Höhe von TEUR -653 auf TEUR 1.328 im Rumpfgeschäftsjahr 2009 ist neben dem verbesserten Periodenergebnis im Rumpfgeschäftsjahr 2009 im Wesentlichen auf den Anstieg der Sonstigen Verbindlichkeiten und RAP in Höhe von TEUR 1.240 und der erhaltenen Anzahlungen in Höhe von TEUR 266 zurückzuführen. Mit gegenläufigem Effekt auf den Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit war im Rumpfgeschäftsjahr 2009 ein Aufbau des Forderungsbestands um TEUR 370 sowie ein Rückgang der sonstigen Rückstellungen um TEUR 359 zu verzeichnen. Der Mittelfluss des Geschäftsjahres 2009/2010 war gekennzeichnet durch das Periodenergebnis in Höhe von TEUR 526, der Eliminierung der zahlungsunwirksamen Abschreibungen erstmals für ein volles Geschäftsjahr sowie dem weiteren Anstieg der Sonstigen Verbindlichkeiten und des RAP. Der negative Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2010/2011 ist auf das – auch nach Eliminierung der Abschreibungen - negative Periodenergebnis, dem Rückgang der Sonstigen Verbindlichkeiten und des RAP, der Verringerung der erhaltenen Anzahlungen, und der latenten Steuern sowie der Begleichung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen, die auch durch den Zahlungseingang der Forderungen und der Erhöhung der sonstigen Rückstellungen nicht kompensiert werden konnten.

Der Mittelfluss aus Investitionstätigkeit betrug in den Geschäftsjahren 2008 TEUR 3, im Rumpfgeschäftsjahr 2009 TEUR 73, im Geschäftsjahr 2009/2010 TEUR 474 und im Geschäftsjahr 2010/2011 TEUR 67. Im Geschäftsjahr 2009/2010 erfolgten mit TEUR 474 größere Anschaffungen im Bereich des Sachanlagevermögens (TEUR 355) und im Bereich des Immateriellen Vermögens (TEUR 119).

Der Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit ist im Geschäftsjahr 2008 gekennzeichnet durch die erhaltenen Mittel aus der Kapitalerhöhung, welche zu einem Großteil zur Tilgung der Finanzverbindlichkeiten sowie der Dotierung der Kapitalrücklage verwendet wurde. Im Rumpfgeschäftsjahr 2009 und dem Geschäftsjahr 2009/2010 wurden planmäßig die Finanzverbindlichkeiten zurückgeführt, so dass ein negativer Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit in diesen Jahren zu verzeichnen war. Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurden sowohl planmäßig Finanzverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 135 getilgt, als auch neue Finanz-

verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 494 begründet, wobei hiervon TEUR 400 nicht frei verfügbare liquide Mittel darstellen.

## 8.5 Erläuterungen zum Konzernjahresabschluss (IFRS) der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr

Ertragslage

Aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre ergibt sich nach Konsolidierung des Teilkonzerns Salzburg ab dem 30. September 2008 die folgende Ertragsübersicht:

| | | **01.01. bis 31.12.2008 (geprüft) TEUR** | **%** | **01.01. bis 31.12.2007 (geprüft) TEUR** | **%** | **Änderung ggü. d. Vorjahr in (geprüft) TEUR** | **%** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Umsatzerlöse | 2.488 | 100,0 | 1.509 | 100,0 | 979 | 64,9 |
| **=** | **Gesamtleistung** | **2.488** | **100,0** | **1.509** | **100,0** | **979** | **64,9** |
| - | Waren- und Materialeinsatz | 5 | 0,2 | 0 | 0,0 | 5 | - |
| - | Personalaufwand | 1.821 | 73,2 | 1.245 | 82,5 | 576 | 46,3 |
| - | Abschreibungen | 210 | 8,4 | 25 | 1,7 | 185 | >100,0 |
| + | sonst. betriebl. Erträge | 27 | 1,1 | 151 | 10,0 | -124 | -82,1 |
| - | sonst.betriebl.Aufwendungen | 850 | 34,2 | 691 | 45,8 | 159 | 23,0 |
| **=** | **Betriebsergebnis** | **-371** | **14,9** | **-301** | **-19,9** | **-70** | **-23,3** |
| + | Finanzerträge | 14 | 0,5 | 11 | 0,7 | 2 | 18,2 |
| - | Finanzaufwand | 269 | -10,8 | 0 | 0,0 | -269 | - |
| **=** | **Finanzergebnis** | **-255** | **-10,3** | **11** | **0,7** | **-267** | **>-100,0** |
| **=** | **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** | **-626** | **-38,3** | **-290** | **12,6** | **-962** | **>-100,0** |
| - | EE-Steuern | 19 | 0,7 | 0 | 0,0 | 19 | - |
| **=** | **Jahresergebnis** | **608** | 24,4 | **-290** | -19,2 | **898** | **>100,0** |

*Umsatzerlöse*

Im Geschäftsjahr 2008 ist ein operativer Umsatz von TEUR 2.488 erzielt worden. Dies entspricht einer Umsatzsteigerung von TEUR 979 bzw. 65 % gegenüber dem Vorjahresumsatz von TEUR 1.509. Diese Steigerung ergibt sich maßgeblich aus den Erlösen des Teilkonzerns Salzburg im Zeitraum 30. September bis 31. Dezember 2008. Das Nachfrageverhalten bei Bestandskunden ist weiterhin gleichbleibend. Die Erlöse für das Projektgeschäft Solutions verminderten sich aufgrund der reduzierten Personalstärke in München im Geschäftsjahr 2008 von TEUR 450 in 2007 auf TEUR 206. Das entspricht einem Rückgang von 54 %. Der Schwerpunkt der Erlöse des Unternehmensbereichs München liegt ausschließlich auf den Lösungen für das Electronic-Banking. Die Lizenzverkäufe einschließlich der Erlöse aus ASP steigerten sich um 31 % von TEUR 512 im Vorjahr auf TEUR 669 im Geschäftsjahr 2008. Die Wartungserlöse sind im Vergleich zum Vorjahresumsatz (mit TEUR 547 im Vorjahr und TEUR 1.470 im Geschäftsjahr 2008) um ein Vielfaches angestiegen. Daneben konnten aus dem Teilkonzern Salzburg noch Erlöse von TEUR 30 (Vorjahr

TEUR 0) im Bereich Personalvermittlung und TEUR 113 (Vorjahr TEUR 0) im Bereich Schulungen realisiert werden.

*Personalaufwand*

Die Personalkosten sind durch die Konsolidierung der Teilkonzerne München und Salzburg von TEUR 1.245 im Vorjahr auf TEUR 1.821 im Geschäftsjahr gestiegen.

*Sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge*

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen von 691 TEUR in 2007 auf 850 TEUR in 2008 zu. Die Raumkosten lagen bei 117 TEUR (- TEUR 104). Die Kostensteigerung im Bereich Fuhrpark auf TEUR 145 ist durch die große Fahrzeugflotte in Salzburg entstanden (+ TEUR 107). Die Reisekosten nahmen um TEUR 11 zu und lagen bei TEUR 49. Die Beratungs- und Prüfungskosten lagen bei TEUR 147 (+ TEUR 108). Des Weiteren haben sich die Aufwendungen für Marketing und Repräsentation um TEUR 32 auf TEUR 83 erhöht. In folgenden Posten ist bedingt durch die Konsolidierung eine Kostenerhöhung eingetreten: Reinigung/ Wartung/ Instandhaltung + TEUR 44, Telefon/ Porto + TEUR 17, Aus- und Weiterbildungskosten + TEUR 3, Büromaterial + TEUR 7. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Sachbezügen, aus Versicherungsentschädigungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen. In der Position sind aperiodische Erträge in Höhe von TEUR 10 (Vorjahr: TEUR 14) enthalten.

*Finanzaufwand*

Der Finanzaufwand beinhaltet in Höhe von TEUR 216 Zinsaufwand für die Neubewertung des Leasingvertrages für das Bürogebäude Bichlfeldstraße 11, 5020 Salzburg, Österreich. Der Neubewertung wurde ein Zinssatz von 5,5 % zu Grunde gelegt.

Vermögenslage

Nachfolgende Übersicht ergibt sich aus den Bilanzen der zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre:

| | Bilanz zum 31.12.2008 | | Bilanz zum 31.12.2007 | | Änderung ggü. d. Vorjahr in | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | TEUR | % | TEUR | % | TEUR | % |
| **AKTIVA** | | | | | | |
| Immaterielles Anlagevermögen | 1.121 | 4,6 | 1 | 0,1 | 1.120 | >100,0 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 14.847 | 61,0 | 0 | 0,0 | 14.847 | >100,0 |
| Sachanlagen | 7.386 | 30,3 | 21 | 3,3 | 7.365 | >100,0 |
| Summe langfristige Vermögenswerte | 23.354 | 95,8 | 22 | 3,5 | 23.332 | >100,0 |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 696 | 2,9 | 503 | 79,1 | 193 | 38,37 |
| Liquide Mittel | 184 | 0,7 | 92 | 14,5 | 92 | 100,0 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 126 | 0,5 | 19 | 3,0 | 107 | >100,0 |
| Summe kurzfristige Vermögenswerte und RAP | 1.006 | 4,2 | 614 | 96,5 | 392 | 63,8 |
| Summe Aktiva | **24.360** | **100,0** | **636** | **100,0** | **23.724** | **>100,0** |

| | Bilanz zum 31.12.2008 | | Bilanz zum 31.12.2007 | | Änderung ggü. d. Vorjahr in | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | TEUR | % | TEUR | % | TEUR | % |
| **PASSIVA** | | | | | | |
| gezeichnetes Kapital | 6.210 | 25,5 | 1.631 | 256,4 | 4.579 | >100,0 |
| Kapitalrücklage | 1.183 | 4,8 | 398 | 62,6 | 785 | >100,0 |
| Eigene Anteile | -76 | -0,3 | 0 | 0,0 | -76 | >-100,0 |
| Rücklage Währungsdifferenzen | 11 | 0,1 | 0 | 0,0 | 11 | >100,0 |
| Bilanzgewinn/ -verlust | -2.528 | -10,4 | -1.895 | -298,0 | -633 | -33,4 |
| Summe Eigenkapital | 4.800 | 19,7 | 134 | 21,1 | 4.666 | >100,0 |
| Rückstellungen für Abfertigungen | 959 | 3,9 | 0 | 0,0 | 959 | >100,0 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.379 | 26,2 | 0 | 0,0 | 6.379 | >100,0 |
| Steuerabgrenzung | 99 | 0,4 | 0 | 0,0 | 99 | >100,0 |
| Summe langfristige Verbindlichkeiten | 7.437 | 30,5 | 0 | 0,0 | 7.437 | >100,0 |
| Erhaltene Anzahlungen | 31 | 0,1 | 10 | 1,6 | 21 | >100,0 |
| Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 8.000 | 32,8 | 0 | 0,0 | 8.000 | >100,0 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1.966 | 8,1 | 1 | 0,2 | 1.965 | >100,0 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 263 | 1,1 | 56 | 8,8 | 207 | >100,0 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 262 | 1,1 | 0 | 0,0 | 262 | >100,0 |
| Kurzfristige sonstige Rückstellungen | 1.016 | 4,2 | 395 | 62,1 | 621 | >100,0 |
| Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 585 | 2,4 | 40 | 6,3 | 545 | >100,0 |
| Summe kurzfristige Verbindlichkeiten und RAP | 12.123 | 49,8 | 502 | 78,9 | 11.621 | >100,0 |
| Summe Passiva | **24.360** | **100,0** | **636** | **100,0** | **23.724** | **>100,0** |

*Summe langfristige Vermögenswerte*

Die Summe der langfristigen Vermögenswerte beträgt in 2008 96 %, in 2007 3 % der Bilanzsumme, davon entfallen 61 % auf den Geschäfts- und Firmenwert des Teilkonzerns Salzburg.

*Forderungen aus Lieferungen und Leistungen*

Bei der Summe der kurzfristigen Vermögenswerte ist in 2008 eine höhere Bindung in Forderungen zum Bilanzstichtag zu beobachten. Die Forderungen aus Lieferung und Leistungen erhöhten sich um TEUR 217 (38,4 %), da sie in erheblichem Umfang Lizenzabrechnungen zum Jahresende beinhalten.

*Summe Eigenkapital*

Die neue Kapitalstruktur ist durch die Bar- und Sachkapitalerhöhung geprägt. Das gezeichnete Kapital nahm um TEUR 4.579 auf TEUR 6.210 und die Kapitalrücklage ist um TEUR 785 auf TEUR 1.183 angestiegen. Die Summe des Eigenkapitals enthält erstmals die Position eigene Anteile. Durch den Vergleich mit den Anfechtungsklägern der Hauptversammlungsbeschlüsse vom 02.10.2007 hatten sich die Herren Berger und Schier zur Einlage von je 40.000 Aktien verpflichtet. Diese wurden zum 31.12.2008 mit dem Stichtagskurs bewertet unter Berücksichtigung des im Geschäftsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrages ergab sich zum Jahresende ein Eigenkapital von TEUR 4.800 (+ TEUR 4.666).

*Rückstellungen für Abfertigungen*

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, ist auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Zahlung von Abfertigungen in Österreich verpflichtet. Die hierfür nach der Projected Unit Credit Methode ermittelte Rückstellung beträgt TEUR 959. Die kurzfristigen sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für laufende Steuern (EUR 134), Rückstellungen für laufende Urlaubs- und Weihnachtszuschüsse, Boni und Prämien (EUR 232), Rückstellungen für sonstige Steuern und Abgaben (EUR 304) und Rückstellungen für Kosten im Zusammenhang mit den Kapitalerhöhungen in 2008, Aufwendungen für Hauptversammlung und Geschäftsbericht, für Aufsichtsratvergütung, sowie für Rechtsrisiken und Beiträge an Berufsgenossenschaften.

*Steuerabgrenzung*

Die Ermittlung der Steuerabgrenzung erfolgte unter Anwendung eines Steuersatzes von 25 % und betrifft vor allem die aktivierten Softwarenutzungsrechte, die Rückstellung für Abfertigungen und die steuerlichen Verlustvorträge. Der steuerliche Verlustvortrag wurde zur Gänze aktiviert. Der Verlust ist unbegrenzt vortragsfähig. Die Verbindlichkeit aus aktiver und passiver latenter Steuerabgrenzung besteht gegenüber demselben Finanzamt und wurde daher saldiert. Die Abgrenzung wird als langfristige Verbindlichkeit ausgewiesen.

*Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten*

Es besteht eine jederzeit rückzahlbare finanzielle Verpflichtung in Höhe von TEUR 8.000, die nicht zur Gänze in 2008/2009 getilgt wird, sondern in dem Ausmaß, das aus dem Cashflow möglich ist, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu beeinträchtigen. Bei den übrigen Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 1.966 handelt es sich um laufende Betriebsmittelkredite, bei denen ein Abfluss im nächsten Geschäftsjahr angenommen wurde. Sämtliche Finanzierungsvereinbarungen wurden mit

unbestimmter Laufzeit abgeschlossen und sind in Höhe von TEUR 9.659 durch Pfandrechte gesichert.

*Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (lang- und kurzfristig)*

Die langfristige Verbindlichkeit Immorent in Höhe von TEUR 6.263 resultiert aus dem Finanzierungsleasingvertrag für das Bürogebäude Bichlfeldstrasse 11, 5020 Salzburg, Österreich. Der Vertrag für das über Leasing finanzierte Bürogebäude samt Rechenzentrum wurde am 29. Juni bzw. 20. Juli 2000 zwischen der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, und der Sparkasse Immorent Grundstücksverwertungsgesellschaft m.b.H., Salzburg, Österreich, abgeschlossen. Der Leasingvertrag begann mit der Übernahme des Objektes (4. Quartal 2003) und läuft 15 Jahre. Die Gesamtinvestitionskosten betrugen rund EUR 7,8 Mio., die jährliche Tilgung zurzeit rund TEUR 162, der Restwert im Jahr 2019 rund EUR 3,9 Mio. Die kurzfristige Verbindlichkeit Immorent beträgt TEUR 166.Die langfristige Verbindlichkeit gegenüber HYPO Impuls Mobilien Leasing in Höhe von TEUR 143 betrifft zur Gänze Hardware. Die zugrunde liegenden Leasingverträge enden 2010. Die hieraus resultierende kurzfristige Verbindlichkeit beträgt TEUR 96.

*Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten*

Die Rechnungsabgrenzungen betreffen im Wesentlichen Wartungserlöse, die sonstigen Verbindlichkeiten im Wesentlichen Gehaltsnebenkosten (Krankenkasse, Finanzamt, Gebietskörperschaften) sowie Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Finanzlage

Die Liquiden Mittel zum 31. Dezember 2008 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 92 auf TEUR 184 erhöht und ist für das Geschäftsjahr 2009 auf Basis der Verträge mit Bestandskunden als gesichert anzusehen. Der Mittelfluss zum Bilanzstichtag aus der operativen Geschäftstätigkeit betrug TEUR -653 (Vorjahr -72). Der Nettozahlungsmittelabfluss aus der Investitionstätigkeit betrug TEUR -3 (Vorjahr TEUR +17). Der Nettozahlungsmittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit betrug TEUR 748 (Vorjahr TEUR +1).

### 8.6 Erläuterungen zum Jahresabschluss (HGB) der Gesellschaft für das am 30. Juni 2011 endende Geschäftsjahr

Ertragslage

Aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der beiden letzten Geschäftsjahre ergibt sich die folgende Ertragsübersicht:

| | | 01.07. bis 30.06.2011 (geprüft) TEUR | % | 01.07. bis 30.06.2010 (geprüft) TEUR | % | Änderung ggü. d. Vorjahr in (geprüft) TEUR | % |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Umsatzerlöse | 1.843 | 100,0 | 2.038 | 100,0 | -195 | -9,6 |
| = | **Gesamtleistung** | **1.843** | **100,0** | **2.038** | **100,0** | **-195** | **-9,6** |
| - | Materialaufwand | | | | | | |
| | - bezogene Waren | 31 | 1,6 | 97 | 4,8 | -66 | 68,0 |
| | - bezogene Leistungen | 177 | 9,6 | 127 | 6,2 | -50 | 39,4 |
| - | Personalaufwand | | | | | | |
| | - Löhne und Gehälter | 825 | 44,8 | 845 | 41,5 | -20 | 2,4 |
| | - Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsoge und für Unterstützung | 147 | 8,0 | 151 | 7,4 | -4 | 2,6 |
| - | Abschreibungen | 20 | 1,1 | 7 | 0,3 | 13 | >100,0 |
| + | sonstige betriebliche Erträge | 162 | 8,8 | 69 | 3,4 | 93 | >100,0 |
| - | sonstige betriebliche Aufwendungen | 710 | 38,5 | 625 | 30,6 | 85 | 13,6 |
| = | **Betriebsergebnis** | **94** | **5,1** | **255** | **12,6** | **-162** | **-63,2** |
| + | Finanzerträge | 1 | 0,0 | 1 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| - | Finanzaufwand | 800 | 43,4 | 0 | 0,0 | 800 | - |
| = | **Finanzergebnis** | **-799** | **-43,4** | **1** | **0,0** | **-800** | **>-100,0** |
| = | **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** | **-705** | **-38,3** | **256** | **12,6** | **-961** | **>-100,0** |
| - | EE-Steuern | 38 | 2,0 | 95 | 4,6 | -57 | -60,0 |
| - | sonstige Steuern | 1 | 0,0 | 1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| = | **Jahresergebnis** | **-744** | **-40,4** | **161** | **7,9** | **-905** | **>-100,0** |

*Umsatzerlöse*

Der Rückgang der Umsatzerlöse um 9,6 % auf TEUR 1.843 resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall eines Bestandskunden mit bisher ca. TEUR 140 Umsatz p.a. und Einmalerlösen aus Lizenzverkäufen im Vorjahr.

*Personalaufwand*

Der Personalaufwand ist mit TEUR 972 im Berichtsjahr um TEUR 24 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der durchschnittliche Personalaufwand pro Mitarbeiter ist aufgrund des gegenüber dem Vorjahr unveränderten Personalbestandes von TEUR 50 im Vorjahr auf TEUR 49 gesunken. Ursächlich für den Rückgang der Personalkosten ist der krankheitsbedingte Ausfall eines Mitarbeiters im Berichtsjahr sowie die im Vorjahrvergleichszeitraum höheren Aufwendungen infolge des vermehrt angefallenen Bereitschaftsdienstes.

*Sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge*

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von TEUR 625 im Vorjahr auf TEUR 710 angestiegen. Ursächlich hierfür ist insbesondere der Anstieg der Prospektkosten (TEUR +71), der Prüfungskosten (TEUR +35), der Kosten der Hauptversammlung (TEUR +31), der Versicherungsaufwendungen (TEUR +25) und der Kosten für Fremdarbeiten (TEUR +13).

Diesen standen verringerte Rechts- und Beratungskosten (TEUR -79) und sonstige betriebliche Aufwendungen (TEUR -19) gegenüber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge bestehen im Wesentlichen aus periodenfremden Erträgen aus der Auflösung einer Verbindlichkeit aus einem Vergleich (TEUR 71), Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 30), Erträge aus Weiterbelastungen an die B+S Banksysteme Deutschland GmbH (TEUR 21) und Erlösen aus Sachbezügen (TEUR 16).

*Betriebsergebnis*

Das Betriebsergebnis als Summe der betrieblichen Erlöse und betrieblichen Aufwendungen reduzierte sich in erster Linie aufgrund gesunkener Umsatzerlöse um TEUR 162.

*Finanzaufwand*

Der Finanzaufwand beinhaltet in Höhe von TEUR 800 eine außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der B + S Banksysteme Salzburg GmbH.

Vermögenslage

Nachfolgende Übersicht ergibt sich aus den Bilanzen der beiden letzten Geschäftsjahre:

| | Bilanz zum 30.06.2011 TEUR | % | Bilanz zum 30.06.2010 TEUR | % | Änderung ggü. d. Vorjahr in TEUR | % |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **AKTIVA** | | | | | | |
| EDV-Software | 1 | 0,0 | 1 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 29 | 0,6 | 26 | 0,4 | 3 | 10,0 |
| Anteile an verbundene Unternehmen | 4.500 | 87,5 | 5.300 | 84,6 | -800 | -15,1 |
| Summe Anlagevermögen | 4.530 | 88,0 | 5.326 | 85,0 | -796 | -14,9 |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 109 | 2,1 | 306 | 4,9 | -197 | -64,2 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 59 | 1,2 | 0 | 0,0 | 59 | - |
| Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 432 | 8,4 | 614 | 9,8 | -182 | -29,8 |
| Summe Umlaufvermögen | 600 | 11,7 | 921 | 14,7 | -321 | -34,9 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 14 | 0,3 | 20 | 0,3 | -6 | -30,0 |
| Bilanzsumme Aktiva | **5.144** | **100,0** | **6.267** | **100,0** | **-1.122** | **-17,9** |

| | Bilanz zum 30.06.2011 TEUR | % | Bilanz zum 30.06.2010 TEUR | % | Änderung ggü. d. Vorjahr in TEUR | % |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **PASSIVA** | | | | | | |
| Gezeichnetes Kapital | 6.210 | 120,7 | 6.210 | 99,1 | 0 | 0,0 |
| abzüglich eigene Anteile zum Nennwert | -80 | -1,6 | -80 | -1,3 | 0 | 0,0 |
| Kapitalrücklage | 1.852 | 36,0 | 1.852 | 29,6 | 0 | 0,0 |
| Bilanzverlust | -3.447 | -67,0 | -2.704 | -43,1 | -743 | -27,5 |
| Summe Eigenkapital | 4.535 | 88,2 | 5.278 | 84,2 | -743 | -14,1 |
| Steuerrückstellungen | 83 | 1,6 | 46 | 0,7 | 37 | 80,4 |
| Sonstige Rückstellungen | 268 | 5,2 | 242 | 3,9 | 26 | 10,7 |
| Summe Rückstellungen | 351 | 6,8 | 287 | 4,6 | 64 | 22,3 |
| Erhaltene Anzahlungen | 2 | 0,0 | 221 | 3,5 | -219 | -99,1 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 21 | 0,4 | 168 | 2,7 | -147 | -87,5 |
| Verbindlichkeiten gg. Verbundene Unternehmen | 33 | 0,6 | 37 | 0,6 | -4 | -10,8 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 24 | 0,5 | 172 | 2,7 | -148 | -86,0 |
| Summe Verbindlichkeiten | 79 | 1,5 | 597 | 9,5 | -518 | -86,8 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 179 | 3,5 | 104 | 1,7 | 75 | 72,1 |
| Bilanzsumme Passiva | **5.144** | **100,0** | **6.267** | **100,0** | **-1.122** | **-17,9** |

*Anteile an verbundenen Unternehmen*

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich aufgrund einer außerplanmäßigen Abschreibung in Höhe von TEUR 800 auf den Beteiligungsansatz der B + S Banksysteme Salzburg GmbH, von TEUR 5.300 im Vorjahr auf TEUR 4.500 gemindert.

*Forderungen aus Lieferungen und Leistungen*

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 197 (-64,2%) gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Abweichung zum Vorjahr ist stichtagsbezogen und betrifft im Wesentlichen eine zum 30. Juni 2010 offene Forderungen gegenüber einem Kunden in Höhe von TEUR 133 die im Berichtsjahr 2010/2011 vollständig beglichen wurde.

*Sonstige Vermögensgegenstände*

Die Sonstigen Vermögensgegenstände sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 59 angestiegen. Ursächlich ist im Wesentlichen der Umsatzsteuererstattungsanspruch des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von TEUR 58. Im Vorjahr ergab sich zum Bilanzstichtag ein Nachzahlungsbetrag in Höhe von TEUR 150, welcher unten den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wurde.

*Summe Eigenkapital*

Die Minderung des Eigenkapitals um TEUR 743 betrifft den Jahresfehlbetrag des laufenden Geschäftsjahres.

*Summe Rückstellungen*

Die Summe der Rückstellungen ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 64 angestiegen. Im Wesentlichen resultiert dies aus dem Anstieg der Steuerrückstellungen um TEUR 37 auf TEUR 83, der Rückstellung für Prüfungskosten um TEUR 24 auf TEUR 41 und der Rückstellung für Kosten der Hauptversammlung um TEUR 11 auf TEUR 45. Darüber hinaus beinhaltet der Posten im Wesentlichen Rückstellungen für die Prospekterstellung (TEUR 67), Aufsichtsratsvergütungen (TEUR 40), Boni (TEUR 30), Urlaub (TEUR 19) und Gewährleistungen (TEUR 5).

*Summe Verbindlichkeiten*

Die Summe der Verbindlichkeiten hat um TEUR 518 auf TEUR 79 abgenommen. Grund für die Abnahme war der zum 30 Juni 2010 vorhandene Bestand an erhaltenen Anzahlungen in Höhe von TEUR 219, die im Berichtjahr vollständig auszubuchen waren. Weiterhin ergaben sich stichtagsbezogen geringere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 147.

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 148 auf TEUR 24 vermindert. Zum 30. Juni 2010 bestand eine Umsatzsteuerzahllast in Höhe von TEUR 150, während sich zum 30. Juni 2011 ein Erstattungsanspruch in Höhe von TEUR 58 ergibt.

*Rechnungsabgrenzungsposten*

Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten ist um TEUR 75 auf TEUR 179 angestiegen. Der Posten beinhaltet Abgrenzungen aus Wartungs-, Support- und Hostingverträgen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem Abschluss eines

Vertrages mit einem Neukunden; hieraus resultiert eine Abgrenzungen zum 30. Juni 2011 in Höhe von TEUR 100.

*Finanzlage*

Die Liquiden Mittel zum 30. Juni 2011 haben sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 614 auf TEUR 432 verringert und sind auch im Geschäftsjahr 2010/11 in jedem Fall durch Verträge mit Bestandskunden gesichert gewesen. Der Mittelfluss zum Bilanzstichtag aus der operativen Geschäftstätigkeit betrug TEUR -160 (Vorjahr +517). Der Nettozahlungsmittelabfluss aus der Investitionstätigkeit betrug TEUR -23 (Vorjahr TEUR -23). Aus der Finanzierungstätigkeit ergaben sich keine Zahlungsflüsse.

# 9. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

## 9.1 Überblick

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft ist zusammen mit ihren Tochtergesellschaften ein langjähriger Anbieter und Hersteller von Software für Finanzdienstleister. Die B+S Gruppe entwickelt und vertreibt Software für die Produktbereiche Electronic Banking, Commercial Banking, Treasury/Trading sowie Risikomanagement. Ihre Produkte zeichnen sich durch eine skalierbare leistungsfähige Standardsoftware für den europäischen Raum aus.

Sie sind plattformunabhängig und bilden die kompletten Geschäftsprozesse ab und sind gezielt auf die Bedürfnisse des Finanzsektors ausgerichtet. Die auf modularer Architektur basierende Software kann in komplexe Handelssysteme integriert werden und unterstützt in Echtzeit unmittelbar und online über Kommunikationskanäle (Multikanalfähigkeit) die Geschäftsprozesse der Kunden mit allen erforderlichen Zwischenschritten von der Auftragserteilung bis hin zur Endverarbeitung. Daneben bietet die B+S Gruppe ihren Kunden Softwareangebote nach individuellem Bedarf ("On-Demand-Service") an, indem sie ein leistungsfähiges Rechenzentrum mit hoher Verfügbarkeit und nutzungsorientierter Abrechnung (so genanntes Application Service Providing, ASP) betreiben. Im Einzelnen umfasst die B+S Gruppe folgende vier Produktbereiche:

- Der Produktbereich **Electronic Banking** umfasst Software für die unmittelbare Kommunikation zwischen der Bank und ihren jeweiligen Kunden, insbesondere zur Erteilung von Überweisungsaufträgen oder Aufträgen im Zusammenhang mit Wertpapierdepots von Kunden;
- Der Produktbereich **Commercial Banking** umfasst bankeninterne Software zur Umsetzung von Kundenaufträgen (Zahlungsverkehr) und zur Unterstützung von anderem klassischen Bankgeschäft, namentlich das Kontokorrent- und Kreditgeschäft;
- Der Produktbereich **Treasury/Trading** umfasst Software für den Handel mit Derivaten (einschließlich des Bankeneigenhandels) und den Devisen- und Geldhandel. Weiterhin umfasst dieser Produktbereich Software für die Messung von Risiken für die interne Bankensteuerung und zur Erfüllung von Eigenmittel- und Meldeanforderungen der Finanzaufsicht. Handels- und Risikomanagementsoftware wird in diesem Produktbereich zusammengefasst, weil Risiko-, Steuerungs- und Aufsichtssysteme bei Banken typischerweise insbesondere im Bereich des Handels, insbesondere des Eigenhandels, benötigt werden und die Softwareprodukte in dieser Kombination auch dem Kunden angeboten werden; und
- Der Produktbereich **Risikomanagement** umfasst eigenständige Module des Risikomanagements mit denen die B+S Gruppe ihren Kunden ein Instrument für die Risikomessung und –darstellung im Eigenhandel und auf Gesamtbankebene zur Verfügung stellt. Gleichzeitig werden die Meldeanforderungen der Bankenaufsicht inklusive der Berechnung der Eigenmittelunterlegung erfüllt. Die ermittelten Risikodaten werden online für den Handel, das Risikocontrolling, die Finanzbuchhaltung und die Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt. In der Lösung für das Wertpapiermanagement ist die vollständige Einbindung der Wertpapiergeschäfte in das Risikomanagement und das Kundeninformationssystem realisiert. Abgerundet wird das Verfahren durch die Erfassung der Geschäftsvorfälle im Front-Office und die abschließende Depotabstimmung.

Typische Kunden der B+S Gruppe sind Banken, Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken sowie im Bereich Treasury/Trading und Risikomanagement auch zunehmend Industrieunternehmen mit großen Handelsvolumen in diesem Bereich.

Zum Datum des Prospekts waren 77 Mitarbeiter in drei Standorten in Deutschland, Österreich und Schweiz beschäftigt, davon 71 Mitarbeiter in Vollzeit vier Mitarbeiter in Elternzeit bzw. Rehabilitationsmaßnahmen und zwei Vorstände.

Im Geschäftsjahr 2010/11 waren durchschnittlich 73 Mitarbeiter in drei Standorten in Deutschland, Österreich und Schweiz beschäftigt (Vorjahr 69), davon 68 Mitarbeiter in Vollzeit (Vorjahr 62), drei Mitarbeiter in Elternzeit bzw. Rehabilitationsmaßnahmen (Vorjahr vier) und zwei Vorstände (Vorjahr drei).

Im Rumpfgeschäftsjahr 2009 waren durchschnittlich 72 Mitarbeiter in den Standorten der B+S Gruppe beschäftigt, davon 63 Mitarbeiter in Vollzeit, fünf Mitarbeiter in Elternteilzeit bzw. Rehabilitationsmaßnahmen, ein Mitarbeiter in Altersteilzeit und drei Vorstände.

Zum Stichtag 31. Dezember 2008 waren insgesamt 68 Mitarbeiter in den Standorten der B+S Gruppe beschäftigt, davon 58 Mitarbeiter in Vollzeit, sechs Mitarbeiter in Elternzeit bzw. Rehabilitationsmaßnahmen, ein Mitarbeiter in Altersteilzeit und drei Vorstände.

Die B+S Gruppe ist durch Sacheinlage aller Anteile an der B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg (damals firmierend als B+S Banksysteme Aktiengesellschaft) und deren Tochterunternehmen ("**Teilkonzern Salzburg**") in die Gesellschaft im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung zum Stichtag am 30. September 2008 entstanden. Die Eintragung der Durchführung der Sachkapitalerhöhung erfolgte am 6. Oktober 2008. Zwar ist somit die Gesellschaft rechtlicher Erwerber des Teilkonzerns Salzburg, allerdings ist nach IFRS die B+S Banksysteme Salzburg GmbH als wirtschaftlicher Erwerber anzusehen ("**Reverse Acquisition**"). Die Aussagen im Prospekt, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen der Risikofaktoren, der Erläuterungen der ausgewählten Finanzinformationen, der Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und der Geschäftstätigkeit sind daher auf die B+S Gruppe als Gesamtkonzern zu beziehen.

Die B+S Gruppe erwirtschaftete zum 30. Juni 2011 einen Umsatz in Höhe von TEUR 7.576 (Geschäftsjahr 2009/10: TEUR 9.068; Rumpfgeschäftsjahr 2009: TEUR 3.843; Geschäftsjahr 2008: TEUR 2.488). Davon entfielen TEUR 3.081 auf den Bereich Softwareerlöse (Geschäftsjahr 2009/10: TEUR 4.563; Rumpfgeschäftsjahr 2009: TEUR 1.563; Geschäftsjahr 2008: TEUR 875), TEUR 4.276 auf Wartungserlöse (Geschäftsjahr 2009/10: TEUR 4.247; Rumpfgeschäftsjahr 2009: TEUR 2.118; Geschäftsjahr 2008: TEUR 1.470) und TEUR 219 auf Schulungen und Beratungen (Geschäftsjahr 2009/10: TEUR 259; Rumpfgeschäftsjahr 2009: TEUR 101; Geschäftsjahr 2008: TEUR 113). In den Geschäftsjahren 2010/11 und 2009/10 wurden keine Erlöse aus Personalbereitstellung erzielt. Im Rumpfgeschäftsjahr 2009 betrugen die Erlöse aus Personalbereitstellung TEUR 61 und im Geschäftsjahr 2008 TEUR 30. Das operative Ergebnis (EBIT) betrug zum 30. Juni 2011 TEUR -5.970 (Geschäftsjahr 2009/10: TEUR +1.485; Rumpfgeschäftsjahr 2009: TEUR +464; Geschäftsjahr 2008: TEUR -371).

Die Umsätze der B+S Gruppe verteilten sich auf die Länder Deutschland, Österreich und Schweiz wie folgt:[1]

| | Geschäftsjahr 2010/2011 in TEUR | Geschäftsjahr 2009/2010 in TEUR | Geschäftsjahr 2009 in TEUR | Geschäftsjahr 2008 in TEUR |
|---|---|---|---|---|
| Deutschland | 5.963 | 7.240 | 2.939 | 1.998 |
| Österreich | 334 | 317 | 220 | 87 |
| Schweiz | 1.280 | 1.511 | 684 | 403 |

[1] Die geprüften Zahlen sind in den jeweiligen Konzern-Anhängen angegeben.

Die Gesellschaften B+S Banksysteme Deutschland GmbH, München und die B+S Banksysteme Schweiz AG, Thun sind reine Vertriebsgesellschaften. Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München ist im Bereich Electronic Banking tätig. Am Standort Salzburg entwickelt die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg Software für die Bereiche Commercial Banking, Treasury/Trading und Risikomanagement.

Im September 2008 erwarb die Gesellschaft sämtliche Aktien der damaligen B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg (umfirmiert in B+S Banksysteme Salzburg GmbH) ("**B+S Salzburg**"), im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung. Durch die Durchführung der Sachkapitalerhöhung wurde die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Gesellschaft (siehe hierzu Abschnitt 9.15.1). Die damit neu geschaffene B+S Gruppe ist gemessen am Umfang der Geschäftstätigkeit im Vergleich zur Gesellschaft allein deutlich größer. Die Angaben im vorliegenden Abschnitt "Geschäftstätigkeit" beziehen sich jeweils auf die gesamte B+S Gruppe und nicht nur auf die Gesellschaft allein, es sei denn, solche Angaben sind ausdrücklich anders gekennzeichnet.

### 9.2 Wichtige Ereignisse in der Entwicklung der Gesellschaft und der B+S Salzburg

Nachfolgend werden ausgewählte wichtige Ereignisse in der Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft dargestellt.

| | |
|---|---|
| 1992 | Gründung der Gesellschaft als Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma "DataDesign, Datenbanken und Systemanpassung GmbH" |
| 1998 | Formwechsel der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft unter der Firma "DataDesign Aktiengesellschaft" |
| | Erstnotierung der Aktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse |
| 1999 | Vertrag über die Verschmelzung der Software 4 You GmbH mit Sitz in Martinsried auf die Gesellschaft (Wirksamwerden durch Eintragung im Handelsregister 2001) |
| 2002 | Erwerb sämtlicher Geschäftsanteile an der DEZ/III/0016 Vermögensverwaltungs GmbH bzw. DataDesign Stuttgart GmbH im Rahmen einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen durch die Gesellschaft |
| 2003 | Kapitalherabsetzung der Gesellschaft von EUR 7.783.426,00 um EUR 6.671.508,00 auf EUR 1.111.918,00 |
| 2007 | Hauptversammlungsbeschluss der Gesellschaft über eine Bar- und Sachkapitalerhöhung von EUR 1.630.812,00 um bis zu EUR 2.853.921,00 (Barkapitalerhöhung) und EUR 3.076.924,00 (Sachkapitalerhöhung) |
| 2008 | Durchführung und Handelsregistereintragung der 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen (in Höhe von EUR 1.502.197,00) und gegen Sacheinlagen (in Höhe von EUR 3.076.924,00) der Gesellschaft |
| | Neues Grundkapital der Gesellschaft nach Durchführung der Kapitalmaßnahmen EUR 6.209.933,00 |
| | Änderung der Firma der Gesellschaft von DataDesign Aktiengesellschaft in B+S Banksysteme Aktiengesellschaft |
| | Im Zuge der Durchführung der Sachkapitalerhöhung Erwerb sämtlicher Aktien |

an der B+S Salzburg durch die Gesellschaft

Durch Erwerb der B+S Salzburg durch die Gesellschaft Entstehung der B+S Gruppe mit insbesondere den aus Sicht der Gesellschaft neuen Tätigkeitsbereichen Commercial Banking und Treasury Trading/Risk Management

Wegen der Bedeutung der 100%igen Tochtergesellschaft B+S Salzburg für die Gesellschaft werden nachfolgend ausgewählte wichtige Ereignisse in der Entwicklung der Geschäftstätigkeit der B+S Salzburg dargestellt.

1982 Aufnahme der Geschäftstätigkeit der späteren B+S Salzburg

1983 Gründung der B+S Salzburg als österreichische GesmbH durch Herrn Wilhelm Berger und Herrn Heinz Schier

1984 Entwicklung des Auslandsgeschäfts für Banken

1986 Gründung und Aufbau der deutschen B+S Banksysteme GmbH

1987 Gründung und Aufbau der B+S Banksysteme Schweiz AG

1994 Einführung der Software Treasury/Trading durch die B+S Salzburg

1997 Entwicklung Risikomanagementsoftware durch die B+S Salzburg

2000 Umfirmierung der B+S Salzburg in B+S Banksysteme Aktiengesellschaft

2003 Umzug der B+S Salzburg in das neue Bürogebäude in der Bichlfeldstraße in Salzburg

2004 Einführung eines Rechenzentrums für Banken und Sparkassen durch die B+S Salzburg

2007 Einführung von SEPA (Single European Payment Area)-konformer Software durch die B+S Salzburg

2008 Erwerb sämtlicher Anteile an der B+S Salzburg durch die Gesellschaft

2010 Umwandlung der B+S Salzburg in die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung

### 9.3 Produktbereiche und Produkte

Der Produktbereich Electronic Banking wird durch die Gesellschaft selbst bearbeitet, während die Produktbereiche Commercial Banking und Treasury/Trading und Risikomanagement durch B+S Salzburg und deren Tochtergesellschaften abgedeckt werden. Die genannten Fachbegriffe werden ergänzend im Glossar erläutert.

Die B+S Gruppe erzielt in den nachfolgend beschriebenen Produkten Einnahmen aus:

- Dem Verkauf von Softwarelizenzen, wobei durch einen solchen Verkauf eine einmalige Einnahme erzielt wird;
- Dem Abschluss von Wartungs-, Support- und Weiterentwicklungsverträgen, in denen sich die B+S Gruppe verpflichtet, die verkaufte Software zu warten und regelmäßig weiter zu entwickeln und den Kunden zu unterstützen. Durch solche War-

tungs-, Support und Weiterentwicklungsverträge erzielt die B+S Gruppe regelmäßige Einnahmen, deren Höhe typischerweise als Prozentsatz der einmaligen Lizenzgebühr berechnet wird;

- Der Bereitstellung von IT-Kapazitäten und dem Betrieb von Rechenzentren durch die B+S Gruppe, durch die ein Kunde seinen IT-Bedarf auch Hardwareseitig durch die B+S Gruppe abdecken lassen kann (ASP).

### *9.3.1 Electronic Banking*

Das Produkt der B+S "FinanceServer Java" im Produktbereich Electronic Banking ist ein hochleistungsfähiges Kommunikationssystem (Gateway). Es verarbeitet die von der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) definierten Standards HBCI+/FinTS 3.0-Nachrichten und ermöglicht eine einfache Integration der Geschäftsvorfälle in die Back End Systeme des Kreditinstitutes.

Der "FinanceServer Java" liegt als Software Development Kit (SDK) vor. Die Integration in eine bestehende Umgebung erfolgt über schlanke, klar definierte Java Schnittstellen. Dabei kann auf die mitgelieferte Standard-Implementierung dieser Schnittstellen zurückgegriffen werden.

Der "FinanceServer Java" wird mit einer bestehenden PIN/TAN-Infrastruktur oder dem B+S eigenen Produkt "TAAF" über einfache Integrationsschnittstellen verbunden. Über diese Schnittstellen wickelt das Gateway außerdem die Geschäftsvorfälle zur Verwaltung von PIN und TAN-Listen ab.

### *9.3.2 Commercial Banking*

Die Produktgruppe der B+S im Commercial Banking automatisiert die Geschäftsprozesse mittels durchgängiger Verarbeitung (Straight Through Processing, STP), die in Kombination mit Multi Channel Banking hohe Rationalisierungspotenziale eröffnet und Kosten senkt. Für die Mitarbeiter/innen der Banken wird der notwendige Freiraum für qualifizierte Beratung, Betreuung und Akquisition der Kunden und Interessenten geschaffen. Die Mandantenfähigkeit der Software eröffnet weitere Ertragssteigerung durch die Realisierung von Skaleneffekten, da jeder Kunde die Software als White-Label Lösung unter eigener Marke und eigenem Layout einsetzen kann. Eine klare Abgrenzung der Bereiche Eingabe, Verarbeitung und Ausgabe ermöglichen unterschiedliche Aufbauorganisationen und somit die zentrale und/oder dezentrale Geschäftserfassung. Das Multi Channel Banking Interface integriert die unterschiedlichsten Medien und Kanäle wie Internet, Electronic Banking, Datenträgeraustausch und Selbstbedienung.

Entscheidungen über Zahlungsart und Clearingnetz sowie deren Standards werden durch die Anwendung automatisch getroffen, wodurch aufwendige Organisationsstrukturen zur Unterscheidung von nationalem, internationalem und Euro-Zahlungsverkehr entfallen. Die Kundenbetreuung im gesamten Zahlungsverkehr wird über die Möglichkeit eines einheitlichen Ansprechpartners noch effizienter und kundenfreundlicher. Ein qualifiziertes Workflow-Management stellt die Basis für die vollautomatische Abwicklung der STP-Aufträge mit allen gängigen Clearingsystemen wie S.W.I.F.T.TM, euroSIC, EBA (Euro1, Step1, Step2), DTA, RTGSplus, TARGET, Eurogiro (ELS), SIC, ARTIS oder EMZ dar.

Klar definierbare Berechtigungsprofile ermöglichen der Revision jederzeit die Überprüfung und Gewährleistung der korrekten und lückenlosen Verarbeitung des gesamten Geschäftes. Einer optimalen Performance misst B+S Banksysteme einen besonders hohen Stellenwert bei. Um dies zu gewährleisten, können u. a. Prozessabläufe in Abhängigkeit der

Geschäftsstruktur und des Systemumfeldes vom Kunden auf die individuellen Erfordernisse jederzeit ohne Programmieraufwand sofort angepasst werden. Anforderungen wie SEPA, Geldwäsche und Integration kennzeichnen den Zahlungsverkehr von B+S Banksysteme.

Die Bereiche Kontoführung und Währungsmanagement bilden die Basis für die Verwaltung und das Management der verschiedenen Kontoarten. Daher wurde bei der Realisierung Wert auf leichte Bedienbarkeit und maximale Flexibilität gelegt.

Kontoführung und Währungsmanagement unterstützen die Bank von der Anlage der Basisdaten über die Kontobewegungen bis hin zu umfassenden Bewertungen und Statistiken sowie dem Belegwesen. Dadurch wird eine integrierte Führung der unterschiedlichen Konten für Geschäftsbereiche wie Giro- und Kontokorrentkonten, Termineinlagen, Geldanlagekonten, Konten für das Dokumentengeschäft oder Fremdwährungskonten in einer einzigen Anwendung ermöglicht.

Das Produkt B+S Währungsmanagement ist spezialisiert auf die Führung und Verwaltung von Fremdwährungskonten in allen Währungen. Die Umsetzung der unterschiedlichen am Markt gängigen Zinsrechnungsmethoden ergänzt die innovative Lösung. Durch Einbindung und Integration in unterschiedliche Corebanking-Lösungen kann das B+S Währungsmanagement als separates Modul eingesetzt und durch B+S Standardschnittstellen einfach und flexibel in das bestehende Kernbanksystem integriert bzw. angebunden werden.

Die Lösungen der B+S Banksysteme werden durch optionale Module wie Geldwäsche- / Embargoprüfung, Reklamationsmanagement und Gebührenmanagement ergänzt. Durch eine Vielzahl an Standardschnittstellen gelingt eine rasche und flexible Anbindung an alle gängigen Kernbanksysteme. Ein redundantes Vorhalten von Kunden- und Kontendaten ist deshalb nicht erforderlich.

Die langjährige Erfahrung in der Softwareentwicklung für den Finanzbereich, laufender Kontakt und Austausch mit den Kunden und Interessenten sowie eine strategische Ausrichtung auf die zukünftigen Anforderungen machen den Zahlungsverkehr zu einem modernen und leistungsfähigen Faktor im immer stärker und härter werdenden Wettbewerb zwischen den Finanzinstituten.

### *9.3.3 Treasury/ Trading*

Das B+S Handelssystem ("B+S STP-Trader") bietet eine vollintegrierte Lösung im Geld-, Devisen- und Derivatehandel für ein effizientes, den regulatorischen Anforderungen genügendes Zins- und Währungsmanagement.

Das hohe Ausmaß der Veränderung fachlicher Anforderungen an moderne Treasury-Systeme erfasst insbesondere den Bereich der derivativen Finanzinstrumente. Erfolgreiche Standardsoftware in diesem Bereich zeichnet sich durch flexible Strukturen zur integrierten Produktabwicklung aus. Neue Produkte müssen zeitnah und ohne grundlegende, zeitintensive strukturelle Änderungen der Softwareanwendung abbildbar sein (Time-to-Market). Neben der formalen Handelbarkeit (Front-Office) muss das Geschäft auch zeitgleich einer Limit- und Risikoüberwachung (Mid-Office - Produktbereich "Risikomanagement") sowie automatisierten Abwicklung (Back-Office) zugeführt werden.

Den größten Mehrwert bietet die vollautomatische und in der Praxis vielfach bereits im Einsatz befindliche Bewertung der gehandelten Finanzprodukte. Nach Abschluss eines Handelsgeschäftes erfolgt real-time die Bewertung der Einzelgeschäfte und steht somit unmittelbar dem Risikocontrolling zur Verfügung.

Der "B+S STP-Trader" optimiert außerdem den Handel mit einer Realtime-Positions-/Risikobewertung und eines End-to-End-Processing.

Es stehen die standardisierten Eingabemasken im Windows-Standard mit den gängigen Funktionen zur Verfügung. Der Abschluss von Handelsgeschäften erfolgt entweder durch die vollständige Eingabe des Kontraktes durch den Händler oder durch die Übernahme von einem externen Handelssystem über definierte B+S Standardschnittstellen. Nach Abschluss eines Handelsgeschäftes durch die Freigabe wird ein Handelsticket mit allen relevanten Geschäftsinformationen einschließlich der Kontrahentendaten als elektronisches Ticket erstellt oder ausgedruckt. Anweisungen an das Back-Office sowie Kommentare für die Revision können in einer eigenen Kommentarzeile vermerkt werden. Entsprechend dem Status des Geschäftes bestehen selbstverständlich Storno-, Abwicklungs- und Änderungsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Nachführung der Handelslinien und Prüfung des Preises auf Marktgerechtigkeit. Die Geschäfte können nach verschiedenen Kriterien in Büchern zusammengefasst und am Bildschirm angezeigt und ausgedruckt werden. So sind u. a. die Abschlüsse je Handelstag oder Händler wählbar.

Die Positionsführung dient der Überwachung von Positionen und Limits sowie der effizienten Unterstützung des Controllings. Alle Positionen werden realtime geführt. Zusammenhängende Geschäftspositionen (Handelsstrategie) sind gekennzeichnet. Online-Positionsanzeigen und Batch-Reporting ermöglichen umfassende Selektions-, Bewertungs- und Aggregationsmöglichkeiten nach verschiedenen Kriterien. Die Bewertung der Positionen kann nach Mittelkursen oder aus Glattstellungs- bzw. Wiederbeschaffungssicht erfolgen. Der "B+S STP-Trader" ist über online-Schnittstellen an das Risikomanagement (z.B. "B+S RISKMAN®") und die verfügbaren B+S-Back-Office-Anwendungen für Devisenhandel, Geldhandel und Derivate angebunden.

### *9.3.4 Risikomanagement*

Mit dem Produkt "B+S RISKMAN®" stellt die B+S Gruppe ihren Kunden ein Instrument für die Ermittlung der Risikofaktoren im Handel und auf Gesamtbankebene zur Verfügung. Auch die täglich erforderlichen Eigenmittel gemäß den Vorschriften der jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden werden berücksichtigt.

Die plattformunabhängige Risikomanagement-Anwendung "B+S RISKMAN®" liefert Daten für ein automatisiertes Meldewesen und für das Risikocontrolling, ergänzt um ein Realtime-Limitsystem.

Neben der Messung der Risiken für die interne Bankensteuerung werden mit dem Produkt auch die Eigenmittel- sowie Meldeanforderungen der Bankenaufsicht, z.B.

- Basel II
- 2. BWG-Novelle
- Richtlinien zur Eigenmittelunterlegung von Marktrisiken (REM-EBK)
- Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

erfüllt bzw. unterstützt. Änderungen und Neuerungen der Regelwerke werden aktiv von der B+S Gruppe umgesetzt.

"B+S RISKMAN®" ist in ein zentrales Data-Warehouse integriert, daher werden Risikopositionen und Limitausnutzungen transparent dargestellt. Alle Positionen und Geschäfte werden "mark-to-market" bewertet; alle Risikopositionen werden "realtime" bewertet. Für sämtliche Portefeuilles werden online aktuelle Performance-Messungen durchgeführt. Wahlweise können laufend definierte Crash-Simulationen mitgeführt werden, womit die

permanente Prüfung von Qualität und Angemessenheit der Risikomessverfahren für das Gesamtgeschäft gewährleistet wird.

Der anzurechnende Risikobeitrag resultiert aus dem von der Aufsichtsbehörde vorgesehenen Standardverfahren. Die Ermittlung von Gesamtbankrisiko und erforderlicher Eigenmittelunterlegung erfolgt nach dem "Building Block Approach":

Die ermittelten Risiken werden online in einem Risikoinformationssystem dem Handel, der Finanzbuchhaltung, dem Risikocontrolling, dem Treasury und/ oder der Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt.

## 9.4 Markt

Die Weltwirtschaft hat sich 2010 nach der schweren globalen Konjunktur- und Finanzmarktkrise der Vorjahre zwar leicht erholt, steuert aber zur Zeit auf eine noch nicht absehbare Schuldenkrise zu. Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft als Spezialist für Bankensoftware konnte sich den Folgen der Rezession nicht gänzlich entziehen. Zwar konnten große Insolvenzen von Kreditinstituten in Europa dank staatlicher Stützung verhindert werden, jedoch brachen die Gewinne bei vielen Kreditinstituten massiv ein. Die Branche erfährt seitdem eine Verschärfung des ohnehin bestehenden erheblichen Kostendrucks.

Gleichwohl verzeichnete der Markt für die automatische Datenverarbeitung und Informationstechnik, und hier speziell der für Finanzdienstleister, aufgrund einer zwischenzeitlich eingetretenen gesamtwirtschaftlichen Erholung in Deutschland nach eigener Einschätzung der Gesellschaft ein leichtes Wachstum. Hinzu kommen Investitionen in Großprojekte wie den Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) und in die Risikomanagementsysteme von Kreditinstituten infolge gestiegener regulatorischer Anforderungen. Dennoch ist die Entwicklung des Marktes und dessen Wachstum vorsichtig zu bewerten, da nach wie vor Zusammenlegungen von Infrastrukturen in Folge von Fusionen von Banken und Rechenzentren durchgeführt werden.

Potenzielle Kunden für die B+S Gruppe sind neben Banken, Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken auch Industrieunternehmen mit umfangreicher Finanztätigkeit.

Vor allem im letzten Jahrzehnt ist der Einsatz von IT zu einem wichtigen Erfolgsfaktor für die Anbieter von Finanzdienstleistungen geworden. Finanzdienstleister werden kontinuierlich mit neuen nationalen und internationalen rechtlichen und sonstigen regulatorischen Vorgaben konfrontiert, welche die Nutzung von IT-Lösungen sinnvoll erscheinen lassen oder sogar zwingend erfordern.

Insbesondere in Deutschland führt die Konkurrenz im Bankensektor zu zunehmend höherem Kostendruck, der potenzielle Kunden der B+S Gruppe zur Nutzung von effizienten IT-Systemen drängt.

Diese Faktoren sprechen dafür, dass der Markt für die Produkte der B+S Gruppe künftig wachsen wird.

Dem steht jedoch gegenüber, dass im Bankenmarkt in der Vergangenheit, derzeit und voraussichtlich auch künftig, Konsolidierungen stattfinden werden. Diese können dazu führen, dass das Marktpotenzial für die von der B+S Gruppe angebotenen Produkte sinkt.

## 9.5 Wettbewerb

Die globale Finanzmarktkrise hat die latenten Diskussionen über die verschiedenen Geschäftsmodelle von Banken wiederholt angefacht. Doch unabhängig davon, wie die zukünftige Bankenlandschaft auch immer aussehen mag, steht bereits jetzt fest, dass die Prozess- und IT-Architekturen immer leistungsfähiger und flexibler werden müssen. Die Komplexität der IT-Landschaften in Banken ist bereits heute im Vergleich zu anderen Branchen extrem hoch und steigt weiter an. Die Gründe dafür liegen vor allem in den steigenden Geschäftsanforderungen, den zunehmenden gesetzlichen Auflagen, in der Organisation selbst und in den verfügbaren IT-Lösungen (vgl. A. T. Kearney GmbH: Kernbanksysteme für Banken kein Allheilmittel (2010)).

Während große Banken in ihren Kernbereichen überwiegend auf eigenentwickelte Individualsoftware setzen und nur für spezielle Themen auf Standardprodukte zurückgreifen, setzen kleine und mittlere Banken auch für das Kerngeschäft auf Software von kommerziellen Softwarehäusern (Core-Banking-Systeme) (vgl. Computerwoche : Zehn Core-Banking-Systeme im Vergleich (2011)). Eine Studie der Hochschule Karlsruhe vergleicht Core Banking Systeme aus Sicht der Softwareanbieter und die Sichtweise der Softwarenutzer. Es wurden die Softwareanbieter SAP, Fiducia, Kordoba, Pass Consulting Group, COR Alldata Systems GmbH, Misys, EFDIS Banken Software, Bavaria Banken Software GmbH, CSC und B+S Banksysteme Aktiengesellschaft miteinander verglichen. Im Bereich der technischen Beschreibung erhielt B+S neben SAP als einzige die Note 1,0 (auf einer Skala von 1 – 5). Auch im Bereich Allgemeine Eigenschaften des Systems konnte B+S mit der Note 1,44 überzeugen. Bei Kommunikation und Service, z.B. bei der Beurteilung der Qualität des Supports und der Reaktionszeit auf Anforderungen erzielte B+S als einziges Unternehmen sogar die Note 1,0. Aus Sicht der Softwarenutzer deckt B+S über 80% der Kundenanforderungen ab (vgl. Hochschule Karlsruhe: Marktstudie Core Banking Systeme).

Die Studie ergab darüber hinaus, dass Kreditinstitute sich in zwei Kundengruppen gliedern: die Standardsoftware- und die Komponentennutzer. Anwender von Standardsoftware suchen eine Komplettlösung aus einer Hand und damit verbunden einen Ansprechpartner, der die Verantwortung für die Lösung übernimmt. Diese Banken verfügen über wenig bis keine IT-Kompetenz. Wenn das Gesamtpaket dem Anforderungsprofil entspricht, werden auch einzelne Schwachpunkte in Kauf genommen. Im Gegensatz dazu wählen Komponentennutzer für alle Bereiche jeweils das beste Modul aus und stellen sich die Lösung selbst zusammen. Dazu ist ein bestimmtes Maß an IT-Kompetenz nötig, da die Gesamtverantwortung für die entstehende Datenverarbeitungslandschaft beim Anwender liegt. Das hat auch zur Folge, dass sich auf der Herstellerseite Universalspezialisten und Modulspezialisten gegenüberstehen, die diese beiden Kundengruppen bedienen (vgl. Computerwoche: Zehn Core-Banking-Systeme im Vergleich (2011)). B+S zählt im Bereich der Bankanwendungen zum Modulspezialisten und wird als solcher von den Kunden wahrgenommen (vgl. Computerwoche: Zehn Core-Banking-Systeme im Vergleich (2011)).

Insgesamt lässt sich sagen, dass die B+S Gruppe auf den von ihr bedienten Märkten vielfältigem Wettbewerb ausgesetzt ist. Es gibt nach Kenntnis der Gesellschaft nur wenige Wettbewerber, die alle vier Produktbereiche der B+S Gruppe (i) Electronic Banking, (ii) Commercial Banking und (iii) Treasury/Trading und (iv) Risikomanagement abdecken.

Der Wettbewerb um Kunden findet nach Einschätzung der Gesellschaft über folgende Merkmale der vertriebenen Produkte statt: Preis, Leistungsumfang, Modernität, Zukunftsfähigkeit und Sicherheit sowie Seriosität und Nachhaltigkeit. Letztere Faktoren sind auf dem Markt, auf dem die B+S Gruppe tätig ist, von größerer Bedeutung als auf anderen Märkten, weil die Kunden typischerweise die Erbringung von IT-Dienstleistungen nur solchen

Personen und Gesellschaften anvertrauen, denen sie ein besonderes Vertrauen entgegenbringen.

Flexibilität und kurze Entwicklungszyklen aufgrund der Unternehmensgröße, flacher Hierarchiestufen und hochqualifizierter Mitarbeiter generieren Wettbewerbsvorteile für die B+S Gruppe. Zudem kann die B+S Gruppe im Gegensatz zu vielen Wettbewerbern die Anwendungen bis hin zum Rechenzentrumsbetrieb aus einer Hand anbieten. Durch die Modularität und Skalierbarkeit der Produkte ist es möglich, die Software ohne Schwierigkeiten an die Kundenwünsche anzupassen.

## 9.6 Strategie

Die B+S Gruppe verfolgt drei wesentliche strategische Ziele:

- Die B+S Gruppe beabsichtigt, das Kerngeschäft in der Finanzbranche zu stärken und in anderen Branchen, in denen Unternehmen ein Treasury/Trading, Risikomanagement und Zahlungsverkehr betreiben, eine neue Geschäftsbasis aufzubauen. Die Unternehmen der B+S Gruppe werden im Markt als ein zuverlässiger, neutraler Partner in allen Segmenten der deutschsprachigen Bankorganisation wahrgenommen. So erfolgt die Zusammenarbeit sowohl mit den Gemeinschaftsrechenzentren der Volks- und Raiffeisenbanken sowie der Sparkassenorganisation als auch mit Privatbanken. Die Anbieter von Kernbanksystemen benötigen die Produkte der B+S Gruppe zur Komplettierung ihrer Angebote.
- Die Gesellschaft wird auch künftig einen Fokus auf die Produktpflege legen. Dies gewährleistet auf der einen Seite, die bestehenden, vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen und auf der anderen Seite, den bestehenden Kunden weitere Funktionalitäten anzubieten, um die Zufriedenheit mit dem eingesetzten Produkten der B+S Banksysteme zu erhöhen und Neukunden zu gewinnen.
- Das Produktportfolio wird in allen Bereichen durch eigene Entwicklungen laufend erweitert. Somit wird sichergestellt, dass die Produkte der B+S Gruppe technologisch und fachlich den Marktanforderungen gerecht werden.

Die Erschließung neuer Märkte und der Vertrieb der Produkte der B+S Gruppe in weitere Ländern werden ausschließlich über Bestandskunden bzw. bereits erfolgreich bestehenden Partnerschaften angestrebt.

## 9.7 Marketing, Vertrieb und Kunden

Vertrieb und Marketing werden durch die B+S Gruppe selbst erbracht. Die Werbung und der Vertrieb gegenüber Bestandskunden erfolgt über feste Ansprechpartner bei der B+S Gruppe selbst. Diese Ansprechpartner stehen für Kunden im Rahmen der Wartungs- und Weiterentwicklungsverträge zur Verfügung und können aufgrund ihrer guten Kenntnisse über den Geschäftsbetrieb des Kunden diesem neue, maßgeschneiderte Produktlösungen vorschlagen und ihm helfen, die internen Bankprozesse zu optimieren.

Der Vertrieb und das Marketing zur Akquisition von Neukunden erfolgt auf verschiedene Weisen. Die B+S Gruppe hat im Markt bereits einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht, so dass potenzielle Neukunden an die B+S Gruppe herantreten und Leistungsbeschreibungen oder Ausschreibungen direkt an die B+S Gruppe senden. Neukundenkontakte kommen außerdem über Referenzen von Bestandskunden und Fachveranstaltungen zustande.

Zu den Kunden der B+S Gruppe zählen Privatbanken (z.B. M.M.Warburg & Co KG, Donner & Reuschel Aktiengesellschaft, Sal.Oppenheim, ING-DiBa AG, CortalConsors S.A.,

Postbank Systems AG, VW Financial Services, Ford Bank), Sparkassen (z.B. FinanzInformatik GmbH & Co. KG, Haspa, Stadtsparkasse München), Genossenschaftsbanken (z.B. Fiducia IT AG, GAD eG), Landesbanken (z.B. SaarLB). Industrieunternehmen (z.B. Continental, Buhl Data Service GmbH, Haufe-Lexware GmbH & Co. KG) und Rechenzentren (z.B. HP - ehemals RTC.CH - in der Schweiz und ARZ in Österreich).

Die B+S Gruppe erzielt mit fünf Kunden ca. 47% ihres Gesamtumsatzes. Dabei entfallen auf den größten Kunden ca. 16%, den zweitgrößten Kunden ca. 13% und auf die drei weiteren größten Kunden je ca. 6% des Konzernumsatzes.

### 9.8 Einkauf und Lieferanten

Neben allgemeinem Büro- und Verbrauchsmaterial kauft die B+S Gruppe notwendige Softwarelizenzen und Hardware ein. Bei diesen Produkten handelt es sich grundsätzlich um Standardprodukte, die nicht an besondere Lieferanten gebunden sind.

### 9.9 Investitionen

Die B+S Gruppe investiert regelmäßig in Software, Büro- und Geschäftsausstattung sowie in das Bürogebäude in Salzburg.

In 2008 investierte die B+S Gruppe ca. EUR 2.750,00 in Büro- und Geschäftsausstattung an ihren Standorten in Österreich und Deutschland. Diese Investitionen waren eigenfinanziert.

Im ersten Halbjahr 2009 investierte die B+S Gruppe ca. EUR 37.550,00 in Software ca. EUR 8.482,00 in Büro- und Geschäftsausstattung sowie EUR 30.000,00 in das Bürogebäude in Salzburg. All diese Investitionen waren eigenfinanziert.

Im Geschäftsjahr 2009/2010 investierte die B+S Gruppe ca. EUR 118.000,00 in Software in Österreich, wovon EUR 68.116,00 fremdfinanziert waren. Des Weiteren investierte die Gesellschaft ca. EUR 355.800,00 in Büro- und Geschäftsausstattung, davon waren ca. EUR 213.325,00 fremdfinanziert.

Die Investitionen für Software im Geschäftsjahr 2010/2011 betrugen ca. EUR 14.500,00, die gänzlich eigenfinanziert waren. In Büro- und Geschäftsausstattungen investierte die B+S Gruppe im Geschäftsjahr 2010/2011 ca. EUR 50.900,00. Dieser Betrag war eigenfinanziert.

Für das laufende Geschäftsjahr bis zum Datum des Prospekts betrugen die getätigten Investitionen für Erhaltungsinvestitionen ca. EUR 14.500,00, die aus dem operativen Geschäft finanziert wurden. Die Gesellschaft hat ferner weitere Investitionen in Höhe von insgesamt bis zu EUR 10.500,00 für das weitere laufende Geschäftsjahr beschlossen. Diese weiteren Investitionen werden aus dem operativen Geschäft finanziert werden. Daneben gibt es keine laufenden Investitionen.

### 9.10 Forschung und Entwicklung

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der Gesellschaften der B+S Gruppe erfolgt durch Eigenleistungen.

Die Entwicklungsvorhaben wurden auch im Geschäftsjahr 2010/11 weiter vorangetrieben. Die anfallenden Anpassungsentwicklungen der bereits bei den Kunden eingesetzten

Produkte wurden - wie in den letzten Jahren - im Rahmen der bestehenden Wartungsverträge realisiert. Einige Produkte wurden zudem auf neue Technologien umgestellt, um die Marktfähigkeit auch für die Zukunft zu gewährleisten.

Die sich in der Wartung befindlichen Produkte werden konsequent einer strengen Return on Investment Betrachtung unterzogen und das Produktportfolio gestrafft. Teilprodukte, die keine Marktfähigkeit aufweisen, werden nicht mehr weiterentwickelt bzw. eingestellt.

Die Kosten für die Entwicklungen können im IT-Bereich naturgemäß nicht von den Forschungsaufwendungen getrennt werden. Aus diesem Grund ist eine Aktivierung in der Bilanz nicht möglich.

### 9.11 Gewerbliche Schutzrechte/Lizenzen

Die Gesellschaften der B+S Gruppe sind Inhaberinnen einer Reihe von Marken für die von ihnen vertriebenen Produkte. Die B+S Salzburg ist Inhaberin von zwei Gemeinschaftsmarken, registriert mit den Nummern 002056042 und 002055861 (Wortmarke "B+S Banksysteme" und "B+S Webintegration Services"). Des Weiteren besteht eine Bildmarke mit dem Logo der B+S Salzburg als internationale Registrierung mit der Basismarke in Österreich sowie der Erstreckung der Wirksamkeit auf Schweiz und Kroatien. Diese Marke ist unter der Nummer 766038 bei der World Intellectual Property Organization ("WIPO") registriert. Die Wortmarke "B+S Banksysteme" ist ebenfalls international (Basismarke und Erstreckung wie zuvor ausgeführt) unter der Nummer 764442 bei der WIPO registriert. Die Gesellschaft ist Inhaberin der Bildmarke "DataDesign". Das Logo der ehemaligen Firmenbezeichnung der Gesellschaft wurde im Deutschen Patent- und Markenamt unter der Registernummer 30 2008 063 162 eingetragen.

Des Weiteren ist die Gesellschaft Inhaberin der Wortmarke "DDBAC“. Diese Wortmarke ist im Deutschen Patent- und Markenamt unter der Registernummer 30 2008 065 377 eingetragen. Die DataDesign Banking Application Components (DDBAC) ist eine kompakte, leistungsfähige Komponentenbibliothek zur Online-Abwicklung von Finanzgeschäften gemäß dem DK-Standard HBCI und PIN/TAN. Basierend auf der DDBAC kann man mit einer RAD Entwicklungsumgebung, wie z.B. Microsoft Visual Basic, auf einfache Weise eine HBCI Finanzanwendung erstellen. Mit dem DataDesign HBCI Plug-in kann die DDBAC auch für Online Produkte genutzt werden. So ist die DDBAC der in Deutschland eine der meist genutzten HBCI Kernel von Anbietern kommerzieller Internet und Homebanking Produkten und die Basis für die DataDesign Produkte FinanceBrowser 3.0 und TestSuite. Die DDBAC ist bei über 2 Millionen Endanwendern im Einsatz.

Entsprechend ihrem Geschäftsbetrieb vergibt die B+S Gruppe Softwarelizenzen für die von ihr entwickelte Software an Kunden.

Die Software der B+S Gruppe ist, soweit die Voraussetzungen vorliegen, nach dem Urheberrechtsgesetz geschützt. Patente hat die Gesellschaft nicht angemeldet, da zum einen Patentschutz für Software in diesem Bereich aufgrund der erforderlichen Technizität nur schwer zu erlangen ist, zum anderen eine Patentanmeldung mit erheblichen Kosten verbunden ist und der Patentschutz aufgrund der schnellen Weiterentwicklung der Software der B+S Gruppe nur eingeschränkten Schutz bieten würde.

Für ihren eigenen Geschäftsbetrieb nutzt die B+S Gruppe Standardsoftwarelizenzen.

## 9.12 Grundbesitz und Sachanlagen

Die Gesellschaften der B+S Gruppe haben keinen Grundbesitz. Die Gesellschaft selbst hat ihre Geschäftsräume in München angemietet. Die B+S Salzburg nutzt ihr Bürogebäude Bichlfeldstraße in Salzburg aufgrund eines Immobilienleasingvertrages mit der Sparkasse Immorent Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Wien ("**Vermieter**"), vom 20. Juli 2000. Der Leasingvertrag hat eine feste Laufzeit von 15 Jahren ab Übernahme des Vertrags im 4. Quartal 2003, d. h. er kann nur außerordentlich beim Vorliegen eines wichtigen Grundes gekündigt werden. Danach ist die B+S Salzburg nach Aufforderung des Vermieters verpflichtet, das Gebäude samt Baurecht als Zubehör zu erwerben. Als Kaufpreis wurde der kalkulatorische Restwert zum Ende der festen Laufzeit festgelegt. Ein Recht auf Ankauf des Gebäudes samt Baurecht als Zubehör besteht jedoch nicht. Derzeit beträgt die halbjährlich im Voraus zu bezahlende Leasingrate, die abhängig von der Zinsentwicklung ist, netto EUR 216.856,48.

Die B+S Banksysteme Schweiz AG mit Sitz in Thun, Schweiz, hat ihre Geschäftsräume angemietet.

Die Gesellschaft ist abgesehen von mehreren geleasten Druckern und zwei geleasten PKWs Eigentümerin ihrer Sachanlagen. Wesentliche Sachanlagen der Gesellschaft sind EDV Anlagen inklusive Software und Büro- und Geschäftsausstattung.

Die B+S Salzburg hat EDV Anlagen inklusive Software bei der Hypo ImpulseMobilien Leasing GmbH, Salzburg, geleast. Es handelt sich um ein Vollamortisationsleasing. Das Eigentum verbleibt somit bis zur Zahlung der letzten Rate bei der Leasinggeberin. Die von der B+S Salzburg verwendeten bzw. ihren Dienstnehmern zur Verfügung gestellten PKWs werden ihr von ihrer Tochtergesellschaft, der B+S Banksysteme Deutschland GmbH, München, gegen Entgelt zur Verfügung gestellt. Die übrigen Sachanlagen stehen im Eigentum der B+S Salzburg.

## 9.13 Qualitätsmanagement

*Produkte*

Jedem Projekt, das in ein Produkt einfließt, ist mindestens ein Qualitätsmanager zugewiesen, der die Aktivitäten bzgl. des Qualitätsmanagements koordiniert oder auch selbst ausübt. Je nach Art- und Umfang des Projektes sind hierbei verschiedene Aufgaben zu übernehmen:

- Organisation und Durchführung von Reviews, sowohl für Dokumente als auch für Programmcodes
- Ermittlung und Dokumentation von projektbezogenen Qualitätsrichtlinien
- Definition der anzuwendenden Testmethoden
- Erstellung von Testscripts
- Durchführung von fachlichen und technischen Tests
- Erstellung von internen Freigaben
- Unterstützung bei Abnahmeprozessen

- Organisation und Durchführung des Fehlerreportings

*Management Philosophie und Geschäftsgebaren*

Die Geschäftsführungen der B+S Gruppe sind mit einer ausreichenden Anzahl an unabhängig arbeitenden Geschäftsführern aufgestellt. Zu den Verantwortlichkeiten der Gesellschaft zählt es, den Betrieb, die Kommunikation und die Überwachung der Policies und Prozeduren des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten und durch ein unabhängiges internes Kontrollsystem (Revision) periodisch prüfen zu lassen.

*Organisationsstruktur und Verantwortung*

Die Geschäftsführungen der B+S Gruppe haben den Mitarbeitern angemessene und eindeutige Verantwortung und Autorität zugewiesen um einen professionellen, reibungslosen Geschäftsbetrieb, sowie ein wirksames internes Kontrollsystem durchzuführen. Die entsprechenden Befugnisse und Verpflichtungen wurden dazu von der Geschäftsführung den einzelnen Mitarbeitern zugewiesen, im Organigramm der B+S Gruppe abgebildet und intern veröffentlicht. Die eindeutige Zuteilung der Aufgaben dient der Sicherstellung der Verantwortlichkeiten sowie zur besseren Erreichung der Geschäftsziele. Definierte und freigegebene Prozeduren und Geschäftspolitik dienen der Sicherstellung der einheitlichen und unternehmensweiten festgelegten Abarbeitung von Prozessen.

*Human Resources und Training*

Die Auswahl des Personals erfolgt unter Berücksichtigung der Geschäftsziele. Der Fokus hierbei ist auf Kompetenz, Professionalität, Verantwortungsbewusstsein und Sicherheit des Betriebs gerichtet. Die Einstellung von neuen Mitarbeitern erfolgt ausschließlich nach erfolgreichem Referenzcheck sowie erfolgter Sicherheitsüberprüfung. Der Nachweis der Kompetenz der Mitarbeiter wird u.a. durch Herstellerzertifizierungen im Zuge der Aufnahme oder bei den laufend durchgeführten Weiterbildungen der Mitarbeiter während des Jahres erreicht. Eine niedrige Fluktuationsrate ist dem Unternehmen wichtig und als klares Unternehmensziel definiert.

## 9.14 Versicherungen

Die Gesellschaften der B+S Gruppe haben eine Reihe von Versicherungen – einschließlich verschiedener Haftpflichtversicherungen und einer Ertragsausfallversicherung – zur Abdeckung der aus ihrer Geschäftstätigkeit entstehenden Risiken abgeschlossen.

Darüber hinaus besteht eine D&O-Versicherung für sämtliche Mitglieder der Leitungs- und Aufsichtsorgane der B+S Gruppe mit Ausnahme der Leitungs- und Aufsichtsorgane der B+S Banksysteme Schweiz AG (siehe hierzu Abschnitt 12.2). Die Versicherungshöchstsumme der D&O Versicherung beträgt EUR 2.000.000,00 pro Versicherungsfall und die Versicherungshöchstleistung für die kumulierten Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres ebenfalls EUR 2.000.000,00.

## 9.15 Wesentliche Verträge und Vereinbarungen

### *9.15.1 Verträge im Zusammenhang mit dem Erwerb der B+S Salzburg durch die Gesellschaft*

Die Gesellschaft hat im Jahr 2008 sämtliche Aktien an der B+S Salzburg erworben (s. nachfolgend der "**Zusammenschluss**").

In diesem Zusammenhang hat die Gesellschaft eine Reihe von Verträgen geschlossen und Maßnahmen ergriffen, zu denen die folgenden gehören.

- Die Gesellschaft hat am 24. August 2007 mit den Herren Berger und Schier ein Memorandum of Understanding geschlossen, in dem sich die Parteien über Einzelheiten des Zusammenschlusses verständigt haben (dieses Memorandum of Understanding wurde vor dem Vollzug des Zusammenschlusses aufgehoben).
- Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 2. Oktober 2007 die Erhöhung des Grundkapitals um bis zu EUR 5.930.845,00 durch Bar- und Sacheinlagen beschlossen
- Nachdem im Anschluss an diese Hauptversammlung verschiedene Aktionäre der Gesellschaft Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen gegen Beschlüsse dieser Hauptversammlung erhoben hatten, hat die Gesellschaft am 31. März 2008 mit diesen Aktionären einen gerichtlichen Vergleich geschlossen.
- Die Gesellschaft hat am 11. September 2008 mit den Herren Berger und Schier einen Vertrag geschlossen, in dem sich die Herren Berger und Schier unter anderem verpflichtet haben, unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen der Sachkapitalerhöhung (i) neue Aktien aus der Sachkapitalerhöhung zu übernehmen und zu zeichnen und (ii) ihre Aktien an der B+S Salzburg auf die Gesellschaft zu übertragen.
- Die Gesellschaft hat am 11. September 2008 mit der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, eine Mandatsvereinbarung über die bankseitige Begleitung der Durchführung der Kapitalerhöhung geschlossen.
- Die Herren Berger und Schier haben mit Einbringungs- und Abtretungsverträgen vom 30. September 2008 sämtliche von ihnen bisher gehaltenen Aktien an der B+S Salzburg auf die Gesellschaft übertragen.
- Die Durchführung der am 2. Oktober 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen in Höhe von EUR 1.502.197,00 und gegen Sacheinlagen in Höhe von EUR 3.076.924,00 wurde jeweils am 6. Oktober 2008 in das Handelsregister eingetragen.

### *9.15.2 Darlehensvereinbarung zwischen der B+S Salzburg und der Raiffeisen Landesbank*

Die B+S Salzburg verfügt über einen unbefristeten Kontokorrentrahmen bei der Salzburger Landes-Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Salzburg, bis zum Betrag von EUR 500.000,00. Des Weiteren hat der "österreichische Exportfonds" Ges.m.b.h., Wien ("**ÖEFG**") der B+S Salzburg einen Exportfonds-Rahmenkredit im Betrag von EUR 900.000,00 gewährt. Dieser wurde von der Salzburger Landes-Hypothekenbank Aktiengesellschaft gewährt. Der Zinssatz beträgt zurzeit 2,45 % p.a. Der ÖEFG ist jeweils 10 Tage vor dem 15. November und 15. Mai eines jeden Jahres ganz oder teilweise zum Rücktritt von seiner Kreditzusage berechtigt. Ein solcher Rücktritt hat automatisch die entsprechende Kündigung des Kreditvertrags durch die Salzburger Landes-Hypothekenbank Aktiengesellschaft zur Folge. Die B+S Salzburg ist jederzeit berechtigt, den Kreditvertrag zu kündigen. Dieser wurde durch Verpfändung zweier Wertpapierdepots von Herrn Berger und Herrn Schier besichert.

Bei der Salzburger Sparkasse Bank Aktiengesellschaft verfügt die B+S Salzburg außerdem über einen Kontokorrentrahmen von EUR 36.000,00.

Die Raiffeisen Landesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft hat der B+S Salzburg ein als Barvorlage bezeichnetes Darlehen in der Höhe von EUR 8 Mio. am 24. Januar 2002 gewährt. Der Darlehensvertrag wurde mündlich abgeschlossen. Das Darlehen kann jederzeit fällig gestellt werden. Der Zinssatz ist an den 3-Monats-Euribor gekoppelt. Die Verbindlichkeit ist durch die Verpfändung von Wertpapieren durch die Herren Wilhelm Berger und Heinz Schier voll besichert.

### *9.15.3 Miet- bzw. Leasingverträge bezüglich Grundstücke*

Die Gesellschaften der B+S Gruppe nutzen – wie oben beschrieben – ihre Geschäftsräume auf der Grundlage von Mietverträgen bzw. – im Fall der B+S Salzburg – aufgrund eines Leasingvertrages.

### *9.15.4 Kreditvertrag zwischen der Gesellschaft und der Raiffeisen Landesbank Oberösterreich und Bürgschaft der B+S Salzburg*

Die Gesellschaft und die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Süddeutschland, Passau, haben am 5./20. Dezember 2007 einen Kreditvertrag für Kontokorrentkredite bis zu einer Höhe von EUR 250.000,00 geschlossen. Der Zinssatz war bis zum 31. Dezember 2007 fest und anschließend variabel. Dieser Kredit wird derzeit nicht in Anspruch genommen. Die B+S Salzburg hat gegenüber der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Süddeutschland, Passau, mit Datum vom 10. Dezember 2007 eine selbstschuldnerische Bürgschaft für die Forderungen gegen die Gesellschaft aus diesem Kreditvertrag übernommen.

### *9.15.5 Wichtige Kundenverträge*

Die BV Zahlungssysteme GmbH, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Bundesverbandes Deutscher Banken hat mit B+S langfristige vertragliche Beziehungen. Gegenstand eines am 10. Januar 2011 abgeschlossenen Vertrags zwischen der B+S Banksysteme Deutschland GmbH und der BV Zahlungssysteme GmbH ist die mietweise Überlassung des Softwareprodukts "B+S Zahlungsverkehr" und dessen Anpassung an individuelle Bedürfnisse. Die BV Zahlungssysteme GmbH wird ihrerseits das angepasste Produkt im Wege des Application Service Providing (ASP) an Dritte lizenzieren. Bestandteil des Vertrags sind somit Softwarelizenzen, das Anpassen der Software-Lösung an individuelle Bedürfnisse sowie Wartung und Pflege der erstellten Software-Lösung. Dementsprechend fallen im Rahmen des Vertrags monatliche Vergütungen zugunsten der B+S Banksysteme Deutschland GmbH an. Der Vertrag hat eine unbestimmte Laufzeit und kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

Außerdem existieren mit zahlreichen Sparkassen ebenfalls langjährige Beziehungen, die bis weit in die 80er Jahre zurückreichen. Vertragspartner der Gesellschaft ist heute grundsätzlich die Finanz Informatik GmbH & Co. KG, der IT-Dienstleister der Sparkassen Finanz Gruppe. Für die Sparkassen werden bestimmte Softwareapplikationen der Gesellschaft in deren eigenen Rechenzentren betrieben und über eine gesicherte Netzanbindung zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Insoweit handelt es sich um eine dauerhafte Überlassung der Software. Es fallen jedoch laufend Wartungs- und Pflegevergütungen sowie Entgelte für das Hosting der Software im Rechenzentrum der Gesellschaft an. Der am 1. Juli 2006 in Kraft getretene Servicerahmenvertrag zwischen der B+S Banksysteme Deutschland GmbH und der Stadtsparkasse München kann grundsätzlich mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines jeden Kalenderjahres gekündigt werden. Maßgeblich für die eigentliche Laufzeit sind jedoch die Servicescheine, die vorbehaltlich einer abweichen-

den Regelung in den Serviceschein selbst ebenfalls mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden können.

Des Weiteren besteht ein Vertrag mit der Fiducia IT AG. Die vertragliche Beziehung mit der Fiducia IT AG bzw. deren Vorgängergesellschaften reicht bis mindestens 1988 zurück. Zuletzt wurden am 23. Dezember 2010 zwei Softwarewartungs- und Supportverträge für Softwareprodukte der B+S Banksysteme Deutschland GmbH sowie ein Lizenzvertrag geschlossen. Gegenstand der erstgenannten Verträge ist jeweils die Wartung, Optimierung, Anpassung und Weiterentwicklung des Produkts B+S Bankssysteme, welche sich bei Fiducia IT AG im Einsatz befindet. Durch den Lizenzvertrag erwarb die Fiducia IT AG eine Konzernlizenz. Die Wartungs- und Supportverträge sind mit einer Mindestlaufzeit bis zum 31. Dezember 2012 bzw. bis zum 31. Dezember 2013 versehen. Sie können mit einer Frist von sechs Monaten zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

Diese drei Verträge erbringen ca. 25 % des Umsatzes der B+S Gruppe.

### 9.16 Rechtsstreitigkeiten/behördliche Verfahren

Beim Landgericht Salzburg waren drei Klagen gegen die B+S Salzburg und eine Klage der B+S Salzburg gegen das ehemalige Vorstandsmitglied und den ehemaligen Großaktionär Herrn Heinz Schier anhängig.

Herr Heinz Schier hat am 29. September 2010 gegen die B+S Salzburg Klage auf Feststellung erhoben, dass seine Vorstandsbestellung bis zur erfolgten Umwandlung der B+S Salzburg in die Rechtsform einer GmbH wirksam war. Der Streitwert beträgt EUR 70.000,00. Das Prozessrisiko besteht darin, dass ihm bei erfolgreicher Klage neben der Kostenersatzpflicht auch dienstrechtliche Ansprüche bis zur ordentlichen Beendigung seiner Vorstandsbestellung zustünden, die in der nachfolgend aufgeführten Klage geltend gemacht werden.

Herr Heinz Schier hat des Weiteren am 5. Oktober 2010 Feststellungsklage gegen die erneute Auflösung des Dienstverhältnisses aus wichtigem Grund erhoben. Die erneute Auflösung des Dienstverhältnisses erfolgte, da Herr Schier sein Dienstfahrzeug nach der erstmaligen Auflösung des Dienstverhältnisses trotz entsprechender Aufforderung nicht zurückgegeben hat. Das Feststellungsinteresse aus der Auflösung des Dienstverhältnisses beträgt EUR 487.200,00. Die Klage wurde in erster Instanz abgewiesen. Das Urteil ist rechtskräftig.

In einem weiteren Verfahren hat Herr Schier am 4. November 2010 Klage gegen die B+S Salzburg auf Zahlung des Entgelts aus dem durch Entlassung aufgelösten Dienstverhältnisses erhoben. Der Streitwert beträgt derzeit EUR 260.760.37. Dieses Verfahren steht im Zusammenhang mit der oben dargestellten Feststellungsklage. Anlässlich der Abberufung als Vorstand wurde das Dienstverhältnis zwischen der B+S Salzburg und Herrn Schier mit sofortiger Wirkung zum 16. September 2010 aus wichtigem Grund aufgelöst. Sollte festgestellt werden, dass kein Entlassungsgrund vorlag, hätte Herr Schier Anspruch auf Kostenersatz und auf sämtliche dienstrechtlichen Ansprüche. Herr Schier macht Ansprüche bis 5. April 2011 (bis zur Umwandlung des B+S Salzburg in eine GmbH) und nicht bis zum Ablauf der ursprünglichen Befristung des Vorstandsvertrages gemäß AR-Bestellungsbeschluss (bis 28. August 2013) geltend. Da nach Ansicht von Herrn Schier ein Teil seiner Ansprüche (Teil der Abfertigung) noch nicht fällig ist, ist mit einer weiteren Ausdehnung des Klagebegehrens um EUR 47.680,00 zu rechnen. Exklusive Rückstellung für Verfahrenskosten wurde zum 30. Juni 2011 eine Rückstellung für diese Ansprüche von EUR 312.256,00 gebildet.

Die B+S Salzburg hat ihrerseits am 1. Oktober 2010 Klage gegen Herrn Schier auf Herausgabe des ihm überlassenen Pkws erhoben, da das Fahrzeug anlässlich der Auflösung des Dienstverhältnisses nicht zurückgegeben wurde. Der Streitwert beträgt EUR 40.000,00. Sollte die B+S Salzburg mit dem Anspruch keinen Erfolg haben, droht hier lediglich die Prozesskostenersatzpflicht.

Die noch offenen Verfahren von Herrn Schier vom 29. September 2010 und 4. November 2010 sowie die Klage der B+S Salzburg gegen Herrn Schier vom 1. Oktober 2010 wurden durch gerichtlichen Vergleich vom 11. Oktober 2011 erledigt. Der Vergleich ist rechtskräftig. Nach dem Vergleich zahlt die B+S Salzburg Herrn Schier einen Betrag von EUR 50.000,00 und übernimmt die Kosten für das Dienstfahrzeug von Herrn Schier bis zur Beendigung des Leasingvertrags. B+S Salzburg hat sich weiterhin verpflichtet, dass das Fahrzeug nach Beendigung des Leasingvertrags übertragen wird.

Die Emittentin und/oder die B+S Gruppe sind neben den oben genannten erledigten Rechtsstreitigkeiten derzeit keinen staatlichen Interventionen ausgesetzt und nicht in Verwaltungs-, Gerichts- oder Schiedsverfahren beteiligt, die sich erheblich auf die Finanzlage oder Rentabilität der Gesellschaft oder der B+S Gruppe auswirken könnten bzw. in dieser Zeit ausgewirkt haben. Derartige Verfahren sind auch nicht angedroht oder nach Kenntnis der Emittentin und/oder der B+S Gruppe zu erwarten und sind über die in den Absätzen eins bis sechs hinaus genannten Rechtsstreitigkeiten, auch in den vergangenen 12 Monaten weder anhängig gewesen noch abgeschlossen worden.

## 10. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE GESELLSCHAFT

### 10.1 Gründung, Handelsregistereintragung, Firma und Sitz

Die Gesellschaft wurde am 25. November 1992 in Deutschland als Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht unter der Firma DataDesign, Datenbanken und Systemanpassung GmbH in Deutschland gegründet und am 30. März 1993 in das Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 101 994 eingetragen. Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft hat am 10. Februar 1998 beschlossen, die Gesellschaft formwechselnd in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Diese Umwandlung wurde am 9. Juni 1998 in das Handelsregister eingetragen und damit wirksam.

Die Gesellschaft ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht mit Sitz in München. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 120849 eingetragen.

Die Firma und der kommerzielle Name der Gesellschaft lautet "B+S Banksysteme Aktiengesellschaft". Vormals firmierte die Gesellschaft unter "DataDesign Aktiengesellschaft". Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 2. Oktober 2007 beschlossen, die Firma der Gesellschaft in "B+S Banksysteme Aktiengesellschaft" zu ändern. Diese Firmenänderung wurde am 6. Oktober 2008 mit ihrer Eintragung im Handelsregister wirksam.

Die Geschäftsräume der Gesellschaft befinden sich in 80686 München, Rüdesheimer Straße 7. Die Telefonnummer dieser Geschäftsräume lautet +49 89 741 19 - 0.

### 10.2 Gegenstand des Unternehmens

Gemäß § 2 der Satzung der Gesellschaft ist Gegenstand des Unternehmens die Erstellung und Entwicklung von eigenen und fremden Programmen zur Datenver- und -bearbeitung, deren Vervielfältigung, Lizenzierung und Vertrieb sowie die Beratung von Unternehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie darf zu diesem Zweck im In- und Ausland Niederlassungen errichten, andere Unternehmen gründen, erwerben oder sich an solchen beteiligen und deren Geschäftsführung übernehmen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Dazu darf die Gesellschaft auch alle sonstigen Maßnahmen ergreifen sowie Rechtsgeschäfte vornehmen, die zur Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes notwendig oder dienlich sind. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern.

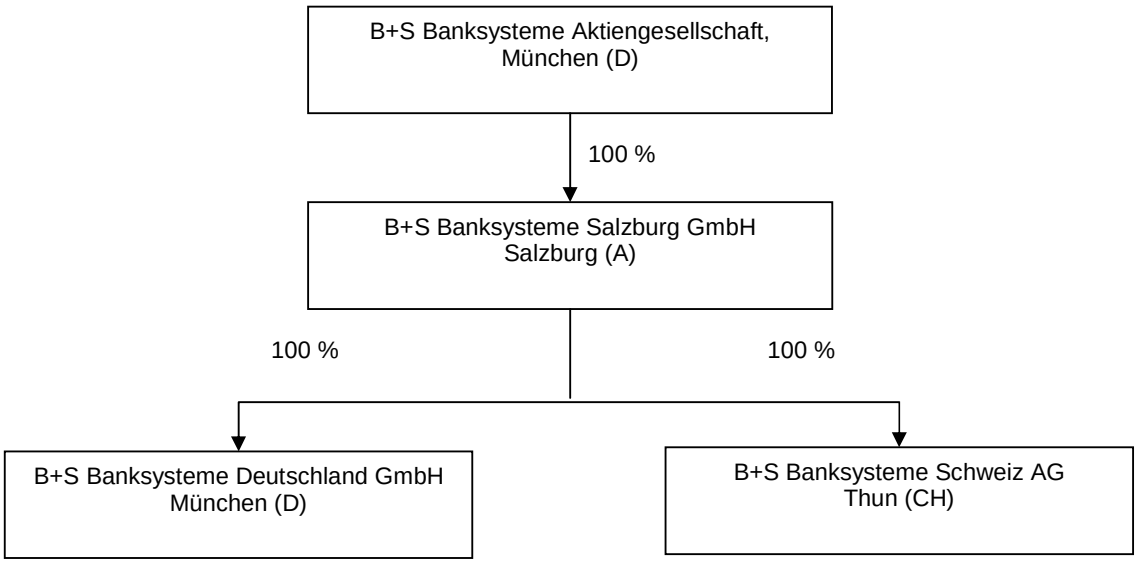
### 10.3 Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft läuft vom 1. Juli eines Kalenderjahres bis zum 30. Juni des Folgejahres. Ursprünglich war das Geschäftsjahr der Gesellschaft das Kalenderjahr. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 5. November 2008, eingetragen im Handelsregister am 10. November 2008, wurde das Geschäftsjahr der Gesellschaft mit Wirkung zum 1. Juli 2009 auf einen vom Kalenderjahr abweichenden Zeitraum umgestellt. Der Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2009 bildet daher ein Rumpfgeschäftsjahr.

Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

## 10.4 Konzernstruktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft hält sämtliche Geschäftsanteile an der B+S Banksysteme Salzburg GmbH mit Sitz in Salzburg, Österreich (nachfolgend auch **"B+S Salzburg"**). Die B+S Salzburg hält wiederum sämtliche Geschäftsanteile an der B+S Banksysteme Deutschland GmbH, München, und an der B+S Banksysteme Schweiz AG, Thun, Schweiz




### *10.4.1 Die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich*

Die Gesellschaft hält seit Durchführung der Sachkapitalerhöhung und Umwandlung der B+S Salzburg in die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) (siehe Abschnitt 11.1) sämtliche Geschäftsanteile an der B+S Salzburg. Das Stammkapital beträgt EUR 70.000,00 und ist voll eingezahlt. Die B+S Salzburg ist im Firmenbuch des Landesgerichts Salzburg, Österreich, unter FN 179725 b eingetragen.

Unternehmensgegenstand der B+S Salzburg ist die Vermittlung von Aufträgen, der allgemeine Handel mit Datenverarbeitungsanlagen und der dazugehörigen Software und deren Herstellung, die Wartung und Beratung, die Ausbildung von Bedienungspersonal, sowie die Planung und Untersuchung und Organisation von Datenverarbeitungs- und Informationssystemen.

Die Herren Wilhelm Berger und Peter Bauch sind Geschäftsführer der B+S Salzburg.

### *10.4.2 Die B+S Banksysteme Deutschland GmbH*

Die B+S Salzburg hält sämtliche Geschäftsanteile an der B+S Banksysteme Deutschland GmbH mit Sitz in München, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 183322 (nachfolgend "**B+S GmbH**").

Der Unternehmensgegenstand der B+S GmbH lautet wie folgt:

"Die Vermittlung von Aufträgen, der allgemeine Handel mit Datenverarbeitungsanlagen und der dazugehörigen Software und deren Herstellung, die Wartung der Geräte, die Ausbil-

dung von Bedienpersonal, sowie die Planung und Untersuchung von Datenverarbeitungsanlagen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen, auch zur Beteiligung an anderen Unternehmen. In diesem Rahmen liegt der Schwerpunkt des Unternehmensgegenstandes in der Entwicklung und im Vertrieb von Banksystemen (Hardware und Software für Geldinstitute)."

Im Rahmen dieses Unternehmensgegenstandes ist die B+S GmbH im Wesentlichen als Vertriebsgesellschaft für Produkte der B+S Gruppe tätig.

Das Stammkapital der B+S GmbH beträgt EUR 102.400,00. Dieses Stammkapital ist voll eingezahlt.

Die Herren Wilhelm Berger und Bernd Märzluft sind die Geschäftsführer der B+S GmbH.

#### *10.4.3 Die B+S Banksysteme Schweiz AG, Thun, Schweiz*

Die B+S Salzburg hält sämtliche Aktien an der B+S Banksysteme Schweiz AG mit Sitz in Thun, Schweiz, eingetragen im Handelsregister des Kantons Bern, Schweiz, unter CH 092.3.002.460-1 (nachfolgend "**B+S Schweiz**").

Der Zweck der B+S Schweiz laut Satzung ist die Entwicklung und Vertrieb von Software-Paketen für die operationelle Abwicklung bei Banken, sowie alle Unternehmensberatungsaufgaben wie Beratung, Schulung, Installationen etc. Sie kann sich an anderen Unternehmungen beteiligen sowie Grundstücke erwerben, halten und veräußern.

Im Rahmen dieses Zwecks ist die B+S Schweiz im Wesentlichen als Vertriebsgesellschaft für Produkte der B+S Gruppe tätig.

Das Aktienkapital der B+S Schweiz beträgt CHF 100.000,00 und ist voll eingezahlt. Es ist eingeteilt in 100 vinkulierte Namensaktien im Nennbetrag von CHF 1.000,00 je Aktie. Die B+S Salzburg hält sämtliche 100 Aktien.

Präsident des Verwaltungsrates der B+S Schweiz ist Herr Heinz Widmer. Weitere Mitglieder des Verwaltungsrates der B+S Schweiz sind Frau Marianne Widmer-Berger und Herr Wilhelm Berger.

### 10.5 Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Gesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in den Gesellschaftsblättern der Gesellschaft zu veröffentlichen sind, erfolgen gemäß der Satzung im elektronischen Bundesanzeiger.

Erklärungen oder Informationen, die nach gesetzlichen Vorschriften den Aktionären zugänglich gemacht werden müssen, werden, soweit hierfür keine bestimmte Form vorgesehen ist, auf der Internetseite der Gesellschaft eingestellt. Mitteilungen, die die Aktien betreffen, werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die im Zusammenhang mit der Billigung dieses Prospekts oder von Nachträgen dieses Prospekts stehenden Bekanntmachungen erfolgen gemäß den Regelungen des Wertapierprospektgesetzes in der für diesen Prospekt vorgesehenen Form der Veröffentlichung durch Bekanntmachung auf der Internetseite der Gesellschaft *(http://www.bs-ag.com)* und Bereithaltung von gedruckten Exemplaren bei der Gesellschaft und der Helaba.

## 10.6 Aktionärsstruktur

Die nachfolgende Tabelle stellt die wesentlichen Beteiligungen der Aktionäre am Grundkapital der B+S AG anhand der bei ihr eingegangenen Meldungen gem. §§ 21 ff WpHG dar:

| Aktionär | Aktien in Stück | Stimmrechtsanteil in% |
|---|---|---|
| Herr Wilhelm Berger | 1.562.462 | 25,16 |
| Herr Peter Bauch | 1.464.615 | 23,59 |
| COR&FJA AG | 1.352.665 | 21,78 |

Bei dem Aktienbesitz der COR&FJA AG handelt es sich dabei um den der Gesellschaft von der COR&FJA AG mitgeteilten und veröffentlichten.

Die Gesellschaft hält 80.000 eigene Aktien (1,29 %).

Herr Peter Bauch hält 429 Optionen, die ihn jeweils berechtigen, gegen eine Zahlung von EUR 24,92 eine Aktie der Gesellschaft zu erwerben. Diese Optionen verfallen am 27. Februar 2012 (siehe zu diesen Optionen Abschnitt 11.5). Weitere 2.143 Optionen mit den gleichen Umtauschbedingungen werden von einem ehemaligen Vorstandsmitglied und 8.429 Optionen von Mitarbeitern gehalten.

Die Herren Wilhelm Berger und Heinz Schier haben sich in getrennten Lock-up-Vereinbarungen gegenüber der Gesellschaft verpflichtet, jeweils 1.498.462 der von ihnen gehaltenen oben genannten Aktien während der Laufzeit der Lock-up-Vereinbarung nicht zu veräußern. Zu der Lock-up-Vereinbarung siehe Abschnitt 4.6.

Weitere Personen halten nach Kenntnis der Gesellschaft nicht direkt oder indirekt eine Beteiligung am Kapital der Gesellschaft, die nach den anwendbaren Vorschriften (§§ 21 ff. WpHG) zu melden ist.

Zu den Veräußerungsbeschränkungen der Aktionäre siehe Abschnitt *"Einschränkungen der Handelbarkeit der Zulassungsaktien ("Lock-up-Vereinbarungen")".*

## 10.7 Abschlussprüfer

Abschlussprüfer der Gesellschaft für die Konzernabschlüsse nach IFRS zum 30. Juni 2010 und 2009 sowie zum 31. Dezember 2008 und der Jahresabschlüsse nach HGB zum 30. Juni 2010 und 2009 war die AWI TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (früher: AWI Treuhand & Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft), Ernst-Reuter-Platz 4, 86150 Augsburg.

Abschlussprüfer der Gesellschaft für den Konzernabschluss nach IFRS zum 30. Juni 2011, sowie des Jahresabschlusses nach HGB zum 30. Juni 2011 war die MOORE STEPHENS TREUHAND KURPFALZ GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Rennershofstraße 8, 68163 Mannheim.

Für das Geschäftsjahr 2011/2012 soll auf der Hauptversammlung am 11. Januar 2012 die Moore Stephens Treuhand Kurpfalz GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Rennershofstraße 8, 68163 Mannheim als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der Gesellschaft bestellt werden.

Die AWI TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie die MOORE STEPHENS TREUHAND KURPFALZ GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft sind Mitglieder der Deutschen Wirtschaftsprüfungskammer.

## 11. ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER GESELLSCHAFT

Die nachfolgende Zusammenfassung enthält wesentliche Informationen über das in Aktien eingeteilte Grundkapital der Gesellschaft und dessen Entwicklung sowie über bestimmte Vorschriften des deutschen Rechts, dem die Gesellschaft und ihre Aktien unterliegen. Die Darstellung der rechtlichen Vorschriften erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und bezieht sich ausschließlich auf die bei Veröffentlichung dieses Prospekts maßgebende Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland.

### 11.1 Grundkapital und Aktien

Das im Handelsregister eingetragene Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 6.209.933,00 und ist eingeteilt in 6.209.933 auf den Inhaber lautende Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien). Auf jede Stückaktie entfällt ein anteiliger Betrag am Grundkapital von EUR 1,00. Sämtliche Aktien der Gesellschaft sind voll eingezahlt. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht. Die Aktien sind mit voller Gewinnanteilsberechtigung ausgestattet. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft wird das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Gesellschaft nach Anteilen am Grundkapital auf ihre Aktien verteilt.

Am 1. Januar 2008, dem Beginn des Zeitraums, auf den sich die historischen Finanzinformationen dieses Prospekts beziehen, betrug das Grundkapital der Gesellschaft EUR 1.630.812,00.

Aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 wurde das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 1.630.812,00 um EUR 1.502.197,00 auf EUR 3.133.009,00 gegen Bareinlagen mit Bezugsrecht der Aktionäre erhöht. Die Kapitalerhöhung wurde am 6. Oktober 2008 im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen.

In derselben Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 wurde außerdem die Erhöhung des Grundkapitals gegen Sacheinlage der von Herrn Wilhelm Berger und Heinz Schier gehaltenen gesamten Aktien an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich in Höhe von EUR 3.076.924,00 auf EUR 6.209.933,00 beschlossen. Die Kapitalerhöhung wurde ebenfalls am 6. Oktober 2008 im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen. Gezeichnet wurde die Kapitalerhöhung jeweils zur Hälfte von Herrn Wilhelm Berger und Herrn Heinz Schier.

Derzeit sind Bezugsrechte aus dem Aktienoptionsplan "Stock Option Plan 2001" 11001 Optionen an Vorstand und Mitarbeiter ausgegeben worden, die zum Bezug von Stück 11.001 Aktien bei Ausübung aller Bezugsrechte berechtigen. Aufgrund des Bezugspreises rechnet die Gesellschaft jedoch nicht mit einer Ausübung der Bezugsrechte (siehe hierzu auch Abschnitt 11.6).

### 11.2 Genehmigtes Kapital

In der Hauptversammlung am 24. Februar 2011 wurde ein Genehmigtes Kapital wie folgt geschaffen:

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 23. Februar 2016 einmal oder mehrmals um insgesamt bis zu EUR 3.104.966,00 durch die Ausgabe von bis zu 3.104.966 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2011). Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Das Bezugsrecht kann den Aktionären auch

in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem nach § 53 Abs. 1 Satz 1 oder § 53b Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 7 des Gesetzes über das Kreditwesen tätigen Unternehmen mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen sowie den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur zulässig

a) für Spitzenbeträge;

b) für Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zur Gewährung von Aktien zum Erwerb von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an Unternehmen oder zum Erwerb von Forderungen gegen die Gesellschaft oder Beteiligungsgesellschaften der Gesellschaft;

c) für Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten und zwar weder zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch zum Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung aufgrund anderer Ermächtigungen in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Bezugsrechtsausschluss veräußert oder ausgegeben wurden bzw. auszugeben sind.

Im Fall der Ausgabe neuer Aktien kann die Gewinnberechtigung abweichend von § 60 Abs. 2 AktG[2] geregelt werden.

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung von § 5 der Satzung zu ändern, soweit von der Ermächtigung zur Erhöhung des genehmigten Kapitals nach § 5 der Satzung Gebrauch gemacht wird bzw. die Ermächtigung zur Erhöhung des genehmigten Kapitals gegenstandslos wird.

### 11.3 Allgemeine Bestimmungen zur Erhöhung des Grundkapitals

Die Gesellschaft kann durch Beschluss der Hauptversammlung ihr Grundkapital erhöhen. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals sowie der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Nach dem Aktiengesetz steht jedem Aktionär grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die im Rahmen einer Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien sowie etwaige von der Gesellschaft ausgegebene Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Genussrechte oder Gewinnschuldverschreibungen zu. Bezugsrechte sind übertragbar und können in der Regel während eines festgelegten Zeitraums vor Ablauf der Bezugsfrist an den deutschen Wertpapierbörsen gehandelt werden. Die Hauptversammlung kann mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und gleichzeitiger Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals das Bezugsrecht der Aktionäre ausschließen. Der Bezugsrechtsausschluss ist grundsätzlich nur zulässig, wenn das Interesse der Gesellschaft am Ausschluss des Bezugsrechts das Interesse der Aktionäre an der Einräumung dieses Bezugsrechts überwiegt. Der Ausschluss des Bezugsrechts bei Ausgabe

[2] § 60 Abs. 2 AktG regelt die Gewinnverteilung bei unterschiedlichen Leistungen der Einlage durch die Aktionäre

neuer Aktien ist ohne weitere sachliche Rechtfertigung insbesondere dann zulässig, wenn die Gesellschaft das Kapital gegen Bareinlagen erhöht und der Betrag der Kapitalerhöhung 10% des bestehenden Grundkapitals nicht übersteigt und gleichzeitig der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG). Der Vorstand hat der Hauptversammlung einen schriftlichen Bericht über den Grund für den teilweisen oder vollständigen Ausschluss des Bezugsrechts vorzulegen, in dem insbesondere der vorgeschlagene Ausgabebetrag zu begründen ist.

### 11.4 Bedingtes Kapital

Die Satzung weist ein Bedingtes Kapital I von bis zu EUR 36.953,00 aus. Das Bedingte Kapital I dient der Gewährung von Umtauschrechten an Berechtigte von Optionsscheinen, deren Ausgabe von der Hauptversammlung am 31. August 1998 bzw. 4. September 1998 beschlossen wurde. Da die Aktienoptionen mittlerweile verfallen sind, ist das Bedingte Kapital I gegenstandslos.

Die Satzung weist weiter ein Bedingtes Kapital II von bis zu EUR 27.857,00 aus. Das Bedingte Kapital II dient der Absicherung und Einlösung von Aktienoptionen, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 9. August 2000 gemäß der Beschlussverfassung zur Implementierung des "Stock Option Plan 2000" der Gesellschaft ausgegeben wurden. Da die Aktienoptionen mittlerweile verfallen sind, kommt eine Kapitalerhöhung aus dem Bedingten Kapital II nicht mehr zum Tragen.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist weiterhin durch Beschluss der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 18. Juli 2001 um bis zu EUR 22.857,00 durch Ausgabe von bis zu 22.857 auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital III). Das bedingte Kapital dient der Absicherung und Einlösung von Aktienoptionen, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 18. Juli 2001 gemäß der Beschlussfassung zur Implementierung des "Stock Option Plan 2001" der Gesellschaft ausgegeben wurden.

Diese drei bedingten Kapitalia wurden durch verschiedene Hauptversammlungsbeschlüsse geändert. Die hierzu jeweils angegebenen Beträge geben den Stand zum Tag dieses Prospekts wieder. Einzelheiten zu den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen, für die diese drei bedingten Kapitalia geschaffen wurde, finden sich nachfolgend unter Abschnitt 11.5.Vereinbarungen, mit denen Beschäftigte der B+S Gruppe am Kapital der Gesellschaft beteiligt werden können, bestehen zum Datum der Erstellung dieses Prospekts nicht.

### 11.5 Management- und Mitarbeiterbeteiligungen

In den Jahren 1999, 2000 und 2001 wurden Management- und Mitarbeiterbeteiligungsprogramme aufgelegt (sog. Stock Options Programm 1999, Stock Option Plan 2000 und Stock Option Plan 2001). In Zusammenhang mit diesen Management- und Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen hat die Hauptversammlung der Gesellschaft jeweils beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft bedingt zu erhöhen (siehe hierzu Abschnitt 11.4). Diese Programme sehen jeweils die Ausgabe von Optionsrechten vor, aufgrund derer der jeweils Optionsberechtigte im Falle eines Umtausches seiner Optionen in Aktien der Gesellschaft den auf den Optionsschein jeweils angegebenen Betrag (ggf. zzgl. eines Aufgeldes) als Umtauschpreis zu entrichten hat.

Im Rahmen des Stock Options Programms 1999 wurden im November 1999 sowie im Januar 2000 Optionsrechte ausgegeben. Im Rahmen des Stock Option Plan 2000 wurden im Januar 2001 Optionsrechte ausgegeben. Im Rahmen des Stock Option Plans 2001 wurden im Februar 2002 Optionsrechte ausgegeben. Die Laufzeit dieser sämtlichen

Optionen beträgt jeweils längstens zehn Jahre, sodass die Optionen bis auf den Stock Option Plan 2001, die im Februar 2002 ausgegeben wurden, alle verfallen sind.

Aufgrund der Kursentwicklung der Aktien der Gesellschaft seit der Ausgabe der Optionsrechte geht die Gesellschaft davon aus, dass die Optionen vor Beendigung ihrer jeweiligen Laufzeit nicht mehr ausgeübt werden, weil es für die jeweils Optionsberechtigten voraussichtlich günstiger sein wird, Aktien über die Börse zu erwerben, als ihre Optionsrechte auszuüben. Zum 30. Juni 2011 bestanden aufgrund des Stock Option Plan 2001 noch 11.001 Optionen, die am 27. Februar 2002 ausgegeben worden. Diese Optionen berechtigen zum Umtausch in Stück 11.001 Aktien der Gesellschaft zum Umtauschpreis von EUR 24,92. Diese Optionen verfallen zum 27. Februar 2012.

### 11.6 Erwerb eigener Aktien

Die Gesellschaft hält 80.000 eigene Aktien. Diese hat sie am 1. Dezember 2008 von den Herren Berger und Schier auf Grundlage eines Vergleichs erworben. Ausgangspunkt waren verschiedene Anfechtungsklagen von Aktionären gegen die in der Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 beschlossene Bar- und Sachkapitalerhöhung (siehe dazu Abschnitt 9.2). Die Gesellschaft hatte mit den klagenden Aktionären einen Vergleich geschlossen, durch den die Anfechtungsklagen erledigt wurden und den die Herren Schier und Berger beigetreten waren und sich zur unentgeltlichen Übertragung von jeweils 40.000 von ihnen gehaltenen Aktien auf die Gesellschaft verpflichtet hatten.

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 21. April 2009 beschlossen, die Gesellschaft zum Erwerb eigener Aktien zu ermächtigen. Nach Auslaufen der Ermächtigung am 30. Juni 2010 hat die Hauptversammlung am 24. Februar 2011 erneut beschlossen, die Gesellschaft wie folgt zum Erwerb eigener Aktien zu ermächtigen:

a) Die Gesellschaft wird gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, eigene Aktien der Gesellschaft in einem Umfang von bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 23. Februar 2016.

b) Der Erwerb erfolgt über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebots.

   aa) Erfolgt der Erwerb über die Börse, so darf der von der Gesellschaft gezahlte Gegenwert je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten zehn Börsenhandelstage vor dem Erwerb der Aktien ermittelten durchschnittlichen Schlusskurs (XETRA-Handel oder vergleichbares Nachfolgesystem) für Aktien gleicher Ausstattung um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

   bb) Erfolgt der Erwerb über ein öffentliches Kaufangebot an alle Aktionäre der Gesellschaft, darf der gebotene Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den durchschnittlichen Schlusskurs an der Frankfurter Wertpapierbörse an den zehn Börsenhandelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Das Kaufangebot kann weitere Bedingungen vorsehen.

c) Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Gesellschaft unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes durch Angebot an alle Aktionäre oder über die Börse wieder zu veräußern.

d) Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Gesellschaft,

aa) Dritten im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen, beim Erwerb von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder Unternehmensteilen sowie beim Erwerb von Forderungen gegen die Gesellschaft als Gegenleistung anzubieten;

bb) an Dritte zu veräußern. Der Preis, zu dem die Aktien der Gesellschaft an Dritte abgegeben werden, darf den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreiten. Macht die Gesellschaft von dieser Ermächtigung Gebrauch, ist der Ausschluss des Bezugsrechts aufgrund anderer Ermächtigungen nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG zu berücksichtigen;

cc) einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung. Die Aktien können auch im vereinfachten Verfahren ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen rechnerischen Betrages der übrigen Stückaktien am Grundkapital der Gesellschaft eingezogen werden. Die Einziehung kann auf einen Teil der erworbenen Aktien beschränkt werden.

Vorstehende Ermächtigungen, die die Verwendung der eigenen Aktien betreffen, können einmal oder mehrmals, ganz oder in Teilen, einzeln oder gemeinsam ausgeübt werden. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf eigene Aktien wird insoweit ausgeschlossen, als diese Aktien gemäß der vorstehenden Ermächtigungen unter lit. aa) und bb) verwendet werden. Der Vorstand wird die Hauptversammlung über die Gründe und den Zweck des Erwerbs eigener Aktien, über die Zahl der erworbenen Aktien und den auf sie entfallenden Betrag des Grundkapitals sowie über den Gegenwert, der für die Aktien gezahlt wurde, jeweils unterrichten.

### 11.7 Ausschluss von Minderheitsaktionären

***Aktienrechtlicher Squeeze out***

Gemäß §§ 327a ff. AktG (so genannter aktienrechtlicher Squeeze out) kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft auf Verlangen eines Aktionärs, dem Aktien der Gesellschaft in Höhe von 95 % des Grundkapitals gehören (Hauptaktionär), die Übertragung der Aktien der übrigen Aktionäre (Minderheitsaktionäre) auf den Hauptaktionär gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung beschließen.

***Verschmelzungsrechtlicher Squeeze out***

Gemäß § 62 Abs. 1, 4 UmwG in Verbindung mit §§ 327a ff. AktG kann die Hauptversammlung einer übertragenden Aktiengesellschaft auf Verlangen einer übernehmenden Aktiengesellschaft, der Aktien der Gesellschaft in Höhe von 90 % des Grundkapitals gehören (Hauptaktionär), innerhalb von drei Monaten nach Abschluss eines Verschmelzungsvertrages, die Übertragung der Aktien der übrigen Aktionäre (Minderheitsaktionäre) auf den Hauptaktionär gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung beschließen.

***Übernahmerechtlicher Squeeze out***

Nach §§ 39a ff. Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz ("**WpÜG**") (so genannter übernahmerechtlicher Squeeze out) sind dem Bieter, dem nach einem Übernahme- oder

Pflichtangebot Aktien der Zielgesellschaft in Höhe von mindestens 95 % des stimmberechtigten Grundkapitals gehören, auf seinen Antrag die übrigen stimmberechtigten Aktien gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung durch Gerichtsbeschluss zu übertragen. Ein Antrag auf Übertragung der Aktien muss innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist gestellt werden. Über den Antrag entscheidet ausschließlich das Landgericht Frankfurt am Main. Die Art der Abfindung hat der Gegenleistung des Übernahme- oder Pflichtangebots zu entsprechen. Eine Geldleistung ist stets wahlweise anzubieten.

***Eingliederung***

Nach §§ 319 ff. AktG (Eingliederung) kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft die Eingliederung der Gesellschaft in eine andere Aktiengesellschaft mit Sitz im Inland (Hauptgesellschaft) beschließen, wenn sich alle Aktien der Gesellschaft oder Aktien der Gesellschaft, auf die zusammen 95 % des Grundkapitals entfallen, in der Hand der zukünftigen Hauptgesellschaft befinden. Die ausgeschiedenen Aktionäre der eingegliederten Gesellschaft haben Anspruch auf eine angemessene Abfindung. Als Abfindung sind ihnen grundsätzlich eigene Aktien der Hauptgesellschaft zu gewähren. Werden als Abfindung Aktien der Hauptgesellschaft gewährt, so ist die Abfindung grundsätzlich als angemessen anzusehen, wenn die Aktien in dem Verhältnis gewährt werden, in dem bei einer Verschmelzung auf eine Aktie der Gesellschaft Aktien der Hauptgesellschaft zu gewähren wären, wobei Spitzenbeträge durch bare Zuzahlungen ausgeglichen werden können.

## 11.8 Anzeigepflichten für Anteilsbesitz

***Offenlegung von Beteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften***

Das Wertpapierhandelsgesetz ("**WpHG**") verpflichtet jeden Aktionär, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % oder 75 % der Stimmrechte an einer börsennotierten Aktiengesellschaft erreicht, über- oder unterschreitet, der entsprechenden Gesellschaft und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unverzüglich, spätestens innerhalb von vier Handelstagen schriftlich mitzuteilen, (i) dass er eine dieser Schwellen erreicht, über- oder unterschritten hat und (ii) über wie viele Stimmrechte er insgesamt verfügt.

Das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz verpflichtet darüber hinaus jeden Aktionär, dessen Stimmrechtsanteil 30 % der stimmberechtigten Aktien an einer börsennotierten Aktiengesellschaft erreicht oder übersteigt, diese Tatsache, einschließlich des Prozentsatzes seiner Stimmrechte, unverzüglich, spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen durch Bekanntgabe im Internet und über ein elektronisch betriebenes Informationsverbreitungssystem für Finanzinformationen zu veröffentlichen und anschließend, sofern keine Befreiung von dieser Verpflichtung erteilt wurde, ein an alle Inhaber von Stamm- und Vorzugsaktien der entsprechenden Gesellschaft gerichtetes Pflichtangebot zu unterbreiten.

Die Berechnung der Schwellenwerte erfolgt nach dem Wertpapierhandelsgesetz und dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz unter Hinzurechnung der Stimmrechte bestimmter Personen, die mit dem Aktionär verbunden sind oder mit diesem gemeinsam handeln. Versäumt es ein Aktionär, eine entsprechende Mitteilung zu machen, wird der Aktionär für die Dauer des Versäumnisses von der Ausübung der mit seinen Aktien verbundenen Rechte (einschließlich seines Stimmrechts und des Rechts zum Bezug von Dividenden) ausgeschlossen. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflichten eine gesetzlich vorgesehene Geldbuße verhängt werden und der zur Unterbreitung eines Übernahmeangebots verpflichtete Aktionär ist für die Dauer des Verstoßes zur Zahlung von Zinsen auf die geschuldete Gegenleistung an die außenstehenden Aktionäre verpflichtet.

### *Mitteilungspflichten beim Halten von Finanzinstrumenten*

Gemäß § 25 WpHG hat derjenige, der unmittelbar oder mittelbar Finanzinstrumente hält, die ihrem Inhaber das Recht verleihen, einseitig im Rahmen einer rechtlich bindenden Vereinbarung mit Stimmrechten verbundene und bereits ausgegebene Aktien eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, zu erwerben, dies bei Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der Schwellen von 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % oder 75 % der Stimmrechte unverzüglich dem Emittenten und gleichzeitig der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mitzuteilen. Eine Zusammenrechnung mit den Beteiligungen, die im Rahmen von Stimmrechtsmitteilungen angegeben werden müssen, findet statt.

### *Mitteilung von Aktiengeschäften von Personen mit Führungsaufgaben*

Das Wertpapierhandelsgesetz verpflichtet Personen, die bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft Führungsaufgaben wahrnehmen ("**Führungspersonen**"), zur Mitteilung eigener Geschäfte mit Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente, insbesondere Derivate, an die Gesellschaft und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) innerhalb von fünf Werktagen. Dies gilt auch für Personen, die mit Führungspersonen in einer engen Beziehung stehen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, eine solche Mitteilung unverzüglich nach dem Erhalt zu veröffentlichen und der BaFin die Veröffentlichung zu übersenden.

Die Pflicht besteht nicht, solange die Gesamtsumme der Geschäfte einer Führungsperson und der mit dieser Person in einer engen Beziehung stehenden Personen insgesamt einen Betrag von EUR 5.000,00 bis zum Ende des Kalenderjahres nicht erreicht.

Führungspersonen sind Mitglieder eines Leitungs-, Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans der Aktiengesellschaft sowie sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind.

Folgende Personen stehen mit einer Führungsperson in einer engen Beziehung im Sinne der gesetzlichen Regelung: Ehepartner, eingetragene Lebenspartner, unterhaltsberechtigte Kinder und andere Verwandte, die zum Zeitpunkt des meldepflichtigen Geschäfts seit mindestens einem Jahr mit der Führungsperson im selben Haushalt leben. Juristische Personen, bei denen die vorgenannten Personen Leitungsaufgaben wahrnehmen, unterliegen ebenfalls der Meldepflicht. Unter die vorstehende Regelung fallen auch solche juristischen Personen, Gesellschaften und Einrichtungen, die direkt oder indirekt von einer Führungsperson kontrolliert werden, die zugunsten einer solchen Person gegründet wurden oder deren wirtschaftliche Interessen weitgehend denen einer solchen Person entsprechen.

Bei schuldhafter Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht kann eine Geldbuße verhängt werden.

### *Mitteilungspflichten für Inhaber wesentlicher Beteiligungen*

Jeder, der die Schwelle von 10 % der Stimmrechte aus Aktien oder eine höhere Schwelle erreicht oder überschreitet, muss dem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland Herkunftsstaat ist, grundsätzlich die mit dem Erwerb der Stimmrechte verfolgten Ziele und die Herkunft der für den Erwerb verwendeten Mittel innerhalb von 20 Handelstagen nach Erreichen oder Überschreiten dieser Schwellen mitteilen, § 27a WpHG. Eine Änderung der Ziele ist innerhalb von 20 Handelstagen mitzuteilen.

## 12. ANGABEN ÜBER DIE ORGANE DER GESELLSCHAFT

### 12.1 Überblick

Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz, in der Satzung sowie in den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat geregelt.

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, der Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand sowie unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Hauptversammlung und des Aufsichtsrats. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Der Vorstand hat zu gewährleisten, dass innerhalb der Gesellschaft ein angemessenes Risikomanagement und ein internes Überwachungssystem eingerichtet und betrieben werden, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig erkannt werden können.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Der Vorstand ist gegenüber dem Aufsichtsrat berichtspflichtig. Er muss dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der strategischen Maßnahmen und über sonstige relevante, die Gesellschaft betreffende Umstände berichten. Außerdem ist dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats aus sonstigen wichtigen Anlässen zu berichten. Der Aufsichtsrat kann zudem jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Geschäftsführung zu überwachen und zu beraten. Ein Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft kann grundsätzlich nicht zugleich Vorstandsmitglied der Gesellschaft sein. Nach deutschem Aktienrecht können dem Aufsichtsrat keine Maßnahmen der Geschäftsführung übertragen werden. Die Satzung oder der Aufsichtsrat hat jedoch zu bestimmen, dass bestimmte Arten von Geschäften nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben der Gesellschaft gegenüber umfassende Treue- und Sorgfaltspflichten. Bei der Erfüllung dieser Pflichten ist ein weites Spektrum von Interessen, insbesondere der Gesellschaft, ihrer Aktionäre, ihrer Mitarbeiter, ihrer Gläubiger und der Allgemeinheit zu beachten. Der Vorstand muss insbesondere auch die Rechte der Aktionäre auf Gleichbehandlung und gleiche Information beachten.

Eventuelle Schadensersatzansprüche der Gesellschaft gegen die Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats werden grundsätzlich von der Gesellschaft selbst durchgesetzt, wobei diese bei Ansprüchen gegen Aufsichtsratsmitglieder vom Vorstand und bei Ansprüchen gegen Vorstandsmitglieder vom Aufsichtsrat vertreten wird. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen seiner Überwachungspflichten gegenüber dem Vorstand bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte das Bestehen und die Durchsetzbarkeit von Ersatzansprüchen der Gesellschaft gegen Vorstandsmitglieder zu prüfen und bei Bejahung durchzusetzen. Der Aufsichtsrat hat dabei nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs keinen eigenen Ermessensspielraum, sondern ist verpflichtet, voraussichtlich durchsetzbare Schadensersatzansprüche gegen den Vorstand geltend zu machen, es sei denn, gewichtige Gründe des Gesellschaftswohls sprechen gegen eine Geltendmachung und diese Gründe überwiegen oder sind zumindest gleichwertig mit den Gründen, die für eine Geltendmachung sprechen. Entscheidet sich das jeweilige vertretungsberechtigte Organ gegen eine An-

spruchsverfolgung, müssen Ersatzansprüche der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats geltend gemacht werden, wenn die Hauptversammlung dies mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt. Der Beschluss der Hauptversammlung ist dann von dem für die Geltendmachung des Anspruchs zuständigen Organ der Gesellschaft oder einem von der Hauptversammlung bestellten besonderen Vertreter umzusetzen. Eine Minderheit von Aktionären, deren Anteile zusammen den zehnten Teil des Grundkapitals oder einen anteiligen Betrag von EUR 1.000.000,00 erreichen, kann auch die gerichtliche Bestellung eines Vertreters zur Geltendmachung des Ersatzanspruchs auf der Grundlage des Beschlusses der Hauptversammlung beantragen.

Werden die zuständigen Organe der Gesellschaft trotz des Vorliegens von Tatsachen, die den Verdacht rechtfertigten, dass der Gesellschaft durch Unredlichkeiten oder grobe Pflichtverletzungen Schaden zugefügt wurde, nicht tätig, so können Aktionäre, deren Anteile zusammen 1% des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 100.000,00 erreichen, unter den im Gesetz festgelegten Voraussetzungen vom zuständigen Gericht zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft gegen Organmitglieder im eigenen Namen für die Gesellschaft zugelassen werden.

Die Gesellschaft kann erst drei Jahre nach Entstehen eines Anspruchs und nur dann auf Ersatzansprüche gegen Organmitglieder verzichten oder sich über sie vergleichen, wenn die Aktionäre dies in der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen und nicht eine Minderheit von Aktionären, deren Anteile zusammen den zehnten Teil des Grundkapitals erreichen, zur Niederschrift Widerspruch erhebt.

Nach deutschem Recht ist es den einzelnen Aktionären (oder anderen Personen) untersagt, ihren Einfluss auf die Gesellschaft dazu zu benutzen, ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats, einen Prokuristen oder einen Handlungsbevollmächtigten zu einer für die Gesellschaften schädlichen Handlung zu bestimmen. Aktionäre mit einem beherrschenden Einfluss dürfen ihren Einfluss nicht dazu nutzen, die Gesellschaft zu veranlassen, gegen deren Interessen zu verstoßen, es sei denn, die daraus entstehenden Nachteile werden ausgeglichen. Wer unter Verwendung seines Einflusses ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats, einen Prokuristen oder einen Handlungsbevollmächtigten dazu veranlasst, zum Schaden der Gesellschaft oder von deren Aktionären zu handeln, ist der Gesellschaft und den Aktionären zum Ersatz des ihnen daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Daneben haften in diesem Fall die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gesamtschuldnerisch, wenn sie unter Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben.

## 12.2 Vorstand

### *Einführung*

Der Vorstand der Gesellschaft kann gemäß der Satzung aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Vorstandsmitglieder und bestellt diese. Der Vorstand der Gesellschaft hat derzeit zwei Mitglieder. Der Aufsichtsrat kann ein Mitglied des Vorstands zum Vorsitzenden sowie ein weiteres Mitglied zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen, wenn mehrere Personen zu Vorstandsmitgliedern bestellt werden. Die Vorstandsmitglieder werden für höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit für jeweils bis zu weiteren fünf Jahren ist zulässig. Aus wichtigem Grund kann der Aufsichtsrat die Bestellung eines Vorstandsmitglieds vor Ablauf von dessen Amtszeit widerrufen, etwa bei grober Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder wenn die Hauptversammlung dem Vorstandsmitglied das Vertrauen entzieht, es sei denn, der Vertrauensentzug erfolgte aus offenbar unsachlichen Gründen. Von dem durch die

Bestellung eines Vorstandsmitglieds begründeten organschaftlichen Rechtsverhältnis ist der Anstellungsvertrag des Vorstandsmitglieds mit der Gesellschaft zu unterscheiden. Auch für diesen gilt eine Höchstdauer von fünf Jahren, wobei es zulässig ist, eine automatische Verlängerung des Anstellungsvertrags für den Fall vorzusehen, dass die Bestellung erneuert wird. Ansonsten gelten für das Anstellungsverhältnis und dessen Beendigung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu Dienstverhältnissen.

***Geschäftsführung und Vertretung***

Die Mitglieder des Vorstands führen die Geschäfte der Gesellschaft gemeinschaftlich und in Gesamtverantwortung (Kollegialprinzip). Sie sind daher verpflichtet, sich gegenseitig laufend über wichtige Vorgänge in den von ihnen geführten Geschäftsbereichen zu unterrichten und nach Kräften zusammenzuwirken. Die Beschlüsse des Vorstands werden gemäß Satzung und Geschäftsordnung für den Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nicht zwingend Einstimmigkeit vorsieht. Gleichwohl soll der Vorstand seine Beschlüsse gemäß der Geschäftsordnung für den Vorstand nach Möglichkeit einstimmig fassen. Unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstands sind die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder gemäß der Geschäftsordnung für den Vorstand nach einem Geschäftsverteilungsplan, der der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf, zu verteilen. Die Geschäftsordnung des Vorstands legt Maßnahmen fest, die dem Gesamtvorstand vorbehalten sind. Die Ressortzuständigkeiten gemäß der derzeitigen Geschäftsverteilung sind nachfolgend im Abschnitt *"Mitglieder des Vorstands"* dargestellt.

In der Geschäftsordnung für den Vorstand ist ferner festgelegt, dass folgende Geschäfte des Vorstands im Innenverhältnis der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen:

a) Erwerb und Veräußerung von Grundbesitz sowie Belastung eigener Grundstücke,

b) Gründung, Auflösung, Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen sowie Errichtung von Betriebstätten und Zweigniederlassungen,

c) Abschluss, Änderung und Aufhebung von Verträgen, durch die in irgendeiner Form eine Beteiligung am Ertrag der Gesellschaft gewährt wird, einschließlich Verträgen über stille Gesellschaften und partiarische Darlehen,

d) Abschluss, Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen und Verträgen nach dem Umwandlungsgesetz, Eingliederungen sowie Beschlussfassung über derartige Maßnahmen bei Beteiligungsgesellschaften,

e) sonstige Geschäfte, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft oder Risikopositionen der Gesellschaft grundlegend verändern,

f) Erteilung und Widerruf von Einzelprokuren oder Handlungsvollmachten zum gesamten Geschäftsbetrieb.

Der Aufsichtsrat ist befugt, den Kreis der zustimmungsbedürftigen Geschäfte jederzeit zu erweitern oder einzuschränken.

Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, so vertritt es die Gesellschaft allein. Der Aufsichtsrat kann bestimmen, dass einem, mehreren oder allen Vorstandsmitgliedern Einzelvertretungsbefugnis und Befreiung von den Beschränkungen des § 181, 2. Alternative BGB für den Fall der Mehrfachvertretung erteilt wird.

***Mitglieder des Vorstands***

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft sowie deren jeweilige Ressortzuständigkeit sind in der nachfolgenden Übersicht aufgeführt:

| Name | Alter | Bestellt zum | Zurzeit bestellt bis | Zuständigkeit |
|---|---|---|---|---|
| Wilhelm Berger | 61 | 28. August 2008 | 30.06.2016 | Sprecher des Vorstands, Finanz- und Rechnungswesen, Investor-Relations, Beteiligungen, Revision, Vertrieb (Controlling, Umsatzplanung, Cash Management) |
| Peter Bauch | 40 | 1. März 2007 | 30.06.2016 | Forschung und Entwicklung, Organisation und Infrastruktur, Personal und Recht, Vertrieb (Projekte und Termine), Marketing |

Der Vorstand ist unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft erreichbar.

Herr Peter Bauch, geb. 1971, wurde bei der Sitzung des Aufsichtsrats der Gesellschaft am 1. März 2007 und erneut durch Aufsichtsratsbeschluss vom 30. Juni 2011 bis 30. Juni 2016 zum Vorstand der Gesellschaft bestellt. Herr Bauch ist seit 2000 für die Gesellschaft tätig und kann auf eine langjährige Berufserfahrung als leitender Angestellter in mehreren Software-Entwicklungsfirmen, sowohl im Umfeld der Telekommunikation und als auch in der Medienbranche, zurückgreifen. Herr Bauch ist seit dem 1. Oktober 2009 Geschäftsführer der B+S Banksysteme Salzburg GmbH.

Herr Bauch hat in den letzten fünf Jahren seit dem Datum des Prospekts keine Funktion als Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäfts- oder Aufsichtsorgan oder als Partner (d. h. Gesellschafter einer Personengesellschaft) in Gesellschaften außerhalb der B+S Gruppe ausgeübt.

Herr Wilhelm Berger, geb. 1950, wurde bei der Sitzung des Aufsichtsrats der Gesellschaft am 28. August 2008 und erneut durch Aufsichtsratsbeschluss vom 30. Juni 2011 vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2016 zum Vorstand der Gesellschaft. Herr Berger war zuvor und ist weiterhin Geschäftsführer der B+S Banksysteme Salzburg GmbH, einer 100%igen Tochtergesellschaft der Gesellschaft. Weiterhin ist Herr Berger Geschäftsführer der B+S Banksysteme Deutschland GmbH, München. Herr Berger ist gelernter Bankkaufmann und kann eine langjährige EDV-Erfahrung als Organ der B+S Salzburg und als leitender Berater bei verschiedenen Unternehmen vorweisen.

Herr Berger hat in den letzten fünf Jahren seit dem Datum des Prospekts keine Funktion als Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäfts- oder Aufsichtsorgan oder als Partner (d. h. Gesellschafter einer Personengesellschaft) in Gesellschaften außerhalb der B+S Gruppe ausgeübt.

***Dienstverträge***

Die Gesellschaft hat am 30. Juni 2011 mit den Herren Bauch und Berger neue Vorstandsdienstverträge mit einer Laufzeit vom 1. Juli 2011 bis zum 30. Juni 2016 für Herrn Bauch und bis zum 30. Juni 2016 für Herrn Berger abgeschlossen. Danach beträgt das Jahres-

grundgehalt für beide Vorstände jeweils EUR 250.000,00. Die variable Vergütung, die erstmals zwei Jahre ab Unterzeichnung der neuen Dienstverträge zu zahlen ist, ist abhängig von den durchschnittlichen Konzern EBIT der vorausgegangenen Geschäftsjahre und beträgt bei einem Konzern-EBIT von über TEUR 1.501 EUR 75.000,00, einem Konzern-EBIT von TEUR 1.001 bis 1.500 EUR 50.000,00, einem Konzern-EBIT von TEUR 501 bis 1.000 EUR 25.000,00 und bei einem negativen oder einem Konzern-EBIT von bis zu TEUR 500 EUR 0. Darüber hinaus kann der Aufsichtsrat bei außerordentlichen Leistungen und Erfolgen Sonderleistungen für die Vorstände beschließen. Weiter haben diese Anspruch auf einen Dienstwagen und Zuschüsse zur Krankenkasse und Altersvorsorge.

Die in diesem Abschnitt genannten Vergütungen beziehen sich sowohl auf die Tätigkeit als Vorstände der Gesellschaft als auch Geschäftsführer der B+S Salzburg. Dabei werden die Bezüge von Herrn Berger von der B+S Salzburg bezahlt und je nach Tätigkeitsanfall an die Gesellschaft verrechnet. Die Bezüge von Herrn Bauch werden je nach Tätigkeit teilweise von der Gesellschaft und teilweise von B+S Salzburg bezahlt. Für den Fall, dass ein Aktionär 30 % oder mehr an der Gesellschaft erwirbt, bestehen Kündigungsrechte für die Vorstände unter – abhängig von der Restlaufzeit der Vorstandsdienstverträge – (teilweiser) Fortzahlung von Bezügen.

***Vergütung, Aktienbesitz, Kreditbeziehungen, Sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte***

*Vergütung*

Die Höhe der gezahlten Vergütung (einschließlich etwaiger erfolgsgebundener oder nachträglicher Vergütung) und Sachleistungen, die den Mitgliedern der Geschäftsleitung für ihre Dienste gegenüber der Gesellschaft und ihren Tochtergesellschaften in der Zeit vom 1. Juli 2010 bis zum 30. Juni 2011 gezahlt worden sind, beträgt:

| Name | Bezüge |
|---|---|
| Peter Bauch | EUR 288.276,29 |
| Wilhelm Berger | EUR 262.953,62 |
| Heinz Schier | EUR 47.408,82 |

Für Pensionszusagen gegenüber Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft wurden bei der Gesellschaft und ihren Tochtergesellschaften zum 30. Juni 2009 keine Pensionsrückstellungen gebildet. Es bestehen vorbehaltlich des folgenden Absatzes gegenwärtig keinerlei Pensionszusagen der Gesellschaft oder ihrer Tochtergesellschaften gegenüber Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft.

Die B+S Salzburg muss nach zwingendem österreichischem Recht ihren Mitarbeitern (einschließlich Vorständen) bei Beendigung ihres Arbeits- bzw. Anstellungsverhältnisses unter bestimmten Umständen eine sog. Abfertigung zahlen. Hierfür hat die B+S Salzburg Abfertigungsrückstellungen gebildet. Die Höhe der Abfertigungsrückstellung beträgt zum 30. Juni 2011 für Herrn Berger EUR 186.557,38 und für Herrn Schier EUR 183.243,72. Der von der B+S Salzburg bestrittene Anspruch von Herrn Schier wurde zwischenzeitlich durch gerichtlichen Vergleich vom 11. Oktober 2011 in Höhe eines Anspruchs von Herrn Schier von EUR 50.000,00 rechtskräftig festgestellt. Der Betrag wurde bereits an Herrn Schier ausgezahlt(siehe Abschnitt 9.16).

Die Gesellschaft hat mit Wirkung ab dem 1. Januar 2009 eine sog. D&O-Versicherung für die Organe der Gesellschaften der B+S Gruppe, mit Ausnahme der B+S Banksysteme Schweiz AG, abgeschlossen. Diese D&O-Versicherung hat eine Laufzeit von drei Jahren und verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn sie nicht drei Monate vor Ende der jeweiligen Laufzeit gekündigt wird. Die D&O-Versicherung sieht den gesetzlichen Selbstbehalt (gemäß § 93 Abs. 2 S. 3 AktG mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds) vor und hat eine Haftungshöchstsumme von EUR 2 Mio. pro Haftungsfall und pro Jahr insgesamt.

*Aktienbesitz der Vorstandsmitglieder*

Zum Datum des Prospekts halten Herr Wilhelm Berger Stück 1.562.462 und Herr Peter Bauch Stück 1.464.615 Aktien der Gesellschaft, siehe Abschnitt 10.6.

*Kreditbeziehungen, Sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte*

Kreditbeziehungen zwischen der Gesellschaft und den Mitgliedern des Vorstands bestehen nicht. Da die Vorstandsmitglieder unmittelbar Aktien der Gesellschaft halten, besteht neben ihrer Organstellung ein besonderes Interesse aus diesem Aktienbesitz. Im Übrigen bestehen derzeit keine potentiellen Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstands und deren Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft einerseits und deren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits. Es bestehen keine Dienstleistungsverträge zwischen Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft und der Gesellschaft, die bei Beendigung dieses Dienstverhältnisses Vergünstigungen vorsehen.

Im Übrigen waren in den letzten fünf Jahren keine Mitglieder des Vorstands Organmitglied oder Mitglied des Managements eines Unternehmens, über dessen Vermögen eine Insolvenz, eine Insolvenzverwaltung oder Liquidation durchgeführt wurde oder war Gegenstand von irgendwelchen öffentlichen Anschuldigungen oder Sanktionen seitens gesetzlicher Behörden oder Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbände). Kein Mitglied des Vorstands der Gesellschaft ist in den letzten fünf Jahren wegen betrügerischer Straftaten schuldig gesprochen worden. Kein Mitglied des Vorstands wurde von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgan einer emittierenden Gesellschaft oder für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Emittenten als untauglich angesehen.

Verwandtschaftliche Beziehungen zwischen einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern oder Mitgliedern des oberen Managements bestehen nicht.

## 12.3 Aufsichtsrat

### *Einführung*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß der Satzung der Gesellschaft aus drei Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden durch die Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wird keine kürzere Amtszeit bestimmt, endet das Amt der Aufsichtsratsmitglieder mit Beendigung der Hauptversammlung, die über ihre Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn ihrer Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Nach Ablauf ihrer Amtszeit können Aufsichtsratsmitglieder wiedergewählt werden. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats kann sein Amt auch ohne wichtigen Grund unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen durch Erklärung in Textform gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dessen Stellvertreter

niederlegen. Aufsichtsratsmitglieder, die durch die Hauptversammlung ohne Bindung an einen Wahlvorschlag gewählt worden sind, können von dieser mit einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen umfasst, abberufen werden.

Gleichzeitig mit den ordentlichen Aufsichtsratsmitgliedern können für ein oder für mehrere Aufsichtsratsmitglieder Ersatzmitglieder gewählt werden. Sie werden nach einer bei der Wahl festzulegenden Reihenfolge Mitglieder des Aufsichtsrats, wenn Aufsichtsratsmitglieder, als deren Ersatzmitglieder sie gewählt wurden, vor Ablauf der Amtszeit aus dem Aufsichtsrat ausscheiden. Tritt ein Ersatzmitglied an die Stelle eines ausgeschiedenen Mitglieds, so erlischt sein Amt, falls in der nächsten Hauptversammlung nach Eintritt des Ersatzfalles eine Neuwahl für den Ausgeschiedenen mit einer Beschlussmehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen stattfindet, mit der Beendigung dieser Hauptversammlung, andernfalls mit Ablauf der restlichen Amtszeit des Ausgeschiedenen.

Der Aufsichtsrat wählt in der ersten nach seiner Wahl stattfindenden Sitzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Die Wahl erfolgt für die Amtszeit des Gewählten. Der Stellvertreter hat die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, wenn dieser verhindert ist. Scheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter vorzeitig aus dem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl für den Ausgeschiedenen vorzunehmen.

### *Aufsichtsratssitzungen und Beschlussfassung*

Der Aufsichtsrat muss zwei Sitzungen im Kalenderhalbjahr abhalten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter, beruft die Sitzungen des Aufsichtsrats mit einer Frist von grundsätzlich zwei Wochen ein. In dringenden Fällen kann die Einberufungsfrist abgekürzt werden. Die Einberufung hat die Angabe der Tagesordnung zu enthalten. Ist ein Gegenstand der Tagesordnung nicht ordnungsgemäß angekündigt worden, darf hierüber nur beschlossen werden, wenn kein anwesendes Aufsichtsratsmitglied widerspricht und alle Aufsichtsratsmitglieder anwesend sind. Im Geschäftsjahr 2011/2012 trat der Aufsichtsrat bislang zwei Mal zusammen.

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden grundsätzlich in Aufsichtsratssitzungen gefasst. Sie können auf Anordnung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats ohne Einberufung einer Sitzung auch schriftlich, fernschriftlich, telegrafisch, fernkopiert oder fernmündlich erfolgen. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder geladen sind und an der Beschlussfassung teilnehmen. Ein Mitglied nimmt auch dann an der Beschlussfassung teil, wenn es sich in der Abstimmung der Stimme enthält. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung teilnehmen, dass sie durch ein anderes Aufsichtsratsmitglied schriftliche Stimmabgaben überreichen lassen. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes bestimmt. Entsprechendes gilt auch für Wahlen. Bei Stimmengleichheit gibt bei erneuter stimmgleicher Abstimmung die Stimme des Vorsitzenden des Aufsichtsrats den Ausschlag. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist ermächtigt, im Namen des Aufsichtsrats die zur Durchführung der Beschlüsse des Aufsichtsrats erforderlichen Erklärungen abzugeben und an den Aufsichtsrat gerichtete Erklärungen in Empfang zu nehmen.

### *Rechtsstellung des Aufsichtsrats*

Der Aufsichtsrat führt seine Geschäfte nach den gesetzlichen Vorschriften, den Bestimmungen der Satzung sowie der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat mit den übrigen Organen der Gesellschaft

vertrauensvoll zusammen zu arbeiten. Die Aufsichtsratsmitglieder sind von Aufträgen und Weisungen unabhängig. Sie haben über die ihnen bei ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied bekannt werdenden Tatsachen, deren Offenbarung die Interessen der Gesellschaft beeinträchtigen könnte, Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren.

Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand, berät diesen und überwacht dessen Geschäftsführung. Er entscheidet über Fragen der Geschäftsführung, wenn die Geschäftsordnung des Vorstands oder die Satzung dafür einen Zustimmungsvorbehalt enthält oder der Vorstand dem Aufsichtsrat Geschäfte zur Zustimmung vorlegt. Auch insoweit hat der Aufsichtsrat aber weder ein Initiativ- noch ein Weisungsrecht gegenüber dem Vorstand. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat laufend Rechenschaft über die eingeschlagene Geschäftspolitik und alle vorgenommenen und unterlassenen Maßnahmen des Vorstands abzulegen. Die Aufsichtspflicht des Aufsichtsrats umfasst auch Maßnahmen des Vorstands der Gesellschaft, die sich auf die Leitung etwaiger Konzerngesellschaften beziehen. Gemäß Aktiengesetz vertritt der Aufsichtsrat die Gesellschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern. Er erteilt dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag für die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs. Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.

***Mitglieder des Aufsichtsrats***

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft, deren Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft sowie deren Tätigkeiten als Organe in anderen Unternehmen während der letzten fünf Jahre sind in der folgenden Übersicht aufgeführt.

| **Name** | **Mitglied seit** | **Weitere Tätigkeiten** |
|---|---|---|
| Prof. Dr. Herbert Kofler (Vorsitzender des Aufsichtsrats) | 5. November 2008 | Bis zum 28. Februar 2011 Universitätsprofessor, seither Pensionär |
| | | Vorsitzender des Aufsichtsrates der IMMOFINANZ AG, Wien, Österreich |
| | | Aufsichtsrat der Kärntner Sparkasse AG, Klagenfurt, Österreich |
| | | Aufsichtsrat der Privatstiftung Kärntner Sparkasse AG, Klagenfurt, Österreich |
| | | Aufsichtsrat der redstars.data.com AG, Wien, Österreich |
| | | Aufsichtsrat der Wirtschaftstreuhänder-Akademie GmbH, Wien, Österreich |
| | | Bis 2007 Generalrat der österreichischen Nationalbank |
| | | Bis 2007 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Austria Wirtschaftsservice GmbH, Wien |
| | | Bis 2008 Aufsichtsrat der FUTURELAB GmbH |
| | | Bis 2009 Vorsitzender des Aufsichtsrats der IMBEA AG, Wien |
| | | Bis 2009 Aufsichtsrat der IMMOEAST AG, |

| | | |
|---|---|---|
| | | Wien |
| Hon. Prof. Dr. Bertl (Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats) | Gerichtlich bestellt zum 7. März 2011[3] | Wirtschaftsprüfer und Steuerberater<br>Aufsichtsrat der Spänglerbank AG, Salzburg, Österreich<br>Bis Mitte 2011 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wiesner-Hager Möbel GmbH, Altheim, Österreich<br>Bis März 2007 Partner der KPMG Treuhand AG, Österreich |
| Dr. Werner Steinwender | 5. November 2008 | Rechtsanwalt<br>Bis 2010 geschäftsführender Anwalt der Steinwender, Mahringer Rechtsanwälte GmbH, Salzburg, Österreich |
| Dr. Manfred Seyfried | 5. November 2008<br>Amt niedergelegt am 24. Februar 2011 | Unternehmensberater |

Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2013 beschließt.

Verwandtschaftliche Beziehungen zwischen einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern oder Mitgliedern des oberen Managements bestehen nicht.

*Prof. Dr. Herbert Kofler*, Jahrgang 1949, nahm nach Beendigung seines Studiums 1973 eine Assistentenstelle an der Johannes Kepler Universität, Linz, am Institut für Revisions-, Treuhand- und Rechnungswesen an. Er promovierte 1977 zum Dr. rer. soc. oec. und hat nach einer zweijährigen Tätigkeit bei einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei 1982 seine Fachprüfung für Steuerberater abgelegt. 1984 habilitierte er für Betriebswirtschaftslehre und war ab 1986 als Professor für betriebliches Finanz- und Steuerwesen an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Klagenfurt, Österreich tätig. 2010 schied er als Universitätsprofessor und Leiter der Abteilung für Betriebliches Finanz- und Steuerwesen der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt aus. Prof. Dr. Kofler ist unter der Anschrift Georg-Bucher-Gasse 10, 9073 Klagenfurt, Österreich, erreichbar.

*Hon. Prof. Mag. Dr. Bertl,* Jahrgang 1951, nahm nach Beendigung seines Studiums der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Linz 1972 seine berufliche Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater bei der KPMG Treuhand AG, Österreich auf. Dort schied er zum 31. März 2007 als Partner aus und ist seither selbstständiger Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Seine Anschrift lautet Waldmoosgasse 17, 5201 Seekirchen, Österreich.

*Herr Dr. Werner Steinwender*, Jahrgang 1945, hat nach seinem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Graz und nach Absolvierung der Gerichtspraxis 1971 eine Tätigkeit bei der Anwaltskanzlei Dr. Georg Tyrolt in Salzburg aufgenommen. Von 1976 an

[3] Die gerichtliche Bestellung erfolgte als Ersatz für Herrn Dr. Manfred Seyfried nach Niederlegung seines Aufsichtsratsmandates am 24. Februar 2011 auf Antrag des Vorstandes der Gesellschaft gemäß § 104 Abs. 1 AktG.

war er als selbständiger Anwalt tätig und ab 2005 bis 2010 geschäftsführender Anwalt der Steinwender, Mahringer Rechtsanwälte GmbH, Salzburg, Österreich. Hier war er unter anderem mit den Spezialgebieten Vertrags- und Wettbewerbsrecht, Musterschutz sowie Produkthaftung tätig. Er ist erreichbar unter Mahringer Steinwender Bestebner Rechtsanwälte, Markus Sittikus Straße 5, 5020 Salzburg, Österreich.

Herr Dr. Manfred Seyfried ist selbstständiger Unternehmensberater mit den Schwerpunkten Unternehmenskäufe und –verkäufe sowie Finanzierungsstrukturen. Seine Geschäftsanschrift lautet Steinlestraße 6, 60596 Frankfurt am Main. Dr. Seyfried war stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats.

### *Ausschüsse des Aufsichtsrats*

Der Aufsichtsrat hat derzeit keine Ausschüsse gebildet.

### *Vergütung, Aktienbesitz, Sonstige Rechtsbeziehungen*

*Vergütung*

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten neben dem Ersatz ihrer Auslagen (einschließlich der auf die Aufsichtsratstätigkeit etwa anfallenden Umsatzsteuer) eine feste jährliche Vergütung von EUR 10.000,00 nach § 15 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages. In Ausnahmefällen ist es möglich, die Gesamtvergütung durch Aufsichtsratsbeschluss, bedingt durch arbeitsintensive Aufgabenbereiche einzelner Aufsichtsratsmitglieder, abweichend zu verteilen. Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrates bleibt auch in diesem Fall begrenzt auf EUR 40.000,00.

Die Gesellschaft hat mit Wirkung ab dem 1. Januar 2009 eine sog. D&O-Versicherung für die Organe der Gesellschaften der B+S Gruppe, mit Ausnahme der B+S Banksysteme Schweiz AG, abgeschlossen. Diese D&O-Versicherung hat eine Laufzeit von drei Jahren und verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn sie nicht drei Monate vor Ende der jeweiligen Laufzeit gekündigt wird. Die D&O-Versicherung sieht keinen Selbstbehalt vor und hat eine Haftungshöchstsumme von EUR 2 Mio. pro Haftungsfall und pro Jahr insgesamt.

Für Pensionszusagen gegenüber Mitgliedern des Aufsichtsrates der Gesellschaft wurden bei der Gesellschaft und ihren Tochtergesellschaften zum 30. Juni 2009 keine Pensionsrückstellungen gebildet. Es bestehen gegenwärtig keinerlei Pensionszusagen der Gesellschaft oder ihrer Tochtergesellschaften gegenüber Mitgliedern des Aufsichtsrates der Gesellschaft**.**

Zwischen der Gesellschaft und einem oder mehreren Mitgliedern des Aufsichtsrats bestehen weder Dienstleistungsverträge, die bei Beendigung des jeweiligen Dienstleistungsverhältnisses Vergünstigungen vorsehen noch sonstige Rechtsbeziehungen außerhalb des von der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelten Aufsichtsratsmandaten.

Keines der Aufsichtsratsmitglieder hält Aktien an der Gesellschaft.

Die Gesellschaft hat ihren Aufsichtsratsmitgliedern keine Kredite gewährt.

Nach Kenntnis der Gesellschaft bestehen keine potenziellen Interessenkonflikte von Mitgliedern des Aufsichtsrats in Bezug auf ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft einerseits und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits.

Kein Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft war Organmitglied oder Mitglied des Managements eines Unternehmens, über dessen Vermögen eine Insolvenz, eine Insolvenzverwaltung oder Liquidation durchgeführt wurde. Kein Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft ist in den letzten fünf Jahren wegen betrügerischer Straftaten schuldig gesprochen worden oder war Gegenstand von irgendwelchen öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen seitens gesetzlicher Behörden oder Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbände). Kein Mitglied des Aufsichtsrats wurde jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgan einer emittierenden Gesellschaft oder für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Emittenten als untauglich angesehen.

## 12.4 Hauptversammlung

### *Einführung*

Die Hauptversammlung ist das Organ, in dem die Aktionäre ihre Rechte innerhalb der Gesellschaft wahrnehmen können. Die Hauptversammlung findet gemäß der Satzung der Gesellschaft am Sitz der Gesellschaft, in einer Gemeinde im Umkreis von 30 km vom Flughafen München oder einem anderen Ort in der Bundesrepublik Deutschland mit mehr als 100.000 Einwohnern statt. Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate eines Geschäftsjahres statt. Im Übrigen ist sie, abgesehen von den durch Gesetz und Satzung bestimmten Fällen, einzuberufen, wenn es das Wohl der Gesellschaft erfordert. Die Hauptversammlung kann durch den Vorstand oder in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen durch den Aufsichtsrat einberufen werden. Darüber hinaus können Aktionäre, deren Anteile zusammen mindestens 5% des Grundkapitals der Gesellschaft ausmachen, die Einberufung der Hauptversammlung verlangen oder unter bestimmten Voraussetzungen durch das zuständige Gericht zur selbstständigen Einberufung der Hauptversammlung ermächtigt werden. Die Einberufung muss, soweit gesetzlich keine kürzere Frist zulässig ist, mindestens 30 Tage vor Ablauf der in der Satzung bestimmten Anmeldefrist unter Mitteilung der Tagesordnung bekannt gemacht werden, wobei der Tag der Bekanntmachung und der Tag des Ablaufs der Anmeldefrist nicht mitzurechnen sind. Ist gesetzlich eine kürzere Frist zulässig, gilt die gesetzliche Einberufungsfrist. Fällt das Ende der Einberufungsfrist, die vom Tag des Ablaufs der Anmeldefrist zurückzurechnen ist, auf einen Samstag (Sonnabend), Sonntag oder einen am Sitz der Gesellschaft staatlich anerkannten Feiertag, so tritt an die Stelle dieses Tages der zeitlich vorhergehende Werktag.

Die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts ist durch eine in Textform und in deutscher oder englischer Sprache erstellte Bescheinigung des depotführenden Instituts über den Anteilsbesitz nachzuweisen und richtet sich im Übrigen nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Gesellschaft ist berechtigt, bei Zweifeln an der Richtigkeit oder Echtheit des Nachweises einen geeigneten weiteren Nachweis zu verlangen. Wird dieser Nachweis nicht oder nicht in gehöriger Form erbracht, kann die Gesellschaft den Aktionär zurückweisen.

### *Beschlussfassung*

Beschlüsse der Hauptversammlung werden, sofern nicht die Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Schreibt das Aktiengesetz außerdem zur Beschlussfassung eine Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vor, so genügt, soweit gesetzlich zulässig, die einfache Mehrheit des vertretenen Grundkapitals.

Nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften bedürfen insbesondere Kapitalerhöhungen unter Ausschluss des Bezugsrechts, Kapitalherabsetzungen, die Auflösung, Umwandlung oder Verschmelzung der Gesellschaft, die Übertragung des Gesellschaftsvermögens und die Zustimmung zu Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 ff AktG einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals.

Jede Stückaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Das Stimmrecht kann durch Bevollmächtigte ausgeübt werden. Die Vollmacht ist schriftlich zu erteilen.

Jeder Aktionär hat in der Hauptversammlung ein eigenes Rede- und Fragerecht, das verschiedenen Einschränkungen, insbesondere im Hinblick auf Geheimhaltungsinteressen der Gesellschaft und auf den ordnungsgemäßen und zügigen Ablauf der Hauptversammlung, unterliegen kann. Der Versammlungsleiter ist gemäß der Satzung der Gesellschaft ermächtigt, das Rede- und Fragerecht der Aktionäre zeitlich angemessen zu beschränken. Er kann insbesondere den zeitlichen Rahmen des Versammlungsverlaufs, der Aussprache zu den Tagesordnungspunkten sowie des einzelnen Rede- und Fragebeitrags angemessen festsetzen. Unter bestimmten Voraussetzungen, die im Aktiengesetz geregelt sind, sind Aktionäre und Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats berechtigt, durch Klage beim zuständigen Landgericht Beschlüsse der Hauptversammlung unter verschiedenen rechtlichen Gesichtspunkten anzufechten oder deren Nichtigkeit gerichtlich feststellen zu lassen.

***Zuständigkeiten***

Die ordentliche Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des Bilanzgewinns der Gesellschaft und über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat für das jeweils vor der ordentlichen Hauptversammlung abgeschlossene Geschäftsjahr. Darüber hinaus wählt die ordentliche Hauptversammlung den Abschlussprüfer der Gesellschaft für das jeweils laufende Geschäftsjahr.

Die Hauptversammlung stellt den Jahresabschluss der Gesellschaft fest, sofern dies nicht durch den Vorstand und den Aufsichtsrat erfolgt. Sie wählt den Aufsichtsrat und entscheidet insbesondere über folgende weitere Fragen:

- Maßnahmen der Kapitalbeschaffung und der Kapitalherabsetzung;
- Satzungsänderungen;
- umwandlungsrechtliche Maßnahmen wie Verschmelzung, Spaltung und Rechtsformwechsel;
- Übertragung des gesamten Vermögens der Gesellschaft;
- Eingliederung einer Gesellschaft und
- Abschluss bzw. Änderung von Unternehmensverträgen (insbesondere Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag).

## 12.5 Corporate Governance Kodex und Auditausschuss

Die von der Bundesministerin für Justiz im September 2011 eingesetzte "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" hat am 26. Februar 2002 den Deutschen Corporate Governance Kodex ("**Kodex**") verabschiedet und zuletzt am 26.Mai 2010 verschiedene Änderungen des Kodex beschlossen. Der Kodex gibt Empfehlungen und Anregungen zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften. Er orientiert sich dabei an international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Der Kodex soll das deutsche Corporate

Governance System transparent und nachvollziehbar machen. Der Kodex enthält Empfehlungen (so genannte "**Soll-Vorschriften**") und Anregungen (so genannten "**Kann-Vorschriften**") zur Corporate Governance in Bezug auf Aktionäre und Hauptversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat, Transparenz, Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Der Kodex kann unter www.corporate-governance-code.de abgerufen werden.

Es besteht keine Pflicht, den Empfehlungen oder Anregungen des Kodex zu entsprechen. Das Aktienrecht verpflichtet Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft lediglich, jährlich entweder zu erklären, dass den Empfehlungen des Kodex entsprochen wurde und wird, oder zu erklären, welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden. Die Erklärung ist den Aktionären dauerhaft zugänglich zu machen. Von den im Kodex enthaltenen Anregungen kann ohne Offenlegung abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der B+S befolgen zum Datum des Prospekts die Verhaltensempfehlungen des Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit Abweichungen gemäß der Entsprechenserklärung der Gesellschaft, die wie folgt lautet:

"*München, Januar 2011*

*Vorstand und Aufsichtsrat der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft.*

*Erläuterungen zu Abweichungen von den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex auf Basis der Gliederung vom 26. Mai 2010*

***2. Aktionäre und Hauptversammlung***

***2.3 Einladung zur Hauptversammlung, Briefwahl, Stimmrechtsvertreter***

*2.3.1 (…) Die Einberufung sowie die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichts und der Formulare für eine Briefwahl sind auf der Internetseite der Gesellschaft zusammen mit der Tagesordnung zu veröffentlichen.*

*2.3.3 Die Gesellschaft soll den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte erleichtern. Auch bei der Briefwahl und der Stimmrechtsvertretung soll die Gesellschaft die Aktionäre unterstützen. (…)*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:***

*Die Satzung der Gesellschaft sieht bislang nicht die Möglichkeit der Briefwahl vor. Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft bietet den Aktionären bereits die Möglichkeit, einen von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreter mit der Ausübung des Stimmrechts zu beauftragen. Somit haben die Aktionäre bereits jetzt die Möglichkeit ihre Stimme auch vor dem Tag der Hauptversammlung abzugeben, so dass die Wahrnehmung der Aktionärsrechte durch die zusätzliche Möglichkeit einer Briefwahl im Ergebnis nicht noch weiter erleichtert würde.*

*Eine entsprechende Satzungsänderung ist für die nächste Hauptversammlung vorgesehen.*

### *3. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat*

*3.8 (…) In einer D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat soll ein entsprechender Selbstbehalt vereinbart werden.*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:***

*In der abgeschlossenen D&O-Versicherung ist für den Vorstand ein gesetzeskonformer Selbstbehalt vereinbart, Für den Aufsichtsrat wurde gesetzeskonform und aus Verhältnismäßigkeitsgründen auf einen Selbstbehalt verzichtet.*

### *4. Vorstand*

### *4.2 Zusammensetzung und Vergütung*

*4.2.2 (…) Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden sowohl die Aufgaben des einzelnen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens als auch die Üblichkeit der Vergütung unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds und der Vergütungsstruktur, die ansonsten in der Gesellschaft gilt.*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:***

*Derzeit werden bei der Vorstandsvergütung die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens nicht berücksichtigt. Da die beiden Vorstände gleichzeitig wesentliche Aktionäre sind, ist über diese Beteiligung die Koppelung an die längerfristigen positiven bzw. negativen Entwicklungen gegeben.*

*4.2.3 (…)Der Aufsichtsrat hat dafür zu sorgen, dass variable Vergütungsteile grundsätzlich eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben. Sowohl positiven als auch negativen Entwicklungen soll bei der Ausgestaltung der variablen Vergütungsteile Rechnung getragen werden. Sämtliche Vergütungsteile müssen für sich und insgesamt angemessen sein und dürfen insbesondere nicht zum Eingehen unangemessener Risiken verleiten.*

*Als variable Vergütungsteile kommen z.B. auf das Unternehmen bezogene aktien- oder kennzahlenbasierte Vergütungselemente in Betracht. Sie sollten auf anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter bezogen sein. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter soll ausgeschlossen sein. Für außerordentliche Entwicklungen hat der Aufsichtsrat grundsätzlich eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) zu vereinbaren.*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:***

*Der variable Bestandteil der Vergütung der Vorstände beruht zur Zeit auf einer einjährigen Bemessungsgrundlage. Da die beiden Vorstände gleichzeitig wesentliche Aktionäre sind, ist über diese Beteiligung die Koppelung an die längerfristigen positiven bzw. negativen Entwicklungen gegeben. Aus diesem Grund ist auch keine Begrenzung für außerordentliche Entwicklungen vereinbart worden.*

*Ein Abfindungs-Cap ist nicht vorgesehen. Die bestehenden Regelungen in den Vorstandsverträgen entsprechen aus Sicht des Aufsichtsrats jedoch dem Gebot der Angemessenheit, so dass keine Notwendigkeit zur Änderung gesehen wird. Die Vereinbarung eines Abfindungs-Cap widerspricht auch dem Grundverständnis des regelmäßig auf die Dauer der Bestellperiode abgeschlossenen und im Grundsatz*

*nicht ordentlich kündbaren Vorstandsvertrags. Eine vorzeitige Beendigung des Anstellungsvertrags ohne wichtigen Grund setzt eine einvernehmliche Aufhebung voraus. Selbst wenn Abfindungs-Caps vereinbart sind, ist damit nicht ausgeschlossen, dass beim Ausscheiden über den Abfindungs-Cap mitverhandelt wird. Darüber hinaus könnte eine solche vorab getroffene Vereinbarung den konkreten Umständen, die später zu einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit führen und der Situation des Einzelfalls zum Zeitpunkt der Beendigung nicht hinreichend Rechnung tragen. Die Vorstandsverträge enthalten im Übrigen keine Zusagen von Abfindungszahlungen bei einem Change of Control.*

## *5 Aufsichtsrat*

### *5.1 Aufgaben und Zuständigkeiten*

*5.1.2 (…) Bei der Zusammensetzung des Vorstands soll der Aufsichtsrat auch auf Vielfalt (Diversity) achten und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen anstreben. (…) Eine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder soll festgelegt werden.*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:***

*Aufgrund der Größe der Gesellschaft und der Besetzung des Vorstandes mit zwei großen Aktionären sind zurzeit Frauen im Vorstand nicht berücksichtigt. Eine generelle Altersgrenze für Vorstandsmitglieder wurde nicht festgelegt. Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass eine starre Altersgrenze kein geeignetes Kriterium ist, anhand dessen die Eignung für eine (weitere) Vorstandstätigkeit für die Gesellschaft beurteilt werden sollte. Eine starre Altersgrenze würde den Aufsichtsrat der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft pauschal in seiner Auswahl geeigneter Vorstandsmitglieder einschränken.*

### *5.3 Bildung von Ausschüssen*

*5.3.1 Der Aufsichtsrat soll abhängig von den spezifischen Gegebenheiten des Unternehmens und der Anzahl seiner Mitglieder fachlich qualifizierte Ausschüsse bilden. Diese dienen der Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse.*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft zu 5.3 und allen weiteren Punkten, die die Bildung von Ausschüssen betreffen:***

*Aufgrund der Größe des Aufsichtsrats der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft (3 Mitglieder) sehen Vorstand und Aufsichtsrat eine Ausschussbildung derzeit nicht als sinnvoll an.*

### *5.4 Zusammensetzung und Vergütung*

*5.4.1 (…) Der Aufsichtsrat soll für seine Zusammensetzung konkrete Ziele benennen, die unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation die internationale Tätigkeit des Unternehmens, potenzielle Interessenskonflikte, eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder und Vielfalt (Diversity) berücksichtigen. Diese konkreten Ziele sollen insbesondere eine angemessene Beteiligung von Frauen vorsehen. Vorschläge des Aufsichtsrats an die zuständigen Wahlgremien sollen diese Ziele*

*berücksichtigen. Die Zielsetzung des Aufsichtsrates und der Stand der Umsetzung sollen im Corporate Governance Bericht veröffentlicht werden. (…)*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:***

*Die Zielvereinbarung wurde in der Aufsichtsratssitzung vom 03. Dezember 2010 beschlossen und wird somit erst im Corporate Governance Bericht für das Geschäftsjahr 2010/11 berücksichtigt.*

*5.4.6 Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Hauptversammlung oder in der Satzung festgelegt. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfeld der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des Unternehmens Rechnung. (…) Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten. Die erfolgsorientierte Vergütung sollte auch auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene Bestandteile enthalten. (…)*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:***

*Die Mitglieder des Aufsichtsrats der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft erhalten aufgrund der Größe der Gesellschaft derzeit eine feste Vergütung. Eine erfolgsorientierte Komponente, die die wirtschaftliche Lage und den Unternehmenserfolg berücksichtigt, ist derzeit nicht Bestandteil der Vergütung.*

***6. Transparenz***

*6.8 (…) Die Internetseite soll übersichtlich gegliedert sein. Veröffentlichungen sollten auch in englischer Sprache erfolgen.*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:***

*Derzeit ist aufgrund des Geschäftsgebietes der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft (deutschsprachiger Raum) und der Aktionärsstruktur eine Veröffentlichung in englischer Sprache nicht vorgesehen.*

***7. Rechnungslegung und Abschlussprüfung***

***7.1 Rechnungslegung***

*7.1.3 Der Corporate Governance Bericht soll konkrete Angaben über Aktienoptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme der Gesellschaft enthalten.*

***Erläuterung der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:***

*Die bestehenden Aktienoptionsprogramme werden im Anhang des Konzernjahresabschlusses detailliert erläutert. Im Corporate Governance Bericht wird darauf verwiesen."*

Die Gesellschaft hat keinen Auditausschuss.

## 13. GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN PERSONEN

Zu den nahestehenden Personen der Gesellschaft zählen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats einschließlich deren nahe Familienangehörige sowie Unternehmen, auf die die Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft oder deren nahe Familienangehörige einen maßgeblichen Einfluss ausüben können oder an denen sie einen wesentlichen Stimmrechtsanteil halten. Darüber hinaus sind nahe stehende Personen auch Unternehmen, mit denen die Gesellschaft einen Konzernverbund bildet oder an denen sie eine Beteiligung hält, die eine maßgebliche Einflussnahme auf die Geschäftspolitik des Beteiligungsunternehmens ermöglicht. Weiterhin gehören dazu die Großaktionäre der Gesellschaft einschließlich deren konzernverbundene Unternehmen.

Innerhalb des Konzernverbundes der B+S Gruppe bestehen die üblichen Geschäftsvorfälle, die alle "at arm's length", d. h. zu üblichen Marktbedingungen zwischen den Konzernunternehmen durchgeführt werden und durch Leistungsverrechnungsverträge langjährig geregelt sind. Dies betrifft vor allem die Verrechnung mit den Vertriebsgesellschaften B+S Banksysteme Deutschland GmbH und B+S Banksysteme Schweiz AG und der B+S Banksysteme Salzburg GmbH, sowie die Rechenzentrumsleistung der B+S Banksysteme Salzburg GmbH für die Gesellschaft.

Der Großaktionär und Vorstand der Gesellschaft Herr Wilhelm Berger und ein ehemaliger Großaktionär und ehemaliges Vorstandsmitglied Herr Heinz Schier haben Wertpapiere zur Besicherung einer Barvorlage in Höhe von EUR 8 Mio. und eines Exportfonds-Rahmenkredits in Höhe von EUR 900.000,00 an die jeweiligen Kreditinstitute verpfändet (siehe Abschnitt 9.15.2).

Im November 2001 haben Herr Wilhelm Berger und Herr Heinz Schier außerdem in Zusammenhang mit dem Erwerb von Anteilen des Teilkonzerns Salzburg eine Kapitalgarantie gegenüber der Gesellschaft abgegeben. Darin haben sich die beiden Großaktionäre gegenüber der Gesellschaft verpflichtet, dieser Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, wenn die Eigenkapitalquote des Teilkonzerns Salzburg unter 50 % fällt. Die Verpflichtung aus der Kapitalgarantie wird von dem ehemaligen Großaktionär und ehemaligen Vorstandsmitglied Heinz Schier allerdings bestritten.

Zwischen der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaft, der B+S Banksysteme Salzburg GmbH mit Sitz in Salzburg, Österreich, sowie deren Tochtergesellschaften, bestehen auf den Ebenen von Vorstand und Geschäftsleitung personelle Verflechtungen ("Doppelmandate"). Herr Wilhelm Berger ist sowohl Vorstand der Gesellschaft als auch Geschäftsführer der B+S Banksysteme Salzburg GmbH und der B+S Banksysteme Deutschland GmbH und Verwaltungsrat der B+S Banksysteme Schweiz AG. Herr Peter Bauch ist sowohl Vorstand der Gesellschaft als auch Geschäftsführer der B+S Banksysteme Salzburg GmbH.

Es ist daher nicht auszuschließen, dass es in Einzelfällen zu Interessenkonflikten kommen kann. Das Aktiengesetz enthält jedoch Bestimmungen, die bei personellen Verflechtungen den Schutz der betroffenen Unternehmen vor nachteiligen Auswirkungen möglicher Interessenkonflikte bezwecken.

Darüber hinaus bestehen keine potenziellen Interessenkonflikte zwischen den Verpflichtungen der Vorstandsmitglieder gegenüber der Gesellschaft und ihren privaten Interessen oder anderweitigen Verpflichtungen.

## 14. BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Der folgende Abschnitt enthält eine kurze Zusammenfassung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die für den Erwerb, das Halten und die Übertragung von Aktien von Bedeutung sein können.

Bei den nachfolgenden Ausführungen handelt es sich nicht um eine umfassende oder vollständige Darstellung sämtlicher Aspekte der deutschen Besteuerung, die für Aktionäre relevant sind oder relevant werden könnten. Grundlage dieser Zusammenfassung sind das zur Zeit der Erstellung dieses Prospekts geltende nationale deutsche Steuerrecht (gesetzliche Regelungen, Auffassung der Finanzverwaltung und finanzgerichtliche Rechtsprechung) sowie die Bestimmungen der Doppelbesteuerungsabkommen, die von der Bundesrepublik Deutschland derzeit mit anderen Staaten abgeschlossen wurden. In beiden Bereichen können sich Bestimmungen – unter Umständen auch rückwirkend – ändern. Für andere als die nachfolgend behandelten Aktionäre können abweichende Besteuerungsregeln gelten.

Potenziellen Käufern von Aktien der *B+S AG* (in diesem Abschnitt "Gesellschaft" genannt) wird dringend empfohlen, wegen der steuerlichen Folgen im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Übertragung von Aktien sowie dem bei einer gegebenenfalls möglichen Erstattung deutscher Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzuhaltenden Verfahren ihren rechtlichen und/oder steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur im Rahmen einer individuellen Beratung zu den einschlägigen rechtlichen und steuerlichen Fragen können die besonderen rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Aktionärs zutreffend berücksichtigt werden.

Die Zusammenfassung beschreibt die aktuelle Rechtslage. Auf eine mögliche Belastung mit Kirchensteuer bei natürlichen Personen wird nicht eingegangen.

### 14.1 Besteuerung der Gesellschaft

Die Gesellschaft als in Deutschland ansässige Kapitalgesellschaft unterliegt mit ihrem steuerpflichtigen Einkommen der deutschen Körperschaftsteuer. Der Satz der Körperschaftsteuer beträgt gegenwärtig 15% zuzüglich eines Solidaritätszuschlags in Höhe von gegenwärtig 5,5% auf die Körperschaftsteuerschuld (Zuschlagsteuer). Die Belastung aus Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag auf das steuerpflichtige Einkommen beträgt damit derzeit insgesamt 15,825%.

Das steuerpflichtige Einkommen der Gesellschaft leitet sich in Anwendung des Grundsatzes der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz aus dem nach den handelsbilanziellen Vorschriften ermittelten Jahresergebnis (Gewinn oder Verlust) ab. Dieses handelsrechtliche Ergebnis wird in Anwendung der einkommen- und körperschaftsteuerlichen Regelungen modifiziert und führt damit zu dem steuerpflichtigen Einkommen.

Außerdem unterliegt die Gesellschaft mit ihrem in inländischen Betriebsstätten erzielten Gewerbeertrag der Gewerbesteuer. Einen bundesweit einheitlichen Gewerbesteuersatz gibt es nicht. Vielmehr hängt die Höhe der Gewerbesteuer maßgeblich von dem durch die Gemeinde, in der die Gesellschaft jeweils Betriebsstätten unterhält, zu bestimmenden "Hebesatz" ab. Der durch die Anwendung der sog. Gewerbesteuermesszahl von 3,5% auf den Gewerbeertrag ermittelte Gewerbesteuermessbetrag wird mit diesem Hebesatz multipliziert. Hieraus ergibt sich die Gewerbesteuerbelastung. Der Gewerbesteueraufwand kann seit dem Jahr 2008 nicht mehr als Betriebsausgabe von der Bemessungsgrundlage für die Körperschaft- und Gewerbesteuer abgezogen werden. Die effektiven Gewerbesteu-

ersätze liegen regelmäßig zwischen 7% (bei einem Mindesthebesatz von 200%) und 17,15% (bei einem Hebesatz von 490% wie in München).

Insgesamt ergibt sich eine effektive Gesamtbelastung mit Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer von ca. 23% bis 33%.

Dividenden und andere Gewinnanteile, die die Gesellschaft sowohl von inländischen als auch von ausländischen Kapitalgesellschaften bezieht, sind im Ergebnis zu 95% steuerbefreit; 5% gelten pauschal als so genannte "nicht abzugsfähige Betriebsausgaben". Dieselbe Regelung gilt auch für Gewinne der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an einer in- oder ausländischen Kapitalgesellschaft. Für die Körperschaftsteuer ist diese Steuerbefreiung nicht an eine Mindestbeteiligungsquote geknüpft. Für die Gewerbesteuer gilt die Steuerbefreiung für Dividenden und andere Gewinnanteile hingegen nur, wenn die Gesellschaft an der entsprechenden inländischen Kapitalgesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums (Stichtagsbetrachtung) und an der entsprechenden ausländischen Kapitalgesellschaft unter bestimmten weiteren Voraussetzungen seit Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums ununterbrochen (Periodenbetrachtung) mindestens 15% des gezeichneten Kapitals der ausgeschütteten Gesellschaft hält (sog. "gewerbesteuerliches Schachtelprivileg"). Für Gewinnanteile, die von ausländischen Kapitalgesellschaften stammen, gelten grundsätzlich Einschränkungen.

Verluste der Gesellschaft können zunächst – nur für Zwecke der Körperschaftsteuer – bis zu einem Betrag von EUR 511.500,00 mit dem zu versteuernden Einkommen des Vorjahres verrechnet werden (sog. "Verlustrücktrag"). Danach verbleibende Verluste werden grundsätzlich zeitlich unbefristet vorgetragen. Verlustvorträge können, soweit sie den Betrag von EUR 1,0 Mio. übersteigen, für Körperschaft- und Gewerbesteuerzwecke nur mit 60% des jährlichen steuerpflichtigen Einkommens verrechnet werden. Nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge können unbefristet vorgetragen werden und mindern im Rahmen der dargestellten EUR 1,0 Mio. / 60%-Beschränkung zukünftiges steuerpflichtiges Einkommen. Allerdings kann es unter bestimmten Voraussetzungen zu einem Untergang der Verlustvorträge kommen.

Aufgrund der mit der Unternehmensteuerreform 2008 eingeführten und zwischenzeitlich gesetzlich modifizierten sogenannten Zinsschranke können Nettozinsaufwendungen (Saldo aus Zinsaufwendungen und Zinserträgen des entsprechenden Wirtschaftsjahres) von mehr als EUR 3.000.000,00, sofern keine Ausnahmetatbestände greifen, bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns grundsätzlich nur noch in Höhe von 30% des steuerlichen EBITDA abgezogen werden. Für Fremdkapitalüberlassungen durch Gesellschafter gelten zusätzliche Regelungen. Nicht abzugsfähige Zinsaufwendungen können vorgetragen und unter weiteren Voraussetzungen abgezogen werden. Nicht genutztes Zinsabzugspotenzial bis zur Ausschöpfung der 30-Prozent-Grenze des EBITDA kann in einem sog. EBITDA-Vortrag genutzt werden.

Sofern binnen fünf Jahren mehr als 50% des gezeichneten Kapitals, der Mitgliedschaftsrechte, der Beteiligungsrechte oder der Stimmrechte an der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar auf einen Erwerber oder eine diesem nahe stehende Person übertragen werden oder ein vergleichbarer Sachverhalt vorliegt (sog. schädlicher Beteiligungserwerb), gehen Zinsvorträge, nicht genutzte Verluste und ein nicht verwendeter EBITDA-Vortrag vollständig unter. Ausnahmen hiervon gibt es nur in engen Grenzen. Bis zum schädlichen Beteiligungserwerb entstandene Verluste des laufenden Wirtschaftsjahres können nicht mehr ausgeglichen werden. Übertragungen von mehr als 25% bis zu 50% lassen Verluste und nicht genutzte Verluste quotal entfallen.

## 14.2 Besteuerung der Aktionäre

Anleger der Gesellschaft erzielen als Aktionäre bzw. als Anteilseigner der B+S AG Dividenden. Sie unterliegen der Besteuerung insbesondere im Zusammenhang mit dem Halten von Anteilen (Besteuerung von Dividendeneinkünften), der Veräußerung von Anteilen (Besteuerung von Veräußerungsgewinnen) und der unentgeltlichen Übertragung von Anteilen (Erbschaft- und Schenkungsteuer).

### *Besteuerung von Dividendeneinkünften*

*Kapitalertragsteuer*

Die Gesellschaft hat grundsätzlich vom Bruttobetrag der von ihr ausgeschütteten Dividenden für Rechnung der Aktionäre eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 25% zuzüglich des Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% hierauf (insgesamt 26,375%) und gegebenenfalls Kirchensteuer einzubehalten und an das für sie zuständige Betriebstättenfinanzamt abzuführen.

Die Kapitalertragsteuer wird grundsätzlich unabhängig davon einbehalten, ob und in welchem Umfang die Dividende auf Ebene des Aktionärs steuerpflichtig ist bzw. ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt. Die Verantwortung für Einbehaltung und Abführung der vorgenannten Kapitalertragsteuer obliegt der Gesellschaft beziehungsweise wird von der Gesellschaft übernommen.

Das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren ("**OGAW-IV-Umsetzungsgesetz**") sieht vor, dass zukünftig bei Aktien, die zur Sammelverwahrung durch eine Wertpapierbank zugelassen sind und dieser zur Sammelverwahrung im Inland anvertraut wurden, bei denen eine Sonderverwahrung (Streifbandverwahrung) erfolgt oder bei denen die Erträge gegen Aushändigung der Dividendenscheine ausgezahlt oder gutgeschrieben werden, die Kapitalertragsteuer nach § 44 Abs. 1 S. 3 EStG nicht mehr durch die ausschüttende Gesellschaft einzubehalten ist. Vielmehr wird das inländische Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut, das inländische Wertpapierhandelsunternehmen oder die inländische Wertpapierhandelsbank (einschließlich inländischer Zweigstellen ausländischer Institute), welche die Anteile verwahrt oder verwaltet und die Kapitalerträge auszahlt oder gutschreibt oder die Kapitalerträge gegen Aushändigung der Dividendenscheine auszahlt oder gutschreibt oder die Kapitalerträge an eine ausländische Stelle auszahlt, oder durch die Wertpapiersammelbank, der die Anteile zur Sammelverwahrung anvertraut wurden, wenn sie die Kapitalerträge an eine ausländische Stelle auszahlt zum Einbehalt der Kapitalertragsteuer verpflichtet. Die Neuregelung ist auf Aktien der B+S AG grundsätzlich anwendbar und gilt für Dividenden, die einem Aktionär nach dem 31. Dezember 2011 zufließen. Das Gesetz ist am 25. Juni 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden.

Bei Aktionären (natürliche Personen und Körperschaften), die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind (d. h. Personen, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet), sowie bei außerhalb Deutschlands steuerpflichtigen Aktionären, die ihre Aktien im Vermögen einer Betriebsstätte in Deutschland oder in einem Betriebsvermögen halten, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf die jeweilige Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Ausnahmen können für bestimmte Aktionäre gelten, beispielsweise für Kapitalgesellschaften, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässig sind, wenn sie unter die Befreiungsregelung nach der Mutter-Tochter-Richtlinie (EU-Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990, in der derzeit gültigen Fassung) fallen. Hier wird auf Antrag und bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen (insbesondere Vorhandensein einer Mindestbeteiligung von 10%) von einer Einbehaltung der Kapitalertragsteuer gänzlich abgesehen. Dies gilt auch für Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gelegene Betriebsstätte einer solchen Muttergesellschaft oder einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Muttergesellschaft ausgeschüttet werden, sofern die Beteiligung an der Gesellschaft tatsächlich zum Betriebsvermögen dieser ausländischen Betriebsstätte gehört.

Für Ausschüttungen an im Ausland ansässige Aktionäre kann der Kapitalertragsteuersatz ermäßigt werden (in der Regel auf 15%), wenn Deutschland mit dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat, und wenn der Aktionär – wie vorstehend ausgeführt – seine Aktien weder im Vermögen einer Betriebsstätte in Deutschland noch in einem Betriebsvermögen hält, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist. Die Kapitalertragsteuerermäßigung wird in der Weise gewährt, dass die Differenz zwischen dem einbehaltenen Gesamtbetrag (einschließlich Solidaritätszuschlag) und der unter der Anwendung des einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommens geschuldeten Kapitalertragsteuer (in der Regel 15%) auf Antrag durch die deutsche Finanzverwaltung (Bundeszentralamt für Steuern, An der Küppe 1, D-53225 Bonn) erstattet wird. Formulare für das Erstattungsverfahren sind bei dem Bundeszentralamt für Steuern (http://www.bzst.bund.de) sowie bei den deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich. In Fällen einer qualifizierenden Beteiligungshöhe kann von der Einbehaltung der Kapitalertragsteuer seitens der ausschüttenden Kapitalgesellschaft abgesehen werden, wenn eine seitens des Bundeszentralamts für Steuern ausgestellte Freistellungsbescheinigung vorliegt. Ist der Aktionär eine ausländische Gesellschaft, setzt die Ermäßigung des Kapitalertragsteuersatzes bzw. die Erstattung voraus, dass die im Ausland ansässige Gesellschaft nicht unter den Anwendungsbereich der Missbrauchsvorschrift des § 50d Abs. 3 EStG fällt.

***Besteuerung von Dividendeneinkünften bei in Deutschland ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Privatvermögen halten***

Bei Aktien der Gesellschaft, die von unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen im Privatvermögen gehalten werden, unterliegen Dividenden in voller Höhe der Abgeltungssteuer, das heißt mit dem Einbehalt der Steuer gilt die Einkommensteuerschuld des Anteilseigner als abgegolten. Die erzielten Einkünfte bleiben daher im Steuerveranlagungsverfahren des Aktionärs (das heißt im Rahmen seiner Steuererklärung) unberücksichtigt. Die Abgeltungssteuer wird von der Gesellschaft bzw. ab 1. Januar 2011 nach dem OGAW-IV-Umsetzungsgesetz von der inländischen Sammelverwahrstelle (Clearstream Banking AG) im Wege des Kapitalertragsteuerabzugs für Rechnung des Aktionärs einbehalten und abgeführt. Der Abgeltungssteuersatz beträgt 25% der maßgeblichen Bruttobezüge zuzüglich Solidaritätszuschlag (insgesamt 26,375%) und gegebenenfalls Kirchensteuer. Dieser Steuersatz entspricht dem seit dem Jahr 2009 geltenden Kapitalertragsteuersatz für Dividenden. Für sämtliche Einkünfte aus Kapitalvermögen wird als Werbungskostenabzug insgesamt ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801,– für einzeln Veranlagte bzw. EUR 1.602,– für zusammen veranlagte Ehegatten pro Kalenderjahr gewährt. Der Abzug von tatsächlichen Werbungskosten (wie z.B. Depotgebühren, Finanzierungszinsen etc.) ist hingegen ausgeschlossen. Verluste aus Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen oder anderweitig genutzt werden. Die Verluste mindern aber die künftigen Einkünfte des Steuerpflichtigen aus Kapitalvermögen.

Auf Antrag des Aktionärs werden die Kapitalerträge statt mit der Abgeltungssteuer mit dem individuellen Einkommensteuersatz besteuert, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. Allerdings ist auch in diesem Fall der Werbungskostenabzug ausgeschlossen. Zudem besteht ein Veranlagungswahlrecht, wenn beispielsweise Verluste nicht im Kapitalertragsteuerverfahren berücksichtigt wurden, der Sparer-Pauschbetrag nicht im Kapitalertragsteuerverfahren vollständig berücksichtigt wurde oder ausländische Quellensteuern angerechnet werden sollen. Für die Anträge sind weitere Einzelheiten zu beachten. Liegt eine Beteiligung von mehr als 25% vor oder besteht eine Beteiligung von mindestens 1% und ist der Anteilseigner beruflich für die Gesellschaft tätig, kommt es auf Antrag zu einer Berücksichtigung der Kapitalerträge im Rahmen des Veranlagungsverfahrens. Der Werbungskostenabzug ist in diesem Falle möglich, Verluste können mit anderen Einkünften verrechnet werden.

Kapitalrückzahlungen aus dem steuerlichen Einlagekonto unterliegen beim Aktionär nicht der Dividendenbesteuerung, möglicherweise aber einer Besteuerung als Veräußerungsgewinn. Ist eine Kapitalrückzahlung nicht als Veräußerungsgewinn zu qualifizieren, ist sie nicht vom Aktionär zu versteuern. Sie unterliegt auch nicht der Quellenbesteuerung (Kapitalertragsteuer).

***Besteuerung von Dividendeneinkünften bei in Deutschland ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten***

Hält ein Aktionär die Aktien in einem Betriebsvermögen, hängt die Besteuerung davon ab, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist.

*Körperschaften*

Ist der Aktionär eine inländische Körperschaft, so sind ausgeschüttete Dividenden – vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, zum Beispiel für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen, Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds - grundsätzlich von der Körperschaftsteuer befreit. Eine Mindestbeteiligungsgrenze oder eine Mindesthaltezeit ist insoweit nicht zu beachten. Die bezogenen Dividenden sind auch von der Gewerbesteuer befreit, wenn die Körperschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war. Allerdings gelten in jedem Fall 5% der bezogenen Dividenden pauschal als steuerlich nicht abzugsfähige Betriebsausgaben, so dass effektiv 5% der Dividenden der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer unterliegen. Die bezogenen Dividenden unterliegen in voller Höhe der Gewerbesteuer, wenn die inländische Kapitalgesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums nicht zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war.

Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in Zusammenhang stehen, dürfen ohne Einschränkung vom steuerpflichtigen Gewinn der Körperschaft abgezogen werden.

*Einzelunternehmer*

Bei Einzelunternehmern (natürliche Personen), die die Aktien im Betriebsvermögen halten, gehen Dividenden nur zu 60% in die Ermittlung der steuerpflichtigen Einkünfte ein (sogenanntes "Teileinkünfteverfahren") und unterliegen dem persönlichen Einkommensteuersatz zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer. Entsprechend sind Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, lediglich zu 60% steuerlich abzugsfähig.

Außerdem unterliegen die Dividenden bei Zurechnung der Aktien zum Vermögen einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums mit mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Die Gewerbesteuer ist unter bestimmten Voraussetzungen im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommensteuerschuld des Aktionärs anrechenbar.

*Personengesellschaften*

Ist der Aktionär eine Personengesellschaft, geht die Dividende in die einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung ein und wird von dort den Gesellschaftern anteilig zugewiesen. Die Besteuerung erfolgt auf Ebene der Gesellschafter und ist davon abhängig, ob es sich bei dem jeweiligen Gesellschafter um eine natürliche Person (dann Einkommensteuer) oder um eine Körperschaft (dann Körperschaftsteuer) handelt.

Ist der Gesellschafter der Personengesellschaft eine Körperschaft und somit körperschaftsteuerpflichtig, ist die Dividende auf Ebene des Gesellschafters grundsätzlich steuerfrei, wobei 5% der Dividende jedoch als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten und somit steuerpflichtig sind (siehe oben unter "Körperschaften").

Ist der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person und somit einkommensteuerpflichtig, unterliegen lediglich 60% der Dividendenbezüge der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer auf den Betrag der Einkommensteuer) und sind Betriebsausgaben (vorbehaltlich weiterer Beschränkungen für die Abzugsfähigkeit), die mit den Dividenden in Zusammenhang stehen, lediglich zu 60% steuerlich abzugsfähig (siehe oben unter *"Einzelunternehmer").*

Außerdem unterliegen auf der Ebene einer gewerbesteuerpflichtigen Personengesellschaft Dividendenzahlungen in vollem Umfang der Gewerbesteuer, wenn die Personengesellschaft zu Beginn des Erhebungszeitraums zu weniger als 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt ist. Ist die Personengesellschaft zu Beginn des Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt, unterliegen 5% der Dividendenzahlungen der Gewerbesteuer, soweit Kapitalgesellschaften beteiligt sind. Soweit natürliche Personen beteiligt sind, unterliegen Dividendenzahlungen in diesem Fall nur zu 60% der Gewerbesteuer.

Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, ist die Gewerbesteuer unter bestimmten Voraussetzungen im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommensteuerschuld des Aktionärs anrechenbar.

***Besteuerung von Dividendeneinkünften bei im Ausland ansässigen Aktionären***

Bei in der Bundesrepublik Deutschland beschränkt steuerpflichtigen Aktionären, die ihre Aktien weder im Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland noch in einem Betriebsvermögen halten, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, gilt die Steuerschuld mit Einbehaltung der (nach einem Doppelbesteuerungsabkommen ggf. ermäßigten) Kapitalertragsteuer als abgegolten.

Ist der Aktionär eine natürliche Person und gehören die Aktien zu einem Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland oder zu einem Betriebsvermögen, für das ein im Sinne der anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommen abhängiger ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, so unterliegen 60% der Dividen-

den der deutschen Einkommensteuer zuzüglich 5,5% Solidaritätszuschlag hierauf. Gehören die Aktien zu einem gewerblichen Betriebsvermögen, unterliegen die bezogenen Dividenden nach Abzug der mit ihnen im wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben der Gewerbesteuer, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Allerdings ist die Gewerbesteuer im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens unter gewissen Voraussetzungen auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Dividendenausschüttungen an ausländische Körperschaften sind – vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen zum Beispiel für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen, Pensionsfonds, Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen – grundsätzlich von der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit, wenn die Aktien einer Betriebsstätte in Deutschland zugerechnet werden können oder durch einen ständigen Vertreter in Deutschland gehalten werden. Gehören die Aktien zu einer gewerblichen Betriebsstätte in Deutschland, unterliegen die bezogenen Dividenden der Gewerbesteuer, es sei denn, die Beteiligung betrug zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums mindestens 15% des Grundkapitals der Gesellschaft. Auch wenn die Dividende von Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer befreit ist, werden jedoch 5% der Dividenden als steuerlich nicht abziehbare Betriebsausgaben behandelt, so dass effektiv 5% der Dividenden der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) und Gewerbesteuer unterliegen. Im Übrigen können tatsächlich anfallende Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Beteiligung stehen, für körperschaft- und gewerbesteuerliche Zwecke in voller Höhe als Betriebsausgabe abgezogen werden.

Ist der Gläubiger der Kapitalerträge eine in Deutschland beschränkt steuerpflichtige Körperschaft, so werden 2/5 der Kapitalertragsteuer auf Antrag erstattet. Der Antrag ist bei dem Bundeszentralamt für Steuern zu stellen. Eine weitergehende Freistellung oder Erstattung nach einem Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung oder §43b EStG (Mutter-Tochter-Richtlinie) bleibt unberührt.

***Besteuerung von Veräußerungsgewinnen***

Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass die Erzielung von Veräußerungsgewinnen keine Pflicht zur Erhebung von Kapitalertragsteuer durch den Veräußerer oder die Gesellschaft, deren Anteile veräußert werden, nach sich zieht.

***Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei in Deutschland ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Privatvermögen halten***

*Aktien, die vor dem 1. Januar 2009 angeschafft wurden*

Die Veräußerung von Aktien, die vor dem 1. Januar 2009 angeschafft wurden (im Folgenden als "Altaktien" bezeichnet) ist nur dann steuerpflichtig, wenn diese innerhalb eines Jahres nach ihrer Anschaffung veräußert werden. Sofern diese Aktien also gegenwärtig oder künftig veräußert werden, unterliegt dieser Vorgang nicht der Einkommensteuer, solange die Beteiligung in ihrer Höhe nicht mindestens 1% des Grundkapitals erreicht. Ansonsten gilt das Teileinkünfteverfahren (siehe unten).

Auch nach Ablauf der vorgenannten Jahresfrist unterliegen Gewinne aus der Veräußerung von im Privatvermögen einer natürlichen Person gehaltenen Aktien zu 60% der Besteuerung nach dem individuellen Einkommensteuersatz zuzüglich Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer, wenn die natürliche Person oder, im Falle eines unentgeltlichen Erwerbes,

ihr Rechtsvorgänger zu irgendeinem Zeitpunkt während der der Veräußerung vorangehenden fünf Jahre zu mindestens 1% unmittelbar oder mittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war.

*Aktien, die nach dem 31. Dezember 2008 angeschafft wurden*

Veräußerungsgewinne von Privatanlegern werden ab 2009 unabhängig von der Höhe der Beteiligung und der Haltedauer der Anteile steuerlich erfasst, wenn die Anteile nach dem 31. Dezember 2008 erworben werden. Für vor dem 1. Januar 2009 angeschaffte Aktien bleibt es bei den bisherigen Regelungen.

Bei nach dem 31. Dezember 2008 angeschafften Aktien unterliegen Veräußerungsgewinne der Abgeltungssteuer von 25% zuzüglich Solidaritätszuschlag (insgesamt 26,375%), wenn die Beteiligung weniger als 1% beträgt. Die Abgeltungssteuer wird im Wege des Kapitalertragsteuerabzugs für Rechnung des Aktionärs einbehalten, sofern die Aktien bei einer inländischen Zahlstelle (zum Beispiel Depotbank) verwahrt und der Veräußerungserlös von dieser Zahlstelle ausgezahlt oder gutgeschrieben wird. Der Aktionär kann unter anderem beantragen, dass seine Veräußerungsgewinne statt mit der Abgeltungssteuer mit dem Satz seiner tariflichen Einkommensteuer besteuert werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. Werbungskosten können in beiden Fällen bis auf einen Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten) nicht mehr von den Kapitalerträgen abgezogen werden.

Soweit der Steuerpflichtige oder – im Fall eines unentgeltlichen Erwerbs – sein Rechtsvorgänger eine Beteiligung von mindestens 1% am Grund- oder Stammkapital zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten fünf Jahren vor der Veräußerung in seinem Privatvermögen gehalten hat, erzielt er bei der Veräußerung der Aktien (oder Bezugsrechte) wie bislang Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Diese Einkünfte unterliegen nicht der Abgeltungssteuer, sondern es kommt der normale Einkommensteuertarif zur Anwendung. Ab dem Jahr 2009 gilt auch hier das sog. Teileinkünfteverfahren, das heißt nur 60% der Einnahmen unterliegen der Besteuerung und nur 60% der Aufwendungen werden bei der Einkünfteermittlung berücksichtigt.

***Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei in Deutschland ansässigen Aktionären, die ihre Aktien in einem Betriebsvermögen halten***

Bei Aktien, die der Aktionär in einem Betriebsvermögen hält, hängt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen davon ab, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist.

*Körperschaften*

Ist der Aktionär eine inländische Kapitalgesellschaft, sind Gewinne aus der Veräußerung von Aktien – vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, zum Beispiel für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen, Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds - grundsätzlich von der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer befreit. "Veräußerungsgewinn" ist definiert als der Betrag, um den der Veräußerungspreis der Aktien nach Abzug der Veräußerungskosten den steuerlichen Buchwert der Aktien übersteigt. 5% des Veräußerungsgewinns gelten jedoch als steuerlich nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer. Tatsächlich anfallende Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Beteiligung stehen, können für körperschaftsteuerliche und gewerbesteuerliche Zwecke als Betriebsausgaben abgezogen

werden. Durch die Veräußerung von Aktien erzielte Verluste sind für Zwecke der Körperschaftsteuer, des Solidaritätszuschlags und der Gewerbesteuer nicht abzugsfähig. Ergänzend ist anzumerken, dass die Steuerfreiheit eines Veräußerungsgewinns dann nicht gewährt wird, wenn der Gewinn im Zusammenhang mit einer in einem Vorjahr steuerlich wirksam vorgenommenen Teilwertabschreibung steht.

*Einzelunternehmer*

Werden die Aktien von einem Einzelunternehmer im Betriebsvermögen gehalten, sind die erzielten Veräußerungsgewinne ab dem Veranlagungsjahr 2009 zu 60% steuerpflichtig und unterliegen insoweit der progressiven Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag. Entsprechend sind mit solchen Gewinnen in Zusammenhang stehende Betriebsausgaben sowie bei der Veräußerung der Aktien entstehende Verluste steuerlich nur zu 60% abzugsfähig. Daneben unterliegen die Veräußerungsgewinne zu 60% der Gewerbesteuer, wenn die Aktien im Vermögen einer Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs in Deutschland gehalten werden. Die Gewerbesteuer ist unter bestimmten Voraussetzungen im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommensteuerschuld des Aktionärs anrechenbar. Gewinne aus der Veräußerung von Aktien können derzeit unter bestimmten Voraussetzungen bis zu einem Höchstbetrag von EUR 500.000,00 ganz oder teilweise von den Anschaffungskosten bestimmter gleichzeitig oder später angeschaffter anderer Wirtschaftsgüter abgezogen bzw. in eine zeitlich begrenzte Reinvestitionsrücklage eingestellt werden.

*Personengesellschaften*

Ist der Aktionär eine Personengesellschaft, so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nur auf Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben, nicht aber auf Ebene der Personengesellschaft. Die Besteuerung hängt davon ab, ob der Gesellschafter der Personengesellschaft einkommensteuer- oder körperschaftsteuerpflichtig ist.

Ist der Gesellschafter der Personengesellschaft eine Körperschaft und somit körperschaftsteuerpflichtig, sind Veräußerungsgewinne auf Ebene des Gesellschafters grundsätzlich steuerfrei, wobei 5% der Veräußerungseinkünfte jedoch als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe gelten und somit steuerpflichtig sind (siehe oben unter *"Körperschaften")*.

Ist der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person und somit einkommensteuerpflichtig, werden die Veräußerungsgewinne lediglich zu 60% als steuerpflichtige Einkünfte berücksichtigt, und sind die mit den Veräußerungsgewinnen in Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben sowie die Verluste aus der Veräußerung der Aktien (vorbehaltlich weiterer Beschränkungen für die Abzugsfähigkeit) nur zu 60% abzugsfähig (siehe oben unter *"Einzelunternehmer").*

Zusätzlich unterliegen 5% der den körperschaftsteuerpflichtigen Gesellschaftern der Personengesellschaft zuzurechnenden Veräußerungsgewinne und 60% der den nicht körperschaftsteuerpflichtigen Gesellschaftern zuzurechnenden Veräußerungsgewinne der Gewerbesteuer, wenn die Aktien im Vermögen einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft gehalten werden. Soweit natürliche Personen an der Personengesellschaft beteiligt sind, ist die Gewerbesteuer unter bestimmten Voraussetzungen im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommensteuerschuld des Aktionärs anrechenbar

Auch bei im Betriebsvermögen gehaltenen Aktien, die ab dem 1. Januar 2009 angeschafft wurden, wird grundsätzlich Kapitalertragsteuer von 25% (zuzüglich Solidaritätszuschlag) auf

den Veräußerungsgewinn einbehalten, sofern die Aktien bei einer inländischen Zahlstelle (zum Beispiel Depotbank) verwahrt und der Veräußerungserlös von dieser Zahlstelle ausgezahlt oder gutgeschrieben wird. Der Steuerabzug entfällt jedoch bei unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften sowie auf Antrag in den sonstigen Fällen betrieblicher Veräußerungsgewinne; der Antrag ist nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck bei der inländischen Zahlstelle einzureichen.

***Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei im Ausland ansässigen Aktionären***

Gewinne, die eine im Ausland ansässige natürliche Person bei der Veräußerung von Aktien erzielt, unterliegen der deutschen Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) grundsätzlich in Deutschland nur, sofern (i) die Aktien im Betriebsvermögen einer inländischen Betriebsstätte oder festen Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen gehalten werden, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, oder (ii) die Person selbst oder, bei unentgeltlichem Erwerb, ihr Rechtsvorgänger zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Veräußerung der Aktien unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 1% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war. In diesem Fall unterliegen die erzielten Veräußerungsgewinne zu 60% der Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5% hierauf. Zusätzlich unterliegen die Veräußerungsgewinne der Gewerbesteuer, wenn die Aktien einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der natürlichen Person zuzuordnen sind. Für Veräußerungsverluste sind bestimmte Beschränkungen zu beachten. Die meisten Doppelbesteuerungsabkommen sehen eine uneingeschränkte Befreiung von der deutschen Besteuerung vor, sofern die Aktien nicht im Vermögen einer inländischen Betriebsstätte oder festen Einrichtung oder durch einen inländischen ständigen Vertreter, der im Sinne des anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommens abhängig ist, gehalten werden.

Für Veräußerungsgewinne, die von im Ausland ansässigen und in Deutschland beschränkt steuerpflichtigen Körperschaften erzielt werden, gelten – vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, zum Beispiel für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen, Lebensversicherungs- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds - die im vorstehenden Absatz unter (i) und (ii) genannten Voraussetzungen entsprechend. Die Veräußerungsgewinne sind grundsätzlich zu 95% von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. 5% der Veräußerungsgewinne gelten jedoch als steuerlich nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen damit der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) sowie ggf. der Gewerbesteuer. Tatsächlich anfallende Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Beteiligung stehen, können für körper- und gewerbesteuerliche Zwecke als Betriebsausgaben abgezogen werden. Verluste aus der Veräußerung von Aktien sind für Zwecke der Körperschaftsteuer, des Solidaritätszuschlags und der Gewerbesteuer nicht abzugsfähig. Ergänzend ist anzumerken, dass die Steuerfreiheit eines Veräußerungsgewinns dann nicht gewährt wird, wenn der Gewinn im Zusammenhang mit einer in einem Vorjahr wirksam vorgenommenen Teilwertabschreibung steht.

Die meisten deutschen Doppelbesteuerungsabkommen sehen jedoch außer in dem vorgenannten Fall (i) eine uneingeschränkte Befreiung von der deutschen Besteuerung vor.

Im Übrigen richtet sich die Besteuerung nach den jeweils einschlägigen Regelungen im Ansässigkeitsstaat des ausländischen Aktionärs.

***Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen, Lebensversicherungs- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds***

Soweit Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute Aktien halten, die nach § 1a des Kreditwesengesetzes dem Handelsbuch zuzurechnen sind, gelten weder das Teileinkünfteverfahren noch die Körperschaftsteuerbefreiung für Dividenden bzw. für Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung der Aktien. Dividendeneinkünfte und Veräußerungsgewinne unterliegen in diesen Fällen in vollem Umfang der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) bzw. der Gewerbesteuer.

Gleiches gilt für Aktien, die von Finanzunternehmen im Sinne des Kreditwesengesetzes mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben werden.

Diese Grundsätze gelten auch für deutsche Niederlassungen von Banken, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen, die ihren Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Mitgliedstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben.

Weiterhin gelten diese Grundsätze für Aktien, die von Lebensversicherungs- und Krankenversicherungsunternehmen oder Pensionsfonds gehalten werden, soweit die Aktien den Kapitalanlagen zuzurechnen sind. Darüber hinaus finden für Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen sowie für Pensionsfonds weitere besondere steuerliche Regelungen Anwendung.

Für körperschaftsteuerpflichtige Aktionäre, die ihren Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat haben, gelten bestimmte Ausnahmen im Hinblick auf die Durchführung des Kapitalertragsteuereinbehalts, wenn die EU-Mutter-Tochter-Richtlinie (EU-Richtlinie 90/435/EWG vom 23. Juli 1990, in der derzeit gültigen Fassung) auf diese Aktionäre anwendbar ist.

### 14.3 Erbschaft- und Schenkungsteuer

Der Übergang von Aktien auf eine andere Person von Todes wegen oder durch Schenkung unterliegt der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer grundsätzlich nur dann, wenn (i) der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder der sonstige Erwerber zur Zeit des Vermögensüberganges seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hatte oder sich als deutscher Staatsangehöriger nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten hat, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben, oder (ii) die Aktien bei dem Erblasser oder Schenker zu einem Betriebsvermögen gehörten, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wurde oder ein ständiger Vertreter bestellt war, oder (iii) der Erblasser zum Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenker zum Zeitpunkt der Schenkung entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahe stehenden Personen zu mindestens 10% am Grundkapital der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt war.

Besondere Regelungen gelten für deutsche Staatsangehörige, die weder ihren Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben und zu einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts in einem Dienstverhältnis stehen und dafür Arbeitslohn aus einer inländischen öffentlichen Kasse beziehen, sowie für zu ihrem Haushalt gehörende Angehörige, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, und für ehemalige deutsche Staatsangehörige.

Die wenigen gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Erbschaftsteuer-Doppelbesteuerungsabkommen sehen für Aktien in der Regel vor, dass deutsche Erb-

schaftsteuer bzw. Schenkungsteuer nur im Fall (i) und mit Einschränkungen im Fall (ii) erhoben werden kann.

### 14.4 Sonstige Steuern

Im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten oder der Übertragung der Aktien fällt keine deutsche Kapitalverkehrsteuer, Umsatzsteuer, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer an.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist es jedoch möglich, dass Unternehmer bei dem Verkauf der Aktien zu einer Umsatzsteuerpflicht der ansonsten steuerfreien Umsätze optieren.

Eine Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

Die Übertragung oder Vereinigung von mindestens 95% der Aktien kann Grunderwerbsteuer auslösen, wenn die Gesellschaft oder Gesellschaften, an denen die Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, über inländische Grundstücke verfügen.

## 15. JÜNGSTE GESCHÄFTSENTWICKLUNG UND GESCHÄFTSAUSSICHTEN

Nach dem Bilanzstichtag 30. Juni 2011 konnten Verträge mit einigen Neukunden unterzeichnet werden. Auch haben Bestandskunden ihre Verträge verlängert.

REGIS-TR, das Europäische Zentralregister für derivative Finanzinstrumente (OTC), und die B+S Gruppe haben eine partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der Umsetzung der anstehenden EU-Richtlinie für eine Verordnung zu OTC-Derivaten, zentralen Kontrahenten und Transaktionsregistern vereinbart. Ende 2010 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine Verordnung zu OTC-Derivaten, zentralen Kontrahenten und Transaktionsregistern veröffentlicht. Die B+S Gruppe hat rasch darauf reagiert und gemeinsam mit dem führenden europäischen Transaktionsregister REGIS-TR eine langfristig angelegte Partnerschaft vereinbart. B+S wird im Rahmen einer Weiterentwicklung der Produkte ab sofort eine Standardschnittstelle für die automatisierte und regulationskonforme Meldung zu dem Transaktionsregister REGIS-TR anbieten. Durch die mit REGIS-TR getroffene Vereinbarung können die Kunden der B+S Gruppe die Umsetzung der neuen EU-Verordnung vollständig aus einer Hand beziehen. Die neue Schnittstelle ist künftig integraler Bestandteil der "B+S Treasury-Solutions", und bietet Banken die Möglichkeit, die neue EU-Verordnung zu erfüllen.

Die Privatbank DONNER & REUSCHEL AG, mit Sitz in Hamburg und München, wird künftig die moderne und innovative Treasury-Solutions für die vollständige Abwicklung des Geld-, Devisen- und Derivatehandels der B+S Gruppe einsetzen und die bisher im Einsatz befindliche Anwendung ablösen. Die vollintegrierte Gesamtlösung der "B+S Trading-Solutions" bildet die komplette Prozess- und Wertschöpfungskette des Zins- und Währungsmanagements ab. Im Rahmen eines umfangreichen Auswahlprozesses fiel die Wahl auch deshalb auf die Lösungen der B+S Gruppe, da die umfangreichen Schnittstellen für das Buchungssystem der Bank "bank21" bei der GAD (GAD eG, Münster, Spezialist für Banken-IT) bereits als Standard vorhanden sind und B+S über eine nachweislich langjährige Erfahrung in der Integration solcher komplexer Lösungen verfügt.

Die GAD hat sich für den flächendeckenden Einsatz der mehrsprachigen Online Banking-Anwendung von B+S Banksysteme bei rund 430 Volks- und Raiffeisenbanken entschieden. Die B+S Online Banking-Anwendung (FinanceBrowser4) wird im Rechenzentrum der GAD betrieben und alle an die GAD angeschlossenen Banken können diese Anwendung optional einsetzen. Die im "look-and-feel" (Oberfläche und Handhabung) der bank21-Online-Filiale gestaltete Anwendung ist in den Sprachen Englisch, Niederländisch, Türkisch und Polnisch verfügbar. Die Anwendung unterstützt alle von der GAD angebotenen Sicherheitsverfahren und ist über die Standardschnittstelle FinTS an den bestehenden Banking-Server angebunden.

Die schweizerische Basler Kantonalbank wird auch künftig die Produkte "Treasury Solutions" der B+S Gruppe für die Abwicklung des Devisen- und Derivatehandels von B+S Banksysteme einsetzen. Die dort seit vielen Jahren erfolgreich im Einsatz befindlichen B+S-Softwaremodule sind über die B+S-Standardschnittstellen mit dem Kernbanksystem Avaloq verbunden. Auch in diesem Fall ergänzt B+S mit seinen Modulen bestehende Corebanking Lösungen (EDV-Lösungen für Kernprozesse einer Bank).

## 16. GLOSSAR

| | |
|---|---|
| **Anschaffungs- und Nebenkosten** | Sämtliche Aufwendungen, die dem Käufer notwendigerweise im Zusammenhang mit dem Kauf des Gegenstandes bis zu dessen Inbetriebnahme entstehen außer dem Einkaufpreis. |
| **ASP** | Application Service Providing – individuell abrufbare Softwarelösungen mit nutzungsabhängiger Abrechnung. |
| **BaFin** | Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Bonn/Frankfurt. |
| **Back End System** | Rechenzentrum zur Steuerung und Unterstützung der IT-Systeme eines Unternehmens |
| **Back Office** | Die Abteilungen eines Unternehmens die die Dokumentation und Durchführung der durch den Handel abgeschlossenen Transaktionen abwickeln. |
| **Barvorlage** | Ein Barvorschuss durch ein Kreditinstitut auf einen von dem Kunden erwarteten Zahlungseingang. |
| **Batch Reporting** | Nachgelagerte Datenauswertung. |
| **BIP** | Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. |
| **Building Block Approach** | Standardverfahren zur Berechnung der Eigenkapitalunterlegung |
| **Clearstream** | Clearstream Banking AG, Verwahr- und Clearing Gesellschaft. Ihre Aufgaben sind die Verwahrung von Wertpapieren, Abwicklung von Wertpapiertransaktionen, die Verwaltung von hinterlegten Sicherheiten und die Vermittlung von Wertpapierleihe. |
| **Crash-Simulation** | Simulation kritischer Situationen bezogen auf Marktveränderungen. |
| **Data-Warehouse** | Zentrale Datensammlung, deren Inhalt sich aus Daten unterschiedlicher Quellen zusammensetzt. Ziel ist die Informationsintegration im Unternehmen. |
| **Dekompilierung** | Die Rückübersetzung von Maschinensprache (Binärcode) in Quelltext. |
| **Derivate** | Derivate, auch Finanztermingeschäfte genannt, sind Finanzinstrumente, deren Preis oder Wert von den künftigen Kursen oder Preisen anderer Handelsgüter oder von marktbezogenen Referenzgrößen abhängt. |
| **D&O-Versicherung** | Directors & Officers-Versicherung**,** Versicherungsschutz zugunsten von Organen juristischer Personen bei Inanspruchnahme aufgrund von Schäden, die sie durch eine Pflichtverletzung verursacht haben und für die sie zusätzlich persönlich |

| | |
|---|---|
| | einstehen müssen. |
| **EBIT** | Earnings Before Interest and Taxes, Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern. |
| **EBITDA** | Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization, Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen. |
| **End-to-End-Processing** | Vollständige Ausführung eines Geschäftsprozesses mit allen erforderlichen Zwischenschritten |
| **EStG** | Einkommensteuergesetz. |
| **EU (27)** | Beinhaltet die 27 Mitgliedsstaaten der EU, bestehend aus Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Slowenien, Dänemark, Estland, Großbritannien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Schweden, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Zypern, Bulgarien, Rumänien. |
| **Front-Office** | Abteilungen in Unternehmen oder Finanzinstitutionen die mit dem Abschluss von Kapitalmarktgeschäften, Geldhandelsgeschäften und Derivatgeschäften beschäftigt sind. |
| **Gateway** | Übergabestelle zur Übersetzung von Multimedia-Informationen zwischen Kommunikationsnetzen. |
| **IFRS** | International Financial Reporting Standards, Rechnungslegungsvorschriften der International Accounting Standards Board (IASB). |
| **Investitionen** | Unter Investitionen versteht die Gesellschaft Anschaffungskosten für den Erwerb von Einzelhandelsimmobilien. Hierunter fallen nicht Anschaffungsnebenkosten oder Renovierungskosten. |
| **ISIN** | International Securities Identification Number. |
| **IT (Informationstechnik)-Einrichtungen** | Die Gesamtheit der Elektronischen Datenverarbeitungs- (EDV) und Kommunikationssysteme. |
| **Java** | Eine objektorientierte Programmiersprache zur Erstellung von Bytecode Programmen welche plattformunabhängig in einer Laufzeitumgebung (Java Virtual Maschine) ausgeführt werden können. |
| **Kernbankensystem** | Eine Bezeichnung für ein Computersystem, das die Kernprozesse einer Bank innerhalb der Informationstechnologie abbildet. |
| **HBCI Kernel** | Home Banking Computer Interface Kernsteuerprogramm. |
| **Kodex** | Deutscher Corporate Governance Kodex. |
| **MESZ** | Mitteleuropäische Sommerzeit. |

| | |
|---|---|
| **Mid-Office** | Organisationseinheit zur Risikobewertung von Finanz- und Investitionsprojekten im Banken- und Finanzwesen |
| **Multi Channel Banking** | Verschiedene Wege mit seiner Bank in Verbindung zu treten, z.B. Online-Banking, Mobile-Banking, Selbstbedienungsschalter, u.s.w. |
| **Neue Bundesländer** | Bezeichnung für die fünf Länder, die gemäß des Ländereinführungsgesetzes vom 22. Juni 1990 auf Beschluss der Volkskammer der DDR aus den 14 Bezirken gebildet wurden. |
| **On-Demand-Service** | Software Angebote nach individuellem Bedarf (siehe auch ASP) |
| **Open-Source (quelloffen)** | Eine Palette von Lizenzen für Software deren Quelltext öffentlich zugänglich ist und durch die Lizenz Weiterentwicklungen fördert. |
| **Organisierter Markt** | Ein Organisierter Markt im Sinne des WpHG ist ein Markt, der von staatlich anerkannten Stellen geregelt und überwacht wird, regelmäßig stattfindet und für das Publikum mittelbar oder unmittelbar zugänglich ist. Dies ist in der Bundesrepublik Deutschland der Regulierte Markt. |
| **Quellcode** | Der für Menschen lesbare, in einer Programmiersprache geschriebene Text eines Computerprogramms. |
| **Return on Investment (ROI)** | Kapitalrendite |
| **SEPA** | Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum |
| **Software Development Kit (SDK)** | Eine Sammlung von Werkzeugen und Anwendungen, meist inklusive Dokumentation, um eine Software zu erstellen. |
| **Stock Option** | Aktienoption, das Recht Aktien zu einem späteren Zeitpunkt zu einem vorab vereinbarten Preis zu erwerben oder zu veräußern. |
| **STP-Aufträge** | Straight Through Processing-Aufträge – Aufträge, die vollständig ohne Zwischenschritte und mit möglichst wenigen Interaktionen unter Vermeidung von Medienbrüchen verarbeitet werden. |
| **Time-to-Market** | Die Zeitdauer von der Produktentwicklung bis zur Platzierung des Produkts am Markt. |
| **Tochterunternehmen** | Gesellschaften des B+S AG Konzerns, an denen die B+S AG mit mehr als 50% der Anteile beteiligt ist und die somit in den Konzernabschluss einbezogen werden. |
| **White-Label** | Anbindung von B+S Programmmodulen unter dem jeweiligen Kundenlabel. |
| **WIPO** | World Intellectual Property Organization (Weltorganisation für geistiges Eigentum) |
| **WKN** | Wertpapierkennnummer. |

| | |
|---|---|
| **WpHG** | Wertpapierhandelsgesetz. |
| **WpÜG** | Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz. |

## 17. FINANZINFORMATIONEN


**Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)** **F-3**

Konzern-Bilanz F-3

Konzern-Gesamtergebnisrechnung F-5

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung F-6

Konzern-Kapitalflussrechnung F-7

Konzern-Anhang (Notes) F-8

Chancen und Risiken im Konzern-Lagebericht F-43

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers F-45

**Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)** **F-46**

Konzern-Bilanz F-46

Konzern-Gesamtergebnisrechnung F-48

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung F-49

Konzern-Kapitalflussrechnung F-50

Konzern-Anhang (Notes) F-51

Chancen und Risiken im Konzern-Lagebericht F-91

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers F-93

**Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)** **F-94**

Konzern-Bilanz F-94

Konzern-Gesamtergebnisrechnung F-96

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung F-97

Konzern-Kapitalflussrechnung F-98

Konzern-Anhang (Notes) F-99

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers F-131

**Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)** **F-132**

Konzern-Bilanz F-132

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung F-134

Konzern-Kapitalflussrechnung F-135

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung F-136

Konzern-Anhang (Notes) F-137

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers F-165

**Jahresabschluss der Gesellschaft (HGB) zum 30.06.2011 (geprüft) F-166**

Bilanz F-166

Gewinn- und Verlustrechnung F-167

Anhang F-168

Chancen und Risiken im Lagebericht F-180

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers F-182

# »Konzernjahresabschluss«

**Konzern - Bilanz**

| **Bilanz (IFRS)<br>AKTIVA<br><br>in TEUR** | **Verweis auf Anhang** | **30.06.2011** | **30.06.2010** |
|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögenswerte | 1 | 796 | 1.155 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 2 | 11.166 | 16.866 |
| Sachanlagen | 3 | 5.886 | 6.152 |
| Als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 4 | 1.142 | 1.153 |
| **Summe Langfristige Vermögenswerte** | | 18.990 | 25.326 |
| Forderungen und sonstige Vermögenswerte | 5 | 501 | 944 |
| Liquide Mittel | 6 | 1.989 | 1.400 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 7 | 249 | 233 |
| **Summe kurzfristige Vermögenswerte** | | 2.739 | 2.577 |
| **BILANZSUMME A K T I V A** | | **21.729** | **27.903** |

| **Bilanz (IFRS)<br>PASSIVA<br><br>in TEUR** | **Verweis auf Anhang** | **30.06.2011** | **30.06.2010** |
|---|---|---|---|
| Gezeichnetes Kapital | 8 | 6.210 | 6.210 |
| Kapitalrücklage | 8 | 438 | 438 |
| Eigene Anteile | 9 | -104 | -104 |
| Rücklagen Währungsdifferenzen | 8 | 47 | 28 |
| Gewinnrücklagen | 8 | 114 | 114 |
| Bilanzgewinn/ -verlust | 8 | -5.156 | 1.265 |
| **Summe Eigenkapital** | | 1.549 | 7.951 |
| Verpflichtungen für Abfertigungen | 10 | 873 | 886 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 14 | 6.054 | 6.200 |
| Passive latente Steuern | 12 | 8 | 337 |
| **Summe langfristige Verbindlichkeiten** | | 6.935 | 7.423 |
| Erhaltene Anzahlungen | | 76 | 230 |
| Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 13 | 8.000 | 8.000 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 13 | 1.470 | 976 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | 94 | 264 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 14 | 303 | 292 |
| Kurzfristige sonstige Rückstellungen | 11 | 953 | 476 |
| Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 15 | 2.349 | 2.291 |
| **Summe kurzfristige Verbindlichkeiten und RAP** | | 13.245 | 12.529 |
| **BILANZSUMME P A S S I V A** | | **21.729** | **27.903** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

**Konzern - Gesamtergebnisrechnung**

| **Gesamtergebnisrechnung (IFRS)**<br>**in TEUR** | **Verweis auf Anhang** | **01.07.2010 – 30.06.2011** | **01.07.2009 – 30.06.2010** |
|---|---|---|---|
| Umsatzerlöse | 16 | 7.577 | 9.068 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 17 | 306 | 521 |
| | | 7.883 | 9.589 |
| Waren- und Materialeinsatz | | -206 | -126 |
| Personalaufwand | 18 | -4.955 | -4.823 |
| Abschreibungen | | -6.402 | -829 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 19 | -2.290 | -2.326 |
| **Operatives Ergebnis (EBIT)** | | -5.970 | 1.485 |
| Finanzerträge | 21 | 5 | 5 |
| Finanzaufwendungen | 21 | -652 | -671 |
| **Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)** | | -6.617 | 819 |
| Ertragsteuern | 12 | 197 | -293 |
| **Periodenergebnis** | | -6.420 | 526 |

| **Ergebnis je Aktie (IFRS)**<br>**in TEUR** | **Verweis auf Anhang** | **01.07.2010 – 30.06.2011** | **01.07.2009 – 30.06.2010** |
|---|---|---|---|
| ohne Verwässerungseffekt | 23 | -1,03 | 0,09 |
| mit Verwässerungseffekt | 23 | -1,03 | 0,09 |

| **Gesamtergebnisrechnung (IFRS)**<br>**in TEUR** | **01.07.2010 – 30.06.2011.** | **01.07.2009 – 30.06.2010.** |
|---|---|---|
| **Periodenergebnis** | -6.420 | 526 |
| Sonstiges Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung von ausländischen Geschäftsbetrieben | 19 | 26 |
| Latente Steuern auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses | 0 | 0 |
| **Gesamtergebnis nach Steuern** | -6.401 | 552 |

**Konzern - Eigenkapitalveränderungsrechnung**

| **Entwicklung des Eigenkapitals in TEUR** | **Gezeichnetes Kapital** | **Kapitalrücklage** | **Währungsumrechnungsdifferenzen** | **Gewinnrücklagen** | **Eigene Anteile** | **Bilanzergebnis** | **Summe Eigenkapital** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Stand zum 01. Juli 2009** | **6.210** | **438** | **2** | **114** | **-104** | **739** | **7.400** |
| Differenzen aus Währungsumrechnung | | | 26 | | | | 26 |
| Gesamtergebnis nach Steuerns | | | | | | 525 | 525 |
| **Stand zum 30. Juni 2010** | **6.210** | **438** | **28** | **114** | **-104** | **1.264** | **7.951** |
| Differenzen aus Währungsumrechnung | | | 19 | | | | 19 |
| Gesamtergebnis nach Steuerns | | | | | | -6.420 | -6.420 |
| **Stand zum 30. Juni 2011** | **6.210** | **438** | **47** | **114** | **-104** | **-5.156** | **1.549** |
| Verweis auf Anhang | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 |

**Konzern - Kapitalflussrechnung**

| **Kapitalflussrechnung (IFRS)**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br>**01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009/10**<br>**01.07. - 30.06.** |
|---|---|---|
| **Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit** | | |
| Periodenergebnis | -6.420 | 526 |
| Währungsumrechnungsdifferenz | 19 | 26 |
| Abschreibungen | 6.402 | 830 |
| Veränderungen langfristige Rückstellungen | -14 | -111 |
| Veränderung aktiver latenter Steuern | -164 | 0 |
| Veränderung passiver latenter Steuern | -165 | 101 |
| Veränderungen Forderungen | 443 | -6 |
| Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposten | -15 | -29 |
| Veränderungen erhaltene Anzahlungen | -154 | -67 |
| Veränderungen Verbind. aus Lief. u. Leistungen | -170 | 47 |
| Veränderungen sonstige Rückstellungen | 659 | -72 |
| Sonstige Verbindlichkeiten und RAP | -524 | 355 |
| | **-103** | **1.600** |
| **Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit** | | |
| Investitionen ins Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) | -67 | -474 |
| | **-67** | **-474** |
| **Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit** | | |
| Tilgung Finanzverbindlichkeiten | -135 | -322 |
| Einzahlung aus Erhöhung Finanzverbindlichkeiten | 494 | 0 |
| | **359** | **-322** |
| **Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes** | **189** | **804** |
| Finanzmittelbestand (= frei verfügbare Liquide Mittel) zu Beginn des Geschäftsjahres | 1.400 | 595 |
| Finanzmittelbestand (= frei verfügbare Liquide Mittel) am Ende des Geschäftsjahres | 1.589 | 1.400 |
| **Nachrichtlich**: | | |
| Nicht frei verfügbare Liquide Mittel | 400 | 0 |
| Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres laut Konzernbilanz | 1.989 | 1.400 |
| bezahlte Ertragsteuern | -132 | -142 |
| erhaltene Zinsen | 5 | 5 |
| bezahlte Zinsen | -652 | -671 |

# »Konzern - Anhang«

**Das Unternehmen**

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft (- nachfolgend auch Gesellschaft genannt -) ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft, welche im Handelsregister beim Amtsgericht München unter HRB 120849 eingetragen ist. Ihr Sitz ist in 80686 München, Deutschland, Rüdesheimer Straße 7. Die Gesellschaft hat zum Unternehmensgegenstand die Erstellung und Entwicklung von eigenen Programmen zu Datenver- und Datenbearbeitung, deren Vervielfältigung, Lizenzierung und Vertrieb sowie Beratung von Unternehmen. Die Gesellschaft gehört zu den Anbietern von Standardsoftwareprodukten für Finanzdienstleister im deutschsprachigen Raum. Die Produktpalette umfasst Standardsoftware für eine Gesamtbanklösung sowie Lösungen für banknahe Finanzdienstleistungen.

**Grundsätze der Rechnungslegung und Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

**Grundsätze der Rechnungslegung**

Die Gesellschaft stellt als Mutterunternehmen für den kleinsten und den größten Kreis von Unternehmen einen befreienden Konzernabschluss nach § 315a HGB auf.

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 wurde unter Anwendung von § 315a Abs. 1 HGB im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB), London, wie sie gemäß der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anwendung Internationaler Rechnungslegungsstandards in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt. Er berücksichtigt alle bis zum 30. Juni 2011 verabschiedeten und verpflichtend anzuwendenden Bilanzierungsstandards (IAS/IFRS) und Interpretationen (SIC/IFRIC).

Während des Berichtszeitraumes vom 01. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 wurden die Änderungen nachfolgender Standards und Interpretationen verbindlich:

- Amendments to IFRS 7 Financial Instruments: Disclosures

Standards bzw. Interpretationen per 30. Juni 2011 von der EU ratifiziert:

- Revised IAS 24: Related Party Disclosures (IASB/EU ab 01.01.20111), endorsed
- Amendments to IFRIC 14: Prepayments of a minimum funding requirement (IASB/EU ab 01.01.2011), endorsed

Der IASB bzw. das IFRIC haben folgende neuen Standards bzw. Interpretationen herausgegeben, die noch nicht in Kraft getreten sind, und von der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft nicht vorzeitig angewendet werden:

- Improvements to IFRSs 2010 – various standards (ab 01.01.2011) , not endorsed
- Amendments to IFRS 1: Severe Hyperinflation and removal of fixed dates for first-time-adopters (ab 01.07.2011), not endorsed
- Amendments to IFRS 7: Transfer of Financial Assets (ab 01.07.2011), not endorsed
- Amendments to IAS 12: Deferred Tax: Recovery of underlying assets (ab 01.01.2012), not endorsed
- Amendments to IAS 1: Presentation of items of other comprehensive income (ab 01.07.2012), not endorsed
- IFRS 9: Financial Instruments (IASB ab 01.01.2012, not endorsed
- IFRS 10: Consolidated financial statements (ab 01.01.2013), not endorsed
- IFRS 11: Joint Arrangements (ab 01.01.2013), not endorsed
- IFRS 12: Disclosure of Interests in other entities (ab 01.01.2013), not endorsed
- IFRS 13: Fair value measurements (ab 01.01.2013), not endorsed
- IAS 19: Employee Benefits (ab 01.01.2013), not endorsed
- IAS 27: Separate financial statements (ab 01.01.2013), not endorsed

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

- IAS 28: Investments in associates and Joint Ventures (ab 01.01.2013), not endorsed

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

Die B + S Gruppe wendet grundsätzlich neue, überarbeitete oder geänderte Standards oder Interpretationen zum Zeitpunkt der verpflichtenden Anwendung an.

Die oben genannten überarbeiteten Standards und neue Interpretationen sind derzeit entweder nicht relevant oder es werden von ihnen aus heutiger Sicht keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet. Der Konzern wird diese (überarbeiteten) Standards und Interpretationen für zukünftige Berichtsperioden, für welche die Anwendung verpflichtend ist, anwenden.

Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und kann am Sitz der Gesellschaft in München angefordert werden.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 15. September 2011 durch Beschluss des Vorstandes zur Vorlage an den Aufsichtsrat freigegeben.

Der Konzernabschluss umfasst die Einzelabschlüsse der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften („B+S Gruppe“). Auf die nachfolgende vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 Abs. 4 HGB wird Bezug genommen.

Der Rechnungslegung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen die einheitlichen Rechnungslegungsvorschriften der B+S Gruppe zu Grunde. Diese sind identisch mit jenen des vorangegangenen Geschäftsjahres. Diese Vorschriften werden von allen einbezogenen Unternehmen angewendet. Der vorliegende Konzernabschluss basiert grundsätzlich auf den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, mit Ausnahme insbesondere von bestimmten Finanzinvestitionen, die zu Marktwerten und langfristiger Rückstellungen (einschließlich Personalrückstellungen), die zu Barwerten angesetzt werden.

Zur Verbesserung der Klarheit und Aussagefähigkeit werden einzelne Posten der Gesamtergebnisrechnung sowie der Bilanz zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gesamtergebnisrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die Bilanz wird nach der Fristigkeit der Posten gegliedert.

Der Konzernabschluss ist in der Berichtswährung EURO bzw. in 1.000 EURO ("TEUR"), gerundet nach kaufmännischer Rundungsmethode, aufgestellt. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

**Konsolidierungsgrundsätze**

**Konsolidierungskreis und Stichtag**

In den Konzernjahresabschluss sind neben der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München als Mutterunternehmen folgende Tochterunternehmen, an denen die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft eine direkte bzw. indirekte Stimmenmehrheit hält, durch Vollkonsolidierung einbezogen.

Der daraus resultierende Konzernanteilsbesitz nach § 313 Abs. 2, Abs. 4 HGB stellt sich wie folgt dar:

| Beteiligungsunternehmen | | Anteil in % | Währung | Eigen-kapital | Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich | 1 | 100 | TEUR | -2.446 | -1.931 |
| B+S Banksysteme Deutschland GmbH München, Deutschland | 1<br>2 | 100 | TEUR | 229 | 95 |
| B+S Banksysteme Schweiz AG Thun, Schweiz | 1<br>2 | 100 | TCHF | 251 | 89 |

Zu (1): Die Angaben beziehen sich jeweils auf den letzten, nach landesrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschluss in der angegebenen Landeswährung
Zu (2): Indirekte Beteiligung über die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich

Die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich sowie deren Tochterunternehmen, die B+S Banksysteme Deutschland GmbH, München, und die B+S Banksysteme Schweiz AG, Thun, bilden den Teilkonzern Salzburg.

Tochterunternehmen, die im Laufe eines Berichtsjahres erworben werden, sind ab dem Zeitpunkt des Übergangs der Beherrschung über die Finanz- und Geschäftspolitik einbezogen. Die Einbeziehung in den Konzernabschluss endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht.

Seit dem 01. Januar 2010 hat sich der Konsolidierungskreis der vollkonsolidierten Tochtergesellschaften nicht verändert.

Das Geschäftsjahr ist konzerneinheitlich der Zeitraum vom 01. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres.

Die Beherrschung der Tochterunternehmen durch die Gesellschaft wurde im Wege eines Einbringungs- und Abtretungsvertrages übernommen, dies war wirtschaftlich zum 30. September 2008.

Mit Wirkung zum 30. September 2008 sind die Tochterunternehmen erstmals einbezogen worden. Die Tochterunternehmen haben jeweils zum 30. September 2008 Zwischenabschlüsse nach einheitlichen Konzernrechnungslegungsgrundsätzen erstellt.

**Konsolidierungsmethoden**

Die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Abschlüsse der Tochterunternehmen werden gemäß IAS 27 nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Unternehmenszusammenschlüsse werden nach der Erwerbsmethode des IFRS 3 (Unternehmenszusammenschlüsse) bilanziert. Bei der Erstkonsolidierung werden die identifizierbaren Posten des erworbenen Unternehmens mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Ein danach verbleibender positiver Unterschiedsbetrag zwischen der übertragenen Gegenleistung für das erworbene Unternehmen und dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital wird als Geschäfts- und Firmenwert gesondert bilanziert. Ein danach verbleibender negativer Unterschiedsbetrag wird nach nochmaliger kritischer Würdigung der Ansetzbarkeit und Bewertung der übernommenen Posten erfolgswirksam in der Gesamtergebnisrechnung erfasst. Der Geschäfts-

und Firmenwert wird mindestens einmal jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft, gegebenenfalls wird eine Wertminderung auf den erzielbaren Betrag vorgenommen.

Konzerninterne Transaktionen, Salden sowie unrealisierte Gewinne und Verluste aus Transaktionen zwischen Konzernunternehmen werden eliminiert. Bei Vorhandensein unrealisierter Verluste wird dies jedoch als Indikator zur Notwendigkeit der Durchführung eines Wertminderungstests für den übertragenen Vermögenswert genommen.

Auf Konsolidierungsvorgänge werden latente Steuern gemäß IAS 12 (Ertragsteuern) abgegrenzt.

**Währungsumrechnung**

**Geschäftstransaktionen in ausländischer Währung**

Die Konzerngesellschaften erfassen Geschäftsfälle in fremder Währung mit den relevanten Fremdwährungskursen zum Transaktionszeitpunkt. In den Folgeperioden werden die monetären Vermögenswerte und Schulden zum Stichtagskurs bewertet, die Umrechnungsdifferenzen werden im Geschäftsjahr erfolgswirksam erfasst.

**Umrechnung von Einzelabschlüssen in ausländischer Währung**

Die Jahresabschlüsse ausländischer Tochterunternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, werden gemäß IAS 21 (Wechselkursänderungen) in Euro umgerechnet. Als funktionale Währung gilt die Währung des primären Wirtschaftsumfelds, in dem das Tochterunternehmen tätig ist. Da sämtliche einbezogene Tochterunternehmen ihre Geschäfte in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht selbstständig betreiben, ist die jeweilige Landeswährung grundsätzlich die funktionale Währung. Die Vermögenswerte und Schulden ausländischer Geschäftsbetriebe (inklusive Firmenwert und Anpassungen an den beizulegenden Zeitwert, die aus der Konsolidierung entstehen) werden mit dem Wechselkurs zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Erträge und Aufwendungen ausländischer Geschäftsbetriebe werden zu Durchschnittskursen in Euro umgerechnet, die annähernd den Wechselkursen zu den Transaktionszeitpunkten entsprechen.
(Stichtagskurs 30. Juni 2011: 1 EUR = 1,2071 CHF/ Vorjahr 1 EUR = 1,3283 CHF, Jahresdurchschnittskurs: 1 EUR = 1,26 CHF/ Vorjahr: 1 EUR = 1,42 CHF) Differenzen aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen werden erfolgsneutral behandelt und im Eigenkapital unter den Währungsumrechnungsdifferenzen ausgewiesen. Im Jahr der Endkonsolidierung ausländischer Tochterunternehmen werden diese Währungsdifferenzen ergebniswirksam aufgelöst.

**Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

**Immaterielle Vermögenswerte**

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Haben immaterielle Vermögenswerte eine bestimmte Nutzungsdauer, werden sie über den Zeitraum ihrer Nutzung linear abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer beträgt für Software und Softwarenutzungsrechte drei bis fünf Jahre. Wertminderungen und Wertaufholungen werden in der Gesamtergebnisrechnung in der Position „Abschreibungen“ ergebniswirksam erfasst.

Die Gesellschaft verfügt über keine immateriellen Vermögenswerte (mit Ausnahme des Geschäfts- und Firmenwertes) mit unbestimmter Nutzungsdauer.

**Entwicklungskosten**

Ab 01. Oktober 2008 werden in der B+S Gruppe keine Entwicklungskosten mehr aktiviert, weil die Voraussetzungen für die Aktivierung nach IAS 38 nicht mehr in ausreichendem Ausmaß dokumentiert und damit nachgewiesen werden können. Die Entwicklungskosten wurden zu Herstellkosten bewertet. Basis für die Herstellkosten waren die Personalkosten. Fremdkapitalkosten wurden nur für qualifizierte Vermögenswerte aktiviert. Entwicklungskosten wurden erstmals im Geschäftsjahr 1990/91 aktiviert. Der per 01.10.2008 verbliebene Vermögenswert wird linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

**Geschäfts- und Firmenwert**

Geschäfts- und Firmenwerte aus einem Unternehmenszusammenschluss werden bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der Anschaffungskosten des Unternehmens-zusammenschlusses über den Anteil des Konzerns an den beizulegenden Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden bemessen. Der bilanzierte Geschäfts- und Firmenwert wird einem jährlichen Werthaltigkeitstest unterzogen und mit ursprünglichen Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Wertminderungsaufwendungen werden in der Gesamtergebnisrechnung in der Position „Abschreibungen“ erfasst.

**Sachanlagen**

Gegenstände des Sachanlagevermögens, die im Geschäftsbetrieb länger als ein Jahr genutzt werden, werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen und gegebenenfalls Wertminderungen bewertet. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten umfassen alle Kosten, die angefallen sind, um den Vermögenswert in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Die Herstellungskosten enthalten neben Einzelkosten angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten. Aufwendungen der allgemeinen Verwaltung und des Vertriebs werden nicht aktiviert. Fremdkapitalzinsen werden nur insoweit aktiviert, als sie für die Herstellung von qualifizierten Vermögenswerten anfallen. Wertminderungen und Wertaufholungen werden in der Position „Abschreibungen“ ergebniswirksam erfasst.

Die Abschreibung abnutzbarer Sachanlagen erfolgt linear über die erwartete Nutzungsdauer. Die Restwerte, die jeweilige Nutzungsdauer und die Abschreibungsmethode werden periodisch geprüft, um sicherzustellen, dass diese dem erwarteten wirtschaftlichen Nutzenverlauf des Sachanlagegegenstandes entsprechen. Übersteigt der Buchwert einer Sachanlage dessen geschätzten erzielbaren Betrages, so wird er auf seinen geschätzten erzielbaren Betrag abgeschrieben. Bei der Ermittlung der Abschreibungssätze wurde unverändert gegenüber dem Vorjahr die folgende konzerneinheitliche Nutzungsdauer angenommen:

| | Nutzungsdauer in Jahren | Abschreibungs-satz in % |
|---|---|---|
| Investitionen in fremden Gebäuden | 4 - 10 | 10 – 25 |
| Bauten auf fremdem Grund | 50 | 2 |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 3 - 10 | 33 –10 |

Gewinne und Verluste aus Abgängen von Sachanlagen werden als Unterschiedsbetrag zwischen den Veräußerungserlösen und den Buchwerten der Sachanlagen ermittelt und unter der Position „sonstige betriebliche Erträge“ in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

**Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien**

Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfassen nach IAS 40 (Investment Property) Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und / oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden. Sie werden analog zu den Sachanlagen gemäß dem Anschaffungskostenmodell mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger und gegebenenfalls notwendiger Wertminderungen bilanziert. Die planmäßige Abschreibung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren. Ein externes und unabhängiges Bewertungsunternehmen, das über adäquate, anerkannte professionelle Qualifikationen und aktuelle Erfahrungen am Standort und in der Kategorie der bewerteten Immobilien verfügt, hat die als Finanzinvestition gehaltene Immobilie im Februar 2006 bewertet. Der Fair Value entspricht in etwa dem Buchwert. Jeweils zum Bilanzstichtag wird überprüft, ob Anzeichen einer Wertbeeinträchtigung vorliegen. Seit der letzten Bewertung sind keine wesentlichen Änderungen eingetreten.

**Leasing**

Bei Leasingtransaktionen über Sachanlagen (Investitionsleasing) treten Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auf. Tragen Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Gegenstand verbunden sind, wird der Leasingvertrag gemäß IAS 17 (Leasingverhältnisse) als Finanzierungsleasing behandelt. In diesen Fällen aktiviert der Leasingnehmer das Leasingobjekt zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses in Höhe des Barwertes der Mindestleasingzahlungen oder in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Leasingobjekts, sofern dieser Wert niedriger ist. In der Folge wird der Leasinggegenstand über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Vertragslaufzeit abgeschrieben. Zugleich wird eine entsprechende Finanzverbindlichkeit angesetzt, die in der Folgezeit nach der Effektivzinsmethode fortgeschrieben wird. Der Zinsanteil der Leasingrate wird aufwandswirksam in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

Alle übrigen Leasingverträge, bei denen die Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auftreten, werden als Operatingleasing behandelt. Die Leasingraten werden als Aufwand erfasst.

**Wertminderung**

Bei Sachanlagevermögen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Firmenwerten wird jeweils zum Bilanzstichtag überprüft, ob Anzeichen einer Wertminderung vorliegen. Geschäfts- und Firmenwerte werden mindestens einmal jährlich oder dann auf Wertminderung getestet, wenn Sachverhalte oder Änderungen der Umstände darauf hindeuten, dass der Buchwert gemindert sein könnte.

Ein späterer Wegfall der Wertminderung führt – mit Ausnahme bei Geschäfts- und Firmenwerten – zu einer erfolgswirksamen Wertaufholung bis zum geringeren Wert aus fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und erzielbarem Betrag. Nachdem eine Wertaufholung vorgenommen wurde, ist der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden anzupassen, um den berichtigten Buchwert des Vermögenswerts, abzüglich eines etwaigen Restbuchwerts, systematisch auf seine Restnutzungsdauer zu verteilen.

**Forderungen und sonstige Vermögenswerte**

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche Beträge bilanziert.

Wertminderungen und Wertaufholungen werden ergebniswirksam im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst.

Die Bewertung sonstiger Vermögenswerte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten.

**Liquide Mittel**

Liquide Mittel umfassen Bargeld (Kassenbestände), erhaltene Schecks und jederzeit verfügbare Guthaben bei Kreditinstituten.

**Finanzinstrumente**

Zu den im Konzern bestehenden originären Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und bestimmte sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten.

Derivative Finanzinstrumente, wie Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps, werden von der B+S Gruppe nicht gehalten.

Kredite und Forderungen im Sinne von IAS 39 werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode, angesetzt. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige originäre finanzielle Verpflichtungen werden als finanzielle Schulden im Sinne von IAS 39 mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode, angesetzt. Der Buchwert entspricht näherungsweise dem Zeitwert (Fair Value). Sämtliche verzinste Finanzinstrumente sind

variabel verzinst und haben überwiegend kurze Laufzeiten. In den sonstigen Forderungen sind als finanzielle Vermögenswerte Mitarbeiterdarlehen ausgewiesen.

Die Zeitwerte der finanziellen Vermögenswerte und Schulden entsprechen in der Regel den Marktpreisen zum Bilanzstichtag. Sofern Preise aktiver Märkte nicht unmittelbar verfügbar sind, werden sie – wenn sie nicht nur von untergeordneter Bedeutung sind – unter Anwendung anerkannter finanzmathematischer Bewertungsmodelle und aktueller Marktparameter (insbesondere Zinssätze, Wechselkurse und Bonitäten der Vertragspartner) berechnet. Dazu werden die Cashflows der Finanzinstrumente auf den Bilanzstichtag abdiskontiert.

Der erstmalige Ansatz von Finanzinstrumenten erfolgt zum Erfüllungstag. Finanzinstrumente werden dann ausgebucht, wenn die Chancen und Risiken aus dem Finanzinstrument erloschen sind bzw. das Finanzinstrument getilgt wurde.

**Verpflichtungen für Abfertigungen und Pensionen**

Auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen ist die B+S Gruppe verpflichtet, an Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die vor dem 01. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, im Kündigungsfall durch den Dienstgeber oder zum Pensionsantrittszeitpunkt eine einmalige Abfertigung zu leisten. Diese ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt zwischen zwei und zwölf Monatsbezügen. Für diese Verpflichtung wird eine Rückstellung gebildet.

Die Ermittlung dieser Rückstellung erfolgt nach der in IAS 19 (Leistungen an Arbeitnehmer) vorgeschriebenen Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Methode, Anwartschaftsbarwertverfahren). Im Rahmen dieses Anwartschaftsbarwertverfahrens werden sowohl die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften als auch die künftig zu erwartende Steigerung der Gehälter und Renten berücksichtigt. Dabei wird der Barwert der künftigen Zahlungen nach einem versicherungsmathematischen Verfahren über die Beschäftigungszeit der Mitarbeiter angesammelt. Die Berechnung erfolgt für den jeweiligen Bilanzstichtag durch Gutachten eines Versicherungsmathematikers. Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Rückstellungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert („versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust“) wird sofort im Ergebnis erfasst. Die Korridormethode wird nicht angewandt.

Den Berechnungen liegen folgende Annahmen zu Grunde:

| | **30.06.2011** | **30.06.2010** |
|---|---|---|
| Zinssatz | 4,80 % | 4,40 % |
| Pensions- und Gehaltssteigerungen | 3 % | 3 % |
| Fluktuation | 4,5 – 7,5 % | 4,5 – 7,5 % |
| Pensionsalter Frauen | 56,5 - 62 Jahre | 56,5 - 62 Jahre |
| Pensionsalter Männer | 61,5 - 62 Jahre | 61,5 - 62 Jahre |
| Lebenserwartung | AVÖ-2008-P | AVÖ-2008-P |

Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung der sehr langen durchschnittlichen Laufzeiten und hohen durchschnittlichen Restlebenserwartungen auf Basis von Marktzinssätzen festgesetzt. Die Mitarbeiterfluktuation ist betriebsspezifisch ermittelt und alters-/dienstzeitabhängig berücksichtigt. Die gesetzlichen Übergangsbestimmungen bezüglich des Pensionsalters wurden berücksichtigt.

Für Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die seit dem 01. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, sind laufend Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse zum Zwecke der Alterssicherung zu leisten. Eine darüber hinausgehende gesetzliche Verpflichtung zur Leistung von Abfertigungszahlungen bei Ausscheiden des Arbeitnehmers besteht nicht. Für dieses beitragsorientierte Versorgungsmodell ist daher keine Rückstellung zu bilden.

Weitere beitragsorientierte Verpflichtungen resultieren aus Dienstgeberbeiträgen (Arbeitgeberanteile) zur Rentenversicherung und aus den Beiträgen zur Mitarbeitervorsorgekasse.
Mitarbeiter der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München haben ab dem ersten Arbeitstag die Möglichkeit eine betriebliche Altersvorsorge (BAV) abzuschließen.

Bei der Pensionskasse des BVV Versicherungsvereins besteht eine Vollmitgliedschaft. Dabei ist der Beitrag 3,5 % des Bruttoarbeitsentgelts, der von Arbeitnehmer (Entgeltumwandlung) und Arbeitgeber je zu 50 % geleistet wird. Der Arbeitnehmer hat ferner die Möglichkeit, seinen Anteil bis zum gesamten Maximalbeitrag von derzeit 220 EUR pro Monat aufzustocken. Die Beiträge sind bis zu 4 % der BBG (West), 2.640 EUR im Jahr 2011, lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei und können beim Arbeitgeber als Betriebsausgaben abgezogen werden. Eine Verpflichtung zur Rückstellungsbildung besteht nicht.

**Sonstige Rückstellungen (langfristige, kurzfristige)**
Sonstige Rückstellungen werden entsprechend IAS 37 (Rückstellungen) gebildet, wenn für die Gesellschaft eine rechtliche oder faktische Verpflichtung gegenüber einem Dritten auf Grund eines vergangenen Ereignisses vorliegt und es wahrscheinlich ist, dass diese Verpflichtung zu einem Mittelabfluss führen wird.

Rückstellungen werden mit jenem Betrag angesetzt, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses nach bester Schätzung ermittelt werden kann. Sie werden unter Berücksichtigung aller daraus erkennbaren Risiken zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit Rückgriffsansprüchen verrechnet. Dabei wird vom Erfüllungsbetrag mit der höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit ausgegangen. Ist eine vernünftige Schätzung des Betrages nicht möglich, wird keine Rückstellung gebildet.

**Steuern**
Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Ertragssteueraufwand umfasst die laufenden Steuern und die ergebniswirksame Veränderung der latenten Steuern. Die laufenden Steuern ergeben sich aus der Ermittlung der für das abgelaufene Geschäftsjahr bestehenden Steuerbelastung aus dem errechneten steuerpflichtigen Einkommen und dem anwendbaren Steuersatz.

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12 nach der Balance Sheet Liability Method für alle temporären Unterschiede zwischen den Wertansätzen im Konzernabschluss und den bestehenden Steuerwerten. Des Weiteren wird der wahrscheinlich realisierbare Steuervorteil aus bestehenden Verlustvorträgen in die Ermittlung einbezogen. Ausnahmen bilden Unterschiedsbeträge aus steuerlich nicht absetzbaren Geschäfts- und Firmenwerten und mit Beteiligungen zusammenhängende, temporäre Unterschiede. Aktive latente Steuern werden nicht angesetzt, wenn es nicht wahrscheinlich ist, dass der enthaltene Steuervorteil realisierbar ist.

Latente Steueransprüche und latenten Steuerschulden werden saldiert, sofern diese ertragsteuerlichen Ansprüche und Schulden gegenüber der gleichen Steuerbehörde bestehen und sich auf dasselbe Steuersubjekt oder eine Gruppe unterschiedlicher Steuersubjekte beziehen, die ertragsteuerlich gemeinsam veranlagt werden.

**Umsatzrealisierung**
Umsätze werden zu dem Zeitpunkt realisiert, zu dem die Lieferung oder Leistung erbracht wurde und ein verlässlich bestimmbarer Anspruch auf Gegenleistung entstanden ist. Erträge aus Dienstleistungen werden nach Maßgabe der bis zum Bilanzstichtag erbrachten Leistungen erfasst. Bei Dauerschuldverhältnissen erfolgt die Umsatzrealisierung nach Maßgabe der jeweils im Vertrag festgelegten Leistungserbringung.

**Finanzergebnis**
Das Finanzergebnis umfasst die für die aufgenommenen Fremdfinanzierungen zu leistenden Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen sowie die für Veranlagungen von Finanzmitteln erhaltenen Zinsen und ähnliche Erträge. Zinsen werden auf Basis des Zeitablaufes abgegrenzt.

**Stock Options**
Für die Verpflichtungen aus dem Stock Option Plan des Jahres 2001 findet IFRS 2 – Aktienbasierte Vergütungen – in Bezug auf Ansatz und Bewertung keine Anwendung.

**Schätzungen und Unsicherheiten bei Ermessensentscheidungen und Annahmen**
Bei Aufstellung des Konzernabschlusses müssen zu einem gewissen Grad Einschätzungen und Ermessensentscheidungen vorgenommen und Annahmen getroffen werden, die die bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Angaben von sonstigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten und den Ausweis von Aufwendungen und Erträgen im Geschäftsjahr beeinflussen.

Die sich in Zukunft tatsächlich ergebenden Beträge können von den Schätzungen abweichen. Der Grundsatz des „true and fair view“ wurde auch bei der Verwendung von Schätzungen uneingeschränkt gewahrt.

Schätzungsunsicherheiten bestehen insbesondere bei der Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sowie bei der Beurteilung der Realisierbarkeit von aktiven latenten Steuern.

Die Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen ist zum einen mit Schätzungen zur erwarteten Nutzungsdauer der Vermögenswerte verbunden, zum anderen basiert sie auf Beurteilungen des Managements hinsichtlich der Werthaltigkeit der Vermögenswerte bzw. dem Vorliegen von Wertminderungen. Faktoren, wie geringere als geplante Nettozahlungsströme, können zu einer Wertminderung führen.

Der Konzern überprüft einmal jährlich, ob die immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer oder ein Geschäfts- oder Firmenwert wertgemindert sind. Dies erfordert eine Schätzung des erzielbaren Betrages, dem dieser Vermögenswert zugeordnet ist. Zur Schätzung des erzielbaren Betrages muss der Konzern die voraussichtlichen zukünftigen Cashflows aus diesem Vermögenswert schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln.

Aktive latente Steuern werden in dem Maße angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass sie genutzt werden können. Zur Beurteilung der Wahrscheinlichkeit der zukünftigen Nutzbarkeit werden Faktoren, wie zum Beispiel operative Planungen und Verlustvortragsperioden herangezogen. Weichen die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Schätzungen negativ ab, könnte dies zu erfolgswirksamen Abwertungen der angesetzten aktiven latenten Steuern führen.

Die Verpflichtung der B+S Gruppe, Zahlungen von Abfertigungen zu erbringen, wird anhand von versicherungsmathematischen Berechnungen ermittelt. Die versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage von Annahmen in Bezug auf die Abzinsungssätze, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, die Sterblichkeit und die künftigen Rentensteigerungen. Alle Annahmen werden zu jedem Abschlussstichtag überprüft. Bei der Ermittlung des angemessenen Diskontierungssatzes orientiert sich das Management an langfristigen Marktzinssätzen. Die Sterberaten basieren auf öffentlich zugänglichen Sterbetafeln. Entsprechend der langfristigen Ausrichtung dieser Pläne unterliegen solche Schätzungen wesentlichen Unsicherheiten.

Die Bewertung von sonstigen Rückstellungen und vergleichbaren Verpflichtungen ist in Abhängigkeit vom jeweils zugrunde liegenden Geschäftsvorfall teilweise komplex und in erheblichem Maß mit Schätzungen verbunden. Die vom Management getroffenen Annahmen bezüglich des Eintritts sowie der möglichen Höhe der Inanspruchnahme basieren unter anderem auf Erfahrungswerten, verfügbaren technischen Daten, Einschätzungen von Kostenentwicklungen. Die tatsächlich eintretenden Belastungen können von den angesetzten Rückstellungsbeträgen abweichen.

**Eigene Anteile**
Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese gemäß IAS 32 vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird nicht erfolgswirksam erfasst. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren eigenen Anteile erworben. Im Übrigen werden auf die Ausführungen zu Ziffer (8) verwiesen.

**Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und Gesamtergebnisrechnung**

(1) Immaterielle Vermögenswerte[1)]

| in TEUR | Software | Entwicklungskosten | Kundenstamm | Marke | Geschäfts- und Firmenwert | Gesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten** | | | | | | |
| **Stand 30. Juni 2009 = 01. Juli 2009** | **223** | **1.168** | **553** | **168** | **16.866** | **18.978** |
| Zugänge | 118 | 0 | 0 | 0 | 0 | **118** |
| Abgänge | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| **Stand 30. Juni 2010** | **341** | **1.168** | **553** | **168** | **16.866** | **19.096** |
| Zugänge | 15 | 0 | 0 | 0 | 0 | **15** |
| Abgänge | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| **Stand 30. Juni 2011** | **356** | **1.168** | **553** | **168** | **16.866** | **19.111** |

| in TEUR | Software | Entwicklungskosten | Kundenstamm | Marke | Geschäfts- und Firmenwert | Gesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Kumulierte Abschreibungen** | | | | | | |
| **Stand 30. Juni 2009 = 01. Juli 2009** | **141** | **378** | **42** | **12** | **0** | **573** |
| Abschreibungen planmäßig | 54 | 376 | 56 | 16 | 0 | **502** |
| **Stand 30. Juni 2010** | **195** | **754** | **98** | **28** | **0** | **1.075** |
| Abschreibungen planmäßig | 50 | 252 | 55 | 17 | 0 | **374** |
| Abschreibungen außerplanmäßig | 0 | 0 | 0 | 0 | 5.700 | **5.700** |
| **Stand 30. Juni 2011** | **245** | **1.006** | **153** | **45** | **5.700** | **7.149** |
| **Buchwerte** | | | | | | |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2010** | 146 | 414 | 455 | 140 | 16.866 | **18.021** |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2011** | **111** | **162** | **401** | **122** | **11.166** | **11.962** |

Die Abschreibung der aktivierten Entwicklungskosten und des Firmenwertes ist in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen“ enthalten.

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

(2) Geschäfts- und Firmenwert

Gemäß IAS 36 wurde zum 30. Juni 2011 der ausgewiesene Geschäfts- und Firmenwert einem Impairment Test unterzogen. Der Werthaltigkeitstest basiert auf dem Nutzungswert, der durch Abzinsung der im Rahmen der Weiterführung der jeweiligen Einheiten entstehenden Cashflows ermittelt wird. Die Cashflow-Planung erfolgt auf Basis der aktuellen operativen Ergebnisse sowie einer Unternehmensplanung über einen Zeitraum von drei Jahren. Bei der Unternehmensplanung werden sowohl aktuelle Erkenntnisse als auch historische Entwicklungen berücksichtigt. Zum 30. Juni 2011 bestand ein Abwertungsbedarf in Höhe von TEUR 5.700 (Vorjahr TEUR 0).

Der Berechnung wurde ein Nachsteuerzinssatz von 9,5 % p.a. (Vorjahr 5,3% p.a.) mit einer Wachstumsrate in der Ewigen Rente von 1,5 % (Vorjahr 1,0%) zu Grunde gelegt.

Bei folgenden, der Berechnung des Nutzungswertes zugrunde gelegten Annahmen bestehen Schätzungsunsicherheiten:

- Geplante Umsatzerlöse
- Abzinsungssatz
- Wachstumsrate.

Die Prognose der Zahlungsströme einschließlich der Umsatzerlöse basiert auf den unternehmensinternen Finanzbudgets bzw. Vorschaurechnungen, welche einen Zeitraum von drei Jahren umfassen. Die geschätzten Zahlungsströme jenseits dieser Periode werden durch Extrapolation der angepassten Budget- bzw. Vorschauwerte ermittelt.

Die Abzinsungssätze stellen die aktuellen Markteinschätzungen hinsichtlich der den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten jeweils zuzuordnenden spezifischen Risiken dar.

Den Wachstumsraten liegen branchenbezogene Erwartungswerte zugrunde.

Der Buchwert der Einheit liegt aus gegenwärtiger Sicht über ihrem Nutzungswert, eine Abwertung in Höhe von TEUR 5.700 wurde vorgenommen. Die Überprüfung des Firmenwertes mittels einer Sensitivitätsanalyse zeigt folgende Auswirkungen auf den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit:

| **EBIT** | **+20 %** | **+10 %** | **-10 %** | **-20 %** |
|---|---|---|---|---|
| Abwertungsbedarf in TEUR | 3.131 | 4.425 | 7.011 | 8.305 |

(3) Sachanlagen

| in TEUR | Gebäude | Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts-ausstattung | Gesamt |
|---|---|---|---|
| **Anschaffungskosten** | | | |
| **Stand 30. Juni 2009 = 01. Juli 2010** | **7.122** | **597** | **7.719** |
| Zugänge | 0 | 355 | 355 |
| Abgänge | 0 | 2 | 2 |
| Umgliederung zu als Finanz-investition gehaltene Immobilie | 1.335 | 0 | 1.335 |
| **Stand 30. Juni 2010** | **5.787** | **950** | **6.737** |
| Zugänge | 0 | 51 | 51 |
| Abgänge | 0 | 0 | 0 |
| **Stand 30. Juni 2011** | **5.787** | **1.001** | **6.788** |
| **Kumulierte Abschreibungen** | | | |
| **Stand 30. Juni 2009 = 01. Juli 2009** | **120** | **322** | **442** |
| Abschreibungen | 162 | 165 | 327 |
| Abgänge | 0 | 2 | 2 |
| Umgliederung zu als Finanz-investition gehaltene Immobilie | 182 | 0 | 182 |
| **Stand 30. Juni 2010** | **100** | **485** | **585** |
| Abschreibungen | 151 | 166 | 317 |
| Abgänge | 0 | 0 | 0 |
| **Stand 30. Juni 2011** | **251** | **651** | **902** |
| **Buchwerte** | | | |
| **Buchwert Stand 30.Juni 2010** | 5.687 | 465 | **6.152** |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2011** | **5.536** | **350** | **5.886** |

Zu den im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen aktivierten Sachanlagen wird auf Ziffer (14) verwiesen. Es bestehen zum Bilanzstichtag keine vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

(4) Als Finanzanlage gehaltene Immobilien

| in TEUR | Als Finanzinvest. gehaltene Immobilie | Gesamt |
|---|---|---|
| **Stand 30. Juni 2009 = 01. Juli 2009** | **0** | **0** |
| Zugänge | 0 | 0 |
| Abgänge | 0 | 0 |
| Umgliederung zu als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 1.335 | 1.335 |
| **Stand 30. Juni 2010** | **1.335** | **1.335** |
| Zugänge | 0 | 0 |
| Abgänge | 0 | 0 |
| **Stand 30. Juni 2011** | **1.335** | **1.335** |
| **Kumulierte Abschreibungen** | | |
| **Stand 30. Juni 2009 = 01. Juli 2009** | **0** | **0** |
| Abschreibungen | 0 | 0 |
| Abgänge | 0 | 0 |
| Umgliederung zu als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 182 | 182 |
| **Stand 30. Juni 2010** | **182** | **182** |
| Abschreibungen | 11 | 11 |
| Abgänge | 0 | 0 |
| **Stand 30. Juni 2011** | **193** | **193** |
| Buchwert Stand 30. Juni 2010 | 1.153 | 1.153 |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2011** | **1.142** | **1.142** |

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfassen ein Stockwerk des als Sachanlage unter Ziffer (2) ausgewiesenen und in Eigennutzung stehenden Bürogebäudes. Dieses Stockwerk wurde bislang selbst genutzt. Da beabsichtigt ist, die frei gewordene Fläche zu vermieten wurde per 30.06.2010 dieser Anteil der Sachanlage zu den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umgegliedert. Der an Hand von anerkannten Bewertungsmethoden ermittelte Fair Value entspricht in etwa dem Buchwert.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

(5) Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Sämtliche Forderungen und Vermögenswerte haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr und setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 363 | 846 |
| Sonstige Forderungen und Vermögenswerte | 137 | 98 |
| | **501** | **944** |

Bei den Forderungen zu Lieferungen und Leistungen wurden folgende Wertberichtigungen vorgenommen:

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Bruttoforderungen | 363 | 881 |
| Pauschalierte Einzelwertberichtigungen | 0 | -35 |
| | **363** | **846** |

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Stand Wertberichtigungen zum Periodenbeginn | 35 | 4 |
| Zuführungen (Aufwendungen für Wertberichtigungen) | 0 | 35 |
| Verbrauch | 35 | 4 |
| **Stand Wertberichtigungen zum Periodenende** | **0** | **35** |

Einzelwertberichtigungen von finanziellen Vermögenswerten werden dann vorgenommen, wenn der Buchwert des finanziellen Vermögenswertes höher als der Barwert der zukünftigen, abgezinsten Cashflows ist. Als Indikatoren für Einzelwertberichtigungen gelten finanzielle Schwierigkeiten, Insolvenz, Vertragsbruch und erheblicher Zahlungsverzug der Kunden. Die Einzelwertberichtigungen setzen sich aus zahlreichen Einzelpositionen zusammen, von denen keine alleine betrachtet wesentlich ist. Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird entsprechend ihrer Altersstruktur mit einem Prozentsatz der offenen Nettoforderungen gebildet.

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Buchwert | 363 | 846 |
| Davon zum Abschlussstichtag weder wertgemindert noch überfällig | 283 | 846 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 60 Tage | 19 | 0 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 90 Tage | 61 | 0 |
| Nicht wertgemindert und überfällig > 120 Tage | 0 | 0 |

Hinsichtlich des weder wertgeminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestands der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

In den sonstigen Forderungen und Vermögenswerte sind enthalten:

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Mitarbeiterdarlehen | 18 | 19 |
| Andere Forderungen | 119 | 79 |
| | **137** | **98** |

Sonstige Forderungen und Vermögenswerte sind weder wertgemindert noch überfällig.

Hinsichtlich der anderen Forderungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Bei Forderungen und finanziellen Vermögenswerten des Konzerns entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem Buchwert der Instrumente.

(6) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Kassenbestand | 1 | 1 |
| Guthaben bei Kreditinstituten | 1.988 | 1.399 |
| | **1.989** | **1.400** |

(7) Rechnungsabgrenzungen
Die Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 249 (Vorjahr TEUR 233) betreffen Versicherungsprämien und sonstige vorausbezahlte Ausgaben.

(8) Eigenkapital
Die Entwicklung des gezeichneten Kapitals und der Rücklagen findet sich im Detail in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Als gezeichnetes Kapital wird das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 6.209.933,00 ausgewiesen. Es ist eingeteilt in 6.209.933 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00. Die Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien hat sich während des Geschäftsjahres nicht verändert.

Die Rücklage für Währungsumrechnungsdifferenzen umfasst alle Kursdifferenzen, die aus der Umrechnung der in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse von konsolidierten Tochterunternehmen entstanden sind.

Als eigene Anteile werden eingelegte Anteile ausgewiesen. Die eigenen Anteile enthalten 80.000 Stück (Vorjahr80.000 Stück) eigene Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,30 gesamt somit EUR 104.000. Die Aktien wurden am 01. Dezember 2008 eingelegt. Diese wurden im Einlagezeitpunkt mit dem Ausgabebetrag der im Wege der Sachkapitalerhöhung ausgegebenen neuen Aktien von EUR 1,30 je Aktie bewertet. Gemäß IAS 32 Abs. 36 werden eigene Anteile nicht zum Stichtagskurs bewertet.

Das Bilanzergebnis enthält das Ergebnis der Periode zuzüglich der Ergebnisvorträge aus Vorperioden.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Februar 2011 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats in der Zeit bis zum 23. Februar 2016 das Grundkapital um bis zu EUR 3.104.966,00 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von EUR 1,00 je Aktie gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Bei Ausnutzung der Ermächtigung kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, zum Ausgleich von Spitzenbeträgen, zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber von zu begebenden Wandlungs- und

Optionsrechten aus Schuldverschreibungen, zur Gewinnung von Sacheinlagen, insbesondere in Form von Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, zur Erschließung neuer Kapitalmärkte im Ausland, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet.

Das Bedingte Kapital entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| | **Bedingtes Kapital 2001/I** | **Insgesamt** |
|---|---|---|
| **Beschluss der Hauptversammlung vom** | **18.07.2001** | |
| **Stand zum 30.06.2011 (in EUR)** | **22.857** | **22.857** |

Das Bedingte Kapital 2001/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 2001“. Zum Stichtag des Jahresabschlusses besteht noch das folgenden Mitarbeiterbeteiligungsmodell:

### Stock Option Plan 2001

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 18. Juli 2001*

Ermächtigung des Aufsichtsrats und des Vorstands bis zum 17. Juni 2006, einmalig oder mehrmals Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 160.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien an Mitarbeiter der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter‘) bzw. an Vorstandsmitglieder der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung‘) auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf ausgewählte Vorstände der Gesellschaft maximal 16.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Arbeitnehmer der Gesellschaft maximal 120.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Geschäftsführer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 8.000 Aktienoptionen und auf ausgewählte Arbeitnehmer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 16.000 Aktienoptionen. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Neben dem Basispreis, der dem Verkehrswert der Aktie zum Zeitpunkt der Unterbreitung der Option entspricht, ist bei Ausübung des Optionsrecht ein Aufgeld in Höhe von 25 % des bei Ausgabe festgelegten Basispreises als Erfolgsziel zu entrichten. Im Übrigen darf das Umtauschrecht nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels grundsätzlich jederzeit unter Beachtung von Zeiträumen, in denen eine Ausübung untersagt ist, wahrgenommen werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag zuzüglich eines Aufgeldes als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im Februar 2002 Optionsrechte ausgegeben.

Im Geschäftsjahr wurden aus keinem der bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle Optionsrechte zum Bezug von Stückaktien in Aktien der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft umgetauscht.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

Die Optionsscheine entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| | Nominal-wert der Optionen | Durch-schnittli-cher Zeitwert der Option bei Ausgabe | Anzahl der Umtausch-rechte in | Durch-schnittli-cher Umtausch-preis | Durch-schnittli-che Restlaufzeit |
|---|---|---|---|---|---|
| | **EUR** | **EUR** | **Stück** | **EUR** | **Monate** |
| **Bestand der gezeichneten und umtauschbaren Optionsscheine zum 30.06.2010:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 574 | 16,54 | 574 | 29,55 | 17 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstandes | 6.322 | 16,54 | 6.322 | 29,55 | 12 |
| - Mitarbeiter | 15.089 | 15,65 | 15.089 | 28,01 | 15 |
| | **21.985** | | **21.985** | | |
| **Im Geschäftsjahr verfallene Optionen:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 146 | 16,54 | 146 | 29,55 | 17 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstandes | 4.179 | 16,54 | 4.179 | 29,55 | 12 |
| - Mitarbeiter | 6.660 | 15,65 | 6.660 | 28,01 | 15 |
| | **10.985** | | **10.985** | | |
| **Bestand der gezeichneten und umtauschbaren Optionsscheine zum 30.06.2011:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 429 | 13,86 | 429 | 24,92 | 8 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstandes | 2.143 | 13,86 | 2.143 | 24,92 | 8 |
| - Mitarbeiter | 8.429 | 13,86 | 8.429 | 24,92 | 8 |
| | **11.001** | | **11.001** | | |

Sowohl im Berichtszeitraum als auch im vorangegangenen Geschäftsjahr gab es keine gekündigten, ausgeübten, neu gezeichneten und nicht ausgegebene Optionsscheine.

**Aktuelle Bewertung der Optionsrechte**
Aufgrund der aktuellen Wertentwicklung der Aktien der Gesellschaft ist von der Ausübung der Optionsrechte nicht mehr auszugehen. Der beizulegende Zeitwert für alle Aktienoptionsprogramme beträgt daher zum Bilanzstichtag TEUR 11.001 (Vorjahr TEUR 21.985).

(9) Eigene Anteile
Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird nicht erfolgswirksam erfasst.

Am 01. Dezember 2008 hat die Gesellschaft 80.000 Stück eigene Aktien zu einem im Rahmen der Sachkapitalerhöhung festgelegten Ausgabebetrag von EUR 1,30 pro Stück erworben.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

(10) Verpflichtungen für Abfertigungen

Die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Österreich, ist auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Zahlung von Abfertigungen in Österreich verpflichtet. Die Grundlagen und die Berechnungsmethode sind oben bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden dargestellt.

Die Veränderung der Verpflichtung für Abfertigungen stellt sich folgendermaßen dar:

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| **Anwartschaftsbarwert der Verpflichtung am Beginn des Geschäftsjahres** | **811** | **771** |
| Dienstzeitaufwand | 37 | 31 |
| Zinsaufwand | 29 | 34 |
| Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste | -4 | -11 |
| Gezahlte Leistungen | 0 | -14 |
| **Anwartschaftsbarwert der Verpflichtung am Ende des Geschäftsjahres** | **873** | **811** |
| Kurzfristige Zusagen | 0 | 75 |
| **Bilanzwert** | **873** | **886** |

Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Rückstellungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert (versicherungsmathematischer Gewinn bzw. Verlust) wird sofort im Ergebnis erfasst. Der Anwartschaftsbarwert ist nicht fondsfinanziert.

Der Anwartschaftsbarwert für Verpflichtungen aus Abfertigungen entwickelte sich zu den vergangenen Stichtagen folgendermaßen:

| in TEUR | 30.06.2011 |
|---|---|
| 31.12.2008 = 01.01.2009 | 757 |
| 30.06.2009 = 01.07.2009 | 771 |
| 30.06.2010 = 01.07.2010 | 811 |
| 30.06.2011 = 01.07.2011 | 873 |

Die erfahrungsbedingten Anpassungen der Schulden des Plans betragen im Geschäftsjahr TEUR 163 (Vorjahr TEUR 27).

Die im Zusammenhang mit Verpflichtungen aus Abfertigungen in der Gesamtergebnisrechnung erfassten Erträge und Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | Jahr 2010/11 01.07. - 30.06. | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. |
|---|---|---|
| Dienstzeitaufwand | 37 | 31 |
| Zinsaufwand | 29 | 34 |
| Realisierte versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) | -4 | -11 |
| **Erträge / Aufwendungen im Geschäftsjahr** | **62** | **54** |

Aufwendungen für Abfertigungen sind in der Gesamtergebnisrechnung im Personalaufwand erfasst.

(11) Sonstige Rückstellungen

| in TEUR | 01.07.2010 | Verbrauch | Auflösung | Dotierung | 30.06.2011 |
|---|---|---|---|---|---|
| Sonstige Rückstellungen | 476 | 330 | 110 | 917 | 953 |

Die ausgewiesenen Rückstellungen sind als kurzfristig zu betrachten. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, die nach bestem Ermessen angesetzt wurden. Die Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern resultierten im Wesentlichen aus Urlaubsansprüchen, Ansprüchen aus Überstunden und sonstige Ansprüche. Diese Verpflichtungen sind im Berichtsjahr unter den sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

(12) Steuern vom Einkommen und Ertrag und latente Steuern

Der in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesene Steueraufwand setzt sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | Jahr 2010/11 01.07. - 30.06. | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. |
|---|---|---|
| Aufwand für laufende Ertragsteuern | -132 | -193 |
| Latenter Steueraufwand/-ertrag | 329 | -101 |
| | **197** | **-294** |

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte unter Anwendung eines Steuersatzes von 25 % (Unternehmenssteuer Österreich = Konzernsteuersatz) und betrifft vor allem die aktivierten Entwicklungskosten, die Rückstellung für Abfertigungen und die steuerlichen Verlustvorträge, die zu folgenden aktiven und passiven latenten Steuern führen:

| Passive latente Steuern | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Immaterielle Vermögenswerte | 172 | 196 |
| Softwarenutzungsrechte | 41 | 104 |
| sonstige Rückstellungen | 6 | 6 |
| Leasing Gebäude | 1.662 | 1.701 |
| Leasing Hardware | 66 | 96 |
| Auflösung Gewährleistungsrückstellung | 0 | 0 |
| **Passive latente Steuern** | **1.947** | **2.103** |

| Aktive latente Steuern in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Verlustvortrag | 237 | 68 |
| Abfertigungsrückstellung | 113 | 76 |
| Leasingverbindlichkeit | 1.589 | 1.623 |
| **Aktive latente Steuern** | **1.939** | **1.767** |

| Bilanzausweis nach Saldierung passive latente Steuern | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| | **8** | **337** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn sie gegenüber demselben Finanzamt bestehen.

Steuerliche Verlustvorträge bei den einzelnen Gesellschaften wurden zur Gänze aktiviert; die Verluste sind unbegrenzt vortragsfähig.

Latente Steuerschulden werden als langfristige Verbindlichkeit und latente Steueransprüche als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen.

Die im Konzern vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge können wie folgt zusammengefasst werden:

| | 30.06.2011 | | 30.06.2010 | |
|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | **Verlust-vortrag** | **Aktive latente Steuer** | **Verlust-vortrag** | **Aktive latente Steuer** |
| B+S Banksysteme Aktiengesellschaft (Deutschland, 33 %) | 0 | 0 | 0 | 0 |
| B+S Banksysteme Salzburg GmbH (Salzburg, 25 %) | 949 | 237 | 271 | 68 |

Der steuerliche Verlustvortrag wurde zur Gänze aktiviert.

Die Ursachen für den Unterschied zwischen theoretischem und ausgewiesenem Ertragsteueraufwand (Vorjahr Ertragsteuerertrag) im Konzern stellen sich folgendermaßen dar:

| **in TEUR** | **30.06.2011** | **30.06.2010** |
|---|---|---|
| Konzernergebnis vor Steuern | -6.618 | 819 |
| Theoretischer Ertragsteuerertrag bzw. –aufwand 25 % (Vorjahr 25 %) | -1.654 | -205 |
| Veränderung des theoretischen Steueraufwand aufgrund: | | |
| Sonstiger Steuereffekte, Wertminderung Firmenwert | -1.425 | |
| Erstmaliger Ansatz bisher nicht angesetzter latenter Steuern auf Verlustvorträge | | |
| Sonstige Steuereffekte | -32 | -89 |
| **Ausgewiesener Ertragsteuerertrag bzw. -aufwand** | **197** | **-294** |

Die latenten Steuern haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

| **in TEUR** | **30.06.2011** | **30.06.2010** |
|---|---|---|
| **Latente Steuern zu Beginn des Geschäftsjahres** | **337** | **236** |
| Veränderung Konsolidierungskreis | 0 | 0 |
| Erfolgswirksam erfasste latente Steuern | -329 | 101 |
| **Latente Steuern am Ende des Geschäftsjahres (saldiert)** | **8** | **337** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

(13) Finanzverbindlichkeiten

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.470 | 8.976 |
| **Summe** | **9.470** | **8.976** |

Der Kontokorrentkreditrahmen beträgt per 30. Juni 2011 TEUR 1.000 (30. Juni 2010: TEUR 1.000).

Sämtliche Finanzierungsvereinbarungen wurden mit unbestimmter Laufzeit abgeschlossen und sind durch Verpfändung von Wertpapierdepots von Aktionären besichert.

(14) Langfristige Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Die Verbindlichkeit Immorent resultiert aus dem Finanzierungsleasingvertrag für das Bürogebäude Bichlfeldstrasse 11, 5020 Salzburg, Österreich. Der Vertrag für das über Leasing finanzierte Bürogebäude samt Rechenzentrum wurde am 29. Juni bzw. 20. Juli 2000 zwischen der damaligen B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, jetzt B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich, und der Sparkasse Immorent Grundstücksverwertungsgesellschaft m.b.H., Salzburg, Österreich, abgeschlossen. Der Leasingvertrag begann mit der Übernahme des Objektes (4. Quartal 2003) und läuft 15 Jahre. Die Gesamtinvestitionskosten betrugen rund TEUR 7.800, die jährliche Tilgung zurzeit rund TEUR 200 der Restwert im Jahr 2019 rund TEUR 4.000. Der Zinssatz der Leasingvereinbarung ist variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

Die Verbindlichkeit gegenüber HYPO Impuls Mobilien Leasing betrifft zur Gänze Hardware. Die zugrunde liegenden Leasingverträge enden 2013. Die Zinssätze, die den Verträgen zu Grunde liegen, sind variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 6.028 | 6.096 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien Leasing | 26 | 103 |
| **Summe** | **6.054** | **6.199** |

Zum 30. Juni 2004 wurde das Bürogebäude Bichlfeldstraße, Salzburg, Österreich, aktiviert. Im Rahmen der Erstkonsolidierung wurde der Finanzierungsleasingvertrag auf Grund der aktuellen Zinssatzentwicklung zum 30. September 2008 neu bewertet. Für die Bewertung wurde ein langfristiger Zinssatz von 5,5 % zu Grunde gelegt.

In den Jahren 2008 und 2009 wurden Finanzierungsleasingverträge über Hard- und Software mit einer Laufzeit bis 2010 und 2012 abgeschlossen. Die Zinssätze, die den Verträgen zu Grunde liegen, sind variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (Mindestleasingzahlungen) weisen folgende Zusammensetzung und Laufzeiten auf:

| in TEUR | 30.06.2011 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 8.483 | 632 | 2.532 | 5.319 |
| Zinsanteil | 2.126 | 329 | 1.182 | 615 |
| **Barwert** | **6.357** | **303** | **1.350** | **4.704** |

| in TEUR | 30.06.2010 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 8.830 | 634 | 2.602 | 5.594 |
| Zinsanteil | 2.339 | 342 | 1.237 | 760 |
| **Barwert** | **6.491** | **292** | **1.365** | **4.834** |

Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 225 | 224 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien Leasing | 78 | 68 |
| **Summe** | **303** | **292** |

Im Berichtsjahr wurden TEUR 342 (Vorjahr TEUR 355) Zinsaufwendungen aus Finanzierungsleasing erfolgswirksam im operativen Ergebnis erfasst.

Die Buchwerte der im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen aktivierten Vermögenswerte setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Bauten auf fremdem Grund | 6.647 | 6.804 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 225 | 331 |
| Softwarelizenzen | 41 | 54 |
| **Summe** | **6.913** | **7.189** |

Die Mindestlaufzeit der Finanzierungsleasingverträge entspricht im Wesentlichen der Nutzungsdauer dieser Sachanlagen.

(15) Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungen

| in TEUR | Gesamt | Restlaufzeit bis 1 Jahr | Restlaufzeit bis 5 Jahre | Restlaufzeit über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern | 356 | 356 | 0 | 0 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 624 | 624 | 0 | 0 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 1.312 | 1.312 | 0 | 0 |
| **Summe 30.06.2010** | **2.291** | **2.291** | **0** | **0** |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 438 | 438 | 0 | 0 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 1.911 | 1.911 | 0 | 0 |
| **Summe 30.06.2011** | **2.349** | **2.349** | **0** | **0** |

Der Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 1.911 (Vorjahr TEUR 1.312) betrifft ausschließlich transitorische Einnahmen von Wartungserlösen, die im Berichtszeitraum im Voraus für den Zeitraum bis zum 30. Juni 2011 vereinnahmt wurden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 438 (Vorjahr TEUR 624) enthalten u.a. Gehaltsnebenkosten (Krankenkasse, Finanzamt, Gebietskörperschaften) sowie Verpflichtungen aus Umsatzsteuer.

(16) Umsatzerlöse

| in TEUR | Jahr 2010/1011 01.07. - 30.06. | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. |
|---|---|---|
| Softwareerlöse | 3.082 | 4.563 |
| Wartungserlöse | 4.276 | 4.247 |
| Erlöse aus Schulungen und Beratungen | 219 | 259 |
| | **7.577** | **9.068** |

(17) Sonstige betriebliche Erträge

| in TEUR | Jahr 2010/1011 01.07. - 30.06. | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. |
|---|---|---|
| Sonstige Erträge | 306 | 521 |
| | **306** | **521** |

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie aus periodenfremden Erträgen.

(18) Personalaufwand

| in TEUR | Jahr 2010/1011 01.07. - 30.06. | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. |
|---|---|---|
| Gehälter / Löhne | 3.776 | 3.768 |
| Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge | 847 | 828 |
| Aufwendungen für Abfertigungen | 275 | 171 |
| Sonstige Sozialaufwendungen | 57 | 55 |
| | **4.955** | **4.823** |

In dem Posten „Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebenen Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge“ und „Aufwendungen für Abfertigungen“ sind, neben den beitragsorientierten Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben, weitere Aufwendungen für beitragsorientierte Altersversorgungspläne in Höhe von TEUR 21 (Vorjahr TEUR 18) enthalten.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge des Vorstandes wird auf die Erläuterungen des Abschnittes „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen“ verwiesen.

Der durchschnittliche Personalstand entwickelte sich wie folgt:

| **Durchschnittliche Anzahl** | **Jahr 2010/1011 01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009/10 01.07. - 30.06.** |
|---|---|---|
| Angestellte (aktive Mitarbeiter) | 71 | 66 |
| Vorstände | 2 | 3 |
| | **73** | **69** |

Im Berichtszeitraum waren neben 68 aktiven Mitarbeitern (Vorjahr 62) drei Mitarbeiter (Vorjahr vier Mitarbeiter) als passiv einzustufen. Von den drei Mitarbeitern waren drei in Elternzeit (Vorjahr vier in Elternzeit).

(19) Sonstige betriebliche Aufwendungen

| **in TEUR** | **Jahr 2010/1011 01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009/10 01.07. - 30.06.** |
|---|---|---|
| Miet- und Raumkosten, Grundstückspacht | 253 | 261 |
| Beratungs- und Prüfungskosten | 368 | 330 |
| KFZ-Aufwand | 456 | 404 |
| Post und Kommunikation | 136 | 131 |
| Reinigung, Wartung und Instandhaltung | 229 | 220 |
| Fahrt- und Reisekosten | 174 | 173 |
| Marketing- und Werbeaufwand | 188 | 181 |
| Aus- und Weiterbildungskosten | 14 | 22 |
| Büromaterial | 19 | 29 |
| Übrige Steuern, Beiträge, Gebühren | 21 | 16 |
| Sonstiges | 432 | 559 |
| **Summe** | **2.290** | **2.326** |

Im Posten „Sonstiges“ sind vor allem Versicherungsaufwendungen, Aufwendungen für Personalsuche, Aufsichtsratsvergütungen, Einzelwertberichtigungen zu Kundenforderungen sowie Kosten für die Aktienbetreuung enthalten.

Die Position „Sonstiges“ beinhaltet aber auch Aufwendungen für „Sale and lease“ – Geschäfte aus den Vorjahren. Diese betrugen im Berichtszeitraum TEUR 0 (Vorjahr TEUR 117). Hierzu verweisen wir auf die Erläuterungen unter Punkt 14 der vorliegenden Anhangangaben.

(20) Sonstige Angaben

Neben Finanzierungsleasingverhältnissen gibt es in der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft Miet- und Leasingverhältnisse, die nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt als Operatingleasingverhältnisse zu klassifizieren sind. Hierbei handelt es sich um Mieten für Fahrzeuge, Bürogebäude und EDV-Anlagen sowie Hardware-Wartungsverträge. Operatingleasingverträge wurden über eine Grundmietzeit von bis zu 15 Jahren abgeschlossen. Es bestehen keine Verlängerungs- oder Kaufoptionen und auch keine durch Leasingvereinbarungen auferlegten Beschränkungen. Die Leasingverträge beinhalten Leasingraten, die auf variablen Mietzinsen basieren.

Die nicht kündbaren Leasingzahlungen aus Operatingleasingverträgen in den nächsten Jahren verteilen sich wie folgt:

| in TEUR | Summe 30.06.2011 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Grundstückspacht (Baurecht) Salzburg | 799 | 95 | 475 | 229 |
| KFZ Leasing | 409 | 193 | 216 | 0 |
| Mietverträge (Immobilien) (1) | 114 | 79 | 35 | 0 |
| Miet- und Leasingverträge (Mobilien) (1) | 26 | 8 | 18 | 0 |
| **Summe** | **1.348** | **375** | **744** | **229** |

Zu (1): Jeweils bezogen auf den frühest möglichen Kündigungszeitpunkt der bestehenden Verträge

| in TEUR | Summe 30.06.2010 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Grundstückspacht (Baurecht) Salzburg | 892 | 93 | 372 | 427 |
| KFZ Leasing | 496 | 192 | 304 | 0 |
| Mietverträge (Immobilien) (1) | 170 | 68 | 102 | 0 |
| Miet- und Leasingverträge (Mobilien) (1) | 21 | 15 | 6 | 0 |
| **Summe** | **1.579** | **368** | **784** | **427** |

Zu (1): Jeweils bezogen auf den frühest möglichen Kündigungszeitpunkt der bestehenden Verträge

Die gesamten Miet- und Leasingaufwendungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen des Geschäftsjahres beliefen sich auf TEUR 361 (Vorjahr TEUR 450). Die ausgewiesenen Aufwendungen beinhalten keine bedingten Mietzahlungen oder Zahlungen aus Untermietverhältnissen.

(21) Finanzergebnis

| in TEUR | Jahr 2010/11 01.07. - 30.06. | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. |
|---|---|---|
| Zinsen und ähnliche Erträge | 5 | 5 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -652 | -671 |
| **Summe** | **-647** | **-666** |

Die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Finanzerträge enthalten im Wesentlichen Zinseinnahmen aus kurzfristigen Veranlagungen und Kontokorrentkrediten. Die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Finanzaufwendungen enthalten im Wesentlichen Zinsaufwendungen für Kontokorrentkredite in Höhe von TEUR 280 (Vorjahr TEUR 316) und Zinsaufwendungen für Leasingverträge in Höhe von TEUR 342 (Vorjahr TEUR 355).

(22) Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

| in TEUR | aus Zinsen | aus der Folgebewertung | | Nettoergebnis | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Währungs-umrech-nung | Wert-berichti-gung | Jahr 2010/11 01.07. – 30.06. | Jahr 2009/10 01.07. – 30.06. |
| Kredite und Forderungen | 5 | 0 | 0 | 5 | -30 |
| Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten | -310 | 0 | 0 | -310 | -316 |
| Verbindlichkeiten aus Leasing | -342 | 0 | 0 | -342 | -355 |
| **Summe** | **-647** | **0** | **0** | **-647** | **-701** |

Die Veränderung der Wertberichtung auf Kredite und Forderungen im Vorjahr ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Die restlichen Komponenten des Nettoergebnisses sind in den Finanzerträgen bzw. Finanzaufwendungen erfasst.

(23) Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie errechnet sich durch Division des Jahresergebnisses nach Steuern durch die gewichtete Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Stammaktien während des Geschäftsjahres.

| in TEUR | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
|---|---|---|
| Ergebnis Eigentümer | EUR -6.401.841,15 | EUR 525.722,28 |
| Stammaktien | Stück 6.209.933 | Stück 6.209.933 |
| Abzüglich eigene Anteile | Stück -80.000 | Stück -80.000 |
| Ausübbare Aktienoptionen | 11.001 | 21.985 |
| **Ergebnis je Aktie ohne Verwässerungseffekt** | **-1,03** | **0,09** |
| **Ergebnis je Aktie mit Verwässerungseffekt** | **-1,03** | **0,09** |

**Sonstige Angaben**

**Angaben zur Kapitalflussrechnung**

Die Kapitalflussrechnung zeigt gemäß IAS 7 (Kapitalflussrechnungen), wie sich die liquiden Mittel im Konzern im Laufe des Geschäftsjahres durch Mittel Zu- und -abflüsse verändert haben.

Die Geldflussrechnung unterscheidet zwischen Mittelveränderungen aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanztätigkeit. Der Bestand an liquiden Mitteln in der Geldflussrechnung entspricht der Bilanzposition liquide Mittel.

In der Geldflussrechnung wird der Cashflow aus den Endkonsolidierungsvorgängen als Nettogröße (abzüglich der abgegangenen Zahlungsmittel) dargestellt. Aus diesem Grund werden die abgegangenen Vermögenswerte und Schulden nicht in die Veränderung der Bilanzpositionen (insbesondere des Working Capitals) einbezogen.

**Segmentberichterstattung**

Die Segmentberichterstattung erfolgt nach IFRS 8. Die Berichts- und Organisationsstruktur des Konzerns unterteilt sich nicht in einzelne Geschäftssegmente bzw. Geschäftsfelder, vielmehr werden aufgrund der untrennbar zusammenhängenden Geschäftsaktivitäten die Unternehmen als einheitliches Ganzes gesteuert. Aufwendungen und Erträge können nicht einzelnen Ressourcen zuteilt werden. Insoweit kann nicht über Geschäftssegmente Bericht erstattet werden.

Der Konzern konnte im Berichtsjahr mit folgenden Produktgruppen die nachfolgend erwähnten Umsätze erzielen, welche zur Gänze mit externen Kunden erlöst wurden.

| **Produkt- bzw. Dienstleistungen in TEUR** | **Jahr 2010/11 01.07. – 30.06.** | **Jahr 2009/10 01.07. – 30.06.** |
|---|---|---|
| Softwareerlöse | 3.082 | 4.563 |
| Wartungserlöse | 4.276 | 4.247 |
| Erlöse aus Schulungen und Beratungen | 219 | 259 |
| | **7.577** | **9.068** |

In geographischer Hinsicht sind im Berichtsjahr folgende Umsätze erzielt worden:

| **in TEUR** | **Jahr 2010/11 01.07. – 30.06.** | **Jahr 2009/10 01.07. – 30.06.** |
|---|---|---|
| Deutschland | 5.963 | 7.240 |
| Schweiz | 1.280 | 1.511 |
| Österreich | 334 | 317 |
| | **7.577** | **9.068** |

Es gibt im Geschäftsjahr 2010/2011 keine externe Kunden mit denen Umsätze erzielt werden, die mindestens 10 % der Gesamtumsätze betragen. Gleiches gilt für das Vorjahr.

**Management der finanziellen Risiken und Angaben zu Finanzinstrumenten**

Zinsrisiko

Die B+S Gruppe unterliegt hinsichtlich ihrer Finanzinstrumente insbesondere Risiken aus der Veränderung der Zinssätze. Diesem Zinsrisiko wird durch kontinuierlichen Abbau der Verbindlichkeiten und ein straffes Cash-Management begegnet.

Der Konzern finanziert sich im Wesentlichen aus dem operativen Cashflow. Darüber hinaus bestehen finanzielle Verbindlichkeiten, die zur Finanzierung der operativen Geschäftstätigkeit beitragen, in Form von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern. Dem stehen verschiedene finanzielle Vermögenswerte wie zum Beispiel Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die unmittelbar aus der Geschäftstätigkeit resultieren, gegenüber.

Für das Zinsänderungsrisiko wurde eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt, die die Auswirkungen von hypothetischen Änderungen des Marktzinsniveaus auf Ergebnis nach Steuern und Eigenkapital zeigt. Als Basis für die Zinssensitivitätsanalyse wurden die Buchwerte der variabel verzinsten Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag herangezogen. Dabei wurde unterstellt, dass das Risiko am Bilanzstichtag im Wesentlichen das Risiko während des Geschäftsjahres repräsentiert. Außerdem wurde bei der Analyse unterstellt, dass alle anderen Variablen, insbesondere Wechselkurse, konstant bleiben. 100 Basispunkte entsprechen 1 % des Buchwertes zum 30. Juni 2011.

Wenn das Marktzinsniveau zum 30. Juni 2011 um 100 Basispunkte geringer/ höher gewesen wäre, wäre das Ergebnis nach Steuern um TEUR 143 geringer/ höher (zum 30. Juni 2010 um TEUR 147 geringer/ höher) gewesen. Ebenso wäre das Eigenkapital zum 30. Juni 2010 um TEUR 143 geringer/ höher (zum 30. Juni 2010 um TEUR 147 geringer/ höher) gewesen, wenn das Marktzinsniveau um 100 Basispunkte geringer/ höher gewesen wäre.

Währungsrisiko

Ein Währungskursrisiko besteht nur in untergeordnetem Ausmaß, weil nur Geschäftsfälle in EUR bzw. durch die Schweizer Tochtergesellschaft nur in ihrer Landeswährung CHF getätigt werden.

Liquiditätsrisiko

Das Risiko mangelnder Liquidität besteht nicht, weil durch Einnahmen aus langfristigen Wartungsverträgen die fixen Kosten gedeckt sind und zusätzlich nicht ausgenützte Kreditlinien bestehen.

Der Konzern überwacht das Risiko eines etwaigen Liquiditätsengpasses im Rahmen der laufenden Cashflow-planung und -Überwachung.

Aus der nachfolgenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen der originären finanziellen Verpflichtungen ersichtlich. Einbezogen wurden alle Verpflichtungen, die am 30. Juni 2010 im Bestand waren und für die bereits Zahlungen vertraglich vereinbart waren. Planzahlen für zukünftige neue Verbindlichkeiten gehen nicht ein. Die variablen Zinszahlungen aus den Finanzinstrumenten wurden unter Zugrundelegung der zuletzt vor dem 30. Juni 2011 geltenden Zinssätze ermittelt. Jederzeit rückzahlbare finanzielle Verpflichtungen sind dem frühesten Zeitraster zugeordnet.

Es bestehen jederzeit rückzahlbare finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 9.470 (Vorjahr TEUR 8.976), die nicht zur Gänze im folgenden Geschäftsjahr getilgt werden, sondern in dem Ausmaß, das aus dem Cashflow möglich ist, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu beeinträchtigen. Der Anspruch auf Rückzahlung aus diesen jederzeit rückzahlbaren finanziellen Verpflichtungen kann jederzeit fällig gestellt werden. Zur Absicherung dieser Verpflichtungen haben die Herren Heinz Schier und Wilhelm Berger jeweils Sicherheiten gestellt. Herr Wilhelm Berger ist zugleich Vorstand und Aktionär der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft München.

Bei den übrigen Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich um laufende Betriebsmittelkredite, bei denen ein Abfluss im nächsten Geschäftsjahr angenommen wurde.

| 30.06.2011 | | Cashflows 2011/12 | | Cashflows 2012/13 | | Cashflows 2014 - 2016 | | Cashflows 2017 ff. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | **Buch-wert** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.470 | 306 | 1.470 | 254 | 1.500 | 446 | 4.500 | 35 | 2.000 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.357 | 330 | 303 | 316 | 264 | 866 | 797 | 615 | 5.023 |

| 30.06.2010 | | Cashflows 2010/11 | | Cashflows 2011/12 | | Cashflows 2013 - 2015 | | Cashflows 2016 ff. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | **Buch-wert** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 8.976 | 238 | 976 | 203 | 1.500 | 420 | 4.500 | 28 | 2.000 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.491 | 342 | 292 | 330 | 303 | 908 | 781 | 889 | 5.115 |

Ausfallsrisiko

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft hat keine wesentlichen Kreditrisikokonzentrationen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zu 100 % gegenüber den Kunden, den Banken und Kreditinstituten, sind kurzfristig und werden durchschnittlich nach 28 Tagen bezahlt. Die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte entsprechen ihrem tatsächlichen Wert. Es besteht kein Abwertungsbedarf. Hinsichtlich Wertminderungen und Altersstruktur der überfälligen finanziellen Vermögenswerte ist auf Ziffer (4) Forderungen und sonstige Vermögenswerte zu verweisen.

Buchwerte, beizulegende Zeitwerte und Wertansätze von Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt Buchwerte und beizulegende Zweitwerte sämtlicher im Konzernabschluss erfasster Finanzinstrumente:

| **Klasse der finanziellen Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden:** | **Buchwert** | | **Beizulegender Zeitwert** | |
|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | 30.06.2011 | 30.06.2010 | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
| Forderungen aus Lieferung und Leistungen | 363 | 846 | 363 | 846 |
| Liquide Mittel = Ausweis in der Konzernbilanz | 1.989 | 1.400 | 1.989 | 1.400 |
| **Insgesamt** | **2.352** | **2.246** | **2.352** | **2.246** |

Liquide Mittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige finanzielle Verpflichtungen haben überwiegend kurze Laufzeiten. Daher entsprechen ihre Buchwerte zum Bilanzstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert.

| **Klasse der finanziellen Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden:** | **Buchwert** | | **Beizulegender Zeitwert** | |
|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | 30.06.2011 | 30.06.2010 | 30.06.2011 | 30.06.2010 |
| Finanzverbindlichkeiten (= Summe kurzfristige Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten laut Konzernbilanz) | 9.470 | 8.976 | 9.470 | 8.976 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (entsprechend Konzernbilanz) | 94 | 264 | 94 | 264 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (= Summe aus kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing laut Konzernbilanz) | 6.357 | 6.491 | 6.357 | 6.491 |
| | **15.921** | **15.731** | **15.921** | **15.731** |

Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen daher näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing sind variabel verzinst.

Kapitalmanagement

Der Konzern verfolgt das Ziel, langfristig die Unternehmensfortführung zu sichern und die Interessen der Aktionäre, seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aller weiterer Abschlussadressaten zu wahren.

Die Steuerung der Kapitalstruktur orientiert sich an den Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den Risiken aus den zugrunde liegenden Vermögenswerten. Der Konzern steht für die Strategie einer kontinuierlichen und nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes.

Im Berichtsjahr wurden alle externen Kapitalanforderungen erfüllt. Das Kapital des Konzerns entspricht dem bilanzierten Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 7,13 % (Vorjahr 28,50 %).

**Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen**

Es ist Vorgabe, dass alle Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen „at arm's length", d.h. zu üblichen Marktbedingungen durchgeführt werden.

Sämtliche Vorstandsmitglieder sind zugleich Aktionäre der Gesellschaft mit wesentlichem Einfluss.

Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder bestehen aus mehreren Vergütungsbestandteilen: dem Grundgehalt, der variablen Vergütung sowie aus Nebenleistungen. Das Grundgehalt wird als erfolgsunabhängige Grundvergütung monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen durch die private Dienstwagennutzung und Zuschüsse zur Sozialversicherung. Diese sind vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu. Die Höhe der variablen Vergütung ist von der Entwicklung der Umsätze abhängig.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

Aufgrund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Januar 2010 ist keine Aufgliederung der Einkünfte nach Personen mehr erforderlich. Die Zusammensetzung der Gesamtvergütung ergibt sich aus nachfolgender Tabelle:

| **Vorstandsbezüge**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br>**01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009/10**<br>**01.07. - 30.06.** |
|---|---|---|
| Grundgehalt | 338 | 526 |
| Variables Gehalt (Umsatzbeteiligung) | 82 | 146 |
| KFZ-Nutzung | 16 | 23 |
| Betriebliche Altersvorsorge | 1 | 1 |
| Sozialversicherung Arbeitgeberanteil | 17 | 27 |
| Zuführungen zu Dienstzeitaufwand Abfertigung | 0 | 13 |
| **Gesamtbezüge** | **454** | **736** |

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind in den Bezügen nicht enthalten. Im Rahmen des Stock Option Plans wurden im Rumpfgeschäftsjahr keine Optionen (Vorjahr 0) zum Erwerb von Aktien der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft an Mitglieder des Vorstands ausgegeben.

Das variable Gehalt (Umsatzbeteiligung) für das Geschäftsjahr 2009/10 in Höhe von TEUR 146 wurde im Geschäftsjahr 2010/11 ausbezahlt. Für das Geschäftsjahr 2010/11 wurde ein variables Gehalt in Höhe von TEUR 62 in der Bilanz des Tochterunternehmens und in Höhe von TEUR 20 in der Einzelbilanz des Mutterunternehmens in den Rückstellungen berücksichtigt.

Zur Absicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 9.470 (Vorjahr TEUR 8.976) haben die Herren Heinz Schier und Wilhelm Berger (beide Herren waren bzw. sind Vorstände der damaligen B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Herr Berger ist zugleich Aktionär der Gesellschaft), Sicherheiten gestellt.

Darüber hinaus bestehen im Konzern Kapitalgarantien ehemaliger Gesellschafter , die eine Eigenkapitalzufuhr zugunsten der Tochtergesellschaft in Österreich garantieren, sollten bestimmte, in der Garantieerklärung festgelegte Bilanzrelationen in Bezug auf den Teilkonzernabschluss in Österreich nicht eingehalten werden. Auf Basis der Planungsrechnung werden die Voraussetzungen zum Eintritt des Garantiefalles wahrscheinlich zum 30. Juni 2012 erfüllt sein. Aufgrund bestehender Unsicherheitsfaktoren wurde kein Vermögenswert zum Stichtag angesetzt.

Die Bezüge des Aufsichtsrats der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft betrugen im Geschäftsjahr TEUR 45 (Vorjahr TEUR 15). Sie entfallen auf Prof. Dr. Herbert Kofler mit TEUR 15 (Vorjahr TEUR 10), Dr. Manfred Seyfried mit TEUR 20 (Vorjahr TEUR 0), Dr. Werner Steinwender mit TEUR 10 (Vorjahr TEUR 5).

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Kredite und Vorschüsse an die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

**Organe der Gesellschaft**

Dem Vorstand der Gesellschaft gehörten an:

| **Vorstand** | |
|---|---|
| **Heinz Schier (bis 05. Juli 2010)**<br>Salzburg, Österreich | Kaufmann |
| **Wilhelm Berger**<br>Salzburg, Österreich | Bankkaufmann und Betriebswirt |
| **Peter Bauch**<br>München | Datenverarbeitungskaufmann |

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten an:

| **Aufsichtsrat** | **Mitglied in folgenden weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Ausland:** |
|---|---|
| **Prof. Dr. Mag. Herbert Kofler**<br>Klagenfurt, Österreich<br>Professor für Wirtschaftswissenschaften<br>Vorsitzender des Aufsichtsrats | IMMOFINANZ AG, Wien, Vorsitzender<br>Kärntner Sparkasse AG, Klagenfurt<br>Privatstiftung der Kärntner Sparkasse AG, Klagenfurt<br>redstars.data.com AG, Wien<br>Wirtschaftstreuhänder-Akademie GmbH, Wien |
| **Dr. Manfred Seyfried**<br>Frankfurt, Deutschland<br>Unternehmensberater<br>Stellvertreter des Vorsitzenden<br>(bis 24.02.2011) | - |
| **Hon. Prof. Mag. Dr. Johann Bertl**<br>Seekirchen, Österreich<br>Wirtschaftsprüfer<br>Stellvertreter des Vorsitzenden<br>(ab 07.03.2011) | Spänglerbank AG, Salzburg<br>Wiesner & Hager Möbel GmbH, Altheim |
| **Dr. Werner Steinwender**<br>Salzburg, Österreich<br>Rechtsanwalt | - |

Hinsichtlich der Angaben zu den Gesamtbezügen des Vorstandes und des Aufsichtsrates verweisen wir auf vorstehenden Abschnitt „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen“.

**Angaben zu § 21 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)**

Im Geschäftsjahr 2010/11 gab es keine meldepflichtigen Stimmrechtsmitteilungen.

Herr Peter Bauch, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 10.10.2008 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 10.10.2008 durch Aktien die Schwelle von 3%, 5%, 10%, 15% und 20% der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 23,59% (das entspricht 1.464.615 Stimmrechten) beträgt.

Herr Wilhelm Berger, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31.05.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 25.05.2010 die Schwelle von 25% überschritten hat und nunmehr 25,16% (das entspricht 1.562.462 Stimmrechten) beträgt.

Die COR&FJA Austria Ges.m.b.H., Wien, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.06.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, Deutschland, ISIN: DE0001262152, WKN: 126215 am 22.06.2010 die Schwelle von 3%, 5%, 10%, 15% und 20% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 20,13% (das entspricht 1.250.065 Stimmrechten) betragen hat.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

Die COR&FJA AG, Leinfelden-Echterdingen, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.06.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, Deutschland, ISIN: DE0001262152, WKN: 126215 am 22.06.2010 die Schwelle von 3%, 5%, 10%, 15% und 20% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 21,78% (das entspricht 1.352.665 Stimmrechten) betragen hat. 20,13% der Stimmrechte (das entspricht 1.250.065 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der COR&FJA Austria Ges.m.b.H. zuzurechnen.

Herr Heinz Schier, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 24.06.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, Deutschland, ISIN: DE0001262152, WKN: 126215 am 22.06.2010 die Schwelle von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,00% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

**Sonstige Angaben nach § 315a HGB**

**Konzernabschlussprüferhonorar**

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers beinhaltet ausschließlich die Leistungen für die Abschlussprüfung in Höhe von TEUR 40 (Vorjahr TEUR 28).

**Erklärung zum Corporate Governance Kodex**

Vorstand und Aufsichtsrat der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft haben die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und den Aktionären unter folgender Internetadresse dauerhaft zugänglich gemacht: http://www.bs-ag.com/index.php?option=com_content&view=article&id=144&Itemid=59

München, am 15. September 2011

Wilhelm Berger
Vorstand

Peter Bauch
Vorstand

**Chancen und Risiken**

Die B+S Banksystemen Aktiengesellschaft konnte das im Markt etablierte Kerngeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter ausbauen.

Das zukünftige Wachstum der Unternehmensgruppe soll zunächst über die regionale Ausschöpfung der vorhandenen Märkte im deutschsprachigen Raum und der angrenzenden Märkte in Mittel- und Ost-Europa erfolgen. Der Konzern kann mit seinen Kooperationspartnern das komplette Spektrum der Bankenanwendungen abbilden und damit Gesamtbankenanwendungen aus einer Hand anbieten und sich somit im Verdrängungswettbewerb behaupten. Das Leistungsportfolio deckt die Komplettabwicklung z. B. den Zahlungsverkehr einer Bank ab. Somit kann auch ein komplettes Outsourcing angeboten werden. Zudem ist durch das breite Produktangebot die Möglichkeit, neue Kunden und weitere Märkte zu gewinnen, erheblich gestiegen. Der Ausbau des B+S-eigenen Rechenzentrums, die Erweiterung des Angebotsportfolios und die Gewinnung neuer Kunden im Bereich Hosting/ Application-Service-Providing (ASP) führt zu Skaleneffekten im Rahmen des Rechenzentrumsbetriebs. Generell profitieren die Produkterlöse der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft von der hohen Nachfrage im Rahmen des IT-Kostendrucks bei den Banken, da Kernbankprozesse im ASP-Modell nicht mehr bei den Banken selbst ablaufen, sondern kostengünstig bei B+S abgewickelt werden können.

Durch die zu Anfang des Jahres 2010 geschlossene Kooperation mit dem Bankverlag ergeben sich für die B+S Banksysteme weitere Chancen. Die BV Zahlungssysteme GmbH realisiert gemeinsam mit der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft eine Zahlungsverkehrsplattform „BV Clearing Solutions“.

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft wird sich auf finanznahe Märkte fokussieren. Aufgrund von Restrukturierungsmaßnahmen in der Finanzbranche durch Fusionen und Übernahmen in den Zielmärkten, ergeben sich für die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft erhebliche Chancen.

Risiken der künftigen Entwicklung resultieren auch weiterhin aus einer starken Konzentration im Finanzdienstleistungsbereich, aus der bei weitem noch nicht bewältigten Finanzmarktkrise, einer Verschlechterung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Entwicklung am Arbeitsmarkt.

Prognosen zur weiteren Entwicklung am Arbeitsmarkt können seriöser Weise nur sehr schwer getroffen werden. Während in Deutschland das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften in dem für die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft relevanten Bereich aufgrund vieler Fusionen wieder größer geworden ist, ist die Anzahl der am Arbeitsmarkt verfügbaren IT-Spezialisten in Österreich und in der Schweiz weiterhin niedrig. Allerdings ist aufgrund der guten Mitarbeiterbindung bisher nicht mit Engpässen zu kämpfen.

Den erwähnten Risiken kann die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft mit ihrem ASP-Angebot und ihrer langjährigen Lösungskompetenz sowie die enge Bindung von Kooperationspartner erfolgreich begegnen.

In der Softwareentwicklung ist das Auftreten unvorhersehbarer Programmierfehler nicht auszuschließen. In den Kundenverträgen der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft sind entsprechende Bestimmungen enthalten, die das Risiko des Unternehmens bezüglich potenzieller Produkt- und Haftungsansprüche begrenzen. Entsprechende Versicherungen zur Einschränkung der Risiken hat das Unternehmen abgeschlossen. Es ist jedoch möglich, dass die haftungsbegrenzenden Vertragsbestimmungen nicht in allen Fällen ausreichend sind und dadurch Risiken entstehen.

Obwohl bei der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft bislang keine Fälle von Produkt- oder Projekthaftung oder Ansprüche wegen wirtschaftlichen Verlusten geltend gemacht worden sind, ist die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft dem Risiko derartiger Ansprüche ausgesetzt.

In der Finanzbranche herrscht nach wie vor ein intensiver Wettbewerb im Privatkundengeschäft. Ein möglicherweise entstehender Rückgang der zu erzielenden Margen im Produkt- und Dienstleistungsbereich kann das geplante Unternehmensergebnis beeinflussen.

Alle genannten Risikofaktoren können die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft beeinflussen und zu einer Abweichung des Ergebnisses führen. Die Liquidität des B+S Banksysteme Konzerns für das laufende Geschäftsjahr und darüber hinaus, ausgehend von der bestehenden Finanzierungsstruktur, von der auch künftig ausgegangen werden kann, und aufgrund der per Juli 2011 vorhandenen liquiden Mitteln sowie der vertraglich fixierten Einnahmen ist gesichert. In 2010/ 2011 wurde im Teilkonzern Österreich ein Verlust erwirtschaftet. Für die folgenden Jahre sieht die Planung positive Jahresergebnisse vor, die, unter Beachtung von Unternehmensbewertungsgesichtspunkten, zu einem Wert führen, der eine außerplanmäßige Abschreibung auf den Firmenwert von TEUR 5.700 im laufenden Geschäftsjahr nach sich zog. Die weitere Werthaltigkeit des Firmenwertes ist jedoch von der Liquidität und der Erreichung der Planzahlen im Teilkonzern Österreich abhängig.

Ziel der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft ist es, das Lizenz- und ASP-Geschäft weiter voranzutreiben. Aus den daraus resultierenden laufenden Einnahmen sollen auch zukünftig alle Fixkosten abgedeckt werden.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2011 (geprüft)

# »Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers«

Wir haben den von der B + S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzern-Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken weisen wir auf die Ausführungen des Vorstandes der Gesellschaft im Konzernlagebericht hin. Dort wird unter dem Punkt "Chancen und Risiken" ausgeführt, dass die weitere Werthaltigkeit des ausgewiesenen Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung und der Erreichung der Planzahlen im Teilkonzern Österreich abhängig ist.

Mannheim, 15. September 2011

MOORE STEPHENS TREUHAND KURPFALZ GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

| | |
|---|---|
| Dr. Matthias Ritzi | Stefan Hambsch |
| Wirtschaftsprüfer | Wirtschaftsprüfer |

# »Konzernjahresabschluss 2009/10«

**Konzern - Bilanz**

| **Bilanz (IFRS)<br>AKTIVA<br><br>in TEUR** | **Verweis auf Anhang** | **30.06.2010** | **30.06.2009 (adjusted)[1)]** | **30.06.2009** | **31.12.2008 01.01.2009 (adjusted)[1)]** |
|---|---|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 1 | **1.155** | 1.538 | 872 | 1.824 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 2 | **16.866** | 16.866 | 14.847 | 16.866 |
| Sachanlagen | 3 | **6.152** | 7.277 | 7.277 | 7.386 |
| Als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 4 | **1.153** | 0 | 0 | 0 |
| Aktive latente Steuern | 12 | **0** | 0 | 49 | 0 |
| **Summe Langfristige Vermögenswerte** | | 25.326 | **25.681** | **23.045** | **26.076** |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 5 | **944** | 939 | 938 | 695 |
| Forderungen aus Ertragsteuern | | **0** | 1 | 1 | 1 |
| Liquide Mittel | 6 | **1.400** | 596 | 595 | 184 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 7 | **233** | 204 | 204 | 126 |
| **Summe kurzfristige Vermögenswerte** | | 2.577 | **1.740** | **1.738** | **1.006** |
| **BILANZSUMME A K T I V A** | | 27.903 | **27.421** | **24.783** | **27.082** |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

| **Bilanz (IFRS) PASSIVA in TEUR** | **Verweis auf Anhang** | **30.06.2010** | **30.06.2009 (adjusted)[1)]** | **30.06.2009** | **31.12.2008 01.01.2009 (adjusted)[1]** |
|---|---|---|---|---|---|
| Gezeichnetes Kapital | 8 | **6.210** | 6.210 | 6.210 | 6.210 |
| Kapitalrücklage | 8 | **438** | 439 | 1.156 | 465 |
| Eigene Anteile | 9 | **-104** | -104 | -76 | -104 |
| Rücklagen Währungsdifferenzen | 8 | **28** | 2 | 12 | 2 |
| Gewinnrücklagen | 8 | **114** | 114 | 0 | 114 |
| Bilanzgewinn/ -verlust | 8 | **1.265** | 738 | -2.368 | 603 |
| **Summe Eigenkapital** | | 7.951 | **7.400** | **4.934** | **7.290** |
| Verpflichtungen für Abfertigungen | 10 | **886** | 997 | 997 | 959 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 14 | **6.200** | 6.301 | 6.301 | 6.379 |
| Passive latente Steuern | 12 | **337** | 236 | 65 | 331 |
| **Summe langfristige Verbindlichkeiten** | | 7.423 | **7.534** | **7.363** | **7.669** |
| Erhaltene Anzahlungen | | **230** | 297 | 297 | 32 |
| Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 13 | **8.000** | 8.000 | 8.000 | 8.000 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 14 | **976** | 1.295 | 1.295 | 1.966 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | **264** | 217 | 217 | 263 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 14 | **292** | 194 | 194 | 262 |
| Kurzfristige sonstige Rückstellungen | 11 | **476** | 657 | 657 | 585 |
| Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 15 | **2.291** | 1.826 | 1.826 | 1.016 |
| **Summe kurzfristige Verbindlichkeiten und RAP** | | 12.529 | **12.486** | **12.486** | **12.123** |
| **BILANZSUMME P A S S I V A** | | 27.903 | **27.421** | **24.783** | **27.082** |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

**Konzern - Gesamtergebnisrechnung**

| Gesamtergebnisrechnung (IFRS)<br>in TEUR | Verweis auf Anhang | 30.06.2010 | 30.06.2009 (adjusted)[1)] | 30.06.2009 |
|---|---|---|---|---|
| Umsatzerlöse | 16 | **9.068** | 3.843 | 3.843 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 17 | **521** | 101 | 101 |
| | | 9.589 | **3.944** | **3.944** |
| Waren- und Materialeinsatz | | **-126** | -26 | -26 |
| Personalaufwand | 18 | **-4.823** | -2.087 | -2.087 |
| Abschreibungen | | **-829** | -469 | -433 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 19 | **-2.326** | -934 | -934 |
| **Operatives Ergebnis (EBIT)** | | 1.485 | **428** | **464** |
| Finanzerträge | 21 | **5** | 3 | 3 |
| Finanzaufwendungen | 21 | **-671** | -356 | -356 |
| **Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)** | | 819 | **75** | **111** |
| Ertragsteuern | 12 | **-293** | 61 | 49 |
| **Periodenergebnis *** | | 526 | **136** | **160** |

* Das Periodenergebnis entfällt in voller Höhe auf die Eigentümer des Mutterunternehmens

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

| Gesamtergebnisrechnung (IFRS)<br>in TEUR | Verweis auf Anhang | 30.06.2010 | 30.06.2009 (adjusted)[1)] | 30.06.2009 |
|---|---|---|---|---|
| ohne Verwässerungseffekt | 23 | **0,09** | 0,02 | 0,03 |
| mit Verwässerungseffekt | 23 | **0,09** | 0,02 | 0,03 |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

| Gesamtergebnisrechnung (IFRS)<br>in TEUR | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. | Jahr 2009 01.01. - 30.06. (adjusted)[1)] | Jahr 2009 01.01. - 30.06. |
|---|---|---|---|
| **Periodenergebnis** | 526 | **136** | **160** |
| Sonstiges Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung von ausländischen Geschäftsbetrieben | **26** | 0 | 1 |
| Latente Steuern auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses | **0** | 0 | 0 |
| **Gesamtergebnis nach Steuern *** | 552 | **136** | **161** |

* Das Periodenergebnis entfällt in voller Höhe auf die Eigentümer des Mutterunternehmens

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

**Konzern - Eigenkapitalveränderungsrechnung**

| **Entwicklung des Eigenkapitals[1)]**<br><br>**in TEUR** | **Gezeich-netes Kapital** | **Kapital-rücklage** | **Währungs-umrech-nungs-differenzen** | **Gewinn-rücklagen** | **Eigene Anteile** | **Bilanz-ergebnis** | **Summe Eigen-kapital** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Stand zum 31. Dez. 2008/ 01. Jan. 2009** | **6.210** | **465** | **2** | **114** | **-104** | **603** | **7.290** |
| Kosten der Kapitalerhöhung | | -26 | | | | | -26 |
| Perioden-ergebnis | | | | | | 136 | 136 |
| **Stand zum 30. Juni 2009** | **6.210** | **439** | **2** | **114** | **-104** | **739** | **7.400** |
| Zuführung Kapitalrücklage | | | | | | | |
| Differenzen aus Währungsum-rechnung | | | 26 | | | | 26 |
| Gesamtergebnis nach Steuerns | | | | | | 525 | 525 |
| **Stand zum 30. Juni 2010** | **6.210** | **439** | **28** | **114** | **-104** | **1.264** | **7.951** |
| Verweis auf Anhang | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

**Konzern - Kapitalflussrechnung**

| **Kapitalflussrechnung (IFRS)**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2009/10 01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009 01.01. - 30.06. (adjusted)[1)]** | **Jahr 2009 01.01. - 30.06.** |
|---|---|---|---|
| **Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit** | | | |
| Periodenergebnis | 526 | 136 | 160 |
| Abschreibungen | **830** | 469 | 433 |
| Veränderungen langfristige Rückstellungen | **-111** | 38 | 38 |
| Veränderung latenter Steuern | **101** | -46 | -34 |
| Veränderungen Forderungen | **-6** | -370 | -370 |
| Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposten | **-29** | 0 | 0 |
| Veränderungen erhaltene Anzahlungen | **-67** | 266 | 266 |
| Veränderungen Verbind. aus Lief. u. Leistungen | **47** | -46 | -46 |
| Veränderungen sonstige Rückstellungen | **-72** | -359 | -359 |
| Sonstige Verbindlichkeiten und RAP | **355** | 1.240 | 1.240 |
| | 1.574 | **1.328** | **1.328** |
| **Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit** | | | |
| Investitionen ins Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) | **-474** | -73 | -73 |
| | -474 | **-73** | **-73** |
| **Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit** | | | |
| Veränderungen Finanzverbindlichkeiten | **-322** | -817 | -817 |
| Zuführung Kapitalrücklage | **0** | -27 | -27 |
| | -322 | **-844** | **-844** |
| | | | |
| Differenz aus Währungsumrechnung | **26** | 0 | 0 |
| **Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes** | 804 | **411** | **411** |
| Liquide Mittel zu Beginn des Geschäftsjahres | **595** | 184 | 184 |
| Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres | **1.400** | 595 | 595 |
| | | | |
| davon bezahlte Ertragsteuern | **-142** | -34 | -34 |
| davon erhaltene Zinsen | **5** | 3 | 3 |
| davon bezahlte Zinsen | **-671** | -356 | -356 |

1) Adjusted siehe Anhangangaben zu IAS 8

# »Konzern - Anhang«

**Das Unternehmen**

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft (- nachfolgend auch Gesellschaft genannt -) ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft, welche im Handelsregister beim Amtsgericht München unter HRB 120849 eingetragen ist. Ihr Sitz ist in 80686 München, Deutschland, Rüdesheimer Straße 7. Die Gesellschaft hat zum Unternehmensgegenstand die Erstellung und Entwicklung von eigenen Programmen zu Datenver- und Datenbearbeitung, deren Vervielfältigung, Lizenzierung und Vertrieb sowie Beratung von Unternehmen. Die Gesellschaft gehört zu den Anbietern von Standardsoftwareprodukten für Finanzdienstleister im deutschsprachigen Raum. Die Produktpalette umfasst Standardsoftware für eine Gesamtbanklösung sowie Lösungen für banknahe Finanzdienstleistungen.

**Grundsätze der Rechnungslegung und Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

**Grundsätze der Rechnungslegung**

Die Gesellschaft stellt als Mutterunternehmen für den kleinsten und den größten Kreis von Unternehmen einen befreienden Konzernabschluss nach § 315a HGB auf.

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 wurde unter Anwendung von § 315a Abs. 1 HGB im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB), London, wie sie gemäß der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anwendung Internationaler Rechnungslegungsstandards in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt. Er berücksichtigt alle bis zum 30. Juni 2010 verabschiedeten und verpflichtend anzuwendenden Bilanzierungsstandards (IAS/IFRS) und Interpretationen (SIC/IFRIC).

Mit Hauptversammlungsbeschluss der Gesellschaft vom 05. November 2008 wurde das Geschäftsjahr geändert und zwar auf den Zeitraum vom 01. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres. Für den Zeitraum vom 01. Januar bis 30. Juni 2009 wurde ein Rumpfgeschäftsjahr eingetragen. Somit bestehen zukünftig konzerneinheitliche Geschäftsjahre (vom 01. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres).

Aufgrund des Rumpfgeschäftsjahres in der Vorperiode sind die Vergleichsbeträge der gesonderten Gewinn- und Verlustrechnung, der Gesamtergebnisrechnung, der Bilanz, der Kapitalflussrechnung, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und der dazugehörigen Anhangsangaben nur eingeschränkt vergleichbar.

Während des Berichtszeitraumes vom 01. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 wurden die Änderungen nachfolgender Standards und Interpretationen verbindlich:

- IFRS 8: Operating Segments
- Amendments to IFRS 1 and IAS 27: Cost of an Investment in a Subsidiary, Jointly-Controlled Entitiy or Associate
- IFRS 3 Revised: Business Combinations
- Amendments to IAS 1: Presentation of Financial Statements: A Revised Presentation
- Amendments to IAS 23: Borrowing costs
- Amendments to IAS 27: Consolidated and Seperate Financial Statements
- Amendments to IAS 39: Financial Instruments: Recognition and Measurement: Eligible Hedge Items

IFRS 8 wurde bereits im Geschäftsjahr 2008 vorzeitig angewandt. Der überarbeitete IAS 1 (Darstellung des Abschlusses) hat zur Ergänzung der Gesamtergebnisrechnung und zu einer Änderung in der Darstellung der Eigenkapitalveränderungsrechnung geführt. Die Überarbeitung der übrigen oben genannten Standards und Interpretationen hat zu keinen wesentlichen Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geführt.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Standards bzw. Interpretationen per 30. Juni 2010 von der EU ratifiziert:

- Amendment to IAS 32 Financial Instruments: Presentation and classification of Rights Issues (IASB/EU ab 01.02.2010)
- Amendments to IFRS 1: Additional Exemptions for First-time Adopters (IASB/EU ab 01.01.2010)
- Amendments to IFRS 2: Group Cash-settled Share-based Payment Transactions (IASB/EU ab 01.01.2010)
- Improvements to IFRSs (issued by IASB in April 2009) (IASB/EU überwiegend ab 01.01.2010),
- IFRIC 15: Agreements for the Construction of Real Estate (IASB ab 01.01.2009, EU ab 01.01.2010),
- IFRIC 17: Distributions of Non-Cash Assets to Owners (IASB ab 01.07.2009, EU ab 01.11.2009),
- IFRIC 18: Transfers of Assets from Customers (IASB ab 01.07.2009[1], EU ab 01.11.2009)

Der IASB bzw. das IFRIC haben folgende neuen Standards bzw. Interpretationen herausgegeben, die noch nicht in Kraft getreten sind, und von der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft nicht vorzeitig angewendet werden:

- Revised IAS 24: Related Party Disclosures (IASB/EU ab 01.01.2011[2]), not endorsed
- Amendments to IFRS 1: Additional Limited Exemption from Comparative IFRS 7 Disclosures for First-time Adopters (IASB/EU ab 01.07.2010), not endorsed
- Improvements to IFRSs (issued by IASB in May 2010) (IASB/EU frühestens ab 01.07.2010), not endorsed
- IFRS 9: Financial Instruments (IASB ab 01.01.2013) not endorsed
- Amendment to IFRIC 14: Prepayment of a Minimum Funding Requirement (IASB/EU ab 01.01.2011), not endorsed
- IFRIC 19: Extinguishing Financial Liabilities with Equity Instruments (IASB/EU ab 01.07.2010), not endorsed

Im Hinblick auf die künftige Anwendung des IFRS 7 gehen wir von erweiterten Anhangangaben hinsichtlich der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten aus. Der Konzern wird diese (überarbeiteten) Standards und Interpretationen für zukünftige Berichtsperioden, für welche die Anwendung verpflichtend ist, anwenden.

Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und kann am Sitz der Gesellschaft in München angefordert werden.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 04. Oktober 2010 durch Beschluss des Vorstandes zur Vorlage an den Aufsichtsrat freigegeben.

Der Konzernabschluss umfasst die Einzelabschlüsse der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften („B+S Gruppe“). Auf die nachfolgende vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 Abs. 4 HGB wird Bezug genommen.

Der Rechnungslegung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen die einheitlichen Rechnungslegungsvorschriften der B+S Gruppe zu Grunde. Diese sind identisch mit jenen des vorangegangenen Geschäftsjahres. Diese Vorschriften werden von allen einbezogenen Unternehmen angewendet. Der vorliegende Konzernabschluss basiert grundsätzlich auf den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, mit Ausnahme insbesondere von bestimmten Finanzinvestitionen, die zu Marktwerten und langfristiger Rückstellungen (einschließlich Personalrückstellungen), die zu Barwerten angesetzt werden.

[1] Die Standards und Interpretationen sind jeweils für jene Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem angegebenen Datum beginnen.

[2] IFRIC 18 gilt laut IASB für Übertragungen von Vermögenswerten, die ein Unternehmen von einem Kunden am oder nach dem 01.07.2009 erhält.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Zur Verbesserung der Klarheit und Aussagefähigkeit werden einzelne Posten der Gesamtergebnisrechnung sowie der Bilanz zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gesamtergebnisrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die Bilanz wird nach der Fristigkeit der Posten gegliedert.

Der Konzernabschluss ist in der Berichtswährung EURO bzw. in 1.000 EURO ("TEUR"), gerundet nach kaufmännischer Rundungsmethode, aufgestellt. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

**Änderungen nach IAS 8**

Am 02. Oktober 2007 beschloss die Hauptversammlung die Fusion der DataDesign AG, München mit der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, welche mit Stichtag 30. September 2008 umgesetzt wurde. Die Eintragung der Durchführung der Bar- und Sachkapitalerhöhung erfolgte am 06. Oktober 2008. Einhergehend mit den Kapitalerhöhungen wurde der Firmenname von DataDesign AG in B+S Banksysteme Aktiengesellschaft umbenannt und das Rumpfgeschäftsjahr auf den 01. Januar 2009 bis 30. Juni 2009 eingetragen. Die Gesellschaften wurden mit Wirkung zum 01. Oktober 2008 erstmals konsolidiert. Im Geschäftsjahr 2009/10 wurden gemäß IAS 8.42 folgende Sachverhalte angepasst:

- Ursprünglich wurde der rechtliche Erwerber B+S Banksysteme, München (vormals: DataDesign AG, München) als wirtschaftlicher Erwerber identifiziert. Entsprechend IFRS 3.21 ist allerdings die B+S Banksysteme, Salzburg, Österreich als wirtschaftlicher Erwerber anzusehen (reverse acquisition). Es wurde daher, nicht wie in den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2008 und 30. Juni 2009 dargestellt, der Jahresabschluss des rechtlichen Erwerbers weitergeführt und die Kaufpreisallokation für den rechtlichen Erwerber durchführt, sondern der Jahresabschluss des wirtschaftlichen Erwerbers fortgeführt und die Kaufpreisallokation für den wirtschaftlich Erworbenen durchgeführt. Dadurch kommt es zu einem um TEUR 2.019 erhöhten Firmenwert, dem Ansatz einer Marke in Höhe von TEUR 168 und dem Ansatz eines Kundenstamms in Höhe von TEUR 553 und darauf entfallenden latenten Steuern in Höhe von TEUR 237. (Zur Kaufpreisallkokation und Fortschreibung der Werte zu den Bilanzstichtagen verweisen wir auf den Abschnitt „Anhang“ in diesem Kapitel).
- Eigenen Anteile wurden mit einem Wert von TEUR 104 eingebracht und zu den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2008 sowie zum 30. Juni 2009 ergebnisneutral neubewertet. Dies wurde entsprechend IAS 32.36 retrospektiv angepasst und somit die Eigenen Anteile mit dem Wert von TEUR 104 in den Jahresabschlüssen im Eigenkapital fortgeschrieben und nicht neubewertet.

**Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung**

Durch die Korrekturen änderten sich folgende Posten der Bilanz, der Gesamtergebnisrechnung sowie die Eigenkapitalentwicklung wie folgt:

**Bilanz zum 31. Dezember 2008**

| **Bilanz (IFRS)<br>AKTIVA<br><br>in TEUR** | **veröffentlichter Konzernabschluss** | **Anpassung** | **angepasster Konzernabschluss** |
|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 1.121 | **703** | 1.824 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 14.847 | **2.019** | 16.866 |
| **Summe Langfristige Vermögenswerte** | **23.354** | 2.722 | **26.076** |
| **BILANZSUMME A K T I V A** | **24.360** | 2.722 | **27.082** |

| Bilanz (IFRS)<br>PASSIVA<br><br>in TEUR | veröffentlichter Konzernabschluss | Anpassung | angepasster Konzernabschluss |
|---|---|---|---|
| Kapitalrücklage | 1.183 | **-718** | 465 |
| Eigene Anteile | -76 | **-28** | -104 |
| Rücklagen Währungsdifferenzen | 11 | **-9** | 2 |
| Gewinnrücklagen | 0 | **114** | 114 |
| Bilanzgewinn/ -verlust | -2.528 | **3.131** | 603 |
| **Summe Eigenkapital** | **4.800** | 2.490 | **7.290** |
| Passive latente Steuern | 99 | **232** | 331 |
| **BILANZSUMME P A S S I V A** | **24.360** | 2.722 | **27.082** |

**Bilanz zum 30. Juni 2009**

| Bilanz (IFRS)<br>AKTIVA<br><br>in TEUR | veröffentlichter Konzernabschluss | Anpassung | angepasster Konzernabschluss |
|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 872 | **666** | 1.538 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 14.847 | **2.019** | 16.866 |
| **Summe Langfristige Vermögenswerte** | **23.045** | 2.638 | **25.683** |
| **BILANZSUMME A K T I V A** | **24.783** | 2.638 | **27.421** |

| Bilanz (IFRS)<br>PASSIVA<br><br>in TEUR | veröffentlichter Konzernabschluss | Anpassung | angepasster Konzernabschluss |
|---|---|---|---|
| Kapitalrücklage | 1.156 | **-717** | 439 |
| Eigene Anteile | -76 | **-28** | -104 |
| Rücklagen Währungsdifferenzen | 12 | **-10** | 2 |
| Gewinnrücklagen | 0 | **114** | 114 |
| Bilanzgewinn/ -verlust | -2.368 | **3.106** | 738 |
| **Summe Eigenkapital** | **4.934** | 2.466 | **7.400** |
| Passive latente Steuern | 65 | **171** | 236 |
| **BILANZSUMME P A S S I V A** | **24.783** | 2.638 | **27.421** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

**Gesamtergebnisrechnung für das Rumpfgeschäftsjahr von 01. Januar 2009 bis 30. Juni 2009**

| Gesamtergebnisrechnung (IFRS) in TEUR | veröffentlichter Konzernabschluss | Anpassung | angepasster Konzernabschluss |
|---|---|---|---|
| Abschreibungen | -433 | **-36** | -469 |
| Operatives Ergebnis (EBIT) | 464 | **-36** | 428 |
| Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) | 111 | **-36** | 75 |
| Ertragsteuern | 49 | **12** | 61 |
| **Periodenergebnis *** | **160** | -24 | **136** |

* Das Periodenergebnis entfällt in voller Höhe auf die Eigentümer des Mutterunternehmens

| Gesamtergebnisrechnung (IFRS) in TEUR | veröffentlichter Konzernabschluss | Anpassung | angepasster Konzernabschluss |
|---|---|---|---|
| ohne Verwässerungseffekt | 0,03 | **-0,01** | 0,02 |
| mit Verwässerungseffekt | 0,03 | **-0,01** | 0,02 |

| Gesamtergebnisrechnung (IFRS) in TEUR | veröffentlichter Konzernabschluss | Anpassung | angepasster Konzernabschluss |
|---|---|---|---|
| **Periodenergebnis** | 160 | -24 | **136** |
| Sonstiges Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung von ausländischen Geschäftsbetrieben | **1** | **-1** | 0 |
| **Gesamtergebnis nach Steuern *** | 161 | -25 | **136** |

* Das Periodenergebnis entfällt in voller Höhe auf die Eigentümer des Mutterunternehmens

**Eigenkapitalveränderungsrechnung für die Periode vom 01. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2009**

| Entwicklung des Eigenkapitals in TEUR | Gezeichnetes Kapital | Kapitalrücklage | Währungsumrechnungsdifferenzen | Gewinnrücklagen | Eigene Anteile | Bilanzergebnis | Summe Eigenkapital |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Stand zum 31. Dezember 2008 angepasst** | **6.210** | **465** | **2** | **114** | **-104** | **603** | **7.290** |
| ***(veröffentlicht)*** | ***(6.210)*** | ***(1.183)*** | ***(11)*** | ***(0)*** | ***(-76)*** | ***(-2.528)*** | **(4.800)** |
| Kosten der Kapitalerhöhung angepasst | | -27 | | | | | -27 |
| *(veröffentlicht)* | | *(-27)* | | | | | *(-27)* |
| Periodenergebnis angepasst | | | 0 | | | 136 | 136 |
| *(veröffentlicht)* | | | *(1)* | | | *(160)* | *(161)* |
| **Stand zum 30. Juni 2009 angepasst** | **6.210** | **439** | **2** | **114** | **-104** | **738** | **7.400** |
| ***(6.210)*** | ***(1.156)*** | ***(12)*** | ***(0)*** | ***(-76)*** | ***(-2.368)*** | ***(4.934)*** | |

| ***(veröffentlicht)*** | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

**Anhang:**

Im veröffentlichten Konzernabschluss zum 31.12.2008 wurde der Unternehmenszusammenschluss und Erwerb aller Anteile an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Östereich dargestellt, unter Anwendung von IFRS 3.21 (Reverse Acquisition) ist der Unternehmenszusammenschluss und Erwerb aller Anteile an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München darzustellen. Im Folgenden werden die damals darzustellenden Angaben berichtigt und bis zum aktuellen Bilanzstichtag fortgerechnet.

Die beizulgenden Buch- und Zeitwerte der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden wurden vom rechtlich Erworbenen dargestellt. Die beizulegenden Buch- und Zeitwerte vom wirtschaftlich Erworbenen zum Erstkonsolidierungszeitpunkt 30. September 2008 stellten sich folgendermaßen dar:

| **AKTIVA**<br>**in TEUR** | **Buchwert** | **Zeitwert** |
|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | **1** | 1 |
| Geschäfts- und Firmenwert | **0** | 0 |
| Sachanlagen | **8** | 8 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | **91** | 91 |
| Liquide Mittel | **196** | 196 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | **459** | 459 |
| | 755 | **755** |
| Kurfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsgabgrenzung | **829** | 829 |
| | 829 | **829** |
| Beizulegender Zeitwert des Nettovermögens | | -74 |
| Kundenstamm | | 553 |
| Marke | | 168 |
| Latente Steuern | | -238 |
| **= Unterschiedsbetrag, somit Geschäfts- und Firmenwert aus dem Unternehmenszusammenschluss:** | | **1.483** |
| Anschaffungskosten (Consideration) | | 1.892 |

**Anschaffungskosten (Consideration):**

Im Rahmen des Unternehmenszusammenschluss wurden 1.630.812,00 Aktien mit einem beizulegenden Zeitwert (Börsekurs) zum 30. September 2008 in Höhe von EUR 1,16 vom Erwerber berücksichtigt (Consideration: EUR 1.891.741,92).

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Die im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten Werte haben sich seit dem Erstkonsolidierungszeitpunkt wie folgt entwickelt:

| Position<br>in TEUR | 30.09.2008 | Veränderung ergebnis-wirksam | 31.12.2008 | Veränderung ergebnis-wirksam | 30.06.2009 |
|---|---|---|---|---|---|
| Kundenstamm | 553 | -14 | 539 | -28 | 511 |
| Marke | 168 | -4 | 164 | -8 | 156 |
| Firmenwert | 1.483 | 0 | 1.483 | 0 | 1.483 |
| Latente Steuern | -238 | 6 | -232 | 12 | -220 |
| **Summe** | **1.966** | **-12** | **1.954** | **-24** | **1.930** |

Der Kundenstamm und die Marke werden planmäßig über 10 Jahre abgeschrieben.

**Konsolidierungsgrundsätze**

**Konsolidierungskreis und Stichtag**

In den Konzernjahresabschluss sind neben der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München als Mutterunternehmen folgende Tochterunternehmen, an denen die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft eine direkte bzw. indirekte Stimmenmehrheit hält, durch Vollkonsolidierung einbezogen.

Der daraus resultierende Konzernanteilsbesitz nach § 313 Abs. 2, Abs. 4 HGB stellt sich wie folgt dar:

| Beteiligungsunternehmen | | Anteil in % | Währung | Eigen-kapital | Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| B+S Banksysteme Aktiengesellschaft<br>Salzburg, Österreich | 1 | 100 | TEUR | -515 | -632 |
| B+S Banksysteme Deutschland GmbH<br>München, Deutschland | 1<br>2 | 100 | TEUR | 307 | 175 |
| B+S Banksysteme Schweiz AG<br>Thun, Schweiz | 1<br>2 | 100 | TCHF | 386 | 189 |

Zu (1): Die Angaben beziehen sich jeweils auf den letzten, nach landesrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschluss in der angegebenen Landeswährung
Zu (2): Indirekte Beteiligung über die B+S Banksysteme AG, Salzburg, Österreich

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich sowie deren Tochterunternehmen, die B+S Banksysteme Deutschland GmbH, München, und die B+S Banksysteme Schweiz AG, Thun, bilden den Teilkonzern Salzburg.

Tochterunternehmen, die im Laufe eines Berichtsjahres erworben werden, sind ab dem Zeitpunkt des Übergangs der Beherrschung über die Finanz- und Geschäftspolitik einbezogen. Die Einbeziehung in den Konzernabschluss endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht.
Seit dem 01. Januar 2009 hat sich der Konsolidierungskreis der vollkonsolidierten Tochtergesellschaften nicht verändert.

Das Geschäftsjahr der Muttergesellschaft entsprach dem eines Kalenderjahres. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 05. November 2008 wurde das Geschäftsjahr der Muttergesellschaft auf den konzerneinheitlichen Zeitraum vom 01. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres umgestellt. Somit bildet der Zeitraum vom 01. Januar bis 30. Juni 2009 (=Vorjahr) ein Rumpfgeschäftsjahr.

Die Beherrschung der Tochterunternehmen durch die Gesellschaft wurde im Wege eines Einbringungs- und Abtretungsvertrages übernommen, dies war wirtschaftlich zum 30. September 2008.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Mit Wirkung zum 30. September 2008 sind die Tochterunternehmen erstmals einbezogen worden. Die Tochterunternehmen haben jeweils zum 30. September 2008 Zwischenabschlüsse nach einheitlichen Konzernrechnungslegungsgrundsätzen erstellt.

**Konsolidierungsmethoden**

Die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Abschlüsse der Tochterunternehmen werden gemäß IAS 27 nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Unternehmenszusammenschlüsse werden nach der Erwerbsmethode des IFRS 3 (Unternehmenszusammenschlüsse) bilanziert. Bei der Erstkonsolidierung werden die identifizierbaren Posten des erworbenen Unternehmens mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Ein danach verbleibender positiver Unterschiedsbetrag zwischen der übertragenen Gegenleistung für das erworbene Unternehmen und dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital wird als Geschäfts- und Firmenwert gesondert bilanziert. Ein danach verbleibender negativer Unterschiedsbetrag wird nach nochmaliger kritischer Würdigung der Ansetzbarkeit und Bewertung der übernommenen Posten erfolgswirksam in der Gesamtergebnisrechnung erfasst. Der Geschäfts- und Firmenwert wird mindestens einmal jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft, gegebenenfalls wird eine Wertminderung auf den erzielbaren Betrag vorgenommen.

Konzerninterne Transaktionen, Salden sowie unrealisierte Gewinne und Verluste aus Transaktionen zwischen Konzernunternehmen werden eliminiert. Bei Vorhandensein unrealisierter Verluste wird dies jedoch als Indikator zur Notwendigkeit der Durchführung eines Wertminderungstests für den übertragenen Vermögenswert genommen.

Auf Konsolidierungsvorgänge werden latente Steuern gemäß IAS 12 (Ertragsteuern) abgegrenzt.

**Währungsumrechnung**

**Geschäftstransaktionen in ausländischer Währung**

Die Konzerngesellschaften erfassen Geschäftsfälle in fremder Währung mit den relevanten Fremdwährungskursen zum Transaktionszeitpunkt. In den Folgeperioden werden die monetären Vermögenswerte und Schulden zum Stichtagskurs bewertet, die Umrechnungsdifferenzen werden im Geschäftsjahr erfolgswirksam erfasst.

**Umrechnung von Einzelabschlüssen in ausländischer Währung**

Die Jahresabschlüsse ausländischer Tochterunternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, werden gemäß IAS 21 (Wechselkursänderungen) in Euro umgerechnet. Als funktionale Währung gilt die Währung des primären Wirtschaftsumfelds, in dem das Tochterunternehmen tätig ist. Da sämtliche einbezogene Tochterunternehmen ihre Geschäfte in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht selbstständig betreiben, ist die jeweilige Landeswährung grundsätzlich die funktionale Währung. Die Vermögensgegenstände und Schulden ausländischer Geschäftsbetriebe (inklusive Firmenwert und Anpassungen an den beilzulegenden Zeitwert, die aus der Konsolidierung entstehen) werden mit dem Wechselkurs zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Erträge und Aufwendungen ausländischer Geschäftsbetriebe werden zu Durchschnittskursen in Euro umgerechnet, die annähernd den Wechselkursen zu den Transaktionszeitpunkten entsprechen.
(Stichtagskurs 30. Juni 2010: 1 EUR = 1,3283 CHF, Jahresdurchschnittskurs: 1 EUR = 1,42 CHF) Differenzen aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen werden erfolgsneutral behandelt und im Eigenkapital unter den Währungsumrechnungsdifferenzen ausgewiesen. Im Jahr der Endkonsolidierung ausländischer Tochterunternehmen werden diese Währungsdifferenzen ergebniswirksam aufgelöst.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

**Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

**Immaterielle Vermögensgegenstände**

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Haben immaterielle Vermögenswerte eine bestimmte Nutzungsdauer, werden sie über den Zeitraum ihrer Nutzung linear abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer beträgt für Software und Softwarenutzungsrechte drei bis fünf Jahre. Wertminderungen und Wertaufholungen werden in der Gesamtergebnisrechnung in der Position „Abschreibungen“ ergebniswirksam erfasst.

Die Gesellschaft verfügt über keine immateriellen Vermögenswerte (mit Ausnahme des Geschäfts- und Firmenwertes) mit unbestimmter Nutzungsdauer.

**Entwicklungskosten**

Ab 01. Oktober 2008 werden in der B+S Gruppe keine Entwicklungskosten mehr aktiviert, weil die Voraussetzungen für die Aktivierung nach IAS 38 nicht mehr in ausreichendem Ausmaß dokumentiert und damit nachgewiesen werden können. Die Entwicklungskosten wurden zu Herstellkosten bewertet. Basis für die Herstellkosten waren die Personalkosten. Fremdkapitalkosten wurden nur für qualifizierte Vermögenswerte aktiviert. Entwicklungskosten wurden erstmals im Geschäftsjahr 1990/91 aktiviert. Der per 01.10.2008 verbliebene Vermögenswert wird linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

**Geschäfts- und Firmenwert**

Geschäfts- und Firmenwerte aus einem Unternehmenszusammenschluss werden bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der Anschaffungskosten des Unternehmens-zusammenschlusses über den Anteil des Konzerns an den beizulegenden Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden bemessen. Der bilanzierte Geschäfts- und Firmenwert wird einem jährlichen Werthaltigkeitstest unterzogen und mit ursprünglichen Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Wertminderungsaufwendungen werden in der Gesamtergebnisrechnung in der Position „Abschreibungen“ erfasst.

**Sachanlagen**

Gegenstände des Sachanlagevermögens, die im Geschäftsbetrieb länger als ein Jahr genutzt werden, werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen und gegebenenfalls Wertminderungen bewertet. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten umfassen alle Kosten, die angefallen sind, um den Vermögenswert in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Die Herstellungskosten enthalten neben Einzelkosten angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten. Aufwendungen der allgemeinen Verwaltung und des Vertriebs werden nicht aktiviert. Fremdkapitalzinsen werden nur insoweit aktiviert, als sie für die Herstellung von qualifizierten Vermögenswerten anfallen. Wertminderungen und Wertaufholungen werden in der Position „Abschreibungen“ ergebniswirksam erfasst.

Die Abschreibung abnutzbarer Sachanlagen erfolgt linear über die erwartete Nutzungsdauer. Die Restwerte, die jeweilige Nutzungsdauer und die Abschreibungsmethode werden periodisch geprüft, um sicherzustellen, dass diese dem erwarteten wirtschaftlichen Nutzenverlauf des Sachanlagegegenstandes entsprechen. Übersteigt der Buchwert einer Sachanlage dessen geschätzten erzielbaren Betrages, so wird er auf seinen geschätzten erzielbaren Betrag abgeschrieben. Bei der Ermittlung der Abschreibungssätze wurde unverändert gegenüber dem Vorjahr die folgende konzerneinheitliche Nutzungsdauer angenommen:

| | Nutzungsdauer in Jahren | Abschreibungs-satz in % |
|---|---|---|
| Investitionen in fremden Gebäuden | 4 - 10 | 10 – 25 |
| Bauten auf fremdem Grund | 50 | 2 |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 3 - 10 | 33 –10 |

Gewinne und Verluste aus Abgängen von Sachanlagen werden als Unterschiedsbetrag zwischen den Veräußerungserlösen und den Buchwerten der Sachanlagen ermittelt und unter der Position „sonstige betriebliche Erträge“ in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

**Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien**

Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfassen nach IAS 40 (Investment Property) Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und / oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden. Sie werden analog zu den Sachanlagen gemäß dem Anschaffungskostenmodell mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger und gegebenenfalls notwendiger Wertminderungen bilanziert. Die planmäßige Abschreibung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren. Ein externes und unabhängiges Bewertungsunternehmen, das über adäquate, anerkannte professionelle Qualifikationen und aktuelle Erfahrungen am Standort und in der Kategorie der bewerteten Immobilien verfügt, hat die als Finanzinvestition gehaltene Immobilie im Februar 2006 bewertet. Der Fair Value entspricht in etwa dem Buchwert. Jeweils zum Bilanzstichtag wird überprüft, ob Anzeichen einer Wertbeeinträchtigung vorliegen. Seit der letzten Bewertung sind keine wesentlichen Änderungen eingetreten.

**Leasing**

Bei Leasingtransaktionen über Sachanlagen (Investitionsleasing) treten Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auf. Tragen Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Gegenstand verbunden sind, wird der Leasingvertrag gemäß IAS 17 (Leasingverhältnisse) als Finanzierungsleasing behandelt. In diesen Fällen aktiviert der Leasingnehmer das Leasingobjekt zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses in Höhe des Barwertes der Mindestleasingzahlungen oder in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Leasingobjekts, sofern dieser Wert niedriger ist. In der Folge wird der Leasinggegenstand über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Vertragslaufzeit abgeschrieben. Zugleich wird eine entsprechende Finanzverbindlichkeit angesetzt, die in der Folgezeit nach der Effektivzinsmethode fortgeschrieben wird. Der Zinsanteil der Leasingrate wird aufwandswirksam in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

Alle übrigen Leasingverträge, bei denen die Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auftreten, werden als Operatingleasing behandelt. Die Leasingraten werden als Aufwand erfasst.

**Wertminderung**

Bei Sachanlagevermögen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Firmenwerten wird jeweils zum Bilanzstichtag überprüft, ob Anzeichen einer Wertminderung vorliegen. Geschäfts- und Firmenwerte werden mindestens einmal jährlich oder dann auf Wertminderung getestet, wenn Sachverhalte oder Änderungen der Umstände darauf hindeuten, dass der Buchwert gemindert sein könnte.

Als Basis der Überprüfung wird vom Konzern der erzielbare Betrag eines Vermögenswertes ermittelt. Dieser entspricht dem höheren Betrag aus Nutzungswert oder beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten. Liegt dieser Wert unter dem für diesen Gegenstand angesetzten Buchwert, erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung auf diesen Wert.

Der Impairment Test für die Geschäfts- und Firmenwerte erfolgt auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit. Im Zuge des Impairment Tests wird der Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit dem erzielbaren Betrag gegenübergestellt. Der erzielbare Betrag wird grundsätzlich aus dem Nutzwert in Form des Barwerts erwarteter zukünftiger Cashflows vor Steuern ermittelt. Diese Cashflows basieren auf einem qualifizierten Planungsprozess unter Beachtung von unternehmensinternen Erfahrungswerten sowie unternehmensextern erhobenen volkswirtschaftlichen Rahmendaten. Der Detailplanungszeitraum beträgt drei Jahre. Zur Extrapolation der Cashflow-Prognosen jenseits des Zeitraums wird die durchschnittliche Cashflow-Prognose des dreijährigen Detailplanungszeitraums verwendet. Bei der Ewigen Rente wird weiterhin eine Wachstumsrate in Höhe von 1 % (Vorjahr: 1 %) berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgt unter Anwendung eines gewichteten Kapitalkostensatzes („WACC“) 5,3 % (Vorjahr: 8,9 %), der die aktuellen Erwartungen auf Marktzinssatz, den Zeitwert des Geldes sowie spezifische Risiken widerspiegelt.

Ein späterer Wegfall der Wertminderung führt – mit Ausnahme bei Geschäfts- und Firmenwerte – zu einer erfolgswirksamen Wertaufholung bis zum geringeren Wert aus fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und erzielbarem Betrag. Nachdem eine Wertaufholung vorgenommen wurde, ist der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden anzupassen, um den berichtigten Buchwert des Vermögenswerts, abzüglich eines etwaigen Restbuchwerts, systematisch auf seine Restnutzungsdauer zu verteilen.

**Forderungen und sonstige Vermögenswerte**

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche Beträge bilanziert.

Wertminderungen und Wertaufholungen werden ergebniswirksam im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst.

Die Bewertung sonstiger Vermögenswerte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten.

**Liquide Mittel**

Liquide Mittel umfassen Bargeld (Kassenbestände), erhaltene Schecks und jederzeit verfügbare Guthaben bei Kreditinstituten.

**Finanzinstrumente**

Zu den im Konzern bestehenden originären Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und bestimmte sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten.

Derivative Finanzinstrumente, wie Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps, werden von der B+S Gruppe nicht gehalten.

Kredite und Forderungen im Sinne von IAS 39 werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode, angesetzt. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige originäre finanzielle Verpflichtungen werden als finanzielle Schulden im Sinne von IAS 39 mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode, angesetzt. Der Buchwert entspricht näherungsweise dem Zeitwert (Fair Value). Sämtliche verzinste Finanzinstrumente sind variabel verzinst und haben überwiegend kurze Laufzeiten. In den sonstigen Forderungen sind als finanzielle Vermögenswerte Mitarbeiterdarlehen ausgewiesen.

Die Zeitwerte der finanziellen Vermögenswerte und Schulden entsprechen in der Regel den Marktpreisen zum Bilanzstichtag. Sofern Preise aktiver Märkte nicht unmittelbar verfügbar sind, werden sie – wenn sie nicht nur von untergeordneter Bedeutung sind – unter Anwendung anerkannter finanzmathematischer Bewertungsmodelle und aktueller Marktparameter (insbesondere Zinssätze, Wechselkurse und Bonitäten der Vertragspartner) berechnet. Dazu werden die Cashflows der Finanzinstrumente auf den Bilanzstichtag abdiskontiert.

Der erstmalige Ansatz von Finanzinstrumenten erfolgt zum Erfüllungstag. Finanzinstrumente werden dann ausgebucht, wenn die Chancen und Risiken aus dem Finanzinstrument erloschen sind bzw. das Finanzinstrument getilgt wurde.

**Verpflichtungen für Abfertigungen und Pensionen**

Auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen ist die B+S Gruppe verpflichtet, an Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die vor dem 01. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, im Kündigungsfall durch den Dienstgeber oder zum Pensionsantrittszeitpunkt eine einmalige Abfertigung zu leisten. Diese ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt zwischen zwei und zwölf Monatsbezügen. Für diese Verpflichtung wird eine Rückstellung gebildet.

Die Ermittlung dieser Rückstellung erfolgt nach der in IAS 19 (Leistungen an Arbeitnehmer) vorgeschriebenen Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Methode, Anwartschaftsbarwertverfahren). Im Rahmen dieses Anwartschaftsbarwertverfahrens werden sowohl die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften als auch die künftig zu erwartende Steigerung der Gehälter und Renten berücksichtigt. Dabei wird der Barwert der künftigen Zahlungen nach einem versicherungsmathematischen Verfahren über die Beschäftigungszeit der Mitarbeiter angesammelt. Die Berechnung erfolgt für den jeweiligen Bilanzstichtag durch Gutachten eines Versicherungsmathematikers. Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Rückstellungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert („versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust“) wird sofort im Ergebnis erfasst. Die Korridormethode wird nicht angewandt.

Den Berechnungen liegen folgende Annahmen zu Grunde:

| | **30.06.2010** | **30.06.2009** |
|---|---|---|
| Zinssatz | 4,40 % | 6,27 % |
| Pensions- und Gehaltssteigerungen | 3 % | 3 % |
| Fluktuation | 4,5 – 7,5 % | 4,5 – 7,5 % |
| Pensionsalter Frauen | 56,5 - 62 Jahre | 56,5 – 62 Jahre |
| Pensionsalter Männer | 61,5 - 62 Jahre | 61,5 – 62 Jahre |
| Lebenserwartung | AVÖ-2008-P | AVÖ-2008-P |

Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung der sehr langen durchschnittlichen Laufzeiten und hohen durchschnittlichen Restlebenserwartungen auf Basis von Marktzinssätzen festgesetzt. Die Mitarbeiterfluktuation ist betriebsspezifisch ermittelt und alters-/dienstzeitabhängig berücksichtigt. Die gesetzlichen Übergangsbestimmungen bezüglich des Pensionsalters wurden berücksichtigt.

Für Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die seit dem 01. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, sind laufend Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse zum Zwecke der Alterssicherung zu leisten. Eine darüber hinausgehende gesetzliche Verpflichtung zur Leistung von Abfertigungszahlungen bei Ausscheiden des Arbeitnehmers besteht nicht. Für dieses beitragsorientierte Versorgungsmodell ist daher keine Rückstellung zu bilden.

Weitere beitragsorientierte Verpflichtungen resultieren aus Dienstgeberbeiträgen (Arbeitgeberanteile) zur Rentenversicherung und aus den Beiträgen zur Mitarbeitervorsorgekasse.

Mitarbeiter der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München haben ab dem ersten Arbeitstag die Möglichkeit eine betriebliche Altervorsorge (BAV) abzuschließen.

Bei der Pensionskasse des BVV Versicherungsvereins besteht eine Vollmitgliedschaft. Dabei ist der Beitrag 3,5 % des Bruttoarbeitsentgelts, der von Arbeitnehmer (Entgeltumwandlung) und Arbeitgeber je zu 50 % geleistet wird. Der Arbeitnehmer hat ferner die Möglichkeit, seinen Anteil bis zum gesamten Maximalbeitrag von derzeit 220 EUR pro Monat aufzustocken. Die Beiträge sind bis zu 4 % der BBG (West), 2.640 EUR im Jahr 2010, lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei und können beim Arbeitgeber als Betriebsausgaben abgezogen werden. Eine Verpflichtung zur Rückstellungsbildung besteht nicht.

**Sonstige Rückstellungen (langfristige, kurzfristige)**
Sonstige Rückstellungen werden entsprechend IAS 37 (Rückstellungen) gebildet, wenn für die Gesellschaft eine rechtliche oder faktische Verpflichtung gegenüber einem Dritten auf Grund eines vergangenen Ereignisses vorliegt und es wahrscheinlich ist, dass diese Verpflichtung zu einem Mittelabfluss führen wird.

Rückstellungen werden mit jenem Betrag angesetzt, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses nach bester Schätzung ermittelt werden kann. Sie werden unter Berücksichtigung aller daraus erkennbaren Risiken zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit Rückgriffsansprüchen verrechnet. Dabei wird vom Erfüllungsbetrag mit der höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit ausgegangen. Ist eine vernünftige Schätzung des Betrages nicht möglich, wird keine Rückstellung gebildet.

**Steuern**

Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Ertragsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern und die ergebniswirksame Veränderung der latenten Steuern. Die laufenden Steuern ergeben sich aus der Ermittlung der für das abgelaufene Rumpfgeschäftsjahr bestehenden Steuerbelastung aus dem errechneten steuerpflichtigen Einkommen und dem anwendbaren Steuersatz.

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12 nach der Balance Sheet Liability Method für alle temporären Unterschiede zwischen den Wertansätzen im Konzernabschluss und den bestehenden Steuerwerten. Des Weiteren wird der wahrscheinlich realisierbare Steuervorteil aus bestehenden Verlustvorträgen in die Ermittlung einbezogen. Ausnahmen bilden Unterschiedsbeträge aus steuerlich nicht absetzbaren Geschäfts- und Firmenwerten und mit Beteiligungen zusammenhängende, temporäre Unterschiede. Aktive latente Steuern werden nicht angesetzt, wenn es nicht wahrscheinlich ist, dass der enthaltene Steuervorteil realisierbar ist.

Latente Steueransprüche und latenten Steuerschulden werden saldiert, sofern diese ertragsteuerlichen Ansprüche und Schulden gegenüber der gleichen Steuerbehörde bestehen und sich auf dasselbe Steuersubjekt oder eine Gruppe unterschiedlicher Steuersubjekte beziehen, die ertragsteuerlich gemeinsam veranlagt werden.

**Umsatzrealisierung**

Umsätze werden zu dem Zeitpunkt realisiert, zu dem die Lieferung oder Leistung erbracht wurde und ein verlässlich bestimmbarer Anspruch auf Gegenleistung entstanden ist. Erträge aus Dienstleistungen werden nach Maßgabe der bis zum Bilanzstichtag erbrachten Leistungen erfasst. Bei Dauerschuldverhältnissen erfolgt die Umsatzrealisierung nach Maßgabe der jeweils im Vertrag festgelegten Leistungserbringung.

**Finanzergebnis**

Das Finanzergebnis umfasst die für die aufgenommenen Fremdfinanzierungen zu leistenden Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen sowie die für Veranlagungen von Finanzmitteln erhaltenen Zinsen und ähnliche Erträge. Zinsen werden auf Basis des Zeitablaufes abgegrenzt.

**Stock Options**

Für die Verpflichtungen aus den Stock Option Plänen der Jahre 2000 bis 2001 findet IFRS 2 – Aktienbasierte Vergütungen – in Bezug auf Ansatz und Bewertung keine Anwendung.

**Schätzungen und Unsicherheiten bei Ermessensentscheidungen und Annahmen**

Bei Aufstellung des Konzernabschlusses müssen zu einem gewissen Grad Einschätzungen und Ermessensentscheidungen vorgenommen und Annahmen getroffen werden, die die bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Angaben von sonstigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten und den Ausweis von Aufwendungen und Erträgen im Geschäftsjahr beeinflussen.

Die sich in Zukunft tatsächlich ergebenden Beträge können von den Schätzungen abweichen. Der Grundsatz des „true and fair view“ wurde auch bei der Verwendung von Schätzungen uneingeschränkt gewahrt.

Schätzungsunsicherheiten bestehen insbesondere bei der Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sowie bei der Beurteilung der Realisierbarkeit von aktiven latenten Steuern.

Die Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen ist zum einen mit Schätzungen zur erwarteten Nutzungsdauer der Vermögenswerte verbunden, zum anderen basiert sie auf Beurteilungen des Managements hinsichtlich der Werthaltigkeit der Vermögenswerte bzw. dem Vorliegen von Wertminderungen. Faktoren, wie geringere als geplante Nettozahlungsströme, können zu einer Wertminderung führen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Der Konzern überprüft einmal jährlich, ob die immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer oder ein Geschäfts- oder Firmenwert wertgemindert sind. Dies erfordert eine Schätzung des erzielbaren Betrages, dem dieser Vermögenswert zugeordnet ist. Zur Schätzung des erzielbaren Betrages muss der Konzern die voraussichtlichen zukünftigen Cashflows aus diesem Vermögenswert schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln.

Aktive latente Steuern werden in dem Maße angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass sie genutzt werden können. Zur Beurteilung der Wahrscheinlichkeit der zukünftigen Nutzbarkeit werden Faktoren, wie zum Beispiel operative Planungen und Verlustvortragsperioden herangezogen. Weichen die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Schätzungen negativ ab, könnte dies zu erfolgswirksamen Abwertungen der angesetzten aktiven latenten Steuern führen.

Die Verpflichtung der B+S Gruppe, Zahlungen von Abfertigungen zu erbringen, wird anhand von versicherungsmathematischen Berechnungen ermittelt. Die versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage von Annahmen in Bezug auf die Abzinsungssätze, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, die Sterblichkeit und die künftigen Rentensteigerungen. Alle Annahmen werden zu jedem Abschlussstichtag überprüft. Bei der Ermittlung des angemessenen Diskontierungssatzes orientiert sich das Management an langfristigen Marktzinssätzen. Die Sterberaten basieren auf öffentlich zugänglichen Sterbetafeln. Entsprechend der langfristigen Ausrichtung dieser Pläne unterliegen solche Schätzungen wesentlichen Unsicherheiten.

Die Bewertung von sonstigen Rückstellungen und vergleichbaren Verpflichtungen ist in Abhängigkeit vom jeweils zugrunde liegenden Geschäftsvorfall teilweise komplex und in erheblichem Maß mit Schätzungen verbunden. Die vom Management getroffenen Annahmen bezüglich des Eintritts sowie der möglichen Höhe der Inanspruchnahme basieren unter anderem auf Erfahrungswerten, verfügbaren technischen Daten, Einschätzungen von Kostenentwicklungen. Die tatsächlich eintretenden Belastungen können von den angesetzten Rückstellungsbeträgen abweichen.

**Eigene Anteile**

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese gemäß IAS 32 vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird nicht erfolgswirksam erfasst. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren eigenen Anteile erworben. Im Übrigen werden auf die Ausführungen zu Ziffer (8) verwiesen.

**Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und Gesamtergebnisrechnung**

(1) Immaterielle Vermögenswerte[1)]

| in TEUR | Software | Entwicklungskosten | Kundenstamm | Marke | Geschäfts- und Firmenwert | Gesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten** | | | | | | |
| **Stand 31. Dezember 2008 = Stand 1. Januar 2009** | **186** | **1.168** | **553** | **168** | **16.866** | **18.941** |
| Zugänge | 37 | 0 | 0 | 0 | 0 | **37** |
| Abgänge | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| **Stand 30. Juni 2009** | **223** | **1.168** | **553** | **168** | **16.866** | **18.978** |
| Zugänge | 118 | 0 | 0 | 0 | 0 | **118** |
| Abgänge | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | **0** |
| **Stand 30. Juni 2010** | **341** | **1.168** | **553** | **168** | **16.866** | **19.096** |

| in TEUR | Software | Entwicklungskosten | Kundenstamm | Marke | Geschäfts- und Firmenwert | Gesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Kumulierte Abschreibungen** | | | | | | |
| **Stand 31. Dez. 2008 = Stand 01. Jan. 2009** | **120** | **112** | **14** | **4** | **0** | **250** |
| Abschreibungen planmäßig | 21 | 266 | 28 | 8 | 0 | **323** |
| **Stand 30. Juni 2009** | **141** | **378** | **42** | **12** | **0** | **573** |
| Abschreibungen planmäßig | 54 | 376 | 56 | 16 | 0 | **502** |
| **Stand 30. Juni 2010** | **195** | **754** | **98** | **28** | **0** | **1.075** |
| **Buchwerte** | | | | | | |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2009** | 82 | 790 | 511 | 156 | 16.866 | **18.405** |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2010** | **146** | **414** | **455** | **140** | **16.866** | **18.021** |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

(2) Geschäfts- und Firmenwert

Hinsichtlich des aktivierten Geschäfts- und Firmenwerts verweisen wir auf die vorstehenden Ausführungen zu Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“, dort unter Unternehmenszusammenschluss und Erwerb aller Anteile an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich.

Gemäß IAS 36 wurde zum 30. Juni 2010 der im Konzernabschluss ausgewiesene Geschäfts- und Firmenwert einem Impairment Test unterzogen. Zum 30. Juni 2010 bestand kein Abwertungsbedarf.

(3) Sachanlagen

| in TEUR | Gebäude | Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts-ausstattung | Gesamt |
|---|---|---|---|
| **Anschaffungskosten** | | | |
| **Stand 31. Dezember 2008 = Stand 01. Januar 2009** | **7.093** | **597** | **7.690** |
| Zugänge | 29 | 7 | 36 |
| Abgänge | 0 | 7 | 7 |
| **Stand 30. Juni 2009** | **7.122** | **597** | **7.719** |
| Zugänge | 0 | 355 | 355 |
| Abgänge | 0 | 2 | 2 |
| Umgliederung zu als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 1.335 | 0 | 1.337 |
| **Stand 30. Juni 2010** | **5.787** | **950** | **6.737** |
| **Kummulierte Abschreibungen** | | | |
| **Stand 31. Dezember 2008 = Stand 01. Januar 2009** | **39** | **265** | **304** |
| Abschreibungen | 81 | 64 | 145 |
| kum. Abschreibung Zugänge | 120 | 329 | 449 |
| Abgänge | 0 | 7 | 7 |
| **Stand 30. Juni 2009** | **120** | **322** | **442** |
| Abschreibungen | 162 | 165 | 327 |
| Abgänge | | 2 | 2 |
| Umgliederung zu als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 182 | 0 | 182 |
| **Stand 30. Juni 2010** | **100** | **485** | **585** |
| **Buchwerte** | | | |
| **Buchwert Stand 30.Juni 2009** | **7.002** | **275** | **7.277** |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2010** | **5.687** | **465** | **6.152** |

Zu den im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen aktivierten Sachanlagen wird auf Ziffer (14) verwiesen. Es bestehen zum Bilanzstichtag keine vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

(4) Als Finanzanlage gehaltene Immobilien

| in TEUR | Als Finanzinvest. gehaltene Immobilie | Gesamt |
|---|---|---|
| **Stand 31. Dezember 2008 = Stand 01. Januar 2009** | **0** | **0** |
| Zugänge | 0 | 0 |
| Abgänge | 0 | 0 |
| **Stand 30. Juni 2009** | **0** | **0** |
| Zugänge | 0 | 0 |
| Abgäne | 0 | 0 |
| Umgliederung zu als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 1.335 | 1.335 |
| **Stand 30. Juni 2010** | **1.335** | **1.335** |
| **Kumulierte Abschreibungen** | | |
| **Stand 31. Dezember 2008 = Stand 01. Januar 2009** | **0** | **0** |
| Abschreibungen | 0 | 0 |
| kum. Abschreibung Zugänge | 0 | 0 |
| Abgänge | 0 | 0 |
| **Stand 30. Juni 2009** | **0** | **0** |
| Abschreibungen | 0 | 0 |
| Abgänge | 0 | 0 |
| Umgliederung zu als Finanzinvestition gehaltene Immobilie | 182 | 182 |
| **Stand 30. Juni 2010** | **182** | **182** |
| Buchwert Stand 30. Juni 2009 | 0 | 0 |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2010** | **1.153** | **1.153** |

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfassen ein Stockwerk des als Sachanlage unter Ziffer (2) ausgewiesenen und in Eigennutzung stehenden Bürogebäudes. Dieses Stockwerk wurde bislang selbst genutzt. Da beabsichtigt ist, die frei gewordene Fläche zu vermieten wurde per 30.06.2010 dieser Anteil der Sachanlage zu den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umgegliedert. Der an Hand von anerkannten Bewertungsmethoden ermittelte Fair Value beträgt zum Bilanzstichtag rund TEUR 1.153 (30.06.2009: TEUR 0).

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

(5) Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Sämtliche Forderungen und Vermögenswerte haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr und setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 846 | 759 |
| Sonstige Forderungen und Vermögenswerte | 98 | 180 |
| | **944** | **939** |

Bei den Forderungen zu Lieferungen und Leistungen wurden folgende Wertberichtigungen vorgenommen:

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Bruttoforderungen | 881 | 762 |
| Pauschalierte Einzelwertberichtigungen | -35 | -4 |
| | **846** | **758** |

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Stand Wertberichtigungen zum Periodenbeginn | 4 | 4 |
| Zuführungen (Aufwendungen für Wertberichtigungen) | 35 | 0 |
| Verbrauch | 4 | 0 |
| **Stand Wertberichtigungen zum Periodenende** | **35** | **4** |

Einzelwertberichtigungen von finanziellen Vermögenswerten werden dann vorgenommen, wenn der Buchwert des finanziellen Vermögenswertes höher als der Barwert der zukünftigen, abgezinsten Cashflows ist. Als Indikatoren für Einzelwertberichtigungen gelten finanzielle Schwierigkeiten, Insolvenz, Vertragsbruch und erheblicher Zahlungsverzug der Kunden. Die Einzelwertberichtigungen setzen sich aus zahlreichen Einzelpositionen zusammen, von denen keine alleine betrachtet wesentlich ist. Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird entsprechend ihrer Altersstruktur mit einem Prozentsatz der offenen Nettoforderungen gebildet.

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Buchwert | 846 | 758 |
| Davon zum Abschlussstichtag weder wertgemindert noch überfällig | 846 | 556 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 60 Tage | 0 | 202 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 90 Tage | 0 | 0 |
| Nicht wertgemindert und überfällig > 120 Tage | 0 | 0 |

Hinsichtlich des weder wertgeminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestands der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

In den sonstigen Forderungen und Vermögenswerte sind enthalten:

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Mitarbeiterdarlehen | 19 | 23 |
| Andere Forderungen | 79 | 157 |
| | **98** | **180** |

Sonstige aktive Finanzinstrumente sind weder wertgemindert noch überfällig.

Bei den anderen Forderungen handelt es sich vor allem um Forderungen gegenüber in- und ausländischen Finanzbehörden. Hinsichtlich der anderen Forderungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Bei Forderungen und finanziellen Vermögenswerten des Konzerns entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem Buchwert der Instrumente.

(6) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Kassenbestand | 1 | 1 |
| Guthaben bei Kreditinstituten | 1.399 | 595 |
| | **1.400** | **596** |

(7) Rechnungsabgrenzungen

Die Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 233 (Vorjahr: TEUR 204) betreffen Versicherungsprämien und sonstige vorausbezahlte Ausgaben.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

(8) Eigenkapital

Die Entwicklung des gezeichneten Kapitals und der Rücklagen findet sich im Detail in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Als gezeichnetes Kapital wird das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 6.209.933,00 ausgewiesen. Es ist eingeteilt in 6.209.933 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00. Die Anzahl der in Umlauf befindlichen Aktien hat sich während des Geschäftsjahres nicht verändert.

Die Rücklage für Währungsumrechnungsdifferenzen umfasst alle Kursdifferenzen, die aus der Umrechnung der in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse von konsolidierten Tochterunternehmen entstanden sind.

Als eigene Anteile werden eingelegte Anteile ausgewiesen. Die eigenen Anteile enthalten 80.000 Stück (Vorjahr: 80.000 Stück) eigene Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,30 gesamt somit EUR 104.000. Die Aktien wurden am 01. Dezember 2008 eingelegt. Diese wurden im Einlagezeitpunkt mit dem Ausgabebetrag der im Wege der Sachkapitalerhöhung ausgegebenen neuen Aktien von EUR 1,30 je Aktie bewertet. Gemäß IAS 32 Abs. 36 werden eigene Anteile nicht zum Stichtagskurs bewertet.

Das Bilanzergebnis enthält das Ergebnis der Periode zuzüglich der Ergebnisvorträge aus Vorperioden.

Die Hauptversammlung vom 02. Oktober 2007 hat die Erhöhung des Grundkapitals gegen Bar- und Sacheinlagen um bis zu EUR 5.930.845,00 auf bis zu EUR 7.561.657,00 durch Ausgabe von 5.930.845 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von EUR 1,00 je Aktie beschlossen. Die Kapitalerhöhung erfolgt hinsichtlich eines Betrages von EUR 3.076.924,00 durch Ausgabe von 3.076.924 Stückaktien gegen Sacheinlagen sowie hinsichtlich eines Betrages von bis zu EUR 2.853.921,00 durch Ausgabe von bis zu 2.853.921 Stückaktien gegen Bareinlagen zum Ausgabebetrag von EUR 1,30. Im Rahmen dieses Beschlusses wurde das Stammkapital im Geschäftsjahr gegen Bareinlage um EUR 1.502.197,00 und gegen Sacheinlage um EUR 3.076.924,00 erhöht. Ausgegeben wurden insgesamt 4.579.121 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00 zum Ausgabebetrag von jeweils EUR 1,30 je Aktie.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 25. August 2006 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats in der Zeit bis zum 25. August 2011 das Grundkapital um bis zu EUR 815.406,00 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von EUR 1,00 je Aktie gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2006/I). Bei Ausnutzung der Ermächtigung kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, zum Ausgleich von Spitzenbeträgen, zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber von zu begebenden Wandlungs- und Optionsrechten aus Schuldverschreibungen, zur Gewinnung von Sacheinlagen, insbesondere in Form von Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, zur Erschließung neuer Kapitalmärkte im Ausland, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet.

Darüber hinaus wurde der Vorstand in der Hauptversammlung vom 02. Oktober 2007 aufschiebend bedingt auf die Handelsregistereintragung in der gleichen Hauptversammlung beschlossenen Erhöhung des Grundkapitals ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats in der Zeit bis zum 01. Oktober 2012 das Grundkapital um bis zu EUR 2.270.769,00 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von EUR 1,00 je Aktie gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2007/I). Die Erhöhung des Grundkapitals, wie von der Hauptversammlung beschlossen, wurde im Geschäftsjahr in das Handelsregister eingetragen. Bei Ausnutzung der Ermächtigung kann das

Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, zum Ausgleich von Spitzenbeträgen, zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber von zu begebenden Wandlungs- und Optionsrechten aus Schuldverschreibungen, um Aktien als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft oder verbundener Unternehmen auszugeben, zur Gewinnung von Sacheinlagen, insbesondere in Form von Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, zur Erschließung neuer Kapitalmärkte im Ausland, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet.

Das Bedingte Kapital entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| | **Bedingtes Kapital 2000/I** | **Bedingtes Kapital 2001/I** | **insgesamt** |
|---|---|---|---|
| Beschluss der Hauptversammlung vom | 09.08.2000 | 18.07.2001 | |
| Stand zum 30.06.2010 (in EUR) | **27.857** | **22.857** | **50.714** |

Das Bedingte Kapital 2000/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 2000“. Das Bedingte Kapital 2001/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 2001“. Zum Stichtag des Jahresabschlusses bestehen die folgenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle:

### Stock Option Plan 2000

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 9. August 2000*

Ermächtigung des Aufsichtsrats und des Vorstands bis zum 01. Mai 2005, einmalig oder mehrmals Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 195.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter‘) bzw. an Vorstandsmitglieder der Gesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung‘) auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf Mitarbeiter maximal 165.750 Optionsrechte und auf Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung maximal 29.250 Optionsrechte. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Neben dem Basispreis, der dem Verkehrswert der Aktie zum Zeitpunkt der Unterbreitung der Option entspricht, ist bei Ausübung des Optionsrecht ein Aufgeld in Höhe von 25 % des bei Ausgabe festgelegten Basispreises als Erfolgsziel zu entrichten. Im Übrigen darf das Umtauschrecht nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels grundsätzlich jederzeit unter Beachtung von Zeiträumen, in denen eine Ausübung untersagt ist, wahrgenommen werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag zuzüglich eines Aufgeldes als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im Januar 2001 Optionsrechte ausgegeben.

### Stock Option Plan 2001

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 18. Juli 2001*

Ermächtigung des Aufsichtsrats und des Vorstands bis zum 17. Juni 2006, einmalig oder mehrmals Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 160.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter‘) bzw. an Vorstandsmitglieder der Gesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung‘) auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf ausgewählte Vorstände der Gesellschaft maximal 16.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Arbeitnehmer der Gesellschaft maximal 120.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Geschäftsführer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 8.000 Aktienoptionen und auf ausgewählte Arbeitnehmer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 16.000 Aktienoptionen. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen

kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Neben dem Basispreis, der dem Verkehrswert der Aktie zum Zeitpunkt der Unterbreitung der Option entspricht, ist bei Ausübung des Optionsrecht ein Aufgeld in Höhe von 25 % des bei Ausgabe festgelegten Basispreises als Erfolgsziel zu entrichten. Im Übrigen darf das Umtauschrecht nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels grundsätzlich jederzeit unter Beachtung von Zeiträumen, in denen eine Ausübung untersagt ist, wahrgenommen werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag zuzüglich eines Aufgeldes als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im Februar 2002 Optionsrechte ausgegeben.

Im Geschäftsjahr wurden aus keinem der bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle Optionsrechte zum Bezug von Stückaktien in Aktien der Gesellschaft umgetauscht.

Die Optionsscheine entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| | **Nominal-wert der Optionen** | **Durch-schnittlicher Zeitwert der Option bei Ausgabe** | **Anzahl der Umtausch-rechte in** | **Durch-schnittlcher Umtausch-preis** | **Durch-schnittliche Restlaufzeit** |
|---|---|---|---|---|---|
| | **EUR** | **EUR** | **Stück** | **EUR** | **Monate** |
| **Bestand der gezeichneten Optionsscheine zum 30.06.2009 nach Kapitalherabsetzung:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 574 | 22,90 | 574 | 39,74 | 29 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstandes | 7.608 | 22,90 | 7.608 | 39,74 | 21 |
| - Mitarbeiter | 26.380 | 37,88 | 26.380 | 49,23 | 18 |
| | **34.562** | | **34.562** | | |
| **Bestand der gezeichneten und umtauschbaren Optionsscheine zum 30.06.2010** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 574 | 16,54 | 574 | 29,55 | 17 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstandes | 6.322 | 16,54 | 6.322 | 29,55 | 12 |
| - Mitarbeiter | 15.089 | 15,65 | 15.089 | 28,01 | 15 |
| | **21.985** | | **21.985** | | |

Sowohl im Berichtszeitraum als auch im vorangegangenen Geschäftsjahr gab es keine verfallenen, gekündigten, ausgeübte, neu gezeichnete und nicht ausgegebene Optionsscheine.

**Aktuelle Bewertung der Optionsrechte**

Aufgrund der aktuellen Wertentwicklung der Aktien der Gesellschaft ist von der Ausübung der Optionsrechte nicht mehr auszugehen. Der beizulegende Zeitwert für alle Aktienoptionsprogramme beträgt daher zum Bilanzstichtag TEUR 21.985 (Vorjahr: TEUR 34.562).

(9) Eigene Anteile

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird nicht erfolgswirksam erfasst.

Am 01. Dezember 2008 hat die Gesellschaft 80.000 Stück eigene Aktien zu einem im Rahmen der Sachkapitalerhöhung festgelegten Ausgabebetrag von EUR 1,30 pro Stück erworben.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

(10) Verpflichtungen für Abfertigungen

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, ist auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Zahlung von Abfertigungen in Österreich verpflichtet. Die Grundlagen und die Berechnungsmethode sind oben bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden dargestellt.

Die Veränderung der Verpflichtung für Abfertigungen stellt sich folgendermaßen dar:

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| **Anwartschaftsbarwert der Verpflichtung am Ende des Geschäftsjahres** | **771** | **757** |
| Dienstzeitaufwand | 31 | 12 |
| Zinsaufwand | 34 | 13 |
| Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste | -11 | -10 |
| Gezahlte Leistungen | -14 | 0 |
| **Anwartschaftsbarwert der Verpflichtung am Ende des Geschäftsjahres** | **811** | **771** |
| Kurzfristige Zusagen | 75 | 227 |
| **Bilanzwert** | **886** | **998** |

Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Rückstellungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert (versicherungsmathematischer Gewinn bzw. Verlust) wird sofort im Ergebnis erfasst. Der Anwartschaftsbarwert ist nicht fondsfinanziert.

Der Anwartschaftsbarwert für Verpflichtungen aus Abfertigungen entwickelte sich zu den vergangenen Stichtagen folgendermaßen:

| in TEUR | 30.06.2010 |
|---|---|
| 31.12.2007 = 01.01.2008 | 711 |
| 31.12.2008 = 01.01.2009 | 757 |
| 30.06.2009 = 01.07.2009 | 771 |
| 30.06.2010 = 01.07.2010 | 811 |

Die erfahrungsbedingten Anpassungen der Schulden des Plans betragen im Geschäftsjahr TEUR 27 (Vorjahr: TEUR 39).

Die im Zusammenhang mit Verpflichtungen aus Abfertigungen in der Gesamtergebnisrechnung erfassten Erträge und Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. | Jahr 2009 01.01. - 30.06. |
|---|---|---|
| Dienstzeitaufwand | 31 | 12 |
| Zinsaufwand | 34 | 13 |
| Realisierte versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) | -11 | -10 |
| **Erträge / Aufwendungen im Geschäftsjahr** | **54** | **15** |

Aufwendungen für Abfertigungen sind in der Gesamtergebnisrechnung im Personalaufwand erfasst.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

(11) Sonstige Rückstellungen

| in TEUR | 01.07.2009 | Verbrauch | Auflösung | Dotierung | 30.06.2010 |
|---|---|---|---|---|---|
| Ertragsteuern | 110 | 89 | 0 | 150 | 171 |
| Arbeitnehmerverpflichtungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gesellschaftsteuer | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sonst. Rückstellungen | 547 | 207 | 310 | 445 | 476 |
| | **657** | **296** | **310** | **595** | **647** |

Die ausgewiesenen Rückstellungen sind als kurzfristig zu betrachten. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, die nach bestem Ermessen angesetzt wurden. Die Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern resultierten im Wesentlichen aus Urlaubsansprüchen, Ansprüchen aus Überstunden und sonstige Ansprüche. Diese Verpflichtungen sind im Berichtsjahr unter den sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

(12) Steuern vom Einkommen und Ertrag und latente Steuern

Der in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesene Steueraufwand setzt sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. | Jahr 2009 01.01. - 30.06. (adjusted)[1)] | Jahr 2009 01.01. - 30.06. |
|---|---|---|---|
| Aufwand für laufende Ertragsteuern | -193 | -34 | -34 |
| Latenter Steueraufwand/-ertrag | -101 | 95 | 83 |
| | **-294** | **61** | **49** |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

Der Steueraufwand im Berichtszeitraum in Höhe von TEUR -294 ist um TEUR 89 höher als der rechnerische Ertragsteueraufwand von TEUR -205. Der Steuerertrag im Vorjahr in Höhe von TEUR 61 ist um TEUR 80 höher als der rechnerische Steueraufwand von TEUR -19. Der sich unter Anwendung des Konzernsteuersatzes von 25 % auf das zu versteuernde Einkommen ergeben würde.

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte unter Anwendung eines Steuersatzes von 25 % bzw. 33 % und betrifft vor allem die aktivierten Entwicklungskosten, die Rückstellung für Abfertigungen und die steuerlichen Verlustvorträge, die zu folgenden aktiven und passiven latenten Steuern führen:

| Passive latente Steuern | 30.06.2010 | 30.6.2009 (adjusted)[1)] | 30.06.2009 |
|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögenswerte | 196 | 220 | 0 |
| Softwarenutzungsrechte | 104 | 198 | 198 |
| sonstige Rückstellungen | 6 | 8 | 8 |
| Leasing Gebäude | 1.701 | 1.740 | 1.740 |
| Leasing Hardware | 96 | 56 | 56 |
| **Passive latente Steuern** | **2.103** | **2.221** | **2.001** |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

| Aktive latente Steuern in TEUR | 30.06.2010 | 30.6.2009 (adjusted)[1)] | 30.06.2009 |
|---|---|---|---|
| Verlustvortrag | 68 | 252 | 252 |
| Abfertigungsrückstellung | 76 | 109 | 109 |
| Leasingverbindlichkeit | 1.623 | 1.624 | 1.624 |
| **Aktive Passive latente Steuern** | **1.767** | **1.985** | **1.985** |

| Bilanzausweis nach Saldierung passive latente Steuern | 30.06.2010 | 30.6.2009 (adjusted)[1)] | 30.06.2009 |
|---|---|---|---|
| | **337** | **236** | **16** |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn sie gegenüber demselben Finanzamt bestehen. Latente Steuerschulden werden als langfristige Verbindlichkeit und latente Steueransprüche als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen.

Die im Konzern vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge können wie folgt zusammengefasst werden:

| | 30.06.2010 | | 30.06.2009 | |
|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | **Verlust-vortrag** | **Aktive latente Steuer** | **Verlust-vortrag** | **Aktive latente Steuer** |
| B + S Banksysteme Aktiengesellschaft (Deutschland, 33 %) | 0 | 0 | 147 | 49 |
| B + S Banksysteme Aktiengesellschaft (Salzburg, 25 %) | 271 | 68 | 787 | 197 |

Der steuerliche Verlustvortrag wurde zur Gänze aktiviert.

Die Ursachen für den Unterschied zwischen theoretischem und ausgewiesenem Ertragsteueraufwand (Vorjahr: Ertragsteuerertrag) im Konzern stellen sich folgendermaßen dar:

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 (adjusted) | 30.06.2009 |
|---|---|---|---|
| Konzernergebnis vor Steuern | 819 | 75 | 111 |
| Theoretischer Ertragsteueraufwand 25 % (Vorjahr: 25 %) | -205 | -19 | -28 |
| Veränderung des theoretischen Steueraufwand aufgrund: | | | |
| Sonstiger Steuereffekte | -89 | | |
| Erstmaliger Ansatz bisher nicht angesetzter latenter | | 25 | 22 |
| Steuern auf Verlustvorträge | | 55 | 55 |
| **Ausgewiesener Ertragsteueraufwand/-ertrag** | **-294** | **61** | **49** |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Die latenten Steuern haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 (adjusted) | 30.06.2009 |
|---|---|---|---|
| **Latente Steuern zu Beginn des Geschäftsjahres** | **236** | **331** | **99** |
| Veränderung Konsolidierungskreis | 0 | 0 | 0 |
| Erfolgswirksam erfasste latente Steuern | 101 | -95 | -83 |
| **Latente Steuern am Ende des Geschäftsjahres (saldiert)** | **337** | **236** | **16** |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

(13) Finanzverbindlichkeiten

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 8.976 | 9.295 |
| **Summe** | **8.976** | **9.295** |

Der Kontokorrentkreditrahmen beträgt per 30. Juni 2010 TEUR 1.000 (30. Juni 2009: TEUR 1.000).

Sämtliche Finanzierungsvereinbarungen wurden mit unbestimmter Laufzeit abgeschlossen und sind durch Verpfändung von Wertpapierdepots von Aktionären besichert.

(14) Langfristige Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Die Verbindlichkeit Immorent resultiert aus dem Finanzierungsleasingvertrag für das Bürogebäude Bichlfeldstrasse 11, 5020 Salzburg, Österreich. Der Vertrag für das über Leasing finanzierte Bürogebäude samt Rechenzentrum wurde am 29. Juni bzw. 20. Juli 2000 zwischen der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, und der Sparkasse Immorent Grundstücksverwertungsgesellschaft m.b.H., Salzburg, Österreich, abgeschlossen. Der Leasingvertrag begann mit der Übernahme des Objektes (4. Quartal 2003) und läuft 15 Jahre. Die Gesamtinvestitionskosten betrugen rund TEUR 7.800, die jährliche Tilgung zurzeit rund TEUR 200 der Restwert im Jahr 2019 rund TEUR 4.000. Der Zinssatz der Leasingvereinbarung ist variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

Die Verbindlichkeit gegenüber HYPO Impuls Mobilien Leasing betrifft zur Gänze Hardware. Die zugrunde liegenden Leasingverträge enden 2010. Die Zinssätze, die den Verträgen zu Grunde liegen, sind variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 6.096 | 6.301 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien Leasing | 103 | 0 |
| **Summe** | **6.199** | **6.301** |

Zum 30. Juni 2004 wurde das Bürogebäude Bichlfeldstraße, Salzburg, Österreich, aktiviert. Im Rahmen der Erstkonsolidierung wurde der Finanzierungsleasingvertrag auf Grund der aktuellen Zinssatzentwicklung zum 30. September 2008 neu bewertet. Für die Bewertung wurde ein langfristiger Zinssatz von 5,5 % zu Grunde gelegt.

In den Jahren 2008 und 2009 wurden Finanzierungsleasingverträge über Hard- und Software mit einer Laufzeit bis 2010 und 2012 abgeschlossen. Die Zinssätze, die den Verträgen zu Grunde liegen, sind variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (Mindestleasingzahlungen) weisen folgende Zusammensetzung und Laufzeiten auf:

| in TEUR | 30.06.2010 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 8.830 | 634 | 2.877 | 5.319 |
| Zinsanteil | 2.469 | 342 | 1.512 | 615 |
| **Barwert** | **6.361** | **292** | **1.365** | **4.704** |

| in TEUR | 30.06.2009 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 9.296 | 650 | 2.218 | 6.428 |
| Zinsanteil | 2.821 | 354 | 1.289 | 1.178 |
| **Barwert** | **6.475** | **296** | **929** | **5.250** |

Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 224 | 100 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien Leasing | 68 | 94 |
| **Summe** | **292** | **194** |

Im Berichtsjahr wurden TEUR 355 (Vorjahr: TEUR 160) Zinsaufwendungen aus Finanzierungsleasing erfolgswirksam im operativen Ergebnis erfasst.

Die Buchwerte der im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen aktivierten Vermögenswerte (zur Gänze Sachanlagen) setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Bauten auf fremdem Grund | 6.804 | 6.960 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 331 | 223 |
| Softwarelizenzen | 54 | 0 |
| **Summe** | **7.189** | **7.183** |

Die Mindestlaufzeit der Finanzierungsleasingverträge entspricht im Wesentlichen der Nutzungsdauer dieser Sachanlagen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

(15) Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungen

| in TEUR | Summe | Restlaufzeit bis 1 Jahr | Restlaufzeit bis 5 Jahre | Restlaufzeit über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern | 278 | 278 | 0 | 0 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 297 | 297 | 0 | 0 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 1.251 | 1.251 | 0 | 0 |
| **Summe 30.06.2009** | **1.826** | **1.826** | **0** | **0** |
| Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern | 356 | 356 | 0 | 0 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 624 | 624 | 0 | 0 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 1.312 | 1.312 | 0 | 0 |
| **Summe 30.06.2010** | **2.291** | **2.291** | **0** | **0** |

Die Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern in Höhe von TEUR 356 betreffen im Wesentlichen Urlaubsansprüche, Ansprüche aus Überstunden und sonstige quasi sichere Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern. Diese Arten von Verbindlichkeiten waren im Vorjahr mit einem Betrag in Höhe von TEUR 278 als Rückstellung (Arbeitnehmerverpflichtungen) ausgewiesen. In dem Posten sind TEUR 127 als Verbindlichkeiten auf Auszahlung einer variablen Vergütung gegenüber Vorstandsmitgliedern enthalten. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen des Abschnitts „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Personen“ verwiesen.

Der Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 1.312 (Vorjahr: TEUR 1.251) betrifft ausschließlich transitorische Einnahmen von Wartungserlösen, die im Berichtszeitraum im Voraus für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2010 vereinnahmt wurden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 624 (Vorjahr: TEUR 297) enthalten im Wesentlichen Gehaltsnebenkosten (Krankenkasse, Finanzamt, Gebietskörperschaften) sowie Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

(16) Umsatzerlöse

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Softwareerlöse | 4.563 | 1.563 |
| Wartungserlöse | 4.247 | 2.118 |
| Erlöse aus Schulungen und Beratungen | 259 | 101 |
| Erlöse aus Personalbereitstellung | 0 | 61 |
| | **9.068** | **3.843** |

(17) Sonstige betriebliche Erträge

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Sonstige Erträge | 521 | 101 |
| | **521** | **101** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Sachbezügen, aus Versicherungsentschädigungen, aus der Auflösung von Rückstellungen sowie aus „Sale and lease back"-Geschäften. Im Berichtszeitraum wurden „Sale and lease back" - Geschäfte in Höhe von TEUR 117 (Vorjahr: TEUR 0) über eine Laufzeit von 36 Monaten abgeschlossen.

(18) Personalaufwand

| **in TEUR** | **30.06.2010** | **30.06.2009** |
|---|---|---|
| Gehälter / Löhne | 3.768 | 1.648 |
| Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge | 828 | 377 |
| Aufwendungen für Abfertigungen | 171 | 39 |
| Sonstige Sozialaufwendungen | 55 | 23 |
| | **4.823** | **2.087** |

In dem Posten „Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebenen Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge" und „Aufwendungen für Abfertigungen" sind Aufwendungen für beitragsorientierte Altersversorgungspläne in Höhe von TEUR 18 (Vorjahr: TEUR 8) enthalten.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge des Vorstandes wird auf die Erläuterungen des Abschnittes „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen" verwiesen.

Der durchschnittliche Personalstand entwickelte sich wie folgt:

| **Durchschnittliche Anzahl** | **Jahr 2009/10 01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009 01.01. - 30.06.** |
|---|---|---|
| Angestellte (aktive Mitarbeiter) | 66 | 63 |
| Vorstände | 3 | 3 |
| | **69** | **66** |

Im Berichtszeitraum waren neben 62 aktiven Mitarbeitern (Vorjahr: 63) vier Mitarbeiter (Vorjahr: sechs Mitarbeiter) als passiv einzustufen. Von den vier Mitarbeitern waren vier in Elternzeit (Vorjahr: fünf in Elternzeit und ein Mitarbeiter in Altersteilzeit)

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

(19) Sonstige betriebliche Aufwendungen

| in TEUR | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
|---|---|---|
| Miet- und Raumkosten, Grundstückspacht | 261 | 129 |
| Beratungs- und Prüfungskosten | 330 | 141 |
| KFZ-Aufwand | 404 | 214 |
| Post und Kommunikation | 131 | 58 |
| Reinigung, Wartung und Instandhaltung | 220 | 72 |
| Fahrt- und Reisekosten | 173 | 59 |
| Marketing- und Werbeaufwand | 181 | 117 |
| Aus- und Weiterbildungskosten | 22 | 2 |
| Büromaterial | 29 | 7 |
| Übrige Steuern, Beiträge, Gebühren | 16 | 8 |
| Sonstiges | 559 | 128 |
| **Summe** | **2.326** | **935** |

Im Posten „Sonstiges“ sind vor allem Versicherungsaufwendungen, Aufwendungen für Personalsuche, Aufsichtsratsvergütungen, Einzelwertberichtigungen zu Kundenforderungen sowie Kosten für die Aktienbetreuung enthalten.

Die Position „Sonstiges“ beinhaltet aber auch Aufwendungen für „Sale and lease“ - Geschäfte. Diese betrugen im Berichtszeitraum TEUR 117 (Vorjahr: TEUR 0) und haben eine Laufzeit von 36 Monaten. Hierzu verweisen wir auf die Erläuterungen unter Punkt 14 der vorliegenden Anhangsangaben.

(20) Sonstige Angaben

Neben Finanzierungsleasingverhältnissen gibt es in der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft Miet- und Leasingverhältnisse, die nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt als Operatingleasingverhältnisse zu klassifizieren sind. Hierbei handelt es sich um Mieten für Fahrzeuge, Bürogebäude und EDV-Anlagen sowie Hardware-Wartungsverträge. Operatingleasingverträge wurden über eine Grundmietzeit von bis zu 15 Jahren abgeschlossen. Es bestehen keine Verlängerungs- oder Kaufoptionen und auch keine durch Leasingvereinbarungen auferlegten Beschränkungen. Die Leasingverträge beinhalten Leasingraten, die auf variablen Mietzinsen basieren.

Die nicht kündbaren Leasingzahlungen aus Operatingleasingverträgen in den nächsten Jahren verteilen sich wie folgt:

| in TEUR | Summe 30.06.2010 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Grundstückspacht (Baurecht) Salzburg | **892** | **93** | **372** | **427** |
| KFZ Leasing | **496** | **192** | **304** | **0** |
| Mietverträge (Immobilien) (1) | **170** | **68** | **102** | **0** |
| Miet- und Leasingverträge (Mobilien) (1) | **21** | **15** | **6** | **0** |
| **Summe** | 1.579 | 368 | 784 | 427 |

Zu (1): Jeweils bezogen auf den frühest möglichen Kündigungszeitpunkt der bestehenden Verträge

| in TEUR | Summe 30.06.2009 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Grundstückspacht (Baurecht) Salzburg | **882** | **92** | **368** | **422** |
| KFZ Leasing | **198** | **173** | **25** | **0** |
| Mietverträge (Immobilien) (1) | **234** | **67** | **167** | **0** |
| Wartungsverträge (1) | **38** | **17** | **21** | **0** |
| Miet- und Leasingverträge (Mobilien) (1) | **38** | **16** | **22** | **0** |
| **Summe** | 1.390 | 365 | 603 | 422 |

Zu (1): Jeweils bezogen auf den frühest möglichen Kündigungszeitpunkt der bestehenden Verträge

Die gesamten Miet- und Leasingaufwendungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen des Geschäftsjahres beliefen sich auf TEUR 450 (Vorjahr: TEUR 343). Die ausgewiesenen Aufwendungen beinhalten keine bedingten Mietzahlungen oder Zahlungen aus Untermietverhältnissen.

(21) Finanzergebnis

| in TEUR | Jahr 2009/10 01.07. - 30.06. | Jahr 2009 01.01. - 30.06. |
|---|---|---|
| Zinsen und ähnliche Erträge | 5 | 3 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -671 | -356 |
| **Summe** | **-666** | **-353** |

Die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Finanzerträge enthalten im Wesentlichen Zinseinnahmen aus kurzfristigen Veranlagungen und Kontokorrentkrediten. Die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Finanzaufwendungen enthalten im Wesentlichen Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 316 (Vorjahr: TEUR 197) aus Kontokorrentkrediten und Zinsaufwendungen für Leasingverträge in Höhe von TEUR 355 (Vorjahr: TEUR 159).

(22) Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

| in TEUR | aus Zinsen | aus der Folgebewertung | | Nettoergebnis | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Währungs-umrech-nung | Wert-berichti-gung | Jahr 2009/10 01.07. – 30.06. | Jahr 2009 01.01. – 30.06. |
| Kredite und Forderungen | 5 | 0 | -35 | -30 | -1 |
| Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten | -316 | 0 | 0 | -316 | -197 |
| Verbindlichkeiten aus Leasing | -355 | 0 | 0 | -355 | -159 |
| **Summe** | **-666** | **0** | **-35** | **-701** | **-357** |

Die Veränderung der Wertberichtung auf Kredite und Forderungen ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Die restlichen Komponenten des Nettoergebnisses sind in den Finanzerträgen bzw. Finanzaufwendungen erfasst.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

(23) Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie errechnet sich durch Division des Jahresergebnisses nach Steuern durch die gewichtete Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Stammaktien während des Geschäftsjahres.

| **in TEUR** | **30.06.2010** | **30.06.2009 (adjusted)[1)]** | **30.06.2009** |
|---|---|---|---|
| Ergebnis Eigentümer | EUR 525.722,28 | EUR 135.899,01 | EUR 160.052,51 |
| Stammaktien | Stück 6.209.933 | Stück 6.209.933 | Stück 6.209.933 |
| Abzüglich eigene Anteile | Stück -80.000 | Stück -80.000 | Stück -80.000 |
| Ausübbare Aktienoptionen | 21.985 | 34.562 | 34.562 |
| **Ergebnis je Aktie ohne Verwässerungseffekt** | **0,09** | **0,02** | **0,03** |
| **Ergebnis je Aktie mit Verwässerungseffekt** | **0,09** | **0,02** | **0,03** |

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

**Sonstige Angaben**

**Angaben zur Kapitalflussrechnung**

Die Kapitalflussrechnung zeigt gemäß IAS 7 (Kapitalflussrechnungen), wie sich die liquiden Mittel im Konzern im Laufe des Geschäftsjahres durch Mittelzu- und -abflüsse verändert haben.

Die Geldflussrechnung unterscheidet zwischen Mittelveränderungen aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanztätigkeit. Der Bestand an liquiden Mitteln in der Geldflussrechnung entspricht der Bilanzposition liquide Mittel.

In der Geldflussrechnung wird der Cashflow aus den Endkonsolidierungsvorgängen als Nettogröße (abzüglich der abgegangenen Zahlungsmittel) dargestellt. Aus diesem Grund werden die abgegangenen Vermögenswerte und Schulden nicht in die Veränderung der Bilanzpositionen (insbesondere des Working Capitals) einbezogen.

**Segmentberichterstattung**

Die Segmentberichterstattung erfolgt nach IFRS 8. Die Berichts- und Organisationsstruktur des Konzerns unterteilt sich nicht in einzelne Geschäftssegmente bzw. Geschäftsfelder, vielmehr werden aufgrund der untrennbar zusammenhängenden Geschäftsaktivitäten die Unternehmen als einheitliches Ganzes gesteuert. Aufwendungen und Erträge können nicht einzelnen Ressourcen zuteilt werden. Insoweit kann nicht über Geschäftssegmente Bericht erstattet werden.

Der Konzern konnte im Berichtsjahr mit folgenden Produktgruppen die nachfolgend erwähnten Umsätze erzielen, welche zur Gänze mit externen Kunden erlöst wurden.

| **Produkt- bzw. Dienstleistungen in TEUR** | **Jahr 2009/10 01.07. – 30.06.** | **Jahr 2009 01.01. – 30.06.** |
|---|---|---|
| Softwareerlöse | 4.563 | 1.563 |
| Wartungserlöse | 4.247 | 2.118 |
| Erlöse aus Schulungen und Beratungen | 259 | 101 |
| Erlöse aus Personalbereitstellung | 0 | 61 |
| | **9.068** | **3.843** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

In geographischer Hinsicht sind im Berichtsjahr folgende Umsätze erzielt worden:

| in TEUR | Jahr 2009/10 01.07. – 30.06. | Jahr 2009 01.01. – 30.06. |
|---|---|---|
| Deutschland | 7.240 | 2.939 |
| Schweiz | 1.511 | 684 |
| Österreich | 317 | 220 |
| | **9.068** | **3.843** |

Es gibt im Geschäftsjahr 2009/2010 keine externe Kunden mit denen Umsätze erzielt werden, die mindestens 10 % der Gesamtumsätze betragen. Gleiches gilt für das Vorjahr.

**Management der finanziellen Risiken und Angaben zu Finanzinstrumenten**

Zinsrisiko

Die B+S Gruppe unterliegt hinsichtlich ihrer Finanzinstrumente insbesondere Risiken aus der Veränderung der Zinssätze. Diesem Zinsrisiko wird durch kontinuierlichen Abbau der Verbindlichkeiten und ein straffes Cash-Management begegnet.

Der Konzern finanziert sich im Wesentlichen aus dem operativen Cashflow. Darüber hinaus bestehen finanzielle Verbindlichkeiten, die zur Finanzierung der operativen Geschäftstätigkeit beitragen, in Form von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern. Dem stehen verschiedene finanzielle Vermögenswerte wie zum Beispiel Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die unmittelbar aus der Geschäftstätigkeit resultieren, gegenüber.

Für das Zinsänderungsrisiko wurde eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt, die die Auswirkungen von hypothetischen Änderungen des Marktzinsniveaus auf Ergebnis nach Steuern und Eigenkapital zeigt. Als Basis für die Zinssensitivitätsanalyse wurden die Buchwerte der variabel verzinsten Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag herangezogen. Dabei wurde unterstellt, dass das Risiko am Bilanzstichtag im Wesentlichen das Risiko während des Geschäftsjahres repräsentiert. Außerdem wurde bei der Analyse unterstellt, dass alle anderen Variablen, insbesondere Wechselkurse, konstant bleiben. 100 Basispunkte entsprechen 1 % des Buchwertes zum 30. Juni 2010.

Wenn das Marktzinsniveau zum 30. Juni 2010 um 100 Basispunkte höher gewesen wäre, wäre das Ergebnis nach Steuern um TEUR 141 geringer (zum 30. Juni 2009 um TEUR 152 geringer) gewesen. Ebenso wäre das Eigenkapital zum 30. Juni 2010 um TEUR 141 geringer (zum 30. Juni 2009 um TEUR 152 geringer) gewesen, wenn das Marktzinsniveau um 100 Basispunkte höher gewesen wäre.

Währungsrisiko

Ein Währungskursrisiko besteht nur in untergeordnetem Ausmaß, weil nur Geschäftsfälle in EUR bzw. durch die Schweizer Tochtergesellschaft nur in ihrer Landeswährung CHF getätigt werden.

Liquiditätsrisiko

Das Risiko mangelnder Liquidität besteht nicht, weil durch Einnahmen aus langfristigen Wartungsverträgen die fixen Kosten gedeckt sind und zusätzlich unausgenützte Kreditlinien bestehen.

Der Konzern überwacht das Risiko eines etwaigen Liquiditätsengpasses im Rahmen der laufenden Cashflow-Planung und -Überwachung.

Aus der nachfolgenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen der originären finanziellen Verpflichtungen ersichtlich. Einbezogen wurden alle Verpflichtungen, die am 30. Juni 2009 im Bestand waren und für die bereits Zahlungen vertraglich vereinbart waren. Planzahlen für zukünftige neue Verbindlichkeiten gehen nicht ein. Die variablen Zinszahlungen aus den Finanzinstrumenten wurden unter

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Zugrundelegung der zuletzt vor dem 30. Juni 2010 geltenden Zinssätze ermittelt. Jederzeit rückzahlbare finanzielle Verpflichtungen sind dem frühesten Zeitraster zugeordnet.

Es bestehen jederzeit rückzahlbare finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 8.976 (Vorjahr: TEUR 9.295), die nicht zur Gänze im folgenden Geschäftsjahr getilgt wird, sondern in dem Ausmaß, das aus dem Cashflow möglich ist, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu beeinträchtigen. Der Anspruch auf Rückzahlung aus diesen jederzeit rückzahlbaren finanziellen Verpflichtungen kann jederzeit fällig gestellt werden. Zur Absicherung dieser Verpflichtungen haben die Herren Heinz Schier und Wilhelm Berger jeweils Sicherheiten gestellt. Herr Wilhelm Berger ist zugleich Vorstand und Aktionär der B+S Banksysteme AG München, Herr Heinz Schier ist Vorstand bei der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft Salzburg, Österreich. (Bis 30.06.2010 auch Vorstand der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München).

Bei den übrigen Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich um laufende Betriebsmittelkredite, bei denen ein Abfluss im nächsten Geschäftsjahr angenommen wurde.

| **30.06.2010** | | **Cashflows 2010/11** | | **Cashflows 2011/12** | | **Cashflows 2013 - 2015** | | **Cashflows 2016 ff.** | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | **Buch-wert** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 8.976 | 238 | 976 | 203 | 1.500 | 420 | 4.500 | 28 | 2.000 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.491 | 342 | 292 | 330 | 303 | 908 | 781 | 889 | 5.115 |

| **30.06.2009** | | **Cashflows 2009/10** | | **Cashflows 2010/11** | | **Cashflows 2012 - 2014** | | **Cashflows 2015 ff.** | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | **Buch-wert** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** | **Zins var.** | **Til-gung** |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.295 | 303 | 1.295 | 254 | 1.500 | 446 | 4.500 | 35 | 2.000 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.495 | 352 | 202 | 335 | 220 | 928 | 735 | 1.032 | 5.338 |

Ausfallsrisiko

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft hat keine wesentlichen Kreditrisikokonzentrationen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zu 100 % gegenüber den Kunden, den Banken und Kreditinstituten, sind kurzfristig und werden durchschnittlich nach 28 Tagen bezahlt. Die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte entsprechen ihrem tatsächlichen Wert. Es besteht kein Abwertungsbedarf. Hinsichtlich Wertminderungen und Altersstruktur der überfälligen finanziellen Vermögenswerte ist auf Ziffer (4) Forderungen und sonstige Vermögenswerte zu verweisen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

Buchwerte, beizulegende Zeitwerte und Wertansätze von Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt Buchwerte und beizulegende Zweitwerte sämtlicher im Konzernabschluss erfasster Finanzinstrumente:

| **Klasse der Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden:** | **Buchwert** | | **Beizulegender Zeitwert** | |
|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | 30.06.2010 | 30.06.2009 | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
| Forderungen aus Lieferung und Leistungen | **846** | 758 | **846** | 758 |
| Liquide Mittel | **1.400** | 595 | **1.400** | 595 |
| Übrige finanzielle Vermögenswerte | **98** | 180 | **98** | 180 |
| | 2.344 | **1.533** | 2.344 | **1.533** |

Liquide Mittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige finanzielle Verpflichtungen haben überwiegend kurze Laufzeiten. Daher entsprechen ihre Buchwerte zum Bilanzstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert.

| | **Buchwert** | | **Beizulegender Zeitwert** | |
|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | 30.06.2010 | 30.06.2009 | 30.06.2010 | 30.06.2009 |
| Finanzverbindlichkeiten | **8.976** | 9.295 | **8.976** | 9.295 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | **264** | 217 | **264** | 217 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | **6.491** | 6.495 | **6.491** | 6.495 |
| Übrige finanzielle Verpflichtungen | **808** | 575 | **808** | 575 |
| | 16.539 | **16.582** | 16.539 | **16.582** |

Finanzverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige finanzielle Verpflichtungen haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen daher näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing sind variabel verzinst.

Kapitalmanagement

Der Konzern verfolgt das Ziel, langfristig die Unternehmensfortführung zu sichern und die Interessen der Aktionäre, seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aller weiterer Abschlussadressaten zu wahren.

Die Steuerung der Kapitalstruktur orientiert sich an den Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den Risiken aus den zugrunde liegenden Vermögenswerten. Der Konzern steht für die Strategie einer kontinuierlichen und nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes.

Im Berichtsjahr wurden alle externen Kapitalanforderungen erfüllt. Das Kapital des Konzerns entspricht dem bilanzierten Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 35,86 % (Vorjahr: 19,9%, adjusted 27 %[1)]).

1) Adjusted siehe Angaben zu IAS 8

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

**Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen**

Es ist Vorgabe, dass alle Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen „at arm's length", d.h. zu üblichen Marktbedingungen durchgeführt werden.

Sämtliche Vorstandsmitglieder sind zugleich Aktionäre der Gesellschaft mit wesentlichem Einfluss.

Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder bestehen aus mehreren Vergütungsbestandteilen: dem Grundgehalt, der variablen Vergütung sowie aus Nebenleistungen. Das Grundgehalt wird als erfolgsunabhängige Grundvergütung monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen durch die private Dienstwagennutzung und Zuschüsse zur Sozialversicherung. Diese sind vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu. Die Höhe der variablen Vergütung ist von der Entwicklung der Umsätze abhängig.

Aufgrund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Januar 2010 ist keine Aufgliederung der Einkünfte nach Personen mehr erforderlich. Die Zusammensetzung der Gesamtvergütung ergibt sich aus nachfolgender Tabelle:

| **Vorstandsbezüge**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2009/10**<br>**01.07. – 30.06.** | **Jahr 2009**<br>**01.01. – 30.06.** |
|---|---|---|
| Grundgehalt | 526 | 194 |
| Variables Gehalt (Umsatzbeteiligung) | 63 | 72 |
| KFZ-Nutzung | 54 | 12 |
| Betriebliche Altersvorsorge | 1 | 1 |
| Sozialversicherung Arbeitgeberanteil | 27 | 12 |
| Zuführungen zu Dienstzeitaufwand Abfertigung | 13 | 8 |
| **Gesamtbezüge** | **684** | **299** |

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind in den Bezügen nicht enthalten. Im Rahmen des Stock Option Plans wurden im Geschäftsjahr keine Optionen (Vorjahr: 0) zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft an Mitglieder des Vorstands ausgegeben.

Der Anspruch der Vorstände auf das variable Gehalt für das Rumpfgeschäfts 2009 (Umsatzbeteiligung) wurde im Geschäftsjahr in Höhe von TEUR 63 durch Auszahlung erfüllt. Der verbleibende Anspruch auf TEUR 146 wurde als Verbindlichkeit gegenüber Mitarbeitern eingestellt. Auf die Erläuterungen des Abschnitts „Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung" zu Ziffer (14) wird verwiesen.

Zur Absicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 8.976 haben die Herren Heinz Schier und Wilhelm Berger (beide Herren waren bzw. sind Vorstände der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Herr Berger ist zugleich Aktionäre der Gesellschaft), Sicherheiten gestellt.

Aus einer Kapitalgarantie besteht zum 30. Juni 2010 eine Eventualforderung in Höhe von TEUR 3.202, die die Ansatzkriterien aufgrund der Behaftung mit wesentlichen Unsicherheiten nicht erfüllt und deren Einforderung erst nach dem Bilanzstichtag beschlossen wurde. Zweck und finanzielle Auswirkung der Kapitalgarantie bestehen in einer Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft.

Die Bezüge des Aufsichtsrats der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft betrugen im Geschäftsjahr TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 39). Sie entfallen auf Prof. Dr. Herbert Kofler mit TEUR 10 (Vorjahr: TEUR 10), Dr. Manfred Seyfried mit TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 20), Dr. Werner Steinwender mit TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 5).

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Kredite und Vorschüsse an die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der B + S Banksysteme Aktiengesellschaft.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

**Organe der Gesellschaft**

Dem Vorstand der Gesellschaft gehörten an:

| **Vorstand** | |
|---|---|
| **Heinz Schier**<br>Salzburg, Österreich | Kaufmann, Vorsitzender des Vorstands<br>bis 05. Juli 2010 |
| **Wilhelm Berger**<br>Salzburg, Österreich | Bankkaufmann und Betriebswirt |
| **Peter Bauch**<br>München | Datenverarbeitungskaufmann |

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten an: Professor für Wirtschaftswissenschaften

| **Aufsichtsrat** | **Mitglied in folgenden weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Ausland:** |
|---|---|
| **Prof. Dr. Mag. Herbert Kofler**<br>Klagenfurt, Österreich<br>Professor für Wirtschaftswissenschaften<br>Vorsitzender des Aufsichtsrats | B+S Banksysteme Aktiengesellschaft,<br>Salzburg, Österreich, Vorsitzender<br>Kärntner Sparkasse AG<br>Privatstiftung Kärntner Sparkasse Privatstiftung<br>Immoeast AG, Wien, Vorsitzender<br>Immofinanz AG, Wien, Vorsitzender<br>Akademie der Wirtschaftstreuhänder GmbH, Wien |
| **Dr. Manfred Seyfried**<br>Frankfurt, Deutschland<br>Unternehmensberater<br>Stellvertreter des Vorsitzenden | B+S Banksysteme Aktiengesellschaft,<br>Salzburg, Österreich |
| Dr. Werner Steinwender<br>Salzburg, Österreich<br>Rechtsanwalt | - |

Hinsichtlich der Angaben zu den Gesamtbezügen des Vorstandes und des Aufsichtsrates verweisen wir auf vorstehenden Abschnitt „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen“.

**Angaben zu § 21 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)**

Herr Wilhelm Berger, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31.05.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 25.05.2010 die Schwelle von 25 % überschritten hat und nunmehr 25,16 % (das entspricht 1.562.462 Stimmrechten) beträgt.

Die COR&FJA Austria Ges.m.b.H., Wien, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.06.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, Deutschland, ISIN: DE0001262152, WKN: 126215 am 22.06.2010 die Schwelle von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 20,13 % (das entspricht 1.250.065 Stimmrechten) betragen hat.

Die COR&FJA AG, Leinfelden-Echterdingen, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.06.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, Deutschland, ISIN: DE0001262152, WKN: 126215 am 22.06.2010 die Schwelle von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 21,78 % (das entspricht 1.352.665 Stimmrechten) betragen hat. 20,13 % der Stimmrechte (das entspricht 1.250.065 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der COR&FJA Austria Ges.m.b.H. zuzurechnen.

Herr Heinz Schier, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 24.06.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft (vormals DataDesign AG), München, Deutschland, ISIN: DE0001262152, WKN: 126215 am 22.06.2010 die Schwelle von 20 %, 15 %, 10 %, 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,00 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

**Sonstige Angaben nach § 315a HGB**

**Konzernabschlussprüferhonorar**

Das im Geschäftsjahr 2009/2010 als Aufwand erfasste Honorar des Konzernabschlussprüfers beinhaltet ausschließlich die Leistungen für die Abschlussprüfung in Höhe von TEUR 28 (Vorjahr: TEUR 25).

**Erklärung zum Corporate Governance Kodex**

Vorstand und Aufsichtsrat der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft haben die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und den Aktionären unter folgender Internetadresse dauerhaft zugänglich gemacht: http://www.bs-ag.com/index.php?option=com_content&view=article&id=144&Itemid=59.

München, im Oktober 2010

Wilhelm Berger
Vorstand

Peter Bauch
Vorstand

**Chancen und Risiken**

Durch die neue Positionierung der B+S Banksystemen Aktiengesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte das im Markt etablierte Kerngeschäft weiter ausgebaut werden. Aufgrund der ganzheitlich positiven Entwicklung konnte ein neuer strategischer Investor gefunden werden. Über den Ausbau der bereits bestehenden Kooperation mit diesem Investor können zukünftig auch Kundensegmente akquiriert werden, bei denen es Vorgaben für Dienstleister gibt. Diese Forderungen für die Vergabe von Aufträgen bestehen unter anderem in Form von Unternehmensgröße, Umsatz und Gewinn. Somit kann mit dem neuen Investor eine langfristige Investitionssicherheit für Neu- und Bestandskunden aufgezeigt werden.

Das zukünftige Wachstum der Unternehmensgruppe soll zunächst über die regionale Ausschöpfung der vorhandenen Märkte im deutschsprachigen Raum stattfinden. Der Konzern kann mit seinen Kooperationspartnern das komplette Spektrum der Bankenanwendungen abbilden und damit Gesamtbankenanwendungen aus einer Hand anbieten und sich somit im Verdrängungswettbewerb behaupten. Das Leistungsportfolio deckt z.B. die Komplettabwicklung für den Zahlungsverkehr einer Bank ab. Somit kann auch ein komplettes Outsourcing angeboten werden. Zudem ist durch das breite Produktangebot die Möglichkeit, neue Kunden und weitere Märkte zu gewinnen, erheblich gestiegen. Der Ausbau des B+S-eigenen Rechenzentrums, die Erweiterung des Angebotsportfolios und die Gewinnung neuer Kunden im Bereich Hosting/ Application-Service-Providing (ASP) führt zu Skaleneffekten im Rahmen des Rechenzentrumsbetriebs. Generell profitieren die Produkterlöse der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft von der hohen Nachfrage infolge eines hohen Kostendruckes im IT Bereich bei Banken und Finanzdienstleister, da Kernbankprozesse nicht mehr bei den Banken selbst ablaufen, sondern über das ASP Modell kostengünstig bei B+S abgewickelt werden.

Durch die zu Anfang des Jahres 2010 geschlossene Kooperation mit dem Bankverlag ergeben sich für die B+S Banksysteme zusätzliche Chancen. Die BV Zahlungssysteme GmbH realisiert gemeinsam mit der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft eine Zahlungsverkehrsplattform „BV Clearing Solutions“. Im April konnte bereits eine erste Pilotbank für diese neue Dienstleistung gewonnen werden, die ab November 2010 den gesamten Zahlungsverkehr ihrer deutschen Niederlassungen über diese Plattform abwickeln wird. Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft wird sich wie bisher auch in absehbarer Zukunft auf finanznahe Märkte fokussieren. Aufgrund von Restrukturierungsmaßnahmen in der Finanzbranche durch Fusionen und Übernahmen in den Zielmärkten, ergeben sich für die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft erhebliche Chancen.

Risiken der künftigen Entwicklung resultieren auch weiterhin aus einer starken Konzentration im Finanzdienstleistungsbereich, aus der bei weitem noch nicht bewältigten Finanzmarktkrise, einer Verschlechterung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Prognosen zur weiteren Entwicklung am Arbeitsmarkt können seriöser Weise nur sehr schwer getroffen werden. Während in Deutschland das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften in dem für die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft relevanten Bereich aufgrund vieler Fusionen wieder größer geworden ist, ist die Anzahl der am Arbeitsmarkt verfügbaren IT-Spezialisten in Österreich und in der Schweiz weiterhin niedrig. Wie allerdings bereits erwähnt, verstärkt B+S Banksysteme Aktiengesellschaft die betriebsinterne Ausbildung ihrer künftigen IT–Spezialisten. Engpässe sind aufgrund der guten Mitarbeiterbindung nicht zu erwarten.

Den erwähnten Risiken kann die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft mit ihrer Angebotspalette, ihrer langjährigen Lösungskompetenz sowie ihrer engen Bindung an Kooperationspartner und Mitarbeiter erfolgreich begegnen.

In der Softwareentwicklung ist das Auftreten unvorhersehbarer Programmierfehler nicht auszuschließen. In den Kundenverträgen der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft sind entsprechende Bestimmungen enthalten, die das Risiko des Unternehmens bezüglich potenzieller Produkt- und Haftungsansprüche begrenzen. Entsprechende Versicherungen zur Einschränkung der Risiken hat das Unternehmen abgeschlossen. Es ist jedoch möglich, dass die haftungsbegrenzenden Vertragsbestimmungen nicht in allen Fällen ausreichend sind und dadurch Risiken entstehen.

Obwohl bei der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft bislang keine Fälle von Produkt- oder Projekthaftung oder Ansprüche wegen wirtschaftlichen Verlusten geltend gemacht worden sind, ist die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft dem Risiko derartiger Ansprüche ausgesetzt.

In der Finanzbranche herrscht nach wie vor ein intensiver Wettbewerb im Privatkundengeschäft. Ein möglicherweise entstehender Rückgang der zu erzielenden Margen im Produkt- und Dienstleistungsbereich kann das geplante Unternehmensergebnis beeinflussen.

Alle genannten Risikofaktoren können die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft beeinflussen und zu einer Abweichung des Ergebnisses führen. Die Liquidität der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft für das laufende Geschäftsjahr und darüber hinaus, ausgehend von der bestehenden Finanzierungsstruktur, von der auch künftig ausgegangen werden kann, und aufgrund der per Juli 2010 vorhandenen liquiden Mitteln sowie der vertraglich fixierten Einnahmen gesichert. Die Werthaltigkeit des Geschäfts- oder Firmenwerts ist jedoch von der Liquidität und der Erreichung der Planzahlen in der B+S Gruppe Salzburg, Österreich abhängig.

Ziel der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft ist es, das Lizenz- und ASP-Geschäft weiter voranzutreiben. Aus den daraus resultierenden laufenden Einnahmen sollen auch zukünftig alle Fixkosten abgedeckt werden.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2010 (geprüft)

# »Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers«

Wir haben den von der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Juli 2009 bis zum 30. Juni 2010 geprüft.

Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernsabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Konzerns. Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen des Vorstands der Gesellschaft im Lagebericht hin. Dort ist unter 'Chancen und Risiken' aufgeführt, dass die Werthaltigkeit des ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung und der Erreichung der Planzahlen abhängig ist.

Augsburg, den 07. Oktober 2010

A W I
TREUHAND & REVISION GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stötter
Wirtschaftsprüfer

# »Konzernjahresabschluss 2009«

**Konzern - Bilanz**

| Bilanz (IFRS) in TEUR | Verweis auf Anhang | Jahr 2009 30.06.2009 | Jahr 2008 31.12.2008 |
|---|---|---|---|
| **A K T I V A** | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 1 | 872 | 1.121 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 2 | 14.847 | 14.847 |
| Sachanlagen | 3 | 7.277 | 7.386 |
| Aktive latente Steuern | 11 | 49 | 0 |
| **Summe Langfristige Vermögenswerte** | | **23.045** | **23.354** |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 4 | 938 | 696 |
| Forderungen aus Ertragsteuern | | 1 | 0 |
| Liquide Mittel | 5 | 595 | 184 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 6 | 204 | 126 |
| **Summe kurzfristige Vermögenswerte** | | **1.738** | **1.006** |
| **BILANZSUMME A K T I V A** | | **24.783** | **24.360** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

| **Bilanz (IFRS)<br>in TEUR** | **Verweis auf Anhang** | **Jahr 2009<br>30.06.2009** | **Jahr 2008<br>31.12.2008** |
|---|---|---|---|
| **P A S S I V A** | | | |
| Gezeichnetes Kapital | 7 | 6.210 | 6.210 |
| Kapitalrücklage | 7 | 1.156 | 1.183 |
| Eigene Anteile | 8 | -76 | -76 |
| Rücklagen Währungsdifferenzen | 7 | 12 | 11 |
| Bilanzgewinn/ -verlust | 7 | -2.368 | -2.528 |
| **Summe Eigenkapital** | | **4.934** | **4.800** |
| Verpflichtungen für Abfertigungen | 9 | 997 | 959 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 13 | 6.301 | 6.379 |
| Passive latente Steuern | 11 | 65 | 99 |
| **Summe langfristige Verbindlichkeiten** | | **7.363** | **7.437** |
| Erhaltene Anzahlungen | | 297 | 31 |
| Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 12 | 8.000 | 8.000 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 12 | 1.295 | 1.966 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | 217 | 263 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 13 | 194 | 262 |
| Kurzfristige sonstige Rückstellungen | 10 | 657 | 1.016 |
| Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 14 | 1.826 | 585 |
| **Summe kurzfristige Verbindlichkeiten und RAP** | | **12.486** | **12.123** |
| **BILANZSUMME P A S S I V A** | | **24.783** | **24.360** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

**Konzern - Gesamtergebnisrechnung**

| Gesamtergebnisrechnung (IFRS) in TEUR | Verweis auf Anhang | Jahr 2009 01.01. – 30.06. | Jahr 2008 01.01. – 31.12. |
|---|---|---|---|
| **Umsatzerlöse** | 15 | 3.843 | 2.488 |
| **Sonstige betriebliche Erträge** | 16 | 101 | 27 |
| | | **3.944** | **2.515** |
| **Waren- und Materialeinsatz** | | -26 | -5 |
| **Personalaufwand** | 17 | -2.087 | -1.821 |
| **Abschreibungen** | | -433 | -210 |
| **Sonstige betriebliche Aufwendungen** | 18 | -934 | -850 |
| **Operatives Ergebnis (EBIT)** | | **464** | **-371** |
| **Finanzerträge** | 20 | 3 | 14 |
| **Finanzaufwendungen** | 20 | -356 | -270 |
| **Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)** | | **111** | **-627** |
| **Ertragsteuern** | 11 | 49 | 19 |
| **Periodenergebnis *** | | **160** | **-608** |

* Das Periodenergebnis entfällt in voller Höhe auf die Eigentümer des Mutterunternehmens

| Ergebnis je Aktie | Verweis auf Anhang | 2009 | 2008 |
|---|---|---|---|
| **ohne Verwässerungseffekt** | 22 | 0,03 | -0,23 |
| mit Verwässerungseffekt | 22 | 0,03 | -0,22 |

| Gesamergebnisrechnung (IFRS) in TEUR | Jahr 2009 01.01. – 30.06. | Jahr 2008 01.01. – 31.12. |
|---|---|---|
| Periodenergebnis | **160** | **-608** |
| Sonstiges Ergebnis aus der Fremdwährungs-umrechnung von ausländischen Geschägtsbetrieben | 1 | 11 |
| Latente Steuern auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses | 0 | 0 |
| **Gesamtergebnis nach Steuern *** | **161** | **-597** |

* Das Periodenergebnis entfällt in voller Höhe auf die Eigentümer des Mutterunternehmens

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

**Konzern – Eigenkapitalveränderungsrechnung**

| Entwicklung des Eigenkapitals in TEUR | Gezeichnetes Kapital | Kapital-rücklage | Währungs-umrechnungs-differenzen | Eigene Anteile | Bilanz-ergebnis | Summe Eigen-kapital |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Stand zum 31. Dezember 2006** | **1.631** | **398** | **0** | **0** | **-1.601** | **428** |
| Periodenergebnis | | | | | -291 | -291 |
| **Stand zum 31. Dezember 2007** | **1.631** | **398** | **0** | **0** | **-1.892** | **137** |
| Kapitalerhöhung durch Sacheinlage | 3.077 | 923 | | | | 4.000 |
| Kapitalerhöhung durch Bareinlage | 1.502 | 451 | | | | 1.953 |
| Kosten der Kapitalerhöhung | | -693 | | | | -693 |
| Einbringung eigener Anteile in die Kapitalrücklage | | 104 | | -104 | | 0 |
| Umbewertung der eigenen Anteile | | | | 28 | -28 | 0 |
| Differenzen aus Währungsumrechnung | | | 11 | | | 11 |
| Periodenergebnis | | | | | -608 | -608 |
| **Stand zum 31. Dezember 2008** | **6.210** | **1.183** | **11** | **-76** | **-2.528** | **4.800** |
| Kosten der Kapitalerhöhung | | -27 | | | | -27 |
| Gesamtergebnis nach Steuern | | | 1 | | 160 | 161 |
| **Stand zum 30. Juni 2009** | **6.210** | **1.156** | **12** | **-76** | **-2.368** | **4.934** |
| Verweis auf Anhang | 7 | 7 | 7 | 8 | 7 | 7 |

**Konzern – Kapitalflussrechnung**

| **Kapitalflussrechnung (IFRS) in TEUR** | **Jahr 2009 01.01.-30.06.** | **Jahr 2008 01.01.-31.12.** |
|---|---|---|
| **Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit** | | |
| Periodenergebnis | 160 | -608 |
| Abschreibungen | 433 | 210 |
| Veränderungen langfristige Rückstellungen | 38 | 54 |
| Veränderung latenter Steuern | -34 | -21 |
| Veränderungen Forderungen | -370 | 203 |
| Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 194 |
| Veränderungen erhaltene Anzahlungen | 266 | 11 |
| Veränderungen Verbind. aus Lief. u. Leistungen | -46 | -180 |
| Veränderungen sonstige Rückstellungen | -359 | -191 |
| Sonstige Verbindlichkeiten und RAP | 1.240 | -325 |
| | **1.328** | **-653** |
| **Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit** | | |
| Investitionen ins Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) | -73 | -3 |
| | **-73** | **-3** |
| **Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit** | | |
| Veränderungen Finanzverbindlichkeiten | -817 | -1.205 |
| Zuführung Kapitalrücklage | -27 | 451 |
| Barkapitalerhöhung | 0 | 1.502 |
| | **-844** | **748** |
| **Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes** | **411** | **92** |
| Liquide Mittel zu Beginn des Geschäftsjahres | 184 | 92 |
| Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres | 595 | 184 |
| | | |
| davon bezahlte Ertragsteuern | -34 | -2 |
| davon erhaltene Zinsen | 3 | 14 |
| davon bezahlte Zinsen | -356 | -269 |

# »Konzern - Anhang«

**Das Unternehmen**

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft (- nachfolgend auch Gesellschaft genannt -) ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft, welche im Handelsregister beim Amtsgericht München unter HRB 120849 eingetragen ist. Ihr Sitz ist in 80686 München, Deutschland, Rüdesheimer Straße 7. Die Gesellschaft hat zum Unternehmensgegenstand die Erstellung und Entwicklung von eigenen Programmen zu Datenver- und Datenbearbeitung, deren Vervielfältigung, Lizenzierung und Vertrieb sowie Beratung von Unternehmen. Die Gesellschaft gehört zu den Anbietern von Standardsoftwareprodukten für Finanzdienstleister im deutschsprachigen Raum. Die Produktpalette umfasst Standardsoftware für eine Gesamtbanklösung sowie Lösungen für banknahe Finanzdienstleistungen.

**Grundsätze der Rechnungslegung und Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

**Grundsätze der Rechnungslegung**

Die Gesellschaft stellt als Mutterunternehmen für den kleinsten und den größten Kreis von Unternehmen einen befreienden Konzernabschluss nach § 315a HGB auf.

Der Konzernabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01. Januar bis 30. Juni 2009 wurde unter Anwendung von § 315a Abs. 1 HGB im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB), London, wie sie gemäß der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anwendung Internationaler Rechnungslegungsstandards in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt. Er berücksichtigt alle bis zum 30. Juni 2009 verabschiedeten und verpflichtend anzuwendenden Bilanzierungsstandards (IAS/IFRS) und Interpretationen (SIC/IFRIC).

Mit Hauptversammlungsbeschluss der Gesellschaft vom 5. November 2008 wurde das Geschäftsjahr geändert und zwar auf den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres. Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 wurde ein Rumpfgeschäftsjahr eingetragen. Somit bestehen zukünftig konzerneinheitliche Geschäftsjahre (vom 1. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres).

Aufgrund des Rumpfgeschäftsjahres sind die Vergleichsbeträge der gesonderten Gewinn- und Verlustrechnung, der Gesamtergebnisrechnung, der Bilanz, der Kapitalflussrechnung, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und der dazugehörigen Anhangsangaben nur eingeschränkt vergleichbar.

Während des Berichtszeitraumes vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 wurden die Änderungen nachfolgender Standards und Interpretationen verbindlich:

- IAS 1 (rev.) - Darstellung des Abschlusses
- IAS 23 (rev.) – Fremdkapitalkosten
- Änderungen an IAS 32 und IAS 1 - Kündbare Finanzinstrumente und bei Liquidation entstehende Verpflichtungen
- Änderungen zu IFRS 2 - Ausübungsbedingungen und Annullierungen
- IFRS 8 - Geschäftssegmente
- IFRIC 12 - Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen
- IFRIC 13 - Kundenbindungsprogramme
- IFRIC 14 - IAS 19 - Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestdotierungsverpflichtungen und ihre Wechselwirkung
- IFRIC 16 - Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb
- Änderungen an IFRS 1 und IAS 27 - Anschaffungskosten von Anteilen an Tochterunternehmen, gemeinschaftlich geführten Unternehmen oder assoziierten Unternehmen
- Diverse - Verbesserung der International Financial Reporting Standards (2008)

IFRS 8 wurde bereits im Geschäftsjahr 2008 vorzeitig angewandt. Der überarbeitete IAS 1 (Darstellung des Abschlusses) hat zur Ergänzung der Gesamtergebnisrechnung und zu einer Änderung in der Darstellung der

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Eigenkapitalveränderungsrechnung geführt. Die Überarbeitung der übrigen oben genannten Standards und Interpretationen hat zu keinen wesentlichen Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geführt.

Der IASB bzw. das IFRIC haben folgende neuen Standards bzw. Interpretationen herausgegeben, die noch nicht in Kraft getreten sind, und von der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft nicht vorzeitig angewendet werden.

Standards bzw. Interpretationen per 30. Juni 2009 von der EU ratifiziert:

- IFRS 3 (rev.) – Unternehmenszusammenschlüsse
- IAS 27 (rev.) - Konzern- und Einzelabschlüsse

Standards bzw. Interpretationen per 30. Juni 2009 von der EU noch nicht ratifiziert:

- IFRS 1 (rev.) – First Time Adoption of IFRS
- Amendments to IFRS 7 – Improving Disclosures about Financial Instruments
- Amendments to IAS 39 – Recognition and Measurement: Eligible Hedged Items
- Amendments to IAS 39 – Reclassification of Financial Assets: Effective Date and Transition
- Amendments to IFRIC 9 and IAS 39 – Embedded Derivatives
- Amendments to IFRS 1 – Additional Exemptions for First-time Adopters
- Amendments to IFRS 2 – Group Cash-settled Sharebased Payment Transactions
- IFRIC 15 – Agreements for the Construction of Real Estate
- IFRIC 17 – Distribution of Non-Cash Assets to Owners
- IFRIC 18 – Transfers of Assets from Customers
- Diverse - Verbesserung der International Financial Reporting Standards (2009)

Im Hinblick auf die künftige Anwendung des IFRS 7 gehen wir von erweiterten Anhangangaben hinsichtlich der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten aus. Die übrigen oben genannten überarbeiteten Standards und neuen Interpretationen sind derzeit entweder nicht relevant oder es werden von ihnen aus heutiger Sicht keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet. Der Konzern wird diese (überarbeiteten) Standards und Interpretationen für zukünftige Berichtsperioden, für welche die Anwendung verpflichtend ist, anwenden.

Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und kann am Sitz der Gesellschaft in München angefordert werden.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 21. August 2009 durch Beschluss des Vorstandes zur Vorlage an den Aufsichtsrat freigegeben.

Der Konzernabschluss umfasst die Einzelabschlüsse der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften („B+S Gruppe“). Auf die nachfolgende vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 Abs. 4 HGB wird Bezug genommen.

Der Rechnungslegung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen die einheitlichen Rechnungslegungsvorschriften der B+S Gruppe zu Grunde. Diese sind identisch mit jenen des vorangegangenen Geschäftsjahres. Diese Vorschriften werden von allen einbezogenen Unternehmen angewendet.

Der vorliegende Konzernabschluss basiert grundsätzlich auf den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, mit Ausnahme insbesondere von bestimmten Finanzinvestitionen, die zu Marktwerten und langfristiger Rückstellungen (einschließlich Personalrückstellungen), die zu Barwerten angesetzt werden.

Zur Verbesserung der Klarheit und Aussagefähigkeit werden einzelne Posten der Gesamtergebnisrechnung sowie der Bilanz zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gesamtergebnisrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die Bilanz wird nach der Fristigkeit der Posten gegliedert.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Der Konzernabschluss ist in der Berichtswährung EURO bzw. in 1.000 EURO ("TEUR"), gerundet nach kaufmännischer Rundungsmethode, aufgestellt. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

**Konsolidierungsgrundsätze**

**Konsolidierungskreis und Stichtag**

In den Konzernjahresabschluss sind neben der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft als Mutterunternehmen folgende Tochterunternehmen, an denen die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft eine direkte bzw. indirekte Stimmenmehrheit hält, durch Vollkonsolidierung einbezogen.

Der daraus resultierende Konzernanteilsbesitz nach § 313 Abs. 2, Abs. 4 HGB stellt sich wie folgt dar:

| Beteiligungsunternehmen | | Anteil in % | Währung | Eigenkapital | Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| B+S Banksysteme Aktiengesellschaft Salzburg, Österreich | (1) | 100 | TEUR | 117 | -1.414 |
| B+S Banksysteme GmbH Erftstadt, Deutschland | (1) (2) | 100 | TEUR | 382 | 202 |
| B+S Banksysteme Schweiz AG Thun, Schweiz | (1) (2) | 100 | TCHF | 312 | 117 |

Zu (1): Die Angaben beziehen sich jeweils auf den letzten, nach landesrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschluss in der angegebenen Landeswährung
Zu (2): Indirekte Beteiligung über die B+S Banksysteme AG, Salzburg, Österreich

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich sowie deren Tochterunternehmen, die B+S Banksysteme GmbH, Erftstadt, Deutschland und die B+S Banksysteme Schweiz AG, Thun, Schweiz bilden den Teilkonzern Salzburg.

Tochterunternehmen, die im Laufe eines Berichtsjahres erworben werden, sind ab dem Zeitpunkt des Übergangs der Beherrschung über die Finanz- und Geschäftspolitik einbezogen. Die Einbeziehung in den Konzernabschluss endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht.
Seit dem 1. Januar 2009 hat sich der Konsolidierungskreis der vollkonsolidierten Tochtergesellschaften nicht verändert.

Das Geschäftsjahr der Muttergesellschaft entsprach dem eines Kalenderjahres. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 5. November 2008 wurde das Geschäftsjahr der Muttergesellschaft auf den konzerneinheitlichen Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres umgestellt. Somit bildet der Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 ein Rumpfgeschäftsjahr. Bei allen anderen einbezogenen Tochterunternehmen dauert das Geschäftsjahr vom 01. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres.

Die Beherrschung der Tochterunternehmen durch die Gesellschaft wurde im Wege eines Einbringungs- und Abtretungsvertrages übernommen, dies war wirtschaftlich zum 30. September 2008.

Mit Wirkung zum 30. September 2008 sind die Tochterunternehmen erstmals einbezogen worden. Die Tochterunternehmen haben jeweils zum 30. September 2008 Zwischenabschlüsse nach einheitlichen Konzernrechnungslegungsgrundsätzen erstellt.

**Konsolidierungsmethoden**

Die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Abschlüsse der Tochterunternehmen werden gemäß IAS 27 nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Unternehmenszusammenschlüsse werden nach der Erwerbsmethode des IFRS 3 (Unternehmenszusammenschlüsse) bilanziert. Bei der Erstkonsolidierung werden die identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Ein danach verbleibender positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten für das erworbene

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Unternehmen und dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital wird als Geschäfts- und Firmenwert gesondert bilanziert. Ein danach verbleibender negativer Unterschiedsbetrag wird nach nochmaliger kritischer Würdigung der Ansetzbarkeit und Bewertung der übernommenen Vermögenswerte und Schulden erfolgswirksam in der Gesamtergebnisrechnung erfasst. Der Geschäfts- und Firmenwert wird mindestens einmal jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft, gegebenenfalls wird eine Wertminderung auf den erzielbaren Betrag vorgenommen.

Konzerninterne Transaktionen, Salden sowie unrealisierte Gewinne und Verluste aus Transaktionen zwischen Konzernunternehmen werden eliminiert. Bei Vorhandensein unrealisierter Verluste wird dies jedoch als Indikator zur Notwendigkeit der Durchführung eines Wertminderungstests für den übertragenen Vermögenswert genommen.

Auf Konsolidierungsvorgänge werden latente Steuern gemäß IAS 12 (Ertragsteuern) abgegrenzt.

**Währungsumrechnung**

**Geschäftstransaktionen in ausländischer Währung**

Die Konzerngesellschaften erfassen Geschäftsfälle in fremder Währung mit den relevanten Fremdwährungskursen zum Transaktionszeitpunkt. In den Folgeperioden werden die monetären Vermögenswerte und Schulden zum Stichtagskurs bewertet, die Umrechnungsdifferenzen werden im Geschäftsjahr erfolgswirksam erfasst.

**Umrechnung von Einzelabschlüssen in ausländischer Währung**

Die Jahresabschlüsse ausländischer Tochterunternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, werden gemäß IAS 21 (Wechselkursänderungen) in Euro umgerechnet. Als funktionale Währung gilt die Währung des primären Wirtschaftsumfelds, in dem das Tochterunternehmen tätig ist. Da sämtliche einbezogene Tochterunternehmen ihre Geschäfte in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht selbstständig betreiben, ist die jeweilige Landeswährung grundsätzlich die funktionale Währung. Gemäß dem Konzept der funktionalen Währung und dem der sog. modifizierten Stichtagskursmethode erfolgt bei der Gesellschaft grundsätzlich die Umrechnung der im Einzelabschluss dieser Gesellschaft ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden zum Devisenmittelkurs am Bilanzstichtag und der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem gewogenen durchschnittlichen Devisenmittelkurs des Geschäftsjahres. Differenzen aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen werden erfolgsneutral behandelt und im Eigenkapital unter den Währungsumrechnungsdifferenzen ausgewiesen. Im Jahr der Endkonsolidierung ausländischer Tochterunternehmen werden diese Währungsdifferenzen ergebniswirksam aufgelöst.

Zum Bilanzstichtag am 30. Juni 2009 wurde vereinfacht für die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der B+S Banksysteme Schweiz AG der Verrechnungskurs von 1 EUR = 1,5700 CHF herangezogen.

**Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

**Immaterielle Vermögensgegenstände**

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Haben immaterielle Vermögenswerte eine bestimmte Nutzungsdauer, werden sie über den Zeitraum ihrer Nutzung linear abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer beträgt für Software und Softwarenutzungsrechte drei bis fünf Jahre. Wertminderungen und Wertaufholungen werden in der Gesamtergebnisrechnung in der Position „Abschreibungen“ ergebniswirksam erfasst.

Die Gesellschaft verfügt über keine immateriellen Vermögenswerte (mit Ausnahme des Geschäfts- und Firmenwertes) mit unbestimmter Nutzungsdauer.

**Entwicklungskosten**

Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im Sinne von IAS 38 sind im Rumpfgeschäftsjahr 2009 und im Geschäftsjahr 2008 nicht angefallen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

**Geschäfts- und Firmenwert**

Geschäfts- und Firmenwerte aus einem Unternehmenszusammenschluss werden bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses über den Anteil des Konzerns an den beizulegenden Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden bemessen. Der bilanzierte Geschäfts- und Firmenwert wird einem jährlichen Werthaltigkeitstest unterzogen und mit ursprünglichen Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Wertminderungsaufwendungen werden in der Gesamtergebnisrechnung in der Position „Abschreibungen“ erfasst.

**Sachanlagen**

Gegenstände des Sachanlagevermögens, die im Geschäftsbetrieb länger als ein Jahr genutzt werden, werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen und gegebenenfalls Wertminderungen bewertet. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten umfassen alle Kosten, die angefallen sind, um den Vermögenswert in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Die Herstellungskosten enthalten neben Einzelkosten angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten. Aufwendungen der allgemeinen Verwaltung und des Vertriebs werden nicht aktiviert. Fremdkapitalzinsen werden nur insoweit aktiviert, als sie für die Herstellung von qualifizierten Vermögenswerten anfallen. Wertminderungen und Wertaufholungen werden in der Position „Abschreibungen“ ergebniswirksam erfasst.

Die Abschreibung abnutzbarer Sachanlagen erfolgt linear über die erwartete Nutzungsdauer. Die Restwerte, die jeweilige Nutzungsdauer und die Abschreibungsmethode werden periodisch geprüft, um sicherzustellen, dass diese dem erwarteten wirtschaftlichen Nutzenverlauf des Sachanlagegegenstandes entsprechen. Übersteigt der Buchwert einer Sachanlage dessen geschätzten erzielbaren Betrages, so wird er auf seinen geschätzten erzielbaren Betrag abgeschrieben. Bei der Ermittlung der Abschreibungssätze wurden unverändert gegenüber dem Vorjahr die folgende konzerneinheitliche Nutzungsdauer angenommen:

| | Nutzungsdauer in Jahren | Abschreibungssatz in % |
|---|---|---|
| Investitionen in fremden Gebäuden | 4 - 10 | 10 – 25 |
| Bauten auf fremdem Grund | 50 | 2 |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 3 - 10 | 33 –10 |

Gewinne und Verluste aus Abgängen von Sachanlagen werden als Unterschiedsbetrag zwischen den Veräußerungserlösen und den Buchwerten der Sachanlagen ermittelt und unter der Position „sonstige betriebliche Erträge“ in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

**Leasing**

Bei Leasingtransaktionen über Sachanlagen (Investitionsleasing) treten Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auf. Tragen Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Gegenstand verbunden sind, wird der Leasingvertrag gemäß IAS 17 (Leasingverhältnisse) als Finanzierungsleasing behandelt. In diesen Fällen aktiviert der Leasingnehmer das Leasingobjekt zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses in Höhe des Barwertes der Mindestleasingzahlungen oder in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Leasingobjekts, sofern dieser Wert niedriger ist. In der Folge wird der Leasinggegenstand über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Vertragslaufzeit abgeschrieben. Zugleich wird eine entsprechende Finanzverbindlichkeit angesetzt, die in der Folgezeit nach der Effektivzinsmethode fortgeschrieben wird. Der Zinsanteil der Leasingrate wird aufwandswirksam in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

Alle übrigen Leasingverträge, bei denen die Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auftreten, werden als Operatingleasing behandelt. Die Leasingraten werden als Aufwand erfasst.

**Wertminderung**

Bei Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Firmenwerten wird jeweils zum Bilanzstichtag überprüft, ob Anzeichen einer Wertminderung vorliegen. Geschäfts- und Firmenwerte werden mindestens einmal jährlich oder dann auf Wertminderung getestet, wenn Sachverhalte oder Änderungen der Umstände darauf hindeuten, dass der Buchwert gemindert sein könnte.

Als Basis der Überprüfung wird vom Konzern der erzielbare Betrag eines Vermögenswertes ermittelt. Dieser entspricht dem höheren Betrag aus Nutzungswert oder beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten. Liegt dieser Wert unter dem für diesen Gegenstand angesetzten Buchwert, erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung auf diesen Wert.

Der Impairment Test für die Geschäfts- und Firmenwerte erfolgt auf Ebene der zahlungsmittel-generierenden Einheit. Im Zuge des Impairment Tests wird der Buchwert der zahlungsmittel-generierenden Einheit dem erzielbaren Betrag gegenübergestellt. Der erzielbare Betrag wird grundsätzlich aus dem Nutzwert in Form des Barwerts erwarteter zukünftiger Cashflows vor Steuern ermittelt. Diese Cashflows basieren auf einem qualifizierten Planungsprozess unter Beachtung von unternehmensinternen Erfahrungswerten sowie unternehmensextern erhobenen volkswirtschaftlichen Rahmendaten. Der Detailplanungszeitraum beträgt drei Jahre. Zur Extrapolation der Cashflow-Prognosen jenseits des Zeitraums wird die durchschnittliche Cashflow-Prognose des dreijährigen Detailplanungszeitraums verwendet. Bei der Ewigen Rente wird weiterhin eine Wachstumsrate in Höhe von 1 % (Vorjahr: 1 %) berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgt unter Anwendung eines Vorsteuerzinssatzes in Höhe von 8,9 % (Vorjahr: 10 %), der die aktuellen Erwartungen auf Marktzinssatz, den Zeitwert des Geldes sowie spezifische Risiken widerspiegelt.

Ein späterer Wegfall der Wertminderung führt – mit Ausnahme bei Geschäfts- und Firmenwerte – zu einer erfolgswirksamen Wertaufholung bis zum geringeren Wert aus fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und erzielbarem Betrag. Nachdem eine Wertaufholung vorgenommen wurde, ist der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden anzupassen, um den berichtigten Buchwert des Vermögenswerts, abzüglich eines etwaigen Restbuchwerts, systematisch auf seine Restnutzungsdauer zu verteilen.

**Forderungen und sonstige Vermögenswerte**

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche Beträge bilanziert.

Wertminderungen und Wertaufholungen werden ergebniswirksam im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst.

Die Bewertung sonstiger Vermögenswerte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten.

**Liquide Mittel**

Liquide Mittel umfassen Bargeld (Kassenbestände), erhaltene Schecks und jederzeit verfügbare Guthaben bei Kreditinstituten.

**Finanzinstrumente**

Zu den im Konzern bestehenden originären Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und bestimmte sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten.

Derivative Finanzinstrumente, wie Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps, werden von der B+S Gruppe nicht gehalten.

Kredite und Forderungen im Sinne von IAS 39 werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode, angesetzt. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige originäre finanzielle Verpflichtungen werden als finanzielle Schulden im Sinne von IAS 39 mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls unter Anwendung der Effektivzinsmethode, angesetzt. Der Buchwert entspricht näherungsweise dem Zeitwert (Fair Value). Sämtliche verzinste Finanzinstrumente sind

variabel verzinst und haben überwiegend kurze Laufzeiten. In den sonstigen Forderungen sind als finanzielle Vermögenswerte Mitarbeiterdarlehen ausgewiesen.

Die Zeitwerte der finanziellen Vermögenswerte und Schulden entsprechen in der Regel den Marktpreisen zum Bilanzstichtag. Sofern Preise aktiver Märkte nicht unmittelbar verfügbar sind, werden sie – wenn sie nicht nur von untergeordneter Bedeutung sind – unter Anwendung anerkannter finanzmathematischer Bewertungsmodelle und aktueller Marktparameter (insbesondere Zinssätze, Wechselkurse und Bonitäten der Vertragspartner) berechnet. Dazu werden die Cashflows der Finanzinstrumente auf den Bilanzstichtag abdiskontiert.

Der erstmalige Ansatz von Finanzinstrumenten erfolgt zum Erfüllungstag. Finanzinstrumente werden dann ausgebucht, wenn die Chancen und Risiken aus dem Finanzinstrument erloschen sind bzw. das Finanzinstrument getilgt wurde.

**Verpflichtungen für Abfertigungen und Pensionen**

Auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen ist die B+S Gruppe verpflichtet, an Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die vor dem 1. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, im Kündigungsfall durch den Dienstgeber oder zum Pensionsantrittszeitpunkt eine einmalige Abfertigung zu leisten. Diese ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt zwischen zwei und zwölf Monatsbezügen. Für diese Verpflichtung wird eine Rückstellung gebildet.

Die Ermittlung dieser Rückstellung erfolgt nach der in IAS 19 (Leistungen an Arbeitnehmer) vorgeschriebenen Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Methode, Anwartschaftsbarwertverfahren). Im Rahmen dieses Anwartschaftsbarwertverfahrens werden sowohl die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften als auch die künftig zu erwartende Steigerung der Gehälter und Renten berücksichtigt. Dabei wird der Barwert der künftigen Zahlungen nach einem versicherungsmathematischen Verfahren über die Beschäftigungszeit der Mitarbeiter angesammelt. Die Berechnung erfolgt für den jeweiligen Bilanzstichtag durch Gutachten eines Versicherungsmathematikers. Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Rückstellungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert („versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust“) wird sofort im Ergebnis erfasst. Die Korridormethode wird nicht angewandt.

Den Berechnungen liegen folgende Annahmen zu Grunde:

| | **30.06.2009** | **31.12.2008** |
|---|---|---|
| Zinssatz | 6,27 % | 5,50% |
| Pensions- und Gehaltssteigerungen | 3 % | 3 % |
| Fluktuation | 4,5 – 7,5 % | 4,5 - 7,5 % |
| Pensionsalter Frauen | 56,5 – 62 Jahre | 56,5 – 62 Jahre |
| Pensionsalter Männer | 61,5 – 62 Jahre | 61,5 – 62 Jahre |
| Lebenserwartung | AVÖ-2008-P | AVÖ-2008-P |

Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung der sehr langen durchschnittlichen Laufzeiten und hohen durchschnittlichen Restlebenserwartungen auf Basis von Marktzinssätzen festgesetzt. Die Mitarbeiterfluktuation ist betriebsspezifisch ermittelt und alters-/dienstzeitabhängig berücksichtigt. Die gesetzlichen Übergangsbestimmungen bezüglich des Pensionsalters wurden berücksichtigt.

Für Mitarbeiter mit Dienstort in Österreich, die seit dem 01. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, sind laufend Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse zum Zwecke der Alterssicherung zu leisten. Eine darüber hinausgehende gesetzliche Verpflichtung zur Leistung von Abfertigungszahlungen bei Ausscheiden des Arbeitnehmers besteht nicht. Für dieses beitragsorientierte Versorgungsmodell ist daher keine Rückstellung zu bilden.

Weitere beitragsorientierte Verpflichtungen resultieren aus Dienstgeberbeiträgen (Arbeitgeberanteile) zur Rentenversicherung und aus den Beiträgen zur Mitarbeitervorsorgekasse.

Mitarbeiter der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München haben ab dem ersten Arbeitstag die Möglichkeit eine betriebliche Altervorsorge (BAV) abzuschließen.

Bei der Pensionskasse des BVV Versicherungsvereins besteht eine Vollmitgliedschaft. Dabei ist der Beitrag 3,5 % des Bruttoarbeitsentgelts, der von Arbeitnehmer (Entgeltumwandlung) und Arbeitgeber je zu 50 % geleistet wird. Der Arbeitnehmer hat ferner die Möglichkeit, seinen Anteil bis zum gesamten Maximalbeitrag von derzeit 216 EUR pro Monat aufzustocken. Die Beiträge sind bis zu 4 % der BBG (West), 2.592 EUR im Jahr 2009, lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei und können beim Arbeitgeber als Betriebsausgaben abgezogen werden. Eine Verpflichtung zur Rückstellungsbildung besteht nicht.

**Sonstige Rückstellungen (langfristige, kurzfristige)**
Sonstige Rückstellungen werden entsprechend IAS 37 (Rückstellungen) gebildet, wenn für die Gesellschaft eine rechtliche oder faktische Verpflichtung gegenüber einem Dritten auf Grund eines vergangenen Ereignisses vorliegt und es wahrscheinlich ist, dass diese Verpflichtung zu einem Mittelabfluss führen wird.

Rückstellungen werden mit jenem Betrag angesetzt, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses nach bester Schätzung ermittelt werden kann. Sie werden unter Berücksichtigung aller daraus erkennbaren Risiken zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit Rückgriffsansprüchen verrechnet. Dabei wird vom Erfüllungsbetrag mit der höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit ausgegangen. Ist eine vernünftige Schätzung des Betrages nicht möglich, wird keine Rückstellung gebildet.

**Steuern**
Der für das Rumpfgeschäftsjahr ausgewiesene Ertragsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern und die ergebniswirksame Veränderung der latenten Steuern. Die laufenden Steuern ergeben sich aus der Ermittlung der für das abgelaufene Rumpfgeschäftsjahr bestehenden Steuerbelastung aus dem errechneten steuerpflichtigen Einkommen und dem anwendbaren Steuersatz.

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12 nach der Balance Sheet Liability Method für alle temporären Unterschiede zwischen den Wertansätzen im Konzernabschluss und den bestehenden Steuerwerten. Weiters wird der wahrscheinlich realisierbare Steuervorteil aus bestehenden Verlustvorträgen in die Ermittlung einbezogen. Ausnahmen bilden Unterschiedsbeträge aus steuerlich nicht absetzbaren Geschäfts- und Firmenwerten und mit Beteiligungen zusammenhängende, temporäre Unterschiede. Aktive latente Steuern werden nicht angesetzt, wenn es nicht wahrscheinlich ist, dass der enthaltene Steuervorteil realisierbar ist.

Latente Steueransprüche und latenten Steuerschulden werden saldiert, sofern diese ertragsteuerlichen Ansprüche und Schulden gegenüber der gleichen Steuerbehörde bestehen und sich auf dasselbe Steuersubjekt oder eine Gruppe unterschiedlicher Steuersubjekte beziehen, die ertragsteuerlich gemeinsam veranlagt werden.

**Umsatzrealisierung**
Umsätze werden zu dem Zeitpunkt realisiert, zu dem die Lieferung oder Leistung erbracht wurde und ein verlässlich bestimmbarer Anspruch auf Gegenleistung entstanden ist. Erträge aus Dienstleistungen werden nach Maßgabe der bis zum Bilanzstichtag erbrachten Leistungen erfasst. Bei Dauerschuldverhältnissen erfolgt die Umsatzrealisierung nach Maßgabe der jeweils im Vertrag festgelegten Leistungserbringung.

**Finanzergebnis**
Das Finanzergebnis umfasst die für die aufgenommenen Fremdfinanzierungen zu leistenden Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen sowie die für Veranlagungen von Finanzmitteln erhaltenen Zinsen und ähnliche Erträge. Zinsen werden auf Basis des Zeitablaufes abgegrenzt.

**Stock Options**
Für die Verpflichtungen aus den Stock Option Plänen der Jahre 1998 bis 2001 findet IFRS 2 – Aktienbasierte Vergütungen – in Bezug auf Ansatz und Bewertung keine Anwendung.

**Schätzungen und Unsicherheiten bei Ermessensentscheidungen und Annahmen**
Bei Aufstellung des Konzernabschlusses müssen zu einem gewissen Grad Einschätzungen und Ermessensentscheidungen vorgenommen und Annahmen getroffen werden, die die bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Angaben von sonstigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten und den Ausweis von Aufwendungen und Erträgen im Geschäftsjahr beeinflussen.

Die sich in Zukunft tatsächlich ergebenden Beträge können von den Schätzungen abweichen. Der Grundsatz des „true and fair view“ wurde auch bei der Verwendung von Schätzungen uneingeschränkt gewahrt.

Schätzungsunsicherheiten bestehen insbesondere bei der Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sowie bei der Beurteilung der Realisierbarkeit von aktiven latenten Steuern.

Die Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen ist zum Einen mit Schätzungen zur erwarteten Nutzungsdauer der Vermögenswerte verbunden, zum Anderen basiert sie auf Beurteilungen des Managements hinsichtlich der Werthaltigkeit der Vermögenswerte bzw. dem Vorliegen von Wertminderungen. Faktoren, wie geringere als geplante Nettozahlungsströme, können zu einer Wertminderung führen.

Der Konzern überprüft einmal jährlich, ob die immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer oder ein Geschäfts- oder Firmenwert wertgemindert sind. Dies erfordert eine Schätzung des erzielbaren Betrages, dem dieser Vermögenswert zugeordnet ist. Zur Schätzung des erzielbaren Betrages muss der Konzern die voraussichtlichen zukünftigen Cashflows aus diesem Vermögenswert schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln.

Aktive latente Steuern werden in dem Maße angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass sie genutzt werden können. Zur Beurteilung der Wahrscheinlichkeit der zukünftigen Nutzbarkeit werden Faktoren, wie zum Beispiel operative Planungen und Verlustvortragsperioden herangezogen. Weichen die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Schätzungen negativ ab, könnte dies zu erfolgswirksamen Abwertungen der angesetzten aktiven latenten Steuern führen.

Die Verpflichtung der B+S Gruppe, Zahlungen von Abfertigungen zu erbringen, wird anhand von versicherungsmathematischen Berechnungen ermittelt. Die versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage von Annahmen in Bezug auf die Abzinsungssätze, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, die Sterblichkeit und die künftigen Rentensteigerungen. Alle Annahmen werden zu jedem Abschlussstichtag überprüft. Bei der Ermittlung des angemessenen Diskontierungssatzes orientiert sich das Management an langfristigen Marktzinssätzen. Die Sterberaten basieren auf öffentlich zugänglichen Sterbetafeln. Entsprechend der langfristigen Ausrichtung dieser Pläne unterliegen solche Schätzungen wesentlichen Unsicherheiten.

Die Bewertung von sonstigen Rückstellungen und vergleichbaren Verpflichtungen ist in Abhängigkeit vom jeweils zugrunde liegenden Geschäftsvorfall teilweise komplex und in erheblichem Maß mit Schätzungen verbunden. Die vom Management getroffenen Annahmen bezüglich des Eintritts sowie der möglichen Höhe der Inanspruchnahme basieren unter anderem auf Erfahrungswerten, verfügbaren technischen Daten, Einschätzungen von Kostenentwicklungen. Die tatsächlich eintretenden Belastungen können von den angesetzten Rückstellungsbeträgen abweichen.

**Eigene Anteile**
Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese gemäß IAS 32 vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird nicht erfolgswirksam erfasst. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren eigenen Anteile erworben. Im Übrigen werden auf die Ausführungen zu Ziffer (8) verwiesen.

**Unternehmenszusammenschluss und Erwerb aller Anteile an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich**
Aufgrund der Einbringungs- und Abtretungsverträge jeweils vom 30. September 2008 haben die Eigentümer der nach österreichischem Recht eingetragenen Firma B + S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich (eingetragen im Firmenbuch des Landesgerichts Salzburg, Österreich unter der Nummer FN 179725 B) ihre Anteile gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten an der Gesellschaft zu 100 % eingebracht.

Die Geschäftstätigkeit der B + S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich ist die Vermittlung von Aufträgen, der allgemeine Handel mit Datenverarbeitungsanlagen und der dazugehörigen Software und deren Herstellung, die Wartung und Beratung, die Ausbildung von Bedienpersonal sowie die Planung und Untersuchung und Organisation von Datenverarbeitungs- und Informationssystemen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Die Einbringung erfolgte mit Wirkung zum 30. September 2008 gegen Sachkapitalerhöhung bei der Gesellschaft, so dass ab diesem Zeitpunkt die B + S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich von der Gesellschaft beherrscht wird. Im Geschäftsjahr 2008 ist erstmals der Konzern begründet.

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich hält wiederum zu 100 % Anteile an Tochterunternehmen. Auf obige Angaben zum Konsolidierungskreis wird verwiesen.

Die beizulegenden Buch- und Zeitwerte der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden stellen sich zum Erwerbszeitpunkt wie folgt dar:

| **AKTIVA in TEUR** | **Buchwert** | **Zeitwert** |
|---|---|---|
| Softwarenutzungsrechte | 73 | 1.241 |
| Entwicklungskosten | 1.168 | 0 |
| Geschäfts- und Firmenwerte | 14.921 | 0 |
| Sachanlagen | 7.451 | 7.451 |
| Kurzfristiges Vermögen und Rechnungsabgrenzung | 1.181 | 1.181 |
| | **24.794** | **9.873** |

| **PASSIVA in TEUR** | **Buchwert** | **Zeitwert** |
|---|---|---|
| Langfristige Verbindlichkeiten | 7.477 | 7.477 |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung | 13.244 | 13.244 |
| | **20.721** | **20.721** |
| Beizulegender Zeitwert des Nettovermögens | | -10.848 |
| Kundenstamm | | 0 |
| = Unterschiedsbetrag, somit Geschäfts- und Firmenwert aus dem Unternehmenszusammenschluss | | **14.848** |
| Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses | | 4.000 |

Der im Rahmen dieses Unternehmenserwerbs erworbene Geschäfts- und Firmenwert ist der zahlungsmittelgenerierenden Einheit „Teilkonzern Salzburg“ zugeordnet.

**Kundenstamm**

Der Kundenstamm bei dem erworbenen Unternehmen besteht im Wesentlichen aus langjährigen Kundenbeziehungen, der in der Vergangenheit kontinuierlich ausgebaut wurde. Aus diesen langjährigen Kundenbeziehungen resultieren laufende Erträge, die hinsichtlich einzelner Produkte und Kunden aufgrund höchst individuellen Nachfrageverhaltens für künftige Jahre nicht zuverlässig prognostiziert werden können. Darüber hinaus liegen keine Erfahrungswerte hinsichtlich einer durchschnittlichen Dauer einer Kundenbeziehung vor, da in der Vergangenheit hinsichtlich unserer wesentlichen Kundenbeziehungen keine Abgänge zu verzeichnen waren. Wir sind im Zeitpunkt des Erwerbs davon ausgegangen, dass dem im Erwerbszeitpunkt vorhandenen Kundenstamm eine Nutzbarkeit beigemessen werden kann und diese Nutzbarkeit hinsichtlich ihrer Dauer unbeschränkt ist. Aus diesem Grund sind wir nicht in der Lage, dem Kundenstamm innerhalb der vorhandenen stillen Reserven einen nach nachvollziehbaren Kriterien ermittelten Wert beizumessen; vielmehr würden wir für den Kundenstamm Bewertungsmaßstäbe analog der Ermittlung eines Geschäftswertes zugrunde legen. Aus diesem Grund haben wir dem Kundenstamm keinen gesonderten Wert beigemessen und vielmehr im Rahmen des Geschäfts- und Firmenwertes mitbewertet.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

**Weitere Angaben zum Unternehmenszusammenschluss:**
Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses im vergangenen Geschäftsjahr wurden 3.076.924 Aktien ausgegeben.

Die Änderung der Zahlungsmittel aufgrund des Unternehmenserwerbs stellen sich wie folgt dar:

| | TEUR |
|---|---|
| Zahlungsverpflichtung | 0 |
| Anschaffungsnebenkosten | 0 |
| Mittelabfluss aus Beteiligungserwerb | 0 |
| Mit dem Tochterunternehmen erworbene Zahlungsmittel | 299 |
| **Änderung der Zahlungsmittel insgesamt** | **299** |

**Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und Gesamtergebnisrechnung**

(1) Immaterielle Vermögenswerte

| in TEUR | Software | Software-nutzungs-rechte | Geschäfts- und Firmenwert | Gesamt |
|---|---|---|---|---|
| **Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten** | | | | |
| **Stand 1. Januar 2008** | **113** | **0** | **0** | **113** |
| Zugänge | 73 | 1.168 | 14.847 | 16.088 |
| Abgänge | | | | |
| **Stand 31. Dezember 2008 = Stand 1. Januar 2009** | **186** | **1.168** | **14.847** | **16.201** |
| Zugänge | 37 | | | 37 |
| Abgänge | | | | |
| **Stand 30. Juni 2009** | **223** | **1.168** | **14.847** | **16.238** |
| **Kumulierte Abschreibungen** | | | | |
| **Stand 1. Januar 2008** | **110** | | | **110** |
| Abschreibungen planmäßig | 10 | 112 | | 122 |
| kum. Abschreibung Zugänge | | | | |
| **Stand 31. Dezember 2008 = Stand 1. Januar 2009** | **120** | **112** | | **232** |
| Abschreibungen planmäßig | 21 | 266 | | 287 |
| kum. Abschreibung Zugänge | | | | |
| **Stand 30. Juni 2009** | **141** | **378** | | **519** |
| Buchwert Stand 31. Dezember 2008 | 66 | 1.056 | 14.847 | 15.969 |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2009** | **82** | **790** | **14.847** | **15.719** |

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten.

(2) Geschäfts- und Firmenwert

Hinsichtlich des aktivierten Geschäfts- und Firmenwerts verweisen wir auf die vorstehenden Ausführungen zu Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“, dort unter Unternehmenszusammenschluss und Erwerb aller Anteile an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich.

Gemäß IAS 36 wurde zum 30. Juni 2009 der im Konzernabschluss ausgewiesene Geschäfts- und Firmenwert einem Impairment Test unterzogen. Zum 30. Juni 2009 bestand kein Abwertungsbedarf.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

(3) Sachanlagen

| in TEUR | Gebäude | Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsaus-stattung | Gesamt |
|---|---|---|---|
| **Anschaffungskosten** | | | |
| **Stand 1. Januar 2008** | **0** | **238** | **238** |
| Zugänge | 7.093 | 359 | 7.452 |
| **Stand 31. Dezember 2008 = Stand 1. Januar 2009** | **7.093** | **597** | **7.690** |
| Zugänge | 29 | 7 | 36 |
| Abgänge | | 7 | 7 |
| **Stand 30. Juni 2009** | 7.122 | 597 | 7.719 |
| **Kumulierte Abschreibungen** | | | |
| **Stand 1. Januar 2008** | **0** | **217** | **217** |
| Abschreibungen | 39 | 48 | 87 |
| **Stand 31. Dezember 2008 = Stand 1. Januar 2009** | **39** | **265** | **304** |
| Abschreibungen | 81 | 64 | 145 |
| kum. Abschreibung Zugänge | 120 | 329 | 449 |
| Abgänge | | 7 | 7 |
| Buchwert Stand 31. Dezember 2008 | 7.054 | 332 | 7.386 |
| **Buchwert Stand 30. Juni 2009** | **7.002** | **275** | **7.277** |

Zu den im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen aktivierten Sachanlagen wird auf Ziffer (13) verwiesen. Es bestehen zum Bilanzstichtag keine vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen.

(4) Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Sämtliche Forderungen und Vermögenswerte haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr und setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 758 | 467 |
| Sonstige Forderungen und Vermögenswerte | 180 | 228 |
| | **938** | **695** |

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden folgende Wertberichtigungen vorgenommen:

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Bruttoforderungen | 762 | 471 |
| Pauschalierte Einzelwertberichtigungen | -4 | -4 |
| | **758** | **467** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Stand Wertberichtigungen zum Periodenbeginn | 4 | 0 |
| Zuführungen (Aufwendungen für Wertberichtigungen) | 0 | 4 |
| Verbrauch | 0 | 0 |
| **Stand Wertberichtigungen zum Periodenende** | **4** | **4** |

Einzelwertberichtigungen von finanziellen Vermögenswerten werden dann vorgenommen, wenn der Buchwert des finanziellen Vermögenswertes höher als der Barwert der zukünftigen, abgezinsten Cashflows ist. Als Indikatoren für Einzelwertberichtigungen gelten finanzielle Schwierigkeiten, Insolvenz, Vertragsbruch und erheblicher Zahlungsverzug der Kunden. Die Einzelwertberichtigungen setzen sich aus zahlreichen Einzelpositionen zusammen, von denen keine alleine betrachtet wesentlich ist. Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird entsprechend ihrer Altersstruktur mit einem Prozentsatz der offenen Nettoforderungen gebildet.

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Buchwert | 758 | 467 |
| Davon zum Abschlussstichtag weder wertgemindert noch überfällig | 556 | 405 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 60 Tage | 202 | 62 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 90 Tage | 0 | 0 |
| Nicht wertgemindert und überfällig > 120 Tage | 0 | 0 |

Hinsichtlich des weder wertgeminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestands der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

In den sonstigen Forderungen und Vermögenswerte sind enthalten:

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Mitarbeiterdarlehen | 23 | 26 |
| Andere Forderungen | 157 | 202 |
| | **180** | **228** |

Sonstige aktive Finanzinstrumente sind weder wertgemindert noch überfällig.

Bei den anderen Forderungen handelt es sich vor allem um Forderungen gegenüber in- und ausländischen Finanzbehörden. Hinsichtlich der anderen Forderungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Bei Forderungen und finanziellen Vermögenswerten des Konzerns entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem Buchwert der Instrumente.

(5) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Kassenbestand | 1 | 1 |
| Guthaben bei Kreditinstituten | 594 | 183 |
| | **595** | **184** |

(6) Rechnungsabgrenzungen

Die Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 204 (Vorjahr: TEUR 126) betreffen Versicherungsprämien und sonstige vorausbezahlte Ausgaben.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

(7) Eigenkapital

Die Entwicklung des gezeichneten Kapitals und der Rücklagen findet sich im Detail in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Als gezeichnetes Kapital wird das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 6.209.933 ausgewiesen. Es ist eingeteilt in 6.209.933 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00. Die Anzahl der in Umlauf befindlichen Aktien hat sich während des Rumpfgeschäftsjahres nicht verändert.

Die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 1.156 resultiert aus den Kapitalerhöhungen bis 2006 (TEUR 398) und 2008 (TEUR 1.374) abzüglich der Kosten für die Kapitalerhöhung 2008 in Höhe von TEUR 720, von den TEUR 27 in 2009 angefallen sind und zuzüglich der Auswirkungen aus der Einlage eigener Anteile im Geschäftsjahr 2008 in Höhe von TEUR 104.

Die Rücklage für Währungsumrechnungsdifferenzen umfasst alle Kursdifferenzen, die aus der Umrechnung der in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse von konsolidierten Tochterunternehmen entstanden sind.

Als eigene Anteile werden eingelegte Anteile ausgewiesen. Die eigenen Anteile enthalten 80.000 Stück (Vorjahr: 80.000 Stück) eigene Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,30 gesamt somit EUR 104.000. Die Aktien wurden im Zusammenhang mit der Sachkapitalerhöhung am 01. Dezember 2008 eingelegt. Diese wurden im Einlagezeitpunkt mit dem Ausgabebetrag der im Wege der Sachkapitalerhöhung ausgegebenen neuen Aktien von EUR 1,30 je Aktie bewertet und anschließend auf den Kurswert zum 31. Dezember 2008 von EUR 0,95 abgewertet.

Das Bilanzergebnis enthält das Ergebnis der Periode zuzüglich der Ergebnisvorträge aus Vorperioden.

Die Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 hat die Erhöhung des Grundkapitals gegen Bar- und Sacheinlagen um bis zu EUR 5.930.845 auf bis zu EUR 7.561.657 durch Ausgabe von 5.930.845 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von EUR 1,00 je Aktie beschlossen. Die Kapitalerhöhung erfolgt hinsichtlich eines Betrages von EUR 3.076.924 durch Ausgabe von 3.076.924 Stückaktien gegen Sacheinlagen sowie hinsichtlich eines Betrages von bis zu EUR 2.853.921 durch Ausgabe von bis zu 2.853.921 Stückaktien gegen Bareinlagen zum Ausgabebetrag von EUR 1,30. Im Rahmen dieses Beschlusses wurde das Stammkapital im Geschäftsjahr gegen Bareinlage um EUR 1.502.197 und gegen Sacheinlage um EUR 3.076.924 erhöht. Ausgegeben wurden insgesamt 4.579.121 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00 zum Ausgabebetrag von jeweils EUR 1,30 je Aktie.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 25. August 2006 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats in der Zeit bis zum 25. August 2011 das Grundkapital um bis zu EUR 815.406 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von EUR 1,00 je Aktie gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2006/I). Bei Ausnutzung der Ermächtigung kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, zum Ausgleich von Spitzenbeträgen, zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber von zu begebenden Wandlungs- und Optionsrechten aus Schuldverschreibungen, zur Gewinnung von Sacheinlagen, insbesondere in Form von Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, zur Erschließung neuer Kapitalmärkte im Ausland, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet.

Darüber hinaus wurde der Vorstand in der Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 aufschiebend bedingt auf die Handelsregistereintragung in der gleichen Hauptversammlung beschlossenen Erhöhung des Grundkapitals ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats in der Zeit bis zum 1. Oktober 2012 das Grundkapital um bis zu EUR 2.270.769 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von EUR 1,00 je Aktie gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2007/I). Die Erhöhung des Grundkapitals, wie von der Hauptversammlung beschlossen,

wurde im Geschäftsjahr in das Handelsregister eingetragen. Bei Ausnutzung der Ermächtigung kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, zum Ausgleich von Spitzenbeträgen, zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber von zu begebenden Wandlungs- und Optionsrechten aus Schuldverschreibungen, um Aktien als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft oder verbundener Unternehmen auszugeben, zur Gewinnung von Sacheinlagen, insbesondere in Form von Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, zur Erschließung neuer Kapitalmärkte im Ausland, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet.

Das Bedingte Kapital entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| **in EUR** | **Bedingtes Kapital 1998/I** | **Bedingtes Kapital 2000/I** | **Bedingtes Kapital 2001/I** | **insgesamt** |
|---|---|---|---|---|
| Beschluss der Hauptversammlung vom | 31. Aug. 98/ 04. Sep. 98/ 23. Apr. 99 | 09. Aug. 00 | 18. Jul. 01 | |
| **Stand 30. Juni 2009** | **36.953** | **27.857** | **22.857** | **87.667** |

Das Bedingte Kapital 1998/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 1998“ und „Stock Option Plan 1999“. Das Bedingte Kapital 2000/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 2000“. Das Bedingte Kapital 2001/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 2001“. Zum Stichtag des Jahresabschlusses bestehen die folgenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle:

### Stock Option Plan 1998

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 4. September 1998*

Ermächtigung des Aufsichtsrats, Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 36.000 Stückaktien an Vorstandsmitglieder auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien im Gesamtnennbetrag von DM 180.000 zu gewähren. Der Vorstand wurde ermächtigt, Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 84.000 Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien im Gesamtnennbetrag von DM 420.000 zu gewähren. Die Laufzeit der Optionen darf jeweils längstens zehn Jahre betragen; vom Aufsichtsrat dem Vorstand nicht zugeteilte Optionen stehen dem Vorstand zusätzlich zur Zuteilung zu. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Aktie. Entsprechend der Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Nach dieser Wartefrist kann das Umtauschrecht grundsätzlich jederzeit ausgeübt werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im August 1998 sowie im Oktober 1998 Optionsrechte ausgegeben. Entsprechend der Optionsbedingungen sind die noch nicht ausgeübten Optionen aus diesen Mitarbeiterbeteiligungsmodellen zum Ende des Geschäftsjahres 2008 verfallen.

### Stock Option Plan 1999

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 23. April 1999*

In Ergänzung des Hauptversammlungsbeschlusses vom 4. September 1998 wurden der Aufsichtsrat und der Vorstand ermächtigt, unter Berücksichtigung der bereits ausgegebenen und nicht gekündigten 218.130 Optionsrechte, weitere Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 141.870 Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter‘) bzw. an Vorstandsmitglieder der Gesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung‘) auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf Mitarbeiter maximal 120.591 Optionsrechte und auf Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung maximal 21.279 Optionsrechte. An Letztere bis zum 1. Juli 1999 nicht ausgegebene Optionsrechte stehen ab diesem Zeitpunkt auch zur Ausgabe an Mitarbeiter zur Verfügung. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden, wobei 2/3 an den einzelnen Optionsberechtigten auszugebende Optionsrechte nach zwei Jahren und 1/3 nach drei

Jahren fällig werden, wenn der Börsenkurs der Gesellschaft innerhalb eines Zeitraums von einem Monat vor Ausübung des Umtauschrechts an fünf aufeinanderfolgenden Börsenhandelstagen mindestens 15 % über dem Umtauschpreis im Zeitpunkt der Ausgabe gelegen hat. Der genannte Prozentsatz gilt für das erste Jahr nach Ablauf der Mindestwartefrist und erhöht sich für jedes weitere Jahr um jeweils 10 % Punkte. Im Übrigen darf das Umtauschrecht auch nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels nur viermal im Geschäftsjahr jeweils innerhalb fest bestimmter vierwöchiger Zeiträume ausgeübt werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im November 1999 sowie im Januar 2000 Optionsrechte ausgegeben.

### Stock Option Plan 2000

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 9. August 2000*

Ermächtigung des Aufsichtsrats und des Vorstands bis zum 1. Mai 2005, einmalig oder mehrmals Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 195.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter') bzw. an Vorstandsmitglieder der Gesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung') auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf Mitarbeiter maximal 165.750 Optionsrechte und auf Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung maximal 29.250 Optionsrechte. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Neben dem Basispreis, der dem Verkehrswert der Aktie zum Zeitpunkt der Unterbreitung der Option entspricht, ist bei Ausübung des Optionsrecht ein Aufgeld in Höhe von 25 % des bei Ausgabe festgelegten Basispreises als Erfolgsziel zu entrichten. Im Übrigen darf das Umtauschrecht nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels grundsätzlich jederzeit unter Beachtung von Zeiträumen, in denen eine Ausübung untersagt ist, wahrgenommen werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag zuzüglich eines Aufgeldes als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im Januar 2001 Optionsrechte ausgegeben.

### Stock Option Plan 2001

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 18. Juli 2001*

Ermächtigung des Aufsichtsrats und des Vorstands bis zum 17. Juni 2006, einmalig oder mehrmals Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 160.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter') bzw. an Vorstandsmitglieder der Gesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung') auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf ausgewählte Vorstände der Gesellschaft maximal 16.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Arbeitnehmer der Gesellschaft maximal 120.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Geschäftsführer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 8.000 Aktienoptionen und auf ausgewählte Arbeitnehmer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 16.000 Aktienoptionen. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Neben dem Basispreis, der dem Verkehrswert der Aktie zum Zeitpunkt der Unterbreitung der Option entspricht, ist bei Ausübung des Optionsrecht ein Aufgeld in Höhe von 25 % des bei Ausgabe festgelegten Basispreises als Erfolgsziel zu entrichten. Im Übrigen darf das Umtauschrecht nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels grundsätzlich jederzeit unter Beachtung von Zeiträumen, in denen eine Ausübung untersagt ist, wahrgenommen werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag zuzüglich eines Aufgeldes als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im Februar 2002 Optionsrechte ausgegeben.

Im Geschäftsjahr wurden aus keinem der bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle Optionsrechte zum Bezug von Stückaktien in Aktien der Gesellschaft umgetauscht.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Die Optionsscheine entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| | Nominal-wert der Optionen | Durch-schnittlicher Zeitwert der Option bei Ausgabe | Anzahl der Um-tausch-rechte in Aktien | Durch-schnittlicher Umtausch-preis | Durch-schnittliche Restlaufzeit |
|---|---|---|---|---|---|
| | EUR | EUR | Stück | EUR | Monate |
| **Bestand der gezeichneten Optionsscheine 2008 nach Kapitalherabsetzung:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 574 | 22,90 | 574 | 39,74 | 35 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands | 7.608 | 22,90 | 7.608 | 39,74 | 27 |
| - Mitarbeiter | 26.380 | 37,88 | 26.380 | 49,23 | 24 |
| | 34.562 | | 34.562 | | |
| **Bestand der gezeichneten und umtauschbaren Optionsscheine 2009:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 574 | 22,90 | 574 | 39,74 | 29 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands | 7.608 | 22,90 | 7.608 | 39,74 | 21 |
| - Mitarbeiter | 26.380 | 37,88 | 26.380 | 49,23 | 18 |
| | 34.562 | | 34.562 | | |

Sowohl im Berichtszeitraum als auch im vorangegangenen Geschäftsjahr gab es keine verfallenen, gekündigten, ausgeübte, neu gezeichnete und nicht ausgegebene Optionsscheine.

**Aktuelle Bewertung der Optionsrechte**

Aufgrund der aktuellen Wertentwicklung der Aktien der Gesellschaft ist von der Ausübung der Optionsrechte nicht mehr auszugehen. Der beizulegende Zeitwert für alle Aktienoptionsprogramme beträgt daher zum Bilanzstichtag EUR 0 (Vorjahr: EUR 0).

(8) Eigene Anteile

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird nicht erfolgswirksam erfasst.

Am 1. Dezember 2008 hat die Gesellschaft 80.000 Stück eigene Aktien zu einem im Rahmen der Sachkapitalerhöhung festgelegten Ausgabebetrag von EUR 1,30 pro Stück erworben. Zum 31. Dezember 2008 waren die Aktien mit EUR 76.000 (EUR 0,95 je Stück) zu bewerten.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

(9) Verpflichtungen für Abfertigungen

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, ist auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Zahlung von Abfertigungen in Österreich verpflichtet. Die Grundlagen und die Berechnungsmethode sind oben bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden dargestellt.

Die Veränderung der Verpflichtung für Abfertigungen stellt sich folgendermaßen dar:

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| **Bilanzwert zu Beginn des Geschäftsjahres** | **959** | **905** |
| Dienstzeitaufwand | 17 | 6 |
| Zinsaufwand | 17 | 8 |
| Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste | 5 | 40 |
| Gezahlte Leistungen | | |
| **Bilanzwert** | **998** | **959** |

Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Rückstellungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert (versicherungsmathematischer Gewinn bzw. Verlust) wird sofort im Ergebnis erfasst. Der Anwartschaftsbarwert ist nicht fondsfinanziert.

In dem Bilanzwert sind Zusagen in Höhe von TEUR 227 enthalten.

Der Anwartschaftsbarwert für Verpflichtungen aus Abfertigungen entwickelte sich zu den vergangenen Stichtagen folgendermaßen:

| in TEUR | Anwartschafts-barwerte |
|---|---|
| 01.01.2007 | 0 |
| 31.12.2007 = 01.01.2008 | 711 |
| 31.12.2008 = 01.01.2009 | 742 |
| 30.06.2009 | 771 |

Die erfahrungsbedingten Anpassungen der Schulden des Plans betragen im Geschäftsjahr TEUR 39 (Vorjahr: TEUR -84).

Die im Zusammenhang mit Verpflichtungen aus Abfertigungen in der Gesamtergebnisrechnung erfassten Erträge und Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | Jahr 2009 01.01. – 30.06. | Jahr 2008 01.01. – 31.12. |
|---|---|---|
| Dienstzeitaufwand | 17 | 6 |
| Zinsaufwand | 17 | 8 |
| Realisierte versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) | 5 | 40 |
| **Erträge / Aufwendungen im Geschäftsjahr** | **39** | **54** |

Aufwendungen für Abfertigungen sind in der Gesamtergebnisrechnung im Personalaufwand erfasst.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

(10) Sonstige Rückstellungen

| in TEUR | 01.01.2009 | Ver-brauch | Auf-lösung | Dotierung | 30.06.2009 |
|---|---|---|---|---|---|
| Ertragsteuern | 134 | 44 | 0 | 20 | 110 |
| Arbeitnehmerverpflichtungen | 232 | 232 | 0 | 0 | 0 |
| Gesellschaftsteuer | 49 | 0 | 49 | 0 | 0 |
| Sonst. Rückstellungen | 600 | 39 | 14 | | 547 |
| | **1.015** | **315** | **63** | **20** | **657** |

Die ausgewiesenen Rückstellungen sind als kurzfristig zu betrachten. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, die nach bestem Ermessen angesetzt wurden. Die Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern resultierten im Wesentlichen aus Urlaubsansprüchen, Ansprüchen aus Überstunden und sonstige Ansprüche. Diese Verpflichtungen sind im Berichtsjahr unter den sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

(11) Steuern vom Einkommen und Ertrag und latente Steuern

Der in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesene Steueraufwand setzt sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | Jahr 2009 01.01. – 30.06. | Jahr 2008 01.01. – 31.12. |
|---|---|---|
| Aufwand für laufende Ertragsteuern | -34 | -2 |
| Latenter Steueraufwand/-ertrag | 83 | 21 |
| | **49** | **19** |

Der Steuerertrag im Berichtszeitraum in Höhe von TEUR 49 (Vorjahr: TEUR 19) ist um TEUR 76 (Vorjahr: TEUR 20) höher als der rechnerische Ertragsteueraufwand von TEUR 28 (Vorjahr: TEUR 0), der sich unter Anwendung des Konzernsteuersatzes von 25 % auf das zu versteuernde Einkommen ergeben würde.

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte unter Anwendung eines Steuersatzes von 25 % bzw. 33 % und betrifft vor allem die aktivierten Softwarenutzungsrechte, die Rückstellung für Abfertigungen und die steuerlichen Verlustvorträge, die zu folgenden aktiven und passiven latenten Steuern führen:

| B+S Aktiengesellschaft München in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| **Verlustvortrag** | **147** | **0** |
| Steuersatz | 33% | 0 |
| **Aktive latente Steuern** | **49** | **0** |

| Teilkonzern Salzburg in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Softwarenutzungsrechte | 790 | 1.056 |
| Abfertigungsrückstellung | -437 | -547 |
| Verlustvorträge | -814 | -787 |
| Sonstige Rückstellungen | 32 | 32 |
| Leasing Gebäude | 6.960 | 7.038 |
| Leasingverbindlichkeit | -6.495 | -6.641 |
| Leasing Hardware | 223 | 245 |
| **Saldo** | **259** | **396** |
| Steuersatz | 25% | 25% |
| **Passive latente Steuern** | **65** | **99** |

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn sie gegenüber demselben Finanzamt bestehen. Latente Steuerschulden werden als langfristige Verbindlichkeit und latente Steueransprüche als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Die im Konzern vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge können wie folgt zusammengefasst werden:

| in TEUR | 30.06.2009 | | 31.12.2008 | |
|---|---|---|---|---|
| | Verlust-vortrag | Aktive latente Steuer | Verlust-Vortrag | Aktive latente Steuer |
| B + S Banksysteme Aktiengesellschaft (Deutschland, 33%) | 147 | 49 | 0 | 0 |
| B + S Banksysteme Aktiengesellschaft (Salzburg, 25%) | 814 | 203 | 787 | 197 |

Der steuerliche Verlustvortrag wurde zur Gänze aktiviert.

Die Ursachen für den Unterschied zwischen theoretischem und ausgewiesenem Ertragsteuerertrag (Vorjahr Ertragsteueraufwand) im Konzern stellen sich folgendermaßen dar:

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Konzernergebnis vor Steuern | 111 | -627 |
| Theoretischer Ertragsteueraufwand 25 % (Vorjahr: 25%) | 28 | 0 |
| Veränderung des theoretischen Steueraufwand aufgrund: | | |
| Sonstiger Steuereffekte | -22 | 2 |
| Erstmaliger Ansatz bisher nicht angesetzter latenter Steuern auf Verlustvorträge | -55 | -21 |
| **Ausgewiesener Ertragsteueraufwand/-ertrag** | **-49** | **-19** |

Die latenten Steuern haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| **Latente Steuern zu Beginn des Geschäftsjahres** | **99** | **0** |
| Veränderung Konsolidierungskreis | | 99 |
| Erfolgswirksam erfasste latente Steuern | -83 | |
| **Latente Steuern am Ende des Geschäftsjahres (saldiert)** | **16** | **99** |

(12) Finanzverbindlichkeiten

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.295 | 9.966 |
| **Summe** | **9.295** | **9.966** |

Der Kontokorrentkreditrahmen beträgt per 30. Juni 2009 TEUR 1.000 (31. Dezember 2008: TEUR 1.000).

Sämtliche Finanzierungsvereinbarungen wurden mit unbestimmter Laufzeit abgeschlossen und sind durch Verpfändung von Wertpapierdepots von Aktionären besichert.

(13) Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Langfristige Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Die Verbindlichkeit Immorent resultiert aus dem Finanzierungsleasingvertrag für das Bürogebäude Bichlfeldstrasse 11, 5020 Salzburg, Österreich. Der Vertrag für das über Leasing finanzierte Bürogebäude samt Rechenzentrum wurde am 29. Juni bzw. 20. Juli 2000 zwischen der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, und der Sparkasse Immorent Grundstücksverwertungsgesellschaft m.b.H., Salzburg, Österreich, abgeschlossen. Der Leasingvertrag begann mit der Übernahme des Objektes (4. Quartal 2003) und läuft 15 Jahre. Die Gesamtinvestitionskosten betrugen rund TEUR 7.800, die jährliche Tilgung zurzeit rund TEUR 162, der Restwert im Jahr 2019 rund TEUR 3.900. Der Zinssatz der Leasingvereinbarung ist variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Die Verbindlichkeit gegenüber HYPO Impuls Mobilien Leasing betrifft zur Gänze Hardware. Die zugrunde liegenden Leasingverträge enden 2010. Die Zinssätze, die den Verträgen zu Grunde liegen, sind variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 6.301 | 6.236 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien-Leasing | 0 | 143 |
| **Summe** | **6.301** | **6.379** |

Zum 30. Juni 2004 wurde das Bürogebäude Bichlfeldstraße, Salzburg, Österreich, aktiviert. Im Rahmen der Erstkonsolidierung wurde der Finanzierungsleasingvertrag auf Grund der aktuellen Zinssatzentwicklung zum 30. September 2008 neu bewertet. Für die Bewertung wurde ein langfristiger Zinssatz von 5,5 % zu Grunde gelegt.

Im Jahr 2007 wurden Finanzierungsleasingverträge über Hard- und Software mit einer Laufzeit bis 2010 abgeschlossen.

Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (Mindestleasingzahlungen) weisen folgende Zusammensetzung und Laufzeiten auf:

| in TEUR | 30.06.2009 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über fünf Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 9.316 | 650 | 2.218 | 6.448 |
| Zinsanteil | 2.821 | 354 | 1.289 | 1.178 |
| **Barwert** | **6.495** | **296** | **929** | **5.270** |

| in TEUR | 31.12.2008 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über fünf Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 10.058 | 662 | 2.414 | 6.982 |
| Zinsanteil | 3.417 | 400 | 1.422 | 1.595 |
| **Barwert** | **6.641** | **262** | **992** | **5.387** |

Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 100 | 166 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien-Leasing | 94 | 96 |
| **Summe** | **194** | **262** |

Im Berichtsjahr wurden TEUR 160 (Vorjahr: TEUR 105) Zinsaufwendungen aus Finanzierungsleasing erfolgswirksam im operativen Ergebnis erfasst.

Die Buchwerte der im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen aktivierten Vermögenswerte (zur Gänze Sachanlagen) setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Bauten auf fremdem Grund | 6.960 | 7.038 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 233 | 254 |
| **Summe** | **7.193** | **7.292** |

Die Mindestlaufzeit der Finanzierungsleasingverträge entspricht im Wesentlichen der Nutzungsdauer dieser Sachanlagen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

(14) Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungen

| in TEUR | Summe | Restlaufzeit bis 1 Jahr | Restlaufzeit bis 5 Jahre | Restlaufzeit über fünf Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern | 278 | 278 | 0 | 0 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 297 | 297 | 0 | 0 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 1.251 | 1.251 | 0 | 0 |
| **Summe 30.06.2009** | **1.826** | **1.826** | **0** | **0** |
| | | | | |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 197 | 197 | 0 | 0 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 388 | 388 | 0 | 0 |
| **Summe 31.12.2008** | **585** | **585** | **0** | **0** |

Die Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern in Höhe von TEUR 278 betreffen im Wesentlichen Urlaubsansprüche, Ansprüche aus Überstunden und sonstige quasi sichere Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern. Diese Arten von Verbindlichkeiten waren im Vorjahr mit einem Betrag in Höhe von TEUR 232 als Rückstellung (Arbeitnehmerverpflichtungen) ausgewiesen. In dem Posten sind TEUR 56 als Verbindlichkeiten auf Auszahlung einer variablen Vergütung gegenüber Vorstandsmitgliedern enthalten. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen des Abschnitts „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Personen“ verwiesen.

Der Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 1.251 (Vorjahr: TEUR 388) betrifft ausschließlich transitorische Einnahmen von Wartungserlösen, die im Berichtszeitraum im Voraus für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2009 vereinnahmt wurden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 297 (Vorjahr: TEUR 197) enthalten im Wesentlichen Gehaltsnebenkosten (Krankenkasse, Finanzamt, Gebietskörperschaften) sowie Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

(15) Umsatzerlöse

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Softwareerlöse | 1.563 | 875 |
| Wartungserlöse | 2.118 | 1.470 |
| Erlöse aus Schulungen und Beratungen | 101 | 113 |
| Erlöse aus Personalbereitstellung | 61 | 30 |
| | **3.843** | **2.488** |

(16) Sonstige betriebliche Erträge

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Sonstige Erträge | 101 | 27 |
| | **101** | **27** |

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Sachbezügen, aus Versicherungsentschädigungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

(17) Personalaufwand

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Gehälter / Löhne | 1.648 | 1.432 |
| Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge | 377 | 318 |
| Aufwendungen für Abfertigungen | 39 | 57 |
| Sonstige Sozialaufwendungen | 23 | 14 |
| | **2.087** | **1.821** |

In dem Posten „Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebenen Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge“ sind Aufwendungen für beitragsorientierte Altersversorgungspläne (Dienstgeberanteile zur Rentenversicherung) in Höhe von TEUR 251 (Vorjahr: TEUR 203) enthalten.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge des Vorstandes wird auf die Erläuterungen des Abschnittes „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen“ verwiesen.

Der durchschnittliche Personalstand entwickelte sich wie folgt:

| Durchschnittliche Anzahl | Jahr 2009 01.01. – 30.06. | Jahr 2008 01.01. – 31.12. |
|---|---|---|
| Angestellte (aktive Mitarbeiter) | 63 | 58 |
| Vorstände | 3 | 3 |
| | **66** | **61** |

Im Berichtszeitraum waren neben 63 aktiven Mitarbeiter (Vorjahr 58) sechs Mitarbeiter (Vorjahr: sieben Mitarbeiter) als passiv einzustufen. Von den sechs passiven Mitarbeitern waren fünf in Elternzeit (Vorjahr: sechs in Elternzeit) und ein Mitarbeiter in Alterzsteilzeit (Vorjahr: ein Mitarbeiter in Altersteilzeit).

(18) Sonstige betriebliche Aufwendungen

| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| Miet- und Raumkosten, Grundstückspacht | 129 | 117 |
| Beratungs- und Prüfungskosten | 141 | 147 |
| KFZ Aufwand | 214 | 145 |
| Post und Kommunikation | 58 | 33 |
| Reinigung, Wartung und Instandhaltung | 72 | 49 |
| Fahrt- und Reisekosten | 59 | 49 |
| Marketing- und Werbeaufwand | 117 | 83 |
| Aus- und Weiterbildungskosten | 2 | 4 |
| Büromaterial | 7 | 9 |
| Übrige Steuern, Beiträge, Gebühren | 8 | 16 |
| Sonstiges | 128 | 198 |
| **Summe** | **935** | **850** |

Im Posten „Sonstiges“ sind vor allem Versicherungsaufwendungen, Aufwendungen für Personalsuche, Aufsichtsratsvergütungen, Einzelwertberichtigungen zu Kundenforderungen sowie Kosten für die Aktienbetreuung enthalten.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

(19) Sonstige Angaben

Neben Finanzierungsleasingverhältnissen gibt es in der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft Miet- und Leasingverhältnisse, die nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt als Operatingleasingverhältnisse zu klassifizieren sind. Hierbei handelt es sich um Mieten für Fahrzeuge, Bürogebäude und EDV-Anlagen sowie Hardware-Wartungsverträge. Operatingleasingverträge wurden über eine Grundmietzeit von bis zu 15 Jahren abgeschlossen. Es bestehen keine Verlängerungs- oder Kaufoptionen und auch keine durch Leasingvereinbarungen auferlegten Beschränkungen. Die Leasingverträge beinhalten Leasingraten, die auf variablen Mietzinsen basieren.

Die nicht-kündbaren Leasingzahlungen aus Operatingleasingverträgen in den nächsten Jahren verteilen sich wie folgt:

| in TEUR | Summe 30.06.2009 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Grundstückspacht (Baurecht) Salzburg | 882 | 92 | 368 | 422 |
| KFZ Leasing | 198 | 173 | 25 | 0 |
| Mietverträge (Immobilien) (1) | 234 | 67 | 167 | 0 |
| Wartungsverträge (1) | 38 | 17 | 21 | 0 |
| Miet- und Leasingverträge (Mobilien) (1) | 38 | 16 | 22 | 0 |
| Summe | **1.390** | **365** | **603** | **422** |

Zu (1): Jeweils bezogen auf den frühest möglichen Kündigungszeitpunkt der bestehenden Verträge

| in TEUR | Summe 31.12.2008 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Grundstückspacht (Baurecht) Salzburg | 974 | 92 | 368 | 514 |
| KFZ Leasing | 308 | 228 | 80 | 0 |
| Mietverträge (Immobilien) (1) | 268 | 67 | 201 | 0 |
| Wartungsverträge (1) | 44 | 16 | 28 | 0 |
| Miet- und Leasingverträge (Mobilien) (1) | 28 | 12 | 16 | 0 |
| Summe | **1.622** | **415** | **693** | **514** |

Zu (1): Jeweils bezogen auf den frühest möglichen Kündigungszeitpunkt der bestehenden Verträge

Die gesamten Miet- und Leasingaufwendungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen des Geschäftsjahres beliefen sich auf TEUR 343 (Vorjahr: TEUR 262). Die ausgewiesenen Aufwendungen beinhalten keine bedingten Mietzahlungen oder Zahlungen aus Untermietverhältnissen.

Darüber hinaus hat sich die Gesellschaft im Rahmen einer Vergleichsvereinbarung mit Besserungsschein verpflichtet, als Gegenleistung für den bedingten Forderungsverzicht für die Geschäftsjahre 2004 bis 2009, abhängig von einem erzielten Jahresüberschuss, festgelegte Quoten abzuführen. Die höchstens aufgrund dieses Besserungsscheins am Bilanzstichtag noch zu leistenden Zahlungen belaufen sich auf TEUR 206 (Vorjahr: TEUR 206). Für das Rumpfgeschäftsjahr 2009 fällt keine Besserungszahlung an.

(20) Finanzergebnis

| in TEUR | Jahr 2009 01.01. – 30.06. | Jahr 2008 01.01. – 31.12. |
|---|---|---|
| Zinsen und ähnliche Erträge | 3 | 14 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -356 | -269 |
| **Summe** | **-353** | **-255** |

Die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Finanzerträge enthalten im Wesentlichen Zinseinnahmen aus kurzfristigen Veranlagungen und Kontokorrentkrediten. Die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Finanzaufwendungen enthalten im Wesentlichen Zinsaufwendungen aus Kontokorrentkrediten.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Im Finanzergebnis enthalten sind TEUR 0 (Vorjahr TEUR 216) an Zinsaufwand für die Neubewertung des Leasingvertrages für das Bürogebäude Bichlfeldstraße 11, 5020 Salzburg, Österreich. Der Neubewertung wurde ein Zinssatz von 5,5 % zu Grunde gelegt.

(21) Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

| in TEUR | aus Zinsen | aus der Folgebewertung | | Nettoergebnis | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Währungs-umrechnung | Wert-berichtigung | Jahr 2009 01.01. – 30.06. | Jahr 2008 01.01. – 31.12. |
| Kredite und Forderungen | 3 | 0 | -4 | -1 | 14 |
| Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten | -197 | 0 | 0 | -197 | -165 |
| Verbindlichkeiten aus Leasing | -159 | 0 | 0 | -159 | -104 |
| **Summe** | **-353** | **0** | **-4** | **-357** | **-25** |

Die Veränderung der Wertberichtung auf Kredite und Forderungen ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Die restlichen Komponenten des Nettoergebnisses sind in den Finanzerträgen bzw. Finanzaufwendungen erfasst.

(22) Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie errechnet sich durch Division des Jahresergebnisses nach Steuern durch die gewichtete Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Stammaktien während des Geschäftsjahres.

| | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
|---|---|---|
| | EUR | EUR |
| Ergebnis Eigentümer | 160.052,51 | -607.848,40 |
| | Stück | Stück |
| Stammaktien | 6.209.933 | 6.209.933 |
| | Stück | Stück |
| Abzüglich eigene Anteile | -80.000 | -80.000 |
| Ausübbare Aktienoptionen | 34.562 | 34.562 |
| Gewichteter Durchschnitt | | 2.697.181 |
| **Ergebnis je Aktie ohne Verwässerungseffekt** | **0,03** | **-0,23** |
| **Ergebnis je Aktie mit Verwässerungseffekt** | **0,03** | **-0,22** |

Aufgrund der Kapitalerhöhung zum 06. Oktober 2008 errechnete sich im Vorjahr folgender gewichteter Durchschnitt:

| Zeitraum | Anzahl Aktien | Tage | Durchschnitt |
|---|---|---|---|
| 01.01.2008 - 06.10.2008 | 1.630.812 | 280 | 1.251.033 |
| 07.10.2008 - 31.12.2008 | 6.209.933 | 85 | 1.446.148 |
| **Gewichteter Durchschnitt** | | | **2.697.181** |

| | |
|---|---|
| Effekt aus ausübbaren Aktienoptionen | 34.562 |
| Gewichteter Durchschnitt (verwässert) | 2.731.743 |

**Sonstige Angaben**

**Angaben zur Kapitalflussrechnung**

Die Kapitalflussrechnung zeigt gemäß IAS 7 (Kapitalflussrechnungen), wie sich die liquiden Mittel im Konzern im Laufe des Geschäftsjahres durch Mittelzu- und –abflüsse verändert haben.

Die Geldflussrechnung unterscheidet zwischen Mittelveränderungen aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanztätigkeit. Der Bestand an liquiden Mitteln in der Geldflussrechnung entspricht der Bilanzposition liquide Mittel.

In der Geldflussrechnung wird der Cashflow aus den Endkonsolidierungsvorgängen als Nettogröße (abzüglich der abgegangenen Zahlungsmittel) dargestellt. Aus diesem Grund werden die abgegangenen Vermögenswerte und Schulden nicht in die Veränderung der Bilanzpositionen (insbesondere des Working Capitals) einbezogen.

Die im Vorjahr durchgeführte Sachkapitalerhöhung war als nicht zahlungswirksame Transaktion zu qualifizieren und ist deshalb nicht in der Kapitalflussrechnung als Veränderung der Zahlmittel oder Zahlungsmitteläquivalenten darzustellen.

**Segmentberichterstattung**

Die Segmentberichterstattung erfolgt nach IFRS 8. Die Berichts- und Organisationsstruktur des Konzerns unterteilt sich nicht in einzelne Geschäftssegmente bzw. Geschäftsfelder, vielmehr werden aufgrund der untrennbar zusammenhängenden Geschäftsaktivitäten die Unternehmen als einheitliches Ganzes gesteuert. Aufwendungen und Erträge können nicht einzelnen Ressourcen zuteilt werden. Insoweit kann nicht über Geschäftssegmente Bericht erstattet werden.

Der Konzern konnte im Berichtsjahr mit folgenden Produktgruppen die nachfolgend erwähnten Umsätze erzielen, welche zur Gänze mit externen Kunden erlöst wurden.

| **Produkt- bzw. Dienstleistung in TEUR** | **Jahr 2009 01.01. – 30.06.** | **Jahr 2008 01.01. – 31.12.** |
|---|---|---|
| Softwareerlöse | 1.563 | 875 |
| Wartungserlöse | 2.118 | 1.470 |
| Erlöse aus Schulungen und Beratungen | 101 | 113 |
| Erlöse aus Personalbereitstellung | 61 | 30 |
| | **3.843** | **2.488** |

In geographischer Hinsicht sind im Berichtsjahr folgende Umsätze erzielt worden:

| **in TEUR** | **Jahr 2009 01.01. – 30.06.** | **Jahr 2008 01.01. – 31.12.** |
|---|---|---|
| Deutschland | 2.939 | 1.998 |
| Schweiz | 684 | 403 |
| Österreich | 220 | 87 |
| | **3.843** | **2.488** |

Es gibt im Rumpfgeschäftsjahr 2009 keine externe Kunden mit denen Umsätze erzielt werden, die mindestens 10 % der Gesamtumsätze betragen. Gleiches gilt für das Vorjahr.

**Management der finanziellen Risiken und Angaben zu Finanzinstrumenten**

Zinsrisiko

Die B+S Gruppe unterliegt hinsichtlich ihrer Finanzinstrumente insbesondere Risiken aus der Veränderung der Zinssätze. Diesem Zinsrisiko wird durch kontinuierlichen Abbau der Verbindlichkeiten und ein straffes Cash-Management begegnet.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Der Konzern finanziert sich im Wesentlichen aus dem operativen Cashflow. Darüber hinaus bestehen finanzielle Verbindlichkeiten, die zur Finanzierung der operativen Geschäftstätigkeit beitragen, in Form von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern. Dem stehen verschiedene finanzielle Vermögenswerte wie zum Beispiel Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die unmittelbar aus der Geschäftstätigkeit resultieren, gegenüber.

Für das Zinsänderungsrisiko wurde eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt, die die Auswirkungen von hypothetischen Änderungen des Marktzinsniveaus auf Ergebnis nach Steuern und Eigenkapital zeigt. Als Basis für die Zinssensitivitätsanalyse wurden die Buchwerte der variabel verzinsten Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag herangezogen. Dabei wurde unterstellt, dass das Risiko am Bilanzstichtag im Wesentlichen das Risiko während des Geschäftsjahres repräsentiert. Außerdem wurde bei der Analyse unterstellt, dass alle anderen Variablen, insbesondere Wechselkurse, konstant bleiben. 100 Basispunkte entsprechen 1 % des Buchwertes zum 30. Juni 2009.

Wenn das Marktzinsniveau zum 30. Juni 2009 um 100 Basispunkte höher gewesen wäre, wäre das Ergebnis nach Steuern um TEUR 152 geringer (zum 31. Dezember 2008 um TEUR 164 geringer) gewesen. Ebenso wäre das Eigenkapital zum 30. Juni 2009 um TEUR 152 geringer (zum 31. Dezember 2008 um TEUR 164 geringer) gewesen, wenn das Marktzinsniveau um 100 Basispunkte höher gewesen wäre.

Währungsrisiko

Ein Währungskursrisiko besteht nur in untergeordnetem Ausmaß, weil nur Geschäftsfälle in EUR bzw. durch die Schweizer Tochtergesellschaft nur in ihrer Landeswährung CHF getätigt werden.

Liquiditätsrisiko

Das Risiko mangelnder Liquidität besteht nicht, weil durch Einnahmen aus langfristigen Wartungsverträgen die fixen Kosten gedeckt sind und zusätzlich unausgenützte Kreditlinien bestehen.

Der Konzern überwacht das Risiko eines etwaigen Liquiditätsengpasses im Rahmen der laufenden Cashflow-Planung und -Überwachung.

Aus der nachfolgenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen der originären finanziellen Verpflichtungen ersichtlich. Einbezogen wurden alle Verpflichtungen, die am 30. Juni 2009 im Bestand waren und für die bereits Zahlungen vertraglich vereinbart waren. Planzahlen für zukünftige neue Verbindlichkeiten gehen nicht ein. Die variablen Zinszahlungen aus den Finanzinstrumenten wurden unter Zugrundelegung der zuletzt vor dem 30. Juni 2009 geltenden Zinssätze ermittelt. Jederzeit rückzahlbare finanzielle Verpflichtungen sind dem frühesten Zeitraster zugeordnet.

Es bestehen jederzeit rückzahlbare finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 9.295 (Vorjahr: TEUR 9.966), die nicht zur Gänze im folgenden Geschäftsjahr getilgt wird, sondern in dem Ausmaß, das aus dem Cashflow möglich ist, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu beeinträchtigen. Der Anspruch auf Rückzahlung aus diesen jederzeit rückzahlbaren finanziellen Verpflichtungen kann jederzeit fällig gestellt werden. Zur Absicherung dieser Verpflichtungen haben die Vorstände Heinz Schier und Wilhelm Berger, zugleich Aktionäre der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, jeweils Sicherheiten gestellt.

Bei den übrigen Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich um laufende Betriebsmittelkredite, bei denen ein Abfluss im nächsten Geschäftsjahr angenommen wurde.

| 30.06.2009 | | Cashflows 2009/2010 | | Cashflows 2010/11 | | Cashflows 2012-2014 | | Cashflows 2015 ff. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| in TEUR | Buch-wert | Zins var. | Tilgung | Zins var. | Tilgung | Zins var. | Tilgung | Zins var. | Tilgung |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.295 | 303 | 1.295 | 254 | 1.500 | 446 | 4.500 | 35 | 2.000 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-leasing | 6.495 | 352 | 202 | 335 | 220 | 928 | 735 | 1.032 | 5.338 |

| 31.12.2008 | | Cashflows 2009 | | Cashflows 2009/2010 | | Cashflows 2011-2013 | | Cashflows 2014 ff. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| in TEUR | Buch-wert | Zins var. | Tilgung | Zins var. | Tilgung | Zins var. | Tilgung | Zins var. | Tilgung |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.966 | 560 | 1.966 | 452 | 1.500 | 608 | 6.500 | 0 | 0 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-leasing | 6.641 | 415 | 266 | 400 | 272 | 1.122 | 612 | 1.706 | 5.491 |

Ausfallsrisiko

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft hat keine wesentlichen Kreditrisikokonzentrationen.
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zu 100 % gegenüber den Kunden, den Banken und Kreditinstituten, sind kurzfristig und werden durchschnittlich nach 28 Tagen bezahlt. Die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte entsprechen ihrem tatsächlichen Wert. Es besteht kein Abwertungsbedarf. Hinsichtlich Wertminderungen und Altersstruktur der überfälligen finanziellen Vermögenswerte ist auf Ziffer (4) Forderungen und sonstige Vermögenswerte zu verweisen.

Buchwerte, beizulegende Zeitwerte und Wertansätze von Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt Buchwerte und beizulegende Zweitwerte sämtlicher im Konzernabschluss erfasster Finanzinstrumente:

| Klasse der Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden: | | | | |
|---|---|---|---|---|
| | Buchwert | | beizulegender Zeitwert | |
| in TEUR | 30.06.2009 | 31.12.2008 | 30.06.2009 | 31.12.2008 |
| Forderungen aus Lieferung und Leistungen | 758 | 467 | 758 | 467 |
| Liquide Mittel | 595 | 184 | 595 | 184 |
| Übrige finanzielle Vermögenswerte | 180 | 228 | 180 | 228 |
| | **1.533** | **879** | **1.533** | **879** |

Liquide Mittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige finanzielle Verpflichtungen haben überwiegend kurze Laufzeiten. Daher entsprechen ihre Buchwerte zum Bilanzstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert.

| | Buchwert | | beizulegender Zeitwert | |
|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | **30.06.2009** | **31.12.2008** | **30.06.2009** | **31.12.2008** |
| Finanzverbindlichkeiten | 9.295 | 9.966 | 9.295 | 9.966 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 217 | 263 | 217 | 263 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.495 | 6.641 | 6.495 | 6.641 |
| Übrige finanzielle Verpflichtungen | 575 | 197 | 575 | 197 |
| | **16.582** | **17.067** | **16.582** | **17.067** |

Finanzverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige finanzielle Verpflichtungen haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen daher näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing sind variabel verzinst.

Kapitalmanagement

Der Konzern verfolgt das Ziel, langfristig die Unternehmensfortführung zu sichern und die Interessen der Aktionäre, seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aller weiterer Abschlussadressaten zu wahren.

Die Steuerung der Kapitalstruktur orientiert sich an den Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den Risiken aus den zugrunde liegenden Vermögenswerten. Der Konzern steht für die Strategie einer kontinuierlichen und nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes.

Im Berichtsjahr wurden alle externen Kapitalanforderungen erfüllt. Das Kapital des Konzerns entspricht dem bilanzierten Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 19,9 % (Vorjahr: 19,7%).

**Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen**

Es ist Vorgabe, dass alle Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen „at arm's length", d.h. zu üblichen Marktbedingungen durchgeführt werden.

Sämtliche Vorstandsmitglieder sind zugleich Aktionäre der Gesellschaft mit wesentlichem Einfluss.

Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder bestehen aus mehreren Vergütungsbestandteilen: dem Grundgehalt, der variablen Vergütung sowie aus Nebenleistungen. Das Grundgehalt wird als erfolgsunabhängige Grundvergütung monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen durch die private Dienstwagennutzung und Zuschüsse zur Sozialversicherung. Diese sind vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu. Die Höhe der variablen Vergütung ist von der Entwicklung der Umsätze abhängig.

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Rumpfgeschäftsjahr 2009 und im Geschäftsjahr 2008 ergeben sich in individualisierter Form aus der nachfolgenden Tabelle:

| **Vorstandsbezüge** | **Heinz Schier** | | **Wilhelm Berger** | | **Peter Bauch** | | **Gesamt** | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | **2009** | **2008** | **2009** | **2008** | **2009** | **2008** | **2009** | **2008** |
| **in TEUR** | 01.01.-30.06. | 01.01.-31.12. | 01.01.-30.06. | 01.01.-31.12. | 01.01.-30.06. | 01.01.-31.12. | 01.01.-30.06. | 01.01.-31.12. |
| Grundgehalt | 68 | 46 | 68 | 46 | 58 | 102 | **194** | **194** |
| Variables Gehalt (Umsatzbeteiligung) | 33 | 13 | 33 | 13 | 6 | 0 | **72** | **26** |
| KFZ-Nutzung | 4 | 2 | 4 | 2 | 4 | 7 | **12** | **11** |
| Betriebliche Altersvorsorge | | | | | 1 | 1 | **1** | **1** |
| Sozialversicherung Arbeitgeberanteil | 5 | 2 | 5 | 2 | 2 | 3 | **12** | **7** |
| Zuführungen zu Dienstzeitaufwand Abfertigung | 4 | 1 | 4 | 1 | | | **8** | **2** |
| **Gesamtbezüge** | **114** | **64** | **114** | **64** | **71** | **113** | **299** | **241** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind in den Bezügen nicht enthalten. Im Rahmen des Stock Option Plans wurden im Rumpfgeschäftsjahr keine Optionen (Vorjahr: 0) zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft an Mitglieder des Vorstands ausgegeben.

Der Anspruch auf das variable Gehalt (Umsatzbeteiligung) der Vorstände Heinz Schier und Wilhelm Berger auf jeweils TEUR 33 wurde im Rumpfgeschäftsjahr in Höhe von jeweils 5 TEUR durch Auszahlung erfüllt. Der verbleibende Anspruch auf jeweils TEUR 28 sowie der Gesamtanspruch des Vorstands Peter Bauch in Höhe von TEUR 6 wurden jeweils als Verbindlichkeit gegenüber Mitarbeitern eingestellt. Auf die Erläuterungen des Abschnitts „Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung“ zu Ziffer (14) wird verwiesen.

Zur Absicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 8.900 haben die Vorstände Heinz Schier und Wilhelm Berger, zugleich Aktionäre der Gesellschaft, Sicherheiten gestellt.

Die Bezüge des Aufsichtsrats der Gesellschaft betrugen im Geschäftsjahr TEUR 39 (Vorjahr: TEUR 4), davon an ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglieder TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 0).
Sie entfallen auf Prof. Dr. Herbert Kofler mit TEUR 10 (Vorjahr: TEUR 3), Dr. Manfred Seyfried mit TEUR 20 (Vorjahr: TEUR 1) und Dr. Werner Steinwender mit TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 0). Dr. Alexander Schierjott wurden für die Aufsichtsratstätigkeit bis 13. Juni 2008 TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 0) im Berichtsjahr ausbezahlt.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Kredite und Vorschüsse an die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der B + S Banksysteme Aktiengesellschaft.

**Organe der Gesellschaft**

Dem Vorstand der Gesellschaft gehörten an:

| | |
|---|---|
| Heinz Schier, Salzburg, Österreich | Kaufmann, Vorsitzender des Vorstands |
| Wilhelm Berger, Salzburg, Österreich | Bankkaufmann und Betriebswirt |
| Peter Bauch, München | Datenverarbeitungskaufmann |
| Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten an: | Professor für Wirtschaftswissenschaften |
| Prof. Dr. Herbert Kofler, Klagenfurt, Österreich | Vorsitzender des Aufsichtsrats<br>Mitglied in folgenden weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Ausland:<br>B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, Vorsitzender<br>Kärntner Sparkasse AG<br>Privatstiftung Kärntner Sparkasse Privatstiftung<br>Immoeast AG<br>Immofinanz AG, Vorsitzender<br>red-stars.com data AG<br>Akademie der Wirtschaftstreuhänder GmbH<br>Futurelab Holding GmbH |
| Dr. Manfred Seyfried, Frankfurt | Unternehmensberater<br>Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates<br>Mitglied in folgenden weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Ausland:<br>B+S Banksysteme Aktiengesellschaft Salzburg, Österreich |
| Dr. Werner Steinwender, Salzburg, Österreich | Rechtsanwalt |

Hinsichtlich der Angaben zu den Gesamtbezügen des Vorstandes und des Aufsichtsrates verweisen wir auf vorstehenden Abschnitt „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen“.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

**Angaben zu § 21 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)**

Herr Heinz Schier, Österreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 % überschritten hat und nunmehr 24,77 % (1.538.462 Stimmrechte) beträgt. Im Rahmen der Erfüllung des Vergleichs zur Umsetzung der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 hat Herr Schier 40.000 Aktien in die Gesellschaft eingelegt. Sein Stimmrechtsanteil beträgt danach 24,13 % (1.498.462 Stimmrechte).

Herr Peter Bauch, München, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 % überschritten hat und nunmehr 23,59 % (1.464.615 Stimmrechte) beträgt.

Herr Wilhelm Berger, Österreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 % überschritten hat und nunmehr 24,77 % (1.538.462 Stimmrechte) beträgt. Im Rahmen der Erfüllung des Vergleichs zur Umsetzung der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 hat Herr Berger 40.000 Aktien in die Gesellschaft eingelegt. Sein Stimmrechtsanteil beträgt danach 24,13 % (1.498.462 Stimmrechte).

**Sonstige Angaben nach § 315a HGB**

**Konzernabschlussprüferhonorar**

Das im Rumpfgeschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Konzernabschlussprüfers beinhaltet ausschließlich die Leistungen für die Abschlussprüfung in Höhe von TEUR 25 (Vorjahr: TEUR 24).

**Erklärung zum Corporate Governance Kodex**

Vorstand und Aufsichtsrat der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft haben die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und den Aktionären unter folgender Internetadresse dauerhaft zugänglich gemacht: http://www.bs-ag.com/index.php?option=com_content&view=article&id=144&Itemid=59.

München, den 21. August 2009

| | | |
|---|---|---|
| Heinz Schier | Peter Bauch | Wilhelm Berger |
| Vorsitzender des Vorstandes | Vorstand | Vorstand |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 30.06.2009 (Rumpfgeschäftsjahr) (geprüft)

# »Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers«

Wir haben den von der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2009 geprüft.

Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben. Ergänzend wurden wir beauftragt zu beurteilen, ob der Konzernabschluss auch den IFRS insgesamt entspricht.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernsabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Konzerns. Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass die Werthaltigkeit des ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung gemäß den uns vorgelegten Planungsrechnungen abhängig ist.

Augsburg, den 21. August 2009

A W I
TREUHAND & REVISION GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stötter
Wirtschaftsprüfer

# »Konzernjahresabschluss 2008«

**Konzern - Bilanz**

| Bilanz (IFRS)<br>in TEUR | Verweis<br>auf<br>Anhang | Jahr 2008<br>01.01. – 31.12. | Jahr 2007<br>01.01. – 31.12. |
|---|---|---|---|
| **A K T I V A** | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 1 | 1.121 | 1 |
| Geschäfts- und Firmenwert | 2 | 14.847 | 0 |
| Sachanlagen | 3 | 7.386 | 21 |
| **Summe Langfristige Vermögenswerte** | | **23.354** | **22** |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 4 | 696 | 503 |
| Liquide Mittel | 5 | 184 | 92 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 6 | 126 | 19 |
| **Summe kurzfristige Vermögenswerte und RAP** | | **1.006** | **614** |
| **BILANZSUMME A K T I V A** | | **24.360** | **636** |

| **Bilanz (IFRS)**<br>**in TEUR** | **Verweis**<br>**auf Anhang** | **Jahr 2008**<br>**01.01. – 31.12.** | **Jahr 2007**<br>**01.01. – 31.12.** |
|---|---|---|---|
| **P A S S I V A** | | | |
| Gezeichnetes Kapital | 7 | 6.210 | 1.631 |
| Kapitalrücklage | 7 | 1.183 | 398 |
| Eigene Anteile | | -76 | 0 |
| Rücklagen Währungsdifferenzen | | 11 | 0 |
| Bilanzgewinn/ -verlust | | -2.528 | -1.895 |
| **Summe Eigenkapital** | | **4.800** | **134** |
| Rückstellungen für Abfertigungen | 9 | 959 | 0 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 12 | 6.379 | 0 |
| Steuerabgrenzung | 10 | 99 | 0 |
| **Summe langfristige Verbindlichkeiten** | | **7.437** | **0** |
| Erhaltene Anzahlungen | | 31 | 10 |
| Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten | 11 | 8.000 | 0 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 11 | 1.966 | 1 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | 263 | 56 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 12 | 262 | 0 |
| Kurzfristige sonstige Rückstellungen | 10 | 1.016 | 395 |
| Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten | 13 | 585 | 40 |
| **Summe kurzfristige Verbindlichkeiten und RAP** | | **12.123** | **502** |
| **BILANZSUMME P A S S I V A** | | **24.360** | **636** |

**Konzern - Gewinn- und Verlustrechnung**

| Gewinn – und Verlustrechnung (IFRS) in TEUR | Verweis auf Anhang | Jahr 2008 01.01. – 31.12. | Jahr 2007 01.01. – 31.12. |
|---|---|---|---|
| **Umsatzerlöse** | 15 | 2.488 | 1.509 |
| **Sonstige betriebliche Erträge** | 16 | 27 | 151 |
| | | **2.515** | **1.660** |
| **Waren- und Materialeinsatz** | | -5 | 0 |
| **Personalaufwand** | 17 | -1.821 | -1.245 |
| **Abschreibungen** | | -210 | -25 |
| **Sonstige betriebliche Aufwendungen** | 18 | -850 | -691 |
| **Operatives Ergebnis (EBIT)** | | **-371** | **-301** |
| **Finanzergebnis** | 20 | -256 | 11 |
| **Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)** | | **-627** | **-290** |
| **Ertragsteuern** | 10 | 19 | 0 |
| **Periodenergebnis *** | | **-608** | **-291** |
| **Verlustvortrag aus dem Vorjahr** | | -1.892 | -1.604 |
| **Ergebnisneutrale Umbewertung der eigenen Aktien** | | -28 | 0 |
| **Konzernbilanzgewinn** | | **-2.528** | **-1.895** |

* Das Periodenergebnis entfällt in voller Höhe auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens

| Ergebnis je Aktie | Verweis auf Anhang | 2008 | 2007 |
|---|---|---|---|
| **ohne Verwässerungseffekt** | 22 | -0,23 | -0,18 |
| mit Verwässerungseffekt | 22 | -0,22 | -0,17 |

**Konzern - Kapitalflussrechnung**

| **Kapitalflussrechnung (IFRS) in TEUR** | **Jahr 2008 01.01.-31.12.** | **Jahr 2007 01.01.-31.12.** |
|---|---|---|
| **Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit** | | |
| Periodenergebnis | -608 | -291 |
| Abschreibungen | 210 | 25 |
| Veränderungen langfristige Rückstellungen | 54 | 0 |
| Veränderungen latenter Steuern | -21 | 0 |
| Veränderungen Forderungen | 203 | -15 |
| Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposten | 194 | 6 |
| Veränderungen erhaltene Anzahlungen | 11 | 5 |
| Veränderungen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | -180 | 6 |
| Veränderung Verbindlichkeiten verbundene Unternehmen | 0 | 0 |
| Veränderungen sonstige Rückstellungen | -191 | 165 |
| Sonstige Verbindlichkeiten und RAP | -325 | 27 |
| | **-653** | **-72** |
| **Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit** | | |
| Investitionen ins Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) | -3 | 0 |
| Erlöse aus Anlagenabgängen | 0 | 17 |
| | **-3** | **17** |
| **Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit** | | |
| Veränderungen Finanzverbindlichkeiten | -1.205 | 1 |
| Zuführung Kapitalrücklage | 451 | 0 |
| Barkapitalerhöhung | 1.502 | 0 |
| | **748** | **1** |
| **Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes** | **92** | **-55** |
| | | |
| Liquide Mittel zu Beginn des Geschäftsjahres | 92 | 147 |
| Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres | **184** | **92** |
| | | |
| davon bezahlte Ertragssteuern | -2 | 0 |
| Davon erhaltene Zinsen | 14 | 11 |
| Davon bezahlte Zinsen | -269 | 0 |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

**Konzern - Eigenkapitalveränderungsrechnung**

| Entwicklung des Eigenkapitals in TEUR | Gezeichnetes Kapital | Kapital-rücklage | Währungs-umrechnungs-differenzen | Eigene Anteile | Bilanz-ergebnis | Summe Eigen-kapital |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Stand zum 31. Dezember 2006** | **1.631** | **398** | **0** | **0** | **-1.601** | **428** |
| Periodenergebnis | | | | | -291 | -291 |
| **Stand zum 31. Dezember 2007** | **1.631** | **398** | **0** | **0** | **-1.892** | **137** |
| Kapitalerhöhung durch Sacheinlage | 3.077 | 923 | | | | 4.000 |
| Kapitalerhöhung durch Bareinlage | 1.502 | 451 | | | | 1.953 |
| Kosten der Kapitalerhöhung | | -693 | | | | -693 |
| Einbringung eigener Anteile in die Kapitalrücklage | | 104 | | -104 | | 0 |
| Umbewertung der eigenen Anteile | | | | 28 | -28 | 0 |
| Differenzen aus Währungsumrechnung | | | 11 | | | 11 |
| Periodenergebnis | | | | | -608 | -608 |
| **Stand zum 31. Dezember 2008** | **6.210** | **1.183** | **11** | **-76** | **-2.528** | **4.800** |
| Verweis auf Anhang | 7 | 7 | | 8 | | 7 |

# »Konzern - Anhang für das Geschäftsjahr 2008«

**Das Unternehmen**

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft (- nachfolgend auch Gesellschaft genannt -) ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft mit dem Sitz in München, eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht München unter HRB 120849. Die Gesellschaft hat zum Unternehmensgegenstand die Erstellung und Entwicklung von eigenen Programmen zu Datenver- und Datenbearbeitung, deren Vervielfältigung, Lizenzierung und Vertrieb sowie Beratung von Unternehmen. Die Gesellschaft gehört zu den Anbietern von Standardsoftwareprodukten für Finanzdienstleister im deutschsprachigen Raum. Die Produktpalette umfasst Standardsoftware für eine Gesamtbanklösung sowie Lösungen für banknahe Finanzdienstleistungen.

**Grundsätze der Rechnungslegung und Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

**Grundsätze der Rechnungslegung**

Die Gesellschaft stellt als Mutterunternehmen für den kleinsten und den größten Kreis von Unternehmen einen befreienden Konzernabschluss nach § 315a HGB auf.

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2008 wurde unter Anwendung von § 315a Abs. 1 HGB im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) erstellt, wie sie gemäß der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anwendung Internationaler Rechnungslegungsstandards in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind. Alle vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen und zum Zeitpunkt der Aufstellung des vorliegenden Konzernabschlusses geltenden und von der Gesellschaft angewendeten IFRS wurden von der Europäischen Kommission für die Anwendung in der EU übernommen. Der Konzernabschluss entspricht damit auch den durch das IASB veröffentlichen IFRS. Im Folgenden wird daher einheitlich der Begriff IFRS verwendet.

Während des Geschäftsjahres 2008 wurden die Änderungen nachfolgender Standards und Interpretationen verbindlich:

- IFRIC 11: Konzerninterne Geschäfte und Geschäfte mit eigenen Anteilen nach IFRS 2
- IFRIC 14: Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung

Die Überarbeitung dieser Standards und Interpretationen hat zu keinen wesentlichen Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethode geführt.

Es wurde keine frühzeitige Anwendung folgender Standards vorgenommen:

| Standard/Interpretation | | Zeitpunkt des Inkrafttretens (1) | Geplante Anwendung |
|---|---|---|---|
| **Von der EU ratifiziert:** | | | |
| IAS 1 (rev.) – Darstellung des Abschlusses | * | 1. Januar 2009 | Geschäftsjahr 2009 |
| div. – jährliche Verbesserungen an den IFRS | * | 1. Januar 2009 | Geschäftsjahr 2009 |
| IAS 23 (rev.) – Fremdkapitalkosten | * | 1. Januar 2009 | Geschäftsjahr 2009 |
| Änderungen des IAS 32 und IAS 1 – Kündbare Finanzinstrumente und bei der Liquidation entstehende Verpflichtungen | * | 1. Januar 2009 | Geschäftsjahr 2009 |
| Änderungen des IAS 39 und IFRS 7: Umgliederung von Finanzinstrumenten | * | 1. Juli 2008 | Geschäftsjahr 2009 |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Änderungen des IFRS 1 und IAS 27 – Anschaffungskosten von Anteilen an Tochterunternehmen, gemeinschaftlich geführten Unternehmen oder assoziierten Unternehmen | * | 1. Januar 2009 | Geschäftsjahr 2009 |
| Änderung des IFRS 2 – Ausübungsbedingungen und Annullierungen | * | 1. Januar 2009 | Geschäftsjahr 2009 |
| IFRIC 13 – Kundenbindungsprogramme | * | 1. Juli 2008 | Geschäftsjahr 2009 |
| **Noch nicht von der EU ratifiziert:** | | | |
| Änderung des IAS 27 – Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS | * | 1. Juli 2009 | Geschäftsjahr 2009/2010 |
| IAS 28 – Änderungen im Zusammenhang mit den Änderungen von IFRS 3 | * | 1. Juli 2009 | Geschäftsjahr 2009/2010 |
| IAS 31 – Änderungen im Zusammenhang mit den Änderungen von IFRS 3 | * | 1. Juli 2009 | Geschäftsjahr 2009/2010 |
| Änderung des IAS 39 – Finanzinstrumente: Bewertung | * | 1. Juli 2009 | Geschäftsjahr 2009/2010 |
| IFRS 1 – Erstmalige Anwendung der IFRS | * | 1. Juli 2009 | Geschäftsjahr 2009/2010 |
| IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse (revised 2008) | * | 1. Juli 2009 | Geschäftsjahr 2009/2010 |
| IFRIC 12 – Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen | * | 1. Januar 2009 | Geschäftsjahr 2009 |
| IFRIC 15 – Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien | * | 1. Januar 2009 | Geschäftsjahr 2009 |
| IFRIC 16 – Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb | * | 1. Oktober 2008 | Geschäftsjahr 2009 |
| IFRIC 17 – Sachausschüttungen an Eigentümer | * | 1. Juli 2009 | Geschäftsjahr 2009/2010 |
| IFRIC 18 – Übertragungen von Vermögenswerten von Kunden | * | 1. Juli 2009 | Geschäftsjahr 2009/2010 |

(1) Für Geschäftsjahre, die am oder nach dem aufgeführten Datum beginnen.
***** Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Abschluss erwartet.

IFRS 8 - Geschäftssegmente - , der erstmals in der Berichtsperiode eines am 01. Januar 2009 oder danach beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden ist und dessen frühere Anwendung zulässig ist, wurde im der vorliegenden Berichtsperiode bereits angewandt.

Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und kann am Sitz der Gesellschaft in München angefordert werden.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 27. Februar 2009 durch Beschluss des Vorstandes zur Vorlage an den Aufsichtsrat freigegeben.

Der Konzernabschluss umfasst die Einzelabschlüsse der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften („ B+S Gruppe“). Auf die nachfolgende vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 Abs. 4 HGB wird Bezug genommen.

Der Konzernabschluss ist in der Berichtswährung EURO bzw. in 1.000 EURO ("TEUR"), gerundet nach kaufmännischer Rundungsmethode, aufgestellt. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Der Rechnungslegung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen die einheitlichen Rechnungslegungsvorschriften der B+S Gruppe zu Grunde. Diese Vorschriften werden von allen einbezogenen Unternehmen angewendet. Das zu Grunde liegende Bilanzierungskonzept ist das Anschaffungs- und Herstellungskostenprinzip.

Die Bewertung der einzelnen Posten der Konzernbilanz erfolgt mit Ausnahme der Bewertung von Finanzinvestitionen und Rückstellungen nach dem Anschaffungs- und Herstellungskostenprinzip. Bestimmte Finanzinvestitionen sind zu Marktwerten, langfristige Rückstellungen (einschließlich Personalrückstellungen) grundsätzlich zu Barwerten angesetzt.

**Konsolidierungsgrundsätze**

**Konsolidierungskreis und Stichtag**

In den Konzernjahresabschluss sind neben der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft als Mutterunternehmen folgende Tochterunternehmen, an denen die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft eine direkte bzw. indirekte Stimmenmehrheit hält, einbezogen:

Der daraus resultierende Konzernanteilsbesitz nach § 313 Abs. 2, Abs. 4 HGB stellt sich wie folgt dar:

| Beteiligungsunternehmen | | Anteil in % | Währung | Eigenkapital | Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| B+S Banksysteme Aktiengesellschaft Salzburg, Österreich | 1 | 100 | TEUR | 232 | -1.617 |
| B+S Banksysteme Gesellschaft mbH Erftstadt, Deutschland | 1<br>2 | 100 | TEUR | 180 | 219 |
| B+S Banksysteme Aktiengesellschaft Thun, Schweiz | 1<br>2 | 100 | TCHF | 544 | 383 |

Zu (1): Die Angaben beziehen sich jeweils auf den letzten, nach landesrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschluss in der angegebenen Landeswährung
Zu (2): Indirekte Beteiligung über die B+S Banksysteme AG, Salzburg, Österreich

Tochterunternehmen, die im Laufe des Berichtsjahres erworben wurden, sind ab dem Zeitpunkt des Übergangs der Beherrschung über die Finanz- und Geschäftspolitik einbezogen.

Das Geschäftsjahr bei der Gesellschaft dauert vom 01. Januar bis 31. Dezember eines Kalenderjahres, bei allen anderen einbezogenen Tochterunternehmen dauert das Geschäftsjahr vom 01. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres.

Die Beherrschung der Tochterunternehmen durch die Gesellschaft wurde im Wege eines Einbringungs- und Abtretungsvertrages übernommen, dies war wirtschaftlich zum 30. September 2008. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2008 sind die Tochterunternehmen erstmals einbezogen worden. Die Tochterunternehmen haben jeweils zum 30. September 2008 Zwischenabschlüsse nach einheitlichen Konzernrechnungslegungsgrundsätzen erstellt.

Mit Hauptversammlungsbeschluss der Gesellschaft vom 5. November 2008 wurde das Geschäftsjahr geändert und zwar auf die Dauer vom 1. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres. Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 wurde ein Rumpfgeschäftsjahr eingetragen. Somit bestehen zukünftig konzerneinheitliche Geschäftsjahre (vom 1. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahres).

**Konsolidierungsmethoden**

Der Unternehmenszusammenschluss wird nach der Erwerbsmethode bilanziert. Bei der Erstkonsolidierung werden die identifizierten Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Ein danach verbleibender positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten für das erworbene Unternehmen und dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital wird als Geschäfts- und Firmenwert gesondert bilanziert. Der Geschäfts- und Firmenwert wird mindestens einmal jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft, ggf. wird eine Wertminderung auf den erzielbaren Betrag vorgenommen.

Alle konzerninternen Umsätze sowie alle Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen konsolidierten Unternehmen werden eliminiert. Eine Zwischengewinneliminierung ist wegen Unwesentlichkeit nicht erforderlich.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

**Währungsumrechnung**

**Geschäftstransaktionen in ausländischer Währung**
Die Konzerngesellschaften erfassen Geschäftsfälle in fremder Währung mit den relevanten Fremdwährungskursen zum Transaktionszeitpunkt. In den Folgeperioden werden die monetären Vermögenswerte und Schulden zum Stichtagskurs bewertet, die Umrechnungsdifferenzen werden ergebniswirksam erfasst.

**Umrechnung von Einzelabschlüssen in ausländischer Währung**
Berichtswährung im Konzern ist EURO.

Gemäß dem Konzept der funktionalen Währung und dem der sog. modifizierten Stichtagskursmethode erfolgt bei der Gesellschaft grundsätzlich die Umrechnung der im Einzelabschluss dieser Gesellschaft ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zum Devisenmittelkurs am Bilanzstichtag und der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem gewogenen durchschnittlichen Devisenmittelkurs des Geschäftsjahres.
Zum Bilanzstichtag, dem 31. Dezember 2008, wurde vereinfacht für die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der B+S Banksysteme Schweiz AG der interne Verrechnungskurs, nämlich 1 EUR = 1,5700 CHF, herangezogen. Aus Gründen der Wesentlichkeit unterblieb die Umrechnung mit den tatsächlichen Kursen (Stichtagskurs 31. Dezember 2008: 1 EUR = 1,4882 CHF, Jahresdurchschnittskurs: 1 EUR = 1,5869 CHF).

**Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgt mit Ausnahme bestimmter Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, auf Basis der Anschaffungs- und Herstellungskosten. Der Konzernabschluss basiert auf den nach B+S Gruppe konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellen Abschlüssen der Gesellschaft und der einbezogenen Tochterunternehmen.
Der Konzernabschluss wird im Einzelnen nach den folgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt:

**Immaterielle Vermögensgegenstände**

Erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Haben immaterielle Vermögenswerte eine bestimmte Nutzungsdauer, werden sie über den Zeitraum ihrer Nutzung linear abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer beträgt für Software drei bis fünf Jahre.

**Entwicklungskosten**

Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im Sinne von IAS 38 sind im Geschäftsjahr 2008 nicht angefallen.

**Geschäfts- und Firmenwert**

Geschäfts- und Firmenwerte aus einem Unternehmenszusammenschluss werden bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses über den Anteil des Konzerns an den beizulegenden Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden bemessen. Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Geschäfts- und Firmenwerte werden mindestens einmal jährlich oder dann auf Wertminderung getestet, wenn Sachverhalte oder Änderungen der Umstände darauf hindeuten, dass der Buchwert gemindert sein könnte.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Gemäß IAS 36 wurden zum 31. Dezember 2008 der im Konzernabschluss ausgewiesene Geschäfts- und Firmenwert einem Impairment Test unterzogen. Die Beurteilung der Werthaltigkeit des Geschäfts- und Firmenwertes erfolgt auf Basis einer Vorausschaurechnung für die Cashflows der nächsten drei Jahre und unter Anwendung eines an die Branche und das Unternehmensrisiko angepassten Abzinsungssatzes in Höhe von 10 %. Zum 31. Dezember 2008 bestand kein Abwertungsbedarf.

**Sachanlagen**

Gegenstände des Sachanlagevermögens werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen, bewertet.

Die Abschreibung abnutzbarer Vermögenswerte erfolgt linear über die erwartete Nutzungsdauer. Bei der Ermittlung der Abschreibungssätze wurden unverändert gegenüber dem Vorjahr folgende Nutzungsdauern angenommen:

| | Nutzungsdauer in Jahren | Abschreibungs-satz in % |
|---|---|---|
| Investitionen in fremden Gebäuden | 4 - 10 | 10 – 25 |
| Bauten auf fremdem Grund | 50 | 2 |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 3 - 10 | 33 –10 |

Fremdkapitalzinsen werden nach IAS 23 nicht aktiviert.

**Leasing**

Bei Leasingtransaktionen über Sachanlagen (Investitionsleasing) treten Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auf. Tragen Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer alle wesentlichen Chancen und Risiken aus der Nutzung des Leasinggegenstandes, wird der Leasingvertrag als „finance lease“ behandelt. In diesen Fällen aktiviert der Leasingnehmer das Leasingobjekt in Höhe des Barwertes der Mindestleasingzahlungen oder in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Leasingobjekts, sofern dieser Wert niedriger ist. In der Folge wird der Leasinggegenstand über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Vertragslaufzeit abgeschrieben. Zugleich wird eine entsprechende Finanzverbindlichkeit angesetzt, die in der Folgezeit nach der Effektivzinsmethode getilgt und fortgeschrieben wird.

Alle übrigen Leasingverträge, bei denen die Unternehmen der B+S Gruppe als Leasingnehmer auftreten, werden als „operating lease“ behandelt, die Leasingraten werden als Aufwand erfasst.

Zum 30. Juni 2004 wurde das Bürogebäude Bichlfeldstraße, Salzburg, Österreich, aktiviert. Im Rahmen der Erstkonsolidierung wurde der Finanzierungsleasingvertrag auf Grund der aktuellen Zinssatzentwicklung zum 30.September 2008 neu bewertet. Für die Bewertung wurde ein langfristiger Zinssatz von 5,5 % zu Grunde gelegt. Aus der Änderung dieser Bewertung resultiert ein Zinsaufwand von TEUR 216.

Im Jahr 2007 wurden neue Finanzierungsleasingverträge über Hard- und Software mit einer Laufzeit bis 2010 abgeschlossen.

**Wertminderung von langfristigen Vermögenswerten**

Bei Vermögenswerten des Anlagevermögens wird jeweils zum Bilanzstichtag überprüft, ob Anzeichen einer Wertbeeinträchtigung vorliegen. Bei Vorliegen solcher Anzeichen erfolgt die Ermittlung des Nutzungswertes oder des höheren Verkaufspreises für den betroffenen Vermögenswert. Liegt dieser Wert unter dem für diesen Gegenstand angesetzten Buchwert, erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung auf diesen Wert.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich Einzelwertberichtigungen für erwartete uneinbringliche Beträge bilanziert. Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird entsprechend ihrer Altersstruktur mit einem Prozentsatz der offenen Nettoforderungen gebildet.

Die Bewertung sonstiger Vermögenswerte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

**Liquide Mittel**

Liquide Mittel umfassen Bargeld (Kassenbestände), erhaltene Schecks und jederzeit verfügbare Guthaben bei Kreditinstituten.

**Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern**

**Abfertigungsverpflichtungen**

Auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen ist die B+S Gruppe verpflichtet, an Mitarbeiter mit Dienstsitz in Österreich, die vor dem 1. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, im Kündigungsfall durch den Dienstgeber oder zum Pensionsantrittszeitpunkt eine einmalige Abfertigung zu leisten. Diese ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt zwischen zwei und zwölf Monatsbezügen. Für diese Verpflichtung wird eine Rückstellung gebildet.

Die Ermittlung dieser Rückstellung erfolgt nach der Projected Unit Credit Methode. Dabei wird der Barwert der künftigen Zahlungen nach einem versicherungsmathematischen Verfahren über die Beschäftigungszeit der Mitarbeiter angesammelt. Die Berechnung erfolgt für den jeweiligen Bilanzstichtag durch Gutachten eines Versicherungsmathematikers. Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Rückstellungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert („versicherungsmathematischer Gewinn/-Verlust“) wird sofort im Ergebnis erfasst.

Den Berechnungen liegen folgende Annahmen zu Grunde:

| | **31.12.2008** | **30.06.2008** |
|---|---|---|
| Zinssatz | 5,50 % | 6,42 % |
| Pensions- und Gehaltssteigerungen | 3 % | 3 % |
| Fluktuation | 4,5 – 7,5 % | 4,5 - 7,5 % |
| Pensionsalter Frauen | 56,5 – 62 Jahre | 56,5 – 62 Jahre |
| Pensionsalter Männer | 61,5 – 62 Jahre | 61,5 – 62 Jahre |
| Lebenserwartung | AVÖ-2008-P | AVÖ-1999-P |

Die gesetzlichen Übergangsbestimmungen bezüglich des Pensionsalters wurden berücksichtigt.
Für Mitarbeiter, die seit dem 01. Januar 2003 in das Unternehmen eingetreten sind, sind laufend Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse zum Zwecke der Alterssicherung zu leisten.

**Sonstige Rückstellungen**

Sonstige Rückstellungen wurden gebildet, wenn für die Gesellschaft eine rechtliche oder tatsächliche Verpflichtung gegenüber einem Dritten auf Grund eines vergangenen Ereignisses vorliegt und es wahrscheinlich ist, dass diese Verpflichtung zu einem Mittelabfluss führen wird.

Rückstellungen werden mit jenem Betrag angesetzt, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses nach bester Schätzung ermittelt werden kann. Ist eine vernünftige Schätzung des Betrages nicht möglich, wird keine Rückstellung gebildet.

**Steuern**

Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Ertragsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern und die Veränderung der Steuerabgrenzungsposten. Die laufenden Steuern ergeben sich aus der Ermittlung der für das abgeschlossene Geschäftsjahr bestehenden Steuerbelastung aus dem errechneten steuerpflichtigen Einkommen und dem anwendbaren Steuersatz.

Die Ermittlung der Steuerabgrenzung erfolgt nach der Balance Sheet Liability Method für alle temporären Unterschiede zwischen den Wertansätzen im Konzernabschluss und den bestehenden Steuerwerten. Weiters wird der wahrscheinlich realisierbare Steuervorteil aus bestehenden Verlustvorträgen in die Ermittlung einbezogen. Ausnahmen von dieser umfassenden Steuerabgrenzung bilden Unterschiedsbeträge aus steuerlich nicht absetzbaren Geschäfts- und Firmenwerte und mit Beteiligungen zusammenhängende, temporäre Unterschiede. Aktive Steuerabgrenzungen werden nicht angesetzt, wenn es nicht wahrscheinlich ist, dass der enthaltene Steuervorteil realisierbar ist.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

**Umsatzrealisierung**

Umsätze werden zu dem Zeitpunkt realisiert, zu dem die Lieferung oder Leistung erbracht wurde und ein verlässlich bestimmbarer Anspruch auf Gegenleistung entstanden ist. Erträge aus Dienstleistungen werden nach Maßgabe der bis zum Bilanzstichtag erbrachten Leistungen erfasst. Bei Dauerschuldverhältnissen erfolgt die Umsatzrealisierung nach Maßgabe der jeweils im Vertrag festgelegten Leistungserbringung.

**Finanzergebnis**

Das Finanzergebnis umfasst die für die aufgenommenen Fremdfinanzierungen zu leistenden Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen sowie die für Veranlagungen von Finanzmitteln erhaltenen Zinsen und ähnliche Erträge. Zinsen werden auf Basis des Zeitablaufes abgegrenzt.

**Finanzinstrumente**

Zu den im Konzern bestehenden originären Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und bestimmte sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten.

Derivative Finanzinstrumente, wie Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps, werden von der B+S Gruppe nicht gehalten.

Kredite und Forderungen im Sinne von IAS 39 werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige originäre finanzielle Verpflichtungen werden als finanzielle Schulden im Sinne von IAS 39 mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der Buchwert entspricht näherungsweise dem fair value. Sämtliche verzinste Finanzinstrumente sind variabel verzinst und haben überwiegend kurze Laufzeiten. In den sonstigen Forderungen sind als finanzielle Vermögenswerte nur zwei Mitarbeiterdarlehen ausgewiesen.

Der erstmalige Ansatz von Finanzinstrumenten erfolgt zum Erfüllungstag. Finanzinstrumente werden dann ausgebucht, wenn die Chancen und Risiken aus dem Finanzinstrument erloschen sind bzw. das Finanzinstrument getilgt wurde.

**Schätzungen und Unsicherheiten bei Ermessensentscheidungen und Annahmen**

Bei Aufstellung des Konzernabschlusses müssen zu einem gewissen Grad Einschätzungen und Ermessensentscheidungen vorgenommen und Annahmen getroffen werden, die die bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Angaben von sonstigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten und den Ausweis von Aufwendungen und Erträgen im Geschäftsjahr beeinflussen.

Die sich in Zukunft tatsächlich ergebenden Beträge können von den Schätzungen abweichen. Der Grundsatz des „true and fair view“ wurde auch bei der Verwendung von Schätzungen uneingeschränkt gewahrt.

Schätzungsunsicherheiten bestehen insbesondere bei der Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sowie bei der Beurteilung der Realisierbarkeit von aktiven latenten Steuern.

Die Bilanzierung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen ist zum einen mit Schätzungen zur erwarteten Nutzungsdauer der Vermögenswerte verbunden, zum anderen basiert sie auf Beurteilungen des Managements hinsichtlich der Werthaltigkeit der Vermögenswerte bzw. dem Vorliegen von Wertminderungen. Faktoren wie geringere als geplante Nettozahlungsströme können zu einer Wertminderung führen.

Der Konzern überprüft einmal jährlich, ob die immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer oder ein Geschäfts- oder Firmenwert wertgemindert sind. Dies erfordert eine Schätzung des erzielbaren Betrages, dem dieser Vermögenswert zugeordnet ist. Zur Schätzung des erzielbaren Betrages muss der Konzern die voraussichtlichen zukünftigen Cashflows aus diesem Vermögenswert schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln.

Aktive latente Steuern werden in dem Maße angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass sie genutzt werden können. Zur Beurteilung der Wahrscheinlichkeit der zukünftigen Nutzbarkeit werden Faktoren wie zum Beispiel operative Planungen und Verlustvortragsperioden herangezogen. Weichen die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Schätzungen negativ ab, könnte dies zu erfolgswirksamen Abwertungen der angesetzten aktiven latenten Steuern führen.

Die Verpflichtung der B+S Gruppe, Zahlungen von Abfertigungen zu erbringen, wird anhand von versicherungsmathematischen Berechnungen ermittelt. Die versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage von Annahmen in Bezug auf die Abzinsungssätze, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, die Sterblichkeit und die künftigen Rentensteigerungen. Entsprechend der langfristigen Ausrichtung dieser Pläne unterliegen solche Schätzungen wesentlichen Unsicherheiten.

**Unternehmenszusammenschluss und Erwerb aller Anteile an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich**

Aufgrund der Einbringungs- und Abtretungsverträge jeweils vom 30. September 2008 haben die Anteilseigner der nach österreichischem Recht eingetragenen Firma B + S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich (eingetragen im Firmenbuch des Landgerichts Salzburg, Österreich unter der Nummer FN 179725 B) ihre Anteile gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten an der Gesellschaft zu 100 v. H. eingebracht.

Die Geschäftstätigkeit der B + S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich ist die Vermittlung von Aufträgen, der allgemeine Handel mit Datenverarbeitungsanlagen und der dazugehörigen Software und deren Herstellung, die Wartung und Beratung, die Ausbildung von Bedienpersonal sowie die Planung und Untersuchung und Organisation von Datenverarbeitungs- und Informationssystemen.

Die Einbringung erfolgte mit Wirkung zum 30. September 2008 gegen Sachkapitalerhöhung bei der Gesellschaft, so dass ab diesem Zeitpunkt die B + S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich von der Gesellschaft beherrscht wird. Im Geschäftsjahr 2008 ist erstmals der Konzern begründet.

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich hält wiederum zu 100 v. H. Anteile an Tochterunternehmen. Auf obige Angaben zum Konsolidierungskreis wird verwiesen.

Die beizulegenden Buch- und Zeitwerte der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden stellen sich zum Erwerbszeitpunkt wie folgt dar:

| **AKTIVA in TEUR** | **Buchwert** | **Zeitwert** |
|---|---|---|
| Softwarenutzungsrechte | 73 | 1.241 |
| Entwicklungskosten | 1.168 | 0 |
| Geschäfts- und Firmenwerte | 14.921 | 0 |
| Sachanlagen | 7.451 | 7.451 |
| Kurzfristiges Vermögen und Rechnungsabgrenzung | 1.181 | 1.181 |
| | **24.794** | **9.873** |

| PASSIVA<br>in TEUR | Buchwert | Zeitwert |
|---|---|---|
| Langfristige Verbindlichkeiten | 7.477 | 7.477 |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung | 13.244 | 13.244 |
| | **20.721** | **20.721** |
| Beizulegender Zeitwert des Nettovermögens | | -10.848 |
| Kundenstamm | | 0 |
| = Unterschiedsbetrag, somit Geschäfts- und Firmenwert aus dem Unternehmenszusammenschluss: | | **14.848** |
| Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses | | 4.000 |

**Kundenstamm:**
Der Kundenstamm bei dem erworbenen Unternehmen besteht im Wesentlichen aus langjährigen Kundenbeziehungen, der in der Vergangenheit kontinuierlich ausgebaut wurde. Aus diesen langjährigen Kundenbeziehungen resultieren laufende Erträge, die hinsichtlich einzelner Produkte und Kunden aufgrund höchst individuellen Nachfrageverhaltens für künftige Jahre nicht zuverlässig prognostiziert werden können. Darüber hinaus liegen keine Erfahrungswerte hinsichtlich einer durchschnittlichen Dauer einer Kundenbeziehung vor, da in der Vergangenheit hinsichtlich unserer wesentlichen Kundenbeziehungen keine Abgänge zu verzeichnen waren. Wir gehen somit davon aus, dass dem derzeit vorhandenen Kundenstamm eine Nutzbarkeit beigemessen werden kann, die hinsichtlich der Dauer unbeschränkt ist. Aus diesem Grund sind wir nicht in der Lage dem Kundenstamm innerhalb der vorhandenen Stillen Reserven einen nach nachvollziehbaren Kriterien ermittelten Wert beizumessen; vielmehr würden wir für den Kundenstamm Bewertungsmaßstäbe analog der Ermittlung eines Geschäftswertes zugrunde legen. Aus diesem Grund haben wir dem Kundenstamm keinen gesonderten Wert beigemessen und vielmehr im Rahmen des Geschäfts- und Firmenwertes mitbewertet.

**Weitere Angaben zum Unternehmenszusammenschluss:**
Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses wurden 3.076.924 Aktien ausgegeben.

Die Änderung der Zahlungsmittel aufgrund des Unternehmenserwerbs stellen sich wie folgt dar:

| | TEUR |
|---|---|
| Zahlungsverpflichtung | 0 |
| Anschaffungsnebenkosten | 0 |
| Mittelabfluss aus Beteiligungserwerb | 0 |
| Mit dem Tochterunternehmen erworbene Zahlungsmittel | 299 |
| **Änderung der Zahlungsmittel insgesamt** | **299** |

Das im Geschäftsjahr erworbene Unternehmen und seine Tochtergesellschaften haben seit dem Erwerbszeitpunkt mit Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 1.332 zum Gesamtumsatz in Höhe von TEUR 2.487 und in Höhe von TEUR 430 zum Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von insgesamt TEUR 608 beigetragen.

**Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung**

(1) Immaterielle Vermögenswerte

| In TEUR | Software | Software-nutzungs-rechte | Geschäfts- und Firmenwert | Gesamt |
|---|---|---|---|---|
| **Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten** | | | | |
| **Stand 01.01.07** | **152** | **0** | **0** | **152** |
| Zugänge | 1 | 0 | 0 | 1 |
| Abgänge | 40 | 0 | 0 | 40 |
| Umrechnungsdifferenz | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Stand 31.12.07** | **113** | **0** | **0** | **113** |
| Zugänge | 73 | 1.168 | 14.847 | 16.088 |
| Abgänge | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Umrechnungsdifferenz | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Stand 31.12.08** | **186** | **1.168** | **14.847** | **16.201** |
| **Kumulierte Abschreibungen** | | | | |
| **Stand 01.01.07** | **151** | **0** | **0** | **151** |
| Abschreibungen planmäßig | 1 | 0 | 0 | 1 |
| Abschreibungen außerplanmäßig | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgänge | 40 | 0 | 0 | 40 |
| **Stand 31.12.07** | **110** | **0** | **0** | **110** |
| Abschreibungen planmäßig | 10 | 112 | 0 | 122 |
| kum. Abschreibung Zugänge | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Stand 31.12.08** | **120** | **112** | **0** | **232** |
| BW Stand 31.12.07 | 1 | 0 | 0 | 1 |
| **BW Stand 31.12.08** | **66** | **1.056** | **14.847** | **15.969** |

(2) Geschäfts- und Firmenwert

Hinsichtlich des aktivierten Geschäfts- und Firmenwert verweisen wir auf die vorstehenden Ausführungen zu Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“, dort unter Unternehmenszusammenschluss und Erwerb aller Anteile an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

(3) Sachanlagen

| in TEUR | Gebäude | Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsaus-stattung | Gesamt |
|---|---|---|---|
| **Anschaffungskosten** | | | |
| **Stand 01.01.07** | **0** | **400** | **400** |
| Zugänge | 0 | 0 | 00 |
| Abgänge | 0 | 162 | 162 |
| **Stand 31.12.07** | **0** | **238** | **238** |
| Zugänge | 7.093 | 359 | 7.452 |
| Abgänge | 0 | 0 | 0 |
| **Stand 31.12.08** | **7.093** | **597** | **7.690** |
| **Kumulierte Abschreibungen** | | | |
| **Stand 01.01.07** | **0** | **339** | **339** |
| Abschreibungen | 0 | 23 | 23 |
| Abgänge | 0 | 145 | 145 |
| **Stand 31.12.07** | **00** | **217** | **217** |
| Abschreibungen | 39 | 48 | 87 |
| kum. Abschreibung Zugänge | 0 | 0 | 0 |
| Abgänge | 0 | 0 | 0 |
| **Stand 31.12.08** | **39** | **265** | **304** |
| Buchwert Stand 31.12.07 | 0 | 21 | 21 |
| **Buchwert Stand 31.12.08** | **7.054** | **332** | **7.386** |

(4) Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Sämtliche Forderungen und Vermögenswerte haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr und setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | 31.12.2008 | 31.12.2007 |
|---|---|---|
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 467 | 250 |
| Sonstige Forderungen und Vermögenswerte | 228 | 254 |
| | **695** | **504** |

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden folgende Wertberichtigungen vorgenommen:

| in TEUR | 31.12.2008 | 31.12.2007 |
|---|---|---|
| Bruttoforderungen | 471 | 250 |
| Pauschalierte Einzelwertberichtigungen | -4 | 0 |
| | **467** | **250** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

| in TEUR | 2008 | 2007 |
|---|---|---|
| Stand Wertberichtigungen 01.01. / 01.10.2008 | 0 | 0 |
| Zuführungen (Aufwendungen für Wertberichtigungen) | 4 | 0 |
| Verbrauch | 0 | 0 |
| **Stand Wertberichtigungen 31.12.2008** | **4** | **0** |

| in TEUR | 31.12.2008 | 31.12.2007 |
|---|---|---|
| Buchwert | 467 | 250 |
| Davon zum Abschlussstichtag weder wertgemindert noch überfällig | 405 | 0 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 60 Tage | 62 | 0 |
| Nicht wertgemindert und überfällig < 90 Tage | 0 | 0 |
| Nicht wertgemindert und überfällig > 120 Tage | 0 | 0 |

Hinsichtlich des weder wertgeminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestands der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

In den sonstigen Forderungen sind enthalten:

| in TEUR | 31.12.2008 | 31.12.2007 |
|---|---|---|
| Mitarbeiterdarlehen | 26 | 0 |
| Andere | 202 | 254 |
| | **228** | **254** |

Sonstige aktive Finanzinstrumente sind weder wertgemindert noch überfällig.

Bei den anderen Forderungen handelt es sich vor allem um Forderungen gegenüber in- und ausländischen Finanzbehörden.

Hinsichtlich der sonstigen Forderungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

(5) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

| in TEUR | 31.12.2008 | 31.12.2007 |
|---|---|---|
| Kassenbestand | 1 | 0 |
| Guthaben bei Kreditinstituten | 183 | 92 |
| | **184** | **92** |

(6) Rechnungsabgrenzungen

Die Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Versicherungsprämien und sonstige vorausbezahlte Ausgaben.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

(7) Eigenkapital

Das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 6.209.933. Es ist eingeteilt in 6.209.933 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00.

Eigene Anteile werden im Eigenkapital ausgewiesen und enthalten 80.000 eigene Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EURO 1,00 gesamt somit EURO 80.000,00. Die Aktien wurden im Zusammenhang mit der Sachkapitalerhöhung am 01. Dezember 2008 eingelegt. Diese wurden im Einlagezeitpunkt mit dem Ausgabebetrag der im Wege der Sachkapitalerhöhung ausgegebenen neuen Aktien von EUR 1,30 je Aktie bewertet. Zum Bilanzstichtag erfolgt eine Abwertung auf den Kurswert von EUR 0,95.

Die Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 hat die Erhöhung des Grundkapitals gegen Bar- und Sacheinlagen um bis zu EUR 5.930.845,00 auf bis zu EUR 7.561.657,00 durch Ausgabe von 5.930.845 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von EUR 1,00 je Aktie beschlossen. Die Kapitalerhöhung erfolgt hinsichtlich eines Betrages von EUR 3.076.924,00 durch Ausgabe von 3.076.924 Stückaktien gegen Sacheinlagen sowie hinsichtlich eines Betrages von bis zu EUR 2.853.921,00 durch Ausgabe von bis zu 2.853.921 Stückaktien gegen Bareinlagen zum Ausgabebetrag von EUR 1,30. Im Rahmen dieses Beschlusses wurde das Stammkapital im Geschäftsjahr gegen Bareinlage um EUR 1.502.197 und gegen Sacheinlage um EUR 3.076.924 erhöht. Ausgegeben wurden insgesamt 4.579.121 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00 zum Ausgabebetrag von jeweils EUR 1,30 je Aktie.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 25. August 2006 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats in der Zeit bis zum 25. August 2011 das Grundkapital um bis zu EUR 815.406 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von EUR 1,00 je Aktie gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2006/I). Bei Ausnutzung der Ermächtigung kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, zum Ausgleich von Spitzenbeträgen, zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber von zu begebenden Wandlungs- und Optionsrechen aus Schuldverschreibungen, zur Gewinnung von Sacheinlagen, insbesondere in Form von Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, zur Erschließung neuer Kapitalmärkte im Ausland, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet.

Darüber hinaus wurde der Vorstand in der Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 aufschiebend bedingt auf die Handelsregistereintragung in der gleichen Hauptversammlung beschlossenen Erhöhung des Grundkapitals ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats in der Zeit bis zum 1. Oktober 2012 das Grundkapital um bis zu EUR 2.270.769,00 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von EUR 1,00 je Aktie gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2007/II). Die Erhöhung des Grundkapitals, wie von der Hauptversammlung beschlossen, wurde im Geschäftsjahr in das Handelsregister eingetragen. Bei Ausnutzung der Ermächtigung kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, zum Ausgleich von Spitzenbeträgen, zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber von zu begebenden Wandlungs- und Optionsrechen aus Schuldverschreibungen, um Aktien als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft oder verbundener Unternehmen auszugeben, zur Gewinnung von Sacheinlagen, insbesondere in Form von Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, zur Erschließung neuer Kapitalmärkte im Ausland, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Das Bedingte Kapital entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| in EUR | Bedingtes Kapital 1998/I | Bedingtes Kapital 2000/I | Bedingtes Kapital 2001/I | insgesamt |
|---|---|---|---|---|
| Beschluss der Hauptversammlung vom | 31. Aug. 98/ 04. Sep. 98/ 23. Apr. 99 | 09. Aug. 00 | 18. Jul. 01 | |
| **Stand 31. Dezember 2008** | **36.953** | **27.857** | **22.857** | **87.667** |

Das Bedingte Kapital 1998/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 1998“ und „Stock Option Plan 1999“. Das Bedingte Kapital 2000/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 2000“. Das Bedingte Kapital 2001/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 2001“. Zum Stichtag des Jahresabschlusses bestehen die folgenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle:

### Stock Option Plan 1998

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 4. September 1998*

Ermächtigung des Aufsichtsrats, Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 36.000 Stückaktien an Vorstandsmitglieder auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien im Gesamtnennbetrag von DM 180.000 zu gewähren. Der Vorstand wurde ermächtigt, Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 84.000 Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien im Gesamtnennbetrag von DM 420.000 zu gewähren. Die Laufzeit der Optionen darf jeweils längstens zehn Jahre betragen; vom Aufsichtsrat dem Vorstand nicht zugeteilte Optionen stehen dem Vorstand zusätzlich zur Zuteilung zu. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Aktie. Entsprechend der Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Nach dieser Wartefrist kann das Umtauschrecht grundsätzlich jederzeit ausgeübt werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im August 1998 sowie im Oktober 1998 Optionsrechte ausgegeben. Entsprechend der Optionsbedingungen sind die noch nicht ausgeübten Optionen aus diesen Mitarbeiterbeteiligungsmodellen zum Ende des Geschäftsjahres 2008 verfallen.

### Stock Option Plan 1999

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 23. April 1999*

In Ergänzung des Hauptversammlungsbeschlusses vom 4. September 1998 wurden der Aufsichtsrat und der Vorstand ermächtigt, unter Berücksichtigung der bereits ausgegebenen und nicht gekündigten 218.130 Optionsrechte, weitere Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 141.870 Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter‘) bzw. an Vorstandsmitglieder der Gesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung‘) auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf Mitarbeiter maximal 120.591 Optionsrechte und auf Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung maximal 21.279 Optionsrechte. An Letztere bis zum 1. Juli 1999 nicht ausgegebene Optionsrechte stehen ab diesem Zeitpunkt auch zur Ausgabe an Mitarbeiter zur Verfügung. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden, wobei 2/3 an den einzelnen Optionsberechtigten auszugebende Optionsrechte nach zwei Jahren und 1/3 nach drei Jahren fällig werden, wenn der Börsenkurs der Gesellschaft innerhalb eines Zeitraums von einem Monat vor Ausübung des Umtauschrechts an fünf aufeinanderfolgenden Börsenhandelstagen mindestens 15 % über dem Umtauschpreis im Zeitpunkt der Ausgabe gelegen hat. Der genannte Prozentsatz gilt für das erste Jahr nach Ablauf der Mindestwartefrist und erhöht sich für jedes weitere Jahr um jeweils 10 % Punkte. Im Übrigen darf das Umtauschrecht auch nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels nur viermal im Geschäftsjahr jeweils innerhalb fest bestimmter vierwöchiger Zeiträume ausgeübt werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im November 1999 sowie im Januar 2000 Optionsrechte ausgegeben.

### Stock Option Plan 2000

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 9. August 2000*

Ermächtigung des Aufsichtsrats und des Vorstands bis zum 1. Mai 2005, einmalig oder mehrmals Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 195.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter') bzw. an Vorstandsmitglieder der Gesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung') auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf Mitarbeiter maximal 165.750 Optionsrechte und auf Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung maximal 29.250 Optionsrechte. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Neben dem Basispreis, der dem Verkehrswert der Aktie zum Zeitpunkt der Unterbreitung der Option entspricht, ist bei Ausübung des Optionsrecht ein Aufgeld in Höhe von 25 % des bei Ausgabe festgelegten Basispreises als Erfolgsziel zu entrichten. Im Übrigen darf das Umtauschrecht nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels grundsätzlich jederzeit unter Beachtung von Zeiträumen, in denen eine Ausübung untersagt ist, wahrgenommen werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag zuzüglich eines Aufgeldes als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im Januar 2001 Optionsrechte ausgegeben.

### Stock Option Plan 2001

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 18. Juli 2001*

Ermächtigung des Aufsichtsrats und des Vorstands bis zum 17. Juni 2006, einmalig oder mehrmals Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 160.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien an Mitarbeiter der Gesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter') bzw. an Vorstandsmitglieder der Gesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung') auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf ausgewählte Vorstände der Gesellschaft maximal 16.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Arbeitnehmer der Gesellschaft maximal 120.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Geschäftsführer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 8.000 Aktienoptionen und auf ausgewählte Arbeitnehmer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 16.000 Aktienoptionen. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Neben dem Basispreis, der dem Verkehrswert der Aktie zum Zeitpunkt der Unterbreitung der Option entspricht, ist bei Ausübung des Optionsrecht ein Aufgeld in Höhe von 25 % des bei Ausgabe festgelegten Basispreises als Erfolgsziel zu entrichten. Im Übrigen darf das Umtauschrecht nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels grundsätzlich jederzeit unter Beachtung von Zeiträumen, in denen eine Ausübung untersagt ist, wahrgenommen werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag zuzüglich eines Aufgeldes als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im Februar 2002 Optionsrechte ausgegeben.

Im Geschäftsjahr wurden aus keinem der bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle Optionsrechte zum Bezug von Stückaktien in Aktien der Gesellschaft umgetauscht.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Die Optionsscheine entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| | Nominal-wert der Optionen | Durch-schnittlicher Zeitwert der Option bei Ausgabe | Anzahl der Um-tausch-rechte in Aktien | Durch-schnittlicher Umtausch-preis | Durch-schnittliche Restlaufzeit |
|---|---|---|---|---|---|
| | **EUR** | **EUR** | **Stück** | **EUR** | **Monate** |
| **Bestand der gezeichneten Optionsscheine 2007 nach Kapitalherabsetzung:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 574 | 14,90 | 574 | 26,70 | 47 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands | 7.608 | 22,74 | 7.608 | 39,47 | 39 |
| - Mitarbeiter | 27.484 | 36,86 | 27.484 | 48,36 | 23 |
| | 35.666 | | 35.666 | | |
| **Im Geschäftsjahr verfallene Optionsscheine:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 0 | - | 0 | - | |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands | 0 | - | 0 | - | |
| - Mitarbeiter | 1.104 | 12,58- | 1.104 | 27,62 | |
| | 1.104 | | 1.104 | | |
| **Im Geschäftsjahr gekündigte Optionsscheine:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 0 | - | 0 | - | |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands | 0 | - | 0 | - | |
| - Mitarbeiter | 0 | - | 0 | - | |
| | 0 | | 0 | | |
| **Im Geschäftsjahr ausgeübte Optionsscheine:** | | | | | |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands | 0 | - | 0 | - | |
| - Mitarbeiter | 0 | - | 0 | - | |
| | 0 | | 0 | | |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Im Geschäftsjahr neu gezeichnete Optionsscheine:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 0 | - | 0 | - | |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands | 0 | - | 0 | - | |
| - Mitarbeiter | 0 | - | 0 | - | |
| | 0 | | 0 | | |
| **Bestand der gezeichneten und umtauschbaren Optionsscheine 2008:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 574 | 14,90 | 574 | 26,70 | 35 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands | 7.608 | 22,74 | 7.608 | 39,47 | 27 |
| - Mitarbeiter | 26.380 | 37,88 | 26.380 | 49,23 | 24 |
| | 34.562 | | 34.562 | | |
| **Nicht ausgegebene Optionsscheine:** | | | | | |
| - zur Verfügung für Mitglieder des Vorstands bzw. Mitarbeiter | **0** | | **0** | | |

**Aktuelle Bewertung der Optionsrechte**

Aufgrund der aktuellen Wertentwicklung der Aktien der Gesellschaft ist von der Ausübung der Optionsrechte nicht mehr auszugehen. Der beizulegende Zeitwert für alle Aktienoptionsprogramme beträgt zum Bilanzstichtag EUR 0.

(8) Eigene Anteile

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird nicht erfolgswirksam erfasst.

Am 1. Dezember 2008 hat die Gesellschaft 80.000 Stück eigene Aktien erworben. Zum Zeitpunkt des Erwerbs betrug der Zeitwert der Anteile EUR 1,30 pro Stück, somit EUR 104.000. Zum Bilanzstichtag war eine Abwertung auf EUR 76.000 (EUR 0,95 je Stück) vorzunehmen. Die Abwertung um EUR 28.000 wurde erfolgsneutral erfasst.

(9) Rückstellungen für Abfertigungen

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, ist auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Zahlung von Abfertigungen in Österreich verpflichtet. Grundlagen und Berechnungsmethode sind oben bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden dargestellt.

| **in TEUR** | **31.12.2008** | **Zugang aus Erstkonsoli-dierung** | **31.12.2007** |
|---|---|---|---|
| Bilanzwert zu Beginn der Periode | 905 | 872 | 0 |
| Dienstzeitaufwand | 6 | 27 | 0 |
| Zinsaufwand | 8 | 20 | 0 |
| Abzüglich Abfertigungszahlungen und Anpassungen | 40 | -14 | 0 |
| **Bilanzwert der Verpflichtungen** | **959** | **905** | **0** |

Ein Unterschied zwischen dem auf Basis der zu Grunde gelegten Annahmen im Voraus ermittelten Rückstellungsbetrag und dem tatsächlich eingetretenen Wert (versicherungsmathematischer Gewinn bzw. Verlust) wird sofort im Ergebnis erfasst.

Aufwendungen für Abfertigungen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Personalaufwand erfasst.

(10) Sonstige Rückstellungen

| **in TEUR** | **31.12. 2007** | Zugang aus Erstkonsoli-dierung | Ver-brauch | Auf-lösung | Dotierung | **31.12. 2008** |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Ertragsteuern | 0 | 175 | 26 | 15 | 0 | 134 |
| Arbeitnehmer-verpflichtungen | 0 | 226 | 26 | 0 | 32 | 232 |
| Rückstellung für Gesellschaftsteuer | 0 | 49 | 0 | 0 | 0 | 49 |
| Sonstige Rückstellungen | 395 | 358 | 402 | 0 | 249 | 600 |
| **Summe** | **395** | **808** | **454** | **15** | **281** | **1.015** |

Rückstellung für Ertragsteuern

| **in TEUR** | **31.12.2008** | **31.12.2007** |
|---|---|---|
| Körperschaftsteuer | 65 | 0 |
| Gewerbesteuer | 69 | 0 |
| **Summe** | **134** | **0** |

Die ausgewiesenen Rückstellungen sind als kurzfristig zu betrachten und unter den kurzfristigen sonstigen Rückstellungen ausgewiesen. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Kosten im Zusammenhang mit den Kapitalerhöhungen in 2008, Aufwendungen für Hauptversammlung und Geschäftsbericht, für Aufsichtsratvergütung, sowie für Rechtsrisken und Beiträge an Berufsgenossenschaften.

Ertragsteuerabgrenzung

Die Ermittlung der Steuerabgrenzung erfolgte unter Anwendung eines Steuersatzes von 25 % und betrifft vor allem die aktivierten Softwarenutzungsrechte, die Rückstellung für Abfertigungen und die steuerlichen Verlustvorträge, die zu folgender passiven Steuerabgrenzung führen:

| **in TEUR** | **31.12.2008** | **31.12.2007** |
|---|---|---|
| Softwarenutzungsrechte | 1.056 | 0 |
| Abfertigungsrückstellung | -547 | 0 |
| Verlustvorträge | -787 | 0 |
| Sonstige Rückstellungen | 32 | 0 |
| Leasing Gebäude | 7.038 | 0 |
| Leasingverbindlichkeit | -6.641 | 0 |
| Leasing Hardware | 245 | 0 |
| Gesamt | 396 | 0 |
| Steuersatz | 25 % | 0 |
| **Passive Steuerabgrenzung** | **99** | **0** |

Der steuerliche Verlustvortrag wurde zur Gänze aktiviert. Der Verlust ist unbegrenzt vortragsfähig. Die Verbindlichkeit aus aktiver und passiver latenter Steuerabgrenzung besteht gegenüber demselben Finanzamt und wurde daher saldiert. Die Abgrenzung wird als langfristige Verbindlichkeit ausgewiesen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Steueraufwand setzt sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
|---|---|---|
| Aufwand für laufende Ertragsteuern | -2 | 0 |
| Veränderung latenter Ertragsteuern | 21 | 0 |
| | **19** | **0** |

Der Steuerertrag des Geschäftsjahres 2008 in Höhe von TEUR 19 ist um TEUR 19 höher als der rechnerische Ertragsteueraufwand von TEUR 0, der sich unter Anwendung des Konzernmischsteuersatzes von 25 % auf das zu versteuernde Einkommen ergeben würde.

Die Ursachen für den Unterschied zwischen rechnerischem und ausgewiesenem Ertragsteuerertrag (Vorjahr Ertragsteueraufwand) im Konzern stellen sich folgendermaßen dar:

| in TEUR | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
|---|---|---|
| Konzernergebnis vor Steuern | -627 | 0 |
| Rechnerischer Ertragsteueraufwand 25 % | 0 | 0 |
| Zuzüglich Differenz zu ausländischen Ertragsteuern (Tochterunternehmen) | 2 | 0 |
| = errechnete Ertragsteuern im Konzern | 2 | 0 |
| Steuereffekt aus der Veränderung Steuerlatenzen | -21 | 0 |
| **Ausgewiesener Ertragsteueraufwand / -ertrag** | **19** | **0** |

(11) Finanzverbindlichkeiten

| in TEUR | 31.12.2008 | 31.12.2007 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.966 | 1 |
| **Summe** | **9.966** | **1** |

Der Kontokorrentkreditrahmen beträgt derzeit TEUR 1.000.

Sämtliche Finanzierungsvereinbarungen wurden mit unbestimmter Laufzeit abgeschlossen und sind in Höhe von TEUR 9.659 durch Pfandrechte gesichert.

(12) Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Langfristige Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Die Verbindlichkeit Immorent resultiert aus dem Finanzierungsleasingvertrag für das Bürogebäude Bichlfeldstrasse 11, 5020 Salzburg, Österreich. Der Vertrag für das über Leasing finanzierte Bürogebäude samt Rechenzentrum wurde am 29. Juni bzw. 20. Juli 2000 zwischen der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, und der Sparkasse Immorent Grundstücksverwertungsgesellschaft m.b.H., Salzburg, Österreich, abgeschlossen. Der Leasingvertrag begann mit der Übernahme des Objektes (4. Quartal 2003) und läuft 15 Jahre. Die Gesamtinvestitionskosten betrugen rund EUR 7,8 Mio., die jährliche Tilgung zurzeit rund TEUR 162, der Restwert im Jahr 2019 rund EUR 3,9 Mio.

Die Verbindlichkeit gegenüber HYPO Impuls Mobilien Leasing betrifft zur Gänze Hardware. Die zugrunde liegenden Leasingverträge enden 2010.

| in TEUR | 31.12.2008 | 31.12.2007 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 6.236 | 0 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien-Leasing | 143 | 0 |
| | **6.379** | **0** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Die Fristigkeit der Leasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

| | 31.12.2008 | bis 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | über fünf Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Mindestleasingzahlungen | 10.057.731,71 | 661.594,47 | 2.413.788,34 | 6.982.348,90 |
| Zinsanteil | 3.416.591,36 | 399.514,56 | 1.421.533,21 | 1.595.543,59 |
| **Barwert** | **6.641.140,35** | **262.079,91** | **992.255,13** | **5.386.805,31** |

Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

| in TEUR | 31.12.2008 | 31.12.2007 |
|---|---|---|
| Verbindlichkeit gegenüber Immorent Grundverwertungs GmbH | 166 | 0 |
| Verbindlichkeit gegenüber HYPO IMPULS Mobilien-Leasing | 96 | 0 |
| **Summe** | **262** | **0** |

(13) Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungen

| In TEUR | Summe | Restlaufzeit bis 1 Jahr | Restlaufzeit bis 5 Jahre | Restlaufzeit über fünf Jahre |
|---|---|---|---|---|
| Sonstige Verbindlichkeiten | 40 | 40 | 0 | 0 |
| Rechnungsabgrenzung | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Summe 31.12.2007** | **40** | **40** | **0** | **0** |
| | | | | |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 197 | 197 | 0 | 0 |
| Rechnungsabgrenzung | 388 | 388 | 0 | 0 |
| **Summe 31.12.2008** | **585** | **585** | **0** | **0** |

Die Rechnungsabgrenzungen betreffen im Wesentlichen Wartungserlöse, die sonstigen Verbindlichkeiten im Wesentlichen Gehaltsnebenkosten (Krankenkasse, Finanzamt, Gebietskörperschaften) sowie Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Bei den übrigen Finanzverbindlichkeiten handelt es sich um laufende Betriebsmittelkredite, bei denen ein Abfluss im nächsten Geschäftsjahr angenommen wurde.

(14) Übrige Finanzverbindlichkeiten

Aus der nachfolgenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen der originären finanziellen Verpflichtungen ersichtlich. Einbezogen wurden alle Verpflichtungen, die am 31. Dezember 2008 im Bestand waren und für die bereits Zahlungen vertraglich vereinbart waren. Planzahlen für zukünftige neue Verbindlichkeiten gehen nicht ein. Die variablen Zinszahlungen aus den Finanzinstrumenten wurden unter Zugrundelegung der zuletzt vor dem 31. Dezember 2008 geltenden Zinssätze ermittelt. Jederzeit rückzahlbare finanzielle Verpflichtungen sind dem frühesten Zeitraster zugeordnet.

Es besteht eine jederzeit rückzahlbare finanzielle Verpflichtung in Höhe von TEUR 8.000, die nicht zur Gänze in 2008/2009 getilgt wird, sondern in dem Ausmaß, das aus dem Cashflow möglich ist, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu beeinträchtigen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Bei den übrigen Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich um laufende Betriebsmittelkredite, bei denen ein Abfluss im nächsten Geschäftsjahr angenommen wurde.

| 31.12.2008 | | Cashflows 2009 | | Cashflows 2010 | | Cashflows 2011-2013 | | Cashflows 2014 ff. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| in TEUR | | Zins var. | Tilgung | Zins var. | Tilgung | Zins var. | Tilgung | Zins var. | Tilgung |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 9.966 | 560 | 1.966 | 452 | 1.500 | 608 | 6.500 | 0 | 0 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-leasing | 6.641 | 415 | 266 | 400 | 272 | 1.122 | 612 | 1.706 | 5.491 |

(15) Umsatzerlöse

| in TEUR | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
|---|---|---|
| Softwareerlöse | 875 | 962 |
| Wartungserlöse | 1.470 | 547 |
| Erlöse aus Schulungen und Beratungen | 113 | 0 |
| Erlöse aus Personalbereitstellung | 30 | 0 |
| Übrige | 0 | 0 |
| | **2.488** | **1.509** |

(16) Sonstige betriebliche Erträge

| in TEUR | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
|---|---|---|
| Sonstige Erträge | 27 | 151 |
| | **27** | **151** |

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Sachbezügen, aus Versicherungsentschädigungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen. In der Position sind aperiodische Erträge in Höhe von TEUR 10 (Vorjahr: TEUR 14) enthalten.

(17) Personalaufwand

| in TEUR | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
|---|---|---|
| Gehälter / Löhne | 1.432 | 1.068 |
| Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge | 318 | 170 |
| Aufwendungen für Abfertigungen | 57 | 0 |
| Sonstige Sozialaufwendungen | 14 | 7 |
| | **1.821** | **1.245** |

In den sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung sind Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 9) enthalten.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge des Vorstandes wird auf die Erläuterungen zu nachfolgenden Abschnitt „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen“ verwiesen.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Der durchschnittliche Personalstand entwickelte sich wie folgt:

| Durchschnittliche Anzahl | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
|---|---|---|
| Angestellte | 58 | 23 |
| Vorstände | 3 | 2 |
| | **61** | **25** |

Bis August 2008 war ein Vorstand und vom August bis Dezember 2008 waren drei Vorstände bestellt, derzeit sind es drei Vorstände.

(18) Sonstige betriebliche Aufwendungen

| in TEUR | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
|---|---|---|
| Miet- und Raumkosten, Grundstückspacht | 117 | 221 |
| Beratungs- und Prüfungskosten | 147 | 39 |
| KFZ Aufwand | 145 | 38 |
| Post und Kommunikation | 33 | 16 |
| Reinigung, Wartung und Instandhaltung | 49 | 5 |
| Fahrt- und Reisekosten | 49 | 38 |
| Marketing- und Werbeaufwand | 83 | 51 |
| Aus- und Weiterbildungskosten | 4 | 1 |
| Büromaterial | 9 | 2 |
| Übrige Steuern, Beiträge, Gebühren | 16 | 25 |
| Sonstiges | 198 | 255 |
| **Summe** | **850** | **691** |

Im Posten „Sonstiges“ sind vor allem Versicherungsaufwendungen, Aufwendungen für Personalsuche, Aufsichtsratsvergütungen, Einzelwertberichtigungen zu Kundenforderungen sowie Kosten für die Aktienbetreuung enthalten.

(19) Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz erscheinen und auch nicht nach § 251 HGB anzugeben sind, setzen sich wie folgt zusammen:

| in TEUR | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | nach 2013 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Grundstückspacht (Baurecht) Salzburg | 92 | 92 | 92 | 92 | 92 | 92 |
| KFZ Leasing | 228 | 75 | 5 | 0 | 0 | 0 |
| Mietverträge (Immobilien) (1) | 67 | 67 | 67 | 67 | 0 | 0 |
| Wartungsverträge (1) | 16 | 15 | 13 | 0 | 0 | 0 |
| Miet- und Leasingverträge (Mobilien) (1) | 12 | 10 | 6 | 0 | 0 | 0 |
| | **415** | **259** | **183** | **159** | **92** | **92** |

Zu (1): Jeweils bezogen auf den frühest möglichen Kündigungszeitpunkt der bestehenden Verträge

Darüber hinaus hat sich die Gesellschaft im Rahmen einer Vergleichsvereinbarung mit Besserungsschein verpflichtet, als Gegenleistung für den bedingten Forderungsverzicht für die Geschäftsjahre 2004 bis 2009, abhängig von einem erzielten Jahresüberschuss, festgelegte Quoten abzuführen. Die höchstens aufgrund dieses Besserungsscheins am Bilanzstichtag noch zu leistenden Zahlungen belaufen sich auf TEUR 206. Für das Geschäftsjahr 2008 fällt keine Besserungszahlung an.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

(20) Finanzergebnis

| in TEUR | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
|---|---|---|
| Zinsen und ähnliche Erträge | 14 | 11 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -269 | 0 |
| **Summe** | **-255** | **11** |

Im Finanzergebnis enthalten sind TEUR 216 an Zinsaufwand für die Neubewertung des Leasingvertrages für das Bürogebäude Bichlfeldstraße 11, 5020 Salzburg, Österreich. Der Neubewertung wurde ein Zinssatz von 5,5 % zu Grunde gelegt.

(21) Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

| in TEUR | aus Zinsen | aus der Folgebewertung | | Nettoergebnis | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Währungs-umrechnung | Wert-berichtigung | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
| Kredite und Forderungen | 14 | 0 | 0 | 14 | 11 |
| Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten | -165 | 0 | 0 | -165 | 0 |
| Verbindlichkeiten aus Leasing | -104 | 0 | 0 | -104 | 0 |
| **Summe** | **-255** | **0** | **0** | **-255** | **11** |

(22) Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie errechnet sich durch Division des Jahresergebnisses nach Steuern durch die gewichtete Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Stammaktien während des Geschäftsjahres.

| | Jahr 2008 | Jahr 2007 |
|---|---|---|
| | EUR | EUR |
| Ergebnis Mehrheitsanteilseigner | -607.848,40 | -291.009,57 |
| | Stück | Stück |
| Stammaktien Stück | 6.209.933 | 1.630.812 |
| Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien | 2.697.181 | |
| **Ergebnis je Aktie ohne Verwässerungseffekt** | **-0,23** | **-0,18** |
| **Ergebnis je Aktie mit Verwässerungseffekt** | **-0,22** | **-0,17** |

Aufgrund der Kapitalerhöhung zum 06. Oktober 2008 errechnet sich folgender gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien:

| Zeitraum | Anzahl Aktien | Tage | Durchschnitt |
|---|---|---|---|
| 01.01.2008 - 06.10.2008 | 1.630.812 | 280 | 1.251.033 |
| 07.10.2008 - 31.12.2008 | 6.209.933 | 85 | 1.446.148 |
| **Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien** | | | **2.697.181** |

| | |
|---|---|
| Effekt aus ausübbaren Aktienoptionen | 34.562 |
| Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien (verwässert) | 2.731.743 |

Die Tatsache der Einlage eigener Aktien in Höhe von 80.000 Stück zum 01. Dezember 2008 ist aufgrund untergeordneter Bedeutung unberücksichtigt geblieben.

**Sonstige Angaben**

**Angaben zur Kapitalflussrechnung**

Im Berichtsjahr ist das Grundkapital der Gesellschaft von TEUR 1.631 um TEUR 4.579 auf TEUR 6.210 erhöht worden. Davon sind TEUR 1.502 im Rahmen einer Barkapitalerhöhung zugeflossen und TEUR 3.077 im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung zugeführt.

Die Sachkapitalerhöhung ist als nicht zahlungswirksame Transaktion zu qualifizieren und deshalb nicht in der Kapitalflussrechnung als Veränderung der Zahlmittel oder Zahlungsmitteläquivalenten darzustellen.

**Risikomanagement**

Die B+S Gruppe unterliegt hinsichtlich ihrer Finanzinstrumente insbesondere Risiken aus der Veränderung der Zinssätze. Diesem Zinsrisiko wird durch kontinuierlichen Abbau der Verbindlichkeiten und ein straffes Cash-Management begegnet.

Ein Währungskursrisiko besteht nur in untergeordnetem Ausmaß, weil nur Geschäftsfälle in EURO bzw. durch die Schweizer Tochtergesellschaft nur in ihrer Landeswährung CHF getätigt werden.

Das Risiko mangelnder Liquidität besteht nicht, weil durch Einnahmen aus langfristigen Wartungsverträgen die fixen Kosten gedeckt sind und zusätzlich unausgenützte Kreditlinien bestehen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zu 100 % gegenüber den Kunden, den Banken und Kreditinstituten, sind kurzfristig und werden durchschnittlich nach 28 Tagen bezahlt. Die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte entsprechen ihrem tatsächlichen Wert. Es besteht kein Abwertungsbedarf. Die nachfolgende Tabelle zeigt Buchwerte und beizulegende Zweitwerte sämtlicher im Konzernabschluss erfasster Finanzinstrumente:

Beizulegender Zeitwert
Die nachfolgende Tabelle zeigt Buchwerte und beizulegende Zeitwerte sämtlicher im Konzernabschluss erfasster Finanzinstrumente:

| **Klasse der Finanzinstrumente, die zum Fair Value bewertet werden:** | | | | |
|---|---|---|---|---|
| | **Buchwert** | | **beizulegender Zeitwert** | |
| **in TEUR** | **31.12.2008** | **31.12.2007** | **31.12.2008** | **31.12.2007** |
| Forderungen aus Lieferung und Leistungen | 467 | 250 | 467 | 250 |
| Zahlungsmittel | 184 | 92 | 184 | 92 |
| Übrige finanzielle Vermögenswerte | 228 | 254 | 228 | 254 |
| | **879** | **596** | **879** | **596** |

| | **Buchwert** | | **beizulegender Zeitwert** | |
|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | **31.12.2008** | **31.12.2007** | **31.12.2008** | **31.12.2007** |
| Finanzverbindlichkeiten | 9.966 | 1 | 9.966 | 1 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 263 | 56 | 263 | 56 |
| Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing | 6.641 | 0 | 6.641 | 0 |
| Übrige finanzielle Verpflichtungen | 197 | 40 | 197 | 40 |
| | **17.067** | **97** | **17.067** | **97** |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Bei Forderungen und finanziellen Vermögenswerten des Konzerns entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem Buchwert der Instrumente.

Der Konzern überwacht das Risiko eines etwaigen Liquiditätsengpasses im Rahmen der laufenden Cashflow-Planung und -Überwachung.

Kapitalmanagement

Der Konzern verfolgt das Ziel, langfristig die Unternehmensfortführung zu sichern und die Interessen der Aktionäre, seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aller weiterer Abschlussadressaten zu wahren.

Die Steuerung der Kapitalstruktur orientiert sich an den Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den Risiken aus den zugrunde liegenden Vermögenswerten. Der Konzern steht für die Strategie einer kontinuierlichen und nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes.

Das Kapital des Konzerns entspricht dem bilanzierten Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 19,7% (Vorjahr: 21,1%).

Sensitivitätsanalyse

Der Konzern finanziert sich im Wesentlichen aus dem operativen Cashflow. Darüber hinaus bestehen finanzielle Verbindlichkeiten, die zur Finanzierung der operativen Geschäftstätigkeit beitragen, in Form von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern. Dem stehen verschiedene finanzielle Vermögenswerte wie zum Beispiel Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die unmittelbar aus der Geschäftstätigkeit resultieren, gegenüber.

Wenn das Marktzinsniveau zum 31. Dezember 2008 um 100 Basispunkte höher gewesen wäre, wäre das Ergebnis nach Steuern um TEUR 162 geringer (zum 31. Dezember 2007 um TEUR 1 höher) gewesen. Ebenso wäre das Eigenkapital zum 31. Dezember 2008 um TEUR 162 geringer (zum 31. Dezember 2007 um TEUR 1 höher) gewesen, wenn das Marktzinsniveau um 100 Basispunkte höher gewesen wäre.

Als Basis für die Zinssensitivitätsanalyse wurden die Buchwerte der variabel verzinsten Finanzinstrumente herangezogen. 100 Basispunkte entsprechen 1 % des Buchwertes zum 31. Dezember 2008.

**Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen**

Es ist Vorgabe, dass alle Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen „at arm's length", d.h. zu üblichen Marktbedingungen durchgeführt werden.

Sämtliche Vorstandsmitglieder sind zugleich Aktionäre der Gesellschaft mit wesentlichem Einfluss.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes einschließlich der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen betrugen im Geschäftsjahr TEUR 221 (Vorjahr: TEUR 221), davon wurden direkt von der Gesellschaft TEUR 111 (Vorjahr: TEUR 221) ausbezahlt. Von den Bezügen entfallen auf Herrn Heinz Schier TEUR 55 (Vorjahr: TEUR 0), davon erfolgsbezogene Komponente TEUR 6 (Vorjahr: TEUR 0), auf Herrn Peter Bauch TEUR 111 (Vorjahr: TEUR 86) und auf Herrn Wilhelm Berger TEUR 55 (Vorjahr: TEUR 0), davon erfolgsbezogene Komponente TEUR 6 (Vorjahr: TEUR 0).
Die Bezüge von Herrn Heinz Schier und Herrn Wilhelm Berger wurden durch Tochterunternehmen ausbezahlt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind in den Bezügen nicht enthalten. Im Rahmen des Stock Option Plan wurden im Geschäftsjahr keine Optionen (Vorjahr: 0) zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft an Mitglieder des Vorstands ausgegeben.

Zur Absicherung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 9.659 haben die Vorstände Berger und Schier, zugleich Aktionäre der Gesellschaft, Sicherheiten gestellt.

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

**Organe der Gesellschaft**

Dem Vorstand der Gesellschaft gehörten an:

| | |
|---|---|
| Heinz Schier, Salzburg, Österreich | Kaufmann, Vorsitzender des Vorstands (seit dem 28. August 2008) |
| Wilhelm Berger, Salzburg, Österreich | Bankkaufmann und Betriebswirt (seit dem 28. August 2008) |
| Peter Bauch, München | Datenverarbeitungskaufmann |

Hinsichtlich der Angaben zu den Gesamtbezügen des Vorstandes verweisen wir auf vorstehenden Abschnitt „Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen".

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten an:

| | |
|---|---|
| Prof. Dr. Herbert Kofler, Klagenfurt, Österreich | Professor für Wirtschaftswissenschaften<br>Vorsitzender des Aufsichtsrats<br>(ab dem 19. Januar 2008 bis 22. September 2008 und ab dem 25. November 2008)<br>Mitglied in folgenden weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Ausland:<br>B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, Salzburg, Österreich, Vorsitzender<br>Kärntner Sparkasse AG<br>Privatstiftung Kärntner Sparkasse Privatstiftung<br>Immoeast AG<br>Immofinanz AG, Vorsitzender<br>red-stars.com data AG<br>Akademie der Wirtschaftstreuhänder GmbH<br>Futurelab Holding GmbH |
| Dr. Manfred Seyfried, Frankfurt | Unternehmensberater<br>Vorsitzender des Aufsichtsrates<br>(ab dem 22. September 2008 bis 5. November 2008)<br>Stellvertreter des Vorsitzenden<br>(ab dem 18. Januar 2008 bis 21. September 2008 und ab dem 25. November 2008)<br>Mitglied in folgenden weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Ausland:<br>B+S Banksysteme Aktiengesellschaft Salzburg, Österreich |
| Dr. Werner Steinwender, Salzburg, Österreich | Rechtsanwalt<br>(ab dem 16. Juli 2008)<br>Stellvertreter des Vorsitzenden<br>(ab dem 22. September 2008 bis 5. November 2008) |
| Dr. Alexander Schierjott, Köln | IT-Manager<br>(bis zum 13. Juni 2008) |

Die Bezüge des Aufsichtsrats der Gesellschaft betrugen im Geschäftsjahr TEUR 4 (Vorjahr: TEUR 40).

**Angaben zu § 21 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)**

Herr Heinz Schier, Österreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 % überschritten hat und nunmehr 24,77 % (1.538.462 Stimmrechte) beträgt". Im Rahmen der Erfüllung des Vergleichs zur Umsetzung der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 hat Herr Schier 40.000 Aktien in die Gesellschaft eingelegt. Sein Stimmrechtsanteil beträgt danach 24,13 % (1.498.462 Stimmrechte).

Herr Peter Bauch, München, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 % überschritten hat und nunmehr 23,59 % (1.464.615 Stimmrechte) beträgt".

Herr Wilhelm Berger, Österreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 % überschritten hat und nunmehr 24,77 % (1.538.462 Stimmrechte) beträgt". Im Rahmen der Erfüllung des Vergleichs zur Umsetzung der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 2. Oktober 2007 hat Herr Berger 40.000 Aktien in die Gesellschaft eingelegt. Sein Stimmrechtsanteil beträgt danach 24,13 % (1.498.462 Stimmrechte).

Die Omikron Holding GmbH & Co. KG, Köln, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, „dass mein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und nunmehr 2,45 % (152.230 Stimmrechte) beträgt".

Die Omikron Holding Verwaltung GmbH, Köln, hat gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, „dass mein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und nunmehr 2,45 % (152.230 Stimmrechte) beträgt. Diese Stimmrechte sind mir gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der Omikron Holding GmbH & Co. KG zuzurechnen".

Herr Werner Zimmermann, Odenthal, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass „mein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und nunmehr 2,45 % (152.230 Stimmrechte) beträgt. Von diesem Gesamtstimmrechtsanteil sind mir zuzurechnen nach: § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG 2,45 % (entspricht 152.230 Stimmrechte) über die von mir kontrollierten Unternehmen Omikron Holding GmbH & Co. KG und Omikron Holding Verwaltung GmbH; § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WpHG 0,97 % (entspricht 60.000 Stimmrechte), von der Omikron Holding GmbH & Co. KG; § 22 Abs. 2 WpHG 2,45% (entspricht 152.230) von der Omikron Holding GmbH & Co. KG".

Herr Dr. Dietrich Gottwald, Köln, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass „mein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und nunmehr 2,45 % (152.230 Stimmrechte) beträgt. Von diesem Gesamtstimmrechtsanteil sind mir zuzurechnen nach: § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WpHG 0,81 % (entspricht 50.000 Stimmrechte), von der Omikron Holding GmbH & Co. KG; § 22 Abs. 2 WpHG 2,45% (entspricht 152.230) von der Omikron Holding GmbH & Co. KG".

Herr Axel Oertel, Hannover, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, „dass mein Stimmrechtsanteil die Schwelle von 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und nunmehr 2,21 % (136.000 Stimmrechte) beträgt".

Die M.M.Warburg-LuxInvest S.A. Luxembourg, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass „der Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 5 % und 3 % unterschritten hat und nunmehr 2,11 % (131.333 Stimmrechte) beträgt.

Herr Stefan Mittnik, Flintbek, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, „dass mein Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 3 % unterschritten hat und zu diesem Tag 0,95 % (59.085 Stimmrechte) betrug".

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), Frankfurt a.M. hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, „dass der Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft am 6. Oktober 2008 die Schwelle von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 % überschritten hat und 24,19 % (1.502.197 Stimmrechte) beträgt" und „dass der Stimmrechtsanteil an der

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

Gesellschaft am 9. Oktober 2008 die Schwelle von 20 %, 15 %, 10 %, 5 % und 3 % unterschritten hat und nunmehr 0,00% beträgt“.

**Segmentberichterstattung**

Die Segmentberichterstattung erfolgt nach IFRS 8. Die Berichts- und Organisationsstruktur des Konzerns unterteilt sich nicht in einzelne Geschäftssegmente bzw. Geschäftsfelder, vielmehr werden aufgrund der untrennbar zusammenhängenden Geschäftsaktivitäten die Unternehmen als einheitliches Ganzes gesteuert. Aufwendungen und Erträge können nicht einzelnen Ressourcen zuteilt werden. Insoweit kann nicht über Geschäftssegmente Bericht erstattet werden.

Der Konzern konnte im Berichtsjahr mit folgenden Produktgruppen die nachfolgend erwähnten Umätze erzielen:

| Produkt- bzw. Dienstleistung | TEUR |
|---|---|
| Solutions | 875 |
| Wartungserlöse | 1.470 |
| Erlöse aus Schulungen und Beratungen | 113 |
| Erlöse aus Personalbereitstellung | 30 |
| | **2.488** |

Der Konzern verzeichnete im Berichtsjahr Umsätze mit drei externen Kunden, deren Anteil am Gesamtumsatz jeweils über 10 % ausmacht.

In geographischer Hinsicht sind im Berichtsjahr folgende Umsätze erzielt worden:

| | TEUR |
|---|---|
| Deutschland | 1.998 |
| Schweiz | 403 |
| Österreich | 87 |
| | **2.488** |

**Sonstige Angaben nach § 315a HGB**

**Konzernabschlussprüferhonorar**

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Konzernabschlussprüfers beinhaltet ausschließlich die Leistungen für die Abschlussprüfung in Höhe von TEUR 24 (Vorjahr: TEUR 25).

**Erklärung zum Corporate Governance Kodex**

Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft haben die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

München, im Februar 2009

| | | |
|---|---|---|
| Heinz Schier<br>Vorsitzender des Vorstands | Peter Bauch<br>Vorstand | Wilhelm Berger<br>Vorstand |

Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) zum 31.12.2008 (geprüft)

# »Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers«

Wir haben den von der B+S BANKSYSTEME AKTIENGESELLSCHAFT, München aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2008 geprüft.

Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und/oder den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben. Ergänzend wurden wir beauftragt zu beurteilen, ob der Konzernabschluss auch den IFRS insgesamt entspricht.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernsabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Konzerns. Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken weisen wir darauf hin, dass die Werthaltigkeit des ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwertes von der Realisierung der positiven Unternehmensentwicklung gemäß den uns vorgelegten Planungsrechnungen abhängig ist.

Augsburg, den 16. Februar 2008

A W I
TREUHAND & REVISION GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Thomas Schmid
Wirtschaftsprüfer

# »Jahresabschluss«

*Hinweis:*
*Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen von + / - einer Einheit (TEUR, %, usw.) auftreten.*

**Bilanz**

| **Bilanz (HGB)**<br>**A K T I V A**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br><br>**30.06.** | **Jahr 2009/10**<br><br>**30.06.** |
|---|---|---|
| EDV-Software | 1 | 1 |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 29 | 26 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 4.500 | 5.300 |
| **Summe Anlagevermögen** | **4.530** | **5.326** |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 109 | 306 |
| Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 0 | 0 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 59 | 0 |
| Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 432 | 614 |
| **Summe Umlaufvermögen** | **600** | **921** |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 14 | 20 |
| Aktive latente Steuern | 0 | 0 |
| **BILANZSUMME A K T I V A** | **5.144** | **6.267** |

| **Bilanz (HGB)**<br>**P A S S I V A**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br><br>**30.06.** | **Jahr 2009/10**<br><br>**30.06.** |
|---|---|---|
| Gezeichnetes Kapital<br>abzüglich eigene Anteile zum Nennwert | 6.210<br>-80 | 6.210<br>-80 |
| Kapitalrücklage | 1.852 | 1.852 |
| Bilanzverlust | -3.447 | -2.704 |
| **Summe Eigenkapital** | **4.535** | **5.278** |
| Steuerrückstellungen | 83 | 46 |
| Sonstige Rückstellungen | 268 | 242 |
| **Summe Rückstellungen** | **351** | **287** |
| Erhaltene Anzahlungen | 2 | 221 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 21 | 168 |
| Verbindlichkeiten gg. verbundene Unternehmen | 33 | 37 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 24 | 172 |
| **Summe Verbindlichkeiten** | **79** | **597** |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 179 | 104 |

Jahresabschluss der Gesellschaft (HGB) zum 30.06.2011 (geprüft)

| | | |
|---|---|---|
| **BILANZSUMME P A S S I V A** | **5.144** | **6.267** |

**Gewinn- und Verlustrechnung**

| **Gewinn- und Verlustrechnung (HGB)**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br><br>**01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009/10**<br><br>**01.07. - 30.06.** |
|---|---|---|
| **1. Umsatzerlöse** | 1.843 | 2.038 |
| **2. Sonstige betriebliche Erträge** | 162 | 69 |
| **Summe Betriebliche Erlöse** | **2.004** | **2.107** |
| **3. Materialaufwand** | | |
| **a) bezogene Waren** | -31 | -97 |
| **b) bezogene Leistungen** | -177 | -127 |
| **4. Personalaufwand** | | |
| a) Löhne und Gehälter | -825 | -845 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | -147 | -151 |
| **5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** | -20 | -7 |
| **6. Sonstige betriebliche Aufwendungen** | -710 | -625 |
| **Summe Betriebliche Aufwendungen** | **-1.910** | **-1.852** |
| **7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** | 1 | 1 |
| **8. Abschreibungen auf Finanzanlagen** | -800 | 0 |
| **9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen** | 0 | 0 |
| 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | **-705** | **256** |
| **11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** | -38 | -95 |
| **12. Sonstige Steuern** | -1 | -1 |
| 13. Jahresfehlbetrag (Vorjahr Jahresüberschuss) | **-744** | **161** |
| **14. Verlustvortrag aus dem Vorjahr** | -2.704 | -2.865 |
| 15. Bilanzverlust | **-3.447** | **-2.704** |

# »Anhang«

**Vorbemerkung**

Der Jahresabschluss der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft wurde nach den Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes aufgestellt. Die Änderungen durch das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 (BilMoG) wurden in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 66 Abs. 3 Satz 6 EHGB bereits für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01. Januar 2009 bis 30. Juni 2009 vollständig berücksichtigt. Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 HGB. Zur besseren Übersichtlichkeit erfolgte die Aufstellung des Jahresabschlusses in Tausend Euro (TEUR). Hierbei können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

**Anteilsbesitz**

Der Anteilsbesitz der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft umfasst die folgenden Gesellschaften:

| Beteiligungsunternehmen | | Anteil in % | Währung | Eigen-kapital | Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| B+S Banksysteme Salzburg GmbH<br>Salzburg, Österreich | 1 | 100 | TEUR | -2.446 | -1.931 |
| B+S Banksysteme Deutschland GmbH<br>München, Deutschland | 1<br>2 | 100 | TEUR | 229 | 95 |
| B+S Banksysteme Schweiz AG<br>Thun, Schweiz | 1<br>2 | 100 | TCHF | 251 | 89 |

Zu (1): Die Angaben beziehen sich jeweils auf den nach landesrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschluss in der angegebenen Landeswährung.

Zu (2): Indirekte Beteiligung über die B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Salzburg, Österreich.

**Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Der Jahresabschluss wird im Einzelnen nach den folgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt:

Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und über den Zeitraum der Nutzung (längstens über fünf Jahre) planmäßig abgeschrieben. Vom Wahlrecht nach § 248 Abs. 2 HGB, selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens zu aktivieren, wird kein Gebrauch gemacht.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear ermittelt.

Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert anzusetzen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen; uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben.

Liquide Mittel werden zum Nennwert bilanziert.

Eigene Anteile werden im Eigenkapital offen vom gezeichneten Kapital (Grundkapital) abgesetzt.

Jahresabschluss der Gesellschaft (HGB) zum 30.06.2011 (geprüft)

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um alle zum Bilanzstichtag drohenden Verluste, erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten abzudecken. Künftige Preis- und Kostensteigerungen sind zu berücksichtigen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abzuzinsen, der von der Bundesbank bekannt gegeben wird.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden zum Devisenkassamittelkurs bewertet.

Über die passive Rechnungsabgrenzung werden Erträge aus Lizenz- und Wartungsverträgen, deren Restlaufzeit über den Bilanzstichtag hinausgeht, zeitanteilig abgegrenzt.

Latente Steuern werden mit den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes als eigene Bilanzposten unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Die Ermittlung der Steuerabgrenzung erfolgt nach den Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes. § 274 HGB schreibt die Balance Sheet Liability Method für alle temporären Unterschiede zwischen den Wertansätzen im Jahresabschluss und den bestehenden Steuerwerten vor. Ferner wird der wahrscheinlich realisierbare Steuervorteil aus bestehenden Verlustvorträgen in die Ermittlung einbezogen. Ausnahmen von dieser umfassenden Steuerabgrenzung bilden Unterschiedsbeträge aus steuerlich nicht absetzbaren Geschäfts- und Firmenwerten und mit Beteiligungen zusammenhängende, temporäre Unterschiede. Für aktive Steuerabgrenzungen wird das Aktivierungswahlrecht ausgeübt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

**Bilanzerläuterungen**

1. Die Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2010/11 stellt sich wie folgt dar:

| **Anschaffungs- und Herstellungskosten in TEUR** | **01.07.2010** | **Zugänge** | **Abgänge** | **30.06.2011** |
|---|---|---|---|---|
| **Immaterielle Vermögensgegenstände** | | | | |
| EDV-Software | 111 | 0 | 0 | 111 |
| | **111** | **0** | **0** | **111** |
| **Sachanlagen** | | | | |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 262 | 23 | 36 | 249 |
| | **262** | **23** | **36** | **249** |
| **Finanzanlagen** | | | | |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 5.300 | 0 | 0 | 5.300 |
| | **5.300** | **0** | **0** | **5.300** |
| | **5.673** | **23** | **36** | **5.660** |

| **Aufgelaufene Abschreibungen** | | | | | **Nettobuchwerte** | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **in TEUR** | **01.07.2010** | **Zuführung** | **Auflösung** | **30.06.2011** | **2010/11** | **2009/10** |
| **Immaterielle Vermögens-gegenstände** | | | | | | |
| EDV-Software | 110 | 0 | 0 | 110 | 1 | 1 |
| | **110** | **0** | **0** | **110** | **1** | **1** |
| **Sachanlagen** | | | | | | |
| Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts-ausstattung | 236 | 20 | 36 | 220 | 29 | 25 |
| | **236** | **20** | **36** | **220** | **29** | **25** |
| **Finanzanlagen** | | | | | | |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 0 | 800 | 0 | 0 | 4.500 | 5.300 |
| | **0** | **800** | **0** | **800** | **4.500** | **5.300** |
| | **346** | **820** | **36** | **1.130** | **4.530** | **5.326** |

2. Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind innerhalb eines Jahres fällig.

3. Die Entwicklung des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr 2010/11 stellt sich wie folgt dar:

| Entwicklung des Eigenkapitals<br><br>in TEUR | Grund-kapital | Eigene Anteile | Kapital-rücklage | Rücklage für eigene Anteile | Bilanz-ergebnis | Summe Eigen-kapital |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Stand zum 31.12.2008** | **6.210** | **0** | **1.772** | **76** | **-2.784** | **5.274** |
| Umgliederung eigner Anteile (Aktivposten) in das Eigenkapital (1) | | -80 | 4 | | | -76 |
| Auflösung der Rücklage für eigene Anteile (1) | | | 76 | -76 | | 0 |
| Auflösung von Aufwands-rückstellungen (1) | | | | | 17 | 17 |
| Jahresfehlbetrag | | | | | -98 | -98 |
| **Stand zum 30.06.2009** | **6.210** | **-80** | **1.852** | **0** | **-2.865** | **5.117** |
| Jahres-überschuss | | | | | 161 | 161 |
| **Stand zum 30.06.2010** | **6.210** | **-80** | **1.852** | **0** | **-2.704** | **5.278** |
| Jahresfehlbetrag | | | | | -744 | -744 |
| **Stand zum 30.06.2011** | **6.210** | **-80** | **1.852** | **0** | **-3.447** | **4.535** |

Zu (1): Änderungen durch erstmalige Anwendung der Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25. Mai 2009 (BilMoG)

4. Das voll eingezahlte Grundkapital der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft beträgt EUR 6.209.933,00. Es ist eingeteilt in 6.209.933 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Februar 2011 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats in der Zeit bis zum 23. Februar 2016 das Grundkapital um bis zu EUR 3.104.966,00 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von EUR 1,00 je Aktie gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Bei Ausnutzung der Ermächtigung kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, zum Ausgleich von Spitzenbeträgen, zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber von zu begebenden Wandlungs- und Optionsrechten aus Schuldverschreibungen, zur Gewinnung von Sacheinlagen, insbesondere in Form von Unternehmen oder Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, zur Erschließung neuer Kapitalmärkte im Ausland, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet.

Jahresabschluss der Gesellschaft (HGB) zum 30.06.2011 (geprüft)

Das Bedingte Kapital entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| | Bedingtes Kapital 2001/I | Insgesamt |
|---|---|---|
| **Beschluss der Hauptversammlung vom** | **18.07.2001** | |
| **Stand zum 30.06.2011 (in EUR)** | **22.857** | **22.857** |

Das Bedingte Kapital 2001/I dient zur Absicherung des „Stock Option Plan 2001". Zum Stichtag des Jahresabschlusses besteht noch das folgenden Mitarbeiterbeteiligungsmodell:

### Stock Option Plan 2001

*Ermächtigung der Hauptversammlung vom 18. Juli 2001*

Ermächtigung des Aufsichtsrats und des Vorstands bis zum 17. Juni 2006, einmalig oder mehrmals Optionsscheine zum Erwerb von bis zu 160.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien an Mitarbeiter der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft bzw. gegenwärtigen oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitarbeiter') bzw. an Vorstandsmitglieder der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft bzw. Mitglieder der Geschäftsführung von gegenwärtig oder zukünftig verbundenen Unternehmen (‚Mitglieder des Vorstands bzw. der Geschäftsführung') auszugeben und den Optionsberechtigten Umtauschrechte auf Aktien zu gewähren. Davon entfallen auf ausgewählte Vorstände der Gesellschaft maximal 16.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Arbeitnehmer der Gesellschaft maximal 120.000 Aktienoptionen, auf ausgewählte Geschäftsführer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 8.000 Aktienoptionen und auf ausgewählte Arbeitnehmer von gegenwärtig oder zukünftig mit der Gesellschaft verbundenen in- und ausländischen Unternehmen maximal 16.000 Aktienoptionen. Jede der ausgegebenen Optionen berechtigt zum Umtausch in eine Stückaktie. Die Laufzeit der Optionen beträgt längstens zehn Jahre. Entsprechend den Optionsbedingungen kann das Umtauschrecht grundsätzlich frühestens zwei Jahre nach Ausgabe des Optionsscheins ausgeübt werden. Neben dem Basispreis, der dem Verkehrswert der Aktie zum Zeitpunkt der Unterbreitung der Option entspricht, ist bei Ausübung des Optionsrecht ein Aufgeld in Höhe von 25 % des bei Ausgabe festgelegten Basispreises als Erfolgsziel zu entrichten. Im Übrigen darf das Umtauschrecht nach Ablauf der zweijährigen Mindestwartefrist und unbeschadet der Beachtung des Erfolgsziels grundsätzlich jederzeit unter Beachtung von Zeiträumen, in denen eine Ausübung untersagt ist, wahrgenommen werden. Im Falle des Umtausches von Optionen in Aktien hat der Optionsberechtigte den auf dem Optionsschein angegebenen Betrag zuzüglich eines Aufgeldes als Umtauschpreis zu entrichten. Im Rahmen dieses Mitarbeiterbeteiligungsmodells wurden im Februar 2002 Optionsrechte ausgegeben.

Im Geschäftsjahr wurden aus keinem der bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle Optionsrechte zum Bezug von Stückaktien in Aktien der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft umgetauscht.

Jahresabschluss der Gesellschaft (HGB) zum 30.06.2011 (geprüft)

Die Optionsscheine entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

| | Nominal-wert der Optionen | Durch-schnittli-cher Zeitwert der Option bei Ausgabe | Anzahl der Umtausch-rechte in | Durch-schnittli-cher Umtausch-preis | Durch-schnittli-che Restlaufzeit |
|---|---|---|---|---|---|
| | **EUR** | **EUR** | **Stück** | **EUR** | **Monate** |
| **Bestand der gezeichneten und umtauschbaren Optionsscheine zum 30.06.2010:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 574 | 16,54 | 574 | 29,55 | 17 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstandes | 6.322 | 16,54 | 6.322 | 29,55 | 12 |
| - Mitarbeiter | 15.089 | 15,65 | 15.089 | 28,01 | 15 |
| | **21.985** | | **21.985** | | |
| **Im Geschäftsjahr verfallene Optionen:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 146 | 16,54 | 146 | 29,55 | 17 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstandes | 4.179 | 16,54 | 4.179 | 29,55 | 12 |
| - Mitarbeiter | 6.660 | 15,65 | 6.660 | 28,01 | 15 |
| | **10.985** | | **10.985** | | |
| **Bestand der gezeichneten und umtauschbaren Optionsscheine zum 30.06.2011:** | | | | | |
| - Mitglieder des Vorstands | 429 | 13,86 | 429 | 24,92 | 8 |
| - Ausgeschiedene Mitglieder des Vorstandes | 2.143 | 13,86 | 2.143 | 24,92 | 8 |
| - Mitarbeiter | 8.429 | 13,86 | 8.429 | 24,92 | 8 |
| | **11.001** | | **11.001** | | |

Sowohl im Berichtszeitraum als auch im vorangegangenen Geschäftsjahr gab es keine gekündigten, ausgeübten, neu gezeichneten und nicht ausgegebene Optionsscheine.

5. Eigene Aktien werden gemäß § 272 Abs. 1a HGB offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt und enthalten 80.000 eigene Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00, gesamt somit EUR 80.000. Die Aktien wurden im Zusammenhang mit der Erfüllung des abgeschlossenen Vergleichs zur Umsetzung der Hauptversammlungsbeschlüsse vom 02. Oktober 2007 durch die Übernehmer der im Wege der Sachkapitalerhöhung ausgegebenen neuen Aktien zum 01. Dezember 2008 eingelegt. Diese wurden im Einlagezeitpunkt mit dem Ausgabebetrag der im Wege der Sachkapitalerhöhung ausgegebenen neuen Aktien von EUR 1,30 je Aktie bewertet. Da die Bewertung der eigenen Anteile zum Nennbetrag von EUR 80.000 zu erfolgen hat, war die Differenz mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.

6. Die Steuerrückstellungen aus dem Vorjahr in Höhe von TEUR 24 für die Gewerbesteuer und in Höhe von TEUR 22 für die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag wurden beibehalten. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurden zusätzlich Steuerrückstellungen in Höhe von TEUR 38 (TEUR 20 Gewerbesteuer und TEUR 18 Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) gebildet.

7. Die Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen, die eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr haben, ist dem Rückstellungsspiegel zu entnehmen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen nicht.

| **Rückstellungsspiegel in TEUR** | **01.07.2010** | **Zuführung** | **Verbrauch** | **Auflösung** | **30.06.2011** |
|---|---|---|---|---|---|
| Aufsichtsratsvergütung | **81** | 40 | 81 | 0 | **40** |
| Kosten für Hauptversammlung | **34** | 45 | 34 | 0 | **45** |
| Mitarbeiterboni | **30** | 30 | 25 | 5 | **30** |
| Ausstehender Urlaub | **24** | 19 | 24 | 0 | **19** |
| Ausstehende Eingangsrechnungen | **20** | 2 | 15 | 1 | **6** |
| Jahresabschluss, Prüfung und Offenlegung | **17** | 56 | 17 | 0 | **56** |
| Rückstellungen für Gewährleistungen | **5** | 0 | 0 | 0 | **5** |
| Berufsgenossenschaftsbeiträge | **1** | 1 | 2 | 0 | **0** |
| Kosten im Zusammenhang mit den Kapitalmaßnahmen | **0** | 67 | 0 | 0 | **67** |
| Übrige Rückstellungen | **30** | 0 | 0 | 30 | **0** |
| | **242** | **260** | **198** | **36** | **268** |

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft entwickelt Produkte für die Branchen Banken, Versicherungen, Medien und Telekommunikation. Diese Produkte und Lösungen werden in Form von Projekten im Rahmen einer Generalunternehmerschaft ausgeführt. Aus derartigen Projekten können Haftungen und Risiken entstehen. Diverse Projekte sind an strategisch wichtigen Stellen in den Rechenzentren von Kreditinstituten durchgeführt worden bzw. sind zum Teil in Vorbereitung. Einige Verträge beinhalten für diese Projekte ein Pönale im Fall einer Projekt-Zeitüberschreitung bzw. auch bedeutende Haftungsregelungen. Die Gesellschaft versucht teilweise diese Risiken bei Bedarf über Versicherungen zu decken und damit eine Risikovorsorge zu treffen. Die eigenen Produkte durchlaufen verschiedenste Qualitätsanforderungen sowie –prüfungen. Aus Vorsichtsgründen wurden im Geschäftsjahr für derartige mögliche Risiken sowie mögliche Kulanzen Rückstellungen gebildet.

8. Sämtliche Verbindlichkeiten sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.
Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus dem umsatzsteuerlichen Organschaftsverhältnis mit der B+S Banksysteme Deutschland GmbH.

Weitere Verbindlichkeiten sind dem Verbindlichkeitsspiegel zu entnehmen.

| **Verbindlichkeitsspiegel**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br><br>**30.06.** | **Jahr 2009/10**<br><br>**30.06.** |
|---|---|---|
| Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 2 | 221 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 21 | 168 |
| Verbindlichkeiten gg.über verbundenen Unternehmen | 33 | 37 |
| Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt aus Umsatzsteuer | 0 | 150 |
| Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt aus § 50 a EStG | 0 | 5 |
| Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt aus Lohnsteuer/ Kirchensteuer/ Solidaritätszuschlag | 13 | 14 |
| Verbindlichkeiten soziale Sicherheit | 4 | 4 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 6 | 0 |
| | **79** | **597** |

9. Latente Steuern

Temporäre Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum Bilanzstichtag nicht. Einzige Abweichung stellen die steuerlichen Verlustvorträge dar, die zu einer aktiven latenten Steuer führen können. Die bisher aktivierten latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurden im Vorjahr vollständig wertberichtigt. Der Steuersatz beträgt unter Einbeziehung der Körperschaft- und Gewerbesteuer rund 33 %.

| **Latente Steuern**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br><br>**30.06.** | **Jahr 2009/10**<br><br>**30.06.** |
|---|---|---|
| Verlustvorträge | 18.662 | 18.711 |
| Abwertung | -18.564 | -18.564 |
| Verbrauch | -98 | -147 |
| Saldo | 0 | 0 |
| Steuersatz | 33 % | 33 % |
| **Aktive Steuerabgrenzung** | **0** | **0** |

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Steueraufwand setzt sich wie folgt zusammen:

| **Steueraufwand**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br><br>**01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009/10**<br><br>**01.07. - 30.06.** |
|---|---|---|
| Aufwand für laufende Ertragsteuern | +38 | +46 |
| Veränderung latenter Ertragsteuern | 0 | +49 |
| | **+38** | **+95** |

Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Ertragsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern. Die laufenden Steuern ergeben sich aus der Ermittlung der für das abgeschlossene Geschäftsjahr bestehenden Steuerbelastung aus dem errechneten steuerpflichtigen Einkommen und dem anwendbaren Steuersatz. Der laufende Steueraufwand des Geschäftsjahres 2010/11 beträgt TEUR 38.

**Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

1. Die Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Produkten stellt sich wie folgt dar:

| **Umsatzerlöse**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br><br>**01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009/10**<br><br>**01.07. - 30.06.** |
|---|---|---|
| Solutions | 516 | 765 |
| Lizenzen | 463 | 523 |
| Wartung und Support | 601 | 574 |
| Hosting | 254 | 177 |
| Handelswaren | 9 | 0 |
| | **1.843** | **2.038** |
| davon entfallen auf das Ausland | 23 | 138 |

2. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Geschäftsjahr im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, aus Sachbezügen, aus Mieterträge, sowie Aufwandsverrechnungen an das Tochterunternehmen. In der Position sind aperiodische Erträge in Höhe von TEUR 71 (Vorjahr TEUR 3) enthalten. Diese resultieren aus der Ausbuchung einer Verbindlichkeit nach Einigung mit dem Gläubiger.

3. In den sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung sind Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von TEUR 6 (Vorjahr TEUR 6) enthalten.

4. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus Raumkosten, Werbe- und Vertriebskosten, Fremdleistungen, Abschluss- sowie Rechts- und Beratungskosten, Versicherungsaufwendungen und Beiträgen sowie Verwaltungskosten und Kosten für die Aktienbetreuung.

5. Die Zinserträge enthalten Erträge aus der Verzinsung des Verrechnungskontos mit der B+S Banksysteme Deutschland GmbH in Höhe von 306,00 EUR. Die Zinsaufwendungen beinhalten Zinsen für das Verrechnungskonto der B+S Banksysteme Salzburg GmbH, Österreich in Höhe von 311,08 EUR.

6. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen beinhalten außerplanmäßige Abschreibungen auf die Beteiligung an der B+S Banksysteme Salzburg GmbH in Höhe von TEUR 800.

**Sonstige Angaben**

1. Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften im Sinne des § 285 Nr. 2 HGB liegen nicht vor.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz erscheinen und auch nicht nach § 251 HGB anzugeben sind, setzen sich wie folgt zusammen:

| **Finanzielle Verpflichtungen in TEUR** | **2011/12** | **2012/13** | **2013/14** | **2014/15** | **2015/16** | **nach 2016** |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Mietverträge (Immobilien) (1) | 69 | 35 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Miet- und Leasingverträge (Mobilien) (1) | 22 | 13 | 12 | 4 | 4 | 0 |
| | **91** | **48** | **12** | **4** | **4** | **0** |

*Zu 1: Jeweils bezogen auf den frühestmöglichen Kündigungszeitpunkt der bestehenden Verträge seitens der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft.*

3. Die Zahl der Mitarbeiter hat im Jahresdurchschnitt betragen:

| **Mitarbeiter** | **Jahr 2010/11 30.06.** | **Jahr 2009/10 30.06.** |
|---|---|---|
| Angestellte | 20 | 20 |

4. Organe der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft:

Dem Vorstand der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft gehörten an:

| | |
|---|---|
| Wilhelm Berger, Salzburg, Österreich | Bankkaufmann |
| Peter Bauch, München | Datenverarbeitungskaufmann |
| Heinz Schier, Salzburg, Österreich | Kaufmann (bis 05. Juli 2010) |

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder besteht aus mehreren Vergütungsbestandteilen: dem Grundgehalt, der variablen Vergütung sowie aus Nebenleistungen. Das Grundgehalt wird als erfolgsunabhängige Grundvergütung monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen durch die private Dienstwagennutzung und Zuschüsse zur Sozialversicherung. Diese sind vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu. Die Höhe der variablen Vergütung ist von der Entwicklung der Umsätze abhängig.

Jahresabschluss der Gesellschaft (HGB) zum 30.06.2011 (geprüft)

Aufgrund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Januar 2010 ist keine Aufgliederung der Einkünfte nach Personen mehr erforderlich. Die Zusammensetzung der Gesamtvergütung ergibt sich aus nachfolgender Tabelle:

| **Vorstandsbezüge**<br><br>**in TEUR** | **Jahr 2010/11**<br><br>**01.07. - 30.06.** | **Jahr 2009/10**<br><br>**01.07. - 30.06.** |
|---|---|---|
| Grundgehalt | 338 | 526 |
| Variables Gehalt (Umsatzbeteiligung) | 82 | 146* |
| KFZ-Nutzung | 16 | 23* |
| Betriebliche Altersvorsorge | 1 | 1 |
| Sozialversicherung Arbeitgeberanteil | 17 | 27 |
| Zuführungen zu Dienstzeitaufwand Abfertigung | 0 | 13 |
| **Gesamtbezüge** | **454** | **736** |

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind in den Bezügen nicht enthalten.

Das variable Gehalt (Umsatzbeteiligung) für das Geschäftsjahr 2009/10 in Höhe von TEUR 146 wurde im Geschäftsjahr 2010/11 ausbezahlt. Für das Geschäftsjahr 2010/11 wurde ein variables Gehalt in Höhe von TEUR 62 in der Bilanz des Tochterunternehmens und in Höhe von TEUR 20 in der Bilanz des Mutterunternehmens in den Rückstellungen berücksichtigt.

* Anpassung Vorjahr: Die Werte wurden von TEUR 63 auf TEUR 146 und TEUR 54 auf TEUR 23 angepasst. Die Anpassung erfolgte auf einer fehlerhaften Zuordnung im Vorjahr.

Dem Aufsichtsrat der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft gehörten an:

| **Aufsichtsrat** | **Mitglied in folgenden weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Ausland:** |
|---|---|
| **Prof. Dr. Mag. Herbert Kofler**<br>Klagenfurt, Österreich<br>Professor für Wirtschaftswissenschaften<br>Vorsitzender des Aufsichtsrats | IMMOFINANZ AG, Wien, Vorsitzender<br>Kärntner Sparkasse AG, Klagenfurt<br>Privatstiftung der Kärntner Sparkasse AG, Klagenfurt<br>redstars.data.com AG, Wien<br>Wirtschaftstreuhänder-Akademie GmbH, Wien |
| **Dr. Manfred Seyfried**<br>Frankfurt, Deutschland<br>Unternehmensberater<br>Stellvertreter des Vorsitzenden<br>(bis 24.02.2011) | - |
| **Hon. Prof. Mag. Dr. Johann Bertl**<br>Seekirchen, Österreich<br>Wirtschaftsprüfer<br>Stellvertreter des Vorsitzenden<br>(ab 07.03.2011) | Spänglerbank AG, Salzburg<br>Wiesner & Hager Möbel GmbH, Altheim |
| **Dr. Werner Steinwender**<br>Salzburg, Österreich<br>Rechtsanwalt | - |

Die Bezüge des Aufsichtsrats der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft betrugen im Geschäftsjahr TEUR 45 (Vorjahr TEUR 15).

5. Nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen wurden im Geschäftsjahr nicht vorgenommen.

6. Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers beinhaltet ausschließlich die Leistungen für die Abschlussprüfung in Höhe von TEUR 40 (Vorjahr TEUR 28).

7. Nach § 268 Abs. 8 HGB auszuweisende Ausschüttungssperren liegen im Geschäftsjahr nicht vor.

**Ergebnisverwendung**
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung vor, den Bilanzverlust der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft auf neue Rechnung vorzutragen.

**Konzern- und Beteiligungsverhältnisse**
Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft stellt als Mutterunternehmen für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen einen befreienden Konzernabschluss nach § 315 a HGB in Verbindung mit den internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) auf. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und kann am Sitz der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft in München angefordert werden.

**Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG**
Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben die Entsprechenserklärung zu den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht. Die Entsprechungserklärung ist im Internet abrufbar unter:
http://www.bs-ag.com/index.php?option=com_content&view=article&id=144&Itemid=59.

**Meldepflichtige Aktiengeschäfte § 21 WpHG**
Im Geschäftsjahr 2010/11 gab es keine meldepflichtigen Stimmrechtsmitteilungen.

Herr Peter Bauch, Deutschland hat uns am 10.10.2008 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 10.10.2008 durch Aktien die Schwelle von 3%, 5%, 10%, 15% und 20% der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 23,59% (das entspricht 1.464.615 Stimmrechten) beträgt.

Herr Wilhelm Berger, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31.05.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 25.05.2010 die Schwelle von 25% überschritten hat und nunmehr 25,16% (das entspricht 1.562.462 Stimmrechten) beträgt.

Die COR&FJA Austria Ges.m.b.H., Wien, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.06.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, Deutschland, ISIN: DE0001262152, WKN: 126215 am 22.06.2010 die Schwelle von 3%, 5%, 10%, 15% und 20% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 20,13% (das entspricht 1.250.065 Stimmrechten) betragen hat.

Die COR&FJA AG, Leinfelden-Echterdingen, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.06.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, Deutschland, ISIN: DE0001262152, WKN: 126215 am 22.06.2010 die Schwelle von 3%, 5%, 10%, 15% und 20% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 21,78% (das entspricht 1.352.665 Stimmrechten) betragen hat. 20,13% der Stimmrechte (das entspricht 1.250.065 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der COR&FJA Austria Ges.m.b.H. zuzurechnen.

Herr Heinz Schier, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 24.06.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft, München, Deutschland, ISIN: DE0001262152, WKN: 126215 am 22.06.2010 die Schwelle von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,00% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

München, 31. August 2011

Wilhelm Berger
Vorstand

Peter Bauch
Vorstand

**Chancen und Risiken**

Die B+S Banksystemen Aktiengesellschaft konnte das im Markt etablierte Kerngeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter ausbauen.

Das zukünftige Wachstum der Unternehmensgruppe soll zunächst über die regionale Ausschöpfung der vorhandenen Märkte im deutschsprachigen Raum und der angrenzenden Märkte in Mittel- und Ost-Europa erfolgen. Der Konzern kann mit seinen Kooperationspartnern das komplette Spektrum der Bankenanwendungen abbilden und damit Gesamtbankenanwendungen aus einer Hand anbieten und sich somit im Verdrängungswettbewerb behaupten. Das Leistungsportfolio deckt die Komplettabwicklung z. B. den Zahlungsverkehr einer Bank ab. Somit kann auch ein komplettes Outsourcing angeboten werden. Zudem ist durch das breite Produktangebot die Möglichkeit, neue Kunden und weitere Märkte zu gewinnen, erheblich gestiegen. Der Ausbau des B+S-eigenen Rechenzentrums, die Erweiterung des Angebotsportfolios und die Gewinnung neuer Kunden im Bereich Hosting/ Application-Service-Providing (ASP) führt zu Skaleneffekten im Rahmen des Rechenzentrumsbetriebs. Generell profitieren die Produkterlöse der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft von der hohen Nachfrage im Rahmen des IT-Kostendrucks bei den Banken, da Kernbankprozesse im ASP-Modell nicht mehr bei den Banken selbst ablaufen, sondern kostengünstig bei B+S abgewickelt werden können.

Durch die zu Anfang des Jahres 2010 geschlossene Kooperation mit dem Bankverlag ergeben sich für die B+S Banksysteme weitere Chancen. Die BV Zahlungssysteme GmbH realisiert gemeinsam mit der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft eine Zahlungsverkehrsplattform „BV Clearing Solutions“.

Die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft wird sich auf finanznahe Märkte fokussieren. Aufgrund von Restrukturierungsmaßnahmen in der Finanzbranche durch Fusionen und Übernahmen in den Zielmärkten, ergeben sich für die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft erhebliche Chancen.

Risiken der künftigen Entwicklung resultieren auch weiterhin aus einer starken Konzentration im Finanzdienstleistungsbereich, aus der bei weitem noch nicht bewältigten Finanzmarktkrise, einer Verschlechterung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Entwicklung am Arbeitsmarkt.

Prognosen zur weiteren Entwicklung am Arbeitsmarkt können seriöser Weise nur sehr schwer getroffen werden. Während in Deutschland das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften in dem für die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft relevanten Bereich aufgrund vieler Fusionen wieder größer geworden ist, ist die Anzahl der am Arbeitsmarkt verfügbaren IT-Spezialisten in Österreich und in der Schweiz weiterhin niedrig. Allerdings ist aufgrund der guten Mitarbeiterbindung bisher nicht mit Engpässen zu kämpfen.

Den erwähnten Risiken kann die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft mit ihrem ASP-Angebot und ihrer langjährigen Lösungskompetenz sowie die enge Bindung von Kooperationspartner erfolgreich begegnen.

In der Softwareentwicklung ist das Auftreten unvorhersehbarer Programmierfehler nicht auszuschließen. In den Kundenverträgen der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft sind entsprechende Bestimmungen enthalten, die das Risiko des Unternehmens bezüglich potenzieller Produkt- und Haftungsansprüche begrenzen. Entsprechende Versicherungen zur Einschränkung der Risiken hat das Unternehmen abgeschlossen. Es ist jedoch möglich, dass die haftungsbegrenzenden Vertragsbestimmungen nicht in allen Fällen ausreichend sind und dadurch Risiken entstehen.

Obwohl bei der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft bislang keine Fälle von Produkt- oder Projekthaftung oder Ansprüche wegen wirtschaftlichen Verlusten geltend gemacht worden sind, ist die B+S Banksysteme Aktiengesellschaft dem Risiko derartiger Ansprüche ausgesetzt.

In der Finanzbranche herrscht nach wie vor ein intensiver Wettbewerb im Privatkundengeschäft. Ein möglicherweise entstehender Rückgang der zu erzielenden Margen im Produkt- und Dienstleistungsbereich kann das geplante Unternehmensergebnis beeinflussen.

Alle genannten Risikofaktoren können die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft beeinflussen und zu einer Abweichung des Ergebnisses führen. Die Liquidität der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft für das laufende Geschäftsjahr und darüber hinaus, ausgehend von der bestehenden Finanzierungsstruktur, von der auch künftig ausgegangen werden kann, und aufgrund der per Juli 2011 vorhandenen liquiden Mitteln sowie der vertraglich fixierten Einnahmen gesichert.

In 2010/11 wurde bei der B+S Gruppe Salzburg ein Verlust erwirtschaftet. Für die folgenden Jahre sieht die Planung positive Jahresergebnisse vor, die unter Beachtung von Unternehmensbewertungsgesichtspunkten zu einem Beteiligungsansatz führen, der um TEUR 800 geringer ausfällt als im Vorjahr. Nach Erfassung der außerplanmäßigen Abschreibung von TEUR 800 verbleibt am Geschäftsjahresende ein Beteiligungsbuchwert von TEUR 4.500 (Vorjahr TEUR 5.300). Die weitere Werthaltigkeit des zum Ende des Geschäftsjahres 30. Juni 2011 bestehenden Beteiligungsansatzes an der B + S Banksysteme Salzburg GmbH, Österreich ist von der Liquidität und der Erreichung der Planzahlen in der B+S Gruppe Salzburg, Österreich abhängig.

Ziel der B+S Banksysteme Aktiengesellschaft ist es, das Lizenz- und ASP-Geschäft weiter voranzutreiben. Aus den daraus resultierenden laufenden Einnahmen sollen auch zukünftig alle Fixkosten abgedeckt werden.

Jahresabschluss der Gesellschaft (HGB) zum 30.06.2011 (geprüft)

# »Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers«

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der B + S Banksysteme Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht liegen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken weisen wir auf die Ausführungen des Vorstandes der Gesellschaft im Lagebericht hin. Dort wird unter dem Punkt "Chancen und Risiken" ausgeführt, dass die Werthaltigkeit des Beteiligungsansatzes von dem Erreichen der Planzahlen in der B + S Gruppe Salzburg, Österreich abhängig ist.

Mannheim, 31. August 2011

MOORE STEPHENS TREUHAND KURPFALZ GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Matthias Ritzi
Wirtschaftsprüfer

Stefan Hambsch
Wirtschaftsprüfer

## 18. UNTERSCHRIFTEN

München, den 11. November 2011

**B+S Banksysteme Aktiengesellschaft**
Der Vorstand

| | |
|---|---|
| _____ | _____ |
| gez. Wilhelm Berger | gez. Peter Bauch |

Frankfurt, den 11. November 2011

**Helaba Landesbank Hessen-Thüringen**

| | |
|---|---|
| _____ | _____ |
| gez. Albrecht von der Chevallerie | gez. Erika Claus-Kassella |